



2016

2015

2014

2013

2012



2015

Jahresbericht

Kanton Basel-Stadt

Jahresbericht 2015

bestehend aus

der Jahresrechnung

dem 169. Bericht des Appellationsgerichts über die Justizverwaltung

dem 28. Bericht der Ombudsstelle

an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt

Inhaltsverzeichnis

1 Die Einleitung	5
1.1 Wichtigstes in Kürze	6
1.2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	13
1.2.1 Weltwirtschaft	13
1.2.2 Schweizer und Basler Wirtschaft	14
2 Der Rechenschaftsbericht zur Planung	17
2.1 Schwerpunkte des Regierungsrates	18
2.1.1 Überblick	18
2.1.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken	19
2.1.3 Als Region zusammenwachsen	23
2.1.4 Basel als urbanes Zentrum festigen	26
2.1.5 Nachhaltig Lebensqualität schaffen	30
2.2 Finanzentwicklung	37
2.3 Entwicklung der Departemente	41
2.3.1 Präsidialdepartement	41
2.3.2 Bau- und Verkehrsdepartement	44
2.3.3 Erziehungsdepartement	47
2.3.4 Finanzdepartement	52
2.3.5 Gesundheitsdepartement	54
2.3.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement	58
2.3.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	61
2.3.8 Gerichte	64
2.3.9 Behörden und Parlament	66
3 Die Jahresrechnung	69
3.1 Erfolgsrechnung	70
3.2 Bilanz	71
3.3 Investitionsrechnung	72
3.4 Geldflussrechnung	73
3.5 Eigenkapitalnachweis	75
3.6 Anhang	76
3.6.1 Erläuterungen zur Rechnungslegung	76
3.6.2 Erläuterungen zu Positionen der Jahresrechnung	88
3.6.3 Weitere Erläuterungen	119
3.7 Bericht der Finanzkontrolle zur Jahresrechnung	133
4 Der Kanton	135
4.1 Jahresrechnung Kanton	136
4.1.1 Personalentwicklung	137
4.2 Jahresrechnung Zweckgebundene Positionen	147
4.2.1 Präsidialdepartement	150
4.2.2 Bau- und Verkehrsdepartement	192
4.2.3 Erziehungsdepartement	226
4.2.4 Finanzdepartement	260
4.2.5 Gesundheitsdepartement	276
4.2.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement	296
4.2.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	318
4.2.8 Gerichte	342

4.2.9	Behörden und Parlament	372
4.2.10	Regierungsrat und Übriges	381
4.3	Konsolidierung Stammhaus	387
4.4	Jahresrechnung Nichtzweckgebundene Positionen	388
4.4.1	Finanzdepartement	389
4.4.2	Gesundheitsdepartement	394
4.4.3	Justiz- und Sicherheitsdepartement	394
5	Die Investitionen	395
5.1	Kommentar zu den Investitionsbereichen und den darin enthaltenen Investitionsvorhaben	396
5.1.1	Investitionsplafonds	396
5.1.2	Die grössten Vorhaben	397
5.1.3	Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	397
5.1.4	Öffentlicher Verkehr	398
5.1.5	Hochbauten im Verwaltungsvermögen	398
5.1.6	Informatik	399
5.1.7	Bildung	399
5.1.8	Kultur	399
5.1.9	Übrige	400
5.2	Investitionsübersichtsliste	400
5.2.1	Ausschöpfung der Plafonds	400
5.2.2	Investitionsübersichtsliste	401
6	Die Zahlungsströme an eigene, ausserkantonale und an private Institutionen	423
6.1	Beiträge an eigene Institutionen	424
6.2	Beiträge an andere Gemeinwesen und private Institutionen	425
7	Die gesonderten Berichte	433
7.1	Staatsanwaltschaft	434
7.1.1	Allgemeines	434
7.1.2	Abteilungen	434
7.2	Kantonale Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen	440
7.3	Rekurskommissionen	441
7.3.1	Baurekurskommission	441
7.3.2	Steuerrekurskommission	441
7.3.3	Personalrekurskommission	442
7.4	Immobilienbericht Finanzvermögen	443
8	Die Beteiligungen des Kantons Basel-Stadt	445
8.1	Stand des Beteiligungsmanagements	446
8.2	Beteiligungsspiegel	447
8.3	Rechtsform und öffentliche Aufgabe der Beteiligungen	450
8.4	Zahlungsströme zwischen Kanton und Beteiligungen	452
8.5	Wahlorgan und Vergütung der Kantonsvertretungen	455
9	Das Glossar	457
10	Die weiteren Berichte zum Jahresbericht 2015 im Internet	465

1 Die Einleitung

1.1 Wichtigstes in Kürze

Erfreulicher Rechnungsabschluss des Kantons Basel-Stadt Die Rechnung 2015 des Kantons Basel-Stadt schliesst mit einem Überschuss von 432.4 Mio. Franken ab, um Einmaleffekte und Sonderfaktoren bereinigt liegt er bei 241.2 Mio. Franken und damit deutlich über Budget. Dieses erfreuliche Ergebnis ist vor allem der Ertragsseite zu verdanken. Der Steuerertrag lag um 236.7 Mio. Franken über dem Budget, wobei rund die Hälfte auf Abgrenzungskorrekturen für alte Steuerjahre beruht. Die Nettoschulden können um 115.1 Mio. Franken abgebaut werden. Der Jahresabschluss 2015 bestätigt die positive Entwicklung, die bereits dem Budget 2016 und der Finanzplanung 2017-2019 zugrunde gelegt wurden. Dank seinem soliden Finanzhaushalt ist der Kanton für die Unternehmenssteuerreform III gewappnet.

Rechnung deutlich besser als budgetiert Der im Jahr 2015 erzielte Überschuss liegt bei 432.4 Mio. Franken. Um Einmaleffekte und Sonderfaktoren bereinigt liegt der Überschuss bei 241.2 Mio. Franken. Budgetiert war ein Überschuss von 35.9 Mio. Franken. Das gute Ergebnis ist vor allem der Ertragsseite zu zuschreiben. Insbesondere der Steuerertrag mit 236.7 Mio. Franken und der Anteil an der direkten Bundessteuer mit 46.6 Mio. Franken übertrafen das Budget. Zusätzlich fiel der Anteil am Nationalbankgewinn um 15.4 Mio. Franken höher aus als budgetiert. Die Schweizerische Nationalbank SNB hatte aufgrund eines Rekordgewinns im 2014 eine Zusatzausschüttung an die Kantone beschlossen. Die Budgets der Departemente konnten leicht unterschritten werden. Das Finanzergebnis wiederum schloss um 78.9 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Verantwortlich hierfür sind vor allem die Liquidationsdividende der AG zum Storchen in Höhe von netto 31.1 Mio. Franken und die Netto-Aufwertung des Immobilienportfolios im Finanzvermögen in Höhe von 21.7 Mio. Franken. Der Zinsaufwand fiel aufgrund des historisch tiefen Zinsniveaus um 8.2 Mio. Franken tiefer aus.

Höherer Steuerertrag Der Steuerertrag fiel um 236.7 Mio. Franken höher aus als budgetiert. Der Steuerertrag muss vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass die in der Rechnung 2014 festgestellte allgemein positive Entwicklung der Steuererträge im Budget 2015 noch nicht berücksichtigt werden konnte. Der höchste Zuwachs gegenüber dem Budget 2015 ist bei den direkten Steuern der natürlichen Personen festzustellen, die um 180.8 Mio. Franken höher als budgetiert ausfielen. Auch die Steuererträge der juristischen Personen fallen um 37.7 Mio. Franken höher als budgetiert aus. Ebenso die Erträge aus den Vermögensgewinnsteuern (+12.5 Mio. Franken) und den Erbschafts- und Schenkungssteuern (+7.0 Mio. Franken). Die Auswirkungen der Frankenstärke werden erst in der Rechnung 2016 zu sehen sein.

Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Steuerertrag ein Plus von 166.1 Mio. Franken verzeichnen, womit sich die positive Tendenz des Vorjahres weiter fortsetzt. Es sind in erster Linie der höhere Steuerertrag der natürlichen Personen (+145.9 Mio. Franken) und in zweiter Linie die Steuererträge der juristischen Personen (+36.6 Mio. Franken), die zu einem besseren Fiskalertrag führen. Tiefer im Vergleich zum Vorjahr fallen hingegen die Erträge aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer (-19.4 Mio. Franken) aus.

124.1 Mio. Franken, also rund die Hälfte der höheren Steuererträge von 236.7 Mio. Franken ist auf zu tiefe Abgrenzungen für alte Steuerjahre in der Rechnung 2014 zurückzuführen. Diese Sonderfaktoren und einmaligen Effekte machen bei der Einkommenssteuer 40.9 Mio. Franken, bei der Vermögenssteuer 41.8 Mio. Franken und bei den juristischen Personen 41.4 Mio. Franken aus. Bei den Quellensteuern wurde hingegen im Vorjahr eine zu hohe Abgrenzung in Höhe von 4.0 Mio. Franken vorgenommen. Ohne diese Sondereffekte beläuft sich der Fiskalertrag für das Jahr 2015 auf 2.665 Mrd. Franken. Im Budget 2016 – zum Vergleich – ist ein Fiskalertrag von 2.650 Mrd. Franken eingestellt. Die Annahmen für das Budget 2016 werden somit durch den Abschluss 2015 bestätigt, respektive könnten allenfalls leicht höher ausfallen.

Investitionsausgaben aus eigenen Mitteln finanziert Die geplanten Investitionen in den Investitionsbereichen wurden zu 87.2% ausgeschöpft. Die Investitionsausgaben erreichten einen Wert von 432.6 Mio. Franken. Belastet wird das Saldo der Investitionsrechnung durch eine Erhöhung bei den Darlehen und Beteiligungen um 103.6 Mio. Franken. Hauptverantwortlich für diese Veränderung ist eine Dotationskapitalerhöhung bei der Basler Kantonalbank in Höhe von 100 Mio. Franken. Der Finanzierungssaldo fällt positiv aus und beträgt 115.1 Mio. Franken. Die Nettoschulden konnten entsprechend abgebaut werden und liegen neu bei 1'834.8 Mio. Franken. Die Nettoschuldenquote sinkt von 3.0% im Vorjahr auf 2.9% im Berichtsjahr. Die Investitionen konnten entgegen den Erwartungen aus eigenen Mitteln finanziert werden.

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Zweckgebundenes Betriebsergebnis	-2'561.6	-2'612.4	-2'605.3	7.1	0.3	-43.7	-1.7
Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis	2'716.8	2'621.7	2'931.5	309.8	11.8	214.7	7.9
Abschreibung Grossinvestitionen, -investitionsbeiträge	-171.6	-174.7	-174.0	0.7	0.4	-2.4	-1.4
Betriebsergebnis (Erfolgsrechnung)	-16.4	-165.5	152.1	317.6	>100	168.5	>100
Finanzergebnis	195.7	201.4	280.3	78.9	39.2	84.6	43.3
Gesamtergebnis	179.3	35.9	432.4	396.5	>100	253.1	>100
- Abschreibung Grossinvestitionen	-168.2	-171.3	-175.9	-4.6	-2.7	-7.7	-4.6
- Abschreibung Kleininvestitionen	-5.6	-6.1	-6.6	-0.5	-8.2	-1.0	17.9
- Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-11.1	-8.7	-8.3	0.4	4.6	2.8	25.2
- Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	12.1	7.8	12.8	5.0	64.1	0.7	5.8
- Wertberichtigung Darlehen, Beteiligungen	-2.5	-2.5	-2.5	0.0	0.0	0.0	0.0
Selbstfinanzierung	354.6	216.7	613.0	396.3	>100	258.4	72.9
Investitionsausgaben	-354.1	-472.5	-432.6	39.9	8.4	-78.5	-22.2
Investitionseinnahmen	38.6	26.7	38.3	11.6	43.5	-0.3	-0.7
Nettoinvestitionen	-315.5	-445.8	-394.3	51.5	11.5	-78.8	-25.0
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	45.1	-30.3	-103.6	-73.3	<-100	-148.7	<-100
Saldo Investitionsrechnung	-270.3	-476.1	-497.9	-21.8	-4.6	-227.5	-84.2
Finanzierungssaldo	84.3	-259.4	115.1	374.5	>100	30.8	36.5
Selbstfinanzierungsgrad in %	131.2	45.5	123.1				
Nettoschulden	-1'949.9	-2'209.3	-1'834.8				
Nettoschuldenquote in % BIP Schweiz	3.0	3.4	2.9				

Basel-Stadt ist gewappnet für die Unternehmenssteuerreform III Der im letzten Herbst präsentierte Finanzplan 2016-2019 erwartete eine deutlich verbesserte finanzielle Lage des Kantons Basel-Stadt, welche nun durch die Rechnung 2015 bestätigt wird. Neuste Schätzungen gehen davon aus, dass in den Jahren 2018-2020 jährlich Überschüsse zwischen 80 und 100 Mio. Franken erzielt werden.

Die grösste Herausforderung der kommenden Jahre für den Standort Basel-Stadt liegt in der Umsetzung der Unternehmenssteuerreform III. Aufgrund der Abschaffung der Sonderstatus für internationale Unternehmen wird der Kanton Basel-Stadt zum Erhalt seiner steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit eine Patentbox einführen und die ordentlichen Gewinnsteuersätze ergänzend senken müssen. Dies wird ab Wirksamkeit der Reform 2020/21 zu einem Einnahmerückgang führen. Dank der guten finanziellen Ausgangslage ist der Kanton für diesen Umbau des Steuersystems gewappnet.

Auch die Aussichten für die Weltwirtschaft sind im Jahr 2016 weiterhin unsicher, an den Aktienmärkten waren zu Beginn des Jahres Einbrüche festzustellen, der Ölpreis ist weiterhin niedrig und die Schwellenländer schwächeln. Hinzu kommt, dass aus den USA in jüngster Zeit ebenfalls eher verhaltene Wachstumsprognosen zu vernehmen sind.

Die Schweizer Wirtschaft blieb 2015 von einer Rezession verschont, wird aber 2016 weiter mit der Frankenstärke zu kämpfen haben. Die tiefen Erdölpreise führen zu einer niedrigen Teuerung. So

erwartet das Forschungsinstitut BAKBASEL für 2016 eine durchschnittliche Teuerung von -0.3% und rechnet erst im 2017 mit einer positiven Rate.

Auch Basel-Stadt spürte die Konjunkturabkühlung, wenn auch weniger stark als andere Kantone. So nahm die Arbeitslosigkeit wie in der Restschweiz zu. Die Basler Wirtschaft zeigte sich aber – insbesondere dank der Pharmaindustrie – im schweizweiten Vergleich robust. BAKBASEL schätzt die Wirtschaftsentwicklung des Kantons auch für die nächsten Jahre positiv ein. Den Staatshaushalt wird im 2016 aber die Pensionskassenreform mit rund einer Milliarde belasten. Dies wird zwangsläufig zu einem Anstieg der Schuldenlast des Kantons führen und somit auch zu einem höheren Zinsaufwand, den weiterhin tiefe Zinssätze nur leicht dämpfen dürften. Verstärkt wird die finanzpolitische Unsicherheit zusätzlich durch die noch offene Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative.

Wichtigste Veränderungen zwischen Jahresrechnung 2015 und Budget 2015 respektive Jahresrechnung 2014

in Mio. Franken, + entlastend/- belastend	Abw.	Abw.
	R15/B15	R15/R14
	abs.	abs.
Zweckgebundenes Betriebsergebnis		
Entlastungen:		
Entlastungsmassnahmen 2015		14.0
Behindertenhilfe	5.8	-1.0
Verschiedene Mehreinnahmen Entgelte BVD	5.1	3.1
Ergänzungsleistungen	5.1	1.1
Benutzungsgebühren/Dienstleistungen ED	4.6	0.5
Entschädigungen an Verkehrsbetriebe	4.1	-2.9
Pflegefinanzierung	4.0	-3.0
Fonds AWA	3.5	2.5
Kompetenzkonto Regierungsrat	3.0	2.8
Versicherungszahlungen	2.7	5.5
Ertrag Kantonale Inkassostelle	2.6	4.2
Regionale Schulabkommen	1.9	0.9
Betriebskosten ARA	1.5	-0.4
Debitorenverluste Stawa	1.5	1.6
Stationäre Suchtherapien	1.4	0.5
Belastungen:		
Rückstellungen (PK)	-20.1	-50.9
Stationäre Spitalbehandlungen	-15.0	-7.0
Sozialhilfe	-7.3	-7.9
Prämienverbilligungen	-5.2	-8.8
Gemeinwirtschaftlichen Leistungen Spitäler	0.0	-3.5
Systempflege	0.0	-11.0
Saldo übrige Positionen	7.9	16.1
Veränderung Zweckgebundenes Betriebsergebnis	7.1	-43.7

in Mio. Franken, + entlastend/- belastend	Abw. R15/B15 abs.	Abw. R15/R14 abs.
Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis		
Entlastungen:		
Steuerertrag	236.7	166.1
Anteil direkte Bundessteuer	46.6	33.6
Anteil Nationalbankgewinn	15.4	31.0
Debitorenverluste Steuerverwaltung	14.7	1.7
Belastungen:		
BKB Gewährsträger-Abgeltung	-5.9	-24.7
Saldo übrige Positionen	2.3	7.0
Veränderung Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis	309.8	214.7
Veränderung Abschreibungen Grossinvestitionen, Investitionsbeiträge	0.7	-2.4
Veränderung Betriebsergebnis	317.6	168.5
Finanzergebnis		
Entlastungen:		
Liquidationsdividende AG zum Storchen	42.3	42.3
Liegenschaften FV	21.7	1.1
Zinsaufwand	8.2	12.7
Liegenschaften VV	7.5	5.7
Verzugszinsen Steuern	6.4	6.7
Ertrag öffentliche Unternehmungen	2.9	33.2
Belastungen:		
Abschreibung Beteiligung AG zum Storchen	-11.2	-11.2
Saldo übrige Positionen	1.1	-5.9
Veränderung Finanzergebnis	78.9	84.6
Veränderung Gesamtergebnis	396.5	253.1

Wichtigste Veränderungen zwischen Rechnung 2015 und Budget 2015 Nachfolgend werden grössere Veränderungen in der Erfolgsrechnung gegenüber dem Budget 2015 erläutert. Der Kanton Basel-Stadt unterscheidet das Gesamtergebnis in ein Zweckgebundenes Betriebsergebnis, ein Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis, Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen sowie das Finanzergebnis. Für die Departemente und Dienststellen ist vor allem das Zweckgebundene Betriebsergebnis relevant, da es die eigentliche Budgetvorgabe darstellt. Im Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis sind z.B. allgemeine Steuererträge und Transferleistungen von und an den Bund enthalten.

Das Zweckgebundene Betriebsergebnis ist um 7.1 Mio. Franken besser ausgefallen als budgetiert. Dies ist vor allem auf die folgenden positiven und negativen Faktoren zurückzuführen:

Entlastungen:

- Das Budget der Behindertenhilfe wurde um rund 5.8 Mio. Franken nicht ausgeschöpft. Diese Budgetunterschreitung ist im Wesentlichen auf tiefere Kosten für ausserkantonale Platzierungen, die Bedarfsplanung sowie tiefere Mietkosten des Bürgerspitals zurückzuführen.
- Die Entgelte mehrerer Dienststellen des BVD übertreffen die budgetierten Beträge um insgesamt 5.1 Mio. Franken. Mehreinnahmen sind bei den Baubewilligungsgebühren, den Erschliessungsgebühren (Allmendverwaltung), den Abwassergebühren, beim Verkauf von Bäumen und Baumsubstrat sowie durch zusätzliche Aufträge zu verzeichnen.
- Die um 5.1 Mio. Franken tiefer als budgetierten Ausgaben bei den Ergänzungsleistungen (EL) sind mit 4.3 Mio. Franken auf die EL zur IV und mit 0.8 Mio. Franken auf die EL zur AHV zurückzuführen. Bei der EL zur IV wurde das Fallwachstum zu hoch budgetiert. Dies steht mit den letzten IV-Revisionen in Zusammenhang. Bei der EL zur AHV war das Kostenwachstum pro Bezüger tiefer als budgetiert.
- Die Benutzungsgebühren und Dienstleistungen beim Erziehungsdepartement liegen rund 4.6 Mio. Franken über Budget. Dazu haben unter anderem die gute Badesaison und der Umstand beigetragen, dass die St. Jakobshalle (Baustart um ein Jahr verschoben) noch für das ganze Jahr für Events nutzbar war. Zudem sind auch höhere Rückerstattungen Dritter sowie Schul- und Kursgelder eingegangen.
- Die Abgeltung an die BVB fällt aufgrund von Effizienzsteigerungen im Vergleich zum Budget um rund 4.1 Mio. Franken niedriger aus.
- Der Transferaufwand für die Pflegefinanzierung liegt rund 4.0 Mio. Franken unter Budget, was auf die tiefer als erwartete Mengenerhöhung in den Pflegeheimen wie auch bei den Spitex-Leistungen zurückzuführen ist.
- Die Aufwendungen einzelner Projekte, die aus dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und aus dem Standortförderungsfonds finanziert werden, fielen um insgesamt 3.5 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert.
- Im Jahr 2015 wurden keine Ausgaben über das Kompetenzkonto (3.0 Mio. Franken) des Regierungsrates bewilligt.
- Die Zahlungen für Sach-, Haftpflicht- und Personenschäden sowie Risikoversicherungen fallen um rund 2.7 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert.
- Der Ertrag aus der Kantonalen Inkassostelle war um rund 2.6 Mio. Franken zu tief budgetiert.
- Die Schulabkommen schnitten um 1.9 Mio. Franken besser ab als budgetiert. Dies ist insbesondere auf eine höhere Anzahl an ausserkantonalen Schülern zurückzuführen.
- Aufgrund von tieferen Betriebskosten der ARA Basel konnte das Budget um rund 1.5 Mio. Franken unterschritten werden.
- Die Debitorenverluste der Staatsanwaltschaft fielen um 1.5 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert.
- Die Beiträge für stationäre Suchttherapien waren in deutlich tieferem Umfang notwendig und bleiben rund 1.4 Mio. Franken unter dem Budget.

Belastungen:

- Für die Zusatzfinanzierung der Universität Basel aufgrund der Umsetzung der Pensionskassengesetz-Reform und die vorhandene Unterdeckung einzelner Anschlüsse bei der Pensionskasse BS wurden Rückstellungen von 20.1 Mio. Franken gebildet.
- Die Ausgaben für den Kantonsanteil für stationäre Spitalbehandlungen übertreffen das Budget um rund 15.0 Mio. Franken. Verschiedene Effekte und Entwicklungen waren zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannt. Hierzu zählen eine deutliche und unerwartete Zunahme von ausserkantonalen Behandlungen in der Rehabilitation und der Psychiatrie. Auch wurde im Swiss DRG Katalog die Vergütung der Leistungen in der Akutgeriatrie stark aufgewertet.
- Im Bereich der Sozialhilfe wurde das Budget um rund 7.3 Mio. Franken überschritten. Hierfür verantwortlich sind der Anstieg der Bruttounterstützungskosten sowie die Mindereinnahmen aus Rückerstattungen und Sozialversicherungen. Bei der Migration stieg die Anzahl betreuter Personen um 25%. Ins Gewicht fallen vor allem die Zunahme der Familien und der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden.
- Insbesondere aufgrund von höher als erwartet ausfallenden Kosten bei der Abgeltung für die Uneinbringlichkeit gemäss KVG wird das Budget für die Prämienverbilligung um rund 5.2 Mio. Franken überschritten.

Auch das **Nichtzweckgebundene Betriebsergebnis** verbessert sich gegenüber dem Budget und zwar um 309.8 Mio. Franken. Dabei sind die folgenden Faktoren zu erwähnen:

Entlastungen:

- Im Vergleich zum Budget können um 236.7 Mio. Franken höhere Steuererträge ausgewiesen werden. Die direkten Steuern der natürlichen Personen tragen mit rund 180.8 Mio. Franken wesentlich zu diesem positiven Ergebnis bei. Davon sind aber rund 78.7 Mio. Franken auf Sonderfaktoren zurückzuführen. In der Rechnung 2015 sind rund 40.9 Mio. Franken Einkommenssteuern von natürlichen Personen aus den Vorjahren enthalten. Bei den Vermögenssteuern wirkt sich eine zu tiefe Abgrenzung alter Steuerjahre mit 41.8 Mio. Franken rechnungswirksam aus. Bei den Quellensteuern deutscher Grenzgänger (8.3 Mio. Franken unter Budget) führte eine zu hohe Abgrenzung noch unverarbeiteter Steuerfälle im Vorjahr zu einem negativen Effekt in Höhe von 4.0 Mio. Franken in der diesjährigen Rechnung. Bei den Quellensteuern unterschreitet die Rechnung das Budget noch um 4.3 Mio. Franken. Die Steuererträge der juristischen Personen kommen um 37.7 Mio. Franken höher als budgetiert zu stehen. Auch hier wirkt sich eine zu tiefe Abgrenzung alter Steuerjahre mit 41.4 Mio. Franken aus. Bei den Vermögensgewinnsteuern (12.5 Mio. Franken) und den Erbschafts- und Schenkungssteuern (7.0 Mio. Franken) werden die budgetierten Fiskalerträge deutlich übertroffen.
- Der Anteil an der direkten Bundessteuer fällt gegenüber dem Budget um 46.6 Mio. Franken höher aus. Davon sind rund 23.0 Mio. Franken auf Nachzahlungen von Vorjahren zurückzuführen. Unter Berücksichtigung dieses Sonderfaktors steigen die Einnahmen noch um 23.6 Mio. Franken an.
- Aufgrund des aussergewöhnlich hohen Jahresgewinns 2014 der Schweizerischen Nationalbank wurde eine Zusatzausschüttung an die Kantone beschlossen, wodurch der Anteil von Basel-Stadt im 2015 anstatt wie budgetiert 15.6 Mio. Franken nun 31.0 Mio. Franken beträgt.
- Die Debitorenverluste der Steuerverwaltung liegen mit 30.3 Mio. Franken in etwa auf dem Niveau des Vorjahres und unterschreiten das Budget um rund 14.7 Mio. Franken.

Belastungen:

- Die Gewährsträger-Abgeltung der Basler Kantonalbank (BKB) unterschreitet das Budget um 5.9 Mio. Franken.

Die **Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen** betragen rund 174.0 Mio. Franken. Damit liegen sie rund 0.7 Mio. Franken unter dem Budget.

Das **Finanzergebnis** fällt um 78.9 Mio. Franken besser aus als budgetiert. Infolge der Liquidationsdividende der AG zum Storchen, der Aufwertung von Anlagen des Finanzvermögens, des tieferen Zinsaufwands, der höheren Liegenschaftserträge bei den Mieten an Dritte, der höheren Erlöse auf Verzugszinsen bei den Steuern und des Mehrertrags aus öffentlichen Unternehmungen verbessert sich das Ergebnis um insgesamt 89.0 Mio. Franken.

Wichtigste Veränderungen zwischen Rechnung 2015 und Rechnung 2014

Nachfolgend werden grössere Veränderungen in der Erfolgsrechnung gegenüber der Rechnung 2014 erläutert. Das Zweckgebundene Betriebsergebnis verschlechtert sich im Vergleich zur Vorjahresrechnung um 43.7 Mio. Franken. Nachdem im letzten Jahr Pensionskassen-Rückstellungen für den Kanton in Höhe von rund 30.0 Mio. Franken aufgelöst wurden, mussten dieses Jahr für die Pensionskassen der UKBB und der Universität Basel Rückstellungen in Höhe von rund 20.0 Mio. Franken vorgenommen werden. Zu weiteren Mehraufwendungen kam es beim Kantonsanteil für stationäre Spitalbehandlungen, bei der Sozialhilfe und bei den Prämienverbilligungen. Die Systempflege hat ebenfalls zu höheren Ausgaben von rund 11.0 Mio. Franken geführt. Entlastend hat sich die Umsetzung von Entlastungsmassnahmen im Umfang von 14.0 Mio. Franken ausgewirkt.

Das Nichtzweckgebundene Betriebsergebnis fällt um 214.7 Mio. Franken höher aus als im Vorjahr. Hierfür verantwortlich sind vor allem höhere Steuererträge, höhere Einnahmen aus dem Anteil an der direkten Bundessteuer und im Vergleich zum Vorjahr höhere Einnahmen aus dem Anteil am Nationalbankgewinn. Demgegenüber stehen Mindereinnahmen bei der Gewährsträger-Abgeltung der Basler Kantonalbank (BKB) in Höhe von 24.7 Mio. Franken, wobei zu berücksichtigen ist, dass im 2014 aufgrund der Umstellung auf periodengerechte Verbuchung eine einmalige Verbuchung der Abgeltung zweier Jahre (2013 und 2014) erfolgt ist.

Die Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen im Verwaltungsvermögen fallen um 2.4 Mio. Franken höher aus als im Vorjahr.

Im Vergleich zum Vorjahr verbessert sich schliesslich das Finanzergebnis um 84.6 Mio. Franken. Hauptverantwortlich für die positive Veränderung gegenüber Vorjahr sind die Liquidationsdividende der AG zum Storchen, der höhere Ertrag bei den Beteiligungen sowie der tiefere Zinsaufwand.

1.2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

1.2.1 Weltwirtschaft

Im Jahr 2015 wuchs die Weltwirtschaft moderat. BAKBASEL erwartet für 2015 ein Wachstum der Weltwirtschaft von 2.5% (2014: 2.7%). Positive Signale kamen vor allem aus den Industrieländern. Der konjunkturelle Aufschwung der USA setzte sich fort. Und auch die Eurozone war auf moderatem Wachstumskurs. Die Schwellenländer hingegen verzeichneten schwächere Wachstumsraten. Chinas Wirtschaft wuchs schwächer als erwartet. Russland und Brasilien befinden sich sogar in einer Rezession.

Die USA blieb ein wichtiger Treiber der Weltwirtschaft. Trotz einer starken Aufwertung des US-Dollars und Turbulenzen auf den Aktienmärkten im Sommer war das Wachstum robust. Wie in kaum einem anderen Land zeigten sich in den USA die unterschiedlichen Facetten des Ölpreisverfalls. Zum einem sorgte der niedrige Ölpreis für einen Einbruch der Investitionen in der Öl- und Gasindustrie. Die Schieferölproduktion, einst ein Motor des wiederaufkeimenden US-Wirtschaftswachstums, aber auch ein Grund für den Ölpreisverfall, musste herbe Verluste hinnehmen. Auf der anderen Seite hatten die Konsumenten durch die niedrigeren Öl- und Gaspreise mehr Geld für den privaten Konsum zur Verfügung.

Die japanische Wirtschaft wuchs im ersten Halbjahr. Im dritten Quartal wurde eine Rezession befürchtet, dies bewahrheitete sich jedoch nicht. Die Wirtschaftsentwicklung in Japan ist weiterhin stark durch die expansive Geld- und Fiskalpolitik («Abenomics») getrieben. Die im Zuge der Abenomics-Strategie geplanten Strukturreformen wurden nur teilweise durchgeführt. Die japanische Produktion entwickelte sich trotz eines geringen privaten Verbrauchs positiv. Dies hat zwei Gründe, zum einen wurden die Staatsausgaben erhöht und zum anderen entwickelte sich der Aussenbeitrag positiv. Profitieren konnten die Exporteure – trotz der schwächeren Nachfrage aus China – von der Tieferbewertung des Yen. Die Belastung durch den demographischen Wandel nimmt aber weiterhin zu, was sich stark dämpfend auf das Produktionspotential auswirkt.

Die Eurozone war 2015 auf moderatem Wachstumskurs. Die lockere Geldpolitik, eine weniger restriktive Fiskalpolitik, der schwache Euro und der tiefe Ölpreis begünstigen die wirtschaftliche Entwicklung. Es mehren sich die Zeichen, dass die bisher noch stark konsumgetriebene Erholung auch zunehmend die Investitionstätigkeit erfasst. Eine Erholung erlebte auch der Arbeitsmarkt. Im Vergleich zum Vorjahr sank die Arbeitslosenquote in der Eurozone um einen Prozentpunkt auf 10.4% im Dezember 2015. Die Teuerung der Eurozone blieb trotz der Geldflut der Europäischen Zentralbank auf Rekordtief. BAKBASEL geht davon aus, dass die Wirtschaft der Eurozone 2015 stärker wuchs als im Vorjahr. Für das Jahr 2015 wird ein Wachstum des BIPs von 1.5% erwartet (2014: 0.9%).

Das Wachstumstempo der Schwellenländer flachte 2015 weiter ab. Der befürchtete Einbruch der chinesischen Wirtschaft blieb zwar aus, mit einem BIP-Wachstum im dritten Quartal von 6.9% verlangsamte sich das Wachstum der chinesischen Wirtschaft aber deutlich. Das Reich der Mitte befindet sich in einem wirtschaftlichen Wandel. Die bisherige Abhängigkeit von Exporten und Investitionen soll durch ein stärkeres Wachstum des privaten Konsums und von Dienstleistungen gemindert werden. Diese Neuausrichtung wirkte nicht nur wachstumshemmend auf die chinesische Wirtschaft, sondern führte zu einem Verfall der Rohstoffpreise. Dieser Preisverfall wirkte sich dämpfend auf das Wirtschaftswachstum rohstoffexportierender Schwellenländer aus. Brasilien und Russland litten besonders stark. In beiden Ländern förderte der Rohstoffboom eine stark einseitige Abhängigkeit der Wirtschaft von Rohstoffexporten – in Brasilien von Eisen und Stahl und in Russland von Gas und Öl. Andere Wirtschaftsbereiche entwickelten sich nur schwach. Die russische Wirtschaft wurde zusätzlich durch die Wirtschaftssanktionen geschwächt. Unter den niedrigen Rohstoff- und Ölpreisen litten auch rohstoffproduzierende Länder wie etwa Norwegen, Kanada und Australien.

Das Jahr 2015 war vor allem von einem Verfall der Rohstoffpreise geprägt. Insbesondere der Ölpreis stürzte ab. Ende 2015 kostete ein Fass Nordee-Brent weniger als 40 US-Dollar. Anfang 2014 lag der Preis noch bei 110 US-Dollar. Die Schieferölförderung in den USA und die Uneinigkeit der

OPEC-Länder Produktionskürzungen vorzunehmen, liessen die Ölfördermenge ansteigen. Gleichzeitig sank die Nachfrage aufgrund des milden Winterwetters im 4. Quartal in Europa, Japan und den USA und der schwächelnden wirtschaftlichen Entwicklung erdölabhängiger Länder. Eine sinkende Nachfrage bei gleichzeitig steigender Produktion führte dazu, dass der Ölpreis massiv sank. Auch die Preise der meisten Metalle und Agrarrohstoffe sanken, wenn auch weniger stark.

Die EZB versuchte mit einem massiven Anleihenkaufprogramm die Konjunktur in der Eurozone anzukurbeln. Der Leitzins verblieb 2015 auf dem niedrigen Niveau von 0.05%. Die US-Notenbank erhöhte im Dezember nach sieben Jahre andauernden Niedrigzinsen die Leitzinsen von 0.25% auf 0.50% und kündigte weitere Erhöhungen für 2016 an. Die SNB hob nicht nur am 15. Januar 2015 den Mindestkurs des Franken gegenüber dem Euro auf, sondern senkte den Zinssatz für Sichtguthaben auf -0.75%. Das Ziel des Negativzinses ist es, die Attraktivität des Franken zu verringern und somit dem Aufwertungsdruck des Frankens entgegenzuwirken.

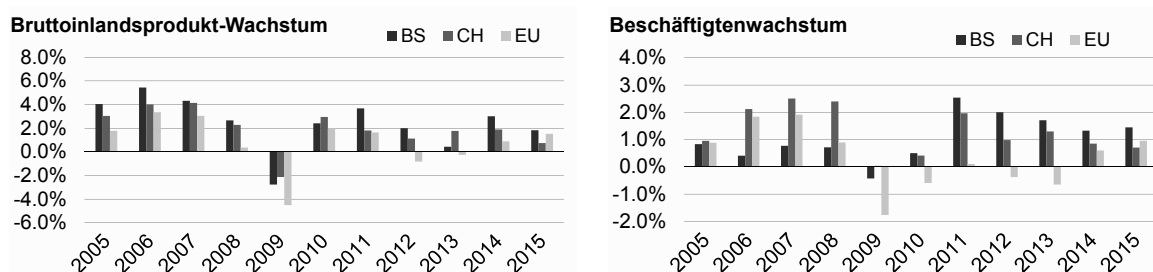
1.2.2 Schweizer und Basler Wirtschaft

Die Aufhebung des Mindestkurses des Frankens gegenüber dem Euro im Januar („Frankenschock“) und die schwächere Entwicklung des Welthandels sorgten für eine Abschwächung des Schweizer Wirtschaftswachstums. Eine Rezession konnte nur dank des robusten privaten und staatlichen Konsums vermieden werden. Gemäss BAKBASEL dürfte das **Schweizer BIP** im Jahr 2015 nur um 0.7% gewachsen sein (2014: 1.9%). Dies ist der niedrigste Wert seit 2003.

Die steigende Nachfrage der privaten Haushalte wirkte ebenso wie der gestiegene Staatskonsum stützend auf das BIP. Positive Signale kamen zudem vom Aussenhandel, dieser war im 3. Quartal dank leicht gestiegener Warenexporte im Plus. Hierfür waren vor allem die Chemie und Pharmaexporte verantwortlich. In anderen Bereichen – insbesondere Uhren, Bijouterie und Präzisionsinstrumente – gingen die Warenausfuhren zurück. Ein deutliches Minus gab es bei den Bauinvestitionen. Das bereits hohe Niveau der Bautätigkeit, die neuen Zweitwohnungsbeschränkungen sowie die noch offene Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative hinterliessen ihre Spuren. Handel und Energiesektor verzeichneten ebenfalls negative Wachstumsraten.

Die Haushalte in der Schweiz sind gegenüber der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz pessimistisch eingestellt. Der Gesamtindex der Konsumentenstimmung lag in der zweiten Jahreshälfte unter dem langfristigen Durchschnitt. Vor allem die Entwicklung des Arbeitsmarktes sehen die Haushalte kritisch.

Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Jahr 2015 im Vergleich zum Vorjahr. Die Arbeitslosenquote, die seit Mitte 2013 konstant bei 3.2% gelegen hatte, stieg 2015 auf 3.4%. Laut BAKBASEL wuchs die Zahl der Beschäftigten in der Schweiz im Jahr 2015 nur leicht (+0.7%) und blieb damit leicht unter der letztjährigen Wachstumsrate von 0.8%.

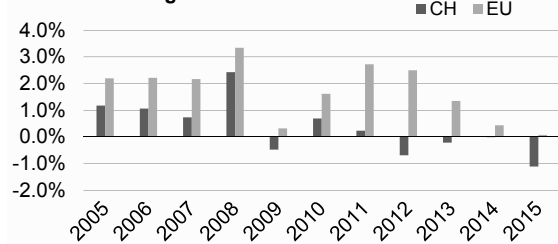


Die Teuerung war 2015 in der Schweiz negativ: Die durchschnittliche Jahresteuern basierend auf dem Landesindex für Konsumentenpreise (LIK) des Bundesamtes für Statistik betrug im Jahr 2015 -1.1%, was auf den starken Franken und den niedrigen Ölpreis zurückzuführen ist. So gingen vor allem die Preise für Importgüter zurück (-4.7%), während die Preise für Inlandsgüter minimal stiegen

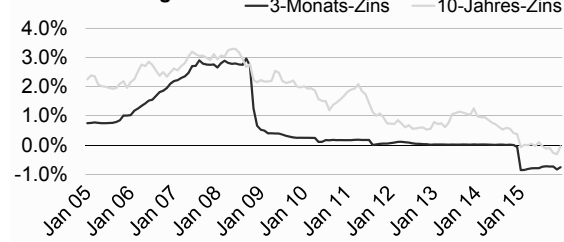
(+0.1%). 2014 betrug die durchschnittliche Jahresteuern 0.0%. Für 2016 wird erwartet, dass sich die Teuerung wieder der Nulllinie annähert.

Die Schweizerische Nationalbank verfolgte 2015 unverändert ihre expansive Geldpolitik. Der Zins auf Guthaben auf Girokonten der SNB blieb auf -0.75% und das Zielband für den **Dreimonats-Libor** auf -1.25 bis -0.25%. Der Dreimonats-Zins war im gesamten Zeitraum 2015 negativ. Die Zinsen auf dem **Kapitalmarkt** blieben im Jahre 2015 auf tiefem Niveau. Auch die Rendite auf Bundesanleihen mit einer 10-jährigen Laufzeit sank im Januar 2015 unterhalb null und konnte sich im Jahresverlauf nicht wieder erholen.

Preisentwicklung



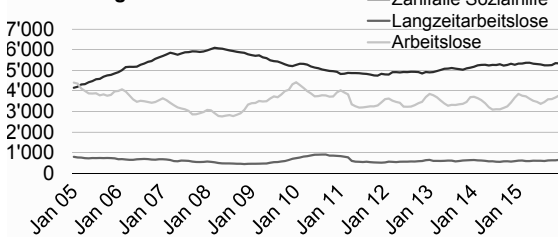
Zinsentwicklung



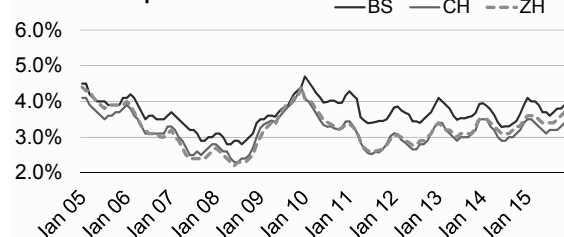
Die **Basler Wirtschaft** entwickelte sich im Jahr 2015 besser als die Schweizer Gesamtwirtschaft. Das BIP des Kantons lag mit 1.8% mehr als einen Prozentpunkt über dem schweizerischen Durchschnitt von 0.7%. Diese Entwicklung ging hauptsächlich auf die Pharma-Industrie zurück, die allerdings nicht so stark wuchs wie im Vorjahr. So nahm die Bruttowertschöpfung der Chemie-Pharma-Branche in Basel um 2.3% zu (2014: 4.4%).

Die **Zahl der Arbeitslosen** stieg im Jahre 2015 leicht im Vergleich zum Vorjahr. Waren in Basel 2014 im Durchschnitt 3'362 Personen von der Arbeitslosigkeit betroffen, so waren es 2015 3'620 Personen. Die Arbeitslosenquote stieg 2015 um 0.4 Prozentpunkte auf 4.0% im Dezember 2015. Auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen stieg im Jahresdurchschnitt von 591 auf 614 Personen. Die **Zahl der Sozialhilfefälle** nahm im Jahresdurchschnitt von 5'347 auf 5'407 zu.

Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe



Arbeitslosenquote



2 Der Rechenschaftsbericht zur Planung

2.1 Schwerpunkte des Regierungsrates

2.1.1 Überblick

Übersicht Leitsätze und Schwerpunkte Legislaturplan 2013-2017

Leitsatz	Schwerpunkt
Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken	Wirtschaftsstandort stärken Basel als Wissenszentrum positionieren
Als Region zusammenwachsen	Basel ist Zentrum des Metropolitanraums Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner
Basel als urbanes Zentrum festigen	Urbane Standortqualität Kulturstadt mit Ausstrahlung
Nachhaltig Lebensqualität schaffen	Chancengleichheit Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen Lebensqualität und Sicherheit

Der Legislaturplan 2013-2017 ist der zweite Bericht im neuen Konzept und beinhaltet die mittel- bis langfristige politische Planung des Regierungsrates. Vier Leitsätze bilden die Klammer um die gesamte regierungsrätliche Planung. Aus diesen Leitsätzen leiten sich Schwerpunkte der Verwaltungstätigkeit ab, wobei jeder dieser Schwerpunkte konkrete Ziele und Massnahmen beinhaltet.

Auf den nachfolgenden Seiten folgt im Rahmen der einzelnen Schwerpunkte eine aktuelle Berichterstattung zu den Zielen und den zugehörigen Massnahmen.

Bei den Zielen handelt sich um qualitative Einschätzungen des derzeitigen Zielerreichungsstands, die sich teilweise auch auf Indikatoren abstützen. Die Indikatoren sind auf der Internetseite des Statistischen Amtes aufgeschaltet, um die jeweils aktuellste Datenlage abbilden zu können. Die Texte zu den einzelnen Massnahmen bilanzieren kurz die entsprechenden Aktivitäten im Berichtsjahr.

2.1.2 Internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken

Schwerpunkt „Wirtschaftsstandort stärken“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt ist ein wachstumsstarker und international bekannter Wirtschaftsstandort.** Das überdurchschnittliche BIP-Wachstum von 1.8% im Kanton ist insbesondere auf die hohe Dynamik der Life-Sciences-Branche zurückzuführen. Die Life-Sciences-Unternehmen waren weniger von der Frankenstärke betroffen und die Nachfrage in diesem Bereich war hoch, u.a. aufgrund der weltweiten demographischen Entwicklung. Basel-Stadt entwickelte sich hinsichtlich der Schaffung neuer Arbeitsplätze positiv, was sich teilweise in den Steuereinnahmen widerspiegelt. Für die Unternehmenssteuerreform III ist der Kanton vorbereitet: entsprechende Strategien zur Umsetzung in Basel-Stadt befinden sich in Erarbeitung. Eine grosse Herausforderung für die Entwicklung und Neuansiedlung von Unternehmen blieben die fehlenden, kurz- und mittelfristig auf dem Mietmarkt verfügbaren Flächen.
- **Die Stadt Basel ist eine wichtige Gastgeberin von internationalen Messen und Kongressen sowie sportlichen und kulturellen Grossveranstaltungen. Sie ist eine wirtschaftlich und gesellschaftlich bedeutende Tourismus- und Begegnungsstadt.** Während die Weltmessen wie BaselWorld und Art Basel etabliert sind, spürten Fachmessen wie die Swissbau die Aufhebung des Euromindestkurses, da sich die fachspezifische Produktion und das Ausstellen vermehrt ins Ausland verlagern. Dagegen fanden sportliche und kulturelle Grossveranstaltungen wie Swiss Indoors, Baloise Session oder das Musical Lion King erfolgreich statt. Mit der Ausstellung von Picasso-Gemälden des Kunstmuseums Basels in Madrid präsentierte sich der Kanton auch ausserhalb der Schweiz als Gastgeberin. Regionale, häufig mit freiwilligem Engagement organisierte Veranstaltungen wie bspw. Em Bebbi sy Jazz! kämpfen mit der Bewilligungspraxis; diese ist komplex und zeitintensiv. Als Tourismusdestination blieb Basel beliebt: die Zahl der Übernachtungen stieg mit 1.2 Millionen Logiernächten erneut auf einen Rekordwert.
- **Der Kanton Basel-Stadt ist eine Drehscheibe für den Personen- und Güterverkehr in Europa.** Die Projektträger des trimodalen Containerterminals Basel Nord 2020 reichten das Fördergesuch für die Mitfinanzierung des Bundes ein. Basel Nord sowie der Ende 2014 eröffnete Cargo Terminal am EuroAirport sind Schlüsselprojekte für den Logistikstandort Basel. Im Berichtsjahr stieg das Frachtaufkommen des EuroAirports um 3%. Die neusten Resultate der BAK-Studie zur Erreichbarkeit zeigen, dass Basel-Stadt im Vergleich der 26 Kantone die zweithöchste regionale Erreichbarkeit beim öffentlichen Verkehr und motorisierten Individualverkehr aufweist. Zürich ist aufgrund der leistungsfähigen S-Bahn regional besser erreichbar als Basel-Stadt.
- **Die Life-Sciences-Region positioniert sich als bedeutendste in Europa und weltweit als eine der führenden.** Mit einem Anteil von rund 37% am BIP ist die Life-Sciences-Branche das wichtigste Standbein der kantonalen Wirtschaft. Geplante Infrastrukturinvestitionen (öffentliche und private) im Life-Sciences-Bereich von rund 7 Milliarden in den nächsten 5–10 Jahren werden den Standort Basel weiter stärken. Der Zusammenschluss der Innovationsförderungen und Standortpromotionen der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura unter der Dachmarke BaselArea wurde von Basel-Stadt initiiert. Er stärkt die Institution und die regionale Zusammenarbeit.
- **Unternehmen der Life Sciences und der anderen Zielbranchen sowie ausgewählter Technologiefelder werden im Kanton Basel-Stadt oft gegründet, entwickeln sich positiv und siedeln sich im Kanton an.** Ansiedlungserfolge von Life-Sciences-Unternehmen in einem gesamtwirtschaftlich anspruchsvollen Umfeld bestätigten die Standortattraktivität von Basel. Der Ausbau des „Technologiepark Basel“ stiess auf grosse Nachfrage. Eine nächste Erweiterung, um Innovation und Jungunternehmen aus verschiedenen Technologiebranchen weiter zu fördern, wurde beschlossen. Im Berichtsjahr startete der „Schweizer Innovationspark Region Nordwestschweiz“, welcher als nationale Austauschplattform zwischen Hochschulen und Unternehmen Raum für Innovation und Kooperation ermöglicht.
- **Der Kanton Basel-Stadt verfügt über eine kundenorientierte und effiziente Verwaltung, die den Einwohnerinnen und Einwohnern und den Unternehmen optimale Dienstleistungen erbringt.** Die Umsetzung von geplanten, internetbasierten staatlichen Dienstleistungen schritt voran. In den

zurückliegenden zwei Jahren wurden über 400 Dienstleistungen digitalisiert und online zur Verfügung gestellt. Die Zufriedenheit der Basler Bevölkerung mit der kantonalen Verwaltung war weiterhin hoch. Dennoch galt es, die unterschiedlichen Kundenbedürfnissen im Auge zu behalten. Aus diesem Grund ersetzt das kantonale Angebot an elektronischen Dienstleistungen den direkten Kundenkontakt nicht, sondern ergänzt diesen.

Schwerpunkt „Wirtschaftsstandort stärken“- Massnahmen

- **Anforderungen an den Standort im weltweiten Wettbewerb kennen** Die Pflege der Unternehmen erfolgte entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung und ihren Bedürfnissen. Dank Firmengesprächen und Roundtables wurden wichtige Anliegen an den Standort Basel wie bspw. Parkplatzsituation, Arbeitsbewilligungen angegangen. Die Unternehmerreise nach Shanghai zeigte, wie dynamisch Shanghai im Life Sciences-Bereich ist.
- **Als Standort steuerlich konkurrenzfähig bleiben** Der Regierungsrat engagierte sich bei der Erarbeitung der Unternehmenssteuerreform III. Ziel des Kantons ist es, die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten, die notwendigen Steuereinnahmen zu erzielen und eine Regelung zu haben, welche international akzeptiert ist. Die Reform wurde im Berichtsjahr durch den Bundesrat verabschiedet und befindet sich in der parlamentarischen Beratung.
- **Rekrutierung und Ausbildung von Fachpersonal**
Der Kanton hat sich in verschiedenen Gremien auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative wirtschaftsfreundlich erfolgt: Die administrativen Hürden sollen gering bleiben und Unternehmen weiterhin Fachkräfte aus dem Ausland rekrutieren können.
- **Leistungsfähige Standortvermarktung**
Im Berichtsjahr kamen die von Basel-Stadt initiierten Arbeiten zur Fusion von BaselArea, i-net innovation networks und der China Business Platform zum Abschluss. Dieser Zusammenschluss stärkt die Kompetenz der regionalen Akquisition von Unternehmen. Dank der ab 1. Januar 2016 operativen „neuen BaselArea“ können ansiedlungswillige Unternehmen aus einer Hand umfassend beraten werden.
- **Stärkung der regionalen Funktionen von BaselArea**
Neu wird BaselArea durch die beiden Basler Kantone und den Kanton Jura getragen und - unterstützt durch den Bund - finanziert. Die Zusammenarbeit mit dem Kanton Jura im Bereich der Standortförderung hat damit eine neue Dimension erreicht.
- **Stärkung des Standorts Basel durch Städtepartnerschaften** Die Partnerschaft mit Shanghai wurde durch das Memorandum of Understanding 2014–2017 vertieft und ausgebaut. Mit dem Confucius Institute at the University of Basel hat sich eine wichtige kulturelle Plattform etabliert. Die Partnerschaft mit Massachusetts wurde im Berichtsjahr durch Governor Baker bekräftigt und die Partnerschaft mit Miami Beach durch Delegationsbesuche gepflegt.
- **Internationale Grossanlässe als Promotions- und Netzwerkplattformen nutzen** Unter dem Motto „Spirito di Basilea“ präsentierte sich Basel an der Expo Milano mit zwei Ausstellungen, zahlreichen Thementagen und einem Kulturprogramm. Der Basler Auftritt verzeichnete ungefähr 450'000 Besuchende. Nebst einem vielfältigen Beitrag zum Thema „Welternährung“ strebte der Basler Auftritt eine Steigerung der Bekanntheit des Standorts Basel in Norditalien an.
- **Stärkung des Messe- und Kongressstandorts Basel** Namhafte Kongresse bspw. das Sachs Forum und der European Antibody Congress (EAC) konnten gezielt nach Basel geholt werden. Sie tragen zur Attraktivität des Life Sciences-Standortes bei und bieten den lokalen Firmen eine Plattform. Neue Messe-Formate wurden selektiv in ihrer Entwicklung unterstützt.
- **Akquisition von Grossveranstaltungen** In den Bereichen Sport und Kultur wurden Akquisitionsanstrengungen unternommen, die auch auf den Kongressbereich ausgedehnt wurden. Zudem wurden die Vorbereitungsarbeiten für die Durchführung des UEFA Europa League Finals 2016 und der Herren-Curling-Weltmeisterschaften 2016 an die Hand genommen.
- **Fussgängerorientierungssystem** Es erfolgte die Standortevaluation, die Baueingabe der neuen Stelen sowie die öffentliche Ausschreibung zur Produktion. Die Definition der

Karteninhalte sowie die Gestaltung der Kartengrundlagen wurden abgeschlossen. Der Test der neuen Kartengestaltung bei Nutzerinnen und Nutzern war erfolgreich, und die Karte wurde im Rahmen der Mobilitätswoche der Öffentlichkeit präsentiert.

- **Leistungsfähige Verkehrsverbindungen** Das Bundesamt für Strassen und der Kanton haben in einer Absichtserklärung die ersten Schritte vereinbart, um mit einem neuen Rheintunnel das Autobahnnetz ab 2025 zu entlasten. Zudem setzte sich Basel-Stadt beim Bund dafür ein, dass die Bahninfrastruktur im Raum Basel so ausgebaut wird, dass das Angebot mit der Nachfrage Schritt halten kann.
- **Weiterentwicklung der Rheinhäfen** Das Bundesparlament stimmte einer Mitfinanzierung für den Bau von Hafenanlagen im kombinierten Verkehr zu. Damit ist die Schifffahrt den Verkehrsträgern Schiene und Strasse gleichgestellt. Der Bund signalisierte Verhandlungsbereitschaft zur Mitfinanzierung des Schiffsanschlusses (Hafenbecken 3).
- **Implementierung und Weiterentwicklung der regional abgestimmten Life-Sciences-Strategie** Die von den regionalen Förderorganisationen gegründete Allianz „Initiative Life Sciences Cluster Region Basel“ setzte sich für die Umsetzung der Strategie ein, u.a. mit einem gestärkten Aussenauftritt und einer intensivierte Zusammenarbeit.
- **Dynamik in den wirtschaftlichen Schwerpunktgebieten ermöglichen** Für die Areale Syngenta (Rosental) und Helvetia Campus (St. Alban-Anlage) wurden Bebauungspläne erlassen. Der Bebauungsplan über das Nordareal der Roche, der unter anderem den Ausbau mit weiteren Hochhäusern regelt, wurde vom Regierungsrat verabschiedet und dem Grossen Rat überwiesen.
- **Förderung von Unternehmertum und Innovation** Im Berichtsjahr wurden die vom Kanton Basel-Stadt gegen Miete zur Verfügung gestellten Flächen im Technologiepark Basel sowie im Basel Inkubator rege genutzt. Beide Institutionen waren ausgelastet und werden von technologieorientierten Unternehmen geschätzt. Der Technologiepark Basel prüfte Möglichkeiten für die Erweiterung der Fläche im gleichen Gebäude.
- **Optimierung Bewilligungswesen** Verschiedene Bewilligungsverfahren wurden mit einer elektronischen Antragsstellung ausgestattet und die internen Prozesse optimiert. Beispielfähig seien hier die Bewilligungen im Spitexbereich genannt. An einem Kundenanlass mit Basler Firmen konnten Optimierungen im Firmenzugang (Bewilligungsplattform) vorgestellt und die Kundenbeziehungen gepflegt und intensiviert werden.
- **E-Gov-Impulsprogramm** Die letzten Fach- und Lösungskonzepte wurden verabschiedet und die Vorarbeiten für die Realisierung des Kundenkontos begannen. Aus den Fachbereichen wurden die Initialprojekte identifiziert, welche zusammen mit dem Kundenkonto online geschaltet werden. Der neue Leiter der Fachstelle E-Government hat seine Arbeit im August auf- und gleichzeitig die Führung des Impulsprogrammes übernommen.

Schwerpunkt „Basel als Wissenszentrum positionieren“- Ziele

- **Mit den öffentlich finanzierten Hochschulen und privaten Partnern bietet Basel die Rahmenbedingungen für eine hochstehende Forschung und Entwicklung.** Die Universität Basel, die Fachhochschule Nordwestschweiz und das Schweizerische Tropen- und Public Health Institut (Swiss TPH) erreichten oder übertrafen ihre Ziele gemäss Leistungsauftrag. Die Drittfinanzierung des Swiss TPH bspw. liegt mit 82% über dem Zielwert von 75%. Der starke Franken führte zu finanziellen Einbussen. Die Universität löste dies mit Reserven und Sparmassnahmen, das Swiss TPH war auf einen Nachtragskredit angewiesen. Die Ausbildungskapazitäten der Humanmedizin wurden mit hohen Kosten und ohne Bundesbeiträge ausgebaut. Die Trägerkantone setzten sich deshalb für das entsprechende Programm des Bundes ein. Mit Frau Schenker-Wicki hat die Universität nach 555 Jahren erstmals eine Rektorin. Der Vertrag zur Stärkung der Partnerschaft zwischen den beiden Basel gibt den Trägerkantonen den nötigen Spielraum, eine zukunftsorientierte Lösung zu finden.
- **Sowohl das Bildungsangebot als auch die Forschung und Entwicklung sind hochstehend und innovativ: Sie positionieren Basel als Zentrum der Wissensregion.** Die Studierendenzahl auf dem mit den Trägerkantonen abgesprochenen Niveau zeigt, dass die Universität attraktiv ist. Bei steigender Zahl von Studentinnen fällt weiterhin der unterproportionale Frauenanteil in

der Professorenschaft auf. Hervorzuheben ist die national führende Rolle des Zentrums Gender Studies der Universität Basel. Die Parlamente der beiden Trägerkantone haben für die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der ETH Zürich und Universität Basel eine Impulsinvestition von 10 Millionen Franken beschlossen. Das Swiss TPH konnte eine Eckenstein-Stiftungsprofessur in der Höhe von 14 Mio. Franken entgegennehmen. Das angestossene Oberrheinische Cluster für Nachhaltigkeitsforschung ist sowohl aus Sicht der Forschung wie der Öffnung nach Europa zu begrüssen. Die Neubauten auf dem Basler Life–Science-Campus in Basel und das Swiss TPH in Allschwil sind planmässig in der Umsetzung.

- **Das regionale universitär-medizinische Zentrum positioniert sich mit hochstehender Lehre und seiner innovationsfördernden translationalen Grundlagenforschung sowie patiente-norientierten klinischen Forschung international in den vorderen Rängen.** Seit der Eröffnung des Gesundheitszentrums Psychiatrie durch die Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) als zentrale Anlaufstelle mit niedriger Hemmschwelle wurde das Angebot mit fünf Ambulatorien unterschiedlicher Schwerpunkte stetig ausgebaut. Die UPK förderten ihr Engagement in der Entstigmatisierung psychischer Störungen und als Qualitätsführerin in psychiatrischen Behandlungen. Die Akutgeriatrie, Rehabilitation, Alterspsychiatrie sowie die beiden bisherigen Aussenstandorte Memory Clinic und Basel Mobility Center wurden unter einem Dach vereint und bilden die Grundlagen für die Universitäre Altersmedizin in Basel.

Schwerpunkt „Basel als Wissenszentrum positionieren“- Massnahmen

- **Förderung der Vernetzung im Hochtechnologiebereich** Das trikantonalen Projekt „Swiss Innovation Park Nordwestschweiz“, an dem die beiden Basler Kantone und der Kanton Jura beteiligt sind, förderte die Vernetzung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Hochtechnologiebereich und somit den Technologietransfer. Im Berichtsjahr wurden in Allschwil erste Räumlichkeiten bezogen und der Betrieb aufgebaut.
- **Partnerschaftliche Standortentwicklung für die Hochschulen** Die Neubauprojekte der Hochschulen waren auf Kurs: Das Biozentrum der Uni Basel und das Institut Biosysteme der ETH Zürich (Schällemätteli) sowie das Zentrum für Zahnmedizin und Umweltwissenschaften der Uni Basel (Rosentalareal). Zwei Wettbewerbe wurden entschieden: Das Departement für Sport, Bewegung und Gesundheit (St. Jakobshalle) und das Departement für Biomedizin (Schällemätteli).
- **Hochschul- und Universitätsentwicklung** Für die Universität begannen die Verhandlungen für 2018 ff., nachdem eine Kündigung des Staatsvertrags verhindert werden konnte. Für das Swiss TPH wurde die gemeinsame Trägerschaft ab 2017 beschlossen. Für das ETH Departement für Biosysteme wurde eine bikantonale Impulsinvestition verabschiedet.
- **Förderung von Kindern im Vorschulalter und Bildungswege in der Volksschule sowie auf der Sekundarstufe II** Die Förderung von Kindern im Vorschulalter und im Rahmen von Tagesstrukturen wurde verbessert und weiter ausgebaut. Die Bildungswege an den Volksschulen erhielten Anschluss an die übrige Schweiz.
- **Positionierung öffentlicher Spitäler und universitärer Kliniken** Das USB hat das universitäre Angebot in Kooperationen mit den Kantonen Jura, Solothurn und Basellandschaft ausgebaut. Die Universitären Psychiatrischen Kliniken (UPK) bauten das ambulante Angebot im Gesundheitszentrum Psychiatrie an der Kornhausgasse aus. Das Felix Platter-Spital (FPS) hat im Neubauvorhaben den Grundstein zur Universitären Altersmedizin in Basel gelegt.
- **Clinical Research Center** Im Departement Klinische Forschung des Universitätsspitals Basel konnten folgende Meilensteine erreicht werden:
 - a) Inbetriebnahme des neuen ambulanten Studienzentrums für Kinder und Erwachsene;
 - b) Bereitstellung von Qualitätsmanagementstrukturen für alle Forschungsgruppen;
 - c) Inhaltliche und strategische Mitgestaltung der neuen Personalized Health Plattform Basel.

2.1.3 Als Region zusammenwachsen

Schwerpunkt „Basel ist Zentrum des Metropolitanraums“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt trägt wesentlich zur Identität des Metropolitanraums Basel und zur Identifikation der Menschen mit dem Metropolitanraum Basel bei.** Die Identifikation mit dem Metropolitanraum Basel war mit Rückschlägen konfrontiert. Gründe dafür waren einerseits äussere Einflüsse wie die Masseneinwanderungsinitiative, die anspruchsvollen partnerschaftlichen Beziehungen mit dem Kanton Basel-Landschaft sowie die Ängste des Gewerbes und des Detailhandels gegenüber der ausländischen Konkurrenz aufgrund der Frankenstärke. Andererseits stiegen die Bedeutung und die Wahrnehmung von Gremien wie der Oberrheinkonferenz (ORK) und der Nordwestschweizer Regierungskonferenz dank vereinfachter Strukturen. Die Verlängerung der Tramlinie 8 nach Weil am Rhein ist für den trinationalen Austausch förderlich, sofern diese neue Verkehrsanbindung nicht nur für den Einkaufstourismus und nicht einseitig genutzt wird.
- **Ein attraktives Verkehrssystem sichert die Erreichbarkeit des Wirtschaftsstandorts und fördert eine stadtgerechte Mobilität – zur Entlastung von Umwelt und Wohnbevölkerung.** Die Regierung verabschiedete das verkehrspolitische Leitbild, das in sieben strategischen Schwerpunkten Massnahmenpakete definiert. Die Massnahmen betreffen den öffentlichen Verkehr, den städtischen Strassenverkehr, den Fuss- und Veloverkehr, den städtischen Güterverkehr, das Mobilitätsmanagement und die öffentlichen Strassenräume. Das Fahrplanangebot der Tramlinie 8 nach Weil am Rhein wurde der Nachfrage angepasst und per Ende Berichtsjahr ausgebaut. Das neue fussgängerfreundliche Verkehrskonzept Innenstadt trägt durch autofreie Strassen und die Einführung von Tempo 30 zur Beruhigung des motorisierten Individualverkehrs bei, wobei die Umsetzung zu politischen Diskussionen führte. Der geplante Rheintunnel soll den Engpass auf der Osttangente auf stadtvträgliche Art beseitigen. Dieses Projekt des Bundes wurde durch den Kanton mit Nachdruck verfolgt.

Schwerpunkt „Basel ist Zentrum des Metropolitanraums“- Massnahmen

- **Gemeinsam über die Grenzen wachsen** Für die rund 40 trinationalen Projekte der IBA 2020 wurden die Ziele und Massnahmen für die Zwischenpräsentation 2016 und für die Abschlusspräsentation 2020 festgelegt. Die Weiterentwicklung der Landschaftsprojekte entlang der Wiese und des Rheins sowie die planerische Begleitung des Projekts 3Land waren im Berichtsjahr die Schwerpunkte für Basel-Stadt.
- **Ausbau des öffentlichen Verkehrs** Der Regierungsrat legte die Prioritäten für die weiteren Planungen zum Ausbau des Tramnetzes fest. Die Bauarbeiten für die Tramverbindung nach Saint-Louis wurden begonnen. Die Arbeiten am Vorprojekt des Herzstücks der S-Bahn Basel starteten.
- **Verlagerung auf den Velo- und Fussgängerverkehr** Das fussgängerfreundliche Verkehrskonzept Innenstadt wurde im Januar in Kraft gesetzt. Das Pilotprojekt mit velofreundlichen Lichtsignalanlagen bewährte sich und der Versuch wurde auf weitere Kreuzungen ausgeweitet. Mit der Öffnung weiterer Einbahnstrassen für den Velogegegenverkehr und zusätzlichen Veloabstellplätzen förderte der Kanton den Veloverkehr.
- **Leistungsfähige Strassenverkehrsachsen** Der Regierungsrat verabschiedete die Strategie Hochleistungsstrassen Basel-Stadt und eine gemeinsame Erklärung mit dem Bundesamt für Strassen betreffend Finanzierung des "Rheintunnels". Nachdem die Stimmbewölkerung des Kantons Basel-Landschaft die weitere Planung der stadtnahen Tangente gestoppt hat, wurde die bikantonale Planung des Teilprojekts Gundeli-Tunnel (ABAC) sistiert.

Schwerpunkt „Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt ist ein zuverlässiger, zugkräftiger und kooperativer Partner für die anderen Gebietskörperschaften und Organisationen im Metropolitanraum Basel.** Interkantonale und trinationale Gremien wie die Oberrheinkonferenz, die Nordwestschweizer Regierungskonferenz, die Metropolitankonferenz und die Europäische Territoriale Zusammenarbeit (Interreg-Programm der EU) haben durch die befürchtete Abschottung, die mit der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative verbunden ist, an Bedeutung gewonnen. Basel-Stadt setzte sich in regionalen und nationalen Gremien erfolgreich für die Interessen des Metropolitanraums Basel wie das Hafeneareal, den Innovationspark oder die Unternehmersteuerreform III ein. Der Vertrag zur Stärkung der Partnerschaft beider Basel sichert die Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft für die nächsten vier Jahre.
- **Der Kanton Basel-Stadt gestaltet die Bildungslandschaft in Abstimmung mit den Kantonen der Nordwestschweiz und versteht sie als Teil eines nationalen Bildungsraums.** Die Umsetzung des Lehrplans 21 erfolgte im Kanton Basel-Stadt ohne Verzögerung und ohne grossen politischen Widerstand. Erstmals wurden die Leistungschecks P3 und P6 auf der Primarstufe durchgeführt. Die Zusammenarbeit der Nordwestschweizer Bildungskantone funktionierte trotz unterschiedlicher Bedürfnisse und Strukturen. Erstmals fand ein vierkantonales Schulleitungssymposium (Thema Ausbildung Praxislehrpersonen) statt, das mit einer gemeinsamen Erklärung endete. Im Berichtsjahr informierte der Kanton Basel-Landschaft, dass die geplante Einführung der gemeinsamen Stundentafeln in der Sekundarschule um zwei Jahre auf 2018 verschoben wird.
- **Der Kanton Basel-Stadt entwickelt und betreibt das Verkehrssystem gemeinsam mit den staatlichen und privaten Partnern des Metropolitanraums Basel.** Die trinationale Trägererschaft des Vereins AggloBasel einigte sich auf einen gemeinsamen Entwurf für das Agglomerationsprogramm 3. Generation und eröffnete die Vernehmlassung. Im Vordergrund steht die Zusammenarbeit der Gemeinden in acht Korridoren, die Entwicklung einer trinationalen S-Bahn-Strategie für verschiedene Zeithorizonte sowie die Entwicklung einer trinationalen Strategie Strasse. Die Zusammenarbeit mit der Handelskammer beider Basel (HKBB) konnte im Bereich der Mobilität ausgebaut werden. So wurde gemeinsam ein Güterverkehrskonzept erarbeitet und die HKBB startete mit Unterstützung des Kantons ein wirtschaftsfreundliches Mobilitätsmanagement zur Förderung stadt- und umweltverträglicher Mobilität für Unternehmen.
- **Die integrierte Gesundheitsversorgung garantiert unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Ressourcen eine optimale medizinische Versorgung in einem anzustrebenden regionalen Gesundheitsversorgungsraum.** Die Regierungen beider Basel bekräftigten ihre Absicht, in der Gesundheitsversorgung enger zusammenzuarbeiten. So wurden die anstehenden Investitionen koordiniert, stationäre Überkapazitäten abgebaut und Leistungen auf ambulante Angebote verlagert. Als Leitplanke wurde folgender Grundsatz formuliert: „Die Region wird als ein integraler Gesundheitsraum definiert, in dem die Bevölkerung auf eine bezahlbare, qualitativ hochstehende und gut erreichbare Gesundheitsversorgung zählen kann.“ Zur Konkretisierung wurde mit der Prüfung folgender Projekte begonnen: Zusammenschluss Universitätsspital Basel und Kantonsspital Basel-Landschaft zu einer gemeinsamen Spitalgruppe, die offen ist für eine spätere Beteiligung weiterer Partner in der Region; Bau einer Tagesklinik auf dem Bruderholz für operative und interventionelle Eingriffe.

Schwerpunkt „Basel-Stadt als starker und verlässlicher Partner“- Massnahmen

- **Kooperation in der Nordwestschweiz** Als Zentrum des Metropolitanraums leistete Basel einen wichtigen Beitrag zur besseren Wahrnehmung der Region in Bundesbern, was unter anderem mit der Annahme des Gütertransportgesetzes durch die eidgenössischen Räte zu Gunsten der Hafentwicklung von Erfolg gekrönt war. Darüber hinaus war der Kanton mit einem Ehrengastauftritt am „Concours suisse des produits du terroir“ in Delémont präsent.
- **Institutionalisierung der Interessensvertretung auf Bundesebene** Die Interessensvertretung diente im Berichtsjahr als wichtige „Schaltstelle“ für den zeitgerechten, klaren und verständlichen Informationsaustausch

zwischen der kantonalen Regierung und dem Bundesparlament. Sie unterstützte die Fachdepartemente in ihren Positionen gegenüber Bundesbern, unter anderem mit einer gemeinsamen Vorlage für Stellungnahmen bei Vernehmlassungen.

- **Fokussierung im Bereich der regionalen Zusammenarbeit** Die trinationale Zusammenarbeit war von den Vorbereitungen des ORK-Schwerpunktprogramms 2016 unter BS-Präsidentschaft geprägt. Innerhalb des Trinationalen Eurodistricts Basel wurde, unter verstärkter Beteiligung der kommunalen Ebene, der Grundstein für die neue Finanzierungsperiode ab 2017 gelegt. Im Rahmen von Interreg V konnten acht neue Projekte mit baselstädtischer Beteiligung lanciert werden.
 - **Öffnung in Richtung anderer Metropolitanräume** Die Städte Basel, Genf und Zürich haben ihre Zusammenarbeit mit dem gemeinsamen Auftritt an der Expo Milano gefestigt und diese auch auf nationaler Ebene im Rahmen der IK Grosse Kernstädte gestärkt. Die Schwerpunkte lagen bei der Repräsentanz der urbanen Schweiz im Ausland und der gemeinsamen Interessensvertretung von städtischen Anliegen in Bundesbern.
 - **Basel-Stadt als Kern der grenzüberschreitenden Agglomeration** Mit dem Kanton
- Basel-Landschaft und den Nachbargemeinden wurde eine Untersuchung zur kantonsübergreifenden Entwicklung der „Kernstadt“ durchgeführt. Gemeinsam mit den Städten Weil am Rhein und Hünningen wurde das Raumkonzept 3Land fertiggestellt.
- **Harmonisierung der Schulen** Mit dem Volksschulabschluss treten die Jugendlichen zum gleichen Zeitpunkt in die Berufsbildung, ans Gymnasium oder die FMS über. Bei der Einführung des Lehrplans 21 übernahm der Kanton eine Vorreiterrolle.
 - **Agglomerationsprogramm** Die Arbeiten am Agglomerationsprogramm 3. Generation sind weit fortgeschritten. AggloBasel startete Ende 2015 die Vernehmlassung. Wesentliche Grundlagen bilden: Der Korridorprozess zur Siedlungsplanung, die trinationale Strategie Strassen und das Angebotskonzept für die trinationale S-Bahn. Die Umsetzung der Projekte aus der ersten und zweiten Generation schritt voran.
 - **Gesundheitsraum Nordwestschweiz** Anlässlich einer Stakeholder-Tagung wurde den Leistungserbringern beider Basel die Möglichkeit geboten, sich zur gemeinsamen Gesundheitsversorgung zu äussern. Das binationale Pilotprojekt Grenzüberschreitende Zusammenarbeit wurde bis 2018 verlängert.

2.1.4 Basel als urbanes Zentrum festigen

Schwerpunkt „Urbane Standortqualität“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt ist ein gefragter Lebensmittelpunkt für Menschen mit vielfältigen Lebensentwürfen aus dem In- und Ausland.** Der Kanton wuchs laut der Wanderungsanalyse von 2015 weiterhin moderat aufgrund der Zuwanderung aus dem Ausland, verzeichnete jedoch im Vergleich zum Vorjahr einen leichten Rückgang von Neuzugezogenen. Deutschland blieb trotz Rückgang bedeutendstes Herkunftsland, zudem verlagerten mehr Personen aus dem asiatischen Raum sowie aus Italien und Spanien ihren Lebensmittelpunkt nach Basel. Die Nachfrage nach Wohnraum ist anhaltend hoch, der Wohnungsleerstand bleibt mit 0.3% auch im 2015 tief.
- **Die Siedlungsentwicklung im Kanton Basel-Stadt erfolgt weitgehend innerhalb des ausgewiesenen Siedlungsgebietes und richtet sich nach innen.** Durch die Schaffung neuen Rechts im Sinne von Bebauungsplänen, konnte mehr Nutzung in den Bereichen Arbeit und Wohnen ermöglicht werden. Die Strategie, mit Hochhäusern punktuell an ausgewählten Orten zu verdichten, zeigte damit Wirkung. Im Bereich Arbeit zu nennen ist das Roche-Areal, wo aufgrund des verabschiedeten Bebauungsplans mit mehreren Hochhäusern zusätzlich rund 2'500 Arbeitsplätze konzentriert werden können. Im Bereich Wohnen zu nennen ist der projektierte Anbau der Wohnhochhäuser an der St. Alban-Teich Promenade, wodurch bei gleichzeitiger Beibehaltung der Aufenthaltsqualität rund 200 zusätzliche Wohnungen geschaffen werden können. Auf dem Erlenmatt-Areal wurden knapp 600 neue Wohnungen bezogen.
- **Im Kanton Basel-Stadt wird neuer Wohnraum von hoher Qualität für unterschiedliche Ansprüche geschaffen und bestehender Wohnraum aufgewertet.** Die Wohnbauproduktion konnte im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr zulegen. Die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus zeigte Fortschritte: Die Leistungsvereinbarungen mit dem Dachverband Wohnbaugenossenschaft wurde unterzeichnet und für das Areal Felix-Platter-Spital und die Stadtrandentwicklung Nordwest die Absichtserklärungen unterzeichnet. Fast zeitgleich mit dem kontinuierlichen Rückgang der Leerstandsquote ging auch die Zufriedenheit mit dem Wohnungsangebot laut Bevölkerungsbefragung deutlich von 73.1% 2011 auf 59.4% zurück. Die Umsetzung des §16 des Wohnraumförderungsgesetzes (Wohnungen für mehrfach Benachteiligte) erwies sich als schwierig, der Kanton prüfte deshalb verschiedene Möglichkeiten. Durch Aufstockungen konnten fünfzig zusätzliche Notwohnungen geschaffen werden.
- **Der Kanton Basel-Stadt anerkennt die ökologische und soziale Bedeutung von Frei- und Grünflächen und ermöglicht deren vielfältige funktionale Nutzung.** Die Zufriedenheit mit den Parks und Grünanlagen am Wohnort hat auf hohem Niveau zugenommen, gleichzeitig sind die Ansprüche an Frei- und Grünflächen vielfältig und teils divergierend. Projekte in der Umsetzungsphase waren insbesondere die Streetworkout-Anlage in der Dreirosenanlage, die generationenübergreifende Spiel- und Bewegungsinseln im Schützenmattpark und der „Upcycling“-Spielplatz in der Breitematte. Das Grün- und Freiraumkonzept Gundeli wird voraussichtlich im Frühjahr 2016 vorliegen. Die Produktionsbetriebe der Stadtgärtnerei wurden als Bio-Umstellungsbetrieb bei Bio Suisse angemeldet und teilweise bereits zertifiziert. Der neue städtische Platz „Stadtterminal“ auf der Erlenmatt mit Räumlichkeiten für Jugendliche wurde vom Grossen Rat bewilligt. Das Projekt Landhof verzögerte sich wegen der Prüfung eines unterirdischen Quartierparkings.
- **Der öffentliche Raum ist vielfältig nutzbar und ein wichtiger Faktor der Lebensqualität in Basel.** Die Lebensqualität in Basel-Stadt wurde in der Bevölkerungsbefragung wie vor vier Jahren als sehr gut bewertet. Kontinuierliche Verbesserungen im öffentlichen Raum trugen dazu bei und unterstützen die vielfältige Nutzung. Projekte in der Umsetzungsphase waren u.a. die Umgestaltung des Luzerner-/ Wasgenring, diverse Verbesserungen für den Velo- und Fussverkehr sowie die Einführung weiterer Begegnungszonen im Wohnumfeld. Es wurden spezielle Nutzungspläne zur Bespielung des öffentlichen Raums erarbeitet, die die Vielfalt der Nutzungen sichern sollen. Sie wurden in die Vernehmlassung gegeben und werden voraussichtlich 2016 dem Grossen Rat vorgelegt.
- **Die Qualitäten der Basler Innenstadt sowie der Riehener und Bettinger Dorfzentren sind langfristig gesichert und werden nachhaltig weiterentwickelt.** Der Entwicklungsrichtplan Innenstadt wurde als behördenverbindliches Planungsinstrument für die koordinierte Planung in den

Bereichen Gestaltung, Nutzung und Verkehr der kommenden 10 bis 15 Jahren beschlossen. In diesem Rahmen wurde das Teilprojekt „Verkehrskonzept Innenstadt“ umgesetzt. An der Rheingasse hat sich dadurch ein belebter Boulevard entwickelt. Die Verordnung wurde unter Berücksichtigung der Erfahrungen und Einwände des Gewerbes angepasst. Das Teilprojekt „Gestaltungskonzept Innenstadt“ wurde vom Grossen Rat genehmigt und wird im Rahmen von Sanierungsarbeiten umgesetzt. Im Weiteren wurde die 1. Etappe der Elisabethenstrasse realisiert und damit die Situation für den öffentlichen Verkehr, den Fuss- und Veloverkehr verbessert. Die Neugestaltung des Rieher Dorfsentrums wurde abgeschlossen und der neue Platz eingeweiht.

Schwerpunkt „Urbane Standortqualität“- Massnahmen

- **Umsetzung der Entwicklungsvision 3Land**
Es wurden die wichtigsten Rückmeldungen von Politik, Gesellschaft und Planungspartnern ausgewertet und die Planungsvereinbarung für die Jahre 2016-2020 erneuert. Zentraler Aspekt ist die kohärente Stadtplanung, die Planung von Verkehrsinfrastruktur, Freiräumen und wirtschaftlicher Entwicklung.
- **Stadtentwicklung Basel Süd / Gundeli Plus**
Das Massnahmenkonzept zum Grün- und Freiraum Gundelingen wurde unter Einbezug der Quartierbevölkerung fertiggestellt und in die Vernehmlassung geschickt. Für eine Verkehrsberuhigung im Raum Gundelingen wurden Mobilitätsanalysen durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Arbeiten dienen dem gestarteten Prozess zur integralen Erarbeitung eines Stadtteilrichtplans Gundelingen als Grundlage.
- **Vielfältiges, attraktives und ausreichendes Wohnangebot**
Der Regierungsrat entschied das Areal des Felix Platter-Spitals im Baurecht an Genossenschaften abzugeben. Ein Bebauungsplan, der die Verdichtung der Wohnüberbauung an der St. Albenteich-Promenade ermöglicht, wurde vom Grossen Rat bewilligt.
- **Unterstützung der Wohnpolitik durch Einbezug der Immobilien des Finanzvermögens**
Die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus durch Abgabe von Land im Baurecht wurde weitergeführt, für die Areale Schoren und Belforterstrasse wurden Baurechtsverträge abgeschlossen. Das Bauprojekt Nullenergiehaus an der Aescherstrasse wurde fertiggestellt und bezogen. Der Bebauungsplan für das Pilotprojekt Volta Ost unter der Zielsetzung „Low Cost“ wurde durch den Grossen Rat genehmigt.
- **Konzept für den öffentlichen Raum**
Der Diskurs über den Umgang im öffentlichen Raum insbesondere über die Bedeutung von Zivilcourage wurde gefördert. Zur Unterstützung der vielfältigen Nutzbarkeit des öffentlichen Raumes wurde mit dem Regierungsratsbeschluss zum Gestaltungskonzept Innenstadt ein verbindliches Instrument geschaffen, auf dessen Basis in Abhängigkeit des Sanierungsbedarfs Umgestaltungen erfolgen.
- **Attraktivitätssteigerung der Innenstadt durch Messen und Märkte**
Die Märkte auf öffentlichem Grund trugen im Berichtsjahr zur Attraktivitätssteigerung der Innenstadt bei. Insbesondere die Basler Herbstmesse und der Basler Weihnachtsmarkt mit einer noch stärkeren Einbindung des Claraplatzes waren sehr gut besucht. Mit dem zum fünften Mal stattfindenden Tag der Märkte wurde der Öffentlichkeit die Regionalität und Frische der Basler Märkte präsentiert.
- **Bewirtschaftung des öffentlichen Raums**
Die interne Vernehmlassung der Verordnung zum Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raums fand im Herbst statt. Ein erstes Paket von speziellen Nutzungsplänen wurde öffentlich diskutiert, es erfolgte die öffentliche Planaufgabe. Zur Bekämpfung der illegalen Abfallablagerung und des Litterings waren vier Kontrolleure im Einsatz. An öffentlichen Veranstaltungen muss neu Mehrweggeschirr verwendet werden.
- **Attraktive und belebte Innenstadt**
Mit der Grünpfahlgasse, dem Gerbergässlein und einem Teil der Gerbergasse wurden erste Strassenabschnitte gemäss dem Gestaltungskonzept Innenstadt umgestaltet, für dessen Umsetzung der Grosse Rat die Mittel der ersten Etappe (2015–2021) freigegeben hat.
- **«Welcome»**
Zur Stärkung der Willkommenskultur und sozialen Vernetzung wurden neun Anlässe für Neuzuziehende durchgeführt. Im Rahmen des Programmpunkts „Welcome on board“ wurde das Informationsangebot um verwaltungsinterne und -externe Akteure erweitert und den Bedürfnissen der Neuzuziehenden angepasst.

Schwerpunkt „Kulturstadt mit Ausstrahlung“- Ziele

- **Der Kanton Basel-Stadt ist ein wichtiges kulturelles Zentrum mit internationaler Ausstrahlung. Er verfügt über eine lebendige Kulturszene und setzt in den Bereichen bildende Kunst, Musik, Theater wie auch Architektur bedeutende Akzente.** Erfolgreiche Veranstaltungen wie die Art Basel wurden durch eine vielseitige Kulturszene ergänzt, die zunehmend auch in Off-Spaces stattfand. Die Politik genehmigte den Umbau des Kasernenareals und des Stadtcasinos und stärkte damit die Infrastruktur. Das neue Musikfestival Zeiträume und die Verleihung des Schweizer Grand Prix Musik im Münster waren wichtige neue Initiativen. Mit dem verabschiedeten Orchesterfördermodell soll die Ausstrahlung Basels als Musikstadt gestärkt werden. Das neue Fördermodell für Film und Medienkunst wird mit den erhöhten Beiträgen den Kurations- und Produktionsstandort Basel stärken. Das Theater Basel hatte weniger Besucher: es fehlte an breitem Publikumsspektrum.
- **Der Kanton Basel-Stadt etabliert und sichert starke Partnerschaften mit privaten und öffentlichen Trägern, die das Kulturangebot mitgestalten und die kulturellen Zentrumsleistungen mittragen und mitfinanzieren.** Die Auseinandersetzung über die Kulturpartnerschaft zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft war von höchster Bedeutung: Der bestehende Kulturvertrag über die partnerschaftliche Finanzierung von im Kanton Basel-Stadt ansässigen Kulturinstitutionen mit Zentrumsleistung sollte aufgrund der Sparmassnahmen von Basel-Landschaft gekündigt werden. Dies wäre für zahlreiche Kulturinstitutionen prekär gewesen. Die Situation erforderte ein hohes Mass an Ressourcen und Kommunikation mit allen Beteiligten. Die Auseinandersetzung förderte die Diskussion um den Stellenwert von Kultur und über das kulturelle Selbstverständnis. Dank dem Vertrag zur Stärkung der Partnerschaft beider Basel für die kommenden vier Jahre wird der Kulturvertrag vorerst ungekündigt weitergeführt. Nun müssen gemeinsame partnerschaftliche Modelle diskutiert und für die Periode ab 2020 gefunden werden.
- **Die staatlichen und subventionierten Kulturinstitutionen berücksichtigen in ihren Angeboten die kulturelle Vielfalt der Bevölkerung. Der Kulturvermittlung kommt ein hoher Stellenwert zu.** Das Kulturangebot in Basel war vielfältig und qualitativ hochstehend, die Zufriedenheit hoch. Es besteht allerdings Verbesserungspotenzial im Sinne einer Öffnung der Institutionen für ein breites Publikum und insbesondere von Angeboten, die sich mit migrationsspezifischen oder interkulturellen Themen auseinandersetzen. Die edukativen Projekte wurden weitergeführt. Die Museumnacht war auch dieses Jahr erfolgreich und es fand eine Zusammenarbeit mit Vertreterinnen und Vertreter von Migrationsgemeinschaften statt, die mit ihren Landsleuten die Museumnacht besuchten. Für negative Schlagzeilen sorgten die falsch ausgestellten Bewilligungen für Musiker und Musikerinnen aus Drittstaaten, von denen im Sinne des Gesetzes die meisten Basel verlassen mussten. Die Bereitschaft und das Interesse der Kulturinstitutionen an gemeinsamen Kooperationen stiegen insgesamt, die Zusammenbaukultur ist gut.

Schwerpunkt „Kulturstadt mit Ausstrahlung“- Massnahmen

- **Kulturpolitik** Im Zeichen von Budgetdebatten und Sparmassnahmen mussten Vorschläge unterbreitet werden für Einsparungen ab 2016/17. Die Kulturpartnerschaft mit dem Kanton Basel-Landschaft war Gegenstand intensiver Verhandlungen. Ziel war, die hohe Qualität und breite Vielfalt der kulturellen Angebote zu sichern und neben den grossen auch die kleineren Kulturinstitutionen und das freie Kulturschaffen zu schützen.
- **Raum für kreative Aktivitäten** Das Bauprojekt zur Sanierung der Kaserne Basel wurde erarbeitet, der Investitionskredit durch den Regierungsrat bewilligt und dem Grossen Rat vorgelegt. Für die Atelieregemeinschaft in der Klingentalkirche wurde eine neue Vergabepolitik entwickelt. Die Abteilung Kultur vergab einen Proberaum zu günstigem Preis für Tanz- und Theaterschaffende.
- **Förderstrategie des Kulturleitbilds** Die Bauprojekte im Kulturbereich (Erweiterungsbau Kunstmuseum, Sanierung Kaserne, Sanierung/ Erweiterung Stadtcasino, Neubau Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv) wurden vorangetrieben. Das neue Orchesterfördermodell wurde erarbeitet und vom Regierungs- und Grossen Rat verabschiedet. Die Jugendkulturförderung wurde weiter be-

trieben und eine entsprechende Verordnung erstellt.

- **Interkantonaies Finanzierungsmodell**
Längerfristige Verhandlungen über die Auslegung der zentralörtlichen Leistungen im Bereich Kultur durch den Kanton Basel-Landschaft wurden im Rahmen der Partnerschaftsverhandlungen geführt. Die Weiterführung des Kulturvertrags konnte dank dem Beschluss zur Stärkung der Partnerschaft beider Basel bis mindestens Ende 2019 gesichert

werden.

- **Education- und andere Vermittlungsprojekte** 18 Vermittlungsprojekte wurden gefördert, begleitet, realisiert. Partner waren (subventionierte) Kulturinstitutionen und Kunstschaffende der Freien Szene. Handlungsfelder und Fördergefässe im Vermittlungsbereich wurden durch verwaltungsinterne und -externe Fachpersonen überdacht. Sie sollen künftig den Anspruchs- und Zielgruppen gerechter werden und kulturpolitisch wirksamer sein.

2.1.5 Nachhaltig Lebensqualität schaffen

Schwerpunkt „Chancengleichheit“- Ziele

Frauen und Männer sind in ihrer Teilnahme am wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben gleichgestellt. Seitdem die Geschlechterquote in Strategie- und Aufsichtsgremien öffentlich-rechtlicher Institutionen in Basel-Stadt umgesetzt wird, hat sich der Frauenanteil auf 28.7% erhöht und nähert sich dem Ziel von 33%. Die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern verringert sich seit 2008 kontinuierlich, trotzdem liegt sie noch bei 21.3%. Es wurde begonnen, die Lohngleichheit bei der Vergabe von Staatsbeiträgen und bei den öffentlichen Beschaffungen zu überprüfen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf war weiterhin ein wichtiges Anliegen. Die neue Generation von Arbeitnehmenden gewichtet dieses Bedürfnis hoch. Diese Themen wurden im Programm „Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel“ aufgegriffen und bearbeitet.

- **Alle Kinder und Jugendlichen erhalten optimale Bildungschancen und können in angemessener Form am gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben teilnehmen.** Der Kanton Basel-Stadt verfügt dank der Umsetzung der nationalen Bildungsreformen über eine relativ hohe Chancengerechtigkeit im Bildungsbereich. So wurde der Berufswahlunterricht für Schüler und Schülerinnen während der gesamten Sekundarschule intensiviert, die Durchlässigkeit bei den Angeboten auf der Sekundarstufe II verbessert und die Berufsmaturität gestärkt. Der Nachteilsausgleich für Schüler und Schülerinnen mit einer Behinderung wurde zunehmend auch in den Mittelschulen sowie in der Berufsbildung thematisiert. Optimierungsbedarf besteht für Schüler und Schülerinnen mit einer Behinderung und für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund.
- **Mindestens 95% der jungen Menschen erreichen am Ende der Sekundarstufe II einen qualifizierten Abschluss.** Trotz unzureichender Datenlage kann davon ausgegangen werden, dass die Mehrheit der in der Schweiz geborenen und aufgewachsenen jungen Menschen über einen qualifizierten Abschluss verfügt. Handlungsbedarf besteht bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die spät migriert sind und sprachliche Defizite aufweisen. Hier braucht es zusätzliche Anstrengungen seitens des Kantons, bspw. Sprachfördermassnahmen, spezielle Integrationsklassen. Erfolge wurden bei den Projekten zum Übertritt von der Schule in den Beruf und zur beruflichen Integration von Sozialhilfe Beziehenden erreicht.
- **Migrantinnen und Migranten haben gleiche Chancen auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie gleichberechtigten Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem und können am öffentlichen Leben teilnehmen.** Im Berichtsjahr wurden individuelle Begrüssungsgespräche für Zuziehende und kostenlose Deutschkurse für nicht deutschsprachige Migrantinnen und Migranten mit Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung B angeboten. Die regelmässig stattfindenden Begrüssungsanlässe im Rathaus wurden von etwa 20% der Neuzugezogenen besucht. Die Einbürgerungszahlen blieben auf tiefem Niveau. Die Gymnasialquote der ausländischen Schülerinnen und Schüler stieg und gleicht sich derjenigen der Schweizer Schülerinnen und Schüler an. Die Sensibilisierung und Information der Migrationsbevölkerung in Bezug auf die Nutzung des hiesigen Gesundheitssystems und insbesondere das Hausarztssystem wurde intensiviert.
- **Menschen mit einer Behinderung können gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilnehmen.** Eine Studie der FHNW zeigte ein beachtliches Potenzial zur Schaffung von hindernisfreiem Wohnraum im Wohnungsbestand des Kantons Basel-Stadt. Die Hindernisfreiheit im öffentlichen Verkehr blieb eine Herausforderung. Die Umsetzung des Behindertengesetzes im öffentlichen Verkehr (Anpassung der Haltstellen) wird bis 2024 nicht erreicht werden. Bei der Integration im Bereich Arbeit wurden weitere Fortschritte erzielt. Handlungsbedarf besteht insbesondere noch bei der integrativen Berufsbildung. Nachholbedarf gibt es ebenso im Bereich Kommunikation (Barrierefreiheit im Web, Anwendung „leichter Sprache“).

Schwerpunkt „Chancengleichheit“- Massnahmen

- **Weiterentwicklung der familienergänzenden Tagesbetreuung und Tagesstrukturen**
Die Tagesbetreuung und die Tagesstrukturen wurden ausgebaut. Damit genügend Plätze in Tagesheimen geschaffen werden, wurden weiterhin Investitionsbeiträge ausgerichtet. Im Berichtsjahr wurde eine Totalrevision des Gesetzes betreffend der Tagesbetreuung vorbereitet.
- **Programm «Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel»**
Die Public Private Partnership fokussierte auf das Thema Flexibilität am Arbeitsplatz. Dies wird zum Schlüsselinstrument für Unternehmen, um im Kontext eines angespannten Arbeitsmarkts attraktiv zu bleiben. Mit den Aktivitäten wurden rund 4000 Unternehmen und interessierte Personen erreicht.
- **Eine kinder- und familienfreundliche Stadt**
Der Aktionsplan „Kinderfreundliche Stadt“ befand sich im Berichtsjahr in Umsetzung. Die Regierung beschloss, die Auszeichnung „kinderfreundliche Gemeinde“ durch eine Rezertifizierung zu erneuern.
- **Integrative Volksschule**
Die dreistufige Förderung der Lernenden mit besonderem Bildungsbedarf stärkte die Integrationskraft der Regelklassen. Die Schulen nutzten bei Gestaltung und Zuteilung der Förderangebote Teilautonomie und ausreichende Ressourcen. In Ausnahmefällen wurden Lernende in Sonderschulen eingeteilt. Eine Evaluation stellte der integrativen Volksschule BS ein gutes Zeugnis aus.
- **Ausbau der frühen Förderung und Bildung**
Das Obligatorium zur frühen Deutschförderung wurde konsolidiert und eine Qualitätssicherung für die pädagogische Umsetzung der Deutschförderung in Spielgruppen und Tagesheimen angegangen. Die Erreichbarkeit der Eltern von Kindern im Vorschulalter wurde mit Massnahmen wie bspw. Veranstaltungen, aufsuchender Arbeit oder Netzwerkarbeit verbessert. Im Fokus standen die Themen Bewegung und Ernährung.
- **Bildungsförderung**
Persönlichkeits- und bildungsfördernde Massnahmen sowie beratende und begleitende Angebote wurden an den Nahtstellen auf allen Bildungsstufen eingerichtet, um die selbstständige Lebensführung und die gesellschaftliche Teilhabe zu fördern.
- **Angebote und Räume für Kinder und Jugendliche**
Das neue Jugendkulturhaus an der Reinacherstrasse 105 wurde eröffnet und bietet niederschwellige Projekt- und Proberäume. Für den „Stadtterminal Erlenmatt“ wurden die Voraussetzungen für die Mitwirkung der Jugendlichen geschaffen.
- **Öffnung der Berufswahl**
Im Aktionsprogramm «no limits!» setzten sich Schülerinnen und Schüler von der Kindergartenstufe bis ins Berufswahlalter mit geschlechtsatypischen Berufen und vielfältigen Lebensentwürfen auseinander. Dem Alter entsprechend wurden Berufswahl und Geschlechterstereotypen thematisiert.
- **Nachholbildung, Erwachsenenbildung**
Erwachsene konnten auch in diesem Berichtsjahr einen eidgenössisch anerkannten Berufsabschluss nachholen: 141 Personen erhielten die Zulassung zur Lehrabschlussprüfung und 153 Personen legten die Prüfung ab (57% CH, 61% Frauen, 39% Männer). Die Pilotphase des Projekts „Enter“, das Personen vor der Aussteuerung Möglichkeiten zur Nachholbildung anbietet, wurde um ein Jahr verlängert.
- **Sprachförderung**
Schwerpunkt der Fachstelle Erwachsenenbildung war die Förderung von Deutsch- und Integrationskursen für Migrantinnen und Migranten. 15 Angebote boten Kinderbetreuung mit Sprachförderung an, welche 213 Kinder nutzten. 4 Institutionen förderten Vorschulkinder, die ins selektive Obligatorium fallen. Im Mai wurde mit der Umsetzung der Gratis-Deutschkurse für Neuzugezogene begonnen.
- **Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten**
Erstmals wurden auch ausländische Jugendliche an die Jungbürgerfeier eingeladen. Der interreligiöse Austausch wurde am runden Tisch der Religionen sowie anlässlich der Woche der Religionen unterstützt. Die berufliche Integration wurde durch das Zentrum für Brückenangebote, Berufsberatung und „Gap Case Management“ gefördert.
- **Förderung der Selbständigkeit und der gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung**
Die Parlamente beider Basler Kantone nahmen die Beratung des Behindertenhilfegesetzes auf. Ziel ist die Unterstützung der behinderten Person gemäss ihrem Bedarf. Die Mobilität im öffentlichen Raum wurde weiter verbessert: mehr Leitlinien, Behindertenparkplätze und hindernisfreie Trams und Busse. Die integrative Schule wuchs, während integrative Angebote in der Berufsbildung noch fehlen.

Schwerpunkt „Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen“- Ziele

- **Gemessen am Bruttoenergieverbrauch weist der Kanton Basel-Stadt einen stark steigenden Anteil an erneuerbaren Energien auf.** Während der Gesamtenergieverbrauch im Kanton Basel-Stadt tendenziell abnahm, konnte der Anteil an erneuerbaren Energien wie bereits im Vorjahr einen Zuwachs verzeichnen. Durch die Vorgaben im Energiegesetz betreffend Warmwasseraufbereitung beim Ersatz eines Boilers wurden bei rund 200 Anlagen solarthermische Nutzungen installiert.
- **Der Kanton Basel-Stadt nimmt beim Energiekonsum eine Vorbildfunktion ein, insbesondere im Gebäudebereich und bei der Mobilität. Er ist ein starker Innovationsort im Bereich erneuerbarer Energien und setzt mit einer fortschrittlichen Energiepolitik positive Impulse für neue Unternehmen.** Im Bereich der Arealentwicklung auf der Erlenmatt konnte der Kanton Basel-Stadt mit der Bereitstellung von Energiedaten die Entwicklung der App „Erlenapp“ durch Private ermöglichen. Die App unterstützt Bewohnende bei einem möglichst sparsamen Energieverbrauch. Sie lässt sich auch auf andere Areale oder sogar ganze Quartiere übertragen.
- **Die räumliche und verkehrliche Entwicklung im Kanton Basel-Stadt folgt den Grundsätzen der nachhaltigen Raumentwicklung. Sie ist koordiniert und inhaltlich kohärent mit derjenigen der angrenzenden Gebietskörperschaften.** Im Rahmen des Agglomerationsprogramms 3. Generation wurde die Zusammenarbeit in den Korridoren verstärkt. Dieser verstärkte Bottom-Up-Prozess erlaubte es den Gemeinden der einzelnen Korridore, eine räumliche Entwicklungsstrategie gemäss dem gemeinsamen Zukunftsbild für die trinationale Agglomeration zu erarbeiten.
- **Verkehrslärm und -immissionen werden verringert.** Die 55 neuen Gelenkbusse und 61 neuen Flexity-Trams trugen zur Lärmreduktion bei, indem sie ältere, lautere Tramzüge und Busse ersetzten. Zudem wurden neue Tempo-30-Zonen und Begegnungszonen mit Tempo 20 eingerichtet, die die Lärmreduktion in den Quartieren unterstützten und gleichzeitig die Verkehrssicherheit erhöhten. Die Installation von Schallschutzfenstern zur Reduktion der Lärmbelastung der Bevölkerung konnte entlang der Kantonsstrassen abgeschlossen werden. Entlang der Nationalstrassen besteht aufgrund der durch das ASTRA noch nicht gesicherten Finanzierung Handlungsbedarf.
- **Im Kanton Basel-Stadt sinkt die Belastung der Luft durch Luftschadstoffe unter die Jahreshgrenzwerte. Es wird haushälterisch mit Wasser und anderen Ressourcen umgegangen. Die Belastung der Gewässer nimmt ab.** Die Schadstoffbelastung der Luft ging sukzessive zurück, die sektorübergreifende Zusammenarbeit in den Bereichen Verkehr und Landwirtschaft zeigt Wirkung. Obwohl an drei aufeinander folgenden Tagen die Ozonkonzentration so hoch war, dass Verhaltensempfehlungen an die Bevölkerung kommuniziert werden mussten, war sie dank Rückgang bei den Vorläuferschadstoffen weniger hoch als in anderen Jahren. Das Vorprojekt der ARA zur vierten Reinigungsstufe (Entfernung der Mikroverunreinigungen) wurde abgeschlossen und evaluiert, so dass es zur Genehmigung dem BAFU vorgelegt werden kann.
- **Der Kanton Basel-Stadt investiert in Massnahmen zur Steigerung der Standortattraktivität unter Berücksichtigung eines nachhaltigen Finanzhaushaltes. Er geht mit seinen finanziellen Ressourcen haushälterisch um. Die Nettoschuldenquote bleibt dabei immer unter der gesetzlich vorgegebenen Maximalquote.** Die Finanzlage des Kantons entwickelte sich weiterhin stabil. Das Jahresergebnis 2015 weist einen Überschuss von 432,4 Millionen Franken aus und war damit deutlich besser als budgetiert. Die Nettoschuldenquote ist auf 2,9% gesunken. Grund für das positive Ergebnis waren insbesondere höhere Steuereinnahmen. Aufgrund der kontrollierten Ausgabenpolitik und der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen sind die Aussichten in der Finanzplanung nun besser als erwartet.

Schwerpunkt „Nachhaltiger Umgang mit Ressourcen“- Massnahmen

- **Die «2000-Watt-Gesellschaft» als Leitmotiv** Erste Projekte, die der Grosse Rat im Januar 2013 für die Weiterführung der 2000-Watt-Gesellschaft – Pilotregion Basel bewilligte, wurden umgesetzt. Im Bereich Elektromobilität erfolgten bspw. vertiefte Abklärungen zum Thema Ladeinfrastruktur. Die Revision des Energiegesetzes im Zusammenhang mit

der Initiative „Basel erneuerbar“ wurde erarbeitet und dem GR vorgelegt.

- **Nachhaltige Raum- und Verkehrsentwicklung** Der Bund genehmigte den angepassten kantonalen Richtplan und lobte die Bemühungen zur nachhaltigen Verdichtung des Kantons. Durch Aktivierung und Ausnützen von Potenzialen im Bestand konnte zusätzlicher Wohn- und Arbeitsraum entstehen. Der Regierungsrat verabschiedete sein verkehrspolitisches Leitbild und verankerte darin die Grundsätze einer nachhaltigen Mobilität.
- **Lärmschutz gewährleisten** Vom Bundesamt für Umwelt konnten Beiträge für Strassenlärmsanierungen 2016-2019 gesichert werden. Neben dem Einbau von lärmindernden Belägen wurden zwei Strassenzüge in Wohnquartieren mittels Temporeduktion lärmsaniert. Zusätzlich wurde der Einbau von 133 Schallschutzfenstern subventioniert.
- **Luftbelastung vermindern** Die Machbarkeit der Verkehrsmassnahmen des regierungsrätlichen Aktionsplans „Gesunde Luft in Wohnquartieren“ wurde überprüft. Zur Erfolgskontrolle wurden Messungen durchgeführt. Die Ozonbelastung war im Sommer so hoch wie letztmals im Jahr 2006.
- **Ressourcen schonen mit Abfallbewirtschaftung** Rund die Hälfte aller Siedlungsabfälle wurde der Wiederverwertung zugeführt. Die restlichen Abfälle wurden mit hohem Energienutzungsgrad verbrannt. Die gesetzlich vorgeschriebene Abfallplanung wurde gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft an die Hand genommen mit dem Ziel, die Kreislaufwirtschaft in der Region zu stärken. Ein Schwerpunkt liegt bei der Wiederverwendung von Bauabfällen.
- **Nachhaltige Ausgabenpolitik** Der Regierungsrat verabschiedete anfangs Jahr Entlastungsmassnahmen von jährlich 70 Mio. Franken, um auch in Zukunft ein strukturelles Defizit zu vermeiden. Die Kantonsrechnung 2015 schloss mit einem Überschuss von 432.4 Mio. Franken ab. Es wurden Nettoinvestitionen im Umfang von 394 Mio. Franken getätigt und die Nettoschuldenquote wurde auf 2.9‰ gesenkt.

Schwerpunkt „Lebensqualität und Sicherheit“- Ziele

- **Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen fühlen sich im Kanton Basel-Stadt sicher und leben friedlich zusammen.** Die Bevölkerungsbefragung 2015 zeigt, dass sich 91.2% (2011: 92.9%; 2007: 94.6%) der Befragten im Alltag sicher fühlen. 76.5% (78.4; 74.4%) zeigen sich mit der öffentlichen Sicherheit zufrieden. Die für das Sicherheitsempfinden wichtigen Zahlen zu Raub (-22%) und Entreisssdiebstahl (-30%) sind gemäss Polizeilicher Kriminalstatistik 2015 erneut gesunken – wie die Anzeigen insgesamt (-2%). Die Anzahl Einbrüche ist nahezu stabil geblieben (+1%). Mit 109,2 Straftaten pro 1000 Einwohner im Jahr 2015 liegt die Stadt Basel bei der Häufigkeit erneut am unteren Rand der Städte und urbanen Zentren – vor den Städte Genf (155.4), Lausanne (129.0), Bern (128.8) und Zürich (116.1).
- **Der Kanton Basel-Stadt verfügt über ein soziales Sicherungssystem, das den Bedürfnissen der Gesellschaft entspricht. Die materielle Existenz ist gesichert, so dass die Handlungsfähigkeit der Einwohnerinnen und Einwohner gewahrt bleibt.** Die Anzahl von Beziehenden von Ergänzungsleistungen (EL), die IV bezogen, stagnierte im Jahr 2014 zum ersten Mal. Bei AHV-Beziehenden stieg der EL-Bezug wiederum an. Die Fallzahlen bei den Familienmietzinsbeiträgen stiegen und damit die Kosten. Im Berichtsjahr nahm die Sozialhilfequote der 18- bis 25-jährigen parallel zur Gesamtquote leicht zu. Eine aktuelle Herausforderung war die Eingliederung minderjähriger Flüchtlinge. Sozialhilfeempfänger im Alter von 25 bis ca. 35 Jahren konnten mit Massnahmen bspw. dem Projekt „Enter“, zwar nicht in grossem Umfang, dafür aber nachhaltig, integriert werden. Seit 2012 steigt die Unterstützungsdauer bei den Sozialhilfeempfängern deutlich an, es wurden weniger Austritte aufgrund von Arbeitsaufnahme verzeichnet. Mit Übernahme des Projekts „i-Job“ in das Regelangebot der Sozialhilfe wird Langzeitarbeitslosen eine Beschäftigung im zweiten Arbeitsmarkt ermöglicht.
- **Der Kanton Basel-Stadt stellt eine bedarfsgerechte, qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung bereit, die insgesamt finanzierbar und für das Individuum erschwinglich ist.** Mit seinen medizinischen Angeboten hat der Kanton Basel-Stadt eine Zentrumsfunktion für die umliegenden Kantone und das grenznahe Ausland. Deshalb überstieg das Gesamtangebot den Eigenbedarf und stellte so die Grundversorgung bis hin zur hochspezialisierten Medizin sicher.

Der Kanton Basel-Stadt wies national die höchsten Krankenkassenprämien auf, was insbesondere auf die in der Schweiz einzigartige rein städtische Siedlungsstruktur zurückzuführen ist. Analog zum prozentualen Anstieg der Krankenkassenprämien hat der Regierungsrat wiederum die Prämienverbilligungen für das Jahr 2016 entsprechend erhöht. Der Regierungsrat erstellte den ersten Bericht zur Entwicklungen und Massnahmen bei den Gesundheitskosten gemäss §67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes (SG 300.100).

- **Die Verkehrssicherheit im Kanton Basel-Stadt ist hoch. Die Zahl der bei Verkehrsunfällen verletzten Personen wird bis zum Jahr 2020 auf Basis der Unfallstatistik BS 2011 um 30 Prozent gesenkt.** Die Zufriedenheit der Baslerinnen und Basler mit der Verkehrssicherheit ist mit 85.9% hoch. Dies geht aus der Bevölkerungsbefragung 2015 hervor. Vier Jahre zuvor lag der Wert bei 84.1%. Im Berichtsjahr 2015 wurden 473 Personen bei Verkehrsunfällen verletzt. Diese Zahl ist grösser als jene in der Unfallstatistik 2014 (437 Personen). Der Anstieg lässt sich nicht zuletzt zurückführen auf die seit 2013 vorgenommenen Anpassungen bei der Unfallaufnahme und die daraus folgende genauere statistische Erfassung. Die Zahl der bei Verkehrsunfällen verletzten Personen lässt sich aufschlüsseln in 373 (347) Leichtverletzte und 97 (88) Schwerverletzte. Drei (zwei) Personen starben bei Verkehrsunfällen.
- **Der Kanton Basel-Stadt setzt sich im Sinne einer modernen Gesundheitspolitik für Erhalt und Förderung der Gesundheit von Mensch und Tier ein, sorgt für einen starken Konsumentenschutz und unterstützt seine Bevölkerung in einer gesundheitsbewussten Lebensweise.** Das Veterinäramt und das kantonale Laboratorium führten die jährlichen Kontrollen durch, ein Schwerpunkt lag dabei auf Tätowiertinten. Um die Gesunderhaltung von Tier und Mensch zu fördern, realisierte das Veterinäramt diverse präventive Massnahmen insbesondere hinsichtlich der Hundehaltung. So wurde für Eltern und deren schulpflichtige Kinder auf Basis des obligatorischen Kindergartenkurses u.a. der Refresher-Film „Du & Hund“ produziert und im Internet zugänglich gemacht. In enger Zusammenarbeit mit der Stadtgärtnerei, der Kantonspolizei und den Quartiervereinen wurden weitere Hundefreilaufzonen ausgewiesen. Präventionsmassnahmen zeigen bspw. im tendenziellen Rückgang der übergewichtigen Kinder erste Wirkungen.
- **Der Kanton Basel-Stadt anerkennt das Engagement von Menschen, die sich ehrenamtlich für das Gemeinwohl einsetzen.** Neben der Dankesfeier des Regierungsrats zum Internationalen Tag der Freiwilligen am 5. Dezember und der zweimaligen Verleihung des „Prix schappo“ konnten im Rahmen des Projekts „schappo ist...“ seit dem Start des Projekts im Oktober 2014 330 Pins an engagierte Freiwillige überreicht werden. Die Synergien zwischen GGG Benevol (Vermittlung von Freiwilligen) und der Koordinationsstelle Freiwilligenarbeit (Förderung und Anerkennung von Freiwilligenarbeit) konnten genutzt werden, bspw. wurden zwei Fachgespräche mit jeweils 60 Teilnehmenden gemeinsam durchgeführt. Im Projekt „engagiert!“ zur Förderung der Freiwilligenarbeit im Gundeldingerquartier wurden verschiedene Massnahmen umgesetzt, deren Auswertung Chancen und Potenziale der Förderung der Freiwilligenarbeit auch in anderen Quartieren aufzeigen werden.
- **Die Angebotsplanung im Bereich Wohnen, Mobilität, Sicherheit und Betreuung ist der demografischen Entwicklung angepasst.** Trotz gesteigerter Wohnraumproduktion und gleichbleibendem Wohnflächenbedarf war der Wohnungsleerstand mit 0.3% weiterhin tief. Die grössten Potenziale für zusätzlichen Wohnraum liegen in mässig ausgenutzten Gewerbe- und Infrastrukturalen. Bspw. bietet das Areal Volta Nord Möglichkeiten für ein Nebeneinander von Arbeiten und Wohnen, die mit den Grundeigentümern konkretisiert werden. Dank eines erweiterten Angebots standen erstmals seit Jahren wieder mehr Pflegeheimplätze zur Verfügung. Daneben gab es über 30 teilweise an Pflegeheime angegliederte Alterssiedlungen und einige Altersresidenzen für gehobene Ansprüche mit hindernisfreien und seniorengerechten Wohnungen. Die Nutzung von Plätzen in Kindertagesstätten blieb unverändert hoch; das Angebot an Betreuungsplätzen wurde ausgebaut, Wartezeiten konnten damit minimiert werden.
- **Das Elementarschadenrisiko ist bekannt und wird präventiv weitestgehend reduziert.** Um das Erdbebenrisiko anzugehen, hat der Kanton mehrere Projekte initiiert. Im Forschungsprojekt «Erdbebenvorsorge Basel-Stadt (Projekt 2012-2015)» wurden einerseits eine Strategie zur Abschätzung von Erdbebenschäden in Echtzeit entwickelt und andererseits Schadensszenarien für ausgewählte Gebäudetypen (Schulhäuser des Kantons) ermittelt. Die durch das Projekt gewonnenen Erkenntnisse sollen in die Entwicklung eines Risikomodells als auch in die konkrete Ein-

satzplanung für den gesamten Kanton einfließen. Desweiteren ist die Erdbeben-tüchtigkeit fester Bestandteil der Bau- und Planungsverordnung, und deren Einhaltung wird strichprobenartig überprüft.

Schwerpunkt „Lebensqualität und Sicherheit“- Massnahmen

- **Verstärkte polizeiliche Bewirtschaftung von Brennpunkten und gezielter Ausbau der Prävention** Die Umsetzung dieses regierungsrätlichen Beschlusses im Kontext der „Sicherheitsinitiative“ wurde planmässig fortgesetzt. Der Headcount der Kantonspolizei wurde im Budget 2015 um die vierte Tranche – elf Stellen – aufgestockt.
- **Zusätzliche Strafvollzugs- und Haftplätze** Der Regierungsrat plante den Bau des Gefängnisses „Bässlergut II“. Der entsprechende Ratschlag wurde vom Regierungsrat dem Grossen Rat unterbreitet, der die Ausgabe bewilligte. Mit „Bässlergut II“ werden sich die Provisorien der ausserkantonalen Platzierungen im Strafvollzug erübrigen.
- **Zugang zu Notwohnungen** Der Kanton verfügte über ca. 150 Notwohnungen, einige davon wurden im Asylbereich eingesetzt. Die Notwohnungen wurden befristet an Familien mit minderjährigen Kindern vermietet, welche seit mindestens zwei Jahren in Basel-Stadt Wohnsitz haben und sich in einer akuten Notlage befinden.
- **Sicherung und Überprüfung von Qualität, Wirtschaftlichkeit und Bedarfsgerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung** Für die Spitalversorgung wurde eine Qualitätsstrategie erarbeitet und den Spitalleitungen vorgestellt. Es wurden verbindliche kantonale Massnahmen zur Medikationssicherheit in den Spitälern festgelegt. Das Projektkonzept zur Messung der Indikationsqualität bei ausgewählten orthopädischen Eingriffen wurde erarbeitet.
- **Zahlbare Krankenversicherungsprämien** 28% der Versicherten bezogen Prämienverbilligung (PV). Der Prämienanstieg per 2016 ist mit 2.3% tiefer als im Vorjahr und liegt unter dem Schweizer Durchschnitt (4%). Er wird durch eine Erhöhung der PV abgedeckt. Im August publizierte der Regierungsrat erstmals den neu jährlich erscheinenden Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Gesundheitskosten.
- **Verkehrssicherheitsplan** Die Ausarbeitung des Planes schritt weiter vor: Es fanden zwei interdepartementale und interdisziplinäre Workshops statt. Ein Massnahmenplan soll bis Ende 2016 vorliegen. Der Verkehrssicherheitsplan, der 2017 vorliegen soll, dient künftig als departementsübergreifendes Entscheidungsinstrument für Verkehrssicherheitsmassnahmen.
- **Sicherheitsmanagement für die Strasseninfrastruktur** Als Vorbereitung für die Einführung von Network Safety Management (NSM) wurde eine Bachelor-Arbeit bei der FHNW in Auftrag gegeben. Diese hatte zum Ziel die Datenlage (Daten-Owners) aufzuzeigen und eine Marktübersicht zu erstellen. Auf diesen Grundlagen wurden detaillierte Offerten angefordert. Der Aufwand für eine separate Darstellung des Velo-Verkehrs befindet sich in Prüfung.
- **Gesundheitsförderung und Prävention** Es wurden über 65 Angebote unterhalten, bspw. die Erweiterung von Café Bâalance für Seniorinnen und Senioren, die Durchführung einer Messe für Eltern von Kindern von 0-5 Jahren mit 30 Anbietern, die Veranstaltung von Klassenworkshops zur psychischen Gesundheit oder die Verstärkung des Jugendschutzes im Suchtbereich. Entsprechende Informationen wurden online gestellt.
- **Sicherheit bei Lebensmitteln, Gebrauchsgegenständen, Industrieanlagen und Verkehrswegen** Die Monitoringtätigkeiten bei Schlachterzeugnissen (Trichinenproben bezgl. allfälligen Parasitenlarven), im Bereich der Hygieneüberwachung, der Allergenkennzeichnung, der radioaktiven Hintergrundbelastung, der Sicherheit in den störfallrelevanten Industrieanlagen und auf den Verkehrswegen sowie der Überwachung der Verbreitung von gentechnisch veränderten Organismen wurden laufend wahrgenommen.
- **Konsumentenschutz** Es wurden unangemeldet rund 1100 Inspektionen von Lebensmittelbetrieben (Restaurants, Detailhandel), rund 80 Betriebshygienekontrollen und Screenings (inkl. Spitäler und Pflegeheimen) sowie Fleischuntersuchungen bei Schlachttieren durchgeführt. Hinzu kamen Kampagnen wie die Untersuchung von Kinderkosmetika, Duftstoffe in Kosmetika oder giftige Stoffe in Kinderspielzeugen.

- **Strategie Sucht** Im Schwerpunkt „Neue Abhängigkeitserkrankungen“ wurden diverse Massnahmen erfolgreich umgesetzt, bspw. die Durchführung von Weiterbildungen für Multiplikatoren zur Onlinesucht oder die Erarbeitung eines Fortbildungsangebots für Hausarztpraxen. Zudem wurde die Leistungserbringung durch private Anbieter im Suchtbereich für die nächsten Jahre vertraglich sichergestellt.
- **Krebsstrategie** Im Vordergrund stand die quantitative und qualitative Optimierung des 2014 eingeführten Mammografie Screening-Programms im Kanton Basel-Stadt.
- **Palliative Care** Die zweite Koordinationskonferenz mit Leistungserbringern und weiteren involvierten Stellen (Krebsliga, Seelsorge, Patientenstellen, Krankenversicherer etc.) wurde durchgeführt. Mit der Anlauf- und Koordinationsstelle im Palliativcenter Hildegard wurde eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen.
- **Anerkennungspreis schappo für freiwilliges Engagement** Im Mai wurden die Freiwilligen des Basler Marionetten Theaters ausgezeichnet. Sie ermöglichen vielfältige Theateraufführungen und tragen zur kulturellen Vielfalt bei. Im Oktober erhielten die Frauengemeinschaften der katholischen Pfarreien den schappo für ihr Engagement für den Zusammenhalt innerhalb der Pfarreien und im Quartier.
- **Freiwilliges und ehrenamtliches Engagement verdanken** Anlässlich des Internationalen Tags der Freiwilligen (5. Dezember) dankte die Regierungsvizepräsidentin das Engagement der Freiwilligen. Die Feier im Theater Basel wurde in Zusammenarbeit und mit Unterstützung der Benevollstellen, der Kirchen und weiterer Vereine durchgeführt.
- **Antizipation der demografischen Entwicklung** Im Rahmen des Bewerbungsverfahrens zum Programm „Socius“ der Age Stiftung wurde das Basler Projekt unter 50 Projekten als eines von zehn Projekten ausgewählt. Inhalt des Projekts ist der Aufbau eines Netzwerks 55+. Im Kanton Basel-Stadt soll eine zentrale Anlaufstelle geschaffen werden, bei der sich die ältere Bevölkerung über wohnortnahe Unterstützungsangebote informieren kann.
- **Gefährdungsanalyse** Die im Jahr 2008 initiierte Gefährdungsanalyse befindet sich in der dritten und letzten Phase. Im Berichtsjahr konnte der Kantonale Krisenstab weitere acht Defizite als behoben und sechs als akzeptiert verzeichnen.
- **Erdbeben- und Elementarschadenvorsorge** Im Rahmen des Projektes „Erdbebenvorsorge (Projekt 2012-2015)“ wurden sechs neue Starkbebenstationen in Basel installiert. 121 Schulhäuser wurden in 13 Gebäudetypen klassifiziert und deren Verletzbarkeit bestimmt. Erste Schadensszenarien wurden berechnet, darunter auch eines in der Stärke des Erdbebens von 1356.

2.2 Finanzentwicklung

Finanzentwicklung Basel-Stadt

in Mio. Franken	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015
Zweckgebundener Betriebsaufwand	-4'237.2	-4'187.1	-3'386.5	-3'440.4	-3'610.8	-3'582.8
Zweckgebundener Betriebsertrag	1'807.2	1'759.2	924.5	963.9	1'049.2	977.5
Zweckgebundenes Betriebsergebnis	-2'430.0	-2'427.9	-2'462.0	-2'476.5	-2'561.6	-2'605.3
30 Personalaufwand	-0.4	-0.6	-0.0	0.0	0.0	0.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-205.1	-93.6	-77.0	-49.1	-33.5	-32.8
35 Einlagen Fonds	-1.5	-3.0	-0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-115.7	-132.3	-153.1	-172.0	-165.9	-164.3
Ressourcenausgleich, Härteausgleich	-115.7	-132.3	-153.1	-172.0	-165.9	-161.6
Übriges	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-2.7
Nichtzweckgebundener Betriebsaufwand	-322.7	-229.6	-230.1	-221.0	-199.4	-197.1
40 Fiskalertrag	2'647.6	2'570.3	2'511.9	2'481.4	2'619.2	2'785.3
Direkte Steuern natürliche Personen	1'751.4	1'689.4	1'716.5	1'611.7	1'739.1	1'885.0
Direkte Steuern juristische Personen	770.8	733.4	638.8	678.5	698.1	734.7
Übrige direkte Steuern	125.4	147.4	156.6	191.2	182.0	165.6
41 Regalien und Konzessionen	43.5	44.1	16.4	15.7	0.0	31.1
Anteil Nationalbankgewinn	41.2	41.0	16.4	15.6	0.0	31.0
Übriges	2.3	3.1	0.0	0.0	0.0	0.0
42 Entgelte	16.1	17.4	0.0	4.3	38.7	17.7
43 Verschiedene Erträge	206.5	0.3	49.0	0.3	1.0	0.7
46 Transferertrag	203.2	228.4	226.5	247.2	257.2	293.8
Anteile direkte Bundessteuer	140.7	163.2	157.7	173.3	183.0	216.6
Soziodemografischer Lastenausgleich	46.3	47.1	51.4	52.8	54.5	55.3
Übriges	16.3	18.1	17.5	21.1	19.7	21.8
Nichtzweckgebundener Betriebsertrag	3'116.9	2'860.5	2'803.9	2'748.8	2'916.2	3'128.6
Nichtzweckgebundenes Betriebsergebnis	2'794.2	2'631.0	2'573.8	2'527.8	2'716.8	2'931.5
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-193.1	-155.5	-114.5	-161.1	-168.2	-175.9
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	0.0	0.0	0.0	-2.5	-4.3	-2.5
365 Wertberichtigung Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	-10.3	0.0	-0.0
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-18.9	-16.8	-5.8	-9.3	-11.1	-8.3
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	8.6	12.1	12.8
Abschreibungen	-212.1	-172.3	-120.4	-174.7	-171.6	-174.0
Betriebsergebnis	152.2	30.8	-8.6	-123.4	-16.4	152.1
34 Finanzaufwand	-111.0	-78.7	-109.8	-176.1	-199.5	-171.8
Zinsaufwand	-75.5	-70.4	-58.6	-59.9	-51.1	-38.4
Liegenschaftsaufwand FV und Dritte	0.0	-1.1	-16.4	-41.0	-63.7	-48.0
Übriges	-35.6	-7.3	-34.8	-75.2	-84.8	-85.4
44 Finanzertrag	236.3	265.3	301.4	384.9	395.2	452.1
Zinsertrag	1.1	0.7	5.5	20.2	23.9	29.0
Zinsertrag öffentliche Unternehmungen	95.7	106.7	91.5	103.7	75.6	108.8
Liegenschaftsertrag FV und Dritte	107.2	116.1	133.8	138.2	145.3	154.4
Übriges	32.3	41.8	70.6	122.9	150.4	160.0
Finanzergebnis	125.3	186.5	191.6	208.8	195.7	280.3
Gesamtergebnis	277.5	217.3	183.0	85.4	179.3	432.4

Kommentar

Für die Rechnungsjahre 2010 bis 2011 wurde kein Restatement nach HRM2 vorgenommen.

Finanzentwicklung HRM2

in Mio. Franken	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015
30 Personalaufwand	-1'718.9	-1'892.7	-1'098.2	-1'126.1	-1'155.0	-1'214.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'206.2	-781.6	-478.1	-451.0	-475.1	-448.9
33 Abschreibungen VV	-199.9	-163.0	-119.0	-166.0	-173.8	-182.6
35 Einlagen Fonds	-66.9	-74.1	-39.4	-0.2	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-1'341.2	-1'401.7	-1'762.3	-1'859.7	-1'934.5	-1'864.3
Betriebsaufwand	-4'533.0	-4'313.1	-3'497.0	-3'602.9	-3'738.4	-3'710.5
40 Fiskalertrag	2'679.1	2'601.9	2'511.9	2'481.4	2'619.2	2'785.3
41 Regalien und Konzessionen	43.5	44.2	16.5	33.4	17.1	49.4
42 Entgelte	1'043.4	1'116.3	387.7	419.0	502.2	401.4
43 Verschiedene Erträge	388.0	16.2	53.6	15.0	22.4	27.1
45 Entnahmen Fonds	11.3	14.2	18.8	0.2	0.0	0.0
46 Transferertrag	520.0	551.0	500.0	530.5	561.1	599.5
Betriebsertrag	4'685.3	4'343.9	3'488.4	3'479.4	3'722.1	3'862.7
Betriebsergebnis	152.2	30.8	-8.5	-123.4	-16.4	152.1
34 Finanzaufwand	-111.0	-78.7	-109.8	-176.1	-199.5	-171.8
44 Finanzertrag	236.3	265.3	301.4	384.9	395.2	452.1
Finanzergebnis	125.3	186.5	191.6	208.8	195.7	280.3
Gesamtergebnis	277.5	217.3	183.1	85.4	179.3	432.4

Kommentar

Für die Rechnungsjahre 2010 bis 2011 wurde kein Restatement nach HRM2 vorgenommen.

Finanzierungsrechnung

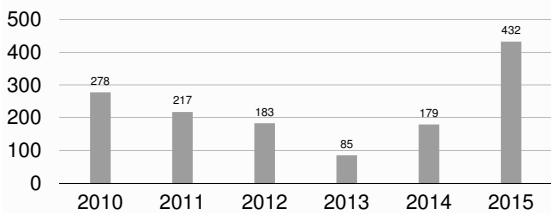
in Mio. Franken	Rechnung 2010	Rechnung 2011	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015
Gesamtergebnis	277.5	217.3	183.0	85.4	179.3	432.4
- Abschreibung Grossinvestitionen	-193.1	-155.5	-114.5	-161.1	-168.2	-175.9
- Abschreibung Kleininvestitionen	-0.0	-0.0	-4.5	-4.9	-5.6	-6.6
- Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-18.9	-16.8	-5.8	-9.3	-11.1	-8.3
- Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	8.6	12.1	12.8
- Wertberichtigung Darlehen, Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	-11.9	-2.5	-2.5
- Veränderungen Eigenkapital	-476.3	-36.2	-61.9	-0.2	0.0	0.0
Selbstfinanzierung	965.9	425.8	369.7	264.2	354.6	613.0
Nettoinvestitionen	-254.6	-277.5	-209.1	-156.6	-315.5	-394.3
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	-38.9	-48.9	-363.8	-91.0	45.1	-103.6
Saldo Investitionsrechnung	-293.5	-326.4	-572.8	-247.6	-270.3	-497.9
Finanzierungssaldo	672.5	99.4	-203.1	16.6	84.3	115.1
Selbstfinanzierungsgrad in %	329.1	130.4	64.5	106.7	131.2	123.1
Nettoschulden	-1'809.2	-1'709.8	-2'050.8	-2'034.2	-1'949.9	-1'834.8
Nettoschuldenquote in ‰ BIP CH	3.0	2.8	3.3	3.2	3.0	2.9

Kommentar

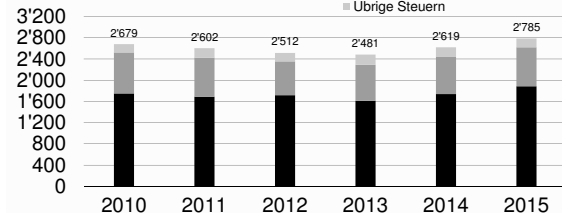
Für die Rechnungsjahre 2010 bis 2011 wurde kein Restatement nach HRM2 vorgenommen.

Aufgrund einer Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des SECOs hat sich das Schweizer Bruttoinlandprodukt (BIP) erhöht. Hierbei wurde nicht nur das BIP des Jahres 2014 angepasst, sondern auch diejenigen der zurückliegenden Jahre, was rückwirkend tiefere Nettoschuldenquoten über alle Jahre zur Folge hat, die Nettoschuldenquote betrug für 2013 ursprünglich 3.4 Promille und liegt jetzt 0.2 Promillepunkte tiefer.

Gesamtergebnis in Mio. Franken



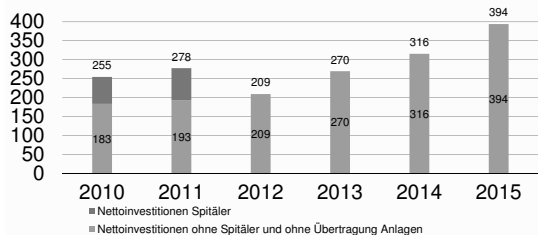
Steuern in Mio. Franken



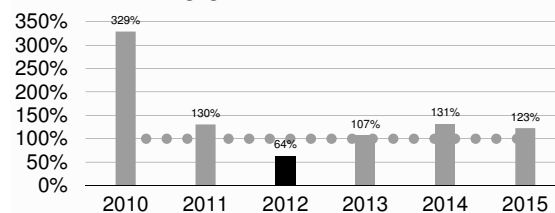
Der Kanton Basel-Stadt befindet sich in einer robusten Verfassung: Seit der Jahresrechnung 2005 ist der Ertrag grösser als der Aufwand und das Gesamtergebnis damit positiv. Ursache der stabilen finanziellen Situation ist vor allem die positive wirtschaftliche Entwicklung des Kantons, die sich trotz der Finanzkrise des Jahres 2007 und der daraus resultierenden Schuldenkrise im schweizweiten Vergleich überdurchschnittlich entwickelte.

Zwar kam es im Zuge der Finanzkrise und dem daraus resultierenden Wirtschaftsabschwungs zu einem Einbruch des Steuerertrags im Jahr 2009. Aber bereits im Jahr 2010 wurde wieder das Vorkrisen-Niveau erreicht. In den Jahren 2011 bis 2013 nahmen die Steuerträge zwar sukzessive ab, seit 2014 sind die Zuwachsraten aber wieder positiv. Im Jahr 2015 war der Steuerertrag somit das zweite Jahr in Folge höher als im Vorjahr (+166.1 Mio. Franken).

Nettoinvestitionen in Mio. Franken

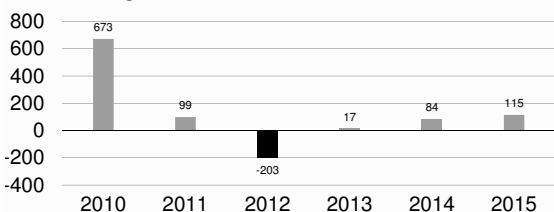


Selbstfinanzierungsgrad

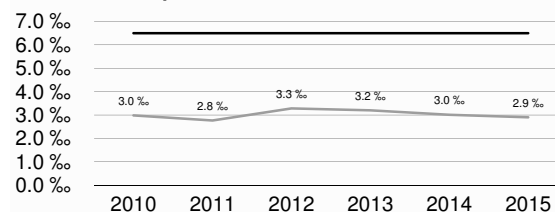


Die Nettoinvestitionen (seit 2012 ohne Spitäler) stiegen 2015 das sechste Jahr in Folge, konnten aber wie in den Vorjahren – mit Ausnahme von 2012 – aus eigenen Mitteln finanziert werden. Das Jahr 2012 war ein Sonderfall. In jenem Jahr wurden die Spitäler ausgegliedert und in diesem Zusammenhang führte eine buchhalterische Änderung dazu, dass sich der Saldo der Investitionsrechnung erhöhte und der Selbstfinanzierungsgrad auf 64% sank. Mit einem Wert von 123% ist der Selbstfinanzierungsgrad 2015 im Vergleich zum Vorjahr zwar leicht zurückgegangen (2014: 131%), die Finanzierung der Investitionen aus eigenen Mitteln war aber weiterhin gewährleistet.

Finanzierungssaldo in Mio. Franken

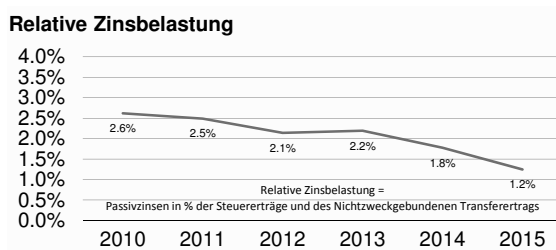
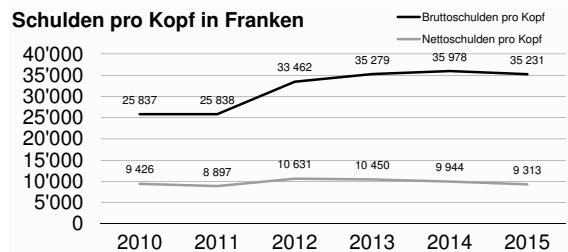


Nettoschuldenquote



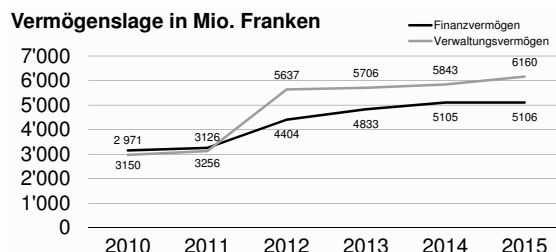
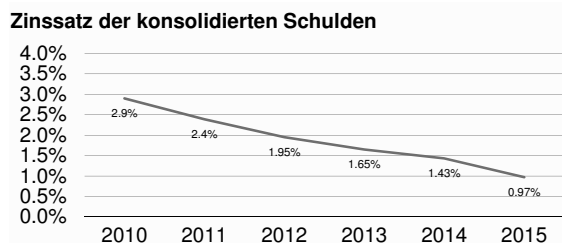
Die Auslagerung der Spitäler im Jahr 2012 und der daraus resultierende negative Finanzierungssaldo sorgten für einen Anstieg der Nettoschulden. So lag die Nettoschuldenquote im Jahr 2012 bei 3.3‰.

Seitdem werden wieder Schulden abgebaut. Im Vergleich zum Jahr 2010 sind die Nettoschulden im Jahr 2015 um 25.6 Mio. Franken niedriger. Die Nettoschuldenquote lag im Betrachtungszeitraum ausnahmslos unter der heute maximal zulässigen Verschuldung von 6.5% des Schweizerischen Bruttoinlandprodukts.



Pro Kopf konnten die Nettoschulden um 113 Franken von 9'426 Franken im Jahr 2010 auf 9'313 Franken im Jahr 2015 reduziert werden. Bei den Bruttoschulden wirkt sich ab 2012 die neue Rechnungslegung gemäss HRM2 aus, die zu einer deutlichen Verlängerung der Bilanz geführt hat und dementsprechend auch zu höheren Bruttoschulden pro Kopf.

Die relative Zinsbelastung, das heisst das Verhältnis der Ausgaben für die Inanspruchnahme fremder Mittel zu den Steuererträgen und Beiträgen ohne Zweckbindung, sank seit 2010 um 1.4 Prozentpunkte auf 1.2% im Jahr 2015. Das ist vor allem auf den Schuldenabbau der letzten Jahre und die historisch tiefen Zinsen zurückzuführen. So nahmen auch die Durchschnittzinssätze der konsolidierten Schulden seit 2010 kontinuierlich ab. Schulden, die mit höheren Zinsen als dem aktuellen Marktzins zurückbezahlt wurden, wurden zu tieferen Zinssätzen wieder aufgenommen.



Mit der Umstellung der Rechnungslegung auf HRM2 hat sich die Bilanz ab 2012 (restatet) verlängert. Auf der Aktivseite hat dabei vor allem das Verwaltungsvermögen zugenommen. Die Zunahme im Finanzvermögen ist hauptsächlich durch eine verstärkte Bruttobetrachtung bei den Steuerforderungen zurückzuführen, die aber durch eine erhöhte Passivierung durch Steuervorauszahlungen weitgehend kompensiert wird, so dass sich die Nettoschulden dadurch nur unwesentlich geändert haben.

2.3 Entwicklung der Departemente

2.3.1 Präsidialdepartement

Das Präsidialdepartement unterstützt das Regierungspräsidium bei der Leitung, Planung und Koordination der Amtstätigkeit des Regierungskollegiums sowie bei seinen Repräsentationsaufgaben, koordiniert die Entwicklungsplanung von Stadt und Kanton, pflegt die regionalen, grenzüberschreitenden sowie internationalen Beziehungen, sorgt für die Vermarktung des Kantons, erhebt und analysiert Daten und ist für gesamtgesellschaftliche sowie kulturelle Belange verantwortlich. Die Abteilungen des Präsidialdepartements sind für die Durchführung kantonaler Querschnittsprojekte verantwortlich und pflegen die Zusammenarbeit mit den Departementen und diversen Anspruchsgruppen.

Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

Datenmanagement Im Berichtsjahr erarbeitete das Präsidialdepartement im Austausch mit den anderen Departementen Records Management Grundsätze, um die Nachvollziehbarkeit, effiziente Weiterverarbeitung und Rechtssicherheit staatlichen Handelns zu gewährleisten. Für die Erhebung, Analyse und Präsentation von Daten konnte ferner mit dem Statistikprogramm eine Auslegeordnung für die vermehrte Nutzung von Datenbeständen erarbeitet, in interkantonalen Arbeitsgruppen Anpassungen und Herausforderungen im Bereich der Statistik angegangen, diverse neue Daten erhoben und ein neuer Web-Auftritt lanciert werden. Wie der Zugang zu Daten im Besitz des Staates im digitalen Zeitalter darüber hinaus verbessert werden könnte, wurde am ersten Open Innovation Day zum Thema Open Government Data mit Experten und einem breiten Publikum diskutiert, zu welchem die Staatskanzlei eingeladen hatte.

Aussenbeziehungen und Standortmarketing In den Aussenbeziehungen hat das Präsidialdepartement auf internationaler Ebene die Kooperationen mit Miami Beach, Shanghai und Massachusetts vertieft. Insbesondere konnte durch eine regierungsrätliche Delegationsreise nach Boston und durch die Erneuerung des Sister-State-Agreements zwischen dem Commonwealth of Massachusetts und dem Kanton Basel-Stadt die Verbindungen nach Nordamerika gestärkt werden. Auf nationaler Ebene wurde die Interessenvertretung in Bern mittels Sessionsgesprächen sowie Netzwerkanlässen gesichert und durch eine gemeinsame, verwaltungsinterne Vorlage für Stellungnahmen bei Vernehmlassungen vereinfacht. Die regionale bzw. trinationale Zusammenarbeit war im Berichtsjahr geprägt durch den Ehrengastauftritt des Kantons Basel-Stadt am Concours suisse des produits du terroir in Delémont-Courtemelon, die Übernahme des Präsidiums der Metropolitankonferenz sowie den Vorbereitungen für die Schweizer Präsidentschaft der Oberrheinkonferenz für das Jahr 2016 und dem damit verbundenen Wechsel der Schweizer Delegationsleitung von Basel-Landschaft an Basel-Stadt. Im Bereich Standortmarketing wurden der Bevölkerung und den Besucherinnen und Besuchern aus der näheren und weiteren Umgebung mit der Herbstmesse und dem Weihnachtsmarkt wiederum sehr attraktive Veranstaltungen geboten. An der Expo Milano 2015 setzte sich das Präsidialdepartement für die Bekanntheitssteigerung und das Branding von Basel ein: Basel-Stadt repräsentierte im Pavillon der Schweiz zusammen mit Zürich und Genf die urbane Schweiz und thematisierte das Thema Ernährung im Einklang mit dem Expo-Thema „Den Planeten ernähren, Energie für das Leben“.

Nachhaltigkeit Aufgrund der Auseinandersetzung mit dem Thema Ernährung trat Basel-Stadt im Berichtsjahr dem Urban Food Policy Pact bei, eine von Städten getragene internationale Initiative, welche sich der Verbesserung und Nachhaltigkeit urbaner Ernährungssystemen verschreibt. Basel-Stadt trat zudem dem Compact of Mayors bei und bekräftigte sein Engagement bei C40 - beides internationale Netzwerke, welche Städte im Engagement für eine nachhaltige Entwicklung und in der Bekämpfung des Klimawandels vereinen. Diese Netzwerke ermöglichen Basel-Stadt, sich im Bereich der Energie- und Klimapolitik für eine nachhaltige Entwicklung auf internationaler Ebene zu engagieren und von internationalen Entwicklungen und Wissen zu profitieren, im Sinne von „think globally - act locally“. Letzterem folgend, wurde im Berichtsjahr unter Federführung des Präsidialdepartements und in enger Zusammenarbeit mit den anderen Departementen das bestehende Indikatorenset zur

Finanzen

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2010	2011	2012	2013	2014	2015	R15/R11
30 Personalaufwand	-52.5	-52.7	-53.8	-54.2	-55.3	-55.2	-4.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-43.7	-44.1	-42.6	-41.4	-50.0	-48.0	-8.7
333 Abschreibung Kleininvestitionen	0.0	0.0	-0.0	-0.1	-0.1	-0.1	n.a.
36 Transferaufwand	-65.7	-67.6	-70.4	-71.8	-72.7	-73.2	-8.3
Betriebsaufwand	-161.9	-164.5	-166.8	-167.6	-178.0	-176.5	-7.3
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	>100.0
42 Entgelte	13.8	12.5	12.9	13.4	12.0	10.8	-13.6
43 Verschiedene Erträge	0.4	0.4	0.4	0.0	1.5	1.5	>100.0
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	1.3	0.1	0.3	0.0	0.0	0.0	-100.0
46 Transferertrag	3.6	5.8	3.0	3.9	6.8	7.0	21.8
Betriebsertrag	19.1	18.8	16.5	17.4	20.2	19.3	2.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-142.9	-145.7	-150.3	-150.2	-157.8	-157.2	-7.9
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-2.6	-2.3	-3.5	-3.0	-7.0	-6.8	<-100.0
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	-2.4	-0.2	-0.4	-1.2	0.6	>100.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	1.0	4.8	4.9	n.a.
Abschreibungen	-2.6	-4.7	-3.7	-2.4	-3.5	-1.3	72.8
Betriebsergebnis	-145.4	-150.4	-153.9	-152.6	-161.3	-158.5	-5.4
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.1	-0.0	-0.1	-0.7	-0.2	<-100.0
44 Finanzertrag	0.3	0.3	0.3	0.3	0.7	0.2	-30.6
Finanzergebnis	0.3	0.2	0.2	0.2	-0.1	-0.0	<-100.0
Gesamtergebnis	-145.1	-150.2	-153.7	-152.4	-161.4	-158.5	-5.6
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	-31.5	-33.1	-32.5	-36.2	-34.4	-9.2
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	0.0	-118.7	-120.6	-119.9	-123.5	-122.5	-3.2
5 Soziale Sicherheit	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.7	-1.7	n.a.

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2010	2011	2012	2013	2014	2015	R15/R11
Ausgaben Grossinvestitionen	-4.6	-5.4	-2.9	-3.0	-7.4	-6.8	-24.6
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	-0.4	-0.2	-0.4	n.a.
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	-2.4	-0.2	-1.1	-5.0	-5.6	<-100.0
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.5	1.5	1.9	1.0	4.3	4.5	>100.0
Nettoinvestitionen	-4.1	-6.4	-1.2	-3.5	-8.3	-8.3	-30.9
Saldo Investitionsrechnung	-4.1	-6.4	-1.2	-3.5	-8.3	-8.3	-30.9

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	378.6	391.0	394.9	399.3	404.3	407.0
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	371.1	378.7	388.6	389.7	398.1	396.9
Bearbeitete parlamentarische Vorstösse	Anz	89	69	85	138	130	142
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	16	17	15	15	15	15

Überprüfung der nachhaltigen Entwicklung dem wissenschaftlichen Diskurs entsprechend aktualisiert.

Wohnen und Raum Das Thema Wohnen und Raum stellte einen weiteren wichtigen Fokus für das Präsidialdepartement dar. Im Berichtsjahr wurde das 13. Basler Investorengespräch erfolgreich durchgeführt und im Rahmen der Umsetzung des Wohnraumförderungsgesetzes und der Wohnraumentwicklungsstrategie eine Leistungsvereinbarung zwischen dem Kanton Basel-Stadt und dem Dachverband der Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz unterzeichnet. Ferner wurden die Umsetzungsarbeiten für die neue Fussgängerorientierung aufgenommen und zur Förderung des Quartiers Gundeldingen konnte das Massnahmenkonzept zum Grün- und Freiraum Gundeldingen unter Einbezug der Quartierbevölkerung fertiggestellt werden. Das Massnahmenkonzept dient, zusammen mit Ergebnissen aus der durchgeführten Mobilitätsanalyse, als Grundlage für den gestarteten Prozess zur Erarbeitung eines Stadtteilrichtplans Gundeldingen. Mit „Basel findet Stadt“, einer Ausstellung mit Führungen und Vorträgen von Experten zum Thema Dichte, wurde im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit dem Bau- und Verkehrsdepartement zudem eines der wichtigsten Wörter im politischen Diskurs der Schweiz in den letzten Jahren aufgenommen und thematisiert.

Gesellschaft Mit einer weiteren, aus Zürich stammenden, Ausstellung „Zivilcourage – Wenn nicht ich wer dann?“ thematisierte das Präsidialdepartement in Zusammenarbeit mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement ein wichtiges Thema im Bereich des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Weiter wurden das gesellschaftliche Zusammenleben, die chancengleiche Teilhabe und die Gleichstellung durch diverse Massnahmen gefördert: Die Freiwilligenarbeit wurde im Rahmen verschiedener Anlässe anerkannt und durch Weiterbildungsangebote gefördert. Das Präsidialdepartement veranstaltete insgesamt neun Neuzuzügeranlässe in sechs Sprachen und die Jungbürgerfeier 2015 wurde erstmals auch mit 18-jährigen Ausländerinnen und Ausländern durchgeführt, welche die formellen Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen. Die Projekt- und Vernetzungsarbeit des Round Table Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel thematisierte mittels Fachtagung, Infoletter und Vernetzungstreffen die Chancen und Herausforderungen von flexiblen Arbeitsmodellen und im Rahmen des Aktionsprogramms „no limits“ wurde für das Thema Öffnung der Berufswahl sensibilisiert. Die Wirksamkeit des Gleichstellungsgesetzes wurde mit einer Broschüre zum Gleichstellungsgesetz und dem in Kooperation mit dem Kanton Basel-Landschaft organisierten Kurs „Mit Fairness zum Erfolg – Das Gleichstellungsgesetz im Arbeitsalltag“ gefördert.

Kultur Um das vielfältige und qualitativ hochstehende Kulturangebot und Kulturschaffen im Kanton Basel-Stadt zu unterstützen, wurde im Berichtsjahr eine neue Programm- und Strukturförderung für Orchester erarbeitet und in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft ein neues Film-Förderkonzept entwickelt. Die Arbeit an der Museumsstrategie wurde vorangebracht, sodass sie 2016 vorgelegt werden kann. Zudem wurden die im Kulturleitbild definierten förderstrategischen Ziele weiterverfolgt. Der basel-städtischen Kultur konnte zudem mit vierjährigen Staatsbeiträgen an diverse Institutionen wichtige Ressourcen für das kulturelle Schaffen bereitgestellt werden. Weiter konnten im Bereich der Projektförderung die Erfahrungen mit der 2014 eingeführten Jugendkulturspauschale ausgewertet und eine neue Verordnung erstellt werden. Damit auch in Zukunft genügend Raum für Kulturschaffen und Kulturangebote besteht, wurden im Berichtsjahr die Entwicklung der Kaserne und die Arbeiten am Erweiterungsbau des Kunstmuseums vorangetrieben. Der Ratschlag für das Sanierungs- und Erweiterungsprojekt Stadtcasino wurde ausgearbeitet und der Wettbewerb für den Neubau des Naturhistorischen Museums und des Staatsarchivs im St. Johann abgeschlossen und die Ergebnisse der Öffentlichkeit präsentiert.

2.3.2 Bau- und Verkehrsdepartement

Das Bau- und Verkehrsdepartement (BVD) ist verantwortlich für die Aufgabenfelder Raumplanung, Öffentlicher Raum, Mobilität, Bausicherheit, Grundbuch und Geoinformation, Stadtbild und Baukultur. Ausserdem liegt das Ressourcenfeld Bau und Unterhalt in seinem Verantwortungsbereich.

Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

Lebensqualität in den Wohnquartieren Das Bau- und Verkehrsdepartement hat auch im vergangenen Jahr mit zahlreichen Projekten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zur Steigerung der Lebensqualität im dicht besiedelten und stark genutzten Stadtraum geleistet. Ein wesentlicher Faktor für die Lebensqualität ist die Wohnlichkeit unmittelbar in den Quartieren. Mit der Verlängerung des Rheinufers nach Frankreich wird das St. Johannis Quartier einen komplett neuen, attraktiven Freizeitraum erhalten. Die Hauptbauarbeiten für den Uferweg „UNDINE“ konnten 2015 abgeschlossen werden, so dass er im Frühjahr 2016 der Bevölkerung übergeben werden kann. Mit weiteren Tempo 30-Zonen sowie der Umwandlung von Quartierstrassen in Begegnungszonen auf Antrag der Anwohnerschaft wurde die Wohnlichkeit verschiedentlich weiter verbessert. Ein gut ausgebautes ÖV-Angebot hilft, die Stadt vor einer starken Zunahme des motorisierten Individualverkehrs zu bewahren und Stausituationen zu vermeiden. In diesem Zusammenhang ist sicher die Verlängerung der Tramlinie 8 nach Weil am Rhein zu erwähnen, dessen Fahrplankontakt bereits im ersten Betriebsjahr aufgrund der hohen Fahrgastnachfrage zeitweise verdichtet werden musste. 2015 erfolgte der Spatenstich für die Verlängerung der Tramlinie 3 nach Saint-Louis. Vergangenes Jahr hat der Bund auf Betreiben des Kantons Basel-Stadt beschlossen, die dringend notwendige Kapazitätserweiterung der Osttangente mittels eines Tunnels unter dem Rhein zu realisieren. Damit wurde die Voraussetzung für die Lärmsanierung der oberirdischen Osttangente geschaffen und für die lang ersehnte Entlastung des stark belasteten oberen Kleinbasels sowie der Quartiere Breite und Gellert gesorgt. Attraktive Grün- und Freiräume tragen ganz direkt auch zu einem guten Stadtklima bei; nach dem Spatenstich im März 2015 nimmt die Umgestaltung des Nachtigallenwäldchens langsam Formen an. Voraussichtlich Ende 2017 wird der neue Park mit zusätzlichen Fussgängerstegen über die Birsig eröffnet.

Trinationale Stadt Basel Als Zentrum der trinationalen Region am Oberrhein hat das Bau- und Verkehrsdepartement die regionale Vernetzung mit verschiedenen Projekten weiter vorangetrieben. Dazu gehören die Verlängerung der Tramlinien 8 und 3 über die Landesgrenzen hinaus nach Weil am Rhein (D) und Saint-Louis (F). Aber auch das Generationenprojekt Herzstück S-Bahn-Basel hat 2015 eine wichtige Hürde genommen, indem die Parlamente der beiden Basel die Mittel für ein entsprechendes Vorprojekt gesprochen haben. Dieses bildet die Voraussetzung für die Kostenbeteiligung des Bundes an der Realisierung der dringend notwendigen Verbindung der bestehenden S-Bahnteile zu einem trinationalen S-Bahnsystem, das die Region als Ganzes enger zusammenrücken lässt.

Pulsierendes Zentrum der Region Das historische Zentrum Basel ist nun weitgehend vom motorisierten Individualverkehr entlastet. Das 2015 eingeführte neue Verkehrskonzept Innenstadt schafft wieder mehr Raum zum unbeschwertem Flanieren und Einkaufen und zum genussvollen Aufenthalt. Wie der Name besagt, gehört der öffentliche Raum der Öffentlichkeit. Hier findet das öffentliche Leben der Stadt statt, hier treffen sich die Menschen zum Austausch, zum gemeinsamen Erleben, sei es etwa bei Speis und Trank in einer Beiz oder im Rahmen einer Veranstaltung. Wie rasch der bislang vor allem dem Verkehr vorbehaltenen Raum wieder von pulsierendem Leben in Beschlag genommen wird, konnte eindrücklich am – von einem Ausnahme-Sommer begünstigten – Wandel der Rheingasse zu einer eigentlichen Ausgehmeile beobachtet werden. Im Rahmen notwendiger Erhaltungsmassnahmen soll die Innenstadt zudem in den kommenden Jahren auch gestalterisch aufgewertet werden. Den Anfang machten 2015 die Gerbergasse, die Grünpflagasse und das Gerbergässlein, deren Oberflächen gemäss dem im gleichen Jahr verabschiedeten Gestaltungskonzept Innenstadt ausgestaltet wurden.

Mehr Wohnraum Die hohe Lebensqualität und ein attraktives Jobangebot bescheren der Stadt Basel ein erfreuliches Bevölkerungswachstum und verstärken die Nachfrage nach geeignetem Wohnraum. Nach der knappen Ablehnung der beiden Abstimmungsvorlagen zur Stadtrandentwicklung hat

Finanzen

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2010	2011	2012	2013	2014	2015	R15/R11
30 Personalaufwand	-112.3	-116.0	-118.8	-121.3	-122.4	-123.4	-6.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	-58.4	-58.3	-59.1	-65.6	-63.0	-72.0	-23.5
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.2	-1.2	-1.1	-1.4	-1.4	-1.3	-13.3
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.3	-0.5	-15.2	0.0	0.0	0.0	100.0
36 Transferaufwand	-82.4	-82.2	-83.3	-82.0	-84.0	-87.3	-6.3
Betriebsaufwand	-254.6	-258.1	-277.6	-270.3	-270.9	-284.0	-10.0
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	7.3	6.7	7.9	n.a.
42 Entgelte	91.2	87.6	102.6	104.0	95.8	98.8	12.8
43 Verschiedene Erträge	0.2	0.1	4.7	2.7	4.5	5.5	>100.0
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.5	0.7	1.7	0.0	0.0	0.0	-100.0
46 Transferertrag	9.5	8.5	8.1	7.3	8.1	7.7	-9.7
Betriebsertrag	101.3	97.0	117.0	121.3	115.1	119.9	23.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-153.3	-161.2	-160.6	-149.0	-155.8	-164.2	-1.9
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-91.6	-48.9	-49.7	-45.2	-48.9	-50.5	-3.2
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-6.4	-3.2	-3.4	-4.8	-4.8	-4.9	-54.7
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	2.1	2.3	2.4	n.a.
Abschreibungen	-97.9	-52.1	-53.1	-47.9	-51.4	-53.0	-1.8
Betriebsergebnis	-251.2	-213.2	-213.7	-196.9	-207.2	-217.2	-1.8
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.1	-0.0	-2.9	-0.0	-0.0	94.8
44 Finanzertrag	2.1	2.2	2.4	2.4	2.6	2.5	14.0
Finanzergebnis	2.0	2.1	2.4	-0.5	2.6	2.5	20.4
Gesamtergebnis	-249.2	-211.1	-211.3	-197.4	-204.7	-214.7	-1.7
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	-26.6	-26.4	-8.9	-18.6	-25.3	4.9
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	0.0	-0.9	1.0	-0.9	0.4	0.5	>100.0
2 Bildung	0.0	-0.6	0.0	-1.9	-1.9	-1.9	<-100.0
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	0.0	-26.5	-25.0	-27.4	-24.4	-25.0	5.7
5 Soziale Sicherheit	0.0	-0.6	-0.0	-0.7	-0.7	-0.7	-27.9
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0.0	-150.4	-162.4	-160.0	-159.6	-157.2	-4.5
7 Umweltschutz und Raumordnung	0.0	-5.8	1.4	2.3	0.1	-5.0	-41.4
8 Volkswirtschaft	0.0	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-100.0

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2010	2011	2012	2013	2014	2015	R15/R11
Ausgaben Grossinvestitionen	-93.7	-92.7	-89.2	-95.2	-110.9	-92.5	0.2
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	-1.7	-0.8	-1.8	n.a.
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-6.4	-3.2	-3.4	-4.9	-2.6	-4.0	-26.4
Einnahmen Grossinvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.6	n.a.
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	17.2	20.8	13.9	8.5	7.0	4.4	-78.7
Nettoinvestitionen	-82.8	-75.1	-78.8	-93.2	-107.2	-93.3	-24.3
Saldo Investitionsrechnung	-82.8	-75.1	-78.8	-93.2	-107.2	-93.3	-24.3

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	905.9	915.2	931.0	937.0	950.0	949.9
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	891.9	917.3	904.9	929.0	942.1	943.0
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	97	104	114	107	142	106
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	54	57	56	52	51	49

die regierungsrätliche Strategie der Siedlungsentwicklung nach innen an Bedeutung gewonnen. Neben der Grundlagenarbeit zur Umnutzung nicht mehr benötigter Industrie- und Gewerbeareale wie das Hafanareal und die Arbeitsgebiete im Klybeck lotet das Bau- und Verkehrsdepartement die Möglichkeiten aus, durch eine gezielte Liberalisierung der Baugesetzgebung eine Verdichtung nach innen zu unterstützen.

Wirtschaft stärken Basel ist für zahlreiche erfolgreiche Unternehmen ein begehrter Standort. Allein in den letzten zehn Jahren wurden hier rund 20'000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Das Bau- und Verkehrsdepartement begleitet und unterstützt die Unternehmen in ihrer Entwicklung tatkräftig mit raumplanerischen Massnahmen und planungsrechtlicher Arbeit. In der Folge 2015 konnte der Regierungsrat unter anderem nutzungsplanerische Massnahmen für das Roche-Areal Nord und die Helvetia (Helvetia-Campus) verabschieden.

2.3.3 Erziehungsdepartement

Das Erziehungsdepartement ist zuständig für das Bildungsangebot – von der Volksschule bis zur Hochschule, von der Berufsschule bis zur Erwachsenen- und Weiterbildung. Weiter übernimmt es Aufgaben zur Förderung und zum Schutz von Kindern, Jugendlichen und Familien. Das Erziehungsdepartement ist auch zuständig für die Tagesbetreuung sowie für Bewegung und Sport. Das Erziehungsdepartement umfasst die Bereiche Volksschulen, Mittelschulen und Berufsbildung, Hochschulen, Jugend, Familie und Sport sowie Zentrale Dienste.

Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

Harmonisierung der Schulstruktur Die gesamtschweizerische und regionale Harmonisierung der Volksschule gemäss HarmoS-Konkordat der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren EDK und revidiertem kantonalem Schulgesetz werden mit dem Programm Schulharmonisierung von 2010 bis 2022 umgesetzt. Die Volksschule befindet sich nach fünf Jahren ungefähr in der Hälfte der Reformzeit. Der erste Durchlauf der sechsjährigen Primarschule wurde abgeschlossen, womit die Orientierungsschule ausgelaufen ist. Im Frühling 2015 erfolgte die erste Zuteilung der Schülerinnen und Schüler in die dreigliedrige Sekundarschule, die im Sommer 2015 gestartet hat. Im Sommer 2017 werden die letzten Klassen die Weiterbildungsschule verlassen. Die Sekundarschule wird im Sommer 2018 mit denjenigen der anderen Kantone harmonisiert sein, womit auch die strukturbedingte Benachteiligung der Berufsbildung beendet werden kann. Der Personalwechsel in Umsetzung der Schulstruktur ist weitgehend erfolgt. Rund 600 Lehrpersonen der Orientierungsschule unterrichten auf einer neuen Schulstufe, davon zahlreiche an einem neuen Arbeitsort. Rund 50 Lehrpersonen steht der Wechsel an die Sekundarschule bis 2017 noch bevor.

Harmonisierung der Bildungsziele Eine sprachregionale Harmonisierung der Bildungsziele wird mit Hilfe des Lehrplans 21 angestrebt, der in den kommenden Jahren in allen 21 Kantonen der Sprachregion eingeführt werden soll. Im Kanton Basel-Stadt, der den Lehrplan 2015 als erster Kanton eingeführt hat, werden damit vier Stufenlehrpläne abgelöst und die Ziele der neuen Schulstufen aufeinander abgestimmt. Mit der Umsetzung des Lehrplans 21 soll ein Beitrag geleistet werden zu einer leistungsorientierten und integrativen Volksschule.

Schullaufbahn Hand in Hand mit der Schulstrukturanpassung läuft die darauf abgestimmte Umsetzung der Schullaufbahnverordnung, mit der stufenübergreifend kohärent die Beurteilung, Selektion und Promotion vom Kindergarten bis Ende Gymnasium geregelt wird. Damit erfolgen die Übergänge von einer Schule zur anderen mit weniger Brüchen. Die Schullaufbahnen können individuell verkürzt werden, Verlängerungen erfolgen nur in Ausnahmen und die Leistungszüge in der Sekundarschule sind durchlässig.

Berufsbildung Der Übergang zwischen der Volksschule und der Sekundarstufe II bleibt mit der neuen Schulstruktur eine wichtige Nahtstelle des Bildungssystems. Zu den Kernaufgaben der neuen Sekundarschule gehört die Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die Berufsbildung. Die Berufsbildung soll gestärkt werden, sodass in Zukunft deutlich mehr Jugendliche direkt nach der Sekundarschule in eine Berufsausbildung eintreten. Auch die Berufsmaturität soll sich besser etablieren. Für die Berufsbildung gelten standortübergreifende Vorgaben, die im Jahr 2015 zusammen mit dem Lehrplan 21 und der Studententafel in Kraft traten und in den nächsten Jahren konsolidiert werden. Zur beruflichen Orientierung gehört eine frühe und breite Information über die Berufe sowie die klassenweise und individuelle Begleitung der Jugendlichen bis zum Eintritt in eine Berufsbildung. Dabei wird die Kooperation mit Gewerbe und Wirtschaft verstärkt.

Integrative Schule Mit der Umsetzung des Sonderpädagogik-Konkordats der EDK, der Schulgesetzrevision und der entsprechende Verordnung soll die Volksschule sowohl integrativ als auch leistungsorientiert werden. Eine spezifische Herausforderung im Stadtkanton stellt die grosse Heterogenität der Schulklassen und Lerngruppen sowie das verstärkte Auftreten von Verhaltensauffälligkeiten dar. Entsprechend dem Grundsatz der integrativen Schule sollen auf der Primarstufe alle Kinder eines Quartiers unabhängig von ihrem Bildungsbedarf, wenn immer möglich, in einer

Finanzen

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2010	2011	2012	2013	2014	2015	R15/R11
30 Personalaufwand	-458.7	-467.2	-478.1	-484.9	-486.9	-497.9	-6.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-142.4	-147.0	-156.4	-155.7	-157.4	-154.5	-5.1
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.4	-0.5	-0.6	-0.6	-0.7	-0.8	-50.8
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-1.9	0.1	-0.2	-0.2	0.0	0.0	-100.0
36 Transferaufwand	-391.0	-400.3	-411.3	-422.4	-437.6	-437.4	-9.3
Betriebsaufwand	-994.5	-1'014.9	-1'046.5	-1'063.8	-1'082.6	-1'090.6	-7.5
42 Entgelte	41.6	41.5	43.1	44.4	45.3	47.1	13.4
43 Verschiedene Erträge	3.2	2.8	1.2	3.2	3.0	3.6	27.4
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.2	0.6	1.3	0.2	0.0	0.0	-100.0
46 Transferertrag	100.1	109.1	112.5	113.8	115.7	115.6	5.9
Betriebsertrag	145.1	154.0	158.2	161.6	163.9	166.2	7.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-849.4	-860.9	-888.3	-902.2	-918.7	-924.4	-7.4
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-4.1	-3.8	-0.7	-2.1	-2.8	-4.0	-4.9
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-0.0	n.a.
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-0.6	-0.5	-0.5	-1.0	-1.1	-0.5	-11.4
Abschreibungen	-4.7	-4.3	-1.3	-3.1	-3.9	-4.6	-6.6
Betriebsergebnis	-854.1	-865.1	-889.6	-905.4	-922.6	-929.0	-7.4
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.1	-0.0	-0.0	-0.0	-62.5
44 Finanzertrag	0.1	0.2	0.3	0.3	0.2	0.3	17.8
Finanzergebnis	0.1	0.2	0.2	0.3	0.2	0.3	15.4
Gesamtergebnis	-854.0	-864.9	-889.4	-905.1	-922.5	-928.7	-7.4
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	0.1	-0.1	-0.0	0.0	0.1	-8.4
2 Bildung	0.0	-755.7	-777.5	-787.9	-800.8	-806.6	-24.5
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	0.0	-18.3	-17.8	-17.4	-18.5	-18.1	-0.4
5 Soziale Sicherheit	0.0	-91.0	-94.0	-99.9	-103.1	-104.0	-24.8

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2010	2011	2012	2013	2014	2015	R15/R11
Ausgaben Grossinvestitionen	-4.2	-3.4	-0.3	-3.0	-6.3	-8.2	<-100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	-0.8	-1.0	-2.0	n.a.
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-0.6	-0.5	-0.5	-0.5	-0.4	-3.3	<-100.0
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.2	0.0	0.0	n.a.
Nettoinvestitionen	-4.7	-3.8	-0.8	-4.0	-7.6	-13.4	<-100.0
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.1	-0.2	n.a.
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.3	0.3	n.a.
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.8	0.1	n.a.
Saldo Investitionsrechnung	-4.7	-3.8	-0.8	-4.0	-8.4	-13.3	<-100.0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	2'952.9	2'971.0	3'052.9	3'071.2	3'122.5	3'213.6
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	2'934.9	2'986.7	3'066.1	3'069.8	3'109.8	3'142.0
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	95	71	80	62	78	64
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	55	55	59	62	69	70

wohnortsnahen Regelklasse in die Schule gehen. Separative Schulungen erfolgen nur in begründeten Ausnahmen. Die integrative Schule steigert die Chancen der Schülerinnen und Schüler auf Anschlusslösungen nach der Schule. Im regulären, integrativen Unterricht sollen die individuellen Bedürfnisse aller Schülerinnen und Schüler berücksichtigt werden und der Anteil an über- und unterforderten Kindern sinken. In Anbetracht der Vielsprachigkeit und der Migration spielt die Förderung der Deutschkompetenzen eine Schlüsselrolle für den Schulerfolg.

Tagesstrukturen Als Beitrag zur Vereinbarkeit von Familien- und Berufsarbeit erhalten die Eltern ein bedürfnisgerechtes Angebot an schulischen Tagesstrukturen. Diese unterstützen die Eltern auch in erzieherischen Belangen und haben damit eine sozialintegrierende Wirkung. Die Tagesstrukturen an den Volksschulen werden bedarfsgerecht und im Rahmen der Finanzierungsmöglichkeiten ausgebaut und sollen sich zu einem integralen Bestandteil der Schule entwickeln.

Schulraum Die demographische und gesellschaftliche Entwicklung, die neue Schulstruktur sowie ein genereller Sanierungsbedarf erfordern die Renovation, den Umbau und eine Erweiterung des bestehenden Schulraums. Die Schulbauten werden den veränderten Bedürfnissen angepasst und so gestaltet, dass sie die Voraussetzungen für eine moderne Unterrichtsorganisation erfüllen. Die 60 Bauvorhaben an 49 Schulstandorten verlaufen entsprechend den Planungen. Das Jahr 2015 stand im Zeichen einer zweiten intensiven Umbauphase; 25 Bauvorhaben befanden sich im Bau, 29 grössere und kleinere Projekte in der Planung. Die Ansprüche an die Logistik sind während der Bauphase hoch: Vielerorts müssen Schulen zeitweise in Provisorien untergebracht werden. Bisher konnten 6 Objekte abgeschlossen werden. Die Bautätigkeit setzt sich fort bis ins 2020, die Planung muss teilweise ergänzt und angepasst werden aufgrund der sich stetig verändernden und schwer voraussehbaren Situationen; Beispiel: Zustrom von Flüchtlingen.

Mittelschulen und Berufsbildung Im Zentrum aller Arbeiten und Entwicklungen des Bereichs Mittelschulen und Berufsbildung steht das Ziel, dass mindestens 95% der jungen Erwachsenen am Ende der Sekundarstufe II einen Abschluss erreichen, der für die Arbeitswelt oder ein Studium qualifiziert: ein eidgenössisches Berufsattest, ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis mit oder ohne Berufsmaturität, ein Fachmittelschul- oder ein Fachmaturitätszeugnis oder ein gymnasiales Maturitätszeugnis.

Die Stärkung der Berufsbildung gehört zu den Entwicklungsschwerpunkten. Dabei wird es im Einzelnen darum gehen, aufbauend auf einer Intensivierung der beruflichen Orientierung an der Sekundarschule die Zahl der Direktübertritte von der Volksschule in die berufliche Grundbildung zu erhöhen sowie die Berufsbildungsquote und jene der Berufsmaturitäten zu steigern. Die Brückenangebote sollen in bikantonaler Absprache noch stärker auf ihre Vermittlungsfunktion zwischen Volksschule und Berufsbildung ausgerichtet, die Lehrabbruchsquote reduziert und Wege gesucht werden, wie noch mehr junge Erwachsene mit einer Behinderung einen Lehrabschluss erreichen können. Die Berufsfachschulen fördern mit diesen Projekten die qualitative Weiterentwicklung des schulischen Teils der beruflichen Grundbildung.

Das durchschnittliche Ausbildungsniveau der Bevölkerung wird auch in Zukunft steigen. Die Höhere Berufsbildung verfügt über ein grosses Potenzial, den Bedarf an hervorragend qualifizierenden Ausbildungen bereitzustellen. Die Förderung eines ausreichenden, passgenauen Angebots wie auch die Umsetzung des eidgenössischen Weiterbildungsgesetzes wird zu den Entwicklungsschwerpunkten gehören.

Die wichtigste Herausforderung der Gymnasien ist ein umsichtiger Umgang mit der Verkürzung der Gymnasialzeit von fünf auf vier Jahre, welche schwierige Planungsfragen aufwirft und die Personalerneuerung erschwert. Die harmonisierten Maturitätsprüfungen werden etabliert und das gemeinsame Prüfen wird eingeführt. Entwicklungsschwerpunkte an allen Mittelschulen werden zudem lokale Projekte sein, die das Lernen nach gymnasialem Anspruch verbessern.

Hochschulen Auf nationaler Ebene wurde das erste Jahr unter dem neuen Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) vollzogen. Die Schweizerische Hochschulkonferenz hat unter dem Vorsitz des Vorstehers des Eidgenössischen Departements Wirtschaft, Bildung, Forschung (WBF), Bundesrat Johann Schneider-Ammann, seine Arbeit aufgenommen. Hauptthemen des Berichtsjahrs waren das Sonderprogramm Medizin sowie die neuen Finanzierungsmechanismen für Universitäten und Fachhochschulen, die ab 2018 auf der Grundlage einer einheitlichen Verordnung gelten sollen. Die genannten Themen sind Teil der Botschaft über die Förderung der Bildung, Forschung und Innovation (BFI) für die Periode 2018-2021, die den Eidgenössischen Räten anfangs 2017 zugestellt werden soll. Die kantonale Ebene war von den Trägerverhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft über die Universität geprägt. Mit der Partnerschaftsvorlage vom Oktober 2015, die über die Jahre 2016 bis 2019 eine Entlastung des Finanzhaushalts des Kantons Basel-Landschaft von gesamthaft 80 Mio. Franken vorsieht, konnten die festgefahrenen Gespräche deblockiert und auf eine konstruktive Grundlage gestellt werden. Der Grosse Rat hat der Vorlage im November zugestimmt. Im Gegenzug wurden im Landrat drei wichtige Hochschulvorlagen angenommen: Die Bewilligung der Reform der Pensionskasse der Universität (15 Mio. Franken pro Kanton), die Impulsinvestition zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Universität Basel und ETH Zürich (5 Mio. Franken pro Kanton) sowie der Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft des Schweizerischen Tropen- und Public Health Institut (Swiss TPH) ab 2017. Die ersten beiden Vorlagen wurden auch vom Grossen Rat bestätigt, der Grossratsbeschluss über die gemeinsame Trägerschaft des Swiss TPH folgt im Februar 2016. Auch bezüglich FHNW sind erste Gespräche mit den übrigen Trägerkantonen aufgenommen worden.

Kinder, Jugend und Familie Im Aufgabenfeld «Kinder, Jugend und Familie» wurde der Vernehmlassungsentwurf zu einer Revision des Tagesbetreuungsgesetzes vorbereitet. Mit der Revision sollen die Wahlmöglichkeiten der Eltern erhöht, die Beiträge enger am Einkommen und Vermögen der Eltern ausgerichtet und auf die Bewirtschaftung von Leistungsvereinbarungen verzichtet werden können. Der Kinder- und Jugenddienst bereitet sich durch die Verlagerung von Verantwortung von der Abteilungsleitung auf die Teamleitungsebene und ein systematisches Monitoring kritischer Entscheidungen auf einen Wechsel in der Abteilungsleitung vor. Im Hinblick auf das Kindeswohl ist eine dezentrale Entscheidungskompetenz und Verantwortung bei den Sozialarbeitenden erforderlich und aus jugendhilfe- und finanzpolitischen Aspekten eine zentrale Steuerung nötig. Wie diese Widersprüche organisatorisch verarbeitet werden können, zeigt sich unter anderem in der Platzierungsquote in den Kinder- und Jugendheimen. Sie konnte wie beabsichtigt weiter gesenkt werden.

Zunehmend sind minderjährige Flüchtlinge unbegleitet in die Schweiz gelangt. Für einen grossen Teil von ihnen muss im Auftrag der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde eine geeignete Unterbringung und Betreuung gesucht werden. Dank einer jahrelangen, guten Zusammenarbeit mit privaten Trägern und grossem Engagement von allen Seiten konnten die nötigen Plätze vermittelt werden. Für die offene Kinder- und Jugendarbeit hat der Grosse Rat über das beantragte Budget hinaus Mittel gesprochen. Die entsprechenden Leistungsvereinbarungen müssen überarbeitet werden, damit die zusätzlichen Mittel weiterhin auf den Bedarf ausgerichtet sind.

Sport Mit dem Beschluss des Grossen Rates zur Sanierung der Kunsteisbahn Eglisee ist die Zukunft dieser Anlage auf absehbare Zeit gesichert. Mit dem geplanten Ballondach kann auch dem Wunsch nach einem gedeckten 50-Meter Schwimmbassin in der Region entsprochen werden. Aus technologischen Gründen wird die Eissaison künftig allerdings deutlich kürzer ausfallen. Mit einer Teilsanierung der Kunsteisbahn Margarethen konnte die Betriebsbewilligung für diese Anlage erneuert werden. In einigen Jahren wird aber auch hier ein Wechsel der Kühltechnik zwingend, was ebenfalls Auswirkungen auf die Länge der Eissaison hat. Neben den technologischen Grenzen dürfte auch die Energie- und Umweltgesetzgebung den Betrieb von Eisfeldern im Freien bei Temperaturen deutlich über dem Gefrierpunkt zunehmend einschränken. Wie und mit welchen Anlagen den

Bedürfnissen des Eissports mittelfristig noch genügend entsprochen werden kann, bleibt ein wichtiges Thema. Auch sonst wird der Unterhalt der Sportanlagen die beteiligten Departemente und die Sportlerinnen und Sportler stark beschäftigen. In Zusammenarbeit mit dem Sportamt hat Immobilien Basel-Stadt die Anlagen daher neu erfasst. Das erhöht die Qualität der Planungsgrundlagen deutlich. Mit dem neuen Tribünengebäude wurde eine wichtige Etappe bei der Erneuerung der Sportanlagen St. Jakob abgeschlossen. In einem nächsten Schritt ist die Erneuerung des Werkhofs geplant.

2.3.4 Finanzdepartement

Das Finanzdepartement ist das Querschnitts- oder Ressourcendepartement der kantonalen Verwaltung. Zu den klassischen verwaltungsinternen Querschnitts-Dienstleistern zählen der Zentrale Personaldienst, die Finanzverwaltung und die Zentralen Informatikdienste. Weiter gehören dem Finanzdepartement die Steuerverwaltung sowie Immobilien Basel-Stadt an.

Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

Nachhaltige und restriktive Finanzpolitik Der Regierungsrat hat im Jahre 2015 seine restriktive Finanzpolitik fortgesetzt. Aufgrund der Finanzplanung kommunizierte der Regierungsrat anfangs Jahr Entlastungsmassnahmen von jährlich 70 Mio. Franken, um auch in Zukunft ein strukturelles Defizit zu vermeiden. Die Umsetzung dieser Massnahmen vollzieht sich in den Jahren 2015-2017. Die notwendigen Gesetzesvorlagen wurden alle durch den Regierungsrat im 2015 verabschiedet. In der Zwischenzeit hat sich aufgrund der positiven Entwicklung bei den Steuereinnahmen die Finanzplanung wesentlich verbessert.

Aktive Wohn- und Bodenpolitik Der Kanton Basel-Stadt ist wieder ein attraktiver Wohnort. Dies zeigt unter anderem auch die Trendumkehr bei der Bevölkerungsentwicklung. Nach jahrzehntelangem Rückgang wächst Basel-Stadt seit 2008 wieder. Der Regierungsrat verfolgt eine ausgewogene und nachhaltige Wohnraumförderung, damit genügend Wohnraum für die gesamte Bevölkerung vorhanden ist. Der Schwerpunkt Stadtwohnen konnte im vergangenen Jahr durch Immobilien-Projektentwicklungen im Finanzvermögen unterstützt werden. Zur Unterstützung des gemeinnützigen Wohnungsbaus gibt der Kanton den Genossenschaften Parzellen mit dem Baurechtsvertrag Plus ab. Bereits realisiert wurden die Genossenschaftswohnungen an der Hegenheimerstrasse in Basel und der Rauracherstrasse in Riehen. In Planung sind Belforterstrasse, Riehenring, Schoren, Reusstrasse. In Vorbereitung sind grosse Projekte im Niederholz Riehen und auf dem Areal des Felix Platter-Spitals. Die Stadt baut auch selber, so in der Maiengasse oder Volta Ost. Im Gewerbebereich soll an der Neudorfstrasse eine Werkarena mit acht oberirdischen, zwei unterirdischen Etagen und einer Fläche von 25'000 m² entstehen.

Steuerpolitik Von grösstem Interesse für den Kanton Basel-Stadt ist die Unternehmenssteuerreform III des Bundes. Im 2015 hat der Bundesrat seine Vorlage verabschiedet und der Ständerat seine Erstberatung abgeschlossen. Ziel des Finanzdepartements ist eine Reform, welche die steuerliche Wettbewerbsfähigkeit erhält, die notwendigen Steuereinnahmen sicherstellt und international akzeptiert ist. Die Unternehmenssteuerreform III wird einen Umbau des Schweizer Steuersystems für Unternehmen mit sich bringen. Der Regierungsrat setzt sich für eine nachhaltige Strategie ein: Er fordert den Bund auf, alle zielgerichteten Reformelemente und Ausgleichsmassnahmen umzusetzen und den Nationalen Finanzausgleich anzupassen. Gleichzeitig ist auf alle Massnahmen zu verzichten, die unnötige finanzpolitische Risiken mit sich bringen.

Nach Vorliegen der Bundesreform wird auch der Kanton sein Steuersystem für die juristischen Personen umgestalten. Das Finanzdepartement hat die entsprechenden Arbeiten aufgenommen. Auch auf kantonaler Ebene verfolgt der Regierungsrat das Ziel, steuerlich wettbewerbsfähig zu bleiben und gleichzeitig die notwendigen Steuereinnahmen sicherzustellen. Auch der Kanton Basel-Stadt wird dazu den ordentlichen Gewinnsteuersatz senken müssen.

Basel-Stadt als attraktiver Arbeitgeber Der Kanton ist einer der grössten Arbeitgeber der Region Nordwestschweiz. Um seine Aufgaben in hoher Qualität erfüllen zu können ist er darauf angewiesen, im Arbeitsmarkt als attraktiver Arbeitgeber auftreten zu können. Dazu werden die Arbeits- und Anstellungsbedingungen kontinuierlich weiterentwickelt. Anfangs 2015 wurde ein völlig überarbeiteter Internetauftritt www.arbeitgeber.bs.ch lanciert. Dieser ist speziell auf potenzielle Bewerberinnen und Bewerber und am Kanton als Arbeitgeber Interessierte zugeschnitten und vermittelt ihnen Einblicke in mögliche Arbeitsfelder sowie einen Eindruck der fortschrittlichen Anstellungsbedingungen beim Kanton. Der Kanton hat in den vergangenen Jahren zudem mit dem Projekt Systempflege sein Bewertungssystem aktualisiert. Im Februar 2015 wurde die Systempflege umgesetzt.

Finanzen

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2010	2011	2012	2013	2014	2015	R15/R11
30 Personalaufwand	-68.6	-69.7	-71.7	-70.1	-71.5	-74.9	-7.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-25.9	-28.7	-33.4	-41.2	-45.3	-39.6	-38.1
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.1	-0.3	-0.4	-0.5	-1.3	-2.0	<-100.0
Betriebsaufwand	-94.5	-98.7	-105.5	-111.9	-118.1	-116.4	-18.0
40 Fiskalertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
42 Entgelte	37.4	55.4	61.5	67.1	69.2	72.2	30.2
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.1	0.4	0.0	0.0	0.7	>100.0
46 Transferertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Betriebsertrag	37.4	55.5	61.9	67.1	69.2	72.9	31.4
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-57.1	-43.2	-43.6	-44.8	-48.9	-43.5	-0.7
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-6.3	-5.5	-6.8	-6.7	-7.6	-6.9	-25.8
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-0.6	-0.7	-0.7	0.0	n.a.
Abschreibungen	-6.3	-5.5	-7.4	-7.4	-8.3	-6.9	-25.8
Betriebsergebnis	-63.3	-48.6	-51.0	-52.2	-57.2	-50.4	-3.5
34 Finanzaufwand	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.1
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-90.9
Finanzergebnis	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-0.4	-6.0
Gesamtergebnis	-63.7	-49.0	-51.4	-52.6	-57.6	-50.8	-3.6
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	-48.5	-50.8	-52.2	-57.8	-51.5	-6.2
9 Finanzen und Steuern	0.0	-0.5	-0.7	-0.4	0.1	0.8	>100.0

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2010	2011	2012	2013	2014	2015	R15/R11
Ausgaben Grossinvestitionen	-5.9	-5.0	-10.8	-11.1	-3.5	-2.9	42.6
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	-1.4	-1.2	-1.5	n.a.
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-0.6	-0.9	-0.7	0.0	n.a.
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Nettoinvestitionen	-5.9	-5.0	-11.4	-13.4	-5.4	-4.4	12.5
Saldo Investitionsrechnung	-5.9	-5.0	-11.4	-13.4	-5.4	-4.4	12.5

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	482.5	487.4	493.0	506.2	516.7	519.1
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	468.0	472.2	479.9	477.7	474.7	487.9
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	36	25	34	44	44	38
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	14	17	19	18	19	20

Eine Informatik im Dienste der Einwohnerinnen und Einwohner Das Finanzdepartement wird in den kommenden Jahren die Informatik zu Gunsten der Firmen, Einwohnerinnen und Einwohner weiterentwickeln. Mit dem E-Government-Impulsprogramm werden kantonale Leistungen für Bevölkerung und Unternehmen verbessert und an neue Herausforderungen angepasst, unterstützt durch E-Government Basisdienste. Das Finanzdepartement hat im Berichtsjahr das Impulsprogramm strategisch geführt und neben konkreten Pilotprojekten wurden die konkreten Arbeiten für ein kantonales Kundenportal aufgenommen.

2.3.5 Gesundheitsdepartement

Das Gesundheitsdepartement umfasste im Berichtsjahr das Generalsekretariat, die Stabsstellen Kommunikation, Planungscoordination und Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen sowie die Bereiche Gesundheitsschutz (Kantonales Laboratorium, Veterinäramt, Institut für Rechtsmedizin, öffentliche Zahnkliniken sowie Projekte und Services), Gesundheitsdienste (Präventiv- und Sozialmedizin [bis 30. April 2015 Medizinisch-pharmazeutische Dienste und Prävention], Sucht, Heilmittelwesen sowie Projekte und Services [beide bis 30. April 2015 Medizinisch-pharmazeutische Dienste]) und Gesundheitsversorgung (Spitalversorgung, Langzeitpflege sowie Projekte und Services).

Mit Wirkung per 1. Januar 2016 wird das Gesundheitsdepartement reorganisiert. Verschiedene Änderungen innerhalb des GD (u.a. Verselbständigung der drei Spitalbetriebe Universitätsspital, Felix Platter-Spital und Universitäre Psychiatrische Kliniken per 1. Januar 2012, Verselbständigung der Universitären Zahnkliniken Basel per 1. Januar 2016) haben dazu geführt, dass dessen bestehende Struktur auf die heutigen Gegebenheiten angepasst werden soll. Gleichzeitig wird auch eine flachere Hierarchie geschaffen, welche den direkteren Austausch der Dienststellenleitenden untereinander sowie mit dem Departementvorsteher besser ermöglicht und effizienter gestaltet. Durch die Aufhebung der beiden Organisationseinheiten „Bereich Gesundheitsdienste“ und „Bereich Gesundheitsschutz“ werden per 1. Januar 2016 dem Departementvorsteher des GD zusätzlich zum bereits bestehenden Bereich Gesundheitsversorgung neu die folgenden fünf Dienststellen sowie deren Leitungspersonen direkt unterstellt: Institut für Rechtsmedizin, Kantonales Laboratorium, Kantonales Veterinäramt, Medizinische Dienste sowie die Abteilung Sucht.

Internet: www.gd.bs.ch

Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

Rechtsetzung Änderungen der Rechtsgrundlagen auf nationaler Ebene wurden zum Anlass genommen, die Bewilligungsverordnung mit Regierungsratsbeschluss vom 7. Juli 2015 in verschiedenen Bereichen geringfügig anzupassen. Die Änderungen betrafen insbesondere Anpassungen an das Bundesgesetz über die Psychologieberufe sowie die Erleichterung der Praxis im Zusammenhang mit der Ausübung der Stellvertretungstätigkeit in Apotheken und Drogerien. Zudem wurde eine Anpassung an die bereits gelebte Praxis bei der Assistenz- und Praktikumstätigkeit der universitären Medizinalberufe vorgenommen. Mit Regierungsratsbeschluss vom 22. Dezember 2015 wurde dieselbe Verordnung sodann nochmals einer Teilrevision unterzogen, indem aufgrund der Abschaffung der kantonalen Prüfung in nicht ärztlicher Alternativ- und Komplementärmedizin eine Übergangsfrist geschaffen wurde. Überdies wurden einige formelle Anpassungen aufgrund der Reorganisation des Gesundheitsdepartements des Kantons Basel-Stadt per 1. Januar 2016 vorgenommen.

Spitalpolitik Im November des Berichtsjahres erschien ein gemeinsamer Bericht der Kantone BS, BL, AG und SO mit einer Analyse der Patientenströme der Jahre 2011–2013 in der Nordwestschweiz. Dabei wurde festgestellt, dass die Region Nordwestschweiz ein weitgehend geschlossenes Versorgungssystem darstellt und die Bevölkerung die medizinischen Leistungen grösstenteils innerhalb dieses Versorgungsraums bezieht. Ebenfalls zeigte sich, dass insbesondere die Region nördlich des Juras einer sinnvollen Planungsregion entspricht. Ferner verabschiedete der Regierungsrat die Spitalliste für die Jahre 2015–2017.

Zusammenarbeit in der Gesundheitsversorgung und im Spitalwesen zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft An einer Medienkonferenz vom 29. Juni 2015 haben die beiden Gesundheitsdirektoren der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft die von den beiden Regierungen verabschiedete Strategie betreffend eine vertiefere Zusammenarbeit zwischen den beiden Kantonen vorgestellt. Im Vordergrund steht der Zusammenschluss des Universitätsspitals Basel (USB) und des Kantonsspitals Baselland (KSBL) zu einer gemeinsamen Spitalgruppe. Das stationäre Angebot soll mittel- bis langfristig in Liestal und Basel konzentriert und auf dem Bruderholz eine Tagesklinik für operative und interventionelle Eingriffe (TOP) gebaut werden. Die beiden Regierungen haben die Verwaltungsräte des USB und des KSBL beauftragt, bis Ende drittes Quartal

Finanzen

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2010	2011	2012	2013	2014	2015	R15/R11
30 Personalaufwand	-693.7	-735.8	-43.1	-43.7	-44.3	-44.5	94.8
31 Sach- und Betriebsaufwand	-340.0	-374.8	-15.1	-15.3	-15.8	-15.7	95.8
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-3.2	-3.4	-0.5	-0.6	-0.7	-0.7	79.4
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
36 Transferaufwand	-202.4	-214.1	-512.2	-516.2	-508.2	-513.4	<-100.0
Betriebsaufwand	-1'239.4	-1'328.1	-570.9	-575.8	-569.0	-574.3	<-100.0
40 Fiskalertrag	0.7	0.7	-0.0	0.0	0.0	0.0	-100.0
42 Entgelte	674.3	757.3	19.4	19.6	19.6	20.0	-97.4
43 Verschiedene Erträge	4.7	0.4	0.1	0.0	0.1	-0.0	n.a.
46 Transferertrag	65.7	66.0	1.5	2.6	3.0	4.6	-93.0
Betriebsertrag	745.4	824.3	21.0	22.3	22.6	24.6	-97.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-494.0	-503.8	-549.9	-553.6	-546.4	-549.7	-9.1
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-28.7	-34.2	-0.4	-0.5	-0.5	-0.5	98.5
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	-0.1	-0.5	-0.8	n.a.
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Abschreibungen	-28.7	-34.2	-0.4	-0.6	-1.0	-1.3	96.2
Betriebsergebnis	-522.7	-538.0	-550.3	-554.1	-547.4	-551.0	-2.4
34 Finanzaufwand	-21.8	-0.2	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	88.8
44 Finanzertrag	2.5	2.5	0.0	0.0	0.0	0.0	-99.6
Finanzergebnis	-19.3	2.3	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	>100.0
Gesamtergebnis	-542.0	-535.7	-550.3	-554.2	-547.4	-551.0	-2.6
davon Funktionen:							
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	0.0	-0.3	-0.3	-0.0	0.0	0.0	100.0
2 Bildung	0.0	0.0	-95.5	-74.3	-71.9	-74.8	n.a.
4 Gesundheit	0.0	-450.3	-392.0	-414.6	-410.4	-409.4	9.1
5 Soziale Sicherheit	0.0	-84.6	-61.3	-64.3	-64.1	-65.8	22.2
7 Umweltschutz und Raumordnung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
8 Volkswirtschaft	0.0	-0.4	-1.1	-0.9	-1.0	-1.0	<-100.0

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2010	2011	2012	2013	2014	2015	R15/R11
Ausgaben Grossinvestitionen	-31.4	-41.9	-0.4	-0.8	-1.2	-0.5	98.8
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	-0.8	-0.5	-0.4	n.a.
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	-10.4	-13.2	-7.3	n.a.
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.8	0.0	0.1	0.0	0.0	0.0	n.a.
Nettoinvestitionen	-30.6	-41.9	-0.3	-12.0	-14.9	-8.1	80.7
Saldo Investitionsrechnung	-30.6	-41.9	-0.3	-12.0	-14.9	-8.1	80.7

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015	
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	5'135.1	5'186.1	305	310.6	311.2	319.8	1
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	5'022.1	5'172.0	291.0	290.9	289.8	294.7	
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	32	31	33	32	36	26	
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	183	190	23	23	19	22	2

Kommentar

1 Ab 2012 entfallen bei den Vollzeitstellen aufgrund ihrer Verselbständigung die Stellen der öffentlichen Spitäler (Universitätsspital, Universitäre Psychiatrische Kliniken, Felix Platter-Spital). Die Zunahme des Plafonds 2013 im Vergleich zu 2012 ist im Wesentlichen durch den Transfer des Krebsregisters vom Universitätsspital Basel zum Bereich Gesundheitsdienste begründet.

2 Ab 2012 entfallen die Lehrstellen bei den öffentlichen Spitälern.

2016 Vorschläge für die Gestaltung einer gemeinsamen Spitalgruppe sowie ein Konzept mit einem Business-Plan für das TOP auszuarbeiten. Gleichzeitig beabsichtigen die beiden Gesundheitsdirektionen, in der Gesundheitsversorgung enger zusammenzuarbeiten, und prüfen bis zum selben Zeitpunkt Felder möglicher engerer Kooperationen.

Langzeitpflege In der Langzeitpflege wurden wesentliche Arbeiten zur kantonalen Umsetzung der nationalen Demenzstrategie geleistet, zum Beispiel wurde ein Netzwerk Demenz beider Basel gegründet. Verschiedene Institutionen haben im Berichtsjahr ihre Kapazitäten ausgebaut. Neben weiteren Veränderungen in anderen Institutionen hat sich die Gesamtzahl an Pflegeheimplätzen im Kanton nur marginal verändert. Im ambulanten Bereich konnten die Verträge mit den Trägerschaften der Tagesstrukturen für betagte Menschen erneuert werden.

Qualitätssicherung Der Sicherung der Ergebnisqualität der medizinischen Behandlung wird ein hoher Stellenwert beigemessen. Sie soll auch bei ambulanten Leistungserbringern etabliert und bei Spitälern und Einrichtungen der Langzeitpflege im Einklang mit den nationalen Instrumenten laufend weiterentwickelt werden. Aufgrund der vertieften Zusammenarbeit der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft und des Gesundheitsdepartements des Kantons Basel-Stadt im Rahmen der geplanten Spitalzusammenarbeit wurden im Berichtsjahr erste Schritte für ein gemeinsames Qualitäts- und Versorgungsmonitoring in den beiden Kantonen geplant. Das Qualitäts- und Versorgungsmonitoring des Kantons Basel-Stadt soll im 2016 sukzessive auch im Kanton Basel-Landschaft eingeführt werden. Im Rahmen des Qualitätsmonitorings wurden im vergangenen Jahr mehrere Workshops zum Thema Medikationssicherheit mit den Qualitätsverantwortlichen der Spitäler durchgeführt. In den Leistungsvereinbarungen mit dem Kanton verpflichteten sich die Spitäler zur Durchführung einer Massnahme zur Medikationssicherheit an ihrem Spital. Das Projekt COMI (Core Outcome Measures Index) zum Versorgungsmonitoring bei Erstimplantationen und Revisionen von Hüft- und Knie-Totalendoprothesen konnte wesentlich vorangebracht werden, sodass der Start der Pilotmessungen auf Mitte 2016 terminiert wurde.

Trinationale Zusammenarbeit am Oberrhein In den Jahren 2014-2016 liegt der Vorsitz der Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik der Oberrheinkonferenz beim Kanton Basel-Stadt. Im Rahmen dieser Aufgabe soll die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitswesen gefördert und weiterentwickelt werden. Das Euro-Institut hat im Auftrag der AG Gesundheitspolitik eine Studie zum Fachkräftemangel im Gesundheitswesen am Oberrhein erarbeitet. Diese wurde im Oktober 2015 publiziert. Sie zeichnet das Bild einer unterschiedlichen Betroffenheit der drei Länder: Während auf deutscher Seite bereits ein ausgeprägter Mangel festzustellen ist, scheint das Elsass relativ wenig betroffen zu sein. In der Schweiz ist ein Mangel bereits bei den Ärztinnen und Ärzten sowie Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern spürbar. Die Studie schliesst mit Empfehlungen, wie dem bestehenden und kommenden Fachkräftemangel mit spezifischen Massnahmen zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Arbeitskräftemobilität begegnet werden kann. Weiter hat die Arbeitsgruppe Gesundheitspolitik im Jahr 2015 einen Finanzierungsantrag im Rahmen des INTERREG Programms zur Schaffung einer grenzüberschreitenden Wissensplattform (TRISAN) vorbereitet. Die Plattform

soll der Intensivierung von Kooperationsprojekten sowie der Schaffung von Synergieeffekten zwischen den einzelnen Initiativen und Netzwerken dienen, um die grenzüberschreitende Gesundheitskooperation zu strukturieren und zu fördern.

Suchtpolitik Mit Blick auf die laufenden Veränderungen im Suchtbereich des Kantons Basel-Stadt wurden im Berichtsjahr als Schwerpunkte die Themen Jugend und Sucht, Alter und Sucht, neue Abhängigkeitserkrankungen (z.B. Internet-, Kauf- oder Glücksspielsucht) und Tabakprävention weiterverfolgt. Dazu wurden Präventionsmassnahmen und Projekte evaluiert, die Vernetzung und Zusammenarbeit der beteiligten Institutionen im Rahmen der Förderung der integrierten Versorgung gestärkt sowie die Planung und Entwicklung weiterer bedarfsorientierter Massnahmen vorgenommen.

Basel 55+ Im Berichtsjahr wurden die Schwerpunkte des Jahres 2014 umgesetzt oder zur Umsetzungsreife gebracht. Einerseits ging es um die wohnortnahe Vermittlung des Informations- und Beratungsangebots für die Betroffenen. Andererseits wurde überprüft, wie älteren Menschen im Kanton, die ihre angestammte Wohnsituation unfreiwillig verlassen und im hohen Alter auf Wohnungssuche gehen müssen, unterstützt werden können. Gleichzeitig wurde das Projekt „Wohnen für Hilfe“ konkretisiert, wodurch Studierenden eine Unterkunft bei älteren Menschen ermöglicht wird. Dabei wird die Miete nicht mit Geld bezahlt, sondern mit Dienst- und Hilfeleistungen abgegolten. Weiter wurde evaluiert, wie die Selbsthilfe, die Hilfe und Pflege zu Hause sowie die Entlastung von Familien und Angehörigen in dieser Aufgabe bedarfsgerecht gefördert werden können. Schliesslich soll Café Bâalance neben den bestehenden zehn Standorten weiter zu einem flächendeckenden Angebot im Kanton Basel-Stadt ausgebaut werden.

Notfallschutzmassnahmen in Basel-Stadt Der Kanton Basel-Stadt setzte sich aktiv in der interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Notfallschutzmassnahmen bei Extremereignissen in der Schweiz (IDA NOMEX) für den Schutz der Bevölkerung im Falle eines atomaren Ereignisses der Grössenordnung der nuklearen Katastrophe von Fukushima ein.

Die revidierte Jodtablettenverordnung sieht neu vor, dass die Tabletten in einem Umkreis von 50 km um ein Kernkraftwerk verteilt werden. In diesem Umkreis befindet sich auch der Kanton Basel-Stadt. Abgestimmt auf die Abgabe der Jodtabletten an alle baselstädtischen Haushalte wurde im Berichtsjahr das Verteilkonzept entsprechend überarbeitet und angepasst.

One Health Im Fokus des Handelns steht die Lebensqualität von Mensch und Tier nach der Philosophie von One Health. Diese berücksichtigt die Abhängigkeiten und Wechselwirkungen zwischen Mensch, Tier und Umwelt, welche sich in der Gesundheit niederschlagen. Aufbauend auf dem Kindergartenkurs „Kind & Hund“ wurde im Berichtsjahr der Präventionsfilm „Du & Hund“ den Eltern und Kindern im Kanton über das Internetportal des Veterinäramts zur Verfügung gestellt. Der Film dient der Information und bezweckt die Auffrischung der Kenntnisse der Kinder bei Begegnungen mit fremden Hunden. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „One Health am Mittag“ wurde im vergangenen Jahr das Thema „Nahrungsmittelallergien - vom Konsumenten zum Patienten“ aufgegriffen.

Koordination Raumplanung und Störfallvorsorge Die Koordination der Raumplanung mit der Störfallvorsorge hat für den Kanton Basel-Stadt einen hohen Stellenwert, da drei grosse Transitgüterbahnlinien (Elsässerbahn, Hochrheinstrecke und deutsche Anbindung an NEAT) das Kantonsgebiet durchqueren und sich störfallrelevante Anlagen im Kanton Basel-Stadt befinden. Mit der Koordination soll sichergestellt werden, dass zum einen die Siedlungsentwicklung an zweckmässigen Standorten gewährleistet werden kann, ohne die Sicherheit der Bevölkerung zu gefährden, und dass zum anderen der Betrieb von risikorelevanten Anlagen je nach öffentlichem Interesse langfristig gesichert werden kann. An den Verkehrsknotenpunkten Badischer Bahnhof und Basel SBB braucht es künftig zusätzlich zur Koordination unter anderem eine konsequente Entflechtung des Personen- und Güterverkehrs sowie weitere Sicherheitsmassnahmen. Der Kanton bemüht sich in Koordination mit den baselstädtischen Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern um Lösungen beim Bund.

2.3.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement umfasst die Kantonspolizei Basel-Stadt, die Rettung Basel-Stadt, den Bereich Bevölkerungsdienste und Migration, die Bereiche Recht und Services sowie das Generalsekretariat. Dem Departement administrativ zugeordnet ist die Staatsanwaltschaft.

Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

Einsatzzentrale Rettung Die beiden heute räumlich getrennten und veralteten Einsatzzentralen (EZ) der Feuerwehr und Sanität sollen an einem Standort im Lützelhof zusammengelegt werden. Die neue EZ Rettung wird auf den gleichen Systemen wie jene der Kantonspolizei basieren und so als Redundanz zur EZ der Kantonspolizei und der Kantonalen Krisenorganisation (KKO) dienen. Im Jahr 2015 wurde das Vorprojekt abgeschlossen.

Projekt UMIS Das Projekt Umbau und Instandsetzung des Spiegelhofes (UMIS) zielt zum einen darauf ab, die Einsatzzentrale der Kantonspolizei und die Führungsräumlichkeiten der Kantonalen Krisenorganisation (KKO) am Standort Spiegelhof gemäss den Kriterien der Lifeline-Gebäude erdbebentüchtig zu machen. Im gleichen Zug sollen die beiden heute räumlich getrennten Zentralen der Kantonspolizei – die Einsatz- und die Verkehrsleitzentrale – zusammengeführt, auf den neusten Stand der Technik gebracht und die betrieblichen Abläufe optimiert werden. Im Jahr 2015 wurde das Vorprojekt hinsichtlich Kosten und Erdbebenertüchtigung überarbeitet, optimiert und abgeschlossen.

Kapo2016 Die Anforderungen an die Datenqualität der Polizeischriftstücke und Analysen steigen stetig. Daten müssen immer schneller und exakter den Polizeikräften zur Verfügung stehen, damit rasch die richtigen Schlüsse gezogen und Massnahmen eingeleitet werden können. Für ein hochaktuelles Lagebild sind eine schnelle Datenaufbereitung und eine intelligente, nach Möglichkeit vorausschauende Analyse erforderlich. Dank eines technischen Quantensprungs mit mobilen Kommunikationsmitteln und verbesserter Abläufe soll die Kantonspolizei Basel-Stadt ihre Einsätze effizienter gestalten und die Schreibarbeiten deutlich verringern. Diese Ziele verfolgt das Projekt Kapo2016, das aufgrund des Effizienzgewinns eine weitere Stärkung der polizeilichen Präsenz und Arbeit auf der Strasse bringt. Im Berichtsjahr wurden die Detailprozesse und der Ratschlag erarbeitet.

Aufstockung der Kantonspolizei Die vom Regierungsrat im Frühjahr 2011 beschlossene stufenweise Aufstockung des Korps um insgesamt 45 Stellen wurde im Berichtsjahr planmässig weitergeführt. Die letzten elf Stellen sind bestimmt für das Einsatzelement Brennpunkte, mit dem die Kantonspolizei ihre Präsenz in der Innenstadt und in den Quartieren verstärkt.

Erweiterung Gefängnis Bässlergut Der Justizvollzug des Kantons Basel-Stadt verzeichnet einen massiven Anstieg an unbedingten Freiheitsstrafen. Mit Notbetten und befristeten Provisorien konnte die hohe Nachfrage vorübergehend notdürftig gedeckt werden. Zusätzliche neue Haftplätze sind jedoch zwingend erforderlich, um den gesetzmässigen Vollzug sicherzustellen. Das Anfang 2015 abgeschlossene Vorprojekt sieht zwei neue Gebäude für den Strafvollzug vor: die Erweiterung, angekoppelt an das bestehende Gefängnis, sowie die vorgelagerte Sicherheitsloge. Beide Neubauten und das bestehende Gefängnis werden von einer neuen Gefängnismauer eingefasst. In der Gefängniserweiterung sind 78 zusätzliche Haftplätze auf sechs Stationen zu je zwölf Zellen vorgesehen, wovon sechs Zellen doppelt belegt werden können. Der Grosse Rat hat am 9. Dezember 2015 den Ratschlag genehmigt.

Finanzen

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2010	2011	2012	2013	2014	2015	R15/R11
30 Personalaufwand	-211.5	-213.9	-216.2	-223.2	-227.6	-230.1	-7.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-80.3	-93.0	-105.3	-110.9	-122.7	-118.4	-27.2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.5	-1.9	-1.8	-1.5	-1.3	-1.5	22.8
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-0.1	-0.1	-0.2	0.0	0.0	0.0	100.0
36 Transferaufwand	-2.5	-5.5	-5.2	-4.8	-14.1	-11.8	<-100.0
Betriebsaufwand	-295.8	-314.4	-328.7	-340.4	-365.6	-361.8	-15.1
40 Fiskalertrag	30.8	31.0	-0.0	0.0	0.0	0.0	-100.0
42 Entgelte	84.2	90.9	99.2	98.1	101.7	106.7	17.4
43 Verschiedene Erträge	0.4	0.3	0.2	0.0	0.0	0.0	-100.0
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-100.0
46 Transferertrag	3.6	3.9	4.5	5.7	20.0	13.4	>100.0
Betriebsertrag	119.1	126.1	104.0	103.8	121.7	120.1	-4.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-176.7	-188.3	-224.7	-236.6	-243.9	-241.6	-28.4
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-5.8	-5.1	-4.7	-4.2	-5.6	-6.4	-27.1
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	-0.4	-0.5	-0.5	n.a.
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.6	0.6	0.6	n.a.
Abschreibungen	-5.8	-5.1	-4.7	-4.1	-5.5	-6.3	-24.8
Betriebsergebnis	-182.5	-193.3	-229.4	-240.7	-249.4	-248.0	-28.3
34 Finanzaufwand	-0.5	-0.4	-0.4	-0.8	-0.4	-0.3	9.5
44 Finanzertrag	0.1	0.2	0.5	0.3	0.1	0.1	-36.7
Finanzergebnis	-0.4	-0.2	0.1	-0.5	-0.3	-0.2	-8.9
Gesamtergebnis	-182.9	-193.5	-229.3	-241.1	-249.7	-248.2	-28.2
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	-17.3	-18.4	-19.4	-21.5	-21.2	-22.5
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	0.0	-173.0	-207.2	-218.1	-231.2	-227.7	-31.6
4 Gesundheit	0.0	-3.2	-3.7	-3.7	-3.9	-3.9	-21.9
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	4.6	n.a.
9 Finanzen und Steuern	0.0	0.0	0.0	0.0	6.8	0.0	n.a.

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2010	2011	2012	2013	2014	2015	R15/R11
Ausgaben Grossinvestitionen	-4.0	-1.9	-2.3	-4.1	-3.4	-7.3	<-100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	-2.0	-0.8	-2.2	n.a.
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	-1.8	-1.0	0.0	n.a.
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.5	n.a.
Nettoinvestitionen	-4.0	-1.9	-2.3	-7.8	-5.2	-9.0	<-100.0
Saldo Investitionsrechnung	-4.0	-1.9	-2.3	-7.8	-5.2	-9.0	<-100.0

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015	
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	1'598.8	1'611.2	1'630.0	1'657.0	1'680.0	1'713.0	¹
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	1'522	1'573.1	1'572.0	1'633.3	1'629.2	1'655.1	²
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	48	39	45	58	91	109	³
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	25	26	24	21	23	24	

Kommentar

- 1 Von 2012 bis 2015 sind insbesondere der stufenweise Ausbau des Polizeibestands und der Mehrbedarf an Sicherheitsassistentinnen im Zusammenhang mit der neuen Parkraumbewirtschaftung berücksichtigt.
- 2 Die Abweichung zwischen Plafond und Headcount ist grösstenteils auf offene Stellen bei der Kantonspolizei zurückzuführen. Die Anzahl in Ausbildung stehender Aspirantinnen und Aspiranten beträgt per Ende 2015 63.
- 3 2014 und 2015 nahmen namentlich die Schriftlichen Anfragen eines fraktionslosen Grossratsmitglieds zu.

2.3.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

Das Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt (WSU) ist verantwortlich für die Themen Soziale Sicherheit und Kindes- und Erwachsenenschutz, Volkswirtschaft und Arbeitsmarkt, Umwelt und Energie sowie Schifffahrt und Luftfahrt. Die Leistungen der allgemeinen Verwaltung, wie Führungsunterstützung und Kommunikation, werden im Generalsekretariat erbracht.

Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

Bilaterale Verträge Schweiz-EU: Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative Für den Wirtschaftsstandort Basel ist es wichtig, dass den Firmen, auch den KMU-Betrieben, weiterhin die erforderlichen Fachkräfte zur Verfügung stehen. Der Regierungsrat setzt sich daher überall dort, wo Handlungsspielraum besteht, für eine wirtschaftsfreundliche Umsetzung der am 9. Februar 2014 vom Volk angenommenen Masseneinwanderungsinitiative ein. Ebenfalls soll der bürokratische Kontrollaufwand (z.B. bei Grenzgängern) im Rahmen gehalten werden. Im Berichtsjahr arbeitete der Departementsvorsteher in der Arbeitsgruppe „Neues Zulassungssystem“ mit, die von der Konferenz Kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren VDK eingesetzt wurde und dem Bund als Ansprechpartner dient.

Behindertenhilfe Basel-Stadt und Basel-Landschaft Im Berichtsjahr stellte der Regierungsrat den mit dem Partnerkanton Basel-Landschaft erarbeiteten Ratschlag zum neuen Behindertenhilfegesetz dem Grossen Rat zu. Der Gesetzestext ist in beiden Kantonen identisch. Es sieht vor, dass der individuelle Bedarf einer Person mit Behinderung die Basis für den Bezug von Leistungen der Behindertenhilfe bilden soll. Das Gesetz richtet sich an Personen mit kognitiven, psychischen, körperlichen, Sinnes- und mehrfachen Behinderungen, die eine IV-Rente beziehen und einen behinderungsbedingten Betreuungsbedarf in den Bereichen Wohnen und Tagesstruktur haben. Die heute eingesetzten Finanzmittel sollen künftig bedarfsgerechter eingesetzt werden. Ende des Berichtsjahres nahmen die parlamentarischen Kommissionen in Basel-Stadt und Basel-Landschaft die Vorberatung auf. Für die erste Sitzung tagten die Kommissionen aus beiden Kantonen gemeinsam.

Verstärkter Gewässerschutz Die Vorprojektierung für die Erweiterung der kommunalen Kläranlage ARA Basel der ProRheno AG mit zusätzlichen Reinigungsstufen zur Reduktion von Stickstoffverbindungen und zur gezielten Elimination von Mikroverunreinigungen ist abgeschlossen. Die Unterlagen gehen an das Bundesamt für Umwelt BAFU, welches über einen Bundesbeitrag an die Stufe zur Elimination von Mikroverunreinigungen entscheidet. Im Berichtsjahr konnte dem Grossen Rat der Ratschlag für den Projektierungskredit zur Revitalisierung der Wiese ("WieseVital") vorgelegt werden. Die vorberatende Kommission ergänzte das Projekt mit der Vorgabe, im untersten Teil des Perimeters die Verschiebung der heutigen Hochwasserschutzdämme auf dem rechten Ufer zu prüfen, um den Flusslauf der Wiese auszuweiten.

Finanzen

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2010	2011	2012	2013	2014	2015	R15/R11
30 Personalaufwand	-98.1	-98.1	-101.0	-106.1	-111.7	-115.3	-17.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-50.1	-58.1	-57.1	-56.8	-55.9	-54.9	5.5
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.2	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-0.2	<-100.0
35 Einlagen Fonds, Spezialfinanzierungen	-22.7	-22.4	-23.8	0.0	0.0	0.0	100.0
36 Transferaufwand	-510.7	-539.3	-578.3	-623.9	-693.8	-621.3	-15.2
Betriebsaufwand	-681.7	-718.0	-760.2	-786.9	-861.6	-791.7	-10.3
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	10.4	10.4	10.4	>100.0
42 Entgelte	88.1	90.6	88.7	116.8	161.3	73.7	-18.6
43 Verschiedene Erträge	1.2	2.8	0.2	0.0	1.8	2.2	-19.9
45 Entnahmen Fonds, Spezialfinanzierungen	9.2	12.5	15.3	0.0	0.0	0.0	-100.0
46 Transferertrag	173.9	177.9	193.7	190.2	188.7	193.1	8.6
Betriebsertrag	272.5	283.7	297.9	317.4	362.2	279.4	-1.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-409.2	-434.3	-462.3	-469.4	-499.3	-512.2	-17.9
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-3.4	-3.5	-2.8	-5.3	-4.9	-4.8	-34.8
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-2.0	-0.7	-1.1	-0.9	-1.1	-1.1	-57.4
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Abschreibungen	-5.3	-4.3	-3.9	-6.2	-6.0	-5.9	-37.2
Betriebsergebnis	-414.6	-438.6	-466.2	-475.6	-505.3	-518.1	-18.1
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.2	-0.2	-0.0	-0.0	-0.0	86.4
44 Finanzertrag	1.1	1.3	1.7	1.8	0.0	0.0	-99.1
Finanzergebnis	0.9	1.1	1.5	1.8	-0.0	-0.0	<-100.0
Gesamtergebnis	-413.6	-437.5	-464.7	-473.8	-505.4	-518.1	-18.4
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	-8.3	-9.6	-9.7	-10.7	-9.7	-17.0
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	0.0	-8.1	-9.2	-11.3	-16.3	-16.4	<-100.0.
5 Soziale Sicherheit	0.0	-430.5	-455.1	-456.5	-479.0	-495.7	-15.1
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0.0	2.4	2.2	-0.5	-0.5	-0.1	<-100.0
7 Umweltschutz und Raumordnung	0.0	3.2	8.0	5.3	5.5	5.5	71.8
8 Volkswirtschaft	0.0	3.9	-0.9	-1.1	-4.2	-1.7	<-100.0

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2010	2011	2012	2013	2014	2015	R15/R11
Ausgaben Grossinvestitionen	-1.7	-1.3	-1.7	-1.4	-1.3	-3.3	<-100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	-0.3	-0.5	-0.3	n.a.
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-2.4	-1.2	-1.5	-0.9	-1.1	-1.1	8.7
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.6	0.5	0.4	0.0	0.0	0.0	-100.0
Nettoinvestitionen	-3.5	-2.0	-2.8	-2.7	-2.9	-4.7	<-100.0
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	0.0	-1.0	1.0	0.0	0.0	0.0	100.0
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	0.0	-1.0	1.0	0.0	0.0	0.0	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-3.5	-3.0	-1.8	-2.7	-2.9	-4.7	-54.9

Kennzahlen	Einheit	Ist 2010	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015	
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	639.0	639.8	678.2	681.9	682.2	706.3	¹
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	617.1	618.6	657.9	668.4	672.3	688.6	²
Bearbeitete parlamentarische Geschäfte	Anz	50	55	56	70	59	84	³
Lehrstellen (inkl. Vor- und Anlehren)	Anz	32	37	31	37	40	41	

Kommentar

- 1 Die Erhöhung der rund 24 Vollzeitstellen kommen wie im Budget bewilligt wie folgt zu Stande: Sozialhilfe 10 HC (Umsetzung nachhaltige Sozialhilfe); Sozialhilfe 8 HC (Anpassung an Personenzahlen Migration); Amt für Sozialbeiträge 1.5 HC (ab 2013 verstärkte Familienleistungen); Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde 1 HC (Revision Sorgerecht); Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz 4 HC (befristete Erhöhung aufgrund Fallzunahme); Generalsekretariat -1 HC (Verschiebung an FD wegen Einführung Workplace BS)
- 2 Der Plafond wurde im Berichtsjahr deutlich unterschritten. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die Sozialhilfe zurückzuführen. Details dazu sind in den Dienststellenberichten ersichtlich.
- 3 Mit dem Ratschlag zur Revision des Energiegesetzes wurden 22 parlamentarische Vorstösse beantwortet.

2.3.8 Gerichte

Rechtsprechung in allen vom Gesetzgeber den kantonalen Gerichten übertragenen Bereichen wie z.B. Zivil-, Straf-, Verwaltungsrecht; Abwicklung von Erbschaften, Betreibungen und Konkursen gemäss gesetzlichem Auftrag. Die Gerichte sind aufgeteilt in erstinstanzliche Gerichte und ein zweitinstanzliches Gericht.

Rückblick auf die Zielsetzungen und Planungen

Im Frühjahr 2015 ist der Schlussbericht der umfassenden Expertise der Universität Bern über die baselstädtische Justiz eingegangen. Diese ist darin sehr positiv beurteilt worden. Die konkreten Empfehlungen des Gutachtens sind geprüft und teilweise bereits 2015 umgesetzt worden. Weitere Empfehlungen werden 2016 im Rahmen der Schaffung der diversen Reglemente berücksichtigt werden, die nach dem neuen Gerichtsorganisationsgesetz vorgeschrieben sind. Erst mittel- oder längerfristig umgesetzt werden können die Empfehlungen, zusätzliche personelle Ressourcen sowie Räumlichkeiten (für die Betriebe an der Bäumleingasse) zu schaffen.

Finanzen

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2010	2011	2012	2013	2014	2015	R15/R11
30 Personalaufwand	-36.1	-38.0	-38.8	-40.2	-40.6	-40.8	-7.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-18.2	-18.3	-19.9	-24.0	-21.4	-23.9	-30.6
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.1	-0.1	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	96.7
Betriebsaufwand	-54.3	-56.3	-58.8	-64.2	-62.0	-64.7	-14.8
42 Entgelte	30.8	24.5	24.3	25.6	28.4	26.7	8.9
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Betriebsertrag	30.8	24.5	24.3	25.6	28.4	26.7	8.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-23.6	-31.8	-34.4	-38.6	-33.6	-37.9	-19.4
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-0.6	-0.6	-0.4	0.0	0.0	-0.0	97.7
Abschreibungen	-0.6	-0.6	-0.4	0.0	0.0	-0.0	97.7
Betriebsergebnis	-24.2	-32.4	-34.9	-38.6	-33.6	-37.9	-17.2
34 Finanzaufwand	-1.7	-1.3	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	91.1
44 Finanzertrag	0.4	0.1	0.0	0.1	0.1	0.1	>100.0
Finanzergebnis	-1.3	-1.2	-0.0	-0.0	0.0	0.0	>100.0
Gesamtergebnis	-25.5	-33.6	-34.9	-38.6	-33.6	-37.9	-12.9
davon Funktionen:							
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	0.0	-33.6	-34.9	-38.6	-33.6	-37.9	-12.9

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
Investitionsrechnung in Mio. Franken	2010	2011	2012	2013	2014	2015	R15/R11
Ausgaben Grossinvestitionen	0.2	-0.2	0.0	0.0	0.0	-0.1	61.1
Einnahmen Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Nettoinvestitionen	0.2	-0.2	0.0	0.0	0.0	-0.1	61.1
Saldo Investitionsrechnung	0.2	-0.2	0.0	0.0	0.0	-0.1	61.1

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Plafonds)	%	228.7	235.4	239.4	245.6	245.6	246.5
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz		234.8	236.3	239.4	243.4	247.1

2.3.9 Behörden und Parlament

Finanzen

	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Rechnung	Abw. %
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	2010	2011	2012	2013	2014	2015	R15/R11
30 Personalaufwand	-6.6	-6.8	-5.5	-7.0	-7.6	-7.6	-11.9
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1.5	-1.7	-2.9	-2.4	-2.0	-2.0	-23.7
Betriebsaufwand	-8.1	-8.5	-8.4	-9.4	-9.6	-9.7	-14.2
42 Entgelte	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.1	-19.3
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.
Betriebsertrag	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.1	-19.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-8.0	-8.4	-8.4	-9.3	-9.6	-9.6	-14.6
Betriebsergebnis	-8.0	-8.4	-8.4	-9.3	-9.6	-9.6	-14.6
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-14.7
Finanzergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-14.5
Gesamtergebnis	-8.0	-8.4	-8.3	-9.3	-9.6	-9.6	-14.6
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	-6.8	-6.7	-7.6	-7.5	-7.8	-14.4
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	0.0	-1.6	-1.7	-1.7	-2.1	-1.8	-15.6

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2010	2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Plafond)	Anz	28.3	29.5	29.8	29.8	28.5	29.0
Vollzeitstellen (Headcount)	Anz	27.4	28.7	29.3	28.8	30.7	30.0

3 Die Jahresrechnung

3.1 Erfolgsrechnung

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'155.0	-1'213.7	-1'214.7	-1.0	-0.1	-59.7	-5.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-475.1	-430.0	-448.9	-18.9	-4.4	26.2	5.5
33 Abschreibungen VV	-173.8	-177.4	-182.6	-5.2	-2.9	-8.7	-5.0
36 Transferaufwand	-1'934.5	-1'946.3	-1'864.3	82.0	4.2	70.2	3.6
Betriebsaufwand	-3'738.4	-3'767.4	-3'710.5	56.9	1.5	27.9	0.7
40 Fiskalertrag	2'619.2	2'548.6	2'785.3	236.7	9.3	166.1	6.3
41 Regalien und Konzessionen	17.1	33.7	49.4	15.7	46.4	32.2	>100.0
42 Entgelte	502.2	460.9	401.4	-59.5	-12.9	-100.7	-20.1
43 Verschiedene Erträge	22.4	4.6	27.1	22.5	>100.0	4.6	20.5
46 Transferertrag	561.1	554.0	599.5	45.5	8.2	38.3	6.8
Betriebsertrag	3'722.1	3'601.9	3'862.7	260.8	7.2	140.6	3.8
Betriebsergebnis	-16.4	-165.5	152.1	317.6	>100.0	168.5	>100.0
34 Finanzaufwand	-199.5	-92.8	-171.8	-79.0	-85.2	27.7	13.9
44 Finanzertrag	395.2	294.2	452.1	157.9	53.7	56.9	14.4
Finanzergebnis	195.7	201.4	280.3	78.9	39.2	84.6	43.3
Gesamtergebnis	179.3	35.9	432.4	396.5	>100.0	253.1	>100.0
Total Aufwand	-3'938.0	-3'860.2	-3'882.4	-22.2	-0.6	55.6	1.4
Total Ertrag	4'117.3	3'896.1	4'314.8	418.7	10.7	197.5	4.8

Kommentar

Die Abweichungen sind auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. Die Details werden im Kapitel Anhang erläutert.

3.2 Bilanz

in Mio. Franken		per	per	Abw. R15/R14	
		31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
100	Flüssige Mittel	904.9	595.9	-309.1	-34.2
101	Forderungen	338.8	378.2	39.4	11.6
102	Kurzfristige Finanzanlagen	147.4	17.3	-130.1	-88.2
104	Aktive Rechnungsabgrenzung	1'753.3	1'698.8	-54.5	-3.1
106	Vorräte	6.4	6.7	0.3	5.1
Finanzvermögen im Umlaufvermögen		3'150.8	2'696.9	-453.9	-14.4
Total Umlaufvermögen		3'150.8	2'696.9	-453.9	14.4
107	Langfristige Finanzanlagen	203.2	542.2	339.0	>100.0
108	Sachanlagen Finanzvermögen	1'750.8	1'866.8	116.1	6.6
Finanzvermögen im Anlagevermögen		1'954.0	2'409.0	455.1	23.3
140	Sachanlagen Verwaltungsvermögen	2'867.2	3'065.6	198.4	6.9
142	Immaterielle Anlagen	13.6	12.5	-1.1	-7.9
144	Darlehen Verwaltungsvermögen	892.6	923.6	31.0	3.5
145	Beteiligungen	1'927.6	2'003.5	75.9	3.9
146	Gegebene Investitionsbeiträge	142.0	155.0	13.0	9.1
Verwaltungsvermögen im Anlagevermögen		5'843.0	6'160.3	317.2	5.4
Total Anlagevermögen		7'797.0	8'569.3	772.3	9.9
Total Aktiven		10'947.8	11'266.2	318.4	2.9
davon Total Finanzvermögen		5'104.8	5'105.9	1.2	0.0
200	Laufende Verbindlichkeiten	-2'743.2	-3'104.5	-361.3	-13.2
201	Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-1'408.0	-685.0	723.0	51.3
204	Passive Rechnungsabgrenzung	-200.6	-244.4	-43.8	-21.8
205	Kurzfristige Rückstellungen	-109.8	-112.7	-2.9	-2.6
Kurzfristiges Fremdkapital		-4'461.6	-4'146.5	315.1	7.1
206	Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-2'388.6	-2'583.2	-194.6	-8.1
208	Langfristige Rückstellungen	-90.1	-100.0	-9.9	-11.0
209	Fonds im Fremdkapital	-114.4	-110.9	3.5	3.0
Langfristiges Fremdkapital		-2'593.0	-2'794.1	-201.1	-7.8
Total Fremdkapital		-7'054.7	-6'940.7	114.0	-1.6
291	Fonds im Eigenkapital	-119.8	-120.8	-1.0	-0.8
292	Rücklagen	-7.1	-5.6	1.5	20.9
295	Aufwertungsreserven	-1'390.9	-1'390.9	0.0	0.0
299	Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre	-2'188.5	-2'367.3	-178.8	-8.2
299	Veränderung Fonds im Eigenkapital und Rücklagen	-7.5	-8.5	-1.0	-13.1
299	Gesamtergebnis	-179.3	-432.4	-253.1	<-100.0
Total Eigenkapital		-3'893.1	-4'325.5	-432.4	-11.1
Total Passiven		-10'947.8	-11'266.2	-318.4	-2.9

Die Bilanzsumme hat sich im Berichtsjahr von 10'947.8 Mio. auf 11'266.2 Mio. Franken um 318.4 Mio. Franken oder 2.9% erhöht. Auf der Aktivseite setzt sich diese Zunahme aus der Erhöhung des Finanzvermögens (plus 1.2 Mio. Franken) und der Zunahme des Verwaltungsvermögens (plus 317.2 Mio. Franken) zusammen. Auf der Passivseite liegt diese Zunahme einerseits am Eigenkapital, das sich dank dem erfreulichen Rechnungsergebnis um 432.4 Mio. Franken erhöht hat und neu 38.4% der Bilanzsumme beträgt. Andererseits hat das Fremdkapital (Bruttoschulden) um 114.0 Mio. Franken abgenommen. Die Nettoschulden (Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen) konnten um 115.1 Mio. Franken reduziert werden.

3.3 Investitionsrechnung

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Sachanlagen Grossinvestitionen	-320.4	-467.0	-396.4	70.6	15.1	-76.0	-23.7
Investitionen auf Rechnung Dritter	0.0	0.0	-0.6	-0.6	n.a.	0.0	0.0
Immaterielle Anlagen Grossinvestitionen	-4.9	0.0	-5.8	-5.8	n.a.	-0.9	-18.6
Sachanlagen Kleininvestitionen	-4.7	-5.4	-8.0	-2.6	-48.9	-3.3	-68.9
Immaterielle Anlagen Kleininvestitionen	-0.2	-0.1	-0.6	-0.5	<-100.0	-0.4	<-100.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-23.9	0.0	-21.3	-21.3	n.a.	2.7	11.1
Investitionsausgaben	-354.1	-472.5	-432.6	39.9	8.4	-78.5	-22.2
Übertragung von Anlagen ins FV	1.7	6.7	9.7	2.9	43.9	8.0	>100.0
Rückerstattungen Investitionen Dritter	0.0	0.0	0.6	0.6	n.a.	0.0	0.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	36.9	20.0	28.0	8.0	40.2	-8.9	-24.1
Investitionseinnahmen	38.6	26.7	38.3	11.6	43.5	-0.3	-0.7
Nettoinvestitionen	-315.5	-445.8	-394.3	51.5	11.5	-78.8	-25.0
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-13.4	-88.0	-165.0	-77.0	-87.5	-151.6	<-100.0
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	58.5	57.7	61.4	3.7	6.4	2.9	4.9
Veränderung Darlehen, Beteiligungen	45.1	-30.3	-103.6	-73.3	<-100.0	-148.7	<-100.0
Saldo Investitionsrechnung	-270.3	-476.1	-497.9	-21.8	-4.6	-227.5	-84.2

Bei Investitionsausgaben von 432.6 Mio. Franken und Investitionseinnahmen von 38.3 Mio. Franken betragen die Nettoinvestitionen 394.3 Mio. Franken für das Jahr 2015. Unter Berücksichtigung der Position Veränderung Darlehen, Beteiligungen von 103.6 Mio. Franken beläuft sich der Saldo der Investitionsrechnung auf 497.9 Mio. Franken.

Die gesamten Bruttoausgaben für Investitionen (Sachanlagen Grossinvestitionen) betragen 396.4 Mio. Franken und liegen damit um 70.6 Mio. Franken (15.1%) unter dem Budget 2015 resp. 76.0 Mio. Franken (23.7%) über der Rechnung 2014. Die Unterschreitung gegenüber dem Budget basiert u.a. auf mehreren nur im reduzierten Umfang realisierten oder auf noch nicht umgesetzten Vorhaben. Hier spielen zum Beispiel Einsparungen, aber auch zu optimistische Budgetierungen eine Rolle.

Zu den Investitionseinnahmen zählen die Übertragungen von Anlagen von 9.7 Mio. Franken sowie erhaltene Grossinvestitionsbeiträge von 28.0 Mio. Franken. Die erhaltenen Grossinvestitionsbeiträge beinhalten insbesondere Beiträge von Privaten in der Höhe von 21.0 Mio. Franken (davon 15.5 Mio. Franken von der Laurenz-Stiftung), Bundesbeiträge von 5.9 Mio. Franken, Beiträge von eigenen Anstalten von 0.7 Mio. Franken sowie Kantonsbeiträge vom Kanton Basel-Landschaft von 0.4 Mio. Franken.

Per Saldo zeigt die Rechnung 2015 bei den Veränderungen Darlehen und Beteiligungen eine Abnahme von 103.6 Mio. Franken. Zu nennen ist hier vor allem die Ausgabe für das Darlehen an die Universität für den Neubau des Biozentrums von 9.6 Mio. Franken, das Darlehen an die BVB von 55.0 Mio. Franken und die Erhöhung des Dotationskapitals der BKB um 100.0 Mio. Franken.

Einnahmenseitig reduziert sich der Vorschuss an die Pensionskassen-Destinatäre aufgrund der laufenden Regelung um 57.7 Mio. Franken. Des Weiteren wurden Darlehen an private Organisationen im Umfang von 2.1 Mio. Franken sowie das Darlehen an die BVB um 1.3 Mio. Franken amortisiert.

3.4 Geldflussrechnung

in Mio. Franken	Rechnung	Rechnung	Abw. R15/R14	
	2014	2015	abs.	%
Gesamtergebnis	179.3	432.4	253.1	>100.0
+/- Abnahme/Zunahme Forderungen	5.0	-39.4	-44.4	<-100.0
+/- Abnahme/Zunahme aktive Rechnungsabgrenzung	58.9	54.5	-4.3	-7.3
+/- Abnahme/Zunahme Vorräte	0.4	-0.3	-0.8	<-100.0
+/- Abnahme/Zunahme Forderungen gegenüber Fonds im FK	20.8	0.0	-20.8	-100.0
+/- Zunahme/Abnahme laufende Verbindlichkeiten	-3.1	361.3	364.4	>100.0
+/- Zunahme/Abnahme passive Rechnungsabgrenzung	-13.9	43.8	57.7	>100.0
+/- Zunahme/Abnahme Fonds im Fremdkapital	-0.2	-3.5	-3.3	<-100.0
+/- Bildung/Auflösung Rückstellungen kurzfristig	7.3	2.9	-4.4	-60.8
+/- Bildung/Auflösung Rückstellungen langfristig	-40.2	9.9	50.2	>100.0
+ Abschreibungen Grossinvestitionen VV	168.2	175.9	7.7	4.6
+ Abschreibungen Kleininvestitionen VV	5.6	6.6	1.1	19.0
+ Abschreibungen Investitionsbeiträge	11.1	8.3	-2.8	-25.2
- Auflösung Investitionsbeiträge	-12.1	-12.8	-0.7	-5.9
+/- Wertberichtigungen/Wertaufholungen Darlehen VV	4.3	2.5	-1.7	-40.6
+/- Wertberichtigungen/Wertaufholungen Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0
+/- Kursverluste/Kursgewinne auf Finanzanlagen (nicht realisiert)	0.0	11.3	11.3	n.a.
+/- Verlust/Gewinn aus Verkehrswertanp. Sachanlagen FV (nicht realisiert)	-39.8	-22.5	17.3	43.4
+/- Übrige nicht geldwirksame Transaktionen	55.2	61.9	6.7	12.1 ¹
= Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit	406.8	1'093.0	686.2	>10..0
- Ausgaben Sachanlagen Grossinvestitionen	-320.4	-396.4	-76.0	-23.7
- Ausgaben immaterielle Anlagen Grossinvestitionen	-4.9	-5.8	-0.9	-18.6
- Ausgaben Sachanlagen Kleininvestitionen	-4.7	-8.0	-3.3	-68.9
- Ausgaben immaterielle Anlagen Kleininvestitionen	-0.2	-0.6	-0.4	<-100.0
- Ausgaben Investitionsbeiträge Grossinvestitionen	-23.9	-21.3	2.7	11.1
- Ausgaben Darlehen VV	-13.4	-65.0	-51.6	<-100.0
- Ausgaben Beteiligungen VV	0.0	-100.0	-100.0	n.a.
+ Einnahmen Übertragung von Sachanlagen	1.7	9.7	8.0	>100.0
+ Einnahmen Abgang immaterielle Anlagen	0.0	0.0	0.0	0.0
+ Einnahmen Investitionsbeiträge	36.9	28.0	-8.9	-24.1
+ Einnahmen Rückzahlung von Darlehen VV	58.5	61.4	2.9	4.9
+ Einnahmen Übertragung von Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0
= Saldo Investitionsrechnung	-270.3	-497.9	-227.5	-84.2
- Übertragungen Verwaltungs- ins Finanzvermögen	-1.7	-9.7	-8.0	<-100.0
+ Übertragungen Finanz- ins Verwaltungsvermögen	0.0	5.5	5.5	n.a.
+/- Übrige nicht geldwirksame Transaktionen Investitionsrechnung	-55.3	-57.7	-2.4	-4.3 ²
= Geldfluss aus der Investitionsrechnung	-327.3	-559.7	-232.4	-71.0
-/+ Zunahme/Abnahme kurzfristige Finanzanlagen FV	-143.2	130.1	273.2	>100.0
-/+ Zunahme/Abnahme langfristige Finanzanlagen FV	96.0	-350.4	-446.3	<-100.0
-/+ Zunahme/Abnahme Sachanlagen FV	-22.9	-93.6	-70.6	-308.1
= Geldfluss aus Investitionstätigkeit	-397.5	-873.6	-476.1	<-100.0

in Mio. Franken	Rechnung	Rechnung	Abw. R15/R14	
	2014	2015	abs.	%
+/- Zunahme/Abnahme kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	407.0	-723.0	-1'130.0	<-100.0
+/- Zunahme/Abnahme Staatsanleihen	-500.0	125.0	625.0	>100.0
+/- Zunahme/Abnahme Hypotheken, Schuldscheine, Kassascheine	375.0	80.0	-295.0	-78.7
+/- Zunahme/Abnahme übrige langfristige Finanzverbindlichkeiten	-44.4	-10.4	34.0	76.5
= Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit	237.6	-528.4	-766.0	<-100.0
Stand Flüssige Mittel per 1.1.	658.1	904.9	246.9	37.5
Zunahme/Abnahme Flüssige Mittel	246.8	-309.0	-555.8	<-100.0
Stand Flüssige Mittel per 31.12.	904.9	595.9	-309.0	-34.1

Kommentar

- 1 Diese Position setzt sich wie folgt zusammen: Übertragungen ins Verwaltungsvermögen - 5.5 Mio. Franken, Übertragungen ins Finanzvermögen + 9.7 Mio. Franken, Anteil Sanierung und Ausfinanzierung PKBS Anteil Versicherte + 57.7 Mio. Franken
- 2 Hier handelt es sich um den Anteil der Versicherten an der Pensionskassen-Sanierung und Ausfinanzierung für die Reduktion der Darlehen im Verwaltungsvermögen.

Die Geldflussrechnung zeigt die Änderungen des Bestandes an Flüssigen Mitteln sowie die Ursachen dieser Änderungen. Im Jahre 2015 hat der Bestand an Flüssigen Mitteln (Kasse, Post, Bank) um rund 309.0 Mio. Franken von 904.9 Mio. auf 595.9 Mio. Franken abgenommen.

Bei den Finanzströmen wird unterschieden zwischen einem Geldfluss aus betrieblicher Tätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit. Als Vergleich sind die Werte des Jahres 2014 aufgeführt.

3.5 Eigenkapitalnachweis

in Mio. Franken	Jahres- ergebnis	Fonds im Eigen- kapital	Rücklagen	Auf- und Neube- wertungs- reserven	Kumulierte Ergebnisse Vorjahre	Total Eigen- kapital
Eigenkapital per 1. Januar 2014	-81.4	-117.4	-5.4	-1'352.3	-2'115.1	-3'671.5
Zuweisung Jahresergebnis 2013	81.4	0.0	0.0	0.0	-81.4	0.0
Gesamtergebnis 2014	-179.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-179.3
Veränderung Fonds	-9.3	9.3	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Rücklagen	1.7	0.0	-1.7	0.0	0.0	0.1
Veränderung Bewertungsreserven	0.0	0.0	0.0	-42.3	0.0	-42.3
Sonstige Transaktionen	0.0	-11.7	0.0	3.7	8.0	0.0
Eigenkapital per 31. Dezember 2014	-186.8	-119.8	-7.1	-1'390.9	-2'188.5	-3'893.1
Zuweisung Jahresergebnis 2014	186.8	0.0	0.0	0.0	-186.8	0.0
Gesamtergebnis 2015	-432.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-432.4
Veränderung Fonds	-7.0	7.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Veränderung Rücklagen	-1.5	0.0	1.5	0.0	0.0	0.0
Veränderung Bewertungsreserven	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Sonstige Transaktionen	0.0	-8.0	0.0	0.0	8.0	0.0 ¹
Eigenkapital per 31. Dezember 2015	-441.0	-120.8	-5.6	-1'390.9	-2'367.3	-4'325.5

Kommentar

- 1 Der Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird mit 6 Mio. Franken und der Standortförderungsfonds mit 2 Mio. Franken aus den kumulierten Ergebnissen jährlich geäufnet.

Der Eigenkapitalnachweis zeigt auf, wie sich das Eigenkapital im Berichtsjahr verändert hat. Es ist ersichtlich, wie sich die erfassten Finanzvorfälle auf die einzelnen Positionen des Eigenkapitals auswirken.

Die Fonds im Eigenkapital haben sich im Berichtsjahr von 119.8 Mio. auf 120.8 Mio. Franken um 1 Mio. Franken erhöht. Die Details zu den einzelnen Fonds werden im Kapitel 3.6 Anhang erläutert.

3.6 Anhang

3.6.1 Erläuterungen zur Rechnungslegung

Grundlagen und Grundsätze

Neuerungen in der Berichterstattung 2015 Gegenüber der Berichterstattung 2014 gibt es keine wesentlichen Neuerungen.

Rechtliche Grundlagen Die vorliegende Jahresrechnung basiert auf dem Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltgesetz) vom 14. März 2012, auf der Verordnung zum Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt (Finanzhaushaltverordnung) vom 22. Mai 2012, auf dem Gesetz über die Museen des Kantons Basel-Stadt (Museumsgesetz/Globalbudgets) und dem Gesetz über den Öffentlichen Verkehr (Programm und Finanzierung).

Das Handbuch für Rechnungslegung (HBR) setzt die Vorschriften aus dem Finanzhaushaltgesetz und der Finanzhaushaltverordnung für den Vollzug um.

Grundlagen der Rechnungslegung Die auf den 1. Januar 2013 in Kraft gesetzte neue Rechnungslegung orientiert sich an dem in der Privatwirtschaft üblichen Grundsatz der tatsächengetreuen Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (true and fair view). Sie verfolgt den periodengerechten Ausweis (Accrual Accounting) aller Aufwendungen und Erträge und bewirkt zusammen mit der Umsetzung weiterer Prinzipien in Anlehnung an die IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) eine wesentlich verbesserte Aussagekraft und Transparenz in der finanziellen Berichterstattung.

Der Jahresabschluss des Stammhauses resultiert aus den Buchhaltungen, welche von den einzelnen Dienststellen gemäss einem einheitlichen Kontenplan im System SAP ERP geführt werden. Der Jahresbericht des Stammhauses umfasst sämtliche unselbständigen Dienststellen und Betriebe des Kantons.

- **Accrual Accounting** Dies bedeutet, dass die relevanten Finanzvorfälle im Zeitpunkt des Entstehens der entsprechenden Verpflichtungen und Forderungen erfasst werden und nicht wenn diese zur Zahlung fällig beziehungsweise als Zahlungen eingegangen sind (Periodengerechtigkeit).
- **Trennung Verwaltungs- und Finanzvermögen** Die Vermögenswerte werden in Finanz- und Verwaltungsvermögen gegliedert. Das Finanzvermögen besteht aus jenen Vermögenswerten, die ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können. Das Verwaltungsvermögen umfasst jene Vermögenswerte, die unmittelbar der öffentlichen Aufgabenerfüllung dienen.
- **Verhältnis zwischen der Jahresrechnung des Stammhauses und der konsolidierten Jahresrechnung** Die Jahresrechnung des Stammhauses beinhaltet die kantonale Verwaltung, die Gerichte, Behörden und Parlament sowie den Regierungsrat. Die konsolidierte Jahresrechnung umfasst neben der Rechnung des Stammhauses zusätzliche Anstalten und Organisationen, die der Kanton beherrschen oder massgeblich beeinflussen kann. Der Konsolidierungskreis und die Konsolidierungsgrundsätze werden im Anhang der konsolidierten Jahresrechnung offengelegt.
- **Verhältnis zum Budget** Das Budget wird für das Stammhaus erstellt. Für die konsolidierte Rechnung wird kein Budget erstellt.

Abweichungen zu IPSAS Das gewählte Regelwerk gemäss §31 der Finanzhaushaltverordnung sind die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS). Diese bilden die Grundlage für das Handbuch für Rechnungslegung (HBR). Im Anhang der Finanzhaushaltverordnung wird die Anlehnung der Rechnungslegung an die IPSAS präzisiert, indem jeder anzuwendende Standard einzeln mit dem relevanten Erscheinungsdatum sowie allfälligen Abweichungen dazu aufgeführt ist. Die Finanzverwaltung verfolgt die Entwicklung der IPSAS und beantragt dem Regierungsrat die nötigen

Massnahmen, insbesondere die Anpassung des Anhangs der Finanzhaushaltverordnung infolge Änderungen der IPSAS.

Die vorliegende Jahresrechnung enthält folgende Abweichungen zu den IPSAS:

- IPSAS 1 - Darstellung des Abschlusses: Die konsolidierte Rechnung des Kantons Basel-Stadt ist nach den Grundsätzen der IPSAS erstellt, enthält im Anhang jedoch nur eine Auswahl der verlangten Offenlegungen. Begründung: Für die politischen Gremien ist die Stammhausrechnung die „Hauptrechnung“, daher wird diese nach IPSAS erstellt.
- IPSAS 6 - Konzernrechnung und Einbezug von beherrschten Einheiten: Abweichung zu IPSAS 6.20: Die zu konsolidierenden Einheiten werden nach dem Control-Principle gemäss IPSAS festgelegt, der Regierungsrat kann aber einzelne Einheiten von der Konsolidierung ausschliessen. Begründung: Ein Ausschluss von der Konsolidierung kann beispielsweise angezeigt sein, wenn der Einbezug infolge immenser Grössenunterschiede die Transparenz der konsolidierten Rechnung in Frage stellen würde (Basler Kantonalbank) oder im Gegenteil die Beteiligung völlig unwesentlich wäre und gleichzeitig zu umfassende organisatorische Massnahmen notwendig würden.
- IPSAS 16 - Renditeliegenschaften: Abweichung zu IPSAS 16.27 und 16.42: Die Verbuchung der erhaltenen Investitionsbeiträge als Minusaktivposition ist nicht IPSAS-konform, weil die Aktiv- und Passivseite entsprechend tiefer ausgewiesen wird. Begründung: Ein Ausweis als Passivposition im Fremdkapital würde sich auf die Schuldenbremse auswirken; eine Anpassung der Schuldenbremse wäre notwendig. Der Beitrag soll an der gleichen Position wie bei der Anlage ausgewiesen werden.
- IPSAS 17 Sachanlagen: Bei den Tiefbauten wird der Komponentenansatz nicht angewendet. Begründung: Der Komponentenansatz wurde nicht angewendet, weil der Verzicht keinen wesentlichen Einfluss auf die Bewertung der Tiefbauten hat, der Aufwand für die Umsetzung jedoch sehr hoch wäre. Die Verbuchung der erhaltenen Investitionsbeiträge als Minusaktivposition ist nicht IPSAS-konform, weil die Aktiv- und Passivseite entsprechend tiefer ausgewiesen wird. Begründung: Der erhaltene Investitionsbeitrag soll an der gleichen Position wie die Anlage ausgewiesen werden.
- IPSAS 22 - Ausweis von Finanzinformationen über den allgemeinen Regierungssektor: Keine Anwendung vorgesehen. Begründung: Anwendung nicht bindend.
- IPSAS 23 - Erträge aus Transaktionen ohne gegenseitige Leistungsbeziehung (Steuern und Transferleistungen): Abweichung zu IPSAS 23.22: Der Steuerertrag wird nicht gemäss dem Eintritt des steuerbaren Ereignisses verbucht. Begründung: Die periodischen Steuererträge werden nach Fälligkeit verbucht, d.h. erst im dem Steuerjahr folgenden Jahr. Bei Basel-Stadt fallen Veranlagungs- und Bezugsperiode ins Jahr nach Eintritt des steuerbaren Ereignisses (Steuerperiode). Aus diesem Grund werden die Steuererträge erst im dem Steuerjahr folgenden Jahr fällig. Diese Methode wird konsequent auf alle periodischen Steuern angewandt. Die im Rahmen der Abgrenzungen geschätzten Beträge basieren auf objektiven Faktoren. Der Schätzungsalgorithmus ist dokumentiert.
- IPSAS 25 - Leistungen an Arbeitnehmer: IPSAS 25 wird nicht angewendet. Abbildung Personalvorsorge gemäss Swiss GAAP FER 16. Begründung: Die Pensionskasse legt eine FER-konforme Rechnung ab. Die Zahlen in der Bilanz des Kantons stimmen somit mit den Zahlen der Pensionskasse überein, da beide in diesem Bereich FER anwenden (die gleiche Über- oder Unterdeckung wird kommuniziert). Die anwartschaftlichen Dienstaltersgeschenke werden nach statischer Methode ermittelt. Begründung: Keine Rückstellungen auf Basis von dynamischen Berechnungen vorgenommen, da der Aufwand den Nutzen nicht gerechtfertigt.

Im Geschäftsjahr 2015 wurden folgende Standards angewendet:

In Kraft gesetzte Standards

Standard	Bezeichnung	Stand	Kommentar
IPSAS 1	Darstellung des Abschlusses	2010	Mit Abweichung
IPSAS 2	Finanzrechnung (Kapitalflussrechnung)	2010	
IPSAS 3	Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, Änderungen von Schätzungen und Fehler	2010	
IPSAS 4	Auswirkungen von Änderungen der Wechselkurse	2010	
IPSAS 5	Fremdkapitalkosten	2010	
IPSAS 6	Konzern- und separate Abschlüsse	2010	Mit Abweichung
IPSAS 7	Anteile an assoziierten Einheiten	2010	
IPSAS 8	Anteile an Joint Ventures	2010	
IPSAS 9	Erträge aus Transaktionen mit gegenseitiger Leistungsbeziehung	2010	
IPSAS 11	Fertigungsaufträge	2010	
IPSAS 12	Vorräte	2010	
IPSAS 13	Leasingverhältnisse	2010	
IPSAS 14	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	2010	
IPSAS 16	Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	2010	Mit Abweichung
IPSAS 17	Sachanlagen	2010	
IPSAS 18	Segmentberichterstattung	2010	
IPSAS 19	Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten und Eventualforderungen	2006	
IPSAS 20	Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Einheiten und Personen	2010	
IPSAS 21	Wertminderung von nicht-zahlungsmittelgenerierenden Vermögenswerten	2010	
IPSAS 23	Erträge aus Transaktionen ohne gegenseitige Leistungsbeziehung (Steuern und Transferleistungen)	2010	Mit Abweichung
IPSAS 24	Darstellung von Haushaltsinformationen in Jahresabschlüssen	2006	
IPSAS 26	Wertminderungen von zahlungsmittelgenerierenden Vermögenswerten	2010	
IPSAS 27	Landwirtschaft	2010	
IPSAS 28	Finanzinstrumente: Darstellung	2010	
IPSAS 29	Finanzinstrumente: Erfassung und Bewertung	2010	
IPSAS 30	Finanzinstrumente: Offenlegung	2010	
IPSAS 31	Immaterielle Vermögenswerte	2010	
Swiss GAAP FER 16	Vorsorgeverpflichtungen		

Bis zum Datum der Genehmigung der Jahresrechnung waren darüber hinaus nachfolgende IPSAS veröffentlicht. Diese sind für den Kanton Basel-Stadt jedoch nicht relevant oder treten erst später in Kraft und wurden in der vorliegenden Jahresrechnung nicht angewendet.

Nicht in Kraft gesetzte Standards

Standard	Bezeichnung	Stand	Geplante Inkraftsetzung durch Kanton Basel-Stadt	
IPSAS 10	Rechnungslegung in Hochinflationländern	2010	keine	1
IPSAS 15	Finanzinstrumente: Angaben und Darstellung	2010	keine	2
IPSAS 22	Angaben über Finanzinformationen über den allgemeinen staatlichen Sektor	2006	keine	3
IPSAS 25	Leistungen an Arbeitnehmer	2010	keine	4
IPSAS 32	Dienstleistungskonzessionen: Konzessionsgeber	2011	noch offen	

Kommentar

- 1 In der Schweiz nicht relevant.
- 2 IPSAS 28, 29 und 30 lösen IPSAS 15 ab.
- 3 Keine Anwendung vorgesehen. Anwendung nicht bindend.
- 4 IPSAS 25 wird nicht angewendet, Abbildung Personalvorsorge gemäss Swiss GAAP FER 16.

Neue Standards können beim Regierungsrat zur Anwendung beantragt werden. Zurzeit wird keine Inkraftsetzung eines neuen Standards beantragt.

Änderungen der Grundlagen und Grundsätze Für die Jahresrechnung 2015 ist das Finanzhaushaltgesetz (vom 14. März 2012) und die Finanzhaushaltverordnung (vom 22. Mai 2012, Stand 9. November 2014) massgebend.

Im 2015 wurden keine Grundlagen oder Grundsätze geändert.

Annahmen und Schätzungen

Die Erstellung der Jahresrechnung bedingt die Anwendung von Schätzungen und Annahmen, die die ausgewiesenen Aktiven, Verbindlichkeiten, Erträge, Aufwendungen sowie Eventualforderungen und –verbindlichkeiten zum Zeitpunkt der Bilanzierung beeinflussen. Schätzungen und Annahmen werden laufend neu getroffen und basieren auf Erfahrungswerten der Vergangenheit sowie Erwartungen bezüglich des Eintreffens zukünftiger Ereignisse. Zusätzlich sind bei der Anwendung der Rechnungslegungsgrundsätze Entscheide zu treffen, die bedeutende Auswirkungen auf die in der Jahresrechnung ausgewiesenen Beträge haben können. Dies gilt insbesondere für folgende Sachverhalte:

Fiskalertrag Gemäss Finanzhaushaltverordnung §34 erfolgt die Steuerabgrenzung nach Fälligkeiten. Die Berechnungsmethode verwendet objektive Zahlungsgrundlagen und wird stetig angewendet. Die Einkommens-, Vermögens-, Reingewinn- und Eigenkapitalsteuern werden gemäss den Bestimmungen vom Handbuch für Rechnungslegung (Steuererträge) ermittelt. Die im Rahmen der Abgrenzungen geschätzten Beträge basieren auf objektiven Faktoren. Der Schätzungsalgorithmus ist dokumentiert.

Forderungen Die Wertberichtigung in der Erfüllung unsicherer Forderungen umfasst in erheblichem Mass Einschätzungen und Beurteilungen einzelner Forderungen, die auf der Kreditwürdigkeit des einzelnen Kunden, das allgemeine Kreditrisiko und der Analyse historischer Forderungsausfälle beruhen.

Immobilien im Finanzvermögen Der Kanton Basel-Stadt bewertet seine Immobilien im Finanzvermögen in der Regel nach der Discounted Cash Flow Methode (DCF-Methode). Kann dieser Wert nicht ermittelt werden (z.B. bei Liegenschaften, welche keinen Ertrag abwerfen, oder auch bei Liquidationsbeständen), ist der Marktwert aufgrund aktueller Marktpreise auf vergleichbaren Märkten oder einer vergleichbaren Methode zu ermitteln (z.B. Bodenpreis für vergleichbare Landparzellen).

Kann in Ausnahmefällen ein Marktwert nicht zuverlässig ermittelt werden, sind die Liegenschaften im Finanzvermögen wie jene im Verwaltungsvermögen (zu Anschaffungskosten) zu bewerten.

Beteiligungen im Finanzvermögen Beteiligungen im Finanzvermögen werden jährlich zum Verkehrswert (Marktwert) bewertet.

Wertminderungen auf Sachanlagen und immateriellen Anlagen Die Sach- und immateriellen Anlagen werden jährlich auf ihre Werthaltigkeit überprüft. Dabei sind für Anlagen des Verwaltungsvermögens der Wert der zukünftigen Nutzen und zukünftiger Geldflüsse bei einer allfälligen Veräusserung zu beurteilen. Frühere Beurteilungen können sich als falsch erweisen und zu einer Wertminderung führen, wenn beispielsweise die Nutzungsdauer von Anlagen verkürzt wurden, Gebäude anders genutzt werden, Anlagen anders als prognostiziert technisch veralten oder frühere Ertragsprognosen für Produkte und Lizenzen sich als falsch erweisen.

Leasing Für die Überprüfung, ob ein Finanzierungsleasing vorliegt, gilt pro Sachverhalt und Geschäftsvorfall eine Wesentlichkeitsgrenze von 300'000 Franken. Wird die Wesentlichkeitsgrenze unterschritten, so wird der Geschäftsfall immer als operatives Leasing behandelt.

Rückstellungen Der Rückstellungsbedarf wird vom Departement jährlich neu beurteilt und ab 500'000 Franken dem Finanzdepartement gemeldet. Bei Rückstellungen ab 10 Mio. Franken werden die getroffenen Annahmen dem Regierungsrat zur Genehmigung vorgelegt.

Offengelegte Vorsorgeverpflichtungen Vgl. Kapitel 3.6.3 Weitere Erläuterungen, Vorsorgeverpflichtungen nach Swiss GAP FER 16.

Hochbauten im Verwaltungsvermögen Diese Liegenschaften werden nach dem Komponentenansatz geführt. Dabei werden die einzelnen Komponenten (z.B. Rohbau, Dach oder Fenster) einer Liegenschaft nach ihrer unterschiedlichen Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Zustandsbewertung der Komponenten jeder Liegenschaft wird im Stratus (Planungsanwendung für den Gebäudeunterhalt) durch Gebäudeverwalter vorgenommen. Daraus kann die Restnutzungsdauer der einzelnen Komponenten sowie eine durchschnittliche Restnutzungsdauer für die einzelne Liegenschaft berechnet werden. In der Anlagenbuchhaltung wird pro Liegenschaft eine Anlage mit der durchschnittlichen Restnutzungsdauer geführt.

Änderungen von Annahmen und Schätzungen Bei der Abgrenzung der Steuererträge der natürlichen Personen wurde im Vorjahr (2014) vorsichtshalber darauf verzichtet, einen Wachstumsfaktor einzusetzen, weil noch Unsicherheiten betreffend der Zuverlässigkeit des neuen Schätzalgorithmus für dessen Ermittlung bestanden. Aus Gründen der Stetigkeit wird aber im 2015 die erst im 2013 eingeführte Methode wieder mit einem Wachstumsfaktor angewendet, bis die Methode auf der Basis der Resultate mehrerer Jahre plausibilisiert werden kann. Ansonsten wurden keine wesentlichen Annahmen und Schätzungen geändert.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Fiskalertrag Der Ertrag wird für natürliche und juristische Personen getrennt berechnet. Der Anteil des Kantons an der Direkten Bundessteuer (natürliche und juristische Personen) ist als Gutschrift aus Transfers zu betrachten und nicht als Steuerertrag. Die Forderungen aus Fiskalerträgen werden nach den gleichen Grundsätzen bewertet wie die übrigen Forderungen.

- **Natürliche Personen** Die Steuererträge setzen sich zusammen aus den Sollstellungen im Rechnungsjahr und den aktiven Abgrenzungen (per 31. Dezember) für die nicht fakturierten, fälligen Steuern abzüglich der Auflösung früherer Abgrenzungen (per 1. Januar).

Die Steuererträge der Quellensteuer von natürlichen Personen setzen sich aus den Sollstellungen im Rechnungsjahr und den aktiven Abgrenzungen der nicht fakturierten, fälligen Steuern zusammen.

Bei natürlichen Personen mit Wohnsitz im Ausland setzen sich die Steuererträge der Quellensteuer für deutsche Grenzgänger zusammen aus den Sollstellungen im Rechnungsjahr und der

aktiven Abgrenzung der nicht fakturierten, fälligen Steuern. Bei französischen Grenzgängern wird die Steuer nicht periodengerecht abgegrenzt, sondern erst im Folgejahr verbucht.

- **Juristische Personen** Die Steuererträge setzen sich aus den Sollstellungen im Rechnungsjahr und den aktiven Abgrenzungen für die nicht fakturierten, fälligen Steuern zusammen. Die aktive Abgrenzung entspricht in ihrer Höhe nur den Akontoguthaben für die fälligen, nicht fakturierten Steuern. Nicht abgegrenzt werden fällige, nicht fakturierte Steuern, für die keine Akontozahlungen geleistet wurden.

Erfassung von Entgelten, Regalien, Konzessionen und verschiedenen Erträgen Entgelte sind in Gebühren, Erträge aus Dienstleistungen, Verkaufserträge, Rückerstattungen, Bussen und übrige Entgelte unterteilt. Regalien und Konzessionen sind Erträge aus der Erteilung von Patenten sowie der Verleihung von Konzessionen. Verschiedene Erträge umfassen aktivierbare Eigenleistungen, verschiedene betriebliche Erträge und übrige, nicht zuordenbare Erträge.

Der Ertrag wird periodengerecht, d.h. im Zeitpunkt der Lieferung oder Leistung durch den Kanton verbucht.

Transferertrag Anteile des Kantons an Einnahmen anderer Gemeinwesen und Beiträgen ohne Zweckbindung werden als Transferertrag verbucht. Der Kanton Basel-Stadt partizipiert auf Grund gesetzlicher Grundlagen an den Einnahmen anderer Gemeinwesen, hauptsächlich aber an denen des Bundes. Diese Einnahmen umfassen unter anderem Anteile an der direkten Bundessteuer, Anteile am Wehrpflichtersatz, Anteile am Ertrag der Eidgenössischen Alkoholverwaltung oder Beiträge im Rahmen des Finanzausgleichs. Anteile und Beiträge ohne Verwendungszweck werden grundsätzlich in dem Jahr verbucht, in dem der Kanton einen Rechtsanspruch auf seinen Anteil hat. Erfolgt die Zahlung respektive Gutschriftanzeige auf dem Kontokorrent in einem nachfolgenden Jahr, wird eine zeitliche Abgrenzung vorgenommen.

Entschädigungen sind Erträge aus Dienstleistungen, die der Kanton Basel-Stadt für andere Gemeinwesen erbringt. Der Kanton Basel-Stadt erfüllt dabei ganz oder teilweise eine Aufgabe, die einem öffentlichen Zweck dient und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des anderen Gemeinwesens ist. Die Entschädigungen werden in der gleichen Periode erfolgswirksam verbucht, wie der Aufwand des Kantons für die Erbringung der öffentlichen Aufgabe verbucht wurde. Entschädigungen für das vergangene Jahr, die erst in einer folgenden Rechnungsperiode eingehen, werden in der Jahresrechnung als aktive Rechnungsabgrenzungen bilanziert.

Beiträge von anderen Gemeinwesen und Dritten werden in dem Jahr als Ertrag verbucht, in welchem der Kanton die Leistung erbringt. Wird ein Beitrag in einer Folgeperiode der Leistungserbringung durch den Kanton vergütet (nachsüssig), ist eine Ertragsabgrenzung im Vorjahr vorzunehmen, wenn ein direkter Zusammenhang zwischen dem Beitrag und der Leistungserbringung vorliegt.

Transferaufwand Anteile anderer Gemeinwesen an Einnahmen und Beiträgen des Kantons werden als Transferaufwand ausgewiesen. Der Verwendungszweck wird vom Gesetz bestimmt. Fehlt eine Zweckbestimmung, kann das begünstigte Gemeinwesen frei darüber verfügen. Die Aufwendungen werden in der gleichen Rechnungsperiode wie die entsprechende Ertragsbuchung erfasst. Die Verbuchung erfolgt in der Regel brutto.

Entschädigungen an Gemeinwesen sind Abgeltungen für Dienstleistungen von Gemeinwesen, die für den Staat ganz oder teilweise Aufgaben erfüllen, die öffentlichen Zwecken dienen und nach der gegebenen Aufgabenteilung Sache des Staates sind. Die Entschädigungen an Gemeinwesen werden in der Rechnungsperiode als Transferaufwand erfasst, in welcher die Leistungen von den anderen Gemeinwesen erbracht werden. Ein Teil dieser Entschädigungen unterliegt speziell dem Staatsbeitragsgesetz. Diese werden in diesem Bereich als Abgeltungen bezeichnet.

Beiträge unterscheiden sich von den Investitionsbeiträgen dadurch, dass beim Empfänger keine dauerhaften Vermögenswerte mit Investitionscharakter begründet werden. Beiträge sind zweckgebunden und können mit zusätzlich einzuhaltenden Bedingungen beim Empfänger versehen sein.

Analog zu den Entschädigungen unterliegt auch hier ein Teil der Beiträge dem Staatsbeitragsgesetz. In diesem Bereich werden diese als Finanzhilfen bezeichnet. Im Kanton Basel-Stadt werden die Beiträge in der Regel periodengerecht ausbezahlt (d.h. Vertragsperiode entspricht in der Regel

der Auszahlungsperiode). Nicht periodengerecht ausbezahlte Beiträge sind abzugrenzen. Für die periodengerechte Erfassung der Beiträge muss jeder Einzelfall gesondert beurteilt werden.

Flüssige Mittel und kurzfristige Finanzanlagen (Finanzvermögen) Diese umfassen Kassenbestände, Postguthaben, Sichtguthaben bei Banken, Zahlungen unterwegs, kurzfristige Geldmarktanlagen mit ursprünglichen Laufzeiten von weniger als 90 Tagen oder Geldmarktanlagen, die jederzeit in Bargeld umgewandelt werden können. Flüssige Mittel werden zum Nennwert und Geldmarktanlagen zum Marktwert bewertet.

Forderungen (Finanzvermögen) Forderungen werden verbucht, wenn die entsprechende Lieferung oder Leistung erbracht ist und der Nutzen an den Käufer beziehungsweise Leistungsbezüger übergegangen ist. Forderungen mit einer Fälligkeit über einem Jahr und grösser als 50'000 Franken werden unter den langfristigen Finanzanlagen (Finanzvermögen im Anlagevermögen) bilanziert. Für zweifelhafte Forderungen, das allgemeine Kreditrisiko und zu erwartende Ertragsminderungen (Skonti) werden Wertberichtigungen vorgenommen. Die Forderungen werden nach dem Grundsatz der Einzelbewertung wertberichtigt. Dienststellen mit Einzelwertberichtigungen nehmen nur noch auf den restlichen Forderungen eine pauschale Wertberichtigung vor. Dienststellen, die keinen Anlass für Einzelwertberichtigungen haben, nehmen auf allen Forderungen eine pauschale Wertberichtigung vor. Bei pauschalen Wertberichtigungen werden grundsätzlich folgende Prozentsätze verwendet:

- 1 bis 120 Tage verfallen 0%
- 121 bis 180 Tage verfallen 25%
- 181 bis 360 Tage verfallen 50%
- ab 361 Tage verfallen 100%

Aktive Rechnungsabgrenzungen Als aktive Rechnungsabgrenzung werden Ausgaben im Berichtsjahr erfasst, welche erst im Folgejahr zu belasten sind. Dazu gehören zum Beispiel vorausbezahlte Miet- und Pachtzinsen, Versicherungsprämien, Steuern, Beiträge u.a., welche erst im Folgejahr als Aufwand der Erfolgsrechnung belastet werden. Ebenfalls abgegrenzt werden Erträge, welche per Abschlussstichtag noch nicht fakturiert werden konnten.

Vorräte Die Warenvorräte werden mit dem niedrigeren Wert aus Anschaffungs- oder Herstellkosten und den realisierbaren Nettoverkaufswerten bilanziert. Die Anschaffungs- oder Herstellkosten werden nach der gewichteten Durchschnittsmethode ermittelt. Alternativ können die Vorräte auch nach der FIFO-Methode (First-in, First-out) bewertet werden (z.B. Heizölvorräte). Die Dienststellen haben hier ein Wahlrecht.

In die Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Vorräten sind alle Kosten des Erwerbes und der Be- und Verarbeitung sowie sonstige Kosten (z.B. Transportkosten) einzubeziehen, die angefallen sind, um die Vorräte an ihren derzeitigen Ort und in ihren derzeitigen Zustand zu versetzen. Nicht in die Anschaffungskosten der Vorräte eingeschlossen werden allgemeine Verwaltungs-, Vertriebsgemein- und Lagerkosten, wenn diese nicht für den Produktionsprozess relevant sind. Rabatte aller Art sowie in Anspruch genommene Skonti werden bei der Ermittlung der Anschaffungskosten abgezogen.

Finanzanlagen im Finanzvermögen Die Klassifizierung von Festgeldanlagen richtet sich nach der ursprünglichen Laufzeit (Fälligkeit).

- Restlaufzeit im Erwerbszeitpunkt bis 90 Tage: Kontengruppe 100 „Flüssige Mittel“
- Restlaufzeit im Erwerbszeitpunkt ab 90 bis 360 Tage: Kontengruppe 102 „Kurzfristige Finanzanlagen“
- Restlaufzeit im Erwerbszeitpunkt über 1 Jahr: Kontengruppe 107 „Langfristige Finanzanlagen“

Festgeldanlagen in der Kontengruppe 107 „Langfristige Finanzanlagen“ werden in die Kontengruppe 102 „Kurzfristige Finanzanlagen“ umbucht, falls sie innerhalb von 12 Monaten nach dem Jahresabschluss (31.12.) realisiert werden.

Die Zinsen werden periodengerecht abgegrenzt.

Die übrigen Finanzanlagen sind kurz- oder langfristiger Natur und sind entsprechend unter den kurzfristigen Finanzanlagen (Laufzeit bis zu einem Jahr) bzw. den langfristigen Finanzanlagen auszuweisen. Zu den übrigen Finanzanlagen gehören u.a. die Wertschriften im Finanzvermögen. Die Wertschriften des Finanzvermögens werden unter den kurzfristigen Finanzanlagen bilanziert, wenn sie keinen Beteiligungscharakter aufweisen.

Darlehen im Finanzvermögen werden unter Finanzanlagen geführt. Sie werden aktiviert, wenn sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen und deren Wert verlässlich ermittelt werden kann. Zinsen auf Darlehen sind periodengerecht abzugrenzen. Darlehen im Finanzvermögen unterstehen dem Verkehrswertprinzip. Somit sind Darlehen im Finanzvermögen grundsätzlich zum Verkehrswert (d.h. Wert für welches das Darlehen auf dem Markt verkauft werden könnte) zu bewerten.

Derivative Finanzinstrumente Bei der Bilanzierung und Bewertung von Derivaten ist zu unterscheiden, ob es sich um ein Absicherungsinstrument (im Kanton Basel-Stadt Cross Currency Swaps oder auch Zinsswaps) oder um eine Handelsposition (im Kanton Basel-Stadt Zinsswaps) handelt (vgl. Kapitel 3.6.3 Weitere Erläuterungen, Absicherungsgeschäfte).

Immobilien im Finanzvermögen Gebäude und immobile Kulturgüter (historische Bauten etc.) werden bilanziert, wenn sie einen zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen und ihr Wert verlässlich ermittelt werden kann. Sämtliche Investitionen, die die Aktivierungskriterien erfüllen, werden aktiviert. Aktivierungsfähig sind alle wertvermehrenden Investitionen, unabhängig der Höhe der Investition. Wertvermehrend ist eine Investition dann, wenn sie entweder das Nutzenpotential erhöht oder die Nutzungsdauer verlängert. Werterhaltende Investitionen werden gemäss den branchenüblichen Richtlinien (nicht) aktiviert.

Gemäss Finanzhaushaltverordnung §40 werden Immobilien im Finanzvermögen jährlich nach einer Verkehrswertmethode bewertet. Bei Anlagenzugang werden die Gebäude im Finanzvermögen zu Anschaffungskosten bewertet. Sind keine Kosten entstanden (z.B. Schenkung), gilt der Fair Value (tatsächlicher Wert) als Anschaffungskosten. Für die Folgebewertung wird der Fair Value gemäss IPSAS 16 ermittelt. Der Kanton Basel-Stadt bewertet seine Immobilien des Finanzvermögens in der Regel nach der Discounted Cash Flow Methode (DCF). Dabei wird jährlich der aktuelle Wert ermittelt. Die Anpassung der Bewertung (positiv wie auch negativ) erfolgt erfolgswirksam.

Im Kapitel 7.4 Immobilienbericht Finanzvermögen werden weitere Angaben zu den Immobilien im Finanzvermögen offengelegt.

Mobilien Mobilien mit mehrjähriger Nutzung (Finanz- wie auch Verwaltungsvermögen) werden aktiviert, wenn sie für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen sind (Verwaltungsvermögen), ihr Wert verlässlich ermittelt werden kann und sie den Betrag von 50'000 Franken übersteigen. Die Aktivierungsgrenze gilt sowohl für Neuzugänge als auch für Zusatz- und Ersatzinvestitionen.

Für die Bewertung von Mobilien (Finanz- wie auch Verwaltungsvermögen) gilt das Anschaffungskostenmodell. Die Mobilien werden linear über die Nutzungsdauer abgeschrieben. Es gelten folgende Anlageklassen und Nutzungsdauern:

- Anlagen, 10 Jahre
- Maschinen und Apparate, 10 Jahre
- Signalanlagen, 10 Jahre
- Mobiliar und Einrichtungen, 10 Jahre
- Hardware, 5 Jahre
- Netzwerke, 5 Jahre
- Grossrechner, 4 Jahre
- Kleinfahrzeuge, 5 Jahre
- Lastkraftwagen, 5 Jahre
- Personenwagen, 5 Jahre
- Spezialfahrzeuge, 5 Jahre

- Schiffe/Boote, 25 Jahre

Immobilien im Verwaltungsvermögen Gebäude und immobile Kulturgüter (historische Bauten etc.) sowie Tiefbauten werden bilanziert, wenn sie einen zukünftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen oder ihre Nutzung für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen ist, ihr Wert verlässlich ermittelt werden kann und sie die Aktivierungsgrenze von 50'000 Franken übersteigen.

Investitionen in Hoch- und Tiefbauten im Verwaltungsvermögen von über 50'000 Franken werden aktiviert und über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben, wenn die Investitionen die Aktivierungskriterien erfüllen. Aktivierungsfähig ist eine Investition, wenn dadurch zusätzlicher, künftiger und wirtschaftlicher Nutzen geschaffen oder die Nutzung gesteigert wird durch eine Verlängerung der ursprünglichen Nutzungsdauer, Erhöhung der ursprünglichen Kapazität / Raumvolumen, massgebliche Verbesserung des Raumstandards oder Verringerung der Betriebs- und Unterhaltskosten. Alle nicht aktivierungsfähigen Investitionen sind über die Erfolgsrechnung zu buchen.

Die erstmalige Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten. Sind keine Kosten entstanden (z.B. Schenkung), gilt der Fair Value (tatsächlicher Wert) zum Zeitpunkt der Übernahme durch den Kanton als Anschaffungskosten. Die Liegenschaften im Verwaltungsvermögen werden linear über die Nutzungsdauer abgeschrieben. Es gelten folgende Anlageklassen und Nutzungsdauern:

- Grundstücke bebaut und unbebaut, keine Abschreibung
- Tiefbauten, 50 Jahre
- Hochbauten, gemäss Komponentenansatz unterschiedlich (vgl. zum Komponentenansatz Kapitel Annahmen und Schätzungen, Hochbauten im Verwaltungsvermögen)

Immaterielle Anlagen Immaterielle Anlagen sind Vermögenswerte ohne physische Substanz, welche für die Herstellung von Produkten, der Erbringung von Dienstleistungen, die Vermietung an Dritte oder die Erfüllung öffentlicher Aufgaben genutzt werden. Beispiele von möglichen immateriellen Anlagen sind: selbst erstellte oder gekaufte Software (ohne Betriebssoftware), Copyrights z.B. auf Publikationen, erworbener Goodwill oder im Grundbuch eingetragene Rechte.

Für die Aktivierung von immateriellen Anlagen gilt die Aktivierungsgrenze von 50'000 Franken. Ausgaben für immaterielle Anlagen unterhalb von 50'000 Franken werden über die Erfolgsrechnung verbucht.

Die Erstbewertung immaterieller Anlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellkosten. Immaterielle Anlagen werden linear über ihre Nutzungsdauer abgeschrieben.

Darlehen im Verwaltungsvermögen Darlehen im Verwaltungsvermögen werden aktiviert, wenn ihre Nutzung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen ist und deren Wert verlässlich ermittelt werden kann. Zinsen auf Darlehen sind periodengerecht abzugrenzen. Darlehen sind grundsätzlich mit dem Nominalwert abzüglich allfälliger Wertberichtigungen zu bilanzieren. Es gilt der Grundsatz der Einzelbewertung. Wertberichtigungen sind jährlich neu zu beurteilen.

Beteiligungen Beteiligungen werden aktiviert, wenn sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen hervorbringen oder ihre Nutzung zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben vorgesehen ist und ihr Wert mittels anerkannter Bewertungsmethoden verlässlich ermittelt werden kann. Es kommt keine Aktivierungsuntergrenze zur Anwendung.

Für die Bewertung gilt der Grundsatz der Einzelbewertung. Alle Beteiligungen im Verwaltungsvermögen werden zu Anschaffungskosten abzüglich notwendiger Wertberichtigungen (Impairment) bewertet. Beteiligungen im Finanzvermögen werden zum Verkehrswert (Marktwert) bewertet.

Investitionsbeiträge Vom Kanton Basel-Stadt gegebene Investitionsbeiträge werden aktiviert, wenn sie einen künftigen wirtschaftlichen Nutzen über den Empfänger des Investitionsbeitrages bei der Öffentlichkeit hervorbringen und der Wert der Investitionsbeiträge (d.h. rückforderbarer Geldbetrag) verlässlich ermittelt werden kann. Damit eine Aktivierung erfolgen kann, muss der Investitionsbeitrag an gesetzliche oder vertragliche Bedingungen geknüpft sein, deren Nichteinhaltung eine vollständige oder anteilige Rückforderung zur Folge haben kann und welche rechtlich durchsetzbar sind. Es gilt die Aktivierungsgrenze von 50'000 Franken. Investitionsbeiträge unter 50'000 Franken

werden der Erfolgsrechnung belastet. Die aktivierten Investitionsbeiträge werden gemäss den entsprechenden Nutzungsdauern des Kantons abgeschrieben.

Erhaltene Investitionsbeiträge sind als Abzugsposten zu den entsprechenden Sachanlagen zu bilanzieren (Minusaktivposition), wenn der erhaltene Mittelzufluss der Finanzierung eines aktivierungsfähigen Investitionsguts dient. Damit eine Bilanzierung erfolgen kann, muss der Investitionsbeitrag an gesetzliche oder vertragliche Bedingungen geknüpft sein, deren Nichteinhaltung eine vollständige oder anteilige Rückforderung zur Folge haben kann und welche rechtlich durchsetzbar sind. Erhaltene Investitionsbeiträge werden ab null Franken bilanziert. Die erhaltenen Investitionsbeiträge werden über die Nutzungsdauer des mit den erhaltenen Investitionsbeiträgen finanzierten Investitionsgutes über die Erfolgsrechnung im Transferertrag linear aufgelöst.

Leasing Bei Leasinggeschäften wird zwischen Finanzierungsleasing („Finance Lease“) und operativem Leasing („Operating Lease“) unterschieden. Ein Finanzierungsleasing ist ein Leasingverhältnis, bei dem die wesentlichen mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen eines Vermögenswertes vom Leasinggeber auf den Leasingnehmer übertragen werden, im Gegensatz zum operativen Leasing. Wird die Wesentlichkeitsgrenze von 300'000 Franken unterschritten, so wird der Geschäftsfall immer als operatives Leasing behandelt (Aufwandbuchung).

Ein Finanzierungsleasing wird buchhalterisch und finanzrechtlich wie ein Kauf behandelt. Das Leasingobjekt wird als Vermögen (Aktiven) dargestellt, dem zu Vertragsbeginn eine gleich hohe Verbindlichkeit (Passiven) gegenübersteht. Das Finanzierungsleasing kommt zurzeit im Kanton Basel-Stadt nicht zur Anwendung.

Dauernde Wertminderungen (Impairment) Die Bilanzpositionen des Verwaltungsvermögens werden regelmässig auf Anzeichen für dauernde Wertminderungen überprüft. Bei Vorliegen von Anzeichen einer Überbewertung wird auf Basis der künftigen aus der Nutzung und der letztendlichen Verwertung erwarteten Mittelflüsse der Marktwert abzüglich eventueller Veräusserungskosten ermittelt. Übersteigt der Buchwert den Nettoveräusserungserlös und Nutzungswert, wird eine Wertminderung in der Höhe der Differenz als ausserplanmässige Abschreibung verbucht.

Laufende Verbindlichkeiten Laufende Verbindlichkeiten werden bilanziert, wenn ihr Ursprung in einem Ereignis der Vergangenheit liegt und der Mittelabfluss zur Erfüllung sicher oder wahrscheinlich ist. Sie sind in der Regel innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag zu begleichen. Sie werden zum Nominalwert bilanziert.

Passive Rechnungsabgrenzungen Als passive Rechnungsabgrenzungen gelten bereits im Berichtsjahr bezogene Lieferungen und Leistungen, bei denen die Rechnungsstellung erst im Folgejahr erfolgt. Für Restlieferungen und Restleistungen (unabhängig eingegangener Verpflichtungen), welche erst im Folgejahr erfolgen, dürfen keine Abgrenzungen vorgenommen werden. Ebenfalls abgegrenzt werden (bereits vereinnahmte) Erträge, welche dem Folgejahr zuzurechnen sind.

Finanzverbindlichkeiten Finanzverbindlichkeiten sind monetäre Schulden, die aus Finanzierungstätigkeiten des Kantons entstehen. Unter kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten werden Positionen geführt, die innerhalb von 12 Monaten zur Rückzahlung fällig werden; beispielsweise Verbindlichkeiten gegenüber Geldinstituten und sonstigen Parteien. Zu den langfristigen Finanzverbindlichkeiten gehören Positionen, die nach 12 Monaten zur Rückzahlung fällig werden; beispielsweise Hypotheken, Schuldscheine, Kassarische, Staatsanleihen, Darlehen und langfristige Leasingverbindlichkeiten. Sofern langfristige Finanzverbindlichkeiten innerhalb von 12 Monaten nach dem Bilanzstichtag zur Rückzahlung fällig werden, erfolgt eine Umgliederung in die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten.

Die Bewertung der kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten erfolgt zum Nominalwert. Die Bewertung der langfristigen Finanzverbindlichkeiten erfolgt grundsätzlich zum Nominalwert. Nicht zu Marktkonditionen verzinsliche Schulden erfordern eine differenzierte Vorgehensweise, die im Einzelfall von der Finanzverwaltung festzulegen ist. Zur Abgrenzung von Agio und Disagio wird die Effektivzinsmethode angewendet. Agio und Disagio werden über die Laufzeit des Instrumentes mit dem Effektivzins amortisiert.

Rückstellungen Gemäss Finanzhaushaltverordnung §41 werden Rückstellungen ungeachtet der Höhe bilanziert, sofern im Zeitpunkt der Bilanzierung ein vergangenes Ereignis zu einer gegenwärtigen Verpflichtung führt, ein Mittelabfluss wahrscheinlich ist (Wahrscheinlichkeit über 50%) und dieser zuverlässig bemessen werden kann.

Vorsorgeverpflichtungen Der Begriff Vorsorgeverpflichtung umfasst die berufliche Vorsorge. Zum Bereich der beruflichen Vorsorge zählen im Kanton Basel-Stadt die Leistungen der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS). Der Kanton Basel-Stadt wendet für die Bilanzierung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Vorsorgeverpflichtungen auf die Organisation (Kanton Basel-Stadt) Swiss GAAP FER 16 an (und nicht IPSAS 25).

Die Bewertung wird jährlich aktualisiert. Zentrales Element von Swiss GAAP FER 16 bildet die jährliche Beurteilung, ob aus Sicht des Unternehmens per Bilanzstichtag ein wirtschaftlicher Nutzen oder eine wirtschaftliche Verpflichtung besteht. Als Grundlage für eine Bewertung dient der provisorische Jahresabschluss der Vorsorgeeinrichtung des Geschäftsjahres.

Fonds Fonds ist der Überbegriff für eine Vielzahl an verschiedenen Formen, u.a. Spezialfinanzierungen, Spezialfonds, Legate und selbständige Stiftungen.

Gemäss Finanzhaushaltgesetz §42 sind Fonds ausgeschiedene Vermögen mit besonderer Zweckbindung und mit bestimmten Auflagen. Fonds werden nach ihrem Charakter im Fremd- oder Eigenkapital ausgewiesen. Fonds im Fremdkapital gründen auf einer Verpflichtung gegenüber Dritten, welche die Verwendung der Gelder an den vorbestimmten, eng definierten Zweck bindet. Treuhänderisch verwaltete Gelder werden nur dann als Fonds im Fremdkapital ausgewiesen, wenn sie wesentlich sind. Die Bildung von Fonds aus öffentlichen Mitteln bedarf ausdrücklich der Grundlage in einem Gesetz oder einem gleichgestellten Beschluss. Der Regierungsrat verwaltet die Fonds und verfügt darüber im Rahmen der Zweckbestimmung und der Auflagen, sofern nicht ausdrücklich eine andere Zuständigkeit vorgesehen ist.

Gemäss Finanzhaushaltverordnung §41 werden treuhänderisch verwaltete Fonds, die 25'000 Franken nicht überschreiten und maximal acht Jahre bestehen, nicht bilanziert. Treuhänderisch verwaltete Fonds, die zeitlich unbeschränkt sind und 10'000 Franken nicht überschreiten, müssen nicht bilanziert werden.

Das angewandte Hauptkriterium für die Zuordnung, ob ein Fonds im Fremd- oder Eigenkapital ausgewiesen wird, ist der Handlungsspielraum des Kantons Basel-Stadt bei der Verwendung der Gelder, was sich in der Regel anhand der gesetzlichen Grundlage ableiten lässt.

Der bilanzierte Betrag entspricht dem Nominalwert des Saldos des Fonds. Passivbestände sind Verpflichtungen aus zweckgebundenen Einnahmen. Aktivposten stellen Vorschüsse des Kantons an den Fonds dar.

Eigenkapital Das Eigenkapital beinhaltet folgende Positionen:

- Gesamtergebnis
- Fonds im Eigenkapital
- Rücklagen
- Aufwertungsreserven
- Neubewertungsreserven Finanzvermögen
- Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre

Das Gesamtergebnis umfasst den Saldo der Erfolgsrechnung des abgeschlossenen Rechnungsjahres inklusive der Ergebnisse der dem Eigenkapital zugeordneten Fonds sowie Anpassungen von Rücklagen. Das Jahresergebnis (ohne Ergebnisse Fonds im EK und Anpassungen Rücklagen) wird im Folgejahr auf das Konto kumulierte Ergebnisse der Vorjahre umgebucht.

Die Position Fonds im Eigenkapital zeigt die Veränderungen und das Kapital dieser Fonds per Bilanzstichtag.

Bei der Position Rücklagen handelt es sich um Rücklagen für Dienststellen oder Behörden, die mit Globalkrediten gesteuert werden. Auch nicht global gesteuerte Einheiten dürfen aufgrund ihrer eigenwirtschaftlichen Tätigkeit Rücklagen als limitiertes Eigenkapital bilden, wenn sie Konkurrenz ausgesetzt und im Markt tätig sind.

Die Bildung und Auflösung von Rücklagen stellen eine Transaktion im Eigenkapital dar. Diese Transaktionen werden im Eigenkapital verbucht und dürfen nicht über die Erfolgsrechnung geführt werden.

Die Aufwertungsreserven sind auf die Umstellung der Rechnungslegung (HRM2/IPSAS) per 1. Januar 2013 zurückzuführen (Restatement).

Unter den Neubewertungsreserven werden Wertschwankungen im Finanzvermögen erfasst, soweit diese nicht über die Erfolgsrechnung verbucht werden.

Die kumulierten Ergebnisse der Vorjahre entsprechen dem Saldo der Ergebnisse vorangegangener Jahre.

Fremdwährungsumrechnung Fremdwährungsbestände werden in der Jahresrechnung in Franken ausgewiesen. Auftretende Umrechnungsdifferenzen können zu unrealisierten Fremdwährungsgewinnen und -verlusten führen, welche erfolgswirksam verbucht werden.

Änderungen von Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen Im 2015 wurde die Nutzungsdauer für Hardware von 3 auf 5 Jahre geändert (für neue Anlagen ab dem 1.1.2015). Ansonsten wurden keine wesentlichen Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze geändert.

3.6.2 Erläuterungen zu Positionen der Jahresrechnung

Erfolgsrechnung Kontogruppe 30 Personalaufwand

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14			
				2014	2015	2015	abs.	%	abs.
300	Behörden, Kommissionen, Richter	-11.9	-11.3	-11.8	-0.6	-5.1	0.1	0.6	¹
301	Löhne Verwaltungs-, Betriebspersonal	-616.0	-638.5	-627.9	10.6	1.7	-11.9	-1.9	²
302	Löhne Lehrkräfte	-260.4	-257.0	-263.6	-6.7	-2.6	-3.2	-1.2	²
303	Temporäre Arbeitskräfte	-6.6	-5.8	-7.0	-1.2	-21.0	-0.5	-7.4	
304	Zulagen	-37.7	-35.7	-36.8	-1.2	-3.2	0.9	2.3	³
305	Arbeitgeberbeiträge	-196.3	-238.5	-240.4	-1.9	-0.8	-44.1	-22.4	
306	Arbeitgeberleistungen	0.0	0.0	0.0	0.0	100.0	0.0	n.a.	
309	Übriger Personalaufwand	-26.1	-26.9	-27.1	-0.2	-0.7	-1.0	-3.8	
30	Personalaufwand	-1'155.0	-1'213.7	-1'214.7	-1.0	-0.1	-59.7	-5.2	

Kommentar

- 1 Die Überschreitung ist auf unvorhergesehene Rückstellungen von Ruhestandsgehältern beim Appellationsgericht zurückzuführen.
- 2 Hauptursache der Abweichungen ist die Systempflege, deren Aufwendungen zentral beim FD auf der Kontengruppe 301 budgetiert wurden. Die Löhne der Lehrkräfte fallen jedoch auf der Kontengruppe 302 an (6.3 Mio. Franken). Die restliche Unterschreitung ist insbesondere auf diverse Vakanzen zurückzuführen, die nicht besetzt werden konnten, sowie noch nicht besetzten, jedoch budgetierten Stellen.
- 3 Den grössten Posten bei der Budgetabweichung stellt das JSD aufgrund erhöhter Inkonvenienzschädigungen.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 31 Sach- und Betriebsaufwand

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14			
				2014	2015	2015	abs.	%	abs.
310	Material- und Warenaufwand	-43.7	-42.1	-41.9	0.2	0.6	1.8	4.1	
311	Nicht aktivierbare Anlagen	-16.2	-14.9	-19.1	-4.2	-28.1	-2.9	-17.7	
312	Ver- und Entsorgung	-30.6	-32.6	-30.1	2.6	7.9	0.5	1.6	
313	Dienstleistungen und Honorare	-170.2	-139.4	-150.7	-11.4	-8.2	19.4	11.4	¹
314	Unterhalt Immobilien	-54.0	-39.1	-42.9	-3.8	-9.8	11.0	20.5	
315	Unterhalt Mobilien, immat. Anlagen	-31.8	-29.3	-22.3	7.0	23.8	9.5	29.9	²
316	Mieten, Leasing, Pacht, Benützungsgb.	-29.3	-34.9	-35.2	-0.3	-0.9	-5.9	-20.1	
317	Spesenentschädigungen	-6.1	-6.4	-5.8	0.6	8.8	0.3	5.3	
318	Wertberichtigungen auf Forderungen	-48.3	-56.2	-49.4	6.8	12.1	-1.1	-2.3	³
319	Verschiedener Betriebsaufwand	-45.0	-35.1	-51.6	-16.4	-46.8	-6.6	-14.7	⁴
31	Sach- und Betriebsaufwand	-475.1	-430.0	-448.9	-18.9	-4.4	26.2	5.5	

Kommentar

- 1 Die Überschreitung ist unter anderem auf höhere Aufwendungen beim JSD zurückzuführen.
- 2 Das Budget für den Unterhalt Immobilien und immaterielle Anlagen konnte von den meisten Departementen unterschritten werden (insbesondere Unterhalt Maschinen, Anlagen, Fahrzeuge sowie Unterhalt Computer-Hardware).
- 3 Die Debitorenverluste bei der Steuerverwaltung haben den budgetierten Wert deutlich unterschritten.
- 4 Die Abweichung ist insbesondere für die Zusatzfinanzierung der Universität Basel aufgrund der Umsetzung der Pensionskassengesetz-Reform und die vorhandene Unterdeckung einzelner Anschlüsse bei der Pensionskasse BS zurückzuführen.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14			
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%		
330	Sachanlagen Grossinvestitionen	-162.1	-164.5	-169.0	-4.6	-2.8	-6.9	-4.3	¹
332	Immaterielle Anlagen Grossinvest.	-6.1	-6.9	-6.9	0.0	-0.4	-0.8	-12.9	
333	Sach-,immat. Anlagen Kleininvest.	-5.6	-6.1	-6.6	-0.6	-9.4	-1.1	-19.0	
33	Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-173.8	-177.4	-182.6	-5.2	-2.9	-8.7	-5.0	

Kommentar

- 1 Die Abweichung gegenüber dem Budget bei den Sachanlagen Grossinvestitionen ist hauptsächlich auf höhere Abschreibungen bei den Hochbauten zurückzuführen.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 34 Finanzaufwand

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14			
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%		
340	Zinsaufwand	-51.1	-46.5	-38.4	8.2	17.5	12.7	24.9	¹
	Verzinsung laufende Verbindl.	-0.1	-0.0	-0.1	-0.0	<-100.0	0.1	58.2	
	Verzinsung kurzfr. Finanzverbindl.	-0.7	-1.4	-0.4	1.0	69.6	0.3	40.5	
	Verzinsung langfr. Finanzverbindl.	-46.3	-40.5	-31.7	8.7	21.6	14.6	31.5	
	Übrige Passivzinsen	-3.9	-4.6	-6.1	-1.5	-33.5	-2.2	-57.8	²
341	Realisierte Kursverluste	-0.7	0.0	-0.3	-0.3	<-100.0	0.4	57.9	
342	Kapitalbeschaff., Verwaltungskosten	-3.2	-4.4	-3.4	0.9	21.4	-0.2	-6.9	
343	Liegenschaftenaufwand FV	-63.7	-41.8	-48.0	-6.3	-15.0	15.6	24.5	³
344	Wertberichtigungen Anlagen FV	-80.9	-0.1	-81.7	-81.6	<-100.0	-0.8	-1.0	⁴
349	Verschiedener Finanzaufwand	0.0	0.0	0.0	0.0	<-100.0	0.0	71.9	
34	Finanzaufwand	-199.5	-92.8	-171.8	-79.0	-85.2	27.7	13.9	

Kommentar

- 1 Durch tiefere Verschuldung sowie tiefere Zinssätze fällt der Zinsaufwand bei langfristigen Finanzverbindlichkeiten entsprechend tiefer aus.
- 2 Die Budgetüberschreitung ist hauptsächlich durch den höher ausgefallenen Zinsaufwand für Steuervorauszahlungen zu begründen.
- 3 Gegenüber dem Vorjahr hat es vor allem höhere Investitionen im Rahmen der Werterhaltung von Immobilien gegeben.
- 4 Die Abweichung gegenüber dem Budget und der Rechnung resultiert insbesondere aus den Abschreibungen aufgrund der Bewertungsveränderungen per Ende Jahr. Diese Wertänderungen sind im Voraus nicht budgetierbar. Bei den Erträgen (444) resultieren entsprechend die Aufwertungsgewinne. Netto konnte analog dem Vorjahr wieder eine Aufwertung des Immobilienportfolios verbucht werden.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 36 Transferaufwand

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
		2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
361	Entschädigungen Gemeinwesen, Dritte	-572.7	-575.2	-586.3	-11.0	-1.9	-13.5	-2.4
	Bund	-4.8	-4.7	-4.7	0.1	1.3	0.1	2.1
	Kantone und Konkordate	-25.9	-27.1	-26.1	1.0	3.6	-0.2	-0.9
	Gemeinden und Zweckverbände	0.0	0.0	-0.1	-0.1	n.a.	-0.1	n.a.
	Öffentliche Unternehmungen	-265.1	-262.5	-261.9	0.6	0.2	3.2	1.2
	Dritte	-276.9	-280.9	-293.4	-12.6	-4.5	-16.5	-6.0
362	Finanz- und Lastenausgleich	-157.1	-147.4	-147.4	0.0	0.0	9.7	6.2
363	Beiträge an Gemeinwesen, Dritte	-1'189.3	-1'212.5	-1'117.1	95.3	7.9	72.2	6.1
	Kantone und Konkordate	1.6	9.7	2.2	-7.5	-77.5	0.5	32.2
	Gemeinden und Zweckverbände	-12.7	-14.5	-15.8	-1.3	-9.2	-3.1	-24.3
	Öffentliche Unternehmungen	-295.6	-290.4	-290.9	-0.5	-0.2	4.8	1.6
	Private Unternehmungen	-9.7	-10.2	-9.6	0.7	6.6	0.1	1.5
	Private Organisat. o. Erwerbszweck	-119.6	-129.6	-121.4	8.2	6.3	-1.8	-1.5
	Private Haushalte	-751.6	-775.8	-679.8	96.0	12.4	71.8	9.5
	Ausland	-1.7	-1.7	-1.8	-0.2	-10.9	-0.2	-10.9
364	Wertberichtigungen Darlehen VV	-4.3	-2.5	-2.5	0.0	-1.6	1.7	40.6
365	Wertberichtigungen Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.0	n.a.
366	Abschreibungen Investitionsbeiträge	-11.1	-8.7	-8.3	0.4	4.9	2.8	25.2
369	Verschiedener Transferaufwand	0.0	0.0	-2.7	-2.7	n.a.	-2.7	n.a.
36	Transferaufwand	-1'934.5	-1'946.3	-1'864.3	82.0	4.2	70.2	3.6

Kommentar

- 1 Die Budgetüberschreitung ist insbesondere auf höhere Beiträge an die stationäre Spitalbehandlung zurückzuführen (15.0 Mio. Franken).
- 2 Die Beiträge an kantonseigene Behindertenheime wurden auf der Position Private Haushalte budgetiert aber auf der Position Kantone und Konkordate verbucht
- 3 Die Abweichung vom Budget ist insbesondere auf die Einführung einer neuen Fachapplikation bei den Ergänzungsleistungen im Mai 2013 zurückzuführen. Dabei wurde das für die Rechnungslegung geforderte Bruttoprinzip zu strikt angewandt. Dies hat zu einer Aufblähung der Positionen 36 und 42 geführt. In der Rechnung 2015 wurde dies korrigiert (kostenneutral, vgl. Position 42).
- 4 Infolge der Umstellung der Verbuchungspraxis im Zusammenhang mit zinsvergünstigten Darlehen wird die Zinsdifferenz aus diesen Darlehen neu in der Kontogruppe 369 statt 364 abgebildet (Vorjahr 1.8 Mio. Franken). Die Gegenposition dazu befindet sich im Finanzertrag (Kontogruppe 44).

Sozialkosten netto

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Sozialhilfe	-163.4	-164.1	-171.4	-7.3	-4.4	-8.0	-4.9
Stationäre Jugendhilfe	-47.9	-46.6	-45.9	0.7	1.5	2.0	4.1
Ergänzungsleistungen netto	-93.8	-97.8	-92.7	5.1	5.2	1.1	1.2
Pflegeheimfinanzierung	-97.3	-100.4	-100.6	-0.2	-0.2	-3.3	-3.4
Prämienvverbilligungen netto	-88.3	-91.9	-97.2	-5.3	-5.8	-8.9	-10.1
Kantonsbeitrag an ALV	-4.4	-4.7	-4.3	0.4	8.5	0.1	1.7
Beiträge Suchttherapien	-3.5	-4.4	-3.0	1.4	31.8	0.5	15.4
Beihilfen netto	-9.3	-9.0	-9.4	-0.4	-4.4	-0.1	-0.7
Familienmietzinsbeiträge	-8.9	-9.9	-9.4	0.5	5.1	-0.5	-6.2
Behindertenhilfe netto	-79.8	-86.5	-80.7	5.8	6.7	-0.9	-1.2
Sozialkosten netto	-596.5	-615.3	-614.6	0.7	0.1	-18.1	-3.0

Den in den eigenen Beträgen enthaltenen Sozialkosten stehen oft Rückvergütungen des Bundes und von Dritten gegenüber. Um ein besseres Bild über die Entwicklung der Sozialkosten zu vermitteln, sind in der Tabelle die Netto-Belastungen der wichtigsten Sozialleistungen dargestellt.

Die Entwicklungen der einzelnen Sozialbeiträge präsentieren sich uneinheitlich. Die höchste Budgetüberschreitung wird mit rund 7.3 Mio. Franken bei der Sozialhilfe ausgewiesen. In der Allgemeinen Sozialhilfe führte der Anstieg der Zahlfälle (+2%), der Anstieg der Bruttounterstützungskosten (insbesondere Wohn- und Heimkosten) sowie die Mindereinnahmen aus Rückerstattungen und Sozialversicherungen zu einem höheren Aufwand. In der Migration kam es gegenüber dem Budget zu einem Anstieg von 25% betreuter Personen. Ins Gewicht fallen vor allem die Zunahme der Familien und der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMAs). Zudem kommt es zu einem Mehraufwand wegen der Verschiebung von Personen im Asylverfahren zu solchen mit einer vorläufigen Aufnahme. Um rund 5.3 Mio. Franken überschreiten die Prämienvverbilligungen den vorgegebenen Wert. Dafür verantwortlich sind die höher als erwartet anfallenden Kosten bei der Abgeltung für die Uneinbringlichkeit gemäss KVG. Den Überschreitungen stehen auch Minderaufwendungen gegenüber. Die Minderaufwendungen bei der Behindertenhilfe in Höhe von 5.8 Mio. Franken sind im Wesentlichen auf tiefere Kosten für ausserkantonale Platzierungen, die Bedarfsplanung sowie tiefere Mietkosten beim Bürgerspital zurückzuführen. Die um 5.1 Mio. Franken tiefer als budgetierten Ausgaben bei den Ergänzungsleistungen sind mit 4.3 Mio. Franken auf die Ergänzungsleistungen zur IV und mit 0.8 Mio. Franken auf die Ergänzungsleistungen zur AHV zurückzuführen. Bei den Ergänzungsleistungen zur IV wurde das Fallwachstum zu hoch budgetiert. Dies steht mit den letzten IV-Revisionen in Zusammenhang. Bei den Ergänzungsleistungen zur AHV war das Kostenwachstum pro Bezüger tiefer als budgetiert.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 40 Fiskalertrag

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
		2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
400	Direkte Steuern natürliche Personen	1'739.1	1'704.2	1'885.0	180.8	10.6	145.9	8.4
	Einkommenssteuern	1'280.4	1'281.2	1'379.1	97.9	7.6	98.7	7.7 ¹
	Vermögenssteuern	272.8	270.0	376.2	106.2	39.3	103.4	37.9 ²
	Quellensteuern	167.0	138.0	129.7	-8.3	-6.0	-37.3	-22.4 ³
	Übrige direkte Steuern nat. Personen	18.9	15.0	0.0	-15.0	-100.0	-18.9	-100.0
401	Direkte Steuern juristische Personen	698.1	697.0	734.7	37.7	5.4	36.6	5.2
	Gewinnsteuern	569.1	569.0	598.1	29.1	5.1	29.0	5.1 ⁴
	Kapitalsteuern	127.6	128.0	136.6	8.6	6.7	9.1	7.1
	Übrige direkte Steuern jur. Personen	1.5	0.0	0.0	0.0	n.a.	-1.5	-100.0
402	Übrige Direkte Steuern	148.9	114.3	133.2	18.9	16.5	-15.7	-10.6
	Grundsteuern	13.7	14.3	14.6	0.3	2.1	0.9	6.6
	Vermögensgewinnsteuern	50.7	38.0	50.5	12.5	33.0	-0.2	-0.3 ⁵
	Vermögensverkehrssteuern	26.1	30.0	29.0	-1.0	-3.3	2.9	11.3
	Erbschafts- und Schenkungssteuern	58.4	32.0	39.0	7.0	22.0	-19.4	-33.2 ⁶
403	Besitz- und Aufwandsteuern	33.1	33.1	32.5	-0.7	-2.0	-0.6	-1.9
	Verkehrsabgaben	32.5	32.5	31.8	-0.7	-2.1	-0.7	-2.0
	Hundesteuer	0.6	0.6	0.6	0.0	1.0	0.0	2.2
40	Fiskalertrag	2'619.2	2'548.6	2'785.3	236.7	9.3	166.1	6.3

Kommentar

- 1 In der Rechnung 2014 sind die Abgrenzungen für alte Steuerjahre zu tief berücksichtigt worden. Deshalb sind in der Rechnung 2015 40.9 Mio. Franken Einkommenssteuern aus früheren Steuerperioden enthalten.
- 2 Aufgrund der weiterhin positiven Börsen- und Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2014 haben sich die Vermögen natürlicher Personen weiter erhöht. Zusätzlich wirkt sich eine zu tiefe Abgrenzung alter Steuerjahre mit 41.8 Mio. Franken rechnungswirksam aus.
- 3 Bei den Quellensteuern deutscher Grenzgänger führt eine im Vorjahr vorgenommene zu hohe Abgrenzung noch unverarbeiteter Steuerfälle zu einem negativen Effekt in Höhe von 4.0 Mio. Franken.
- 4 Bei den Steuererträgen der juristischen Personen wirkt sich eine zu tiefe Abgrenzung alter Steuerjahre mit 41.4 Mio. Franken rechnungswirksam aus.
- 5 Die Erträge aus der Grundstückgewinnsteuer haben aufgrund höherer steuerbarer Gewinne zugenommen.
- 6 Die Einnahmen aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer haben das Budget aufgrund von Einzelfällen überschritten. Diese Steuereinnahmen sind naturgemäss jährlichen Schwankungen unterworfen und können nicht präzise budgetiert werden.

Direkte Steuern aufgeteilt nach Veranlagungen und Schätzungen

in Mio. Franken	Total Steuerertrag	davon Veranlagungen	Auflösung Abgrenzung Vorjahr (Schätzungen)	Neubildung Abgrenzung (Schätzungen)
Einkommenssteuern	1'379.1	1'402.2	-611.0	587.8
Vermögenssteuern	376.2	342.0	-182.5	216.7
Quellensteuern	129.7	140.8	-23.9	12.8
Direkte Steuern natürliche Personen	1'885.0	1'885.0	-817.4	817.3
Gewinnsteuern	598.1	586.3	-711.0	722.8
Kapitalsteuern	136.6	203.5	-79.1	12.2
Direkte Steuern juristische Personen	734.7	789.8	-790.2	735.0
Grundsteuern	14.6	11.3	-4.4	7.6
Vermögensgewinnsteuern	50.5	44.0	-13.5	20.1
Vermögensverkehrssteuern	29.0	29.0	-	-
Erbschafts- und Schenkungssteuern	39.0	39.0	-	-
Übrige Direkte Steuern	133.1	123.3	-17.9	27.7

Direkte Steuern aufgeteilt nach Steuerjahr

in Mio. Franken	Rechnung 2012	Rechnung 2013	Rechnung 2014	Rechnung 2015
Älter als 2011	...	-10.5	5.9	3.2
Steuerjahr 2011	...	-43.6	-2.6	-3.9
Steuerjahr 2012	...	1'404.2	36.3	3.9
Steuerjahr 2013	...	261.6	1'485.6	95.9
Steuerjahr 2014	...	0.0	213.9	1'565.0
Steuerjahr 2015	...	0.0	0.0	220.9
Direkte Steuern natürliche Personen	...	1'611.7	1'739.1	1'885.0
Älter als 2011	...	7.6	6.3	8.4
Steuerjahr 2011	...	18.3	7.1	-5.6
Steuerjahr 2012	...	652.3	23.8	-2.9
Steuerjahr 2013	...	0.3	660.2	17.1
Steuerjahr 2014	...	0.0	0.7	717.3
Steuerjahr 2015	...	0.0	0.0	0.4
Direkte Steuern juristische Personen	...	678.5	698.1	734.7

Kommentar

Eine Auswertung der im jeweiligen Rechnungsjahr verbuchten direkten Steuern nach Steuerjahr ist erst ab Rechnung 2013 möglich.

In den Zahlen für die Rechnung 2013 musste bei den direkten Steuern natürliche Personen eine Korrektur vorgenommen werden. Es ergibt sich eine geringfügige Verschiebung zwischen den Steuerjahren.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 41 Regalien und Konzessionen

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
			2015	abs.	%	abs.	%
410	Regalien	0.0	0.0	0.0	-75.9	0.0	-58.0
411	Anteil Nationalbankgewinn	0.0	31.0	15.4	99.0	31.0	n.a. ¹
412	Konzessionen	17.1	18.3	0.2	1.3	1.2	7.1
41	Regalien und Konzessionen	17.1	33.7	15.7	46.4	32.2	>100.0

Kommentar

¹ Aufgrund des aussergewöhnlich hohen Jahresgewinns 2014 der Schweizerischen Nationalbank wurde eine Zusatzausschüttung an die Kantone beschlossen, wodurch der Anteil von Basel-Stadt im 2015 anstatt wie budgetiert 15.6 Mio. Franken, 31.0 Mio. Franken betrug.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 42 Entgelte

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
			2015	abs.	%	abs.	%
420	Ersatzabgaben	10.6	8.7	-1.4	-14.0	-1.8	-17.3
421	Gebühren für Amtshandlungen	85.0	85.3	1.0	1.2	0.4	0.4
422	Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	37.6	36.4	-2.0	-5.3	-1.1	-3.0
423	Schul- und Kursgelder	6.0	6.2	0.5	9.2	0.2	2.8
424	Benützungsgebühren, Dienstleistungen	151.5	158.4	12.3	8.4	6.9	4.6 ¹
425	Erlös aus Verkäufen	21.1	19.7	2.9	17.4	-1.4	-6.7
426	Rückerstattungen	125.3	35.1	-73.3	-67.6	-90.2	-72.0 ²
427	Bussen	20.0	26.7	2.1	8.6	6.7	33.4
429	Übrige Entgelte	45.1	24.8	-1.6	-6.0	-20.3	-45.0 ³
42	Entgelte	502.2	401.4	-59.5	-12.9	-100.7	-20.1

Kommentar

¹ Bei allen Departementen fielen die Erträge für Benützungsgebühren und Dienstleistungen höher aus als erwartet.

² Die Abweichung vom Budget ist insbesondere auf die Einführung einer neuen Fachapplikation bei den Ergänzungsleistungen im Mai 2013 zurückzuführen. Dabei wurde das für die Rechnungslegung geforderte Bruttoprinzip zu strikt angewandt. Dies hat zu einer Aufblähung der Positionen 36 und 42 geführt. In der Rechnung 2015 wurde dies korrigiert (kostenneutral, vgl. Position 36).

³ Die Bussen der Steuerverwaltung werden ab 2015 separat ausgewiesen, und nicht mehr zusammen mit den Nachsteuern. Die Bussen der Kantonspolizei erreichten nicht den budgetierten Wert.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 43 Verschiedene Erträge

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
			2015	abs.	%	abs.	%
430	Verschiedene betriebliche Erträge	7.3	9.4	5.1	>100.0	2.1	28.8 ¹
431	Aktivierung Eigenleistungen	0.0	0.7	0.7	n.a.	0.7	n.a.
439	Übriger Ertrag	15.1	16.9	16.6	>100.0	1.8	11.7
43	Verschiedene Erträge	22.4	27.1	22.5	>100.0	4.6	20.5

Kommentar

¹ Die Budgetüberschreitung ist vor allem dadurch begründet, dass die Gewinnanteile des Swisslos-Sportfonds noch unter der Kostenart 46 budgetiert werden, der Betrag neu aber unter der Kostenart 43 ausgewiesen wird.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 44 Finanzertrag

in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14		
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%	
440 Zinsertrag	23.9	19.5	29.0	9.5	48.7	5.1	21.2	¹
441 Realisierte Gewinne	2.4	0.0	1.4	1.4	>100.0	-1.0	-40.6	
442 Beteiligungsertrag	1.6	3.9	21.4	17.5	>100.0	19.8	>100.0	²
443 Liegenschaftenertrag	140.1	137.6	148.9	11.3	8.2	8.8	6.3	³
444 Wertberichtigung Anlagen	120.7	0.0	92.9	92.9	n.a.	-27.8	-23.0	⁴
Finanzertrag Finanzvermögen	288.7	161.0	293.6	132.6	82.4	4.9	1.7	
445 Darlehens- und Beteiligungsertrag	25.7	22.2	43.8	21.7	97.9	18.1	70.4	⁵
446 Ertrag öffentlicher Unternehmungen	75.6	105.9	108.8	2.9	2.8	33.3	44.0	⁶
447 Liegenschaftenertrag	5.2	5.2	5.4	0.2	4.6	0.3	5.4	
449 Übriger Finanzertrag	0.1	0.0	0.5	0.5	>100.0	0.4	>100.0	
Finanzertrag Verwaltungsvermögen	106.5	133.2	158.5	25.3	19.0	52.0	48.9	
44 Finanzertrag	395.2	294.2	452.1	157.9	53.7	56.9	14.4	

Kommentar

- 1 Die Mehrerträge sind insbesondere auf höhere Verzugszinsen bei der Steuerverwaltung zurückzuführen.
- 2 Infolge der bevorstehenden Liquidation der AG zum Storchen erhielt der Kanton eine nicht budgetierte Liquidationsdividende von 42.3 Mio. Franken. Davon sind rund 21.2 Mio. unter der Position 442 Beteiligungsertrag verbucht. Siehe auch Kommentar bei der Position 445 Darlehens- und Beteiligungsertrag.
- 3 Die Mehreinnahmen basieren auf höhere Mieteinnahmen insbesondere aufgrund eines grösseren Liegenschaftsbestands.
- 4 Die Budgetüberschreitung resultiert insbesondere aus Aufwertungen des Immobilienportfolios aufgrund der Bewertungsveränderungen per Ende Jahr. Diese sind nicht im Voraus budgetierbar. Unter dem Finanzaufwand (344) resultieren entsprechend die Abschreibungen. Netto konnte allerdings analog dem letzten Jahr wieder eine Aufwertung des Immobilienportfolios verbucht werden.
- 5 Infolge der bevorstehenden Liquidation der AG zum Storchen erhielt der Kanton eine nicht budgetierte Liquidationsdividende von 42.3 Mio. Franken. Davon sind rund 21.1 Mio. Franken unter der Position 445 Beteiligungsertrag verbucht. Siehe auch Kommentar bei der Position 442 Darlehens- und Beteiligungsertrag.
- 6 Bei diversen Beteiligungen (BKB, IWB, SRH und UKBB) liegt der Ertrag über dem Budget. Insgesamt resultiert eine positive Abweichung von 2.9 Mio. Franken.

Erfolgsrechnung Kontogruppe 46 Transferertrag

in Mio. Franken		Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
		2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
460	Ertragsanteile	208.8	195.0	244.2	49.2	25.2	35.4	16.9
	Anteil an Bundeserträgen	208.8	195.0	244.2	49.2	25.2	35.4	16.9 ¹
461	Entschädigungen von Gemeinwesen	54.3	52.7	54.8	2.1	4.0	0.5	0.9
	Bund	2.4	1.7	1.5	-0.2	-11.6	-0.9	-37.3
	Kantone und Konkordate	46.2	46.0	47.0	1.0	2.2	0.7	1.6
	Gemeinden und Zweckverbänden	5.7	5.0	6.3	1.3	25.6	0.6	10.6
462	Finanz- und Lastenausgleich	61.2	61.7	62.0	0.2	0.4	0.8	1.3
	Bund	54.5	55.3	55.3	0.0	0.0	0.8	1.5
	Gemeinden und Zweckverbänden	6.7	6.4	6.6	0.2	3.8	-0.0	-0.2
463	Beiträge von Gemeinwesen, Dritten	224.8	236.8	225.7	-11.1	-4.7	1.0	0.4
	Bund	195.4	198.4	199.1	0.7	0.4	3.7	1.9
	Kantone und Konkordate	12.3	13.3	12.2	-1.1	-8.5	-0.1	-1.2
	Gemeinden und Zweckverbänden	2.0	2.1	2.0	-0.1	-3.5	-0.0	-0.5
	Öffentliche Unternehmungen	0.6	7.9	0.9	-7.1	-89.0	0.3	53.0
	Privaten Haushalte	13.7	14.9	11.3	-3.6	-24.2	-2.5	-17.9 ²
	Ausland	0.7	0.2	0.3	0.1	49.7	-0.4	-60.4
466	Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	12.1	7.8	12.8	5.0	63.3	0.7	5.9 ³
46	Transferertrag	561.1	554.0	599.4	45.4	8.2	38.3	6.8

Kommentar

- 1 Mit 46.6 Mio. Franken ist der grösste Teil der Budgetüberschreitung auf den höher ausgefallenen Kantonsanteil an der direkten Bundessteuer zurückzuführen. Hierbei sind rund 23.0 Mio. Franken auf Nachzahlungen von Vorjahren zurückzuführen.
- 2 Die Abweichung ist zum grössten Teil auf die neue Verbuchungspraxis beim Swisslos-Sportfonds (-2.6 Mio. Franken) zurückzuführen (vgl. Position 43).
- 3 Die Budgetabweichung begründet sich u.a. in von Museen erhaltenen Investitionsbeiträgen. Da diese erst während des Jahres bekannt werden, können diese nicht im Voraus budgetiert werden. Im Berichtsjahr erwähnenswert ist der Ankauf von Kunstwerken beim Kunstmuseum in Höhe von 4.8 Mio. Franken, bei denen die Stiftung des Kunstmuseums einen Beitrag von 4.4 Mio. Franken geleistet hat.

Bilanz Kontogruppe 100 Flüssige Mittel

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
1000 Kasse	1.3	1.4	0.2	12.3
1001 Post	28.0	61.5	33.5	>100.0 ¹
1002 Bank	875.7	532.9	-342.7	-39.1 ²
1004 Debit- und Kreditkarten	0.0	0.0	0.0	n.a.
1009 Übrige flüssige Mittel	0.0	0.0	0.0	n.a.
100 Flüssige Mittel	904.9	595.9	-309.1	-34.2

Kommentar

Flüssige Mittel: Restlaufzeit im Erwerbszeitpunkt bis 90 Tage.

- 1 Im Bestand sind rund 560'000 Franken Guthaben bei der Post für Fonds im Fremdkapital bilanziert.
- 2 Das Guthaben auf dem Masterkonto bei der Basler Kantonalbank beträgt rund 500 Mio. Franken (Vorjahr 844 Mio. Franken) und dient in erster Linie zur Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft BS als „Konzern“. Für Fonds im Fremdkapital sind rund 7.3 Mio. Franken für Fonds im Fremdkapital bilanziert.

Bilanz Kontogruppe 101 Forderungen

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
1010 Forderungen aus Lieferungen, Leistungen ggü. Dritten	177.2	192.4	15.2	8.6
davon Wertberichtigung	-44.5	-44.3	0.2	0.5
1011 Kontokorrente mit Dritten	16.3	23.5	7.3	44.6
1012 Steuerforderungen	138.0	157.2	19.2	13.9
davon Wertberichtigung	-94.7	-91.9	2.9	3.0
1013 Anzahlungen an Dritte	1.8	0.8	-1.0	-54.5
1014 Transferforderungen	0.0	0.1	0.1	n.a.
1015 Interne Kontokorrente	2.1	1.8	-0.3	-12.7
1018 Übrige Durchgangskonti	1.6	1.5	-0.1	-8.0
1019 Übrige Forderungen	1.8	0.8	-1.0	-54.5 ¹
davon Wertberichtigung	0.0	0.0	0.0	n.a.
101 Forderungen netto	338.8	378.2	39.4	11.6
davon verzinslich	17.2	24.5	7.3	42.2

Kommentar

- 1 In dieser Position sind Verrechnungssteuer-Guthaben für Fonds im Fremdkapital in der Höhe von rund 83'000 Franken bilanziert.

Hinweis: Bei den Steuerforderungen handelt es sich um Forderungen ohne zurechenbare Gegenleistung. Bei den übrigen Forderungen handelt es sich um Transaktionen mit zurechenbarer Gegenleistung.

Bilanz Kontogruppe 102 Kurzfristige Finanzanlagen

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14		
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%	
1020 Kurzfristige Darlehen	100.0	0.0	-100.0	-100.0	¹
1022 verzinsliche Anlagen	-0.0	0.0	0.0	n.a.	
1023 Festgelder	30.0	0.0	-30.0	-100.0	²
1029 Übrige kurzfristige Finanzanlagen	17.4	17.3	-0.1	-0.4	³
102 Kurzfristige Finanzanlagen	147.4	17.3	-130.1	-88.2	

Kommentar

Kurzfristige Finanzanlagen: Restlaufzeit im Erwerbszeitpunkt ab 90 bis 360 Tage.

- 1 Das Schuldscheindarlehen über 100 Mio. Franken an die Industrielle Werke Basel (IWB) wurde im 2015 zurückbezahlt.
- 2 Die Industriellen Werke Basel (IWB) haben das kurzfristiges Festgeld in der Höhe von 30 Mio. Franken vereinbarungsgemäss zurückbezahlt.
- 3 Für Fonds im Fremdkapital sind Wertschriften in der Höhe von rund 17.3 Mio. Franken bilanziert.

Bilanz Kontogruppe 104 Aktive Rechnungsabgrenzung

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14		
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%	
1040 Personalaufwand	7.1	5.8	-1.3	-18.1	¹
1041 Sach- und Betriebsaufwand	11.5	8.5	-3.0	-26.5	²
1042 Steuern	1'629.3	1'585.8	-43.5	-2.7	³
1043 Transfers der Erfolgsrechnung	48.4	45.8	-2.6	-5.4	
1044 Finanzaufwand/Finanzertrag	10.4	8.6	-1.9	-17.8	⁴
1045 Übriger betrieblicher Ertrag	46.6	44.2	-2.4	-5.2	⁵
1046 Akt. Rechnungsabgr. Investitionsrechnung	0.0	0.2	0.2	n.a.	
104 Aktive Rechnungsabgrenzung	1'753.3	1'698.8	-54.5	-3.1	

Kommentar

- 1 Die Veränderung der Abgrenzung von vorausbezahlten Personalversicherungsprämien zwischen 2014 und 2015 beträgt rund 1.1 Mio. Franken.
- 2 2015 wurden rund 1.7 Mio. Franken an Sachversicherungsprämien abgegrenzt (Vorjahr 4.5 Mio. Franken). In dieser Position sind ausserdem 610'000 Franken für einen Fonds im Fremdkapital bilanziert.
- 3 Die aktiven Steuerabgrenzungen hängen wesentlich vom rechtzeitigen Eingang der Steuererklärungen und vom Bearbeitungsstand bei der Veranlagung ab. Sie können folglich von Jahr zu Jahr grösseren Schwankungen unterliegen. Beispielsweise können Fälle mit einem grossen Steuervolumen im Rechnungsjahr nicht veranlagt werden, weil offene Rechtsmittelverfahren im Vorjahr die Veranlagung des aktuellen Steuerjahres verzögern.
- 4 Die Abgrenzung der Geldaufnahmekosten für Staatsanleihen wurde in der Rechnung 2015 um 1.4 Mio. Franken) reduziert.
- 5 In dieser Position sind Abgrenzungen in der Höhe von rund 7 Mio. Franken für Fonds im Fremdkapital bilanziert.

Bilanz Kontogruppe 106 Vorräte

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
1060 Handelswaren	1.7	1.6	-0.1	-3.6
davon Wertberichtigung	0.0	0.0	0.0	n.a.
1061 Roh- und Hilfsmaterial	4.7	5.1	0.4	8.3
davon Wertberichtigung	0.0	0.0	0.0	n.a.
106 Vorräte	6.4	6.7	0.3	5.1

Bilanz Kontogruppe 107 Langfristige Finanzanlagen

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
1070 Aktien und Anteilscheine	13.5	2.2	-11.3	-84.0 ¹
1071 Verzinsliche Anlagen	189.7	540.1	350.4	>100.0 ²
1072 Langfristige Forderungen	0.0	0.0	0.0	n.a.
107 Langfristige Finanzanlagen	203.2	542.2	339.0	>100.0

Kommentar

Langfristige Finanzanlagen: Restlaufzeit im Erwerbszeitpunkt über 1 Jahr.

- 1 Die Aktien der AG zum Storchen in Liq. wurden per 31.12.2015 um 11.2 Mio. Franken wertberichtigt. Die vollständige Liquidation findet im 2016 statt.
- 2 Folgende Beteiligungen haben Schuldscheindarlehen aufgenommen:
 - Industrielle Werke Basel (IWB) 180 Mio. Franken
 - Felix Platter-Spital (FPS) 120 Mio. Franken
 - Universitätsspital Basel (USB) 50 Mio. Franken

Finanzanlagen im Finanzvermögen

in Mio. Franken	Darlehen	Aktien und Anteil-scheine	Fest-gelder	Übrige verzins-liche Anlagen	Lang-fristige Forde-rungen	Übrige Finanz-anlagen	Total
Finanzanlagen per 1. Januar 2014	290.8	12.5	0.0	0.0	0.1	0.0	303.4
Zugänge	0.0	1.0	30.0	0.0	0.0	17.4	48.4
Abgänge	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.2
Verkehrswertanpassungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	-1.0	0.0	0.0	0.0	-0.1	0.0	-1.0
Finanzanlagen per 31. Dezember 2014	289.7	13.5	30.0	0.0	0.0	17.4	350.6
davon kurzfristig	100.0	0.0	30.0	0.0	0.0	17.4	147.4
davon langfristig	189.7	13.5	0.0	0.0	0.0	0.0	203.2
Finanzanlagen per 1. Januar 2015	289.7	13.5	30.0	0.0	0.0	17.4	350.6
Zugänge	350.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	350.5
Abgänge	-100.1	0.0	-30.0	0.0	0.0	-0.1	-130.2
Verkehrswertanpassungen	0.0	-11.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-11.3
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzanlagen per 31. Dezember 2015	540.1	2.2	0.0	0.0	0.0	17.3	559.5
davon kurzfristig	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	17.3	17.3
davon langfristig	540.1	2.2	0.0	0.0	0.0	0.0	542.2

Weitere Details zu den Beteiligungen (Aktien und Anteilscheine) im Finanzvermögen können dem Kapitel „Die Beteiligungen des Kantons Basel-Stadt“ entnommen werden.

Darlehen Finanzvermögen - Fälligkeiten

in Mio. Franken	Fälligkeit < 1 Jahr	Fälligkeit 1 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
Übrige	0.0	0.0	0.0	0.0
1020 Kurzfristige Darlehen	0.0	0.0	0.0	0.0
Industrielle Werke Basel IWB	0.0	100.0	180.0	280.0
Felix Platter-Spital	0.0	0.0	120.0	120.0
MCH Messe Schweiz AG	0.0	85.0	0.0	85.0
Universitätsspital Basel	0.0	0.0	50.0	50.0
Gesellschaft der Feuerschützen Basel	0.0	3.2	0.0	3.2
Übrige	0.0	0.5	1.4	1.9
1071 Verzinsliche Anlagen	0.0	188.7	351.4	540.1
Total Darlehen Finanzvermögen	0.0	188.7	351.4	540.1

Bilanz Kontogruppe 108 Sachanlagen Finanzvermögen

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
1080 Grundstücke unbebaut	236.0	241.9	5.9	2.5
1084 Gebäude (inkl. Grundstücke)	1'514.6	1'624.9	110.3	7.3
1086 Mobilien	0.1	0.0	-0.1	-100.0
108 Sachanlagen Finanzvermögen	1'750.8	1'866.8	116.1	6.6

Anlagespiegel Sachanlagen Finanzvermögen

in Mio. Franken	Gebäude inkl.		Mobilien	Übrige Sach- anlagen	Total
	Grund- stücke unbebaut	Grund- stücke bebaut			
Buchwert Sachanlagen FV per 1. Januar 2014	230.6	1'457.1	0.4	0.0	1'688.1
Zugänge aus Kauf	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Investitionsbeiträge	0.0	-0.1	0.0	0.0	-0.1
Zugänge aus Investitionen	4.9	19.6	0.0	0.0	24.5
Übertragungen vom VV	0.7	0.8	0.0	0.0	1.6
Abgänge	-0.2	-0.9	0.0	0.0	-1.1
Übertragungen ins VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Verkehrswertanpassungen	0.0	37.9	-0.2	0.0	37.7
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Buchwert Sachanlagen FV per 31. Dezember 2014	236.0	1'514.6	0.1	0.0	1'750.7
Buchwert Sachanlagen FV per 1. Januar 2015	236.0	1'514.6	0.1	0.0	1'750.7
Zugänge aus Kauf	1.4	69.2	0.0	0.0	70.5
Erhaltene Investitionsbeiträge	0.0	-2.8	0.0	0.0	-2.8
Zugänge aus Investitionen	2.6	21.8	0.0	0.0	24.4
Übertragungen vom VV	7.0	2.9	0.0	0.0	9.8
Abgänge	-2.7	0.4	0.0	0.0	-2.2
Übertragungen ins VV	-5.5	0.0	0.0	0.0	-5.5
Verkehrswertanpassungen	0.0	22.0	-0.1	0.0	21.9
Umgliederungen	3.1	-3.1	0.0	0.0	0.0
Buchwert Sachanlagen FV per 31. Dezember 2015	241.9	1'624.9	0.0	0.0	1'866.8

Weitere Angaben können dem Kapitel 7.4 Immobilienbericht Finanzvermögen entnommen werden.

Bilanz Kontogruppe 140 Sachanlagen Verwaltungsvermögen

in Mio. Franken	per		Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
1400 Grundstücke	381.6	380.9	-0.7	-0.2
1401 Strassen, Verkehrswege	603.7	630.9	27.2	4.5
1402 Wasserbau	50.3	61.1	10.9	21.6
1403 Übrige Tiefbauten	313.3	307.1	-6.2	-2.0
1404 Hochbauten	1'386.9	1'486.8	99.9	7.2
1406 Mobilien	51.5	52.5	1.0	2.0
1407 Anlagen im Bau	63.4	127.9	64.5	>100.0
1408 Kleininvestitionen	16.5	18.3	1.8	10.8
1409 Übrige Sachanlagen	0.0	0.0	0.0	n.a.
140 Sachanlagen Verwaltungsvermögen	2'867.2	3'065.6	198.4	6.9

Anlagespiegel Sachanlagen Verwaltungsvermögen

in Mio. Franken	Grund- stücke	Strassen, Verkehrs- wege	Wasser- bau	Übrige Tief- bauten	Hoch- bauten	Mobilien	Anlagen im Bau	Klein- inves- titionen	Total
Brutto- Anschaffungskosten									
1.1.2014	384.5	1'037.9	81.0	880.7	3'099.5	287.1	144.7	62.0	5'977.3
Zugänge	0.0	59.7	7.8	9.1	94.2	35.4	86.7	4.7	297.8
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	-0.7	-4.6	0.0	0.0	-12.9	-4.9	0.0	-0.7	-23.8
Übertragungen ins FV	-0.7	0.0	0.0	0.0	-2.4	0.0	0.0	0.0	-3.1
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	169.1	-37.3	-140.5	1.2	-7.5
Brutto- Anschaffungskosten									
31.12.2014	383.1	1'093.0	88.8	889.8	3'347.5	280.4	90.9	67.3	6'240.7
Erhaltene Investitionsbeiträge									
1.1.2014	-1.5	-31.9	-3.8	12.3	-179.5	-18.2	-18.3	-0.2	-241.2
Zugänge	0.0	-1.7	-1.2	-3.1	-0.2	-4.3	-25.4	0.0	-35.9
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.4	0.0	0.0	0.4
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	-16.2	0.0	16.2	0.0	0.0
Erhaltene Investitionsbeiträge									
31.12.2014	-1.5	-33.6	-5.1	9.2	-195.9	-22.1	-27.5	-0.2	-276.7
Netto- Anschaffungskosten									
1.1.2014	383.0	1'006.0	77.1	892.9	2'920.0	268.9	126.3	61.8	5'736.1
Netto- Anschaffungskosten									
31.12.2014	381.6	1'059.4	83.7	899.0	3'151.6	258.3	63.4	67.0	5'964.0
Kumulierte Abschreibungen									
1.1.2014	0.0	-442.3	-32.2	-550.3	-1'807.9	-212.1	0.0	-45.7	-3'090.5
Abschreibungen des Jahres	0.0	-22.5	-1.8	-12.7	-87.1	-25.0	0.0	-4.9	-154.0
Abgänge	0.0	4.6	0.0	0.0	11.9	5.2	0.0	0.6	22.2
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	1.5	0.0	0.0	0.0	1.5
Dauernde Wertminderungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	0.0	8.9	0.0	0.0	0.0	8.9
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	-5.1	5.3	0.0	-0.5	-0.3
Kumulierte Abschreibungen									
31.12.2014	0.0	-460.3	-34.0	-563.0	-1'877.8	-226.6	0.0	-50.5	-3'212.1
Kumulierte Auflösungen									
1.1.2014	0.0	3.9	0.4	-22.9	108.7	16.7	0.0	0.0	106.9
Auflösungen des Jahres	0.0	0.7	0.1	0.2	4.4	5.3	0.0	0.0	10.7
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.4	0.0	0.0	-0.4
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.8	0.0	0.0	-1.8
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Kumulierte Auflösungen									
31.12.2014	0.0	4.6	0.5	-22.6	113.1	19.8	0.0	0.0	115.4
Buchwert 31.12.2014	381.6	603.7	50.3	313.3	1'386.9	51.5	63.4	16.5	2'867.2

in Mio. Franken	Grund- stücke	Strassen, Verkehrs- wege	Wasser- bau	Übrige Tief- bauten	Hoch- bauten	Mobilien	Anlagen im Bau	Klein- inves- titionen	Total
Brutto- Anschaffungskosten									
1.1.2015	383.1	1'093.0	88.8	889.8	3'347.5	280.4	90.9	67.3	6'240.7
Zugänge	0.6	50.6	14.0	6.7	182.9	22.9	94.8	7.9	380.4
Übertragungen vom FV	5.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	5.5
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	-2.4	-0.5	0.0	-0.1	-3.0
Übertragungen ins FV	-6.7	0.0	0.0	0.0	-31.1	0.0	0.0	0.0	-37.8
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	13.8	0.0	-13.8	0.0	0.0
Brutto- Anschaffungskosten 31.12.2015									
	382.4	1'143.7	102.7	896.5	3'510.7	302.8	171.9	75.1	6'585.7
Erhaltene Investitionsbeiträge									
1.1.2015	-1.5	-33.6	-5.1	9.2	-195.9	-22.1	-27.5	-0.2	-276.7
Zugänge	0.0	-1.3	-1.2	-0.5	-2.2	-4.9	-16.5	0.0	-26.6
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.5	0.0	0.0	0.0	0.5
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Investitionsbeiträge 31.12.2015									
	-1.5	-35.0	-6.3	8.7	-197.6	-27.0	-44.0	-0.2	-302.9
Netto- Anschaffungskosten									
1.1.2015	381.6	1'059.4	83.7	899.0	3'151.6	258.3	63.4	67.0	5'964.0
Netto- Anschaffungskosten 31.12.2015									
	380.9	1'108.7	96.4	905.2	3'313.1	275.8	127.9	74.8	6'282.8
Kumulierte Abschreibungen									
1.1.2015	0.0	-460.3	-34.0	-563.0	-1'877.8	-226.6	0.0	-50.5	-3'212.1
Abschreibungen des Jahres	0.0	-22.8	-2.0	-12.7	-95.6	-21.9	0.0	-6.2	-161.2
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	1.5	0.1	0.0	0.1	1.7
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	28.1	0.0	0.0	0.0	28.1
Dauernde Wertminderungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Kumulierte Abschreibungen 31.12.2015									
	0.0	-483.1	-35.9	-575.8	-1'943.7	-248.5	0.0	-56.6	-3'343.5
Kumulierte Auflösungen									
1.1.2015	0.0	4.6	0.5	-22.6	113.1	19.8	0.0	0.0	115.4
Auflösungen des Jahres	0.0	0.7	0.1	0.3	4.8	5.4	0.0	0.0	11.4
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.5	0.0	0.0	0.0	-0.5
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Kumulierte Auflösungen 31.12.2015									
	0.0	5.3	0.7	-22.3	117.4	25.2	0.0	0.0	126.3
Buchwert 31.12.2015									
	380.9	630.9	61.1	307.1	1'486.8	52.5	127.9	18.3	3'065.6

Bilanz Kontogruppe 142 Immaterielle Anlagen

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
1420 Software	12.7	11.5	-1.2	-9.4
1428 Kleininvestitionen	0.9	1.0	0.1	12.5
142 Immaterielle Anlagen	13.6	12.5	-1.1	-7.9

Anlagespiegel Immaterielle Anlagen

in Mio. Franken	Anlagen		Kleininvestitionen	Total	
	Software	Lizenzen, Rechte			in Realisierung
Brutto-Anschaffungskosten per 1. Januar 2014	96.4	0.0	0.0	8.6	105.0
Zugänge	4.9	0.0	0.0	0.2	5.0
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	-0.6	-0.6
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	2.8	0.0	0.0	0.0	2.8
Brutto-Anschaffungskosten per 31. Dezember 2014	104.0	0.0	0.0	8.2	112.2
Erhaltene Investitionsbeiträge per 1. Januar 2014	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Zugänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Investitionsbeiträge per 31. Dezember 2014	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Netto-Anschaffungskosten per 1. Januar 2014	96.3	0.0	0.0	8.6	105.0
Netto-Anschaffungskosten per 31. Dezember 2014	104.0	0.0	0.0	8.2	112.2
Kumulierte Abschreibungen per 1. Januar 2014	-85.0	0.0	0.0	-7.2	-92.3
Abschreibungen des Jahres	-6.1	0.0	0.0	-0.7	-6.8
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.6	0.6
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Dauernde Wertminderungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	-0.2	0.0	0.0	0.0	-0.2
Kumulierte Abschreibungen per 31. Dezember 2014	-91.3	0.0	0.0	-7.3	-98.7
Kumulierte Auflösungen per 1. Januar 2014	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Auflösungen des Jahres	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Kumulierte Auflösungen per 31. Dezember 2014	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Buchwert per 31. Dezember 2014	12.7	0.0	0.0	0.9	13.6
davon Anlagen in Leasing	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
davon verpfändete Anlagen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Brutto-Anschaffungskosten per 1. Januar 2015	104.0	0.0	0.0	8.2	112.2
Zugänge	5.8	0.0	0.0	0.6	6.3
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	-0.9	0.0	0.0	0.0	-0.9
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Brutto-Anschaffungskosten per 31. Dezember 2015	108.8	0.0	0.0	8.8	117.6
Erhaltene Investitionsbeiträge per 1. Januar 2015	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

in Mio. Franken	Software	Lizenzen, Rechte	Anlagen in Realisierung	Kleininvestitionen	Total
Zugänge	-0.1	0.0	0.0	0.0	-0.1
Übertragungen vom FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Investitionsbeiträge per 31. Dezember 2015	-0.1	0.0	0.0	0.0	-0.1
Netto-Anschaffungskosten per 1. Januar 2015	104.0	0.0	0.0	8.2	112.2
Netto-Anschaffungskosten per 31. Dezember 2015	108.8	0.0	0.0	8.8	117.6
Kumulierte Abschreibungen per 1. Januar 2015	-91.3	0.0	0.0	-7.3	-98.7
Abschreibungen des Jahres	-6.6	0.0	0.0	-0.5	-7.0
Abgänge	0.6	0.0	0.0	0.0	0.6
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Dauernde Wertminderungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Kumulierte Abschreibungen per 31. Dezember 2015	-97.3	0.0	0.0	-7.8	-105.1
Kumulierte Auflösungen per 1. Januar 2015	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Auflösungen des Jahres	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Übertragungen ins FV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Kumulierte Auflösungen per 31. Dezember 2015	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Buchwert per 31. Dezember 2015	11.5	0.0	0.0	1.0	12.5
davon Anlagen in Leasing	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
davon verpfändete Anlagen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Bilanz Kontogruppe 144 Darlehen Verwaltungsvermögen

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
1441 Kantone und Konkordate	0.0	30.0	30.0	1
1444 Öffentlichen Unternehmungen	120.4	183.7	63.3	52.6
1445 Private Unternehmungen	97.6	95.4	-2.3	-2.3
1446 Private Organisationen ohne Erwerbszweck	14.1	12.0	-2.1	-15.0
1447 Private Haushalte	660.4	602.6	-57.9	-8.8
144 Darlehen Verwaltungsvermögen	892.6	923.6	31.0	3.5

Kommentar

- Das Darlehen an die Universität beider Basel in der Höhe von 30 Mio. Franken wurde von den Beteiligungen (Kontengruppe 145) umgebucht.
- Die Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) haben ihr Darlehen um weitere 55 Mio. Franken für die Trambeschaffungen aufgestockt und die laufenden Darlehen um rund 1.3 Mio. Franken amortisiert. Das Darlehen für den Bau des Biozentrums der Universität Basel wurde um 9.6 Mio. Franken erhöht.
- Der Vorschuss an die Pensionskassen-Destinatäre reduzierte sich aufgrund der laufenden Regelung (bis 2015) um 57.7 Mio. Franken.

Per Wirksamwerden des neuen Pensionskassengesetzes per 1. Januar 2016 fällt der Vorschuss in Höhe von 602 Mio. Franken weg. Dafür wird per 31.12.2015 keine Wertberichtigung vorgenommen, da es die Meinung und das Verständnis des Regierungsrates und des Grossen Rates war, die gesamte Belastung durch die Revision des Pensionskassengesetzes in der Rechnung 2016 zu zeigen.

Bilanzkontoposition 1447 Pensionskassen-Sanierung Anteil Versicherte

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
PK-Sanierung Anteil Versicherte Bestand per 01.01.	286.1	254.1	-32.0	-11.2
Beitrag Aktive (1.6% der versicherten Lohnsumme)	-14.7	-15.0	-0.2	-1.5
Beitrag Rentner (2.4% der versicherten Lohnsumme)	-22.1	-22.4	-0.3	-1.5
Total Einnahmen	-36.8	-37.4	-0.6	-1.5
Zinsaufwand	4.9	4.3	-0.5	-11.2
Total Ausgaben	4.9	4.3	-0.5	-11.2
PK-Sanierung Anteil Versicherte Bestand per 31.12.	254.1	221.0	-33.1	-13.0

Bilanzkontoposition 1447 Pensionskassen-Ausfinanzierung Anteil Versicherte

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
PK-Ausfinanzierung Anteil Versicherte Bestand per 01.01.	428.9	405.6	-23.3	-5.4
Beitrag Aktive (1.5% der versicherten Lohnsumme)	-13.8	-14.0	-0.2	-1.5
Beitrag Rentner (2.5% der versicherten Lohnsumme)	-23.0	-23.4	-0.3	-1.5
Total Einnahmen	-36.8	-37.4	-0.6	-1.5
Zinsaufwand	13.5	12.8	-0.7	-5.4
Total Ausgaben	13.5	12.8	-0.7	-5.4
PK-Ausfinanzierung Anteil Versicherte Bestand per 31.12.	405.6	380.9	-24.6	-6.1

Anlagespiegel Darlehen Verwaltungsvermögen

in Mio. Franken	Darlehen VV
Darlehen Verwaltungsvermögen per 1. Januar 2014	899.5
Zugänge	13.4
Abgänge	-58.5
Dauernde Wertminderungen	-2.5
Wertaufholungen	40.7
Darlehen Verwaltungsvermögen per 31. Dezember 2014	892.6
Darlehen Verwaltungsvermögen per 1. Januar 2015	892.6
Zugänge	94.8
Abgänge	-61.3
Dauernde Wertminderungen	-2.5
Wertaufholungen	0.0
Darlehen Verwaltungsvermögen per 31. Dezember 2015	923.6

Darlehen Verwaltungsvermögen Fälligkeiten

in Mio. Franken	Fälligkeit < 1 Jahr	Fälligkeit 1 - 5 Jahre	Fälligkeit > 5 Jahre	Buchwert Total
Basler Verkehrsbetriebe	0.0	0.0	150.5	150.5
MCH Messe Schweiz AG	0.0	42.5	30.0	72.5
Universität Basel	0.0	0.0	63.2	63.2
IWB Net AG	0.0	0.0	22.9	22.9
Stiftung Focus Basel	0.0	0.0	4.9	4.9
Verein FoyersBasel	0.0	0.0	3.0	3.0
Swiss Tropical and Public Health	2.0	0.0	0.0	2.0
Ausfinanzierung PK Anteil Versicherte	380.9	0.0	0.0	380.9
Vorschuss PK Sanierung Arbeitnehmer	221.0	0.0	0.0	221.0
Übrige	0.0	0.0	2.7	2.7
Darlehen Verwaltungsvermögen	604.0	42.5	277.1	923.6

Bilanz Kontogruppe 145 Beteiligungen

in Mio. Franken	per		Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
1454 Öffentliche Unternehmungen	1'886.2	1'962.1	75.9	4.0 ¹
1455 Private Unternehmungen	41.4	41.4	0.0	0.0
1456 Private Organisationen ohne Erwerbszweck	0.0	0.0	0.0	n.a.
145 Beteiligungen	1'927.6	2'003.5	75.9	3.9

Kommentar

- 1 Diese Zunahme setzt sich wie folgt zusammen:
- Erhöhung Dotationskapital Basler Kantonalbank (BKB) 100 Mio. Franken
 - Erhöhung Dotationskapital Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) 5.9 Mio. Franken
 - Umbuchung Darlehen Universität beider Basel 30 Mio. Franken in Kontogruppe 144

Anlagespiegel Beteiligungen

in Mio. Franken	Beteiligungen VV
Beteiligungen 1. Januar 2014	1'907.0
Zugänge	20.7
Abgänge	0.0
Dauernde Wertberichtigungen	0.0
Wertaufholungen	0.0
Restatement	0.0
Beteiligungen 31. Dezember 2014	1'927.6
Beteiligungen 1. Januar 2015	1'927.6
Zugänge	105.9
Abgänge	-30.0
Dauernde Wertberichtigungen	0.0
Wertaufholungen	0.0
Beteiligungen 31. Dezember 2015	2'003.5

Bilanz Kontogruppe 146 Gegebene Investitionsbeiträge

in Mio. Franken	per		Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
1460 Bund	22.7	22.1	-0.6	-2.5
davon N2 ab 1.1.2008	20.9	20.4	-0.5	-2.3
1461 Kantone und Konkordate	2.7	2.7	-0.1	-2.6
1462 Gemeinden und Zweckverbände	0.4	0.4	0.0	-10.1
1464 Öffentliche Unternehmungen	28.2	30.0	1.8	6.3
davon Instandstellung/Sicherheit Strafanstalt Bostadel	5.5	5.3	-0.2	-3.6
davon Regio S-Bahn Infrastrukturanpassungen	5.8	5.6	-0.2	-3.3
1465 Private Unternehmungen	39.7	44.9	5.2	13.2
davon Messezentrum Basel 2012	15.4	14.4	-1.0	-6.5
davon Alterszentrum Burgfelderhof	10.0	9.5	-0.5	-5.1
davon Pflegezentrum Bethesda	10.2	9.8	-0.3	-3.1
davon Pflegezentrum Adullam Riehen	2.8	5.4	2.7	97.7
1466 Private Organisationen o. Erwerbszweck	20.1	25.3	5.2	25.9
davon Ausbau Modernisierung der Bibliothek GGG	4.7	10.1	5.3	>100.0
1467 Private Haushalte	28.3	29.7	1.4	5.1
davon Denkmalschutz 2008 - 2012	11.0	10.9	-0.1	-0.6
davon Denkmalschutz 1998 - 2002	6.9	6.7	-0.3	-4.0
146 Investitionsbeiträge	142.0	155.0	13.0	9.1

Anlagespiegel gegebene Investitionsbeiträge

in Mio. Franken	Bund	Kantone	Gemeinden und Zweck- verbände	Öffen- tliche Unter- neh- mungen	Private Unter- neh- mungen	Private Organi- sationen ohne Er- werbs- zweck	Private Haus- halte	Total
Brutto-Anschaffungskosten								
1.1.2014	88.0	1.8	0.0	76.1	32.5	7.4	36.7	242.5
Zugänge	0.4	1.0	0.0	0.2	13.2	6.1	3.1	24.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.4	0.0	0.8	-30.2	0.0	29.0	0.0	0.0
Brutto-Anschaffungskosten								
31.12.2014	88.7	2.8	0.8	46.2	45.7	42.5	39.9	266.5
Erhaltene Investitionsbeiträge								
1.1.2014	-55.2	0.0	0.0	-6.2	0.0	0.0	0.0	-61.4
Zugänge	-1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.0
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Investitionsbeiträge								
31.12.2014	-56.2	0.0	0.0	-6.2	0.0	0.0	0.0	-62.4
Netto-Anschaffungskosten								
1.1.2014	32.8	1.8	0.0	69.9	32.5	7.4	36.7	181.1
Netto-Anschaffungskosten								
31.12.2014	32.5	2.8	0.8	40.0	45.7	42.5	39.9	204.1
Kumulierte Abschreibungen								
1.1.2014	-10.3	0.0	0.0	-23.5	-4.2	-4.9	-6.0	-48.9
Abschreibungen des Jahres	-1.8	-0.1	0.0	-1.4	-1.7	-4.6	-2.1	-11.7
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Dauernde Wertminderungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	-2.1	0.0	0.0	-3.5	-5.5
Umgliederungen	-0.2	0.0	-0.4	13.5	0.0	-13.0	0.0	0.0
Kumulierte Abschreibungen								
31.12.2014	-12.3	-0.1	-0.4	-13.5	-6.0	-22.4	-11.6	-66.2
Kumulierte Auflösungen 1.1.2014	1.2	0.0	0.0	0.8	0.0	0.0	0.0	2.0
Auflösungen des Jahres	1.2	0.0	0.0	0.2	0.0	0.0	0.0	1.4
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.7	0.0	0.0	0.0	0.7
Kumulierte Auflösungen								
31.12.2014	2.5	0.0	0.0	1.7	0.0	0.0	0.0	4.1
Buchwert 31.12.2014	22.7	2.7	0.4	28.2	39.7	20.1	28.3	142.0
Anschaffungskosten 1.1.2015	88.7	2.8	0.8	46.2	45.7	42.5	39.9	266.5
Zugänge	1.3	0.0	0.0	3.1	7.3	6.0	3.6	21.2
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Brutto-Anschaffungskosten								
31.12.2015	90.0	2.8	0.8	49.3	52.9	48.5	43.4	287.7
Erhaltene Investitionsbeiträge								
1.1.2015	-56.2	0.0	0.0	-6.2	0.0	0.0	0.0	-62.4
Zugänge	-1.4	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.4
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Erhaltene Investitionsbeiträge								
31.12.2015	-57.5	0.0	0.0	-6.2	0.0	0.0	0.0	-63.7
Netto-Anschaffungskosten								
1.1.2015	32.5	2.8	0.8	40.0	45.7	42.5	39.9	204.1

in Mio. Franken	Bund	Kantone	Gemeinden und Zweck- verbände	Öffen- tliche Unter- neh- mungen	Private Unter- neh- mungen	Private Organi- sationen ohne Er- werbs- zweck	Private Haus- halte	Total
Netto-Anschaffungskosten								
31.12.2015	32.5	2.8	0.8	43.1	52.9	48.5	43.4	224.0
Kumulierte Abschreibungen								
1.1.2015	-12.3	-0.1	-0.4	-13.5	-6.0	-22.4	-11.6	-66.2
Abschreibungen des Jahres	-1.8	-0.1	0.0	-1.5	-2.0	-1.8	-2.1	-9.3
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Dauernde Wertminderungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Wertaufholungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.0	0.0	1.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Kumulierte Abschreibungen								
31.12.2015	-14.1	-0.1	-0.4	-14.9	-8.0	-23.2	-13.7	-74.5
Kumulierte Auflösungen 1.1.2015	2.5	0.0	0.0	1.7	0.0	0.0	0.0	4.1
Auflösungen des Jahres	1.3	0.0	0.0	0.2	0.0	0.0	0.0	1.4
Abgänge	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umgliederungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Kumulierte Auflösungen								
31.12.2015	3.7	0.0	0.0	1.8	0.0	0.0	0.0	5.6
Buchwert 31.12.2015	22.1	2.7	0.4	30.0	44.9	25.3	29.7	155.0

Bilanz Kontogruppe 200 Laufende Verbindlichkeiten

in Mio. Franken	per 31.12.2014	per 31.12.2015	Abw. R15/R14	
			abs.	%
2000 L. Verbindl. aus Lieferungen, Leistungen von Dritten	-203.9	-205.3	-1.4	-0.7 ¹
2001 Kontokorrente mit Dritten	-190.1	-515.5	-325.4	<-100.0 ²
2003 Erhaltene Anzahlungen von Dritten	-2'213.1	-2'250.2	-37.1	-1.7 ³
2004 Transferverbindlichkeiten	-11.5	-15.5	-4.0	-34.7
2005 Interne Kontokorrente	-57.6	-54.0	3.5	6.2
2006 Depotgelder und Kautionen	-59.6	-57.2	2.5	4.1
2009 Übrige laufende Verpflichtungen	-7.4	-6.7	0.6	8.7
200 Laufende Verbindlichkeiten	-2'743.2	-3'104.5	-361.3	-13.2
davon verzinslich	-101.4	-300.5	-199.1	<-100.0

Kommentar

- 1 In dieser Position sind rund 6.4 Mio. Franken für Fonds im Fremdkapital bilanziert.
- 2 Diese Erhöhung ist vor allem auf die Zunahme der Kontokorrente mit der direkten Bundessteuer (115.5 Mio. Franken), der Industriellen Werke Basel (19.5 Mio. Franken), des Universitätsspitals Basel (69.9 Mio. Franken) und des Felix Platter-Spitals (166.3 Mio. Franken) zurückzuführen. Das Kontokorrent mit der Basler Verkehrs-Betriebe reduzierte sich um 38.1 Mio. Franken.
- 3 Ein Grossteil dieser Zunahme betrifft Akontozahlungen an fällige, noch nicht veranlagte Steuern. Je nach Veranlagungsstand kann das zu jährlichen Schwankungen führen. Diese Position ist auch im Zusammenhang mit der Erläuterung zu den aktiven Steuerabgrenzungen zu sehen.

Hinweis: Bei den erhaltenen Anzahlungen von Dritten handelt es sich um Akontozahlungen für Steuern. Dabei handelt es sich um Transaktionen ohne zurechenbare Gegenleistung. Bei den übrigen Verbindlichkeiten handelt es sich um Transaktionen mit zurechenbarer Gegenleistung.

Bilanz Kontogruppe 201 Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14		
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%	
2010 Ggü. Finanzintermediären	-815.0	-420.0	395.0	48.5	1
2014 Kurzfr. Anteil langfr. Verbindlichkeiten	-593.0	-265.0	328.0	55.3	2
2019 Übrige kurzfr. Finanzverb. ggü. Dritten	0.0	0.0	0.0	n.a.	
201 Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-1'408.0	-685.0	723.0	51.3	

Kommentar

- 1 Die kurzfristigen Schulden gegenüber Bankinstituten nahmen um 395 Mio. Franken ab.
- 2 Langfristige Finanzverbindlichkeiten, die innerhalb von 12 Monaten nach dem Bilanzstichtag zur Rückzahlung fällig werden, werden in die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten umgebucht.

Bilanz Kontogruppe 204 Passive Rechnungsabgrenzung

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14		
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%	
2040 Personalaufwand	-15.3	-21.6	-6.4	-41.8	1
2041 Sach- und Betriebsaufwand	-4.5	-8.9	-4.4	-98.3	2
2042 Steuern	-21.2	-58.2	-37.0	<-100.0	3
2043 Transfers der Erfolgsrechnung	-63.8	-65.5	-1.7	-2.7	
2044 Finanzaufwand/Finanzertrag	-35.4	-24.1	11.3	31.9	4
2045 Übriger betrieblicher Ertrag	-28.4	-22.3	6.0	21.3	5
2046 Passive Rechnungsabgr. Investitionsrechn.	-29.7	-41.4	-11.7	-39.5	6
2049 Übrige pass. Rechnungsabgr. Erfolgssr.	-2.4	-2.3	0.1	5.9	
204 Passive Rechnungsabgrenzung	-200.6	-244.4	-43.8	-21.8	

Kommentar

- 1 Für das Krankentaggeld der Basler Versicherungen wurde eine Abgrenzung in der Höhe von 5.5 Mio. Franken vorgenommen.
- 2 Der Kantonsbeitrag für arbeitsmarktliche Massnahmen über 4.6 Mio. Franken wurde abgegrenzt.
- 3 Höhere Abgrenzungen im Bereich der Steuern.
- 4 Tiefere Abgrenzungen für Marchzinsen.
- 5 In dieser Position sind 380'000 Franken für Fonds im Fremdkapital bilanziert.
- 6 Höhere Abgrenzungen im Bereich Liegenschaften.

Bilanz Kontogruppe 205 Kurzfristige Rückstellungen

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14		
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%	
2050 Mehrleistungen des Personals	-108.8	-110.1	-1.3	-1.2	1
2051 Andere Ansprüche des Personals	-0.8	-2.4	-1.6	<-100.0	2
2055 Übrige betriebliche Tätigkeiten	-0.3	-0.2	0.0	8.0	
205 Kurzfristige Rückstellungen	-109.8	-112.7	-2.9	-2.6	

Kommentar

- 1 Höhere Rückstellung für Zeitguthaben des Personals (Ferien, Überzeit, Jubiläum, etc.).
- 2 Für Lohnklagen aus der Systempflege wurde eine Rückstellung über 1.68 Mio. Franken gebildet.

Bilanz Kontogruppe 206 Langfristige Finanzverbindlichkeiten

in Mio. Franken	per		Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
2063 Anleihen	-1'475.0	-1'600.0	-125.0	-8.5 ¹
2064 Darlehen	-870.0	-950.0	-80.0	-9.2 ²
2069 Übrige langfristige Finanzverbindlichk.	-43.6	-33.2	10.4	23.9 ³
206 Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-2'388.6	-2'583.2	-194.6	-8.1

Kommentar

- 1 Ausgabe einer neuen Staatsanleihe in Höhe von 250 Mio. Franken und Umbuchung des kurzfristigen Anteils einer Staatsanleihe in Kontogruppe 2014 (125 Mio. Franken).
- 2 Ein neues Darlehen bei der Postfinance in der Höhe von 200 Mio. Franken wurde aufgenommen. Ausserdem wurde der kurzfristige Anteil an einem Darlehen in Höhe von 120 Mio. Franken umgegliedert (Kontogruppe 2014).
- 3 20 Mio. Franken des Darlehens des Felix Platter-Spitals für den Immobilien-Ersatz wurden in die kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten (Kontogruppe 2014) umgebucht. Ausserdem erhöhte sich der Baukredit bei der BKB für den Bau des Biozentrums der Universität Basel um 9.6 Mio. Franken.

Langfristige Finanzverbindlichkeiten Fälligkeiten

in Mio. Franken	Laufzeit	Zinssatz in %	per	
			31.12.2014	31.12.2015
Anleihe	08.09.11-08.09.16	0.8750	-125.0	0.0
Anleihe	29.08.12-29.08.17	0.1250	-150.0	-150.0
Anleihe	28.08.13-28.11.18	0.5000	-400.0	-400.0
Anleihe	01.06.10-31.05.19	1.8750	-400.0	-400.0
Anleihe	31.01.08-31.01.20	3.2500	-400.0	-400.0
Anleihe	23.02.15-23.02.35	0.5000	0.0	-250.0
2063 Anleihen			-1'475.0	-1'600.0
Darlehen	04.01.10-04.01.16	1.8125	-120.0	0.0
Darlehen	06.06.13-06.06.17	0.3500	-25.0	-25.0
Darlehen	06.06.13-06.06.17	0.4000	-25.0	-25.0
Darlehen	28.07.11-28.07.17	1.5000	-50.0	-50.0
Darlehen	28.11.11-28.11.17	0.8900	-50.0	-50.0
Darlehen	26.09.14-26.09.18	0.1600	-400.0	-400.0
Darlehen	05.01.15-06.01.20	0.1500	0.0	-200.0
Darlehen	02.07.12-02.07.21	0.9000	-50.0	-50.0
Darlehen	29.04.13-29.04.22	1.0500	-150.0	-150.0
2064 Darlehen			-870.0	-950.0
Felix Platter-Spital	01.01.12-31.12.16	0.0000	-20.0	0.0
Baukredit Biozentrum Uni	01.07.13-31.12.47	0.4000	-23.6	-33.2
2069 Übrige langfristige Finanzverbindlichkeiten			-43.6	-33.2
206 Langfristige Finanzverbindlichkeiten			-2'388.6	-2'583.2

Bilanz Kontogruppe 208 Langfristige Rückstellungen

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
2081 Andere Ansprüche des Personals	-17.8	-17.9	-0.1	-0.4
2082 Prozesse (o. pers.rechtliche Prozesse)	-0.1	-0.1	0.0	0.0
2083 Nicht versicherte Schäden	-30.2	-20.2	10.0	33.2 ¹
2085 Übrige betriebliche Tätigkeiten	-38.0	-37.8	0.2	0.6
2086 Vorsorgeverpflichtungen	-4.0	-24.1	-20.1	<-100.0 ²
208 Langfristige Rückstellungen	-90.1	-100.0	-9.9	-11.0

Kommentar

- 1 Die Rückstellung für offene Schäden aus der Eigenversicherung konnte um 10 Mio. Franken reduziert werden.
- 2 Für die Zusatzfinanzierung der Universität Basel aufgrund der Umsetzung der Pensionskassengesetz-Reform und die vorhandene Unterdeckung einzelner Anschlüsse bei der Pensionskasse BS wurden Rückstellungen von 20.1 Mio. Franken gebildet.

Die folgende Tabelle zeigt kurz- und langfristige Rückstellungen, die im Einzelfall über 1 Mio. Franken liegen:

Kurz- und langfristige Rückstellungen grösser 1 Million Franken

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
Rückstellung für Zeitguthaben Personal	-108.8	-110.1	-1.3	-1.2
Rückstellung für Lohnklagen	0.0	-1.7	-1.7	n.a.
Übrige	-1.0	-0.9	0.1	9.9
205 Kurzfristige Rückstellungen	-109.8	-112.7	-2.9	-2.6
Rückstellung für anwartschaftliches Dienstaltersgeschenk	-16.3	-16.7	-0.4	-2.7
Rückstellung für Ruhegehälter Magistratspersonen	-1.5	-1.2	0.4	24.4
Rückstellung für Schäden Eigenversicherungen	-30.2	-20.2	10.0	33.2
Rückstellung für Tarife Gesundheitswesen	-4.7	-4.7	0.0	0.0
Rückstellung für Ausgrabungen	-1.8	-1.7	0.0	1.8
Rückstellung für Mehrwertabgaben	-0.8	-0.8	0.0	0.0
Rückstellung für individuelle Prämienverbilligung (IPV)	-1.8	0.0	1.8	100.0
Rückstellung für Altlastensanierungen	-16.3	-20.1	-3.9	-23.7
Rückstellung für Rückbau	-12.3	-10.0	2.3	18.6
Rückstellung für PK Sanierungsbeitrag Arbeitgeber Institutionen	-4.0	-24.1	-20.1	<-100.0
Übrige	-0.6	-0.6	0.0	-2.7
208 Langfristige Rückstellungen	-90.1	-100.0	-9.9	-11.0

Anlagespiegel Rückstellungen (erster Teil)

in Mio. Franken	Mehrleistungen des Personals	Andere Ansprüche des Personals	Prozesse (ohne personalrechtliche Prozesse)	Nicht versicherte Schäden	Bürgschaften, Garantieleistungen
Rückstellungen per 1. Januar 2014	-100.9	-16.1	0.0	-30.0	0.0
Bildungen, Erhöhungen	-7.9	-2.4	-0.1	-0.1	0.0
Verwendungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Auflösungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Umbuchungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Rückstellungen per 31. Dezember 2014	-108.8	-18.6	-0.1	-30.2	0.0
davon kurzfristiger Anteil	-108.8	-0.8	0.0	0.0	0.0
davon langfristiger Anteil	0.0	-17.8	-0.1	-30.2	0.0
Rückstellungen per 1. Januar 2015	-108.8	-18.6	-0.1	-30.2	0.0
Bildungen, Erhöhungen	-1.3	-1.7	0.0	0.0	0.0
Verwendungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Auflösungen	0.0	0.0	0.0	10.0	0.0
Umbuchungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Rückstellungen per 31. Dezember 2015	-110.1	-20.2	-0.1	-20.2	0.0
davon kurzfristiger Anteil	-110.1	-2.4	0.0	0.0	0.0
davon langfristiger Anteil	0.0	-17.9	-0.1	-20.2	0.0

Anlagespiegel Rückstellungen (zweiter Teil)

in Mio. Franken	Übrige betriebliche Tätigkeiten	Vorsorgeverpflichtungen	Finanzaufwand	Rückstellungen der Investitionsrechnung	Übrige Rückstellungen	Total
Rückstellungen per 1. Januar 2014	-25.0	-60.8	0.0	0.0	0.0	-232.9
Bildungen, Erhöhungen	-20.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-30.6
Verwendungen	6.7	24.0	0.0	0.0	0.0	30.7
Auflösungen	0.0	32.8	0.0	0.0	0.0	32.8
Umbuchungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Rückstellungen per 31. Dezember 2014	-38.3	-4.0	0.0	0.0	0.0	-199.9
davon kurzfristiger Anteil	-0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-109.8
davon langfristiger Anteil	-38.0	-4.0	0.0	0.0	0.0	-90.1
Rückstellungen per 1. Januar 2015	-38.3	-4.0	0.0	0.0	0.0	-199.9
Bildungen, Erhöhungen	-3.9	-20.7	0.0	0.0	0.0	-27.6
Verwendungen	2.4	0.0	0.0	0.0	0.0	2.4
Auflösungen	1.8	0.6	0.0	0.0	0.0	12.4
Umbuchungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Rückstellungen per 31. Dezember 2015	-38.1	-24.1	0.0	0.0	0.0	-212.7
davon kurzfristiger Anteil	-0.2	0.0	0.0	0.0	0.0	-112.7
davon langfristiger Anteil	-37.8	-24.1	0.0	0.0	0.0	-100.0

Erläuterungen zu den einzelnen Rückstellungskategorien

Mehrleistungen des Personals Kurzfristig: Ferien, Überzeit, Gleitzeitguthaben u.a. solche Verbindlichkeiten können alternativ auch als Rechnungsabgrenzungen verbucht werden. Eine kurzfristige Rückstellung wird dann gebildet, wenn die Höhe der Verbindlichkeit ungewiss ist.

Andere Ansprüche des Personals Kurzfristig: Abgangsentschädigungen, Lohnfortzahlungen, Ruhegehalt Magistratspersonen, Sozialpläne, personalrechtliche Streitfälle (Lohnklagen), etc.

Langfristig: Ansprüche, die nicht im folgenden Jahr kompensiert werden (z.B. Zeitguthaben für Sabbaticals oder vorzeitige Pensionierung).

Prozesse (ohne personalrechtliche Prozesse) Kurzfristig: Honorare Rechtsanwalt inkl. Schadenbetrag und allfällige Prozessentschädigungen.

Langfristig: Honorare Rechtsanwalt inkl. Schadenbetrag und allfällige Prozessentschädigungen, die erst in einer späteren Rechnungsperiode wahrscheinlich werden.

Nicht versicherte Schäden Kurzfristig: Sachschäden und Staatshaftung. Das Schadenereignis muss vor dem Bilanzstichtag eingetreten sein. Es dürfen keine Rückstellungen für möglicherweise auftretende Sachschäden gebildet werden, weil dies den Charakter von stillen Reserven aufweisen würde. Die Wertminderung der beschädigten Sache wird als „ausserplanmässige Abschreibung“ auf Kontengruppe 3301 gebucht.

Langfristig: Das Schadenereignis muss vor dem Bilanzstichtag eingetreten sein und der Mittelabfluss für die Schadenvergütung an Dritte erfolgt in einer späteren Rechnungsperiode.

Bürgschaften und Garantieleistungen Kurzfristig: Bei Bürgschaften und Garantieverprechen muss eine Zahlungspflicht wahrscheinlich sein. Zeichnet sich keine Zahlungspflicht ab, sind Bürgschaften und Garantien als Eventualverbindlichkeiten im Anhang aufzuführen.

Langfristig: Bei Bürgschaften und Garantieverprechen muss eine Zahlungsverpflichtung in einer späteren Rechnungsperiode wahrscheinlich sein.

Übrige betriebliche Tätigkeiten Kurzfristig: Rückstellungen für wahrscheinliche Garantie- oder Nachbesserungsleistungen aus betrieblicher Tätigkeit des Gemeinwesens. Risiken aus Abnahmeverpflichtungen, wenn diese nicht erfüllt werden können.

Langfristig: Rückstellungen für wahrscheinliche Garantie- oder Nachbesserungsleistungen aus betrieblicher Tätigkeit des Gemeinwesens, die erst in einer späteren Rechnungsperiode zu einem Mittelabfluss führen. Risiken aus Abnahmeverpflichtungen, wenn diese nicht erfüllt werden können, die erst in einer späteren Rechnungsperiode zu einem Mittelabfluss führen.

Vorsorgeverpflichtungen Kurzfristig: Risiken aus Vorsorgevereinbarungen, die innerhalb der nächsten Rechnungsperiode fällig werden.

Langfristig: Überbrückungsrenten für Frührenten bis zur AHV-Berechtigung, sofern entsprechende Vereinbarungen vorliegen. Anteil Arbeitgeber an Pensionskassen-Deckungslücken. Anteil Arbeitnehmer wird als Eventualverpflichtung ausgewiesen.

Finanzaufwand Kurzfristig: Risiken aus Geschäftsfällen im Zusammenhang mit Finanz- oder Verwaltungsvermögen, die wahrscheinlich Finanzaufwand werden.

Langfristig: Risiken aus Geschäftsfällen im Zusammenhang mit Finanz- oder Verwaltungsvermögen, die in einer späteren Rechnungsperiode wahrscheinlich Finanzaufwand werden.

Rückstellungen der Investitionsrechnung Kurzfristig: Bei Sachanlagen können für Restkosten, Garantierückbehalte und Abschlussarbeiten, wenn die Sache in Nutzung geht, Rückstellungen gebucht werden, damit die Anlage aktiviert werden kann.

Langfristig: Bei Sachanlagen können für Restkosten, Garantierückbehalte und Abschlussarbeiten, die in einer späteren Rechnungsperiode ausgeführt werden, wenn die Sache in Nutzung geht, Rückstellungen gebucht werden, damit die Anlage aktiviert werden kann.

Übrige Rückstellungen Wahrscheinliche Zahlungen in der folgenden (kurzfristig) oder späteren (langfristig) Rechnungsperioden für Risiken, die in den anderen Kategorien nicht enthalten sind.

Bilanz Kontogruppe 209 Fonds im Fremdkapital

in Mio. Franken	per 01.01.2015	Einlagen 2015	Ent- nahmen 2015	per 31.12.2015	vorfinan- zierte noch nicht abge- schriebene Investi- tionen	verbind- liche Be- tragszu- sicherung für Dritte	verant- wortliche Dienst- stelle
AWA Arbeitslosenfonds	-8.9	0.0	0.0	-8.8	0.0	0.0	8060
Hilfsfonds für das Staatspersonal	-0.3	0.0	0.0	-0.3	0.0	0.0	4130
Fonds Förderabgabe	-5.1	-11.8	12.4	-4.4	0.0	0.0	8310 ¹
Fonds Gasttaxen	-0.3	0.0	0.0	-0.3	0.0	0.0	8060
Legat							
Louis-Dietrich-Böhme	-0.7	0.0	0.0	-0.7	0.0	0.0	2900
AfAb, Stipendienfonds	-1.1	0.0	0.0	-1.1	0.0	0.0	2710
Fonds Zur Hoffnung	-0.3	0.0	0.0	-0.3	0.0	0.0	2900
Nachlass Karl Wilhelm Kratt	-0.5	0.0	0.3	-0.2	0.0	0.0	8010
Stromsparfonds							
Haushalte	-11.6	-15.4	14.7	-12.3	0.0	0.0	8310 ¹
Stromsparfonds Betriebe	-43.7	-36.3	37.0	-43.0	0.0	0.0	8310 ¹
Fonds „Bücherschiff“	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	2710
Fonds Betriebliches Gesundheitsmanagement	-2.7	-1.3	0.3	-3.7	0.0	0.0	4160
Bürgergemeinde BS	-0.2	0.0	0.0	-0.2	0.0	0.0	8220
Allg. Unterstützungskonto	-0.3	0.0	0.0	-0.3	0.0	0.0	8260
FMS-Materialfonds	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	2400
Verein Leonhardheim	0.0	-0.3	0.0	-0.2	0.0	0.0	8260
GM-Jubiläums-Fonds	-0.2	0.0	0.0	-0.2	0.0	0.0	2400
Fonds Lebensräume	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	8070
Schulfonds Standorte	-0.1	-0.1	0.1	-0.1	0.0	0.0	2300
GB-Schulfonds	-0.2	0.0	0.0	-0.2	0.0	0.0	2400
WG/WMS-R+B-Fonds	-0.2	0.0	0.0	-0.2	0.0	0.0	2400
WG/WMS-Schülerfonds	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	2400
Übrige unter 100'000 Fr.	-1.4	-0.9	1.0	-1.3	0.0	0.0	Div.
Fondstyp 1	-78.3	-66.2	66.1	-78.4	0.0	0.0	²
Nachlass Karl Schlecht	-3.6	0.0	0.1	-3.5	0.0	0.0	6140
Ersatzbeiträge für Schutzbauten	-1.9	-0.3	0.1	-2.1	0.0	0.0	5090
Ersatz Baumfällungen + Landschaftsschutz	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	6140
Alkoholzehntel	-0.5	-0.6	0.6	-0.4	0.0	0.0	7020
Spielsuchtabgabe	-0.2	-0.1	0.1	-0.1	0.0	0.0	7020
Drittmittel							
Gesundheitsförderung und Prävention	-0.1	-0.4	0.4	-0.1	0.0	0.0	7020
BAFU/BAG-Fonds							
Kantonales Labor	-0.6	-0.2	0.4	-0.4	0.0	0.0	7060
Nachlass G. + M. Kinzel	-7.8	-0.1	0.0	-7.9	0.0	0.0	3750
Swisslos-Fonds	-13.9	-5.4	7.8	-11.5	0.0	0.0	5010
Swisslos-Sportfonds	-7.2	0.0	1.1	-6.2	0.0	0.0	2900
Übrige unter 100'000 Fr.	-0.2	-0.5	0.6	-0.1	0.0	0.0	Div.

in Mio. Franken	per 01.01.2015	Einlagen 2015	Ent- nahmen 2015	per 31.12.2015	vorfinan- zierte noch nicht abge- schriebene Investi- tionen	verbind- liche Be- tragszu- sicherung für Dritte	verant- wortliche Dienst- stelle
Fondstyp 2	-36.0	-7.6	11.1	-32.5	0.0	0.0	
209 Fonds Fremdkapital	-114.4	-73.8	77.2	-110.9	0.0	0.0	

Kommentar

- 1 Die Verwendung der Mittel aus diesen Fonds müssen gemäss gesetzlicher Bestimmungen in der Staatsrechnung offen-gelegt werden. Diese Fondsentwicklungen sind im Anschluss separat dargestellt.
- 2 Treuhänderisch verwaltete Fonds, die 25'000 Franken nicht überschreiten und maximal acht Jahre bestehen, werden nicht bilanziert. Treuhänderisch verwaltete Fonds, die zeitlich unbeschränkt sind und 10'000 Franken nicht überschreiten, müssen nicht bilanziert werden (§44 VFHG).

Bilanz Kontogruppe 209 Stromsparfonds

in Mio. Franken	Rechnung	Rechnung	Abw. R15/R14	
	2014	2015	abs.	%
Fonds Stromsparfonds Haushalte Bestand per 01.01.	-6.7	-11.6	-4.9	-74.1
Lenkungsabgabe	-10.2	-10.8	-0.6	-6.1
Lenkungsabgabe Nov./Dez. (Aktive RA)	-1.5	-1.6	-0.2	-12.0
Einlage aus Fonds Betriebe (Korr.Systemfehler)	-6.3	0.0	6.3	100.0
Zinsen	-0.1	0.0	0.1	64.0
Total Einnahmen	-18.1	-12.5	5.6	30.9
Auszahlung Stromsparbonus	12.8	11.4	-1.4	-10.9
Übrige Dienstleistungen	0.1	0.2	0.1	80.6
Sachkosten	0.0	0.0	0.0	>100.0
Spesen PC	0.0	0.0	0.0	-3.2
Verwaltungsaufwand	0.3	0.3	0.0	-8.0
Total Ausgaben	13.1	11.8	-1.3	-10.2
Fonds Stromsparfonds Haushalte Bestand per 31.12.	-11.6	-12.3	-0.7	-5.9
Fonds Stromsparfonds Betriebe Bestand per 01.01.	-54.2	-43.7	10.5	19.3
Lenkungsabgabe	-24.8	-24.1	0.7	3.0
Lenkungsabgabe Nov./Dez. (Aktive RA)	-5.0	-4.8	0.3	5.2
Einlage in Fonds Haushalte (Korr. Systemfehler)	6.3	0.0	-6.3	<-100.0
Zinsen	-0.2	0.0	0.1	71.7
Total Einnahmen	-23.7	-28.9	-5.2	-21.8
Auszahlung Stromsparbonus	33.4	28.4	-5.0	-14.9
Rückzahlung an energie-intensive Betriebe	0.3	0.6	0.3	>100.0
Übrige Dienstleistungen	0.0	0.0	0.0	>100.0
Sachkosten	0.0	0.0	0.0	n.a.
Spesen PC	0.0	0.0	0.0	-55.5
Verwaltungsaufwand	0.5	0.5	0.0	-4.2
Total Ausgaben	34.2	29.6	-4.6	-13.5
Fonds Stromsparfonds Betriebe Bestand per 31.12.	-43.7	-43.0	0.7	1.6

Bilanz Kontogruppe 209 Fonds Förderabgabe

	Rechnung	Rechnung	Abw. R15/R14	
	2014	2015	abs.	%
Fonds Förderabgabe ENG § 16 Bestand per 01.01.	-3.6	-5.1	-1.5	-40.8
Einnahmen Förderabgabe	-11.3	-11.8	-0.4	-3.9
Globalbeitrag Bundesamt für Energie	-2.5	0.0	2.5	100.0
Bundesbeitrag Gebäudeprogramm	-4.1	-3.8	0.3	6.5
Total Einnahmen	-17.9	-15.6	2.3	13.0
Energieberatung	0.4	0.4	0.0	-2.6
Infos / Drucksachen / Statistik EnG	0.1	0.1	0.0	-21.1
Studien Veranstaltungen	0.0	0.0	0.0	21.6
Akonto Verwaltungsaufwand Vollzug EnG	1.0	1.1	0.1	6.7
Ausgleich Vollzug EnG Differenz Vorjahr	0.2	0.0	-0.2	-88.6
Akonto Verwaltungsaufwand Förderung	0.6	0.7	0.0	5.7
Ausgleich Förderung Differenz Vorjahr	-0.1	0.0	0.1	>100.0
Beiträge Gebäudeprogramm	4.1	3.8	-0.3	-6.5
Isolationen	6.2	7.3	1.1	17.1
Solar thermisch	1.5	1.2	-0.3	-22.3
Photovoltaik	0.2	0.0	-0.1	-80.3
Wärmepumpen / Blockheizkraftwerke	0.8	0.2	-0.6	-78.3
Spezial-Projekte	1.0	1.2	0.2	20.1
Energiestudien	0.1	0.1	0.0	7.0
Wärmerückgewinnungsanlagen	0.0	0.1	0.1	>100.0
Gesamtsanierungsprogramm	0.0	0.0	0.0	-100.0
Solarkraftwerk	0.3	0.2	0.0	-15.4
Rückzahlung Beitrag Holzheizkraftwerk	0.0	-0.2	-0.2	n.a.
Total Ausgaben	16.4	16.2	-0.2	-1.4
Fonds Förderabgabe ENG § 16 Bestand per 31.12.	-5.1	-4.4	0.6	12.3

Bilanz Kontogruppe 291 Fonds im Eigenkapital

in Mio. Franken	per 01.01.2015	Ver- wendung 2015 gemäss Aufwand	Äufnung 2015 gemäss Ertrag	Zuwei- sung/Ent- nahme aus kumu- liertem Ergebnis	per 31.12.2015	vorfinan- zierte noch nicht abge- schriebene Investi- tionen	verbind- liche Be- tragszu- sicherung für Dritte	verant- wortliche Dienst- stelle
Schwankungsreserven Sachversicherungen	-6.3	0.0	0.0	0.0	-6.3	0.0	0.0	4160
Schwankungsreserven Haftpflchtversicherungen	-7.8	1.3	0.0	0.0	-6.5	0.0	0.0	4160
Schwankungsreserven Personenversicherungen	0.3	0.0	-6.3	0.0	-6.0	0.0	0.0	4160
Mehrwertabgabefonds	-55.0	9.9	-8.8	0.0	-53.8	0.0	0.0	6010
Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	-36.0	7.9	0.0	-6.0	-34.1	0.0	0.0	8060
Standortförderungs fonds	-10.1	2.6	0.0	-2.0	-9.5	0.0	0.0	8060
Pendlerfonds	-0.9	0.2	-1.7	0.0	-2.3	0.0	0.0	6610
Nachhaltigkeitsfonds	-3.7	1.8	0.0	0.0	-1.9	0.0	0.0	4150
Fonds Mehrwertabgabe Walderhaltung	-0.2	0.0	0.0	0.0	-0.2	0.0	0.0	8310
Fonds Rodungersatz	-0.1	0.0	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	8310
Übrige unter 100'000 Fr.	-0.1	0.0	0.0	0.0	-0.1	0.0	0.0	Div.
291 Fonds Eigenkapital	-119.8	23.8	-16.7	-8.0	-120.8	0.0	0.0	

3.6.3 Weitere Erläuterungen

Risikomanagement

Der Kanton ist einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, die unmittelbar oder mittelbar mit den ihm übertragenen Aufgaben verbunden sind. Aus diesen Risiken können kurz-, mittel- oder langfristig Mittelabflüsse entstehen. Im Vordergrund stehen dabei die finanziellen Auswirkungen der Risiken.

Im Kanton Basel-Stadt wird das Risikomanagement schrittweise aufgebaut. Zur Überwachung und Steuerung der Risiken sollen sowohl organisatorische, personelle als auch technische Massnahmen etabliert werden, um die Risiken aktiv zu bewirtschaften. Die Wirksamkeit der Massnahmen soll laufend überwacht und die Massnahmen stetig weiterentwickelt werden, um ein Risikomanagement zu gewährleisten, das in die Geschäftsprozesse integriert ist.

Risikobeurteilung durch den Regierungsrat Gemäss Finanzhaushaltgesetz §41 sind im Anhang Angaben über die Durchführung einer Risikobeurteilung durch den Regierungsrat offenzulegen. Seit dem Jahr 2013 führt das Gesundheitsdepartement für alle vier Spitäler des Kantons eine jährliche Risikoeinschätzungen aus Sicht des Kantons durch und bringt diese dem Regierungsrat Basel-Stadt zur Kenntnis.

Risikosituation im finanziellen Risikomanagement

- **Kreditrisiken** Kreditrisiken entstehen durch die finanziellen Vermögenswerte, die die flüssigen Mittel sowie kurz- und langfristigen Forderungen umfassen. Das Kreditrisiko beinhaltet Forderungsausfälle, die einen finanziellen Verlust für den Kanton darstellen würden. Alle Einheiten des Kantons überwachen ihre finanziellen Vermögenswerte laufend und erfassen Wertberichtigungen, die auf Erfahrungswerten und der erwarteten Kreditfähigkeit der Gegenpartei beruhen. Das maximale Kreditrisiko beträgt 2'457.3 Mio. Franken (Vorjahr: 2'486.9 Mio. Franken). Per 31. Dezember 2015 setzt sich das Kreditrisiko wie folgt zusammen:

in Mio. Franken	per		Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
100 Flüssige Mittel	904.9	595.9	-309.1	-34.2
101 Forderungen	338.8	378.2	39.4	11.6
102 Kurzfristige Finanzanlagen	147.4	17.3	-130.1	-88.2
107 Langfristige Finanzanlagen	203.2	542.2	339.0	>100.0
144 Darlehen Verwaltungsvermögen	892.6	923.6	31.0	3.5
Total Kreditrisiko	2'486.9	2'457.3	-29.6	-1.2

Die flüssigen Mittel sowie die kurzfristigen Finanzanlagen werden zum grössten Teil zentral durch die Finanzbewirtschaftung bewirtschaftet. Die Steuerung des Kreditrisikos kann über die Vergabe von Kreditlimiten und Bonitätsprüfungen der Gegenparteien erfolgen.

Die Forderungen umfassen grösstenteils Steuerforderungen gegenüber juristischen und natürlichen Personen. Die Kreditrisiken sind dabei auf eine Vielzahl von Schuldner verteilt. Das Kreditausfallrisiko wird mit Wertberichtigungen auf Basis von Erfahrungswerten berücksichtigt.

Die Darlehen des Verwaltungsvermögens sind im vorliegenden Anhang unter den Detailinformationen zur Bilanz aufgeführt. Einige Positionen werden grundpfandrechtl. abgesichert.

- **Liquiditätsrisiken** Das Liquiditätsrisiko umfasst das Risiko, dass der Kanton seine finanziellen Verpflichtungen bei Fälligkeit nicht erfüllen kann. Diese Liquiditätsrisiken werden durch die Finanzverwaltung laufend überwacht. Die Gestaltung der Finanzierungsstruktur richtet sich nach der angestrebten Fristenkongruenz. Mit Liquiditätsreserven wird die Zahlungsfähigkeit sichergestellt. Das maximale Liquiditätsrisiko beläuft sich auf den Bilanzwert der finanziellen Verbindlichkeiten und beträgt -6'372.7 Mio. Franken (Vorjahr: -6'539.8 Mio. Franken).

in Mio. Franken		per	per	Abw. R15/R14	
		31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
200	Laufende Verbindlichkeiten	-2'743.2	-3'104.5	-361.3	-13.2
201	Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-1'408.0	-685.0	723.0	51.3
206	Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-2'388.6	-2'583.2	-194.6	-8.1
Total Liquiditätsrisiko		-6'539.8	-6'372.7	167.2	2.6

Erläuterungen zu diesen Bilanzpositionen sind im vorliegenden Anhang unter den Detailinformationen zur Bilanz aufgeführt.

- **Marktrisiken** Die Marktrisiken umfassen Zinssätze, Fremdwährungen und Kurswerte. Der Kanton ist in erster Linie den Zinsrisiken ausgesetzt, die Währungsrisiken und Marktwerttrisiken können als zweitrangig betrachtet werden. Diese Kategorien finanzieller Risiken sind nachfolgend erläutert.

Das Zinsrisiko entsteht aus den variabel verzinslichen Finanzschulden. Die Höhe des Aufwands wird von der Entwicklung des Zinsniveaus beeinflusst. Die Zinsrisiken werden durch die Finanzverwaltung überwacht und minimiert, indem auf eine ausgewogene Finanzierung geachtet wird. Das Marktzinsniveau wird laufend überwacht um auf Änderungen des Marktzinsniveaus reagieren zu können. Zur Absicherung von Zinssatzschwankungen werden im Kanton nach Bedarf derivative Finanzinstrumente eingesetzt (Währungsswap und allenfalls Zinsswaps).

Das Währungsrisiko beinhaltet die Abhängigkeit von Veränderungen der Wechselkurse fremder Währungen. Per 31. Dezember 2015 bestanden keine wesentlichen Fremdwährungsbestände.

Kurswerttrisiken beinhalten Wertschwankungen von Finanzanlagen und sind abhängig von der Marktpreisvolatilität der jeweiligen Finanzanlage. Die wesentlichsten Marktpreisrisiken in der Bilanz per 31. Dezember 2015 setzen sich aus den kurz- und langfristigen Finanzverbindlichkeiten von -3'268.2 Mio. Franken (Vorjahr: -3'796.6 Mio. Franken) sowie den verzinslichen Anlagen im Finanzvermögen von 540.1 Mio. Franken (Vorjahr: 289.7 Mio. Franken) zusammen.

Finanzinstrumente im finanziellen Risikomanagement Gemäss Finanzhaushaltverordnung §43 sind im Anhang Angaben über das finanzielle Risikomanagement offenzulegen. Beim finanziellen Risikomanagement werden die Finanzrisiken nach IPSAS 28, 29 und 30 offengelegt. Die Bedeutung der Finanzinstrumente für den Kanton Basel-Stadt wird dementsprechend in den folgenden vier Kategorien erläutert.

- 1. Zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente** Diese Kategorie ist vor allem für Banken von Relevanz, für den Kanton Basel-Stadt eher weniger. Wenn der Kanton aber über ein Portfolio von Anlagen verfügt, welche mit dem Ziel der kurzfristigen Gewinnmitnahme gehalten wird, dann sind die Anlagen in dieser Kategorie auszuweisen. Der Kanton Basel-Stadt verfügt per 31. Dezember 2015 über keine zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente.
- 2. Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinvestitionen** Diese Finanzinvestitionen sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmaren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die der Kanton bis zur Endfälligkeit halten will und kann (z.B. Obligationen oder Festgeldanlagen). Der Kanton Basel-Stadt verfügt per 31. Dezember 2015 über folgende bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinstrumente:
 - Kurz- und langfristige Finanzanlagen 540.1 Mio. Franken
 - Kurz- und langfristige Finanzverbindlichkeiten -3'268.2 Mio. Franken
- 3. Darlehen und Forderungen** Dies sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte oder Verpflichtungen mit festen oder bestimmaren Zahlungen, die nicht in einem aktiven Markt notiert sind (z.B. Darlehen an Dritte).

Die Darlehen aus dem Finanzvermögen betragen per 31. Dezember 2015 540.1 Mio. Franken, die Darlehen aus dem Verwaltungsvermögen 923.6 Mio. Franken. Weitere Angaben können den Erläuterungen zu den entsprechenden Bilanzpositionen entnommen werden.

4. **Zur Veräusserung verfügbare Vermögenswerte** Nicht derivative finanzielle Vermögenswerte, die als zur Veräusserung verfügbar klassifiziert sind und nicht einer anderen oben aufgeführten Kategorie zugeordnet werden können, zählen zu den zur Veräusserung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten (z.B. Nebenwerte wie Aktien von Parkhäusern oder Bergbahnen). Der Kanton Basel-Stadt verfügt per 31. Dezember 2015 über keine zur Veräusserung verfügbaren Vermögenswerte.

Absicherungsgeschäfte Zur Absicherung von Zins- und Währungsschwankungen werden nach Bedarf derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Als Sicherungsgeschäft gilt ein derivatives Finanzinstrument, dessen Marktwert einen teilweisen oder vollständigen Ausgleich der Marktwert- oder Geldflussänderung eines gesicherten Grundgeschäftes bewirkt. Bewertung und Bilanzierung der Sicherungsinstrumente erfolgen zu Marktwerten (Fair Values). Der Marktwert zeigt den positiven oder negativen Wiederbeschaffungswert. Es wird Hedge Accounting gemäss IAS 39 angewendet, das heisst die Wertänderung der Sicherungsinstrumente wird direkt, erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Im Kanton werden bei Bedarf folgende Sicherungsinstrumente eingesetzt:

- **Zinsswaps:** Im Asset & Liability Management (ALM) hat die Finanzverwaltung einen synthetischen Benchmark, der die Zinsstrategie vorgibt. Die Finanzverwaltung kann in der Bewirtschaftung des ALM in einer gewissen Bandbreite (Zinssensitivität) von der Benchmark abweichen. Die Bewirtschaftung der Positionen kann mittels Zinsswaps in Ergänzung zu insbesondere den Funding-Aktivitäten erfolgen.
- **Währungsswaps:** Ein Währungsswap ist ein Vertrag zwischen zwei Parteien über den Austausch von unterschiedlichen, spezifizierten Zinszahlungen in verschiedenen Währungen innerhalb eines im Vertrag fixierten Zeitraumes. Für alle Währungstransaktionen wird bei Geschäftsabschluss ein Devisenkurs fixiert.

Am 31. Dezember 2015 hatte der Kanton Basel-Stadt keine Zinsswaptransaktionen im Bestand.

Vorsorgeverpflichtungen nach Swiss GAAP FER 16

Der Kanton Basel-Stadt wendet für die Bilanzierung und Bewertung der wirtschaftlichen Auswirkungen von Vorsorgeverpflichtungen auf die Organisation (Kanton Basel-Stadt) Swiss GAAP FER 16 an (und nicht IPSAS 25). Diese Fachempfehlung richtet sich nicht an die Vorsorgeeinrichtungen selbst. Zentrales Element von Swiss GAAP FER 16 bildet die jährliche Beurteilung, ob aus Sicht des Unternehmens per Bilanzstichtag ein wirtschaftlicher Nutzen oder eine wirtschaftliche Verpflichtung besteht. Als Grundlage hierfür dient die nach Swiss GAAP FER 26 erstellte statutarische Jahresrechnung der Vorsorgeeinrichtung. D.h., anders als unter IPSAS 25 ist unter Swiss GAAP FER 16 keine Neuberechnung des Vorsorgekapitals notwendig.

Staatsgarantie Zur Sicherung der Vorsorgeleistungen für das Staatspersonal besteht gemäss §55 des Pensionskassengesetzes eine Garantie des Kantons Basel-Stadt im Umfang der gemäss §16 benötigten Schwankungsreserven, maximal jedoch im Umfang von 20% der Vorsorgekapitalien und der technischen Rückstellungen für das Staatspersonal. Diese Garantie entfällt, sobald im Vorsorgebereich des Staates erstmals eine Überdeckung gemäss §24 vorhanden ist.

Bilanzierung Aufgrund der baselstädtischen PK-Gesetzgebung muss bei einem Deckungsgrad von weniger als 95% die resultierende Unterdeckung zur Hälfte (Arbeitgeberanteil) als Rückstellung bilanziert werden, da der Kanton Basel-Stadt als Arbeitgeber in dieser Situation zur Sanierung verpflichtet ist. Bei einer Überdeckung (ab 100% plus Wertschwankungsreserve) können allfällige freie Mittel aktiviert werden, wenn dadurch für den Arbeitgeber ein wirtschaftlicher Nutzen besteht.

Bei einer Überdeckung besteht ein wirtschaftlicher Nutzen, wenn es zulässig und beabsichtigt ist, diese zur Senkung der Arbeitgeberbeiträge einzusetzen, aufgrund der lokalen Gesetzgebung dem Arbeitgeber zurückzuerstatten oder ausserhalb von reglementarischen Leistungen für einen anderen wirtschaftlichen Nutzen des Arbeitgebers zu verwenden. Allfällige Arbeitgeberbeitragsreserven sind, falls vorhanden, ebenfalls zu bilanzieren. Als Grundlage für eine Bewertung dient der provisorische Jahresabschluss der Vorsorgeeinrichtung des Geschäftsjahres.

Verbuchung in der Erfolgsrechnung Der Vorsorgeaufwand in der Erfolgsrechnung umfasst die geleisteten Arbeitgeberbeiträge, die Veränderung des wirtschaftlichen Nutzens respektive der wirtschaftlichen Verpflichtung sowie die Veränderung der Arbeitgeberbeitragsreserven.

Gemäss Swiss GAAP FER 16 sind somit die Veränderungen der erfassten Verpflichtungen (Arbeitgeberanteil Unterdeckung) über die Erfolgsrechnung zu buchen. Dies kann aufgrund der Kapitalmarkteinflüsse zu erheblichen Schwankungen der Abschlusszahlen der Erfolgsrechnung führen.

Sanierung / Ausfinanzierung Die bevorschussten Arbeitnehmer-Sanierungsbeiträge, welche im Rahmen der Sanierung / Ausfinanzierung der Pensionskasse in den Jahren 2008 und 2010 gebildet wurden (ehemals Spezialfinanzierungen Anteil Versicherte), werden als Aktivum im Verwaltungsvermögen unter Kontengruppe 1447 „Darlehen an Private“ bilanziert. Per Wirksamwerden des neuen Pensionskassengesetzes per 1. Januar 2016 fallen diese Vorschüsse weg.

Die folgende Tabelle zeigt die Eckdaten der Personalvorsorgeeinrichtung:

Vorsorgeverpflichtungen – Wirtschaftlicher Nutzen, wirtschaftliche Verpflichtung und Vorsorgeaufwand

in Mio. Franken	Über-, Unter- deckung per 31.12.2015	Wirtschaftlicher Anteil des Kantons per		Abw. R15/R14 abs.	Auf die Periode abge- grenzte Beiträge 2015	Vorsorgeaufwand im Personalaufwand in der Rechnung	
		31.12.2014	31.12.2015			2014	2015
Pensionskasse Basel Stadt (PKBS) / Staat	0.0	0.0	0.0	0.0	-158.1	-153.9	-158.1
Andere Vorsorgever- pflichtungen	-42.5	-4.0	-24.1	-20.1	0.0	0.0	0.0 ¹
Total	-42.5	-4.0	-24.1	-20.1	-158.1	-153.9	-158.1

Kommentar

¹ Für die Zusatzfinanzierung der Universität Basel aufgrund der Umsetzung der Pensionskassengesetz-Reform und die vorhandene Unterdeckung einzelner Anschlüsse bei der Pensionskasse BS wurden Rückstellungen von 20.1 Mio. Franken gebildet.

Eventualforderungen, -verbindlichkeiten und finanzielle Zusicherungen

Eventualforderungen Eventualforderungen stellen Positionen dar, die zwar die Bilanzierungskriterien nicht erfüllen, aber für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kantons dennoch wichtig sind.

Eine Eventualforderung wird als eine mögliche Vermögensposition aus einem vergangenen Ereignis definiert, deren Existenz erst durch eines oder mehrere zukünftige Ereignisse bestätigt werden muss. Der Eintritt dieser Ereignisse kann nicht beeinflusst werden.

Der Kanton Basel-Stadt verfügt per 31. Dezember 2015 über keine entsprechenden Eventualforderungen.

Eventualverbindlichkeiten Eventualverbindlichkeiten stellen Positionen dar, die zwar die Bilanzierungskriterien nicht erfüllen, aber für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kantons dennoch wichtig sind.

Eventualverbindlichkeiten, die auf einer expliziten gesetzlichen oder vertraglichen Grundlage (z.B. Staatsgarantie) basieren, werden im Anhang offen gelegt, auch wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit des Mittelabflusses sehr gering ist. Von den übrigen Eventualverbindlichkeiten werden nur diejenigen offen gelegt, bei denen die Eintretenswahrscheinlichkeit eines Mittelabflusses über 20% liegt.

Die folgende Tabelle zeigt die entsprechenden Eventualverbindlichkeiten:

Eventualverbindlichkeiten

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
Staatsgarantien	0.0	0.0	0.0	0.0
Staatsgarantie gegenüber der Basler Kantonalbank gemäss § 2 des Gesetzes über die Basler Kantonalbank vom 30.06.1994.	unbeschränkt	unbeschränkt		
Staatsgarantie gegenüber der Pensionskasse Basel-Stadt für den Arbeitnehmeranteil an der Unterdeckung.	0.0	0.0	0.0	0.0 ¹
Staatsgarantie gegenüber dem Euroairport Basel-Mühlhausen gemäss § 14 der Vereinbarung zwischen der Schweiz, Eidgenossenschaft sowie den Kantonen BS und BL.	unbeschränkt gemäss Anteil BS	unbeschränkt gemäss Anteil BS		
Bürgschaften	0.0	0.3	-0.3	0.0
Bürgschaft gegenüber der Eidgenössischen Zollverwaltung.	0.0	0.0	0.0	0.0 ²
Übrige Bürgschaften	0.0	0.3	-0.3	n.a.
Garantieverpflichtungen	0.9	0.8	0.2	20.0
Garantie für die Vermögenswerte der ABES-Klienten (Betriebs- und Anlagekonten sowie Wertschriftendepots).	nicht quantifizierbar	nicht quantifizierbar		
Garantie gegenüber dem Bund für Darlehen zu Gunsten Technologiepark Basel.	0.9	0.8	0.2	20.0
Pfandbestellungen für Verpflichtung Dritte	0.0	0.0	0.0	0.0
Keine				
Vereinbarte Konventionalstrafen	0.0	0.0	0.0	0.0
Keine				
Rechtsfälle	0.0	0.0	0.0	0.0
Keine				
Übrige Eventualverbindlichkeiten	0.0	1.6	-1.6	n.a.
Übrige Eventualverbindlichkeiten	0.0	1.6	-1.6	n.a.

Kommentar

- Per 31.12.2015 besteht keine Unterdeckung, deren Umfang eine Rückstellung (Arbeitgeberbeiträge) und Eventualverpflichtung (Arbeitnehmerbeiträge) bedingen würde.
Anmerkung: Die finanziellen Auswirkungen der Pensionskassengesetz-Reform (gültig ab dem 1. Januar 2016) sollen gesamthaft im 2016 abgewickelt werden.
- Es handelt sich in beiden Jahren um 12'000 Franken.

Finanzielle Zusicherungen Finanzielle Zusicherungen sind künftige Verpflichtungen, die im Moment noch nicht zu Zahlungen führen, aber in Zukunft eine Zahlung auslösen werden, welche den Nutzenzufluss in der Zukunft entschädigt. Finanzielle Zusicherungen werden nicht bilanziert.

Die folgende Tabelle zeigt die entsprechenden finanziellen Zusicherungen:

Finanzielle Zusicherungen (Commitments)

in Mio. Franken	Bestand per 31.12.2014	Fälligkeit des Bestandes 2014	
		2015	später
Ausgabenbewilligungen GR/RR zulasten Investitionsrechnung	1'324.9	508.9	816.0 ¹
- davon zugesicherte Investitionsbeiträge	32.6	16.2	16.4
Ausgabenbewilligungen GR/RR zulasten Erfolgsrechnung	1'431.8	911.4	520.4 ²
Langfristige Verträge ohne operatives Leasing (z.B. Bezugsverträge etc.)	80.4	8.9	71.5
Verpflichtungen für operatives Leasing	0.5	0.3	0.2
Andere finanzielle Zusicherungen	1'000.0	0.0	1'000.0

in Mio. Franken	Bestand per 31.12.2015	Fälligkeit des Bestandes 2015	
		2016	später
Ausgabenbewilligungen GR/RR zulasten Investitionsrechnung	1'235.5	506.5	729.0 ³
- davon zugesicherte Investitionsbeiträge	64.5	22.6	42.0
Ausgabenbewilligungen GR/RR zulasten Erfolgsrechnung	1'471.2	977.6	493.6 ⁴
Langfristige Verträge ohne operatives Leasing (z.B. Bezugsverträge etc.)	54.7	5.6	49.1
Verpflichtungen für operatives Leasing	0.3	0.3	0.0
Andere finanzielle Zusicherungen	1'000.0	1'000.0	0.0 ⁵

Kommentar

- 1 Berechnung auf Basis der Investitionsübersichtsliste (IÜL) aus Budgetbericht 2015 (Planwerte).
- 2 Berechnung auf Basis der Beitragslisten aus Budgetbericht 2015 (Planwerte).
- 3 Berechnung auf Basis der Investitionsübersichtsliste (IÜL) aus Budgetbericht 2016 (Planwerte).
- 4 Berechnung auf Basis der Beitragslisten aus Budgetbericht 2016 (Planwerte).
- 5 Im Rahmen der Revision des Pensionskassengesetzes fallen per 2016 Besitzstandskosten von rund 400 Mio. Franken an. Zudem muss das Darlehen an die Pensionskassen-Destinatäre, dass noch rund 600 Mio. Franken beträgt, abgeschrieben werden (siehe auch Erläuterungen zu Bilanz, Kontengruppe 144 Darlehen Verwaltungsvermögen).

Operatives Leasing

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
Leasingverpflichtungen	0.5	0.3	-0.2	-40.3
Fälligkeit < 1 Jahr	0.3	0.3	0.0	2.0
Fälligkeit 1 - 5 Jahre	0.2	0.0	-0.2	-93.2
Fälligkeit > 5 Jahre	0.0	0.0	0.0	n.a.
Leasingaufwand des Jahres	0.3	0.4	0.1	32.2

Bei den Leasingverpflichtungen sind ein Kuvertiersystem bei der Steuerverwaltung sowie Mietbekleidung bei der Rettung und bei den Zahnkliniken die grössten Positionen.

Segmentberichterstattung 2015

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	PD	BVD	ED	FD	GD	JSD	WSU
30 Personalaufwand	-55.2	-123.4	-497.9	-74.9	-44.5	-230.1	-115.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	-48.0	-72.0	-154.5	-39.6	-15.7	-118.4	-54.9
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.1	-1.3	-0.8	-2.0	-0.7	-1.5	-0.2
36 Transferaufwand	-73.2	-87.3	-437.4	0.0	-513.4	-11.8	-621.3
Betriebsaufwand	-176.5	-284.0	-1'090.6	-116.4	-574.3	-361.8	-791.7
40 Fiskalertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
41 Regalien und Konzessionen	0.0	7.9	0.0	0.0	0.0	0.0	10.4
42 Entgelte	10.8	98.8	47.1	72.2	20.0	106.7	73.7
43 Verschiedene Erträge	1.5	5.5	3.6	0.7	-0.0	0.0	2.2
46 Transferertrag	7.0	7.7	115.6	0.0	4.6	13.4	193.1
Betriebsertrag	19.3	119.9	166.2	72.9	24.6	120.1	279.4
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-157.2	-164.2	-924.4	-43.5	-549.7	-241.6	-512.2
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-6.8	-50.5	-4.0	-6.9	-0.5	-6.4	-4.8
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	0.0	0.0	-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.6	-4.9	-0.5	0.0	-0.8	-0.5	-1.1
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	4.9	2.4	0.0	0.0	0.0	0.6	0.0
Abschreibungen	-1.3	-53.0	-4.6	-6.9	-1.3	-6.3	-5.9
Betriebsergebnis	-158.5	-217.2	-929.0	-50.4	-551.0	-248.0	-518.1
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.0	-0.0	-0.4	-0.0	-0.3	-0.0
44 Finanzertrag	0.2	2.5	0.3	0.0	0.0	0.1	0.0
Finanzergebnis	-0.0	2.5	0.3	-0.4	-0.0	-0.2	-0.0
Gesamtergebnis	-158.5	-214.7	-928.7	-50.8	-551.0	-248.2	-518.1

Investitionsrechnung in Mio. Franken

Investitionsausgaben	-12.8	-98.3	-13.6	-4.4	-8.1	-9.5	-4.7
Investitionseinnahmen	4.5	5.1	0.3	0.0	0.0	0.5	0.0
Nettoinvestitionen	-8.3	-93.3	-13.3	-4.4	-8.1	-9.0	-4.7

Bilanz in Mio. Franken

Umlaufvermögen	5.2	33.1	137.8	608.6	42.1	32.4	153.7
Anlagevermögen Finanzvermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	5.0	11.0
Anlagevermögen Verwaltungsvermögen	19.5	1'014.8	27.0	10.6	34.4	34.3	97.6
Total Aktiven	24.7	1'047.9	164.8	619.3	76.5	71.7	262.3
Kurzfristiges Fremdkapital	-11.3	-329.9	-138.3	-625.6	-69.1	-46.5	-50.5
Langfristiges Fremdkapital	-10.7	-7.6	-17.7	-0.9	-6.4	-17.4	-71.2
Eigenkapital	-2.7	-710.4	-8.8	7.3	-1.0	-7.7	-140.6
Total Passiven	-24.7	-1'047.9	-164.8	-619.3	-76.5	-71.7	-262.3

Segmentberichterstattung 2015, Fortsetzung

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Gerichte	Behörden	Regierung, übriges Zweck- gebun- denes	Elimi- nation, interne Verrech- nungen	Total Zweck- gebun- denes	Total Nicht- zweck- gebun- denes	Total Stamm- haus
30 Personalaufwand	-40.8	-7.6	-34.5	9.4	-1'214.7	0.0	-1'214.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-23.9	-2.0	-77.3	190.2	-416.1	-32.8	-448.9
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.0	0.0	0.0	0.0	-6.6	0.0	-6.6
36 Transferaufwand	0.0	0.0	-0.8	56.1	-1'689.2	-164.3	-1'853.5
Betriebsaufwand	-64.7	-9.7	-112.7	255.7	-3'326.6	-197.1	-3'523.7
40 Fiskalertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	2'785.3	2'785.3
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	18.3	31.1	49.4
42 Entgelte	26.7	0.1	111.2	-183.5	383.7	17.7	401.4
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	29.0	-16.2	26.3	0.7	27.1
46 Transferertrag	0.0	0.0	7.6	-56.1	292.9	293.8	586.7
Betriebsertrag	26.7	0.1	147.7	-255.7	721.3	3'128.6	3'849.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-37.9	-9.6	35.1	0.0	-2'605.3	2'931.5	326.2
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-0.0	0.0	-96.1	0.0	-175.9	0.0	-175.9
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-2.5	-2.5
365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-0.0
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-1.0	0.0	-8.3	0.0	-8.3
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	4.8	0.0	12.8	0.0	12.8
Abschreibungen	-0.0	0.0	-92.3	0.0	-171.5	-2.5	-174.0
Betriebsergebnis	-37.9	-9.6	-57.2	0.0	-2'776.8	2'929.0	152.1
34 Finanzaufwand	-0.1	0.0	-6.6	0.5	-7.2	-164.6	-171.8
44 Finanzertrag	0.1	0.0	62.8	-0.5	65.5	386.6	452.1
Finanzergebnis	0.0	0.0	56.2	0.0	58.3	222.0	280.3
Gesamtergebnis	-37.9	-9.6	-1.1	0.0	-2'718.6	3'151.0	432.4

Investitionsrechnung in Mio. Franken

Investitionsausgaben	-0.1	0.0	-281.3	0.0	-432.8	-164.8	-597.6
Investitionseinnahmen	0.0	0.0	86.0	0.0	96.3	3.4	99.7
Nettoinvestitionen	-0.1	0.0	-195.3	0.0	-336.5	-161.4	-497.9

Bilanz in Mio. Franken

Umlaufvermögen	20.9	0.6	45.7	-2'415.7	-1'335.6	4'032.5	2'696.9
Anlagevermögen Finanzvermögen	40.0	0.0	0.0	0.0	56.0	2'353.0	2'409.0
Anlagevermögen Verwaltungsvermögen	0.1	0.0	2'597.5	0.0	3'835.7	2'324.6	6'160.3
Total Aktiven	61.0	0.6	2'643.2	-2'415.7	2'556.1	8'710.1	11'266.2
Kurzfristiges Fremdkapital	-79.8	-0.4	-1'969.6	2'415.7	-905.3	-3'241.2	-4'146.5
Langfristiges Fremdkapital	-1.4	-0.2	-76.1	0.0	-209.6	-2'584.5	-2'794.1
Eigenkapital	20.2	0.1	-597.5	0.0	-1'441.2	-2'884.4	-4'325.5
Total Passiven	-61.0	-0.6	-2'643.2	2'415.7	-2'556.1	-8'710.1	-11'266.2

Kommentar

- 1 Ohne Wertberichtigung Darlehen, Beteiligungen und ohne Abschreibungen Grossinvestitionsbeiträge (vgl. Fussnoten 3, 4 und 5).
- 2 Ohne Auflösung Grossinvestitionsbeiträge (vgl. Fussnote 6)
- 3 Die Positionen 3, 4, 5 und 6 werden (im Gegensatz zur Erfolgsrechnung des Kantons) separat ausgewiesen, zwecks Vergleichbarkeit mit den Departementsberichten.

Nahe stehende Einheiten und Personen

Einheiten oder Personen gelten als nahe stehend, wenn eine der Parteien die Möglichkeit hat, die andere Partei zu **beherrschen oder massgeblichen Einfluss** bei finanziellen oder operativen Entscheidungen auf sie auszuüben. Nahe stehende Einheiten und Personen umfassen:

- Beherrschte Organisationen nach IPSAS 6 (Konsolidierte und Einzelabschlüsse).
- Gemeinschaftlich geführte Organisationen (Joint Ventures).
- Assoziierte Organisationen nach IPSAS 7 (Anteile an assoziierten Einheiten), d.h. Einheiten, auf die der Kanton einen massgeblichen Einfluss hat.
- Die Pensionskasse Basel-Stadt.
- Einzelpersonen: Mitglieder des Regierungsrats, Vertreter des obersten Kaderns, Familienmitglieder der genannten Personen sowie die Einheiten auf die die genannten Personen einen massgeblichen Einfluss haben.

Als nahe stehende Einheiten gelten:

- AG zum Storchen
- Basler Kantonalbank (BKB)
- Basler Personenschiffahrts-Gesellschaft AG
- Basler Verkehrs-Betriebe (BVB)
- BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel
- Fachhochschule Nordwestschweiz
- Felix Platter-Spital Basel (FPS)
- Flughafen Basel-Mulhouse
- Gebäudeversicherung des Kantons Basel-Stadt
- Industrielle Werke Basel (IWB)
- Interkantonale Strafanstalt Bostadel
- Interkantonale Polizeischule Hitzkirch
- MCH Group AG
- Motorfahrzeugprüfstation beider Basel
- Pensionskasse Basel-Stadt
- ProRhenno AG
- Rimas Insurance Broker AG
- Schweizerische Rheinhäfen
- Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH)
- Technologie Park Basel AG
- TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche
- Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK)
- Universität beider Basel
- Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)
- Universitätsspital Basel (USB)

Als nahe stehende Personen gelten (in Anlehnung an §46 a des Wahlgesetzes):

- Alle offiziellen Dienststellen-Leiter und -Leiterinnen (ohne Stellvertretungen)
- Alle Generalsekretäre und -sekretärinnen (inkl. CO-Leitungen)
- Alle Regierungssprecher

Für das Erziehungsdepartement gilt folgende Regelung:

- Leiter Bildung
- Leiter Hochschulen
- Bereichsleiter Kommunikation und Koordination
- Leiter Zentrale Dienste
- Generalsekretär

Dazu gehören auch Familienmitglieder der genannten Personen.

Bei den Transaktionen mit nahe stehenden Einheiten und Personen werden nur jene ausgewiesen, die nicht zu Marktkonditionen durchgeführt wurden und die besseren Konditionen auch nicht durch eine Rechtsgrundlage (Gesetz, Grossrats- oder Regierungsratsbeschluss) legitimiert wurden.

Im Gegensatz dazu werden unter Forderungen und Verbindlichkeiten alle Transaktionen bzw. deren Saldo per Ende Berichts- und Vorjahr aufgeführt. Die folgende Tabelle zeigt die entsprechenden Details:

Nahestehende Personen und Einheiten

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
Keine	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Transaktionen mit nahe stehenden Personen	0.0	0.0	0.0	0.0
Keine	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Transaktionen mit nahe stehenden Einheiten	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Transaktionen mit Nahestehenden	0.0	0.0	0.0	0.0

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
Keine	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Forderungen gegenüber nahe stehenden Personen	0.0	0.0	0.0	0.0
Basler Verkehrs-Betriebe (BVB)	96.9	150.2	53.4	55.1
Basler Personenschiffahrt AG	0.0	0.5	0.5	n.a.
BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel	0.0	0.0	0.0	n.a.
Fachhochschule Nordwestschweiz	0.3	0.0	-0.2	-85.3
Felix Platter-Spital Basel (FPS)	0.1	120.1	120.1	>100.0
Healthcare Ifra AG	0.0	0.0	0.0	n.a.
Industrielle Werke Basel (IWB)	253.5	304.6	51.2	20.2
MCH Group AG	160.1	157.5	-2.6	-1.6
ProRhen AG	0.7	0.7	0.1	10.3
Pensionskasse Basel-Stadt	0.0	1.3	1.3	n.a.
Rimas Insurance Broker AG	0.0	0.0	0.0	n.a.
Schweizerische Rheinhäfen	0.1	0.1	0.0	-11.7
Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH)	0.0	0.0	0.0	n.a.
Technologie Park AG	0.2	0.2	0.0	n.a.
Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK)	13.5	19.6	6.1	45.0
Universität beider Basel	37.6	76.2	38.7	>100.0
Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)	0.0	0.0	0.0	-46.2
Universitätsspital Basel (USB)	1.7	50.3	48.7	>100.0
Total Forderungen gegenüber nahe stehenden Einheiten	564.5	881.5	317.0	56.2
Total Forderungen gegenüber Nahestehenden	564.5	881.5	317.0	56.2
Diverse	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Verbindlichkeiten gegenüber nahe stehenden Personen	0.0	0.0	0.0	0.0
AG zum Storchen	-1.5	0.0	1.4	99.4
Basler Verkehrs-Betriebe (BVB)	-67.7	-26.9	40.9	60.3
BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel	0.0	0.0	0.0	n.a.
Fachhochschule Nordwestschweiz	-0.7	-0.9	-0.2	-22.3
Felix Platter-Spital Basel (FPS)	-92.7	-191.0	-98.3	<-100.0
Gebäudeversicherung des Kantons Basel-Stadt	-0.2	-0.3	-0.1	-28.4
Industrielle Werke Basel (IWB)	-4.9	-25.3	-20.4	<-100.0
MCH Group AG	-0.1	-0.2	-0.1	n.a.
ProRhen AG	0.0	-0.3	-0.3	n.a.
Pensionskasse Basel-Stadt	0.0	-0.4	-0.3	n.a.
Technologie Park AG	0.0	0.0	0.0	n.a.
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche	0.0	-0.9	-0.9	n.a.
Schweizerische Rheinhäfen	0.0	-0.3	-0.3	<-100.0
Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel (UPK)	-1.9	-2.1	-0.2	-8.8

in Mio. Franken	per	per	Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
Universität beider Basel	-0.1	-2.5	-2.4	<-100.0
Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB)	-1.9	-0.7	1.1	60.1
Universitätsspital Basel (USB)	-11.3	-177.8	-166.5	<-100.0
Total Verbindlichkeiten gegenüber nahe stehenden Einheiten	-183.1	-429.5	-246.4	<-100
Total Verbindlichkeiten gegenüber Nahestehenden	-183.1	-429.5	-246.4	<-100
Total Forderungen und Verbindlichkeiten Nahestehende	381.4	452.0	70.6	18.5

Vergütung an Führungskräfte

in Franken	durchschnittlich pro Person	Anzahl Personen (Vollzeitbasis)	Total Rechnung 2014
Vergütungen an Regierungsratsmitglieder	305'897	7.00	2'141'276
Vergütungen an oberstes Kader	188'719	51.75	9'766'210
Vergütungen Führungskräfte	202'681	58.75	11'907'486

in Franken	durchschnittlich pro Person	Anzahl Personen (Vollzeitbasis)	Total Rechnung 2015
Vergütungen an Regierungsratsmitglieder	304'693	7.00	2'132'852
Vergütungen an oberstes Kader	192'503	54.45	10'481'781
Vergütungen Führungskräfte	205'283	61.45	12'614'632

Kreditübertragungen

Gemäss Finanzhaushaltgesetz §17 verfallen nicht verwendete Budget- und Nachtragskredite am Ende des Rechnungsjahres. Nicht beanspruchte Kredite für im Budget ausgewiesene Vorhaben mit einmaligem Charakter, welche innerhalb der Rechnungsperiode nicht abgeschlossen werden, können vom Regierungsrat auf das folgende Jahr übertragen werden. Eine Kreditübertragung kann direkt vom Regierungsrat beschlossen werden, für den gleichen Budgetkredit kann die Kreditübertragung allerdings höchstens drei Mal in Folge beantragt werden (VFHG §16 Abs. 6).

Bestand und Veränderungen von Kreditübertragungen werden dem Grossen Rat mit dem vorliegenden Jahresbericht zur Kenntnis gebracht.

Die folgenden Tabellen zeigen einerseits die Summen der Kreditübertragungen im Mehrjahresvergleich und andererseits die Kreditübertragungen für das Budget 2015 im Detail (zwecks Vergleich zur Rechnung 2015):

Kreditübertragungen aller Departemente / Gerichte

in Franken	2011/2012 bewilligt	2012/2013 bewilligt	2013/2014 bewilligt	2014/2015 bewilligt	2015/2016 bewilligt
Präsidialdepartement	738'230	750'000	750'000	1'002'800	976'972
Bau- u. Verkehrsdepartement	1'330'300	0	0	0	0
Erziehungsdepartement	0	0	0	0	0
Finanzdepartement	0	0	0	0	0
Gesundheitsdepartement	0	0	0	0	0
Justiz- u. Sicherheitsdepartement	0	0	0	0	0
Departement für Wirtschaft, Soziales u. Umwelt.	0	0	0	0	0
Gerichte	0	0	0	0	0
Total	2'068'530	750'000	750'000	1'002'800	976'972

Kreditübertragungen von Budget 2014 auf Budget 2015

in Franken	Gegenstand	B14 auf B15
Aussenbeziehungen und Standortmarketing (PD)	NRP / ETZ Interreg IV	492'000
Aussenbeziehungen und Standortmarketing (PD)	NRP / ETZ Interreg V	250'000
Aussenbeziehungen und Standortmarketing (PD)	World Expo 2015 in Milano	249'100
Kultur (PD)	Atelierkredit	11'700
Total		1'002'800

Nachtragskredite

Gemäss Finanzhaushaltsgesetz §15 kann der Regierungsrat oder eine Kommission des Grossen Rates dem Grossen Rat in einer speziellen Vorlage die nachträgliche Aufnahme ins Budget in Form eines Nachtragskredits beantragen, falls eine Überschreitung von Budgetkrediten nicht mittels Kreditüberschreitung bewilligt werden kann. Nachtragskredite erhöhen die vorgängig gesprochenen Budgetkredite. Da die Budgethoheit beim Grossen Rat liegt, hat er auch über Nachtragskreditbegehren zu beschliessen.

Der Grosse Rat beschliesst über Nachtragskredite auf Antrag seiner Finanzkommission. Die folgende Tabelle zeigt die Nachtragskredite für das Budget 2015 im Detail:

Nachtragskredite alle Departemente / Gerichte

in Franken	Gegenstand	B15
Hochschulen (ED)	Swiss Tropical and Public Health Institut	1'500'000
Total		1'500'000

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag sind Ereignisse, die nach dem Bilanzstichtag und vor der Genehmigung des Jahresabschlusses durch den Regierungsrat eintreten. Der Jahresabschluss 2015 wurde am 15. März 2016 durch den Regierungsrat genehmigt.

Es können zwei Arten von Ereignissen nach dem Bilanzstichtag unterschieden werden:

- Berücksichtigungspflichtige Ereignisse bedingen eine Anpassung des Jahresabschlusses.
- Nicht berücksichtigungspflichtige Ereignisse bedingen eine Offenlegung im Anhang, sofern das jeweilige Ereignis im Verhältnis zum Jahresabschluss wesentlich ist (> 1 Mio. Franken).

Für den Jahresabschluss 2015 gibt es keine wesentlichen Ereignisse im Anhang offen zu legen.

3.7 Bericht der Finanzkontrolle zur Jahresrechnung



Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt

Leonhardsgraben 3, Postfach, CH-4001 Basel

Telefon +41 (0)61 267 95 86

www.finanzkontrolle.bs.ch

Zusammenfassender Bericht der Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt zur Jahresrechnung 2015 an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt

Als Revisionsstelle gemäss Finanz- und Verwaltungskontrollgesetz (FVKG) vom 17. September 2003 (SG 610.200) haben wir die beiliegende **Jahresrechnung des Kantons Basel-Stadt** bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung, Geldflussrechnung, Eigenkapitalnachweis und Anhang für das am 31. Dezember 2015 abgeschlossene Rechnungsjahr geprüft.

Verantwortung des Regierungsrates:

Der Regierungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften (SG 610.100 Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt vom 14. März 2012 sowie die darauf basierenden Erlasse) verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Regierungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Finanzkontrolle:

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften (FVKG) und den Grundsätzen des Berufsstandes vorgenommen. Nach diesen Grundsätzen haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die - nach §1 des FVKG unabhängige - Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätzen und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Existenz und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt

Prüfungsurteil:

Nach unserer Beurteilung entspricht die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2015 abgeschlossene Rechnungsjahr den gesetzlichen Vorschriften (SG 610.100 Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt vom 14. März 2012 sowie die darauf basierenden Erlasse).

Ohne unser Prüfungsurteil zu modifizieren, machen wir darauf aufmerksam, dass die Anlagebuchhaltung noch Mängel bezüglich Vollständigkeit aufweist. So sind die Wasserbauten unvollständig inventarisiert.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Basel, 3. Mai 2016

Finanzkontrolle des Kantons Basel-Stadt


Daniel Dubois
Revisionsexperte
Leitender Revisor


Dieter von Allmen
Revisionsexperte

4 Der Kanton

4.1 Jahresrechnung Kanton

Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'155.0	-1'213.7	-1'214.7	-1.0	-0.1	-59.7	-5.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-475.1	-430.0	-448.9	-18.9	-4.4	26.2	5.5
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-5.6	-6.1	-6.6	-0.6	-9.4	-1.1	-19.0
36 Transferaufwand	-1'919.1	-1'935.1	-1'853.5	81.6	4.2	65.7	3.4
39 Interne Verrechnungen	-255.4	-263.5	-256.2	7.3	2.8	-0.8	-0.3
Betriebsaufwand	-3'810.2	-3'848.3	-3'780.0	68.4	1.8	30.2	0.8
40 Fiskalertrag	2'619.2	2'548.6	2'785.3	236.7	9.3	166.1	6.3
41 Regalien und Konzessionen	17.1	33.7	49.4	15.7	46.4	32.2	>100.0
42 Entgelte	502.2	460.9	401.4	-59.5	-12.9	-100.7	-20.1
43 Verschiedene Erträge	22.4	4.6	27.1	22.5	>100.0	4.6	20.5
46 Transferertrag	549.1	546.2	586.7	40.5	7.4	37.6	6.9
49 Interne Verrechnungen	255.4	263.5	256.2	-7.3	-2.8	0.8	0.3
Betriebsertrag	3'965.4	3'857.6	4'106.1	248.5	6.4	140.7	3.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	155.2	9.3	326.2	316.9	>100.0	170.9	>100.0
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-168.2	-171.3	-175.9	-4.6	-2.7	-7.7	-4.6
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	-4.3	-2.5	-2.5	-0.0	-1.6	1.7	40.6
365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV	0.0	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	-0.0	n.a.
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-11.1	-8.7	-8.3	0.4	4.9	2.8	25.2
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	12.1	7.8	12.8	5.0	63.3	0.7	5.9
Abschreibungen	-171.6	-174.7	-174.0	0.7	0.4	-2.4	-1.4
Betriebsergebnis	-16.4	-165.5	152.1	317.6	>100.0	168.5	>100.0
34 Finanzaufwand	-199.5	-92.8	-171.8	-79.0	-85.2	27.7	13.9
44 Finanzertrag	395.2	294.2	452.1	157.9	53.7	56.9	14.4
Finanzergebnis	195.7	201.4	280.3	78.9	39.2	84.6	43.3
Gesamtergebnis	179.3	35.9	432.4	396.5	>100.0	253.1	>100.0
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-102.9	-151.8	-131.8	20.0	13.2	-29.0	-28.1
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-285.0	-276.8	-284.4	-7.6	-2.7	0.6	0.2
2 Bildung	-892.9	-889.0	-894.6	-5.6	-0.6	-1.7	-0.2
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-173.9	-167.6	-169.8	-2.2	-1.3	4.2	2.4
4 Gesundheit	-414.8	-404.6	-414.6	-9.9	-2.5	0.3	0.1
5 Soziale Sicherheit	-648.7	-670.9	-667.9	3.0	0.4	-19.2	-3.0
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-151.4	-165.1	-143.9	21.2	12.8	7.5	5.0
7 Umweltschutz und Raumordnung	5.3	3.3	0.2	-3.1	-93.9	-5.1	-96.2
8 Volkswirtschaft	-8.3	-4.2	-5.4	-1.2	-28.2	2.9	34.8
9 Finanzen und Steuern	2'851.9	2'762.5	3'144.5	382.1	13.8	292.7	10.3

Finanzen

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-325.2	-467.0	-402.8	64.2	13.8	-77.6	-23.8
Ausgaben Kleininvestitionen	-4.9	-5.5	-8.6	-3.1	-56.6	-3.6	-73.5
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-23.9	0.0	-21.3	-21.3	n.a.	2.7	11.1
Einnahmen Grossinvestitionen	1.7	6.7	10.3	3.6	53.2	8.6	>100.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	36.9	20.0	28.0	8.0	40.2	-8.9	-24.1
Nettoinvestitionen	-315.5	-445.8	-394.3	51.5	11.5	-78.8	-25.0
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-13.4	-88.0	-165.0	-77.0	-87.5	-151.6	<-100.0
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	58.5	57.7	61.4	3.7	6.4	2.9	4.9
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	45.1	-30.3	-103.6	-73.3	<-100.0	-148.7	<-100.0
Saldo Investitionsrechnung	-270.3	-476.1	-497.9	-21.8	-4.6	-227.5	-84.2

4.1.1 Personalentwicklung

Die Ausrichtung und Weiterentwicklung des Personalmanagements bei Basel-Stadt orientiert sich an den personalstrategischen Leitlinien. 2015 standen folgende Themen im Vordergrund:

Abschluss der Systempflege Mit dem Projekt wurde das nicht mehr zeitgemässe Instrumentarium zur Bewertung und Zuordnung von Funktionen überarbeitet und damit die korrekte und nachvollziehbare Einreihung der Stellen im Lohnsystem von Basel-Stadt gewährleistet. Plangemäss und unter Einhaltung des Projektbudgets erfolgte per 1. Februar 2015 die Überführung sämtlicher Stellen der Verwaltung (exkl. Gerichte) sowie der BVB und der IWB in die aktualisierte Lohnsystematik. Im Rahmen des Projekts wurden die Stellenbeschreibungen verwaltungsweit überprüft und grossmehrheitlich überarbeitet. Auf dieser Grundlage konnten die Stellen dann korrekt auf die Richtpositionen des aktualisierten Einreihungsplanes zugeordnet werden. Das aktualisierte Stellenbewertungssystem hat sich dabei als anschlussfähig erwiesen.

Mit der Überführung konnte das Projekt Systempflege erfolgreich abgeschlossen werden. Da die Mitarbeitenden die Möglichkeit haben, bezüglich der Zuordnung ihrer Stelle Feststellungsverfügungen zu verlangen sowie Einsprache und ggf. Rekurs zu erheben, fallen nun Nacharbeiten an, die voraussichtlich bis 2017 Ressourcen des Zentralen Personaldienstes beanspruchen. Zur Beratung bei Rekursen hat der Regierungsrat eine paritätische Überführungskommission gewählt und auch das zugehörige Kommissionssekretariat wurde eingerichtet. Die Kommissionsmitglieder wurden im Rahmen diverser Schulungen auf ihre anfangs 2016 beginnende Aufgabe vorbereitet.

Chancengleichheit Zur laufenden Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern beim Arbeitgeber Basel-Stadt wurden im April 2015 in einem interdepartementalen Workshop die Chancengleichheitsziele für die Controllingperiode 2015-2017 konkretisiert. Im Weiteren wurde das „Forum für Kaderfrauen“, eine Netzwerkplattform für Mitarbeiterinnen des Mittleren und Oberen Kaderns, erfolgreich gestartet.

Grundlagen für ein strategisches Diversity-Konzept Die für die Erarbeitung eines verwaltungsinternen Diversity-Konzepts vom Regierungsrat bewilligte Stelle konnte im Herbst 2015 besetzt und das Projekt gestartet werden. Begonnen wurde mit einer Bestandsaufnahme, in welcher die Strukturen, Personalprozesse, Regelungen, Richtlinien und die Organisationskultur in der Verwaltung in Bezug auf den Umgang mit Vielfalt untersucht werden. Erste Situations- und Bedarfsanalysen wurden durchgeführt und finden im 2016 ihre Fortsetzung. Ergebnisse aus der Mitarbeit im kantonalen Integrationsprogramm der Fachstelle Diversität und Integration, in welchem der Zentrale Personaldienst mit Blick auf den Arbeitgeber Basel-Stadt seit 2012 mitwirkt, fliessen ebenfalls in die Konzeptarbeit ein.

Weiterentwicklung des Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiter-Gesprächs Die zentralen Personalprozesse beim Arbeitgeber Basel-Stadt – Rekrutierung, Vergütung, Beurteilung und Entwicklung –

werden sukzessive in Richtung eines integrierten Personalmanagements stärker aufeinander abgestimmt. In einem ersten Schritt wurden die in Form von Kompetenzen ausgedrückten Anforderungen an die Mitarbeitenden konkretisiert und durch diese Veranschaulichung auch für Nichtexperten greifbarer gemacht. Parallel dazu wurde eine Auslegeordnung zur aktuellen Nutzung des Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergesprächs in den Departementen erstellt. Diese bieten wichtige Grundlagen für die nun folgende Überarbeitung des Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergesprächs.

Berufsbildungsanalyse des Lehrbetriebs Basel-Stadt Im Rahmen der 2014 begonnenen Analyse Berufsbildung des Lehrbetriebs Basel-Stadt wurden Bedarf und Möglichkeiten der strategischen Weiterentwicklung der Berufsbildung bei Basel-Stadt ermittelt. Die Personalfachorganisation beschloss im August 2015, die Berufsbildung mit einer gemeinsam definierten, departementsübergreifenden Strategie für alle Lehrberufe zu stärken und als wichtige, wertschöpfende Investition in die Zukunft neu zu positionieren. Dabei soll die Attraktivität des Kantons als Lehrbetrieb zur Sicherung von ausreichend Nachwuchs an qualifizierten Fachkräften gefördert werden, und für motivierte, engagierte Jugendliche nachhaltig der Einstieg in die Arbeitswelt ermöglicht werden. Ab 2016 wird die Strategiegruppe entsprechende Optimierungsmassnahmen erarbeiten.

Laufbahn bei Basel-Stadt Der Regierungsrat beschloss im November 2014, das bisher befristete Laufbahn-Programm definitiv zu implementieren. Es bildet seither einen festen Bestandteil der Führungsentwicklung bei Basel-Stadt. 2015 konnte bereits der zehnte Durchgang erfolgreich gestartet werden. Im Herbst 2015 wurde ein Submissionsverfahren begonnen zur Ermittlung des künftigen Leistungserbringers für die Konzeption und jährliche Durchführung des Laufbahn-Assessment Centers.

Massnahmen aufgrund des neuen Pensionskassengesetzes Im Hinblick auf das Inkrafttreten des neuen Pensionskassengesetzes per 1. Januar 2016 wurden verschiedene Rechtsfragen im Zusammenhang mit dem Vorsorgeplan Bereich Staat geklärt und die Anpassung diverser Verordnungen vorbereitet. Im Weiteren wurde die Informatik-Schnittstelle des Zentralen Personaldienstes zur Pensionskasse den neuen Regelungen angepasst. Für die Mitarbeitenden der Personalfachorganisation wurden Schulungen mit Experten der Pensionskasse organisiert, um sie mit den Neuerungen vertraut zu machen. Auch für die Mitarbeitenden wurden mehrere Informationsveranstaltungen mit PK-Experten angeboten.

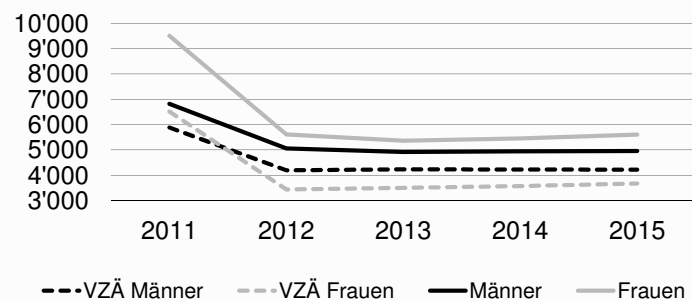
Stellen- und Personalstatistik per 31. Dezember 2015: Headcount

Departemente / Betriebe	Stellen (Vollzeitäquivalent)					Köpfe
	Ist (I) 2014	Plafond (P) 2015	Ist (I) 2015	Abw. abs. I15/P15	Abw. abs. I15/I14	Ist (I) 2015
Präsidialdepartement	398	407	397	-10	-1	610
Bau- und Verkehrsdepartement	942	950	943	-7	1	1'044
Erziehungsdepartement	3'110	3'214	3'142	-72	32	4'918
davon Departement	489		466			670
davon Schulen	2'621		2'676			4'248
Finanzdepartement	475	519	488	-31	13	551
Gesundheitsdepartement	290	319	295	-24	5	392
Justiz- und Sicherheitsdepartement	1'629	1'713	1'655	-58	26	1'821
Dep. für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	672	706	690	-17	17	860
Gerichte	243	247	247	0	4	310
Zwischentotal	7'759	8'074	7'857	-219	97	10'506
Behörden/Parlament/Regierungsrat	38	36	37	1	-1	51
Sozialstellenplan	2	20	1	-19	-1	1
Total Staat	7'799	8'130	7'894	-236	95	10'558

Kommentar

- Der Personalbestand wird in Vollzeitäquivalenten (VZÄ) und Personen (Anzahl Köpfe) ausgewiesen. Die Angabe in Vollzeitäquivalenten resultiert aus der Umrechnung des Beschäftigungsgrades aller Beschäftigten in Vollzeitstellen. Im Headcount enthalten sind alle unbefristet angestellten Mitarbeitenden im Stunden- und Monatslohn, alle länger als ein Jahr befristet angestellten Mitarbeitenden und alle Durchgangsstellen im Gesundheitsdepartement. Im Headcount nicht enthalten sind alle weniger als ein Jahr befristet angestellten Mitarbeitenden, alle Ausbildungs-, Kredit- und weiterverrechneten Stellen und alle Durchgangsstellen ausserhalb des Gesundheitsdepartements.
- Plafond 2015: Die vorliegenden Plafondwerte für das Jahr 2015 unterscheiden sich von denjenigen im Budgetbericht 2015. Für diese Abweichung verantwortlich sind die vorgezogenen Entlastungsmassnahmen, welche im Rahmen des angepassten Budgets 2015 verabschiedet wurden.

Stellen- und Personalstatistik (Headcount)



Wichtigste Abweichungen beim Headcount zwischen Ist und Plafond 2015

Präsidialdepartement Das Präsidialdepartement konnte den Stellenplafond einhalten, die Stellenunterschreitung ist im Wesentlichen auf Vakanzen betr. Erweiterungsbau des Kunstmuseums zurückzuführen.

Bau- und Verkehrsdepartement Die sieben Stellen sind Vakanzen, die mehrheitlich in nützlicher Frist besetzt werden.

Erziehungsdepartement Bei der Abweichung zwischen Ist 2015 und Soll 2015 handelt es sich einerseits um Vakanzen per Stand 31.12.2015, die u.a. aufgrund einer restriktiven und verzögerten

Stellenbesetzung entstanden sind. Andererseits ist die Abweichung im Schulbetrieb darauf zurückzuführen, dass der Anteil der Headcount relevanten Stellen bei den Lehrpersonen etwas tiefer als prognostiziert ausgefallen ist. Die Abweichungen verteilen sich wie folgt auf die Bereiche: - 7.7 Bereich Volksschulen, - 21.7 Bereich Mittelschulen und Berufsbildung, -2.0 Bereich Hochschulen, - 16.6 Bereich Jugend, Familie und Sport, -23.6 Bereich Zentrale Dienste* = -71.6 Total Erziehungsdepartement.

* v.a. Abteilung Raum und Anlagen (aufgrund des zeitlich verzögerten Ausbaus des Abwartswesens).

Gesundheitsdepartement Die Unterschreitung des Plafonds hat zwei Hauptgründe, einmal die Schliessung der Aussenstelle Riehen (ZKB) sowie diverser Vakanz vorab beim Departementsstab (DS) und bei Gesundheitsdienst (GSD).

Justiz- und Sicherheitsdepartement Die Abweichung zwischen Plafond und Ist ist grösstenteils auf offene Stellen bei der Kantonspolizei zurückzuführen. Die Anzahl in Ausbildung stehender Aspirantinnen und Aspiranten bei der Kantonspolizei beträgt per Ende 2015 63.

Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt Die Abweichungen zwischen Ist und Plafond im 2015 sind darin begründet, dass etliche Vakanz in allen Dienststellen - allen voran im Amt für Sozialbeiträge im Bereich LIV-Leben in Vielfalt - noch nicht wiederbesetzt werden konnten.

Alle Departemente haben den Stellenplafond einhalten können.

Wichtigste Veränderungen beim Headcount zwischen Ist 2015 und Ist 2014

Erziehungsdepartement In den Volksschulen ergab sich zwischen Ist 2014 und Ist 2015 ein Anstieg um 40.2 Stellen. Dieser wurde hauptsächlich durch die kostenneutrale Übernahme der Musikgrundkurs-Lehrpersonen von der Musikakademie verursacht (+27 Stellen). Im Weiteren ist der Stellenanstieg in den Volksschulen auf verschiedene Faktoren zurückzuführen (v.a. Ausbau der Tagesstrukturen und der Schulsozialarbeit, Ausbau aufgrund des Angebots „Deutsch als Zweitsprache“). In den übrigen Dienststellen hat der Personalbestand aufgrund stichtagsbezogener Vakanz netto um insgesamt 8.2 Stellen abgenommen.

Finanzdepartement Die Veränderungen begründen sich wie folgt: Verstärkung Portfoliomanagement (1.8 FTE), Raumbewirtschaftung Verwaltungsvermögen (0.6 FTE), Wiederbesetzung vakanter Stellen Immobilien Basel-Stadt (1.6 FTE), Hauswartsstelle (-1 FTE), Wiederbesetzung vakanter Stelle Steuerverwaltung (1 FTE), SAP CCC (2 FTE), Besetzung vakanter Stelle Finanzverwaltung (1 FTE), Besetzung vakanter Stelle ISO/Generalsekretariat (1 FTE), Besetzung vakanter Stellen im IT-Bereich (5 FTE) und dadurch Abbau von temporär eingesetzten externen Ressourcen.

Gesundheitsdepartement Bei den 5 zusätzlichen Stellen handelt es sich um Stellen beim Institut für Rechtsmedizin (Ausbau Verkehrsmedizin im Zusammenhang mit Via Sicura).

Justiz- und Sicherheitsdepartement Die Abweichung ist auf bewilligte Stellenerhöhungen bei der Kantonspolizei (Ausbau Polizeibestand und Parkraumbewirtschaftung) und bei Bevölkerungsdienste und Migration (Ausbau Strafvollzug) zurückzuführen.

Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt Die Veränderung von plus 17.3 FTE für 2015 ist vor allem aufgrund veränderter Fallzahlen in der Sozialhilfe begründet. In der allgemeinen Sozialhilfe musste aufgrund der erhöhten Anzahl der Unterstützungsfälle mehr Personal eingesetzt werden. Im Bereich Migration musste desgleichen aufgrund des Anstieges der Fallzahlen mehr Personal eingesetzt werden.

Gerichte Die Differenz von vier Stellen resultiert aus der konsequenten Ausnutzung (Besetzung) der Stellenkontingente.

Das **Präsidialdepartement** hat den Vorjahreswert unterschritten.

Stellen- und Personalstatistik per 31. Dezember 2015: ausserhalb Headcount

Departemente / Betriebe	Ausbildungsstellen		unterjährige Stellen		weiterverrechn. Stellen		Total ¹	
	VZÄ	Köpfe	VZÄ	Köpfe	VZÄ	Köpfe	VZÄ	Köpfe
Präsidialdepartement	23	24	16	36	11	26	49	86
Bau- und Verkehrsdepartement	53	53	47	55	31	35	131	143
Erziehungsdepartement	342	388	36	185	9	18	387	591 ²
Finanzdepartement	28	28	16	29	1	1	45	58
Gesundheitsdepartement	29	30	7	20	20	24	56	74
Justiz- und Sicherheitsdepartement	106	107	3	6	0	0	109	113
Dep. für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	69	74	48	70	155	189	272	333
Gerichte	18	18	4	21	0	2	22	41
Zwischentotal	667	722	177	422	227	295	1'072	1'439
Behörden/Parlament/Regierungsrat	2	2	5	5	0	0	7	7
Total Staat	669	724	182	427	227	295	1'079	1'446

Kommentar

- 1 Ab dem Berichtsjahr 2015 werden die Werte ausserhalb Headcount nach einer neuen Auswertungslogik ausgewiesen. Von der Auswertung ausgeschlossen sind folgende Mitarbeiterkreise: S-Drittmittelfinanz. (SG) / Dozent Spitalschule (SK) / S-Rentner aktiv (SR) / Wahlhelfer (SW) / Dolmetscher (SX) / Unselbst. selbst. Erwerbende (SY) / Honorar (XH) / S-Lehramt (SL) / M-Klienten AWA (MU) / M-Klienten Prakt. AWA (MV) / S-Klienten AWA (SU) ebenso auch die bonusfinanzierten Museumsstellen. Ausbildungsstellen beinhalten Lehrstellen, Tertiärausbildungen, Lehrstellen bei der Polizei/Rettung, Vorpraktikumsstellen und Praktikumsstellen. VZÄ ist die Abkürzung für Vollzeitäquivalent.
- 2 Die Daten beinhalten neben den „klassischen“ Lehrstellen und Praktikumsplätzen (insgesamt 57 Ausbildungsplätze) weitere spezifische Ausbildungsplätze. Der Bereich Jugend, Familie und Sport bietet neben diversen Praktika auch folgende praxisbegleitende Ausbildungen auf der Tertiärstufe an: Fachfrau/Fachmann Betreuung als Erstausbildung mit Ausbildungsvertrag (Möglichkeit besteht auch als verkürzte Grundausbildung für Erwachsene; Sozialpädagoge/-in (HF/FH) als Erst- und als Zweitausbildung; Sozialarbeiter/-in (HF/FH). In den Bildungsbereichen werden neben den „klassischen“ Lehrstellen zusätzlich Ausbildungsstellen in den Lehrwerkstätten sowie im Bildungszentrum Gesundheit angeboten. Zudem wird in den Schulen und Tagesstrukturen eine Grosszahl an Vorpraktikantinnen und Vorpraktikanten eingesetzt.

Entwicklung zentraler Personalkennzahlen seit 2011

	2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitäquivalente per Ende Jahr	13'830.9	8'746.0	8'847.9	8'909.9	8'972.9
davon Vollzeitäquivalente Headcount	12'396.2	7'635.0	7'735.4	7'798.5	7'894.3
davon Männer	5'884.7	4'193.5	4'230.1	4'224.8	4'220.4
davon Frauen	6'511.5	3'441.5	3'505.3	3'573.7	3'673.9
davon Vollzeitäquivalente ausserhalb Headcount	1'434.7	1'111.0	1'112.5	1'111.4	1'078.6
davon Männer	606.8	538.6	549.1	535.5	544.6
davon Frauen	827.9	572.4	563.4	575.9	534.0
Ø Vollzeitäquivalente pro Jahr	13'661.5	8'628.0	8'797.0	8'878.9	8'941.4
Personen (bzw. Köpfe) per Ende Jahr	18'081	12'178	11'835	11'977	12'004
davon Personen Headcount	16'328	10'673	10'282	10'402	10'558
davon Männer	6'821	5'060	4'919	4'946	4'955
davon Frauen	9'507	5'613	5'363	5'456	5'603
davon Personen ausserhalb Headcount	1'753	1'505	1'553	1'575	1'446
davon Männer	712	659	688	687	653
davon Frauen	1'041	846	865	888	793
Ø Personen (bzw. Köpfe) pro Jahr	18'170	11'864	12'007	11'906	11'991
Lohnaufwand in 1'000 Franken	1'679'129.3	1'102'145.6	1'066'383.6	1'109'424.8	1'188'638.6
pro Ø Vollzeitäquivalent	122.9	127.7	121.2	124.9	132.9
pro Ø Kopf	92.4	92.9	88.8	93.2	99.1
Weiterbildungsaufwand in 1'000 Franken	11'826.9	8'102.0	9'976.2	9'646.8	9'797.9
in % des Lohnaufwands	0.7%	0.7%	0.9%	0.9%	0.8%
Fluktuation (brutto) in % (Headcount)	11.1%	8.6%	8.1%	8.4%	9.9%
bei Männern	10.1%	8.7%	7.8%	7.9%	9.9%
bei Frauen	11.5%	8.6%	8.4%	8.9%	9.9%
Ø Absenz wegen Krankheit in Tagen	6.3	4.7	5.3	5.3	5.9
bei Männern	5.9	5.7	5.2	5.3	6.1
bei Frauen	6.5	3.8	5.5	5.2	5.7
Ø Absenz wegen Unfall (BU/NBU) in Tagen	1.1	1.0	0.9	1.0	1.1
bei Männern	1.6	1.5	1.2	1.4	1.6
bei Frauen	1.0	0.5	0.6	0.6	0.6
Ø Absenz wegen Schwanger-/Mutterschaft in Tagen	1.4	0.6	0.9	0.9	1.1

Lohnaufwand Der hier ausgewiesene Lohnaufwand beinhaltet Lohn/Gehalt, Inkonvenienzen sowie sämtliche Sozialversicherungsleistungen des Arbeitgebers.

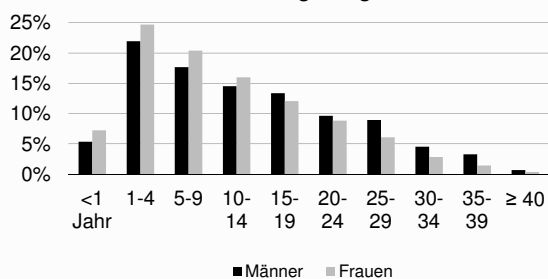
Weiterbildungsaufwand Der Weiterbildungsaufwand ist von 0.9% des Lohnaufwands auf 0.8% gesunken. Wieder wurden knapp 10 Mio. Franken für Weiterbildungsmassnahmen eingesetzt.

Fluktuation Die Fluktuation zeigt im 2015 eine weitere Zunahme von 1.5% auf 9.9%. Im 2015 wurden mehr Austritte infolge Pensionierung wie im Jahr zuvor verzeichnet.

Absenzen Die krankheitsbedingten Ausfälle erfahren im 2015 eine Zunahme und steigen auf durchschnittlich 5.9 Tage pro Mitarbeitenden. Die krankheitsbedingten Absenzen überwiegen weiterhin die unfallbedingten Absenzen deutlich. Die unfallbedingten Ausfalltage der Männer steigen auch im 2015 leicht an, hingegen bleibt der Wert der Frauen seit 2013 gleich.

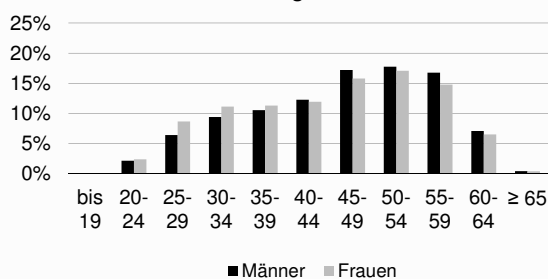
Kennzahlen zur Personalstruktur 2015 nach Geschlecht (Headcount)

Mitarbeitende nach Betriebszugehörigkeit



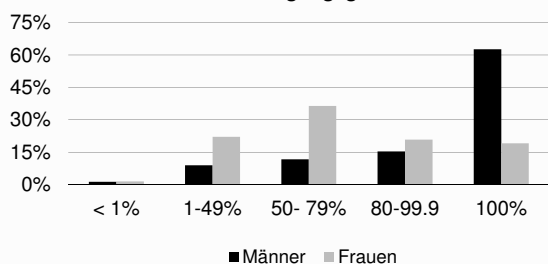
Betriebszugehörigkeit	Männer	Frauen	Gesamt
kleiner als 1 Jahr	265	406	671
1 - 4	1'088	1'385	2'473
5 - 9	876	1'143	2'019
10 - 14	720	897	1'617
15 - 19	663	677	1'340
20 - 24	478	495	973
25 - 29	443	341	784
30 - 34	225	159	384
35 - 39	163	80	243
grösser/gleich 40	34	20	54
Total	4'955	5'603	10'558

Mitarbeitende nach Alterskategorie



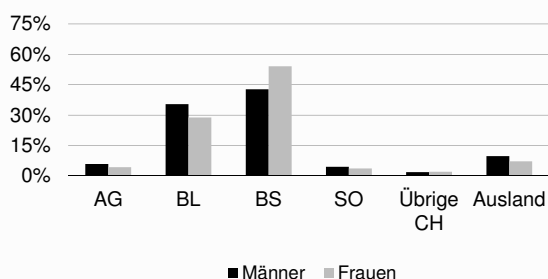
Alterskategorie	Männer	Frauen	Gesamt
bis 19	1	2	3
20-24	107	133	240
25-29	318	486	804
30-34	466	623	1'089
35-39	522	633	1'155
40-44	608	669	1'277
45-49	852	884	1'736
50-54	879	957	1'836
55-59	830	828	1'658
60-64	351	365	716
grösser/gleich 65	21	23	44
Total	4'955	5'603	10'558

Mitarbeitende nach Beschäftigungsgrad



Beschäftigungsgrad	Männer	Frauen	Gesamt
kleiner als 1%	64	82	146
1 - 49.9%	443	1'241	1'684
50 - 79.9%	580	2'042	2'622
80 - 99.9%	762	1'166	1'928
100%	3'106	1'072	4'178
Total	4'955	5'603	10'558

Mitarbeitende nach Wohnsitz



Wohnsitz	Männer	Frauen	Gesamt
Aargau	290	240	530
Basel-Landschaft	1'753	1'614	3'367
Basel-Stadt	2'117	3'029	5'146
Solothurn	221	204	425
Übrige Kantone	91	114	205
Ausland	483	402	885
Total	4'955	5'603	10'558

RR

Betriebszugehörigkeit Rund die Hälfte der Mitarbeitenden arbeitet seit weniger als 10 Jahren beim Kanton. Das durchschnittliche Dienstalder beträgt wie im letzten Jahr 12 Jahre. Während bei einer Betriebszugehörigkeit von bis zu 19 Jahren der Anteil Frauen weiterhin überwiegt, dreht sich das Verhältnis ab einer Betriebszugehörigkeit von 25 und mehr Jahren.

Altersstruktur Die Altersstruktur veränderte sich in den letzten Jahren kaum. Das Durchschnittsalter liegt wie im Vorjahr bei 45 Jahren. Es fand eine Verschiebung zu Lasten der Alterskategorie 45-49 zu 50-54 statt. Diese Alterskategorie stellt den grössten Teil der Mitarbeitenden des Arbeitgebers Basel-Stadt mit 17% dar.

Beschäftigungsstruktur Die Entwicklung des vergangenen Jahres setzt sich in diesem Jahr fort und 60% der Mitarbeitenden arbeiten Teilzeit, rund 40% Vollzeit. Ende 2015 arbeiteten gut 8 von 10 aller Frauen in einer Teilzeitbeschäftigung. Die Teilzeitquote der Männer liegt bei 37%. Rund 17% der Mitarbeitenden arbeiten mit einem Pensum bis 50%.

Wohnsitz 90% der Mitarbeitenden wohnen in der Region Nordwestschweiz, 54% leben direkt im Kanton Basel-Stadt. Der Anteil im Ausland wohnhafter Mitarbeitender, v. a. Grenzgängerinnen und Grenzgänger, beträgt 8%. Das Verhältnis der in Basel-Stadt wohnhaften Mitarbeitenden zu den nicht in Basel-Stadt wohnhaften Mitarbeitenden hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht (+4%).

Entwicklung der Berufsbildung seit 2011

	2011	2012	2013	2014	2015
Lehrverhältnisse SBFI	454	294	307	309	308
davon Männer	211	166	178	180	179
davon Frauen	243	128	129	129	129
Grund Lehrabbruch (ab 2012 detailliert ausgewiesen)		13	18	15	21 ¹
davon Männer		6	11	9	12
davon Frauen		7	7	6	9
Disziplinarische Gründe		7	5	0	0
Leistungsmangel		3	4	4	5
Persönliche Gründe		3	9	11	16
Lehrabgänger/-innen	160	100	90	100	105
davon Männer	75	46	43	55	55
davon Frauen	85	54	47	45	50
Lehrabschlüsse nach Abschlussqualität	160	102	90	100	105
davon im Rang	19	15	9	9	12
davon 5.0 - 5.2	32	24	22	28	25
davon 4.5 - 4.9	60	37	39	52	50
davon 4.0 - 4.4	29	16	11	5	16
davon bestandene Anlehre/Attest (ohne Note)	4	4	3	0	0 ²
davon nicht bestanden	6	6	6	6	2
davon Auflösung Lehrvertrag	10	0	0	0	0 ¹
Weiterbeschäftigung der Lehrabgänger/-innen	174	112	90	100	105
davon interne Anstellung	24	11	10	10	8
davon interne befristete Anstellung	31	29	20	22	26
davon externe Anstellung	14	10	6	9	10
davon Rekrutenschule	10	14	5	9	7
davon Stellensuche / Pause	21	9	25	17	21
davon Zusatzausbildung	27	14	18	0	0 ³
davon Zweitlehre				17	19
davon Sprachaufenthalt / Auslandjahr				4	6
davon BM, HFS oder FH				7	5
davon Wiederholung	3	2	6	0	1
davon keine Angaben	30	13	0	5	2

Kommentar

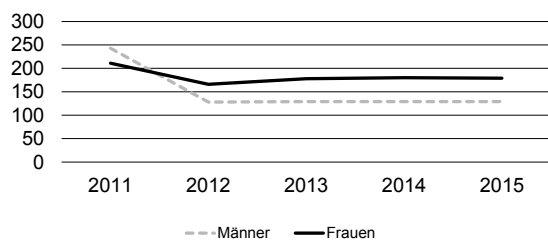
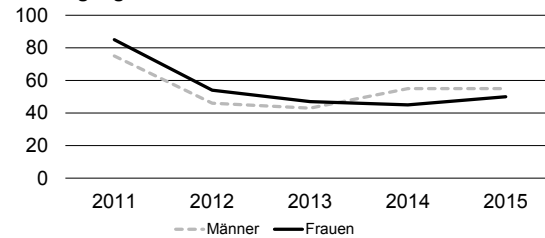
- 1 Ab 2012 werden die Lehrabbrüche, inklusive der Gründe, die zum Lehrabbruch geführt haben, pro Jahr ausgewiesen und sind nicht mehr unter der Rubrik Lehrabschlüsse aufgeführt.
- 2 Seit 2014 werden alle Lehrabschlüsse benotet (EBA/EFZ).
- 3 Die Zusatzausbildung wurde neu in Zweitlehre, tertiäre Ausbildung (Berufsmatur (BM) / höhere Fachschule (HFS) / Fachhochschule (FH)) und Sprachaufenthalte / Auslandjahr aufgesplittet.

Lehrverhältnisse SBFI (Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation - ehemals BBT) Die Zahl der Lehrverhältnisse sowie das Verhältnis Frauen/Männer bleibt gegenüber den letzten drei Jahren konstant.

Lehrabbruch Im 2015 nahmen die Lehrabbrüche um knapp 2% zu. Wie im Vorjahr erfolgten die Abbrüche zu 3/4 aus persönlichen Gründen.

Abschlussqualität Die Abschlussquote der erfolgreichen Lehrabschlussprüfungen konnte gegenüber dem Vorjahr um 4% auf 98% gesteigert werden. 35% der Lehrabgänger/-innen erzielten Abschlussnoten zwischen 5 und 6, wobei sogar 11% „im Rang“ ausgezeichnet wurden.

Weiterbeschäftigung nach Lehrabschluss Rund 29% der Lehrabgänger/innen hat sich für eine Zusatzausbildung entschieden, wovon 18% eine Zweitlehre, rund 6% einen Sprachaufenthalt und rund 5% eine tertiäre Ausbildung starteten. Wie in den Vorjahren fanden rund 1/3 der Lehrabgänger/innen eine Anstellung beim Arbeitgeber Basel-Stadt.

Lehrverhältnisse SBFI-Berufe**Lehrabgänge SBFI-Berufe**

4.2 Jahresrechnung Zweckgebundene Positionen

Finanzen

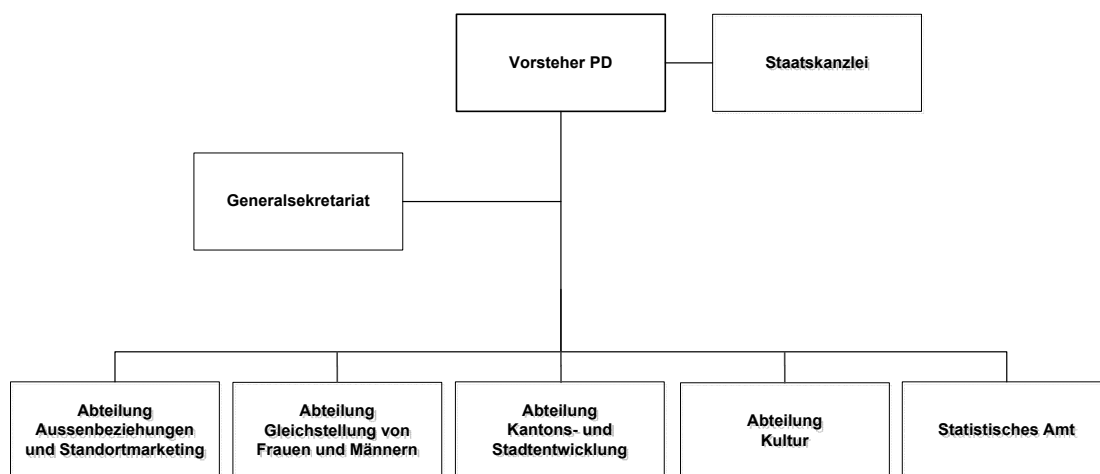
Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'155.0	-1'213.7	-1'214.7	-1.0	-0.1	-59.7	-5.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-441.6	-384.8	-416.1	-31.3	-8.1	25.5	5.8
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-5.6	-6.1	-6.6	-0.6	-9.4	-1.1	-19.0
36 Transferaufwand	-1'753.3	-1'774.8	-1'689.2	85.6	4.8	64.1	3.7
39 Interne Verrechnungen	-255.4	-263.5	-256.2	7.3	2.8	-0.8	-0.3
Betriebsaufwand	-3'610.8	-3'642.9	-3'582.8	60.0	1.6	28.0	0.8
41 Regalien und Konzessionen	17.1	18.1	18.3	0.2	1.3	1.2	7.1
42 Entgelte	463.4	441.6	383.7	-57.8	-13.1	-79.7	-17.2
43 Verschiedene Erträge	21.4	4.3	26.3	22.0	>100.0	4.9	22.8
46 Transferertrag	291.9	303.0	292.9	-10.1	-3.3	1.0	0.4
49 Interne Verrechnungen	255.4	263.5	256.2	-7.3	-2.8	0.8	0.3
Betriebsertrag	1'049.2	1'030.5	977.5	-52.9	-5.1	-71.7	-6.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-2'561.6	-2'612.4	-2'605.3	7.1	0.3	-43.8	-1.7
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-168.2	-171.3	-175.9	-4.6	-2.7	-7.7	-4.6
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	-0.0	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	-0.0	<-100.0
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-11.1	-8.7	-8.3	0.4	4.9	2.8	25.2
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	12.1	7.8	12.8	5.0	63.3	0.7	5.9
Abschreibungen	-167.3	-172.2	-171.5	0.7	0.4	-4.2	-2.5
Betriebsergebnis	-2'728.9	-2'784.7	-2'776.8	7.8	0.3	-48.0	-1.8
34 Finanzaufwand	-7.2	-6.8	-7.2	-0.5	-7.1	-0.0	-0.2
44 Finanzertrag	61.3	57.1	65.5	8.4	14.7	4.2	6.9
Finanzergebnis	54.0	50.3	58.3	7.9	15.7	4.2	7.8
Gesamtergebnis	-2'674.8	-2'734.3	-2'718.6	15.7	0.6	-43.7	-1.6
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-104.1	-151.9	-132.3	19.7	12.9	-28.2	-27.1
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-285.0	-276.8	-284.4	-7.6	-2.7	0.6	0.2
2 Bildung	-892.9	-889.0	-894.6	-5.6	-0.6	-1.7	-0.2
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-173.9	-167.6	-169.8	-2.2	-1.3	4.2	2.4
4 Gesundheit	-414.8	-404.6	-414.6	-9.9	-2.5	0.3	0.1
5 Soziale Sicherheit	-648.7	-670.9	-667.9	3.0	0.4	-19.2	-3.0
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-160.8	-172.6	-152.9	19.7	11.4	7.9	4.9
7 Umweltschutz und Raumordnung	5.3	3.3	0.2	-3.1	-93.9	-5.1	-96.2
8 Volkswirtschaft	-6.9	-4.2	-3.2	1.0	24.6	3.7	54.1
9 Finanzen und Steuern	7.0	-0.1	0.8	0.9	>100.0	-6.2	-88.8

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Investitionsrechnung in Mio. Franken							
Ausgaben Grossinvestitionen	-325.2	-467.0	-402.8	64.2	13.8	-77.6	-23.8
Ausgaben Kleininvestitionen	-4.9	-5.5	-8.6	-3.1	-56.6	-3.6	-73.5
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-23.9	0.0	-21.3	-21.3	n.a.	2.7	11.1
Einnahmen Grossinvestitionen	1.7	6.7	10.3	3.6	53.2	8.6	>100.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	36.9	20.0	28.0	8.0	40.2	-8.9	-24.1
Nettoinvestitionen	-315.5	-445.8	-394.3	51.5	11.5	-78.8	-25.0
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-1.1	0.0	-0.2	-0.2	n.a.	0.9	82.7
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	55.6	57.7	58.0	0.3	0.5	2.4	4.3
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	54.5	57.7	57.8	0.1	0.2	3.3	6.1
Saldo Investitionsrechnung	-261.0	-388.1	-336.5	51.6	13.3	-75.5	-28.9

4.2.1 Präsidialdepartement

PD-320	Generalsekretariat PD	152
PD-321	Gleichstellung von Frauen und Männern	154
PD-330	Staatskanzlei	157
PD-340	Aussenbeziehungen und Standortmarketing	161
PD-350	Kantons- und Stadtentwicklung	164
PD-360	Statistisches Amt	168
PD-370	Kultur	170
PD-376	Staatsarchiv	172
PD-377	Archäologische Bodenforschung	175
PD-371	Globalbudget Kunstmuseum Basel und Museum für Gegenwartskunst	178
PD-372	Globalbudget Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig	181
PD-373	Globalbudget Historisches Museum Basel	184
PD-374	Globalbudget Naturhistorisches Museum Basel	187
PD-375	Globalbudget Museum der Kulturen Basel	189



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-55.3	-56.0	-55.2	0.8	1.4	0.1	0.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-50.0	-44.8	-48.0	-3.2	-7.2	2.0	3.9
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.1	-0.2	-0.1	0.0	27.0	-0.0	-23.5
36 Transferaufwand	-72.7	-73.7	-73.2	0.5	0.7	-0.6	-0.8
Betriebsaufwand	-178.0	-174.6	-176.5	-1.9	-1.1	1.5	0.9
41 Regalien und Konzessionen	0.0	0.0	0.0	0.0	>100.0	0.0	>100.0
42 Entgelte	12.0	9.1	10.8	1.6	17.9	-1.2	-10.0
43 Verschiedene Erträge	1.5	1.0	1.5	0.5	47.6	0.0	0.7
46 Transferertrag	6.8	7.1	7.0	-0.0	-0.4	0.2	3.5
Betriebsertrag	20.2	17.2	19.3	2.1	12.1	-0.9	-4.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-157.8	-157.4	-157.2	0.2	0.1	0.6	0.4
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-7.0	-2.4	-6.8	-4.4	<-100.0	0.2	3.4
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1.2	-0.2	0.6	0.8	>100.0	1.8	>100.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	4.8	0.0	4.9	4.9	n.a.	0.1	2.7
Abschreibungen	-3.5	-2.6	-1.3	1.4	51.4	2.2	63.1
Betriebsergebnis	-161.3	-160.1	-158.5	1.6	1.0	2.8	1.7
34 Finanzaufwand	-0.7	-0.0	-0.2	-0.2	<-100.0	0.5	70.7
44 Finanzertrag	0.7	0.0	0.2	0.2	>100.0	-0.5	-69.3
Finanzergebnis	-0.1	-0.0	-0.0	-0.0	<-100.0	0.1	85.3
Gesamtergebnis	-161.4	-160.1	-158.5	1.5	1.0	2.8	1.8
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-36.2	-34.6	-34.4	0.2	0.6	1.8	5.0
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-123.5	-123.8	-122.5	1.3	1.0	1.0	0.8
5 Soziale Sicherheit	-1.7	-1.7	-1.7	0.0	0.3	0.0	0.0

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-7.4	-3.0	-6.8	-3.8	<-100.0	0.7	9.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-0.2	-0.4	-0.4	0.0	8.0	-0.2	<-100.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-5.0	0.0	-5.6	-5.6	n.a.	-0.6	-13.1
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	4.3	0.0	4.5	4.5	n.a.	0.2	4.3
Nettoinvestitionen	-8.3	-3.4	-8.3	-4.9	<-100.0	-0.0	-0.5
Saldo Investitionsrechnung	-8.3	-3.4	-8.3	-4.9	<-100.0	-0.0	-0.5

Generalsekretariat PD

PD-320

Das Generalsekretariat unterstützt den Vorsteher des Präsidialdepartements und leitet die Departementsangelegenheiten. Es begleitet die strategischen Projekte des Departements bzw. seiner Dienststellen. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Administration, Finanzen, Informatik und Personal erbringt das Generalsekretariat Dienstleistungen für den Vorsteher und die Dienststellen des Departements und stellt die einheitliche Umsetzung zentraler Vorgaben sicher. Es ist für die reibungslose und fristgerechte Geschäftsabwicklung des Departements zuständig. Das Generalsekretariat knüpft und pflegt die Kontakte des Präsidialdepartements mit Personen und Institutionen aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Unterstützung der Departementsführung Der operative Betrieb des Departements wurde im Sinne des generellen, oben beschriebenen Auftrags gewährleistet. Departementsinterne und intra-departementale Geschäftsabläufe konnten weiter optimiert werden. Um die Konformität von Abläufen im Präsidialdepartement auch in Zukunft zu gewährleisten, wurden im Berichtsjahr die Weisungen des Präsidialdepartements aktualisiert und an neue Entwicklungen angepasst. Ferner konnte die 2014 entwickelte Zweijahresplanung des Departements optimiert und in die Arbeiten der Departements-Geschäftsleitung integriert werden.

Compact of Mayors & Climate Summit Im Berichtsjahr trat Basel-Stadt dem Compact of Mayors bei - ein internationales Netzwerk, welches Städte im Engagement für eine nachhaltige Entwicklung und in der Bekämpfung des Klimawandels vereint. Aufgrund dieser Mitgliedschaft wurde der Regierungspräsident an die Konferenz „Climate Summit for Local Leaders“ eingeladen, welche im Rahmen der Weltklimakonferenz in Paris stattfand. Sie stellte die weltweit grösste Versammlung von lokalen Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertretern dar und diente diesen dazu, ihre Unterstützung für ein verbindliches, internationales Abkommen zur effektiven Bekämpfung des Klimawandels zu demonstrieren und ihre Mitgliedschaft bei Compact of Mayors zu bekräftigen. Im Generalsekretariat wurde die Mitgliedschaft im Compact of Mayors sowie die Teilnahme am Summit koordiniert, organisiert und begleitet.

Studie Im Berichtsjahr konnte das Projekt Studie bezüglich der Geschäftslast sowie Aufbau- und Ablauforganisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft im Kanton Basel-Stadt abgeschlossen werden. Das Generalsekretariat hatte insbesondere die Aufgabe die Arbeiten und die verschiedenen betroffenen Organisationen sowie die Studienverfasser zu koordinieren. Zudem wurde der Vorsitzende des Steuerungsausschusses, der Vorsteher des Präsidialdepartements, in seiner Leitungs- und Steuerungsfunktion unterstützt.

Notfallkonzept Im Berichtsjahr wurde ein Notfallkonzept für die vom Präsidialdepartement genutzten Gebäude erarbeitet. Dieses Notfallkonzept basiert auf dem bestehenden Konzept des Justiz- und Sicherheitsdepartements und beschreibt eine Notfallorganisation, mit welcher schwerwiegende Notfälle optimal bewältigt werden können. Die Umsetzung des Notfallkonzepts vor Ort wird 2016 erfolgen. Ausnahme für den Geltungsbereich des Notfallkonzepts bilden das Staatsarchiv und die fünf staatlichen Museen, welche bereits etablierte Notfallkonzepte besitzen und anwenden.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'233.1	-3'321.4	-3'316.3	5.1	0.2	-83.1	-2.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'434.8	-1'575.7	-1'301.3	274.3	17.4	133.4	9.3 ¹
Betriebsaufwand	-4'667.9	-4'897.0	-4'617.6	279.4	5.7	50.3	1.1
42 Entgelte	17.6	20.0	15.2	-4.8	-24.2	-2.4	-13.9
Betriebsertrag	17.6	20.0	15.2	-4.8	-24.2	-2.4	-13.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-4'650.3	-4'877.0	-4'602.5	274.6	5.6	47.9	1.0
Betriebsergebnis	-4'650.3	-4'877.0	-4'602.5	274.6	5.6	47.9	1.0
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.2	-0.2	0.0	14.0	0.0	0.7
Finanzergebnis	-0.2	-0.2	-0.2	0.0	14.0	0.0	0.7
Gesamtergebnis	-4'650.5	-4'877.2	-4'602.6	274.6	5.6	47.9	1.0
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-4'650.5	-4'877.2	-4'602.6	274.6	5.6	47.9	1.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	0.0	-3'000.0	0.0	3'000.0	100.0	0.0	n.a.
Nettoinvestitionen	0.0	-3'000.0	0.0	3'000.0	100.0	0.0	n.a.
Saldo Investitionsrechnung	0.0	-3'000.0	0.0	3'000.0	100.0	0.0	n.a.

Kommentar

- 1 Die Einsparung dient zur Kompensation allfälliger Budgetüberschreitungen bei den Dienststellen des Präsidialdepartements.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	19.5	19.5	19.8	19.9	20.6
Öffentl. Verpfl. des Regierungspräsidenten (Repräsentation)	Anz	168	178	115	167	172
Gespräche/Kontakte mit Institutionen/Personen (Networking)	Anz	298	233	197	216	246

Gleichstellung von Frauen und Männern

PD-321

Ziel und Auftrag der Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern (GFM) sind die Chancengleichheit und die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen zu fördern und strukturelle Benachteiligungen abzubauen.

Die faktische Gleichstellung inner- und ausserhalb der kantonalen Verwaltung wird angeregt, gefördert, unterstützt und begleitet.

Gleichstellungsbestrebungen werden in allen Lebensbereichen initiiert und weiterentwickelt, um die ökonomischen, politischen, kulturellen und sozialen Rahmenbedingungen für die Chancengleichheit von Frauen und Männern zu verbessern. Dies geschieht insbesondere durch das Erarbeiten von Konzepten, Massnahmen und zielgruppenspezifischen Projekten, die Beratung und Unterstützung von Regierungsrat, Behörden, Institutionen und Privaten sowie die Überprüfung von kantonalen Erlassen und Massnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit den Gleichstellungsnormen der Bundes- und Kantonsverfassung.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die Handlungsfelder der Abteilung Gleichstellung von Frauen und Männern sind Beruf & Familie, Schule & Berufswahl, Diversität & Chancen, Männer & Buben sowie Recht & Gesetz. Die Vernetzung und Zusammenarbeit mit Kooperationspartnerinnen und Kooperationspartnern sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft bilden die Grundlage der Projektarbeiten. Im Berichtsjahr wurde der Schwerpunkt auf die Förderung von flexiblen Arbeitsmodellen für Frauen und Männer gelegt.

Programm „Familienfreundliche Wirtschaftsregion Basel“ Das als Public Private Partnership organisierte Programm fokussierte im Berichtsjahr auf das Thema Flexibilität am Arbeitsplatz. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist mehr denn je ein Bedürfnis und spielt in vielen Lebensphasen eine entscheidende Rolle. Flexibilität am Arbeitsplatz wird zum Schlüsselinstrument für Unternehmen, um im Kontext eines angespannten Arbeitsmarkts attraktiv zu bleiben. An der Fachtagung „work everywhere, anytime: Chancen und Herausforderungen der flexiblen Arbeitswelt“ wurde das Thema durch Fachreferate und Workshops mit Praxisbeispielen aufgegriffen und mit Führungskräften und HR-Verantwortlichen diskutiert. Mit dem breitgestreuten Infoletter, der Tagung, den Vernetzungstreffen der Mitgliedsorganisationen und diversen Medienbeiträgen konnten rund 4'000 Unternehmen und interessierte Personen erreicht werden.

Programm „no limits!“: Für die Öffnung der Berufswahl Bei der Berufs- und Studienwahl bestehen nach wie vor geschlechtsspezifische Präferenzen: Heranwachsende Männer wählen eher technische Berufe und studieren Natur- oder Ingenieurwissenschaften, während junge Frauen soziale Berufe ergreifen und sich vorwiegend für geistes- oder sozialwissenschaftliche Studiengänge interessieren. Diese Unterschiede haben Auswirkungen auf die individuellen Karrieremöglichkeiten aber auch gesamtwirtschaftlich auf das Angebot an Fachkräften. Im Aktionsprogramm „no limits!“ setzten sich Schülerinnen und Schüler von der Kindergartenstufe bis ins Berufswahlalter mit geschlechtsatypischen Berufen und vielfältigen Lebensentwürfen auseinander. Mit theaterpädagogischen Einheiten im Kindergarten und Schulen eröffnete die GFM den Schülerinnen und Schülern neue Perspektiven für die spätere Berufswahl. Am nationalen Zukunftstag setzten sich ca. 3'700 Kinder in Basel-Stadt in der Schule oder an einem Arbeitsplatz mit diesem Thema auseinander. Die GFM beteiligte sich mit einem Forumtheater zum Thema Berufswahl und Rollenbilder am Zukunftstag.

Care Ob bezahlt oder unbezahlt - die Arbeit im Pflegebereich liegt in Frauenhänden und betrifft damit ungleich stärker ihre Arbeitsbedingungen und Berufsverläufe. Im Berichtsjahr beteiligte sich die GFM an der interkantonalen Informationsplattform www.care-info.ch, wo Care-Migrantinnen, Betreuungsfirmen und Privathaushalte wichtige Informationen zur Anstellung von Haushalthilfen im Privathaushalt angeboten haben. Die Plattform dient auch dem Austausch unter Care-Migrantinnen. Zusätzlich wurde die Publikation „Yes we care“ aktualisiert und neu aufgelegt. Darin wird mit beeindruckenden Porträts von Basler Privathaushalten die Vielfalt und die komplexe Organisation der Care-Arbeit dokumentiert.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-632.7	-649.1	-633.2	16.0	2.5	-0.5	-0.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-554.6	-473.7	-476.6	-2.9	-0.6	77.9	14.0
36 Transferaufwand	-530.0	-530.0	-530.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-1'717.3	-1'652.9	-1'639.8	13.0	0.8	77.4	4.5
42 Entgelte	24.3	6.4	9.3	3.0	47.1	-15.0	-61.6
46 Transferertrag	27.0	8.5	5.0	-3.5	-41.2	-22.0	-81.5
Betriebsertrag	51.3	14.9	14.3	-0.5	-3.4	-37.0	-72.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-1'666.0	-1'638.0	-1'625.5	12.5	0.8	40.5	2.4
Betriebsergebnis	-1'666.0	-1'638.0	-1'625.5	12.5	0.8	40.5	2.4
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.1	-0.1	-0.0	-56.3	0.1	48.9
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.0	n.a.
Finanzergebnis	-0.2	-0.1	-0.1	-0.0	-50.5	0.1	50.8
Gesamtergebnis	-1'666.2	-1'638.1	-1'625.6	12.5	0.8	40.6	2.4
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-1'666.2	-1'638.1	-1'625.6	12.5	0.8	40.6	2.4

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	3.6	3.6	3.5	3.9	4.1
Projekte zur Förderung der Gleichst. von Frauen und Männern	Anz	14	14	14	14	14

Chancengleichheitspreis Der Chancengleichheitspreis ging im Berichtsjahr an "Respect@vpod" und an Regina Wecker. Das Netzwerk „Respekt@vpod“ setzt sich für die Rechte und Anliegen von Migrantinnen und Migranten ein, welche betagte Personen in Privathaushalten betreuen. Regina Wecker engagiert sich als Mitbegründerin der Geschlechterforschung in der Schweiz seit über 40 Jahren sowohl wissenschaftlich als auch gesellschaftspolitisch für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Diese beiden Engagements zeichneten die Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft mit dem zwanzigsten und zugleich letzten Chancengleichheitspreis aus. Die Doppelverleihung verdeutlicht, dass sowohl die Erarbeitung von wissenschaftlichem Basiswissen als auch das praxisorientierte Handeln für das Erreichen tatsächlicher Chancengleichheit als wichtig anerkannt werden.

Männer & Buben Neben dem Austausch und der Vernetzung mit den Akteuren aus der Region unterstützte die GFM die Aufführung des serbischen Theaterstücks „Machomen, was braucht es, um ein richtiger Mann zu sein?“. Das Stück und die Begleit-Workshops richteten sich vor allem an Schulklassen und förderten die Auseinandersetzung mit dem Thema Mannsein und Männlichkeit. Zudem unterstützte die GFM im Berichtsjahr das Beratungsangebot des Männerbüros für teilzeitinteressierte Männer.

Recht & Gesetz In Zusammenarbeit mit der Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen Basel-Stadt hat die GFM eine Broschüre zum Gleichstellungsgesetz herausgegeben. Die Publikation fördert die Prävention geschlechterbedingter Ungleichbehandlung im Erwerbsleben und bietet Unterstützung bei möglichen Diskriminierungsfällen. Der Kurs „Mit Fairness zum Erfolg - Das Gleichstellungsgesetz im Arbeitsalltag“ wurde in Kooperation mit der Fachstelle Gleichstellung für Frauen und Männer des Kantons Basel-Landschaft zweimal durchgeführt. Diese eintägige Weiterbildung richtet sich an ein interessiertes Publikum aus den Bereichen Personal, Führung und Beratung und vermittelt wichtige Grundlagen zum Gleichstellungsgesetz.

Geschlechterquote Ein Jahr nach der Einführung der Geschlechterquote bei Strategie- und Aufsichtsgremien von öffentlich-rechtlichen Anstalten und öffentlichen Unternehmen im Kanton Basel-Stadt publizierte die GFM im Berichtsjahr das erste Monitoring zur Umsetzung der Geschlechter-

quote. Die Zahlen zeigen, dass am 1. Januar 2015 bereits mehr als die Hälfte der staatsnahen Unternehmen die Ein-Drittel-Quote erfüllt haben; der Frauenanteil lag bei 28.7%.

Öffentlichkeitsarbeit Der Infoletter „Brise“ ist ein wichtiges Instrument, um über aktuelle Gleichstellungsthemen und die Tätigkeiten der GFM zu informieren. In der ersten Ausgabe 2015 wurde unter dem Titel „Ab durch die gläserne Decke“ über die ersten Erfahrungen mit der kantonalen Geschlechterquote und den Einfluss von Netzwerken bei der Neubesetzung von Verwaltungsratsmandaten berichtet. Die zweite Ausgabe widmete sich der Einführung des Stimm- und Wahlrechts der Frauen im Kanton Basel-Stadt und bildete den Auftakt zum Jubiläumsjahr 2016.

Im Rahmen der Infomodule der GGG Ausländerberatung vermittelte die GFM zudem in Migrationsvereinen wichtiges Grundwissen zur Gleichstellungsfragen. An verschiedenen Referaten und Führungen griff die GFM gleichstellungsrelevante Themen auf, zum Beispiel historische Frauenbilder und die aktuellen Bezüge zur Gleichstellung.

Gleichstellungskommission Anfangs März 2015 verteilte die Gleichstellungskommission Basel-Stadt (GSK) an alle Kindergärten in Basel, Riehen und Bettingen ein Memory-Spiel. Das Spiel mit dem Titel „Wenn ich einmal gross bin...“ soll Kinder für Geschlechterrollen im Berufsleben sensibilisieren und entstand in Zusammenarbeit mit zwei Studierenden der Hochschule für Gestaltung und Kunst HGK FHNW. Im Frühjahr lud die GSK zudem zu einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Ist die Ehe ein Relikt?“ ein. Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Forschung und rund 80 Gäste diskutierten die rechtliche Sonderstellung der Ehe und neue Lösungen zur besseren Gleichstellung aller Zivilstandsformen. Im Dezember besuchten über 60 Personen einen von der GSK organisierten Poetry-Slam der besonderen Art: Wortgewandt und rasant nahmen vier Slam-Poetinnen und -Poeten Gleichstellungsthemen ins Visier.

Die GSK organisierte im Berichtsjahr drei runde Tische mit Gästen zu den Themen Männergewalt, institutionelle Gleichstellungsarbeit in der Kritik und Rollenbilder im Unterricht. Zur politischen Sensibilisierung konzipierte die GSK zudem eine Webplattform, auf der sich Politikerinnen und Politiker zu Gleichstellungsthemen positionieren können. Die Plattform wird im Vorfeld der Grossratswahlen 2016 veröffentlicht.

Die GSK nahm im Berichtsjahr Einsitz in diversen Gremien. Sie war Jurymitglied des Chancengleichheitspreises und hat den Verein „1966-2016: 50 Jahre Frauenstimmrecht im Kanton Basel-Stadt“ fachlich beraten.

Staatskanzlei

PD-330

Als Stabsorgan unterstützt und berät die Staatskanzlei den Regierungsrat und dessen einzelne Mitglieder in der Wahrnehmung ihrer politischen, verwaltungsrechtlichen und verwaltungstechnischen Tätigkeiten. Sie übernimmt Koordinationsaufgaben, unterstützt und vertritt den Regierungsrat in repräsentativen Funktionen und bringt seine Interessen in Gremien und Delegationen ein. Die Staatskanzlei ist Bindeglied zu anderen Stellen der Verwaltung, zum Grossen Rat, den Kantonen, zum Bund und zur Öffentlichkeit.

Die umfassende Geschäftskontrolle der Regierungskanzlei stellt den Informationsfluss auf Regierungs- und Departementsebene sicher und ermöglicht eine effiziente Regierungsarbeit sowie eine rasche und fehlerfreie Erstellung, Ausfertigung und Weiterleitung der Beschlüsse und Dokumente.

Die Abteilung Kommunikation informiert die Medien und Öffentlichkeit über die Tätigkeiten des Regierungsrates. Dazu nutzt sie neben den klassischen Kommunikationsmitteln auch neue Medien. Sie erarbeitet Konzepte, Leitlinien sowie Projekte und steht dem Regierungsrat sowie der Verwaltung beratend zur Seite, damit eine offene, sachliche und rasche Kommunikation jederzeit und auf allen Ebenen gewährleistet bleibt.

Die Abteilung Dienste und Anlässe übernimmt protokollarische Aufgaben und ist verantwortlich für die Vorbereitung und Begleitung von Sitzungen sowie die Organisation und Durchführung von Anlässen im Auftrag des Regierungsrates.

Die Abteilung Recht und Volksrechte ist verantwortlich für die Gewährleistung der politischen Rechte und nimmt verschiedene Beratungsfunktionen wahr. Sie unterstützt den Regierungsrat in der Aufsicht über die Gemeinden und bereitet die Rekursentscheide des Regierungsrates sowie des Vorstehers des Präsidialdepartements vor. Zudem behandelt sie die Zugangsgesuche zu Regierungsgeschäften und unterstützt die anderen Verwaltungsstellen bei Fragen im Zusammenhang mit dem Öffentlichkeitsprinzip.

Der Staatskanzlei sind auch die Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten und die Kantonale Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen administrativ zugeordnet.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Dienstleistungen und hoheitliche Leistungen

Leitung In einem mehrmonatigen, von Externen begleiteten Prozess wurden rund 150 Prozesse der Staatskanzlei mit der Software „Signavio“ aufgenommen und visualisiert. Die an jedem PC-Arbeitsplatz der Staatskanzlei einsehbaren Prozesse dienen der Einarbeitung neuer Mitarbeitenden, der Stellvertretung und der Vereinheitlichung gleicher Abläufe in mehreren Abteilungen. So sind nun auch die sehr detaillierten, stark operativen Abläufe bei der Durchführung der Wahlen und Abstimmungen und der Administration der Regierungsratssitzungen allgemein zugänglich. Zudem wurden im ersten Halbjahr 2015, unter Federführung der Staatskanzlei, gesamtkantonale Records Management-Grundsätze entwickelt. Seit August 2015 ist die Staatskanzlei an der Erarbeitung der gesamtkantonalen Records Management-Strategie beteiligt.

Kommunikation Die Arbeiten für eine gesamtkantonale Social Media-Strategie wurden aufgenommen. Im Rahmen der kantonalen Krisenorganisation wurde ein Krisenkommunikationshandbuch erstellt. Die Kommunikation der Nationalrats- und Ständeratswahlen wurde im Kongresszentrum erfolgreich organisiert, auch unter Einbezug der sozialen Medien. Das Daily Business der Abteilung Kommunikation wurde mit hoher Qualität weitergeführt.

Rechtsdienst und politische Rechte Der Rechtsdienst beriet die Staatskanzlei sowie die übrigen Dienststellen und das Generalsekretariat des Präsidialdepartements (PD) in den unterschiedlichsten juristischen Fragen: Er wirkte mit bei der Organisation der eidgenössischen Wahlen, bei der Einführung maschinenlesbarer Stimmzettel und den Vorbereitungen zur Ausdehnung des E-Votings, bei der Überarbeitung der PD-Weisungen, bei der Filmförderung oder beim neuen Orchesterkonzept. Ausserdem erarbeitete er einen Leitfaden zur Verwendung von Fotografien sowie einen Leitfaden für das Vertragswesen im PD, gestützt auf welchen er zahlreiche Verträge prüfte. Das Thema Beschaffungsrecht wurde ebenfalls intensiv bearbeitet. Auch im Jahr 2015 bereitete der Rechtsdienst die Rekursentscheide des Regierungsrates bzw. des Regierungspräsidenten vor. Überdies erarbeitete er im Berichtsjahr diverse Stellungnahmen und Berichte zu politischen Vorstössen, die insbesondere

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-4'207.4	-4'302.3	-4'401.1	-98.8	-2.3	-193.7	-4.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-7'854.1	-4'413.7	-5'302.3	-888.6	-20.1	2'551.8	32.5 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-22.0	-22.0	-22.0	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-1.2	-1.5	-2.4	-0.9	-58.7	-1.2	<-100.0
Betriebsaufwand	-12'084.7	-8'739.5	-9'727.8	-988.3	-11.3	2'356.9	19.5
42 Entgelte	1'494.2	415.7	1'470.2	1'054.5	>100.0	-24.0	-1.6 ²
Betriebsertrag	1'494.2	415.7	1'470.2	1'054.5	>100.0	-24.0	-1.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-10'590.5	-8'323.7	-8'257.6	66.1	0.8	2'332.9	22.0
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-6.8	-3.2	-16.8	-13.5	<-100.0	-10.0	<-100.0
Abschreibungen	-6.8	-3.2	-16.8	-13.5	<-100.0	-10.0	<-100.0
Betriebsergebnis	-10'597.3	-8'327.0	-8'274.4	52.6	0.6	2'322.9	21.9
34 Finanzaufwand	-11.9	-0.5	-0.7	-0.2	-49.3	11.2	94.0
Finanzergebnis	-11.9	-0.5	-0.7	-0.2	-49.3	11.2	94.0
Gesamtergebnis	-10'609.2	-8'327.5	-8'275.1	52.4	0.6	2'334.1	22.0
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-10'609.2	-8'327.5	-8'275.1	52.4	0.6	2'334.1	22.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-44.1	0.0	0.0	0.0	n.a.	44.1	100.0
Nettoinvestitionen	-44.1	0.0	0.0	0.0	n.a.	44.1	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-44.1	0.0	0.0	0.0	n.a.	44.1	100.0

Kommentar

- 1 Die Überschreitung setzt sich wie folgt zusammen: 1'000'000.- Franken Kantonsblatt print (Kto.3308130): Aufgrund der Wiederrufung der Löschung der Staatskanzlei aus dem MwSt-Register sind auch für das Kantonsblatt wieder MwSt-Beträge zu entrichten. Diese bemessen sich jedoch nach Umsatz und müssen in Budget und Rechnung entsprechend nach dem Bruttoprinzip mit Aufwand und Ertrag abgebildet werden (vgl. Kto. 42). 409'000.- Franken Veranstaltungen (Kto.319925): Auf Beschluss der Regierung fanden im 2015 mehr Anlässe statt als budgetiert, was mit entsprechend höheren Kosten verbunden war (Einzelposten 3305040). Minderaufwand von 516'000.- Franken EP Wahlen&Abstimmungen (Kst. 3308220): Im Berichtsjahr wurden die Gesamterneuerungswahlen in die Gerichte um ein Jahr verschoben, deshalb wurde der dafür budgetierte Betrag nicht in Anspruch genommen. Für die Ständeratswahl musste kein 2. Wahlgang durchgeführt werden. Ebenfalls gelangen an einem Abstimmungswochenende keine eidg. Abstimmungsvorlagen zur Abstimmung, d.h. es musste kein E-Voting für Auslandschweizer angeboten werden.

- 2 1'000'000.- Fr, Kantonsblatt print (Kto.425020): Vgl. oben.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	30.8	31.4	30.4	31.2	31.9
Regierungsgeschäfte	Anz	2'518	2'401	2'893	2'627	2'700
Beglaubigungen	Anz	18'281	15'835			¹
In Schlichtungsverhandlungen erledigte Verfahren	Anz	1'676	1'632	1'196	1'488	1'343
Ø Tage ab Verfahrenseingang bis Schlichtungsverhandlung	Anz	93	73	89	85	82
Eingegangene Rekurse an den Regierungsrat	Anz	158	191	148	115	149
Eingegangene Rekurse ans Präsidialdepartement	Anz	0	1	0	1	3
Verfügungen betreffend Initiativen und Referenden	Anz	18	14	14	16	16

Kommentar

- 1 Die Beglaubigungen wurden ins JSD transferiert.

auf die Änderung des Wahlgesetzes abzielten. Zudem verfasste er eine Wegleitung für die Rechtsetzung im PD und arbeitete verschiedene Erlasse aus bzw. unterstützte die zuständigen Stellen bei deren Ausarbeitung. Zu erwähnen sind v.a. das Publikationsgesetz sowie die Motion Cramer und Konsorten betreffend Schaffung eines departementsübergreifenden Rechtsdienstes (Zusammenarbeit mit dem Justiz- und Sicherheitsdepartement) und die Verordnung zur Jugendkulturpauschale. In ihrer Rolle als Ansprechstelle für Gemeindefragen führte die Leitung des Rechtsdienstes erstmals einen Erfahrungsaustausch mit den Gemeinden durch, verfasste ein Konzept zur Optimierung der Zusammenarbeit und befasste sich mit diversen Anfragen und Erlassen der Gemeinden.

Wahlen und Abstimmungen Im Berichtsjahr wurden drei Abstimmungen sowie zwei Gesamterneuerungswahlen (National- und Ständerat, Arbeitsgericht) und eine Ersatzwahl (Richterin/Richter Zivilgericht) durchgeführt. Ausserdem wurden die Unterschriftenlisten von neun kantonalen Initiativen in formaler Hinsicht geprüft und im Kantonsblatt publiziert. Bei drei Initiativen konnte aufgrund des Einreichens von mehr als 3'000 Unterschriften das Zustandekommen verfügt werden. Bei zwei Initiativen musste das Nichtzustandekommen festgestellt und verfügt werden. Zudem wurde das Zustandekommen von zwei Referenden verfügt. Das Projekt E-Voting für Auslandschweizer wurde wie geplant fortgeführt. So wurde den im Ausland wohnhaften und im Kanton Basel-Stadt registrierten Stimmberechtigten zum zweiten Mal bei den eidgenössischen Wahlen vom Oktober 2015 (Nationalrat und erstmals auch Ständerat) die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe via Internet geboten.

Öffentlichkeitsprinzip Gemäss §31 der Informations- und Datenschutzverordnung (IDV) ist die Staatskanzlei dafür verantwortlich anhand der Angaben der Departemente eine Übersicht der im Berichtsjahr eingegangenen Gesuche um Informationszugang zu erstellen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Gesuche pro Departement (Zeilen) sowie den Entscheid zum entsprechenden Gesuch (Spalten).

Informationszugangsgesuche nach Departement im Jahre 2015

	Zugangs- gesuche total	Angenommen	Ganz abgelehnt	Teilweise abgelehnt	Am 31.12.2015 noch nicht rechtskräftig entschieden
Präsidialdepartement	0	-	-	-	-
Bau- und Verkehrsdepartement	2	2	-	-	-
Erziehungsdepartement	1	1	-	-	-
Finanzdepartement	6	-	6	-	1 ¹
Gesundheitsdepartement	1	-	1	-	-
Jusitz- und Sicherheitsdepartement	2	1	-	1	- ²
Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt	0	-	-	-	-
Staatskanzlei für Gesamtregierungsrat	7	3	-	1	3
Total	19	7	7	2	4

Kommentar

1 Gesuch eingereicht im Jahr 2014.

2 In der Tabelle nicht erfasst sind die Gesuche an die dem JSD administrativ angegliederte Staatsanwaltschaft (Stawa). Die Stawa verzeichnete im Jahr 2015 13 Informationszugangsgesuche; angenommen wurden elf Gesuche, ganz abgelehnt wurde ein Gesuch und teilweise abgelehnt wurde ebenfalls ein Gesuch. Diese Gesuche betrafen Nichtanhandnahmeverfügungen und Einstellungsbeschlüsse.

Schlichtungswesen

Staatliche Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten Analog zu den Vorjahren beliefen sich die Kundenkontakte der Staatlichen Schlichtungsstelle für Mietstreitigkeiten auf rund 10'000. Die Palette der Fragestellungen und Beratungen erstreckte sich dabei von einfachen Fragestellungen wie „Grillieren auf dem Balkon erlaubt?“ bis hin zu hochkomplexen Problemen aus Geschäftsmietverträgen. Beansprucht waren somit sowohl das Kanzleipersonal mit der Erteilung von einfacheren Auskünften wie auch die juristischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Berichtsjahr wurden 1'449 (2014: 1'318) Schlichtungsverfahren eröffnet; 1'343 (2014: 1'488) Verfahren konnten erledigt werden.

Weiterhin hoch ist mit 477 die Anzahl der Fälle, bei denen es um Kündigungen des Mietobjekts ging. Die im Vorjahr getroffene Feststellung muss hier wiederholt werden: Im Kanton Basel-Stadt und der angrenzenden Agglomeration ist es für die Mieterschaft immer schwieriger, nach einer Wohnungskündigung innert nützlicher Frist adäquaten Ersatz zu finden. Dabei dürfte auch eine Rolle spielen, dass Mietzinse in total renovierten Liegenschaften sowie Neubauten erheblich höher sind. Auch im übrigen Segment macht sich die negative Indexsteuerung kaum bemerkbar.

Stark beansprucht wurde die Schlichtungsstelle im Berichtsjahr in Sachen Gesetzgebung über den Grundstückerwerb in der Schweiz durch Personen im Ausland. Die Behandlung einzelner, äusserst komplexer Fälle mit viel juristischem Neuland erforderte grossen Einsatz. Stabilisiert auf hohem Niveau hat sich der Aufwand zur Behandlung von Anfragen von Notaren, Anwälten und Privatpersonen.

Unterstützung des Regierungsrates

Anlässe und Begegnungen Wie in den vergangenen Jahren lud der Regierungsrat Gäste zum Neujahrsempfang im Volkshaus, zum Morgestraich ins Rathaus und zum Feuerwerks-Empfang anlässlich der Bundesfeier auf dem Rhein auf die Terrasse der Alten Universität am Rheinsprung ein.

Ein für alle Beteiligten denkwürdiger Höhepunkt war das Treffen des Regierungsrates mit Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama anlässlich eines Mittagessens im Hotel Les Trois Rois am 7. Februar 2015. Zu den besonderen Gästen zählte auch das gesamte Ensemble des Musicals „The Lion King“, welches von April bis Oktober im Musical Theater Basel gastierte.

Im Februar folgte der Botschafter von Grossbritannien der Einladung des Regierungsrates und im Oktober wurden gleich vier Diplomatinen und Diplomaten zu einem offiziellen Höflichkeitsbesuch in Basel empfangen: die Botschafterin der Slowakischen Republik sowie die Botschafter von Belgien, Spanien und Jordanien.

Nach einigen Jahren Pause durfte der Regierungsrat im vergangenen Jahr gleich zwei Kantonsregierungen zu Besuchen im Kanton Basel-Stadt empfangen. Im September weilte der Genfer Regierungsrat zu einem zweitägigen Besuch in unserer Stadt, anfangs November besuchte der Regierungsrat des Kantons Solothurn Basel.

Mit den für unseren Standort bedeutenden Unternehmen, den Nachbargemeinden und den Spitzen der Gerichte traf sich der Regierungsrat in gewohntem Rhythmus. Im Berichtsjahr wurden wiederum rund 350 Jubelpaare (Goldene, Diamante und Eiserne Hochzeit) zu einer Feier ins Rathaus eingeladen. Der Regierungsrat konnte fünf Paaren zur Steinernen Hochzeit und dem ältesten Basler zum 113. Geburtstag persönlich gratulieren. Eine Person feierte den 108. Geburtstag und eine den 106. Geburtstag. 32 Jubilarinnen und Jubilare konnten die Glückwünsche zum 100. Geburtstag überbracht werden.

Aussenbeziehungen und Standortmarketing

PD-340

Die Aussenbeziehungen umfassen die Pflege der formellen Beziehungen des Kantons im In- und Ausland sowie den Aufbau von Kooperationen auf nationaler und internationaler Ebene. Im Inland steht die Interessensvertretung in Bundesbern sowie die Kooperationen innerhalb der Nordwestschweiz und im trinationalen Raum einschliesslich der Betreuung der Metropolitankonferenz Basel im Vordergrund. International stehen die strategischen Kooperationen mit Massachusetts, Shanghai und Miami Beach im Fokus. Hinzu kommt die Entwicklungszusammenarbeit, welche durch gezielte Unterstützung im Ausland wertvolle Beiträge in Entwicklungsgebieten leistet.

Das Standortmarketing ist für die Pflege der Marke „Basel“ sowie die klare Positionierung im internationalen Standortwettbewerb verantwortlich und realisiert die Imagewerbung für Basel im In- und Ausland. Hierzu gehören auch die Vorbereitungen für den Auftritt Basels an der Weltausstellung 2015 in Mailand. Zum Auftrag gehört zudem die regelmässige Überprüfung der Wettbewerbsfähigkeit. Im Weiteren wird die koordinierte Akquisition von Grossanlässen und Kongressen verstärkt. Bei Anlässen wie der Bundesfeier am Rhein, der Basler Herbstmesse, dem Basler Weihnachtsmarkt sowie den regelmässig stattfindenden Märkten auf öffentlichem Grund tritt die Abteilung selbst als Veranstalter auf.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Aussenbeziehungen

International Die formellen Kooperationen zwischen Basel und Shanghai, Massachusetts sowie Miami Beach wurden erfolgreich vertieft und die im Rahmen der strategischen Partnerschaft mit Massachusetts und Shanghai bestehenden Austauschprogramme wurden in Zusammenarbeit mit den involvierten Partnerorganisationen planmässig umgesetzt. Im Rahmen einer regierungsrätlichen Delegationsreise nach Boston, Massachusetts, konnten insbesondere die Verbindungen nach Nordamerika gestärkt werden. So wurde das Sister-State-Agreement zwischen dem Commonwealth of Massachusetts und dem Kanton Basel-Stadt durch Governor Charles D. Baker erneuert. Auch wurde anlässlich des 15-Jahre-Jubiläums von swissnex Boston auf die Basler Standortstärken im Bereich Life Sciences, Bildung und Forschung erfolgreich aufmerksam gemacht. Anlässlich der Art Basel in Miami Beach und in Hong Kong wurden die Kontakte auf politischer Ebene mit Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertretern ausgeweitet und gefestigt. Mit einem Konzert im Shanghai Oriental Art Center konnte das Sinfonieorchester Basel einen Beitrag an die Feierlichkeiten des 65-Jahre-Jubiläums der Diplomatischen Beziehungen Schweiz-China leisten und die Beziehungen mit der Partnerstadt Shanghai pflegen. Das im Rahmen der Städtepartnerschaft entstandene Confucius Institute an der Universität Basel wurde 2015 an der internationalen Konferenz der Konfuzius-Institute als Konfuzius-Institut des Jahres ausgezeichnet.

National Auf Bundesebene wurde die Zusammenarbeit mit den Kernstädten des Schweizerischen Städteverbandes vorangetrieben und die Interessenvertretung auf weitere Akteure und Regionen ausgeweitet. Zudem diente die Interessensvertretung im Berichtsjahr wiederum als Schaltstelle für den zeitgerechten Informationsaustausch zwischen der kantonalen Verwaltung und dem Bundesparlament. Sie unterstützte die Fachdepartemente in ihren Positionen gegenüber Bundesbern, was unter anderem auch zu einer gemeinsamen Vorlage für Stellungnahmen bei Vernehmlassungen führte. Viermal pro Jahr finden Sessionsgespräche mit den basel-städtischen Parlamentarierinnen und Parlamentariern statt. Eines davon jeweils bikantonal mit dem Kanton Basel-Landschaft. Auch der alljährliche Netzwerkanlass mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesverwaltung wurde bikantonal durchgeführt.

Regional/trinational Die regionale Zusammenarbeit war im Berichtsjahr einerseits vom Ehrengastauftritt des Kantons Basel-Stadt am Concours suisse des produits du terroir (Regionalwarenmarkt) in Delémont-Courtemelon geprägt. Andererseits kehrte im Juni das Präsidium der Metropolitankonferenz (MKB) nach zweijährigem Vorsitz durch den Kanton Basel-Landschaft wieder in den Kanton Basel-Stadt zurück. Im September fand ein Treffen des MKB-Präsidenten mit den Vertretern der Nordwestschweizer Wirtschaftsverbände und im November die 7. Metropolitankonferenz Basel mit einem Besuch von Botschafter Olaf Kjelsen statt.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'244.2	-2'332.3	-2'239.4	92.9	4.0	4.9	0.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'394.8	-4'120.0	-5'044.1	-924.1	-22.4	-649.3	-14.8
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-22.1	-18.5	-40.2	-21.8	<-100.0	-18.2	-82.2
36 Transferaufwand	-2'587.7	-2'533.0	-2'445.7	87.3	3.4	141.9	5.5
Betriebsaufwand	-9'248.8	-9'003.7	-9'769.5	-765.8	-8.5	-520.7	-5.6
41 Regalien und Konzessionen	4.1	3.6	14.8	11.2	>100.0	10.7	>100.0
42 Entgelte	3'689.6	3'619.7	3'820.3	200.7	5.5	130.7	3.5
43 Verschiedene Erträge	288.2	0.0	392.4	392.4	n.a.	104.2	36.2
46 Transferertrag	0.0	0.0	150.0	150.0	n.a.	150.0	n.a.
Betriebsertrag	3'981.9	3'623.3	4'377.5	754.2	20.8	395.6	9.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-5'266.9	-5'380.5	-5'392.0	-11.5	-0.2	-125.1	-2.4
33 Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	-83.9	0.0	83.9	100.0	0.0	n.a.
Abschreibungen	0.0	-83.9	0.0	83.9	100.0	0.0	n.a.
Betriebsergebnis	-5'266.9	-5'464.4	-5'392.0	72.4	1.3	-125.1	-2.4
34 Finanzaufwand	-7.3	-3.5	-4.3	-0.8	-24.0	2.9	40.2
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	-0.0	-96.3
Finanzergebnis	-7.2	-3.5	-4.3	-0.8	-24.0	2.9	40.1
Gesamtergebnis	-5'274.2	-5'467.9	-5'396.4	71.6	1.3	-122.2	-2.3
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-3'623.9	-3'812.9	-3'746.4	66.6	1.7	-122.5	-3.4
59 Soziale Wohlfahrt, n.a.g.	-1'650.3	-1'655.0	-1'650.0	5.0	0.3	0.3	0.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	-166.9	0.0	0.0	0.0	n.a.	166.9	100.0
Nettoinvestitionen	-166.9	0.0	0.0	0.0	n.a.	166.9	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-166.9	0.0	0.0	0.0	n.a.	166.9	100.0

Kommentar

- Die Überschreitung resultiert einerseits durch die Aufwandsbuchung Fondstyp 2, andererseits durch die Ausgaben für den Auftritt an der World Expo in Milano, welcher durch Sponsoringeinnahmen neutralisiert wird. Im Rechnungsjahr wurde zudem unter Einhaltung des Gesamtabteilungsbudgets eine neue Imagekampagne für Basel entwickelt, eine Marketing-Präsenz in Boston realisiert (im Rahmen Sister-State Agreement mit Massachusetts), Imageanalysen in Zielmärkten sowie zusätzliche Medienprogramme realisiert.
- Mehreinnahmen infolge Kostenbeteiligung der Stadt Zürich, Genf und der Firma Syngenta an der World Expo in Milano sowie Verkauf von Weihnachtstassen am Basler Weihnachtsmarkt.
- Die Überschreitung resultiert aus der Abschlussbuchung Fondstyp 2 (der Aufwand wird erfolgswirksam neutralisiert).
- Sponsoring-Beitrag für die World Expo in Milano.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	12.8	16.0	14.0	16.3	15.3
Verlangte Verfügungen Messen und Märkte	Anz	0	0	0	0	0
Imagekampagne-Plattformen im In- und Ausland	Anz	2	2	2	2	3
Akquisition und Realisierung von Grossanlässen	Anz	2	2	2	2	3
Projekte mit grenzüberschreitendem Mehrwert	Anz	17	16	16	25	19

Bei der trinationalen Zusammenarbeit lag das Hauptaugenmerk auf der Vorbereitung der Schweizer Präsidentschaft für die Oberrheinkonferenz (ORK) für das Jahr 2016 und dem damit verbundenen Wechsel der Schweizer Delegationsleitung vom Kanton Basel-Landschaft zum Kanton Basel-Stadt.

Gleichzeitig fanden zum Zweck einer stärkeren Involvierung der kommunalen Ebene in den Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) eine Reihe von so genannten TEB-Foren mit den Gemeinden statt, aus denen u.a. eine gemeinsame Agenda der Schweizer TEB-Mitgliedsgemeinden für die Finanzierungsperiode 2017-2019 resultierte. Bezüglich Interreg standen der Abschluss der Projekte aus der Periode 2007-2013/2015 (Interreg IV) sowie die Lancierung neuer Projekte für die neue Periode 2014-2020 (Interreg V) im Zentrum.

Entwicklungszusammenarbeit Bei der Entwicklungszusammenarbeit hat der Kanton Basel-Stadt wiederum Projekte mit einem Betrag in der Höhe von 1.65 Mio. Franken unterstützt.

Standortmarketing

Unter dem Motto „Spirito di Basilea“ präsentierte sich der Kanton Basel-Stadt an der Expo Milano 2015 im wichtigen Zielmarkt Norditalien. Zusammen mit Zürich und Genf repräsentierte Basel im Schweizer Pavillon die urbane Schweiz. Die Basler Präsenz umfasste zwei Ausstellungen mit inhaltlichen Beiträgen zum Expo-Thema, zahlreiche Thementage sowie ein breitgefächertes Kulturprogramm und in enger Zusammenarbeit mit verschiedenen Basler Partnern aus den Bereichen Privatwirtschaft, Kultur, Forschung, Bildung und Zivilgesellschaft realisiert. Insgesamt konnte der Basler Auftritt an der Expo Milano 2015 gegen 450'000 Besucherinnen und Besucher verzeichnen.

Im Inland wurden ausgewählte Grossanlässe für die Bekanntheitssteigerung und Imagewerbung des Standorts Basel genutzt. Hierzu gehörten unter anderem die Swiss Indoors Basel.

Der Veranstaltungsort Basel wurde stark beworben. Gleichzeitig wurden verschiedene Vorbereitungsarbeiten für die Durchführung des UEFA Europa League Finals 2016 und der Herren-Curling-Weltmeisterschaften 2016 die Hand genommen. Darüber hinaus wurden die Weltmessen, die kulturellen Festivals, die sportlichen Grossanlässe und das Musical The Lion King als Marketingplattformen genutzt. Bei den Eigenveranstaltungen wurden für die 545. Basler Herbstmesse neuartige Attraktionen präsentiert, welche zusammen mit den guten Wetterbedingungen zu einem grossen Publikumsaufkommen mit über einer Million Besucherinnen und Besuchern führten. Aufgrund der Verordnungsänderung vom 29. März 2015 wurde die Gebührensituation für die Basler Herbstmesse vereinheitlicht. Im Rahmen des 38. Basler Weihnachtsmarktes wurde neben dem Barfüsserplatz und dem Münsterplatz auch der Claraplatz mit einem weihnachtlichen Verpflegungsangebot miteinbezogen. Im Bereich der Märkte wurde die Marktsaison mit dem Tag der Märkte offiziell eröffnet.

Kantons- und Stadtentwicklung

PD-350

In der Abteilung Kantons- und Stadtentwicklung wird die mittel- und langfristige Planung mit der Projektarbeit in den Quartieren, der Integration und der Wohnraumentwicklung kombiniert. Die strategische Unterstützungsarbeit für den Regierungsrat wird mit der konkreten Arbeit vor Ort bei der vielfältig zusammengesetzten Bevölkerung verbunden und ermöglicht ein optimales Controlling. Die Abteilung stellt dazu auch eine interdepartementale Planungskoordination sicher, welche die departementalen Planungsvorhaben mit den übergeordneten Zielen des Regierungsrates verknüpft.

Die Leitung vertritt die Abteilung gegen aussen und fördert den Wissens- und Erfahrungstransfer. Die Fachstelle Grundlagen und Strategien bearbeitet übergeordnete Fragestellungen mit Querschnittscharakter. Sie liefert im Rahmen des strategischen Controllings die notwendigen Inputs, um Kohärenz zwischen den Fachplanungen der Departemente und den im Legislaturplan definierten Strategien herzustellen. Die Fachstelle Stadtteilentwicklung setzt sich für die Entwicklung der Quartiere ein und stärkt das Engagement der Bewohnerinnen und Bewohner. Ziel ist es, den Lebensraum für die Bevölkerung positiv zu gestalten und eine gute Lebensqualität zu ermöglichen, die Standortattraktivität für die Wirtschaft zu stärken sowie die vielfältigen Entwicklungspotenziale zu nutzen. Die Fachstelle Wohnraumentwicklung fördert in ganzheitlicher, umfassender Weise den Wohnungsbau und die Bestrebungen zur Verbesserung des Wohnumfelds. Die Fachstelle Diversität und Integration koordiniert die kantonale Integrationsförderung, wirkt gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit und setzt den gesetzlichen Integrationsauftrag von Bund und Kanton um. Die Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung fördert die selbstbestimmte Teilhabe von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen am sozialen, kulturellen und politischen Leben von Kanton und Stadt.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Leitung Am Partneranlass im August 2015 wurden dem interessierten Publikum der neue Leiter der Fachstelle Diversität und Integration sowie neue Projekte vorgestellt. Mit dem Entscheid Entlastungsmassnahmen im Rahmen der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) einzuleiten, kommunizierte der Regierungsrat am 2. Februar 2015 in einer Medienmitteilung, die Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung per 31. Dezember 2015 zu schliessen. Die Fachstelle förderte die Teilnahme von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen am sozialen, kulturellen und politischen Leben im Kanton. Begründet wurde der Entscheid damit, dass die Departemente WSU, ED und BVD die Anliegen der Menschen mit Behinderung in ihren Regelstrukturen bereits abdecken. Im PD verbleibt eine allgemeine Anlaufstelle zum Schutz vor Diskriminierung in der Fachstelle Diversität und Integration.

Fachstelle Grundlagen und Strategien Um den Diskurs zu unterstützen, erarbeitete die Fachstelle gemeinsam mit Partnern innerhalb und ausserhalb der Verwaltung Grundlagenpapiere zum Thema Verdichtung und zu Suffizienz und am eco.festival sowie an den Umwelttagen konnte anhand eigens erarbeiteter Plakate öffentlich über Suffizienz diskutiert werden. Zur Förderung des Diskurs über Zivilcourage wurde in Zusammenarbeit mit dem Historischen Museum Basel und der Prävention der Kantonspolizei durch optimale Nutzung von Synergien die Ausstellung „Zivilcourage – wenn nicht ich, wer dann“ aus der Stadt Zürich geholt. So konnte mit einem breiten Publikum und minimalen Kosten die Bedeutung der Zivilcourage für das Zusammenleben ausgelotet werden. Die Umsetzungsarbeiten für die neue Fussgängerorientierung für Basel-Stadt wurden planmässig aufgenommen. An der Expo Milano „la cena è pronta!“ zum Thema nachhaltiges Ernährungssystem in Basel wurde massgeblich am Inhalt und der Präsentation mitgearbeitet. Im Rahmen der Koordination des strategischen Planungsprozesses wurde die Legislaturplankonferenz fachlich begleitet und die Geschäftsführung sichergestellt. Das bestehende Indikatorenset zur Überprüfung der nachhaltigen Entwicklung wurde gemäss dem aktuellen und wissenschaftlichen Diskurs auf nationaler und internationaler Ebene aktualisiert. Die interne Vernehmlassung ist abgeschlossen, das konsolidierte Indikatorenset wird aufgrund der Rückmeldungen 2016 erarbeitet.

Fachstelle Stadtteilentwicklung Unter Einbezug der Quartierbevölkerung wurde im Rahmen der Stadtentwicklung Basel Süd/Gundeli Plus das Massnahmenkonzept zum Grün- und Freiraum Gundeldingen fertiggestellt. Für eine Verkehrsberuhigung im Raum Gundeldingen wurden vorgängig Mobilitätsanalysen durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Arbeiten dienen als Grundlagen für den

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'367.9	-3'379.4	-3'401.6	-22.2	-0.7	-33.7	-1.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'947.0	-5'442.6	-6'352.1	-909.5	-16.7	-1'405.1	-28.4 ¹
36 Transferaufwand	-2'089.9	-2'276.9	-2'335.9	-59.0	-2.6	-246.0	-11.8
Betriebsaufwand	-10'404.8	-11'098.9	-12'089.6	-990.6	-8.9	-1'684.7	-16.2
42 Entgelte	53.8	40.0	78.0	38.0	95.1	24.2	45.0
43 Verschiedene Erträge	861.8	911.9	861.5	-50.4	-5.5	-0.3	0.0
46 Transferertrag	1'850.8	2'256.9	3'309.8	1'052.8	46.6	1'459.0	78.8 ²
Betriebsertrag	2'766.4	3'208.9	4'249.3	1'040.5	32.4	1'482.9	53.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-7'638.4	-7'890.1	-7'840.2	49.8	0.6	-201.8	-2.6
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-95.1	0.0	-27.0	-27.0	n.a.	68.1	71.7
Abschreibungen	-95.1	0.0	-27.0	-27.0	n.a.	68.1	71.7
Betriebsergebnis	-7'733.5	-7'890.1	-7'867.2	22.9	0.3	-133.7	-1.7
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Gesamtergebnis	-7'733.6	-7'890.1	-7'867.3	22.9	0.3	-133.7	-1.7
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-7'733.6	-7'890.1	-7'867.3	22.9	0.3	-133.7	-1.7

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-124.1	0.0	-404.3	-404.3	n.a.	-280.2	<-100.0
Nettoinvestitionen	-124.1	0.0	-404.3	-404.3	n.a.	-280.2	<-100.0
Saldo Investitionsrechnung	-124.1	0.0	-404.3	-404.3	n.a.	-280.2	<-100.0

Kommentar

- Die Überschreitung resultiert aus dem Konto 313004 infolge Weiterleitung der vom Bund nachgängig ausbezahlten Integrationspauschale an ein Departement und an diverse Projekte des Kantonalen Integrationsprogramms, welche über Bundesgelder kompensiert werden.
- Die Mehreinnahme bei den Bundesgeldern resultiert hauptsächlich aus dem Konto 463000 aufgrund der Nachzahlung der Integrationspauschale für Flüchtlinge aus dem Kantonalen Integrationsprogramm. Die Höhe des Betrages ist bei der Budgeterstellung nicht bekannt.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	18.4	20.1	21.2	19.0	19.6
Vertiefende Grundlagenberichte	Anz	8	7	7	7	6
Zusätzliche Wohnungen im Kanton	Anz	351	270	171	496	635 ¹
Anlässe Neuzuzügerbegrüssungen	Anz	11	48	44	49	43

Kommentar

- Die Jahresberichte bis und mit 2013 verwendeten die Kennzahl „Neubau“ aus der Wohnungsbilanz als Indikator. Seit 2014 wird die jährliche Nettoproduktion ausgewiesen, da diese die zusätzliche Zunahme der Wohnungen besser spiegelt.

gestarteten Prozess zur integralen Erarbeitung eines Stadtteilrichtplans Gundeldingen. In Zusammenarbeit mit der Quartierkoordination konnten zur Förderung von Netzwerken und Engagements im Lebensraum Gundeldingen eine digitale Info- und Netzwerkplattform sowie zusammen mit dem Kunstkredit Basel-Stadt ein Wettbewerb für Kunst im öffentlichen Raum realisiert werden. Die Anlaufstelle Zwischennutzungen nimmt die Anliegen der Beteiligten auf, triagierte diese und koordiniert die Zwischennutzungen am Klybeckquai. In Zusammenarbeit mit der interdepartementalen Arbeitsgruppe Zwischennutzung wurde ein Pilotprojekt zur Unterstützung von Baubewilligungsverfahren für Zwischennutzungsvorhaben entwickelt mit dem Ziel, reibungslose Verfahren mit kürzeren Bearbei-

tungszeiten zu ermöglichen.

Im November überwies der Regierungsrat den Ratschlag für die Gesamtsanierung und den Umbau des Kasernenhauptbaus zum Kultur- und Kreativzentrum an den Grossen Rat. Die Bauphase ist für August 2017 bis Ende 2019 vorgesehen. Zwischen Frühjahr und Herbst wurden die Reithalle und der Obere Rossstall erdbebenertüchtigt und an zeitgemässe technische Standards angepasst. Damit konnte die Nutzung durch die Kaserne Basel für die kommenden Jahre gewährleistet werden. Die Kontaktstelle für Quartierarbeit hat im Frühling den Quartierorganisationen das „Umsetzungskonzept Quartierarbeit 2020“ vorgestellt. Die darin formulierten Ziele und Massnahmen bilden die Grundlage für die Weiterentwicklung der Quartierarbeit für die nächsten Jahre. Diese wurden aufgrund verschiedener Workshops und Befragungen erarbeitet. In den Quartieren wurden verschiedene Mitwirkungsveranstaltungen durchgeführt, in denen sich die Quartierbevölkerung aktiv einbrachte und ihre Anliegen formulierte. Zudem konnten Neuzugezogene an 13 Veranstaltungen willkommen geheissen werden. Die Koordinationsstelle Freiwilligenarbeit förderte und anerkannte die freiwillige und ehrenamtliche Arbeit im Kanton Basel-Stadt mit folgenden Anlässen und Arbeiten: Dankesfeier der Regierung anlässlich des Internationalen Tags der Freiwilligen am 5. Dezember, die zweimalige Vergabe des Anerkennungspreises für freiwilliges Engagement „Prix schappo“ und die Weiterführung des Projekts „schappo ist...“. Darüber hinaus gab es gemeinsam mit der vermittelnd tätigen GGG Benevol zwei Fachgespräche und zwei Weiterbildungsangebote für ehrenamtliche Vereinsvorstände sowie die weitere Umsetzung des Projekts „engagiert!“ im Gundeldinger Quartier. Ausserdem fand zur Weiterentwicklung der Kooperation ein Austauschtreffen mit den Akteurinnen und Akteuren der Freiwilligenarbeit in Basel statt.

Fachstelle Wohnraumentwicklung Im Rahmen der Umsetzung des Wohnraumförderungsgesetz (WRFG) und der Wohnraumentwicklungsstrategie unterzeichneten der Kanton und der Dachverband der Wohnbaugenossenschaften Nordwestschweiz im Juni 2015 eine Leistungsvereinbarung. Die Vereinbarung regelt die Einzelheiten zu den folgenden, im WRFG festgehaltenen Fördermassnahmen: Darlehen für und Beratungen zu Projektentwicklungen, Bürgschaften sowie betriebswirtschaftliche Beratungen. Die beiden neu aufgetragenen Beratungen werden durch Mittel der Kantons- und Stadtentwicklung in einem beschränkten Umfang finanziert und wurden bis Ende 2015 bereits rege in Anspruch genommen. In nächster Zeit werden verschiedene Areale, welche der Kanton dem gemeinnützigen Wohnungsbau zur Verfügung stellt, entwickelt und bebaut. Die Wanderausstellung „Basel findet Stadt“ zum Thema Dichte stand 2015 im Zentrum der Öffentlichkeitsarbeit. Ziel war es, die Bevölkerung über das Thema zu informieren, zu sensibilisieren und in den Stadtdiskurs einzubinden. Während die Ausstellung in verschiedenen Quartiertreffpunkten und auf unterschiedlichen öffentlichen Plätzen Halt machte, fanden auch Begleitveranstaltungen statt. Einige waren gut besucht, während andere trotz Bewerbung über verschiedene Kanäle weniger Interesse wecken konnten. Die Rückmeldungen der Besucher fielen mehrheitlich positiv aus und zeigten, dass das Thema Dichte die Bevölkerung emotional bewegt. Radio X berichtete im Rahmen einer Roadshow ausführlich über das Thema Dichte und die Wanderausstellung. Das Medienecho war positiv, zeigt aber auch, dass noch nicht alle Zielgruppen erreicht worden sind. Die Fachstelle organisierte am 16. November 2015 das 13. Basler Investorengespräch zum Thema demografische Entwicklung und die damit verbundenen Chancen und Herausforderungen für die Immobilienwirtschaft. Zwei Regierungsräte sowie rund 100 Gäste, vorwiegend aus der Immobilienwirtschaft, haben am Anlass teilgenommen.

Fachstelle Diversität und Integration Die Fachstelle führte insgesamt neun Neuzuzügeranlässe im Rathaus in den Sprachen Deutsch, Englisch, Spanisch, Italienisch, Portugiesisch und Französisch durch. Im Anschluss daran wurden die Gäste jeweils zu einer kleinen Rundfahrt auf dem Rhein eingeladen, während der individuelle Fragen der Neuzuziehenden an Informationsständen beantwortet wurden. Die Fachstelle veranstaltete zudem sechs Stadtrundgänge und war an 24 Welcome-Days der Firmen Novartis und Roche mit Informationsständen vertreten. Im vergangenen Jahr förderten 56 Projekte von Migrationsorganisationen und anderen Projektträgern, finanziert mit Bundes- sowie Kantonsgeldern, zielgerichtet die Information und soziale Integration spezifischer Bevölkerungsgruppen. Die Administration hierfür wurde mittels eines elektronischen Systems standardisiert und das Monitoring verfeinert. Die Fachstelle führte die Kampagne „Basel zeigt Haltung“ weiter und konnte zusätzliche Allianzpartner gewinnen. Eine Evaluation der Kampagne hat gezeigt, dass die Partner noch besser einbezogen und die Kampagne im Kontext zur internationalen Flüchtlingskrise weiter-

entwickelt werden muss. Im Auftrag des Grossen Rates wurde die Jungbürgerfeier 2015 erstmals auch mit 18-jährigen Ausländerinnen und Ausländern, welche die formalen Einbürgerungsvoraussetzungen erfüllen, durchgeführt. Die Fachstelle arbeitete aktiv im Organisationskomitee mit und übernahm die Themenbereiche Einbürgerung und politische Partizipation. Die Rückmeldungen der Jungbürgerinnen und Jungbürger zum Anlass waren positiv. Die Teilnahmequote kann noch gesteigert werden. Aus diesem Grund werden Jugendliche mit einer Fokusgruppe frühzeitig in die Planung für das Jahr 2016 einbezogen. Zur Unterstützung des Diskurses im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit gab die Fachstelle in Kooperation mit den Kantonen Basel-Landschaft, Bern und Graubünden die Migrationszeitung MIX in einem neu gestalteten, zeitgemässen Layout heraus. Auch werden im Jahr 2016 neue Kooperationspartner zur Steigerung der Auflage gesucht. Einige Kantone, aber auch Städte, haben bereits ihr Interesse angemeldet.

Fachstelle Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung Die Vorbereitungen, unter Mitwirkung der Fachstelle, zur Umsetzung des Behindertengleichstellungsgesetzes bezüglich hindernisfreien Zugangs zu Tram- und Bushaltestellen sind im Gange. Für Schülerinnen und Schüler mit Behinderung, welche die Volksschule besuchen, fehlen aber nach wie vor Anschlusslösungen mit Nachteilsausgleich im Bereich der Berufsbildung. Für den nachhaltigen Erhalt und die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für behinderte Menschen zeichnet der Verein Impulse Basel Unternehmen in der Nordwestschweiz mit dem Label iPunkt aus. 24 Unternehmen, darunter der Arbeitgeber Basel-Stadt, gehören zu den Ausgezeichneten. Die Kooperationen mit den Museen Basel in den Bereichen Ausstellungsgestaltung und Vermittlungsarbeit wurden vertieft, um das Angebot für Besucherinnen und Besucher mit Behinderung ausbauen zu können. Im Ackermannshof und im Unternehmen Mitte fanden unter der Leitung der Fachstelle fünf öffentliche, gut besuchte Veranstaltungen statt, in deren Zentrum die Bedürfnisse von Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen standen.

Statistisches Amt

PD-360

Das Statistische Amt erhebt, plausibilisiert und analysiert Daten auf Ebene Kanton und Gemeinden für die thematischen Bereiche „Gesellschaft und Soziales“, „Raum und Umwelt“ sowie „Wirtschaft und Arbeit“ und führt die dazu notwendigen Informatiksysteme.

Für kantonale oder städtische Bedürfnisse werden zusätzlich umfangreiche Analysen auf höherem Detaillierungsgrad durchgeführt und statistische Informationssysteme zur Unterstützung von Planungs- und Entscheidungsprozessen entwickelt und unterhalten.

Die Vermittlung der statistischen Informationen erfolgt in unterschiedlichster, auf die Bedürfnisse der Nachfragenden zugeschnittener Form (Einzelauskünfte, Beratungen, Ad-hoc-Auswertungen, Internetangebot sowie Standard- und Spezialpublikationen). Die Bereitstellung von Interpretationshilfen sowie die Visualisierung der Daten in Form von Grafiken und Karten gehören ebenfalls zu den Grundaufgaben. Das Statistische Amt führt Befragungen durch (Bevölkerungsbefragungen, Kundenbefragungen der Verwaltung), erstellt Prognosen und berät in Forschungsfragen. Mit der Herausgabe des Jahrbuches wird der Dokumentationsauftrag erfüllt; damit soll späteren Generationen der Nachvollzug früherer Bedingungen ermöglicht werden.

Das Statistische Amt erbringt statistische Dienstleistungen, die durch die Bundesgesetzgebung, insbesondere durch das Bundesstatistikgesetz und das Registerharmonisierungsgesetz, an die Kantone delegiert sind. Es führt zudem das kantonale Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) als vom Bund anerkannter Teil des Eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregisters.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Umsetzung Statistikgesetz Im Nachgang zur Verabschiedung des Statistikgesetzes im Frühling 2014 wurden die Verordnung zum Statistikgesetz, die Gebührenverordnung zum Statistikgesetz sowie das Statistikprogramm ausgearbeitet und vom Regierungsrat verabschiedet. Das Statistikgesetz konnte damit auf 1. Juli 2015 in Kraft gesetzt werden. Zurückgestellt wurde die Erarbeitung der Verordnung zum Gebäude- und Wohnungsregister, da aktuell auf Bundesebene eine Revision der eidgenössischen Verordnung im Gange ist. Bereits aufgenommen sind die Arbeiten am Sicherheits- und Archivierungskonzept, welches das Statistikgesetz verlangt.

Kantonale Bevölkerungsbefragung Die Befragung konnte wie geplant durchgeführt und die Resultate im Rahmen einer Medienkonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt werden - mittlerweile kann die Entwicklung über zwölf Jahre abgebildet werden. Aufgrund der Erfahrung, dass die telefonische Erreichbarkeit rückläufig ist, wurden Überlegungen zu einem Methodenwechsel gemacht. Das Statistische Amt engagiert sich diesbezüglich in einer Arbeitsgruppe der Konferenz der regionalen Statistischen Ämter der Schweiz (KORSTAT) und des Bundesamtes für Statistik (BFS).

Befragung 55+ Nach vier Jahren sind im Herbst 2015 zum zweiten Mal Einwohnerinnen und Einwohner, welche älter als 55 Jahre sind, zu ihren konkreten Bedürfnissen und Ansprüchen befragt worden. Die Befragung dient insbesondere dem Gesundheitsdepartement zur Überprüfung der Altersleitlinien des Kantons Basel-Stadt und zur Beurteilung von Massnahmen im Hinblick auf die Bedürfnisse dieser Altersgruppe. Die Resultate werden in der ersten Jahreshälfte 2016 vorliegen.

Indikatoren zur Umweltberichterstattung Die gesetzlich vorgeschriebene Umweltberichterstattung soll künftig Indikator gestützt und koordiniert mit dem Kanton Basel-Landschaft erfolgen. Die Umsetzung des umfangreichen Projektes schreitet plangemäss voran; ein Grossteil der Indikatoren ist erarbeitet. Die Indikatoren werden im Internet anders als bisher üblich, nicht nur als PDF-Berichte vorliegen, sondern nun auch einzeln aufrufbar sein.

Indexrevision 2015 Alle fünf Jahre wird der Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) revidiert und der Warenkorb angepasst. Um die Konsistenz zu wahren, werden gleichzeitig auch die regionalen Konsumentenpreisindizes von Basel, Zürich und Genf angepasst. Die Vorarbeiten konnten in guter Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik sowie Zürich und Genf durchgeführt werden, so dass der Januarindex 2016 wie geplant auf der neuen Basis erscheinen wird.

Bildungsstatistik: Integration Sonderpädagogik Die Modernisierung der Bildungsstatistik auf Bundesebene schreitet plangemäss voran. Die Integration der Sonderpädagogik in die Statistik der

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'545.5	-3'998.2	-3'668.1	330.1	8.3	-122.6	-3.5 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'097.0	-921.2	-1'007.6	-86.3	-9.4	89.4	8.1
36 Transferaufwand	-42.0	-42.0	-42.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-4'684.4	-4'961.4	-4'717.7	243.7	4.9	-33.2	-0.7
42 Entgelte	421.1	565.1	341.0	-224.1	-39.7	-80.1	-19.0 ²
46 Transferertrag	16.0	16.0	16.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	437.1	581.1	357.0	-224.1	-38.6	-80.1	-18.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-4'247.4	-4'380.3	-4'360.7	19.6	0.4	-113.3	-2.7
Betriebsergebnis	-4'247.4	-4'380.3	-4'360.7	19.6	0.4	-113.3	-2.7
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.3	-0.2	0.0	3.2	0.0	0.8
Finanzergebnis	-0.2	-0.3	-0.2	0.0	3.2	0.0	0.8
Gesamtergebnis	-4'247.6	-4'380.6	-4'361.0	19.6	0.4	-113.3	-2.7
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-4'247.6	-4'380.6	-4'361.0	19.6	0.4	-113.3	-2.7

Kommentar

- 1 Vakante Positionen konnten nicht firstgerecht besetzt werden.
- 2 Die Mindereinnahme bei den Erträgen ist durch das Verschieben von geplanten Projekten entstanden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	17.1	20.9	20.3	23.5	23.1
Internetzugriffe (Anzahl Besuche)	Anz	57'759	63'876	86'717	117'027	151'158 ¹
Kurzanfragen	Anz	5'917	7'105	7'611	10'156	10'745
Anfragen, die mehr als eine Stunde Aufwand verursachen	Anz	192	209	209	213	209
Begründete Beanstandungen (stat.Information)	Anz	0	0	1	1	0

Kommentar

- 1 Systemwechsel WebBS: Hochrechnung auf Basis der Zugriffe über sechs Monate. Die Kennzahl Internetzugriffe wird per 2016 entsprechend angepasst.

Lernenden und in die Statistik des Schulpersonals konnte vollzogen und der Testbetrieb erfolgreich abgeschlossen werden. Für das Schuljahr 2015/2016 steht damit eine ordentliche Datenlieferung an den Bund gemäss den neuen Vorgaben an, wobei zurzeit letzte Bereinigungen im Bereich der Statistik des Schulpersonals bearbeitet werden.

Bildungsstatistik: Bildungsbericht Nordwestschweiz Das Statistische Amt hat Daten aufbereitet und zur Verfügung gestellt, die für den zweiten Bildungsbericht des Bildungsraumes Nordwestschweiz benötigt werden. Weitere Datenlieferungen stehen für 2016 an. Insgesamt hat sich der Aufwand für das Statistische Amt gegenüber dem ersten Bildungsbericht wesentlich vergrößert, da nun nicht mehr Bundesdaten, sondern Daten der kantonalen Statistik verwendet werden.

Anpassung an das kantonale Web-Corporate Design Die Anpassung und Migration des Web-Auftritts des Statistischen Amtes an das kantonale Corporate Design war eine grosse zusätzliche Aufgabe. Da das Internet als Hauptkanal für die statistische Informationsvermittlung genutzt wird, mussten alle Prozesse der Statistikerstellung angepasst werden. Auch die eigentliche Migration der Seite war eine Herausforderung: Aufgrund der spezifischen Bedürfnisse musste das Statistische Amt die Migration grösstenteils selbst durchführen. Gleichzeitig musste während der Arbeiten der Informationszugang jederzeit gewährleistet sein. Die Webseite im neuen Design ging Mitte Jahr online und hat positives Echo ausgelöst.

Kultur

PD-370

Die Abteilung Kultur ist verantwortlich für die öffentliche Kulturförderung im Kanton Basel-Stadt. Sie sichert das kulturelle Erbe, fördert und unterstützt das aktuelle Kultur- und Kunstschaffen, sowie die Kulturvermittlung und die Kultur insgesamt in möglicher Vielfalt. Gefördert werden insbesondere die Sparten Bildende Kunst, Tanz und Theater, Musik, Literatur, Film und Medienkunst und Jugendkultur. Mit ihren Dienststellen Archäologische Bodenforschung und Staatsarchiv bewahrt und pflegt sie das kulturelle Erbe des Kantons, sichert und vermittelt die dokumentarische Überlieferung und macht diese für Verwaltung und Öffentlichkeit zugänglich. Die fünf staatlichen Museen, ebenfalls Dienststellen der Abteilung Kultur, pflegen ihre hochkarätigen Sammlungen, vermitteln diese an das breite Publikum, führen attraktive Sonderausstellungen durch und betreiben in ihren Fachgebieten museumsrelevante wissenschaftliche Forschung. Mittels verschiedener Dienstleistungen im Museumsbereich kommuniziert und vermittelt die Abteilung Kultur die Angebote der staatlichen und nichtstaatlichen Museen an die interessierte Öffentlichkeit. Über edukative und interkulturelle Projekte wird die Zusammenarbeit zwischen Kulturinstitutionen, Kunstschaffenden und Jugendlichen sowie Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund gefördert. In verschiedenen Gremien setzt sich die Abteilung Kultur für kulturpolitische Belange und Anliegen sowie für den regionalen und nationalen kulturellen Austausch ein. Die Abteilung Kultur pflegt eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft und strebt, wo immer möglich, eine partnerschaftliche Finanzierung der Kulturangebote an. Sie pflegt den nationalen und internationalen kulturpolitischen Austausch kontinuierlich und ist bestrebt, auf zukunftsweisende Tendenzen und gesellschaftliche Impulse angemessen zu reagieren.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die im Kulturleitbild definierten förderstrategischen Ziele wurden weiter erarbeitet und umgesetzt. Es fanden zahlreiche Potenzialgespräche mit Staatsbeitragsempfängern im Rahmen des neuen Evaluationssystems statt. Das neue Orchesterförderkonzept, welches eine stärkere Profilierung der Basler Musiklandschaft vorsieht, wurde im Frühjahr der Öffentlichkeit vorgestellt und im Dezember vom Grossen Rat verabschiedet. Das neue Modell wird 2016 in Kraft treten. Die Arbeit an der Museumstrategie wurde weitergeführt, sie wird im Herbst 2016 dem Regierungsrat vorgelegt werden.

Mehrere bedeutende Bau- und Sanierungsprojekte zählen zu den wesentlichen Aufgaben der Abteilung Kultur. Die Arbeiten am Erweiterungsbau des Kunstmuseums Basel schritten planmässig voran, der Neubau wird im April 2016 eröffnet. Das Siegerprojekt für den Neubau des Naturhistorischen Museums Basel sowie des Staatsarchivs wurde im August der Öffentlichkeit präsentiert. Der Ratschlag für dieses bedeutende Bauprojekt soll bis Anfang 2017 erstellt sein. Der Ratschlag für das Projekt „Kasernenhauptbau - Gesamtsanierung und Umbau zum Kultur- und Kreativzentrum“ wurde im November vom Grossen Rat verabschiedet. Ebenfalls wurde der Ratschlag für das Sanierungs- und Erweiterungsprojekt Stadtcasino angenommen.

Im Bereich der institutionellen Förderung wurden diverse Staatsbeitragsverhandlungen geführt. Im Bereich der Projektförderung wurden die Erfahrungen mit der 2014 eingeführten Jugendkulturpauschale ausgewertet und eine neue Verordnung erstellt, die ab Januar 2016 in Kraft ist.

Stabsleistungen Abteilung Kultur Es wurden acht Staatsbeitragsverhandlungen für die Jahre 2016 bis 2019 zur Beschlussfassung durch den Regierungsrat und den Grossen Rat vorbereitet. Zudem wurde der Atelierkredit für die Periode 2016 bis 2018 verlängert.

Die Education Projekte Region Basel wurden weiterentwickelt und bezüglich Nutzerkreis erweitert. Aus der Jugendkulturpauschale konnten zahlreiche Projektbeiträge an jugendkulturelle Projekte gesprochen werden. Der Ausbau der Basler Filmförderung und das neue Fördermodell wurden partnerschaftlich mit dem Kanton Basel-Landschaft entwickelt und vom Grossen Rat verabschiedet. Die Abteilung Kultur hat die Betreuung der kantonalen Crowdfunding Plattform „wemakeit“ auch 2015 weiter mit personellen Ressourcen unterstützt.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'732.2	-1'731.0	-1'705.9	25.1	1.5	26.3	1.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'789.8	-1'712.7	-1'674.0	38.7	2.3	115.8	6.5
36 Transferaufwand	-67'435.7	-68'352.0	-67'886.7	465.3	0.7	-451.0	-0.7
Betriebsaufwand	-70'957.7	-71'795.7	-71'266.6	529.1	0.7	-308.9	-0.4
42 Entgelte	189.3	136.9	110.6	-26.3	-19.2	-78.7	-41.6
43 Verschiedene Erträge	150.3	0.0	27.1	27.1	n.a.	-123.2	-82.0
46 Transferertrag	618.1	603.5	623.2	19.7	3.3	5.1	0.8
Betriebsertrag	957.6	740.4	760.8	20.5	2.8	-196.8	-20.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-70'000.1	-71'055.4	-70'505.8	549.6	0.8	-505.7	-0.7
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1'249.6	-225.7	567.6	793.3	>100.0	1'817.2	>100.0
Abschreibungen	-1'249.6	-225.7	567.6	793.3	>100.0	1'817.2	>100.0
Betriebsergebnis	-71'249.7	-71'281.0	-69'938.1	1'342.9	1.9	1'311.5	1.8
34 Finanzaufwand	-0.4	-0.3	-0.3	0.0	13.3	0.1	25.2
Finanzergebnis	-0.4	-0.3	-0.3	0.0	13.3	0.1	25.2
Gesamtergebnis	-71'250.1	-71'281.4	-69'938.4	1'342.9	1.9	1'311.6	1.8
davon Funktionen:							
31 Kulturerbe	-3'289.0	-3'334.6	-3'321.8	12.8	0.4	-32.8	-1.0
32 Kultur, übrige	-67'961.1	-67'896.8	-66'616.6	1'280.1	1.9	1'344.5	2.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-4'950.1	0.0	-5'599.7	-5'599.7	n.a.	-649.6	-13.1
Nettoinvestitionen	-4'950.1	0.0	-5'599.7	-5'599.7	n.a.	-649.6	-13.1
Saldo Investitionsrechnung	-4'950.1	0.0	-5'599.7	-5'599.7	n.a.	-649.6	-13.1

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	10.5	11.0	11.7	11.7	11.4
Theater Basel: Zahlende Besucher/-innen aller Sparten	Anz	177'988	164'645	155'096	188'838	169'077
Sinfonieorchester Basel (SOB): Anzahl Auftritte	Anz	186	167	206	213	177
Kulturprojekte: Eingehende Gesuche	Anz	952	936	890	1'035	986
Abgesetzte Tickets Museumsnacht	Anz	32'124	32'575	29'432	31'936	28'294

Staatsarchiv

PD-376

Das Staatsarchiv bewahrt Informationen aus der Vergangenheit auf und sorgt dafür, dass Informationen auch für die Zukunft vorhanden sind. Es wählt aus der Vielzahl von Unterlagen (Papierakten, digitale Unterlagen und audiovisuelle Dokumente wie Pläne, Bilder, Tondokumente, Filme etc.), die bei Behörden und Verwaltung entstehen, jenen Bruchteil aus, der für eine dauerhafte Dokumentation notwendig ist. Die Unterlagen staatlicher Herkunft werden ergänzt durch private Materialien (Stiftungen, Vereine, Nachlässe, Firmenarchive etc.). Das Staatsarchiv stellt die Unterlagen der Öffentlichkeit und der Verwaltung zur Verfügung, soweit der Datenschutz dem nicht entgegensteht. Die Benützung des Staatsarchivs erfolgt hauptsächlich im Lesesaal, zu dem alle Interessierten freien Zugang haben, und über das Internet.

Der Auftrag des Staatsarchivs stützt sich auf das Archivgesetz (SG 153.600), die nachgeordnete Registratur- und Archivierungsverordnung (SG 153.610) sowie auf die Verordnung betreffend die Ausleihe von Bauakten (SG 739.500).

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Zentrale Tätigkeiten des Staatsarchives beinhalteten im Berichtsjahr die Arbeiten am Projekt Neubau des Staatsarchivs und Naturhistorischen Museums, die Umsetzung eines Digitalen Lesesaals im Rahmen des Projekts „Digitales Archiv 2.0“ sowie die systematische Digitalisierung analoger Bestände.

Konkretisierung Raumplanung Nach mehreren Jurierungsrunden wurde Mitte Jahr - nachdem die beiden bestplatzierten Projekte noch einer Überarbeitung unterzogen worden waren - der Entwurf „Zasamane“ von EM2N Mathias Müller und Daniel Niggli Architekten zum Siegerprojekt erkoren. Unmittelbar nach dem Entscheid wurden die Gremien und die Organisationsstrukturen für die Zusammenarbeit aller Beteiligten geschaffen und die Zusammenarbeit mit den Architekten von EM2N für das Vorprojekt begonnen - ein zentraler Aspekt stellte dabei die Kostenüberprüfung zur Einhaltung des absoluten Kostendachs dar. Diese Arbeiten bilden die Grundlage für den Bericht an den Regierungsrat und den Grossen Rat, welche auf Basis dieses Berichts über den Baukredit befinden werden. Ferner wurde die konkretisierende Ausführungsplanung aufgenommen und mit der Feinjustierung begonnen, unter Einbezug der fachlich zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Weiterentwicklung der Entwürfe in Zusammenarbeit mit dem Generalplaner, den Architekten und Fachplanern.

Digitale Archivierung Der Ratschlag „Digitales Archiv 2.0“, in dessen Zentrum die zukünftige Nutzbarkeit (Stichwort „Digitaler Lesesaal“) und die langfristige Bestandserhaltung digitaler Unterlagen steht, wurde an den Grossen Rat überwiesen. Die Justiz-, Sport- und Sicherheitskommission behandelte das Projekt im Dezember, der Entscheid durch den Grossen Rat wird im ersten Quartal 2016 erwartet. Die in diesem Kontext geplanten Arbeiten zur Realisierung erster IT-Services zur Abwicklung der Geschäftsprozesse bei der Ablieferung digitaler Unterlagen aus der Verwaltung an das Staatsarchiv wurden aufgrund der noch nicht verfügbaren Mittel aus dem Projekt „Digitales Archiv 2.0“ nicht durchgeführt. Die Einführung der Ablieferungsschnittstelle in CMIKonsul wurde zugunsten der Erarbeitung der kantonalen Records Management-Strategie vorerst zurückgestellt.

Im neu gebildeten Team Digitale Archivierung mit Mitarbeitenden aus den Abteilungen Vorarchiv, Erschliessung und Archivinformatik wurde auf Basis jüngster Übernahmen die abteilungsübergreifenden Prozesse überprüft und die Praxis an den Modellprozessen vertieft.

Informationssicherung (Vorarchiv und Erschliessung) Für die Erschliessung von modernen Verwaltungsunterlagen wurde eine neue Verzeichnungsstruktur entsprechend der internationalen Norm ISAAR (CPF) eingeführt; sie dient zur standardisierten Beschreibung von Provenienzstellen. Dank der finanziellen Unterstützung durch den Verein Fotoarchiv Hoffmann konnte die Katalogisierung des Fotoarchivs Hoffmann aufgenommen werden; der aus dem Dreigenerationenbetrieb Hoffmann hervorgehende Fotobestand umfasst über eine Viertelmillion Fotografien.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'399.5	-2'460.7	-2'557.8	-97.1	-3.9	-158.3	-6.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'360.6	-1'380.1	-1'477.3	-97.2	-7.0	-116.7	-8.6
36 Transferaufwand	0.0	-5.0	0.0	5.0	100.0	0.0	n.a.
Betriebsaufwand	-3'760.1	-3'845.9	-4'035.2	-189.3	-4.9	-275.1	-7.3
42 Entgelte	261.5	307.3	290.1	-17.2	-5.6	28.6	10.9
43 Verschiedene Erträge	2.0	0.0	82.0	82.0	n.a.	80.0	>100.0
Betriebsertrag	263.5	307.3	372.0	64.8	21.1	108.6	41.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-3'496.7	-3'538.6	-3'663.1	-124.6	-3.5	-166.5	-4.8
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-168.6	-131.2	-266.7	-135.5	<-100.0	-98.2	-58.2
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	10.3	10.3	n.a.	10.3	n.a.
Abschreibungen	-168.6	-131.2	-256.5	-125.3	-95.5	-87.9	-52.2
Betriebsergebnis	-3'665.2	-3'669.8	-3'919.6	-249.8	-6.8	-254.4	-6.9
34 Finanzaufwand	-3.5	-0.3	-0.6	-0.3	<-100.0	2.9	84.2
44 Finanzertrag	0.2	0.0	0.1	0.1	n.a.	-0.1	-32.0
Finanzergebnis	-3.3	-0.3	-0.4	-0.2	-71.1	2.9	87.1
Gesamtergebnis	-3'668.5	-3'670.0	-3'920.0	-250.0	-6.8	-251.5	-6.9
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-3'668.5	-3'670.0	-3'920.0	-250.0	-6.8	-251.5	-6.9

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-376.8	0.0	-307.1	-307.1	n.a.	69.7	18.5
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	63.9	63.9	n.a.	63.9	n.a.
Nettoinvestitionen	-376.8	0.0	-243.2	-243.2	n.a.	133.6	35.5
Saldo Investitionsrechnung	-376.8	0.0	-243.2	-243.2	n.a.	133.6	35.5

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	17.0	17.1	17.7	17.4	18.1
Benützungstage	Tg	17'606	18'209	23'151	21'780	14'698 ¹
Benützungsvorgänge	Anz	14'978	18'237	17'412	16'789	16'341 ²
Erschliessungsgrad	%	81.0	75.9	84.0	89.4	86.8 ³
Unbearbeitete Ablieferungen	Anz	316	287	254	256	243 ⁴
Benützung	Anz	8'024	9'203			
Fristerreichung Anfragenbeantwortung	%	80.7	81.9			

Kommentar

- Die Anzahl Benützungstage widerspiegelt die Entwicklung der Nutzung durch Private, Verwaltung und Politik: Benützung vor Ort (Lesesaal, Bauplanausgabe, Planarchiv, Bildersammlung), die online-Benützung (Äquivalent der Aufenthaltsdauer zu einem Benützungstag) und sonstige Benützung (Führungen, Vorträge, Lehrveranstaltungen, Museumsnacht usw.). Veränderung Ist 15 zu Ist 14: siehe Text in Produktgruppe „Staatsarchiv“ unter „Informationsvermittlung“.
- Die Anzahl Benützungsvorgänge umfasst die Anzahl ausgeliehener Archivalieneinheiten sowie die Anzahl Anfragen, Reproduktionen und Gesuche. Veränderung Ist 15 zu Ist 14: siehe Text in Produktgruppe „Staatsarchiv“ unter „Informationsvermittlung“.
- Fristerreichungsgrad: Anteil der nach drei Jahren verzeichneten/katalogisierten Ablieferungen an der Gesamtheit aller Ablieferungen. Veränderung Ist 15 zu Ist 14: siehe Text in Produktgruppe „Staatsarchiv“ unter „Informationssicherung“.
- Die Anzahl unbearbeiteter Ablieferungen entspricht dem Umfang nicht erschlossener resp. für die Benützung noch nicht verfügbarer Unterlagen. Veränderung Ist 15 zu Ist 14: siehe Text in Produktgruppe „Staatsarchiv“ unter „Informationssicherung“.
- Diese Kennzahl wird ab Budgetjahr 2013 nicht mehr ausgewiesen.
- Diese Kennzahl wird ab Budgetjahr 2013 nicht mehr ausgewiesen.

Das Projekt „Sicherung und Nutzbarmachung. Mikroverfilmung und Digitalisierung von Archivgut“ wurde gemäss Projektplan fortgesetzt. Bereits mehr als eine Million Dokumente können mittlerweile nicht nur online recherchiert, sondern auch direkt online eingesehen werden. Die Digitalisierung und Ausbelichtung auf Mikrofilm als Kulturgüterschutzmassnahme erfolgte auch in diesem Jahr mit Unterstützung durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz, allerdings das letzte Mal, da der Bund ab 2016 keine Beiträge an die Sicherheitsverfilmung von Archivgut als Massnahme des Kulturgüterschutzes mehr entrichten wird.

Unter Federführung der Staatskanzlei wurden von der Staatskanzlei und dem Staatsarchiv Records Management-Grundsätze erarbeitet und am 7. Juli 2015 vom Regierungsrat genehmigt. Die Grundsätze legen minimale organisatorische Anforderungen für eine gesetzeskonforme Geschäftsführung fest. Unter Federführung der Abteilung Informatiksteuerung und Organisation (ISO) des Finanzdepartements und unter Mitwirkung der Staatskanzlei und des Staatsarchivs wurde im zweiten Halbjahr die Erarbeitung einer kantonalen Records Management-Strategie begonnen, mit der die Professionalisierung des Records Managements gesamtkantonal voran getrieben werden soll. Eines der Ziele bei der Umsetzung wird der gesamtkantonale Wechsel auf die elektronische Aktenführung sein. Mit Verabschiedung der Records Management-Grundsätze und in Hinblick auf die Erarbeitung und Umsetzung einer digitalen Records Management-Strategie wurde mit der Überarbeitung von Registratorplänen in allen Dienststellen der Verwaltung begonnen.

Sowohl der vergleichsweise hohe Anteil erschlossener Ablieferungen als auch der moderate Rückgang von Anzahl und Umfang unbearbeiteter Ablieferungen (siehe Tabelle „Kennzahlen“) sind primär auf den ausserordentlichen Einsatz personeller Ressourcen im Bereich Etikettierung zurückzuführen.

Informationsvermittlung Zur Unterstützung der Benutzenden, der Forschung und der fachlichen Weiterentwicklung wurden neue Publikationskanäle (Blog, Twitter, Facebook) in Betrieb genommen. Dadurch konnten die Innovationen des Staatsarchivs im Bereich Sicherung, Digitalisierung und Historische Fotografie besser sichtbar und verständlich gemacht werden. Eine abschliessende, intensive Kooperation fand mit der MCH Group AG hinsichtlich des 100-Jahre-Jubiläums statt. Erneut stark genutzt wurde das Führungsangebot für Gruppen (Schulen, Behörden, Private). Für die Erweiterung und Vertiefung des archivpädagogischen Angebots wurden neue Kooperationen mit Bildungsinstitutionen eingeleitet.

Der ausserordentlich starke Rückgang bei der Kennzahl Benutzungstage ist vor allem Folge eines neuen Berechnungsverfahrens der Zentralen Informatik Dienste (ZID) bei der Anzahl Online-Benutzungen. Die Anzahl Benutzungsvorgänge bewegt sich auf unverändert hohem Niveau.

Archäologische Bodenforschung

PD-377

Die Archäologische Bodenforschung ist verantwortlich für die Sicherung, Erforschung und Vermittlung des archäologischen Erbes. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zum Verständnis und zur Förderung der kulturellen Identität des Kantons Basel-Stadt geleistet.

Der Auftrag umfasst folgende drei Hauptaufgaben: Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen, Prospektionen und Auswertung anderer Quellen; Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen; Vermittlung und Bereitstellung historischer Erkenntnisse.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Sichern und Erfassen des archäologischen Erbes durch archäologische Grabungen Im Berichtsjahr wurden 169 Baugesuche nach archäologischen Gesichtspunkten bewertet. Die Grabungsteams haben 61 archäologische Untersuchungen neu begonnen und teilweise abgeschlossen. Dazu kamen weitere Untersuchungen, die bereits früher gestartet wurden und die im Berichtsjahr andauerten.

Die umfangreichste Ausgrabung fand in dem als Fundstelle von nationaler Bedeutung eingestuftem Spitalfriedhof im heutigen St. Johannis-Park statt. Dabei wurden über 50 Bestattungen aus dem 19. Jahrhundert freigelegt und geborgen. Da die Bestatteten dank der Überlieferung der Krankenakten namentlich identifiziert werden konnten, sind die Skelette quasi als biologische Archive zusammen mit den historischen Akten von hoher Bedeutung für die Erforschung der Lebensbedingungen zur Zeit der frühen Industrialisierung Basels bzw. der Schweiz. Ausserdem ist die baubegleitende Untersuchung des fast zeitgleichen Quartierfriedhofs St. Johann, bei der über 60 Individuen nachgewiesen werden konnten, als Vergleichskollektiv einer „normalen“ Quartierbevölkerung von Bedeutung.

In Verhandlungen mit Novartis konnte erreicht werden, dass beim Site Clean Up für den Campus im Umfeld des Gräberfeldes B von Basel-Gasfabrik nur die modernen Auffüllungen bzw. belasteten Erdmaterialien entfernt wurden, intakte archäologische Schichten jedoch im Boden verbleiben konnten. Dieser in diesem Umfang erstmals umgesetzte Schutz archäologisch bedeutsamer Fundbereiche bildet die konsequente Fortführung des nachhaltigen Umgangs mit dem kulturellen Erbe.

Im Norden des Werks St. Johann von Novartis konnte ein im letzten Jahr entdeckter bronzezeitlicher Siedlungsplatz weiter ausgegraben werden. Bei dieser Untersuchung konnte zusätzlich ein Graben nachgewiesen werden, der wahrscheinlich 1815 zur Erstürmung der Festung Hüningen durch österreichische Truppen mit Unterstützung von Kontingenten aus Basel und Zürich angelegt worden war.

Im Berichtsjahr konnte der Inventarisierungsrückstand wiederum verkleinert werden. Die Mitarbeiterinnen der Fundinventarisierung Petersgraben haben neben dem Inventar der Grossgrabung 2010/40 die Inventare von weiteren 19 kleineren bis mittelgrossen Grabungen erstellt: Insgesamt wurden 6'362 Funde inventarisiert. Von der Inventarisierungsabteilung an der Elsässerstrasse wurden ca. 45'050 Objekte inventarisiert; dabei konnten die Grossgrabungen 2004/31 und 2002/13 abgeschlossen werden. Im Restaurierungslabor wurden zahlreiche Metallobjekte konserviert.

Die Auswertung zu den archäologisch fassbaren frühen Münsterbauten wurden weitgehend abgeschlossen und ein erstes Manuskript für den geplanten Artikel im Kunstdenkmälerband X erstellt. Verschiedene Manuskripte zum 2014 abgeschlossenen interdisziplinären Auswertungsprojekt „Über die Toten zu den Lebenden: Menschliche Überreste vom spätlatènezeitlichen Fundplatz Basel-Gasfabrik und ihre kulturgeschichtlichen Deutungen“ wurden verfasst und teilweise zur Publikation eingereicht.

Pflege, aktive Bewirtschaftung und Ausbau der verschiedenen Quellensammlungen Prof. Sennhauser und sein Team führten in den Jahren 1966 und 1973/74 die Ausgrabungen im Münster durch. Sie dokumentierten diese sorgfältig, u. a. auf rund 700 Plänen und 8'000 Bildträgern. 2009 wurde die Dokumentation gegen den Willen des Kantons Basel-Stadt in die „Stiftung für Forschung in Spätantike und Mittelalter – H. R. Sennhauser“ überführt. Fast 50 Jahre dauerten die Streitigkeiten

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'341.6	-3'365.2	-3'226.5	138.7	4.1	115.1	3.4 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'417.8	-1'002.4	-1'338.2	-335.8	-33.5	79.7	5.6 ²
Betriebsaufwand	-4'759.4	-4'367.6	-4'564.7	-197.1	-4.5	194.7	4.1
42 Entgelte	29.8	86.3	66.5	-19.8	-22.9	36.7	>100.0
46 Transferertrag	375.4	76.8	200.9	124.1	>100.0	-174.5	-46.5 ³
Betriebsertrag	405.2	163.1	267.4	104.3	64.0	-137.8	-34.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-4'354.2	-4'204.5	-4'297.2	-92.7	-2.2	57.0	1.3
Betriebsergebnis	-4'354.2	-4'204.5	-4'297.2	-92.7	-2.2	57.0	1.3
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	0.0	16.7	0.0	20.7
44 Finanzertrag	3.2	3.2	3.2	0.0	0.0	0.0	0.0
Finanzergebnis	3.1	3.1	3.1	0.0	0.5	0.0	0.7
Gesamtergebnis	-4'351.1	-4'201.4	-4'294.1	-92.7	-2.2	57.0	1.3
davon Funktionen:							
31 Kulturerbe	-4'351.1	-4'201.4	-4'294.1	-92.7	-2.2	57.0	1.3

Kommentar

- 1 Personalaufwand: mehrere Vakanzen infolge Pensionierung und Todesfall.
- 2 Konto 319910 Grabungen: Den Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen auf 463.000 Beiträge Bund gegenüber, 313.200 Rechtsberatung: Kosten Rechtsanwalt „Dokumentation und Funde der Münstergrabungen 1966, 1973/74, Klage um Herausgabe gegen die Stiftung für Forschung in Spätantike und Mittelalter“. Gemäss RRB 13/15/42 vom 28. Mai 2013 stehen aus dem Kompetenzkonto des Regierungsrats maximal 225'000.- Fr. zur Verfügung. Um diesen Betrag kann das Budget unserer DST überzogen werden. Die Parteien konnten sich einigen, der Rechtsstreit ist beigelegt, es werden keine weiteren Kosten anfallen. Der Aufwand beläuft sich auf insgesamt 94'865.30 Franken.
- 3 Den Mehreinnahmen stehen Mehrausgaben des Kontos 319910 gegenüber (siehe Fussnote 2).

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	21.9	22.4	24.5	23.7	23.3
Anteil ausreichend untersuchter Fundstellen	%	89	90	90	95	90
Anteil inventarisierter und zugänglich aufbewahrter Funde	%	40	41	50	55	50
Publikationen pro Jahr	Anz	4	2	3	3	2

um den Verbleib der Dokumentation der archäologischen Ausgrabungen im Basler Münster, einem Denkmal von nationaler Bedeutung. Dieses für den Kanton Basel-Stadt wichtige kulturelle Erbe 2015 wurde endlich in das Archiv der Archäologischen Bodenforschung überführt. Der Erfolg des Kantons in einem Rechtsverfahren bewog die „Stiftung für Forschung in Spätantike und Mittelalter – HR. Sennhauser“ das Eigentum des Kantons an der Grabungsdokumentation anzuerkennen.

Da im Berichtsjahr zum letzten Mal Bundessubventionen für die Langzeitsicherung von Grabungsdokumentationen bereitstanden, wurden neben der sehr umfangreichen Dokumentation der Münstergrabungen noch nicht langzeitgesicherte Dokumentationen aus den Archivbeständen in grosser Anzahl aufbereitet, um die Digitalisierung und Ausbelichtung auf Mikrofilm ausführen zu lassen.

Für das ungeeignete und zu kleine Grosssteinlager in einer Zivilschutzanlage an der Friedrich Miescher-Strasse konnte ein idealer Ersatz gefunden werden. Ein im Gundeldinger Quartier freigeswordenes Tiefgeschoss wurde in Zusammenarbeit mit Immobilien Basel-Stadt (IBS) für die Archäologische Bodenforschung als Lager hergerichtet. Die Ausstattung konnte im Berichtsjahr noch nicht abschliessend fertig gestellt werden - es steht jedoch bereits ein grosser Teil der Schwerlastregale. Bereits Ende Jahr wurden die Grosssteine (Architekturteile, Grabsteine und -platten) sowie Gesteins- und Sedimentproben aus der Zivilschutzanlage ins neue Lager an der Güterstrasse transferiert.

Vermittlung und Zurverfügungstellen historischer Erkenntnisse Anlässlich der Ausgrabung

„St. Johann Spitalfriedhof“ wurde in Kooperation mit dem Institut für Prähistorische und Naturwissenschaftliche Archäologie (IPNA), dem Staatsarchiv, dem Verein Basler Geschichte, einem freiwilligen Bürgerforschungsprojekt sowie dem Naturhistorischen Museum eine Plakatausstellung im Pavillon im St. Johannis-Park realisiert. Zu Ausstellung und Ausgrabung wurde ein Begleitprogramm (Führungen und Öffentlichkeitstag) angeboten: 17 Führungen für angemeldete Gruppen und rund 300 Fachleute sowie für am Projekt beteiligte Firmen und Personen aus fachverwandten Institutionen wurden durchgeführt. Am Tag des offenen Bodens kamen ca. 1'000 Besucherinnen und Besucher, die sich an den Informationsständen über die Grabung, die Skelette und deren Hintergründe informierten und an Grabungsführungen teilnahmen. Die Plakatausstellung war so erfolgreich, dass sie auf Wanderschaft ging. Sie wurde von Oktober bis Dezember im Staatsarchiv Basel-Stadt gezeigt. 2016 wird sie im Staatsarchiv Basel-Landschaft gastieren.

Im Berichtsjahr wurde die 2014 konzeptionierte App zum Archäologischen Rundgang auf dem Münsterhügel umgesetzt und Anfang Juni der Öffentlichkeit präsentiert. Die App stiess in den Medien und der Öffentlichkeit auf breites Interesse: Unter dem Titel „Kurze Vorstellungsrunde: Die fünf Apps des Kantons Basel-Stadt“ stellte die bz Basel die App vor. Fazit: „So muss eine App aussehen“.

2015 wurde die Archäologische Informationsstelle im Gast- und Kulturhaus Teufelhof neu konzipiert und entsprechend umgebaut. In zeitgemässer Weise und mittels eines Lebensbildes wird nun die Geschichte der Basler Stadtmauern veranschaulicht.

Der Jahresbericht der Archäologischen Bodenforschung wurde termingerecht gedruckt. In der Co-verstury und im wissenschaftlichen Bericht wurden Möglichkeiten der interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen Archäologie und Naturwissenschaften aufgezeigt. Auch in diesem Jahr stiess der Jahresbericht von verschiedenen Seiten auf ein sehr positives Feedback. Umsetzung, Programmierung und Testlauf eines Templates für die Materialhefte wurden bereits 2014 abgeschlossen; aus Kapazitätsgründen und wegen technischer Schwierigkeiten wurde im Berichtsjahr jedoch kein Materialheft fertiggestellt oder publiziert.

Globalbudget Kunstmuseum Basel und Museum für Gegenwartskunst

Das Kunstmuseum Basel und das Museum für Gegenwartskunst sind zwei international ausstrahlende Museen, welche nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes geführt werden. Sie erweitern, bewahren, erforschen, dokumentieren und vermitteln die seit 1661 bestehende und seit 1671 öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung vom 19. Dezember 2000 (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für Kunst von Weltgeltung. Vermittlung von Einsichten in Zusammenhänge, Rezeptionsgeschichte, Geschichte und Wandel der internationalen Kunst sowie den lebendigen Umgang mit ihr, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Nachdem im Februar der Hauptbau für die bevorstehenden Sanierungsarbeiten zu grossen Teilen freigeräumt werden musste, lag der Fokus des Ausstellungsprogramms und der Aktivitäten verstärkt auf dem Museum für Gegenwartskunst. Mit insgesamt fünf Ausstellungen und insgesamt 123'998 Besucherinnen und Besucher avancierte das Haus zu einem veritablen Publikumsmagneten.

Zu diesem erfreulichen Ergebnis beigetragen hat auch der freie Eintritt, der dank dem grosszügigen Engagement durch den Fonds für künstlerische Aktivitäten im Museum für Gegenwartskunst der Emanuel Hoffmann-Stiftung und der Christoph Merian Stiftung ermöglicht wurde. Für die Finanzierung der Ausstellungen engagierten sich weitere Stiftungen, Donatoren und Sponsoren mit namhaften Beiträgen.

Ab Mitte März sorgten gleich zwei Ausstellungen mit hochkarätigen Werken aus dem Kunstmuseum in Madrid für rekordverdächtige Besucherzahlen. Die Ausstellung „Diez picassos del Kunstmuseum Basel“ im Museo Nacional del Prado verzeichnete 1.4 Mio. und die Ausstellung „Fuego blanco“ im Museo Nacional Centro de Arte Reina Sofia 550'000 Eintritte. Ein weiterer Teil der Meisterwerke aus dem Kunstmuseum beherbergte ab Mitte April das Museum der Kulturen im Anchor Room. Diese Ausstellung mit dem Titel „Holbein.Cranach.Grünwald“ erreichte bis zum Ende des Jahres ein Besuchertotal von 24'841.

Die Organisation und Logistik für die Ausstellungen und die sichere Verwahrung der Kunstwerke beschäftigte die Mitarbeitenden des Kunstmuseums in hohem Masse. Hinzu kamen die planerischen und organisatorischen Aufgaben, die für den Neubau und die Sanierung des Hauptbaus geleistet werden mussten. Für einzelne Abteilungen, wie die Restaurierung oder das Kupferstichkabinett, wurden für die Dauer der Sanierung Provisorien aufgebaut, um den laufenden Betrieb sicherzustellen. Im Grossen und Ganzen konnten die Bauarbeiten in beiden Gebäuden nach Plan ausgeführt werden. Die ersten Tests der Anlagen und Systeme für Beleuchtung, Klima und Sicherheit im Neubau fanden kurz vor Jahresende statt, zusammen mit den Vorbereitungen für die Abnahme und Freigabe der Häuser durch die Behörden.

Folgende Ausstellungen hat das Kunstmuseum und das Museum für Gegenwartskunst im Jahr 2015 präsentiert:

Museum für Gegenwartskunst 2015

- One Million Years – System und Symptom vom 11. Oktober 2014 bis 26. April 2015;
- Joseph Beuys. Installationen, Aktionen & Vitrinen vom 19. Dezember 2014 bis 13. Februar 2015;
- Cézanne bis Richter. Meisterwerke der Moderne aus dem Kunstmuseum Basel vom 14. Februar 2015 bis 21. Februar 2016;

Finanzen

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Personalaufwand	-10'851.3	-10'049.6	-9'900.0	149.6	1.5	951.2	8.8
Übriger Aufwand	-9'970.1	-7'875.6	-8'152.4	-276.8	-3.5	1'817.7	18.2
Betriebsaufwand	-20'821.4	-17'925.2	-18'052.4	-127.2	-0.7	2'768.9	13.3
Betriebsertrag	6'526.4	2'670.1	3'023.9	353.8	13.3	-3'502.4	-53.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-14'295.0	-15'255.1	-15'028.5	226.6	1.5	-733.5	-5.1
Finanzergebnis	-43.8	-28.3	-5.4	22.9	80.9	38.4	87.7
Kalkulatorische Kapitalkosten	-985.4	-800.0	-418.0	382.0	47.8	567.4	57.6
Umlagen Querschnittsleistungen	-704.6	-778.1	-741.8	36.3	4.7	-37.1	-5.3
Vollkosten	-16'028.8	-16'861.4	-16'193.6	667.8	4.0	-164.8	-1.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-5'255.3	0.0	-5'349.6	-5'349.6	n.a.	-94.3	-1.8
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	-448.8	-412.7	36.0	8.0	-412.7	n.a.
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	4'270.6	0.0	4'390.6	4'390.6	n.a.	120.0	2.8
Nettoinvestitionen	-984.7	-448.8	-1'371.7	-922.9	<-100.0	-387.0	-39.3
Saldo Investitionsrechnung	-984.7	-448.8	-1'371.7	-922.9	<-100.0	-387.0	-39.3

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2013	Ist 2014	Soll 2015	Ist 2015
Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für internationale Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2013	Ist 2014	Soll 2015	Ist 2015
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Kunstaustellungen	Anzahl Besucher/-innen	>	262'479	198'841	75'000	123'998
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	817	587	200	300
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	1'264	1'092	350	528
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Galerie	=	100%	100%	100%	100%
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit internationaler Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad Sammlung Kupferstichkabinett	=	6%	6%	6%	6%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	500	713	200	428

- Martin Boyce vom 25. April 2015 bis 16. August 2015;
- Frank Stella. Paintings & Drawings 1958–1975 vom 9. Mai 2015 bis 30. August 2015;
- Lawler – Levine – Prince – Sherman. Photographs vom 29. August 2015 bis 10. Januar 2016;
- Cy Twombly. Paintings & Sculptures vom 12. September 2015 bis 31. Januar 2016.

Museum der Kulturen 2015

- Holbein. Cranach. Grünewald. Meisterwerke aus dem Kunstmuseum Basel vom 11. April 2015 bis 28. Februar 2016.

Madrid 2015

- 10 Picassos del Kunstmuseum Basel (Museo Nacional del Prado) vom 18. März 2015 bis 13. September 2015;
- Fuego blanco. La colección moderna del Kunstmuseum Basel (Museo Nacional Centro de Arte Reina Sofia) vom 18. März 2015 bis 13. September 2015.

Sammlung/Forschung Für die Erweiterung der Sammlung war das Berichtsjahr ein grosser Erfolg. Die Anzahl der Erwerbungen, Schenkungen und Leihgaben lag bei 392. Unter den Schenkungen waren zahlreiche hochkarätige Werke wie zum Beispiel „Mappa“ von Alighiero Boetti oder das Konvolut aus 305 Gemälden der Prof. Johann Jakob Bachofen-Burckhardt Stiftung.

Bildung und Vermittlung Auch mit dem reduzierten Museumsbetrieb und Ausstellungsprogramm wurden die Angebote der Bildung und Vermittlung von Gruppen und Schulklassen rege genutzt. Anstelle der geplanten 200 wurden 300 Gruppenführungen und Veranstaltungen durchgeführt und anstelle der prognostizierten 350 konnten 528 Schulklassen gezählt werden. Der Anteil aus den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft lag mit 362 Klassen bei 68%. Das Verhältnis der Schulklassen aus der Schweiz und aus dem Ausland war mit 15 bzw. 17% beinahe ausgeglichen.

Dienstleistungen Die unerwartet hohen Besucherzahlen wirkten sich auch positiv auf die Nutzung der verschiedenen Dienstleistungen aus. Anstelle der budgetierten 348'000 Franken konnte die Summe von 360'693 Franken umgesetzt werden. Hinzu kam der Umsatz der Verkäufe aus der Buchhandlung, der mit 422'785 Franken um 24% höher als geplant war. Die Bibliothek, die von den Bauarbeiten am wenigsten betroffen war, wurde mit insgesamt 12'704 Besuchen um 6% weniger frequentiert als im Vorjahr und verzeichnete 34'966 Ausleihen, was einem Rückgang um 10% entspricht. Das Bistro, das stark mit dem Ausstellungsbetrieb im Hauptbau verbunden ist, erreichte immerhin einen Jahresumsatz von 550'000 Franken.

Globalbudget Antikenmuseum Basel und Sammlung Ludwig

Das Antikenmuseum Basel betreibt ein archäologisches Museum und eine Sammlung von Abgüssen nach antiken Werken (Skulpturhalle) in zwei Liegenschaften nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1961 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung vom 19. Dezember 2000 (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für fremde Weltanschauungen und Werte, welche die materielle und geistige Grundlage unserer heutigen Gesellschaft bilden, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Allgemein Anfang 2015 entschied der Regierungsrat, im Rahmen der Entlastungsmassnahmen und der Generellen Aufgabenprüfung (GAP) das Globalbudget des Antikenmuseums ab 1. Januar 2017 um 200'000 Franken zu kürzen. Damit gekoppelt war der Vorschlag des Regierungsrates, die dem Antikenmuseum gehörende Skulpturhalle zu schliessen. Diese Entlastungsmassnahme hat das Antikenmuseum stark beschäftigt und wird es auch im kommenden Jahr prägen. Unter diesen Umständen ist eine Reduktion des Personals und der Leistungen unumgänglich.

Anfang März 2015 erkrankte der Verwaltungsleiter, Herr Siegfried Hartnagel, schwer und starb Anfang Juni an seiner unheilbaren Krankheit. Seine Stelle konnte nach dem üblichen Bewerbungsverfahren erst per 1. Januar 2016 mit Herrn Michel Pompanin besetzt werden. Aufgrund dieser Vakanz in der Geschäftsleitung hat sich das Museum temporär neu organisieren müssen. Einige Projekte mussten dabei sistiert werden.

Dank dem Einsatz aller Mitarbeitenden konnten dennoch mehrere kleine Ausstellungen und Events durchgeführt und im Mutterhaus die vielbeachtete Ausstellung „Der versunkene Schatz - Das Schiffswrack von Antikythera“ feierlich eröffnet werden.

Sammlung/Forschung Die hochkarätige Dauersammlung war in den Zeiten ohne Sonderausstellung gänzlich ausgestellt. Bei Sonderausstellungen wurde sie zum Teil magaziniert, um Platz für die Sonderprojekte zu gewähren. Mehrere Werke wurden an europäische und amerikanische Museen ausgeliehen, um die dortigen Sonderausstellungen zu bestücken.

Im Berichtsjahr wurde die Privatsammlung Adolf und Margreth Im Hof-Schoch (Basel) längerfristig dem Museum als Leihgabe zur Verfügung gestellt. Es handelt sich dabei um 223 kleinformatige Werke, meistens Tierplastiken oder Tierdarstellungen aus dem Vorderen Orient, Iran, Ägypten und Griechenland, die in der Nachkriegszeit gesammelt wurden. Diese stellen eine spannende thematische Bereicherung unserer Dauersammlung dar mit der Möglichkeit einer Ausstellung über Tiere in der Antike.

Die Privatsammlung Rudolf Emil Schindler (Röthenbach BE) wurde im Berichtsjahr dem Museum testamentarisch anvertraut. Es handelt sich um 144 klein- und mittelformatige Werke aus den Kykladen, Griechenland sowie aus dem Vorderen Orient, dem Iran und Ägypten. Besonders hervorzuheben sind die Kykladen-Idole, die Luristan-Bronzen sowie ein Kalksteinkopf aus Zypern. Die Sammlung Schindler im Wert von ca. 270'000 Franken wurde in den 60er und 70er Jahren vorwiegend im Pariser Kunsthandel erworben. Für einige Werke liegt eine Korrespondenz von Prof. Ernst Berger und Prof. Hans Jucker mit dem Sammler vor.

Im Berichtsjahr wurden zudem zwei Neuerwerbungen mit Mitteln der Stiftung zur Förderung des Antikenmuseums getätigt. Es handelt sich dabei um eine seltene ägyptische Wüstenspringmaus

Finanzen

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Personalaufwand	-3'537.0	-3'854.5	-3'610.4	244.2	6.3	-73.4	-2.1
Übriger Aufwand	-2'587.9	-3'633.1	-2'907.7	725.4	20.0	-319.8	-12.4
Betriebsaufwand	-6'124.9	-7'487.6	-6'518.1	969.5	12.9	-393.2	-6.4
Betriebsertrag	750.9	2'285.0	1'330.2	-954.8	-41.8	579.3	77.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-5'374.0	-5'202.6	-5'187.9	14.7	0.3	186.1	3.5
Finanzergebnis	-1.2	-0.8	-2.3	-1.5	<-100.0	-1.1	-88.0
Kalkulatorische Kapitalkosten	-1.5	-1.4	-1.4	0.0	0.0	0.2	11.8
Umlagen Querschnittsleistungen	-1'306.5	-1'366.0	-1'328.0	37.9	2.8	-21.5	-1.6
Vollkosten	-6'683.3	-6'570.7	-6'519.6	51.2	0.8	163.7	2.4

Kommentar

Die Sonderausstellungen beeinflussen sehr stark die finanziellen Zahlen. Verschiebungen von Ausstellungen erschweren den Vergleich mit dem Budget.

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2013	Ist 2014	Soll 2015	Ist 2015
Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die antiken Kulturen des Mittelmeerraums, des Vord. Orients sowie Ägyptens	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2013	Ist 2014	Soll 2015	Ist 2015
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur antiken Kunst und Kultur	Anzahl Besucher/-innen	=	71'482	44'253	51'370	63'976
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	=	394	316	250	285
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	=	379	410	350	406
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generationen, sich anhand von Originalobjekten mit antiken Kulturen auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad der Sammlung	>=	80%	80%	85%	85%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	=	23	69	25	45
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externer Forscher/innen	=	230	215	200	237

aus Fayence sowie um eine Marmorbüste einer vornehmen römischen Hofdame aus der mittleren Kaiserzeit.

Vermittlung Hauptelement der Vermittlung sind nach wie vor die Sonderausstellungen und die damit verknüpften Führungen, Workshops, Podiumsdiskussionen, Lesungen, Theaterstücke und Konzerte.

Im Antikenmuseum wurde bis zum 29. März 2015 die im 2014 eröffnete Ausstellung „Blumenreich – Wiedergeburt in Pharaonengräbern“ gezeigt. Das Projekt konnte im Partenariat mit dem Laténium (Neuchâtel) sowie mit dem Museum August Kestner (Hannover) als eigene Produktion realisiert werden. Das Projekt wurde von externen Sponsoren sowie mit einem Sonderbeitrag des Kantons Basel-Stadt finanziert und war mit 25'650 Besucherinnen und Besuchern entsprechend erfolgreich.

Am 26. September 2015 wurde mit einem Regierungsempfang im Rathaus sowie mit zwei Vernissagen die Ausstellung „Der versunkene Schatz - Das Schiffswrack von Antikythera“ feierlich eröffnet. Diese internationale Partnerschaft mit dem Nationalmuseum Athen, dem Nationalmuseum Neapel, dem Nationalmuseum Rom sowie mit dem Research-Team von Hublot SA (Nyon) wurde in den Medien reichlich gelobt und hat die Besucherzahlen stark erhöht. Für dieses Projekt konnten namhafte Geldbeiträge von Sponsoren, Stiftungen und Mäzene gewonnen und die Finanzierung dank erfolgreichem Fundraising vollumfänglich gesichert werden. Bis Ende des Berichtsjahres haben rund 20'000 Besucherinnen und Besucher die Ausstellung gesehen.

Die in Basel konzipierte Ausstellung „Roma Eterna – 2000 Jahre Skulptur aus den Sammlungen Santarelli und Zeri“ (Antikenmuseum Basel, 5. Juni 2014 bis 18. Januar 2015) konnte als zweite Etappe im Museo d'Arte di Mendrisio am 24. Oktober 2015 eröffnet werden. Die neue Ausstellung ist von Mario Botta gestaltet worden und sie wird bis zum 31. Januar 2016 im Tessin zu sehen sein. Sowohl die neue Präsentation in Mendrisio als auch die enge Kooperation mit Basel wurden in den Tessiner und italienischen Medien hoch gelobt. Weitere Etappen mit dem Basler Konzept sind in der Romandie und in Deutschland vorgesehen.

In der Skulpturhalle wurden in der zweiten Jahreshälfte mehrere kleinere Ausstellungen und Events organisiert, beispielsweise:

- „Dido und Aeneas“. Zwei Aufführungen der Oper von Henry Purcell; Gesang, Regie und Choreographie durch Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Liestal (Wahlkurs English/Musik);
- „Heute war gestern – Zwischen Dreizack und Olivenbaum“. Ausstellung von zeitgenössischen Werken des deutschen Künstlers Thomas Jüdisch (2. Oktober 2015 bis 31. Januar 2016);
- „Hightech aus dem antiken Griechenland“. Ausstellung von Modellen technologischer Erfindungen der alten Griechen in Zusammenarbeit mit dem Museum für altgriechische Technologie in Katakolo Ilias, Peloponnes (20. November 2015 bis 6. Dezember 2015);
- „Arrival – Die Ankunft der heutigen Zeit in der Antike“. Ausstellung von zeitgenössischen Werken der deutschen Künstlerin Maren Sanneh (22. November 2015 bis 31. Januar 2016).

Dienstleistungen Begleitend zu den Sonderausstellungen wurden diverse Zusatzveranstaltungen – vor allem abends – angeboten, wie mehrsprachige Führungen, Cocktail-Anlässe und Fachvorträge. Das Shop- Angebot wurde für die Ausstellungen jeweils thematisch angepasst und das Bistro wurde rege benutzt und ist ein zentrales Element aller Veranstaltungen im Museum.

Globalbudget Historisches Museum Basel

Das Historische Museum Basel betreibt in vier Liegenschaften (inklusive Depots: zehn Liegenschaften) ein kulturhistorisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1671 (als eigene Institution seit 1856) bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung vom 19. Dezember 2000 (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Die Tätigkeiten des Historischen Museums Basel (HMB) wurden im Berichtsjahr durch den frühzeitigen Weggang der Direktorin, Marie-Paule Jungblut, geprägt.

Dennoch realisierte das Museum im 2015 acht Ausstellungen bzw. dem Ausstellungsformat ähnliche Projekte: „Guitarorama“ und „Silber & Gold“ als eigene Produktionen, „Fussball – Glaube. Liebe. Hoffnung.“ als Kooperationsprojekt mit dem Amsterdam Museum sowie als Übernahmen „14/18 – Die Schweiz und der Grosse Krieg“, „Flimmerkiste – 60 Jahre Fernsehen zwischen Illusion und Wirklichkeit“, „Museum of Broken Relationships“, „Point de Suisse“ und „Zivilcourage – wenn nicht ich, wer dann?“. Alle Projekte wurden mit dem HMB-Team auf- und abgebaut, betrieben, kommuniziert und vermittelt. Eine Premiere bildete das erstmalige, erfolgreiche Crowdfunding zur Finanzierung des Fussball-Fests.

Weiter wurden im Berichtsjahr Umlagerungsprojekte in den Depots realisiert, eine grosse Rollschrankanlage in Betrieb genommen und das Porzellan der Sammlung Pauls-Eisenbeiss ausgeräumt und für den Weggang ins thüringische Gotha vorbereitet. Die Räume im Erdgeschoss des Hauses zum Kirschgarten konnten danach einer Sanierung unterzogen werden. Die eCulture-Strategie des HMB wurde weiter ausgebaut und zahlreiche eCulture-Aktionen umgesetzt. Ein grosses Projekt, das Serious Game «Basel 1610», ging im Dezember als Prototyp online.

Sammlung/Forschung Alle neu zugegangenen Sammlungsobjekte wurden laufend inventarisiert sowie sachgerecht gelagert und die Arbeiten an einer umfassenden Sammlungsstrategie wurden aufgenommen. Die Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Universitäten und Fachhochschulen wurde im üblichen Rahmen weiter gepflegt, wobei Gastreferate im In- und Ausland, vereinzelte Mandate und Kooperationen im Ausstellungsbereich von der internationalen Vernetzung des Historischen Museums Basel und des anerkannten Rufs des Museums zeugen.

Vermittlung Die Anzahl an Gruppenführungen für Private und vor allem die Führungen von Schulklassen gehören weiterhin zu den attraktivsten Vermittlungsprodukten des Historischen Museums Basel. Auch Workshops und Kindergeburtstage werden rege nachgefragt. Formate wie Tweenings/Tweetups sind heute Teil des Standardprogramms und verzeichnen nach wie vor gute Wachstumsquoten. Die jährliche Museumsnacht brachte dank eines attraktiven Angebots eine Vielzahl von Besucherinnen und Besuchern, die nicht zum klassischen Publikum gehören.

Dienstleistungen Das Café in der Barfüsserkirche hat eine solide Stammkundschaft und eine gute Auslastung – vor allem über die Mittagszeit. Das Angebot des Museumsshops wird laufend erweitert und vor allem bezüglich Warenpräsentation und Sortiment immer attraktiver mit einer entsprechend erfreulichen Entwicklung beim Umsatz. Die Frequentierung der Bibliothek durch Studierende von verschiedenen Universitäten und Fachhochschulen blieb auf hohem Niveau.

Planung Die Schliessung des Standorts „Vorder Brüglingen“ des Museums für Pferdestärken im Spätherbst 2016 wurde definitiv entschieden und löste eine vielfältige Palette an Massnahmen aus, von der Suche nach einer alternativen Lokalität bis zu Restaurierungs- und Transportfragen.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Vollkostenrechnung in 1'000 Franken							
Personalaufwand	-6'301.4	-6'262.1	-6'557.8	-295.7	-4.7	-256.4	-4.1
Übriger Aufwand	-4'232.9	-4'456.6	-5'150.3	-693.6	-15.6	-917.3	-21.7
Betriebsaufwand	-10'534.3	-10'718.7	-11'708.0	-989.3	-9.2	-1'173.7	-11.1
Betriebsertrag	755.7	971.3	1'218.3	247.0	25.4	462.6	61.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-9'778.6	-9'747.4	-10'489.8	-742.4	-7.6	-711.1	-7.3
Finanzergebnis	6.4	11.0	6.1	-4.9	-44.1	-0.2	-3.6
Kalkulatorische Kapitalkosten	-118.6	-643.5	-107.2	536.3	83.3	11.4	9.6
Umlagen Querschnittsleistungen	-653.2	-716.9	-679.7	37.2	5.2	-26.4	-4.0
Vollkosten	-10'544.1	-11'096.7	-11'270.4	-173.7	-1.6	-726.3	-6.9

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Investitionsrechnung in 1'000 Franken							
Ausgaben Grossinvestitionen	-6.2	0.0	-35.4	-35.4	n.a.	-29.2	<-100.0
Nettoinvestitionen	-6.2	0.0	-35.4	-35.4	n.a.	-29.2	<-100.0
Saldo Investitionsrechnung	-6.2	0.0	-35.4	-35.4	n.a.	-29.2	<-100.0

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2013	Ist 2014	Soll 2015	Ist 2015
Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachpublikationen	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die lokale und europäische Geschichte, Kultur und Kunst	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2013	Ist 2014	Soll 2015	Ist 2015
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zur lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst	Anzahl Besucher/-innen	>	158'744	137'824	150'000	148'605
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	468	266	300	202
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	454	489	450	602
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit der lokalen und europäischen Geschichte, Kultur und Kunst auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad	=	100%	100%	100%	100%
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen für Ausleihen von Objekten	>	86	69	40	112
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl ausgeliehene Objekte	>	84	67	40	108
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Anfragen externe Forschungen	>	29	2	25	20
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	>	884	605	500	404

Globalbudget Naturhistorisches Museum Basel

Das Naturhistorische Museum Basel betreibt im Museumsgeviert an der Augustinergasse eine Institution nach den Grundsätzen des International Council of Museums, auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1821 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)
Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)
inkl. Verordnung vom 19. Dezember 2000 (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung des Interesses und Verständnisses für die unbelebte und belebte Natur. Vermitteln von Einsichten in Prozesse und Entwicklungen in der Natur, vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Erhaltung und Förderung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr erfolgte die Jurierung des Wettbewerbs „Neubau Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv“. Aus 21 eingegangenen Projekten wurde durch die Jury das Projekt „Zasamane“ der Zürcher Architekten EM2N (Müller & Niggli) als Sieger erkürt. Im August wurden die 21 Projekte im Sonderausstellungsbereich 1 des Museums der Öffentlichkeit präsentiert; während dieser Zeit war der Museumseintritt frei.

Sammlung/Forschung Die Kuratoren waren schwerpunktmäßig mit der digitalen Erfassung des Sammlungsguts und der Ausleihe an nationale und internationale Museen und Universitätsinstitute beschäftigt. 2015 wurde dem Museum eine bedeutende Sammlung afrikanischer Schmetterlinge (500 Tagfalter) geschenkt (Sammlung Veronese). Das Museum ist national und international an verschiedenen wissenschaftlichen Projekten beteiligt oder sogar federführend, die mehrheitlich mit Drittmitteln finanziert werden (Stiftungen, Nationalfonds). Biowissenschaftliche Schwerpunkte sind die Taxonomie und Biogeographie und Phylogenie von Käfern, Spinnen und Blattläusen in der Schweiz (Region Basel, Graubünden) wie auch International (Oman, Brasilien, Nepal). Die Forschungsschwerpunkte der Geowissenschaften liegen im Bereich der Evolution von Foraminiferen (Einzeller), der Taxonomie von Krebsen und Muscheln (Nordwestschweiz) und der Paläoökologie und Paläobiologie meso- und känozoischer Wirbeltiere (Nordwestschweiz, Alpen, Spanien, Frankreich). Die Ausbildung von Bachelor- und Masterstudentinnen und -studenten sowie Doktorandinnen und Doktoranden sowie die Lehre an der Universität Basel gehörten weiterhin zu den wichtigen Aufgaben des Museums.

Vermittlung Vermittlungsangebote umfassten regelmässige thematische Führungen in den Dauerausstellungen, aber auch neue Formate („Führung mit Biss“, „Auf ein Wort Herr Experte“), Workshops und das Naturfilmfestival im Winterhalbjahr. Die Sonderausstellung „Parasiten - Life Undercover“ schloss am 26. April 2015 und verzeichnete insgesamt 37'877 Besuchende (2014/2015). Im Juni war das Museum Teil des Artparcours. Im Rahmen des Festivals „Culturescape“ waren zwei Künstler (Ragan Roberstdottir, Egil Saebjörnsson) unter dem Titel „Sensible Nature“ im Museum zu sehen. Im Sommer wurde die neue Dauerausstellung „Schlupfloch“ eröffnet, die Kinder für die Natur begeistern soll. Im Herbst wurde die neue Garderobe inklusive Picknickraum und der neue Seminarraum eröffnet; der provisorische Garderobencontainer im Hof wurde nach 18 Jahren entfernt. Am 27. November wurde zudem die Sonderausstellung „Wildlife Photographer of the Year“ eröffnet, die bis zu Jahresende 12'629 Besucherinnen und Besucher verzeichnete.

Dienstleistungen Die Aula, der neue Seminarraum und der Bereich Wal & Fisch wurden weiterhin für externe Anlässe vermietet, um zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Finanzen

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Personalaufwand	-5'056.8	-5'165.2	-5'025.0	140.2	2.7	31.8	0.6
Übriger Aufwand	-4'169.2	-3'491.1	-3'685.5	-194.4	-5.6	483.8	11.6
Betriebsaufwand	-9'226.1	-8'656.3	-8'710.5	-54.2	-0.6	515.6	5.6
Betriebsertrag	1'052.7	913.5	919.6	6.1	0.7	-133.1	-12.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-8'173.4	-7'742.8	-7'790.8	-48.1	-0.6	382.5	4.7
Finanzergebnis	-0.7	-0.3	0.1	0.4	>100.0	0.8	>100.0
Kalkulatorische Kapitalkosten	-227.1	-162.4	-278.8	-116.4	-71.7	-51.7	-22.7
Umlagen Querschnittsleistungen	-583.2	-658.6	-621.1	37.6	5.7	-37.9	-6.5
Vollkosten	-8'984.4	-8'564.1	-8'690.6	-126.5	-1.5	293.8	3.3

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grosseinvestitionen	-682.6	0.0	-410.0	-410.0	n.a.	272.6	39.9
Nettoinvestitionen	-682.6	0.0	-410.0	-410.0	n.a.	272.6	39.9
Saldo Investitionsrechnung	-682.6	0.0	-410.0	-410.0	n.a.	272.6	39.9

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2013	Ist 2014	Soll 2015	Ist 2015
Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für die belebte und unbelebte Natur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2013	Ist 2014	Soll 2015	Ist 2015
Zeitgemässe Präsentation der Sammlung sowie thematisch breite Ausstellungen zu naturwissenschaftlichen Themen	Anzahl Besucher/-innen	>	99'215	87'642	70'000	96'397
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	643	230	250	218 ¹
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	1'301	1'206	1'000	1'272
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Ausleihen von Objekten	>	8'415	173	1'000	17'510 ²
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Besuchertage Gastwissenschaftler/-innen	>	748	322	250	473
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Sammlungsobjekte	>	25'066	26'931	1'000	34'941

Kommentar

1 Leicht weniger als vorhergesagt, da Ressourcen gebunden für Umzug ins externe Lager.

2 Die Kennzahl bezieht sich im 2014 auf Anzahl Sendungen.

Globalbudget Museum der Kulturen Basel

Das Museum der Kulturen Basel betreibt in elf Liegenschaften ein ethnologisches Museum nach den Grundsätzen des International Council of Museums (ICOM), auf der Basis des Leitbildes für die Basler Museen und des Museumsgesetzes. Es erweitert, bewahrt, erforscht, dokumentiert und vermittelt die seit 1849 bestehende öffentliche Sammlung.

Gesetzliche Grundlagen

Organisationsgesetz vom 22. April 1976 (SG 153.100)

Museumsgesetz vom 16. Juni 1999 (mit Gesetzesänderung vom 23. Februar 2005)

inkl. Verordnung vom 19. Dezember 2000 (SG 451.100 und SG 451.110)

Wirkungen

Förderung der Verbundenheit und der Auseinandersetzung mit den Kulturen der Welt sowie des Interesses und Verständnisses für andere Weltanschauungen und Werte. Vermitteln von Einsichten in Zusammenhänge, Geschichte und Wandel europäischer und aussereuropäischer Kulturen vornehmlich durch Erfahrung an Originalobjekten. Steigerung der Attraktivität der Stadt Basel.

Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr konzentrierte sich die Arbeit des Museum der Kulturen Basel (MKB) weiterhin darauf, die seit der Neueröffnung erzielte Positionierung als publikumsnahes, lebendiges und innovatives Haus auf allen Ebenen zu festigen und auszubauen. Vornehmlich anhand des eigenen Sammlungsbestandes wurden kulturelle Dimensionen des Lebens ausgeleuchtet. Seit der Neueröffnung wurden in 23 Ausstellungen insgesamt 7'017 Objekte aus der eigenen Sammlung gezeigt. Anhand des bestehenden Konzeptes wurde gezeigt und vermittelt, wodurch sich Weltverständnis und Wertvorstellungen von Individuen oder ganzen Gruppen von Menschen auszeichnen, wie sie sich weiterentwickeln und zu unseren eigenen Vorstellungen in Beziehung stehen.

Sammlung/Forschung Die grossen, neu eingegangenen Sammlungskonvolute wurden weiter bearbeitet. Bestehende Kooperationen mit Institutionen (FHNW, Universitäten etc.) und Gruppen (z.B. in Mexiko, Brasilien, Nagaland) wurden fortgeführt. Das Forschungsprogramm „Fellowship Museum der Kulturen“ wurde mit dem Abschluss der Forschungsarbeit „Das Basler Museum für Völkerkunde. Grundzüge einer Sammlungsgeschichte zwischen 1914 und 1945“ erfolgreich weitergeführt. Weitere Forschungsprojekte konnten begonnen werden.

Vermittlung Die erhöhte Kadenz von Ausstellungen wurde auch im 2015 beibehalten. Neben den beiden Dauerausstellungen wurden vier neue Ausstellungen eröffnet („Opium“, „Mission possible? Die Sammlung der Basler Mission“, „Tessel Topf und Tracht - Europa gesammelt und ausgestellt“, „Eselskarren & Orangen als Weihnachtsausstellung“). Zudem war das Kunstmuseum Basel (KMB) während seiner Schliessung mit der Ausstellung „Holbein. Cranach. Grünewald. Meisterwerke aus dem Kunstmuseum“ zu Gast im MKB. Auch im 2015 wurden zu allen Ausstellungen Rahmenprogramme (Führungen, Ausstellungsgespräche, Interventionen, Workshops etc.) zielgruppenspezifisch durchgeführt und Publikationen erstellt. Das Mitte 2012 eingeführte, vom Publikum sehr geschätzte Vermittlungsformat „Kultur-Dialog/Dialog-Kultur“ konnte dank der Zusage von Drittmitteln bis Ende Jahr weitergeführt werden.

Dienstleistungen Im Shop wurde weiterhin ein auf die Ausstellungen abgestimmtes Sortiment an Produkten und Publikationen angeboten. Bei der Auswahl des Sortiments legte das Museum wieder grossen Wert auf die Förderung von lokalem Kunsthandwerk, auf fairen Handel und auf umwelt- und sozialverträgliche Produktion.

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Vollkostenrechnung in 1'000 Franken							
Personalaufwand	-4'835.8	-5'091.8	-4'914.6	177.1	3.5	-78.8	-1.6
Übriger Aufwand	-4'213.2	-4'389.4	-4'189.9	199.6	4.5	23.3	0.6
Betriebsaufwand	-9'049.0	-9'481.2	-9'104.5	376.7	4.0	-55.5	-0.6
Betriebsertrag	756.1	1'280.1	906.7	-373.4	-29.2	150.6	19.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-8'292.9	-8'201.1	-8'197.8	3.3	0.0	95.1	1.1
Finanzergebnis	-2.8	18.1	-4.5	-22.6	<-100.0	-1.7	-60.4
Kalkulatorische Kapitalkosten	-733.9	-666.5	-854.5	-188.0	-28.2	-120.6	-16.4
Umlagen Querschnittsleistungen	-598.8	-665.3	-627.5	37.8	5.7	-28.7	-4.8
Vollkosten	-9'628.3	-9'514.8	-9'684.3	-169.5	-1.8	-56.0	-0.6

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Investitionsrechnung in 1'000 Franken							
Ausgaben Grossinvestitionen	-933.7	0.0	-249.9	-249.9	n.a.	683.8	73.2
Nettoinvestitionen	-933.7	0.0	-249.9	-249.9	n.a.	683.8	73.2
Saldo Investitionsrechnung	-933.7	0.0	-249.9	-249.9	n.a.	683.8	73.2

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2013	Ist 2014	Soll 2015	Ist 2015
Interesse und Verständnis für andere Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Fachmedien	=	1	1	1	1
Interesse und Verständnis für andere Kulturen, Weltanschauungen und Werte sowie deren Zusammenhang mit der eigenen Kultur	Jährliches Reporting über Präsenz in Publikumsmedien	=	1	1	1	1

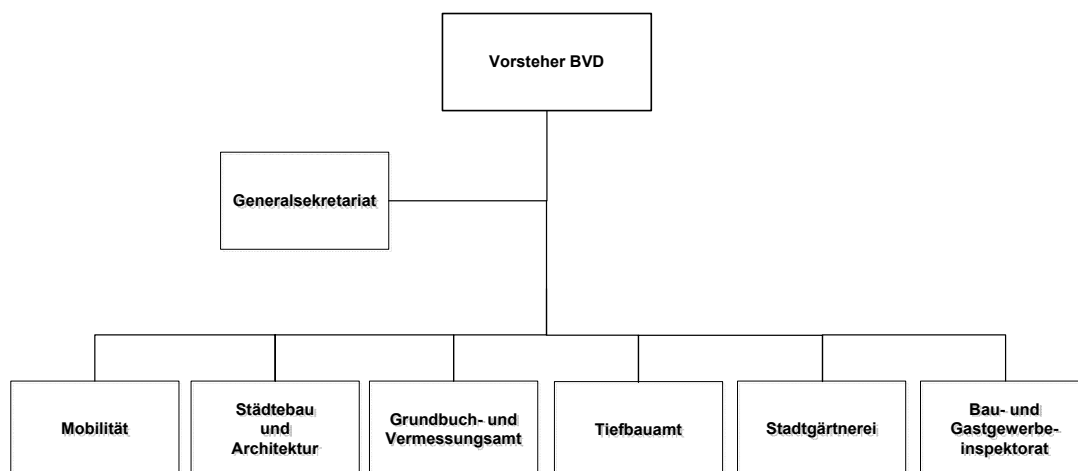
Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2013	Ist 2014	Soll 2015	Ist 2015
Zeitgemässe thematisch breite Ausstellungen über die Kulturen der Welt	Anzahl Besucher/-innen	>	67'655	65'625	75'000	77'286
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl geführte Gruppen und Veranstaltungen	>	258	257	180	302
Gewährleistung eines permanenten Bildungs- und Freizeitangebotes mittels attraktiver Vermittlungsformen	Anzahl Schulklassen	>	148	144	150	210
Sicherstellung der Möglichkeit für die folgende Generation, sich anhand von Originalobjekten mit den Kulturen der Welt auseinanderzusetzen	EDV-Inventarisierungsgrad	=	100%	100%	100%	100% ¹
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Leihabgabenverfahren / Objekte Schweiz	>	9/147	12/174	10/100	10/433
Relevanz für die Fachwelt	Anzahl Leihabgabenverfahren / Objekte Ausland	>	8/66	10/433	5/25	10/427
Relevanz für die Fachwelt	Für die Betreuung externer Forscher/-innen aufgewendete Arbeitstage	=	103	130	70	141
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Objekte	>	183	305	100	207
Erweiterung der Sammlung	Anzahl neue Fotografien / Dias	>	466	0	50	827

Kommentar

- 1 Die Inventarisierung der Neuzugänge von mehr als 20'000 Sammlungsobjekten ist abhängig von den verfügbaren Ressourcen (Personal, Lagerungshilfsmittel).

4.2.2 Bau- und Verkehrsdepartement

BVD-601	Generalsekretariat	195
BVD-602	Bau- und Gastgewerbeinspektorat	197
BVD-614	Stadtgärtnerei	199
BVD-617	Tiefbauamt	202
BVD-631	Grundbuch- und Vermessungsamt	205
BVD-651	Städtebau und Architektur	208
BVD-661	Mobilität	214
	Globalbudget Öffentlicher Verkehr	218
BVD	Produktgruppe Tram und Bus	220
BVD	Produktgruppe Regio-S-Bahn	222
BVD	Produktgruppe Tarife und Verbände	224



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-122.4	-124.6	-123.4	1.3	1.0	-0.9	-0.8
31 Sach- und Betriebsaufwand	-63.0	-66.5	-72.0	-5.5	-8.3	-9.0	-14.3 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.4	-1.4	-1.3	0.0	1.6	0.0	2.9
36 Transferaufwand	-84.0	-92.4	-87.3	5.1	5.5	-3.3	-3.9 ²
Betriebsaufwand	-270.9	-284.9	-284.0	0.9	0.3	-13.2	-4.9
41 Regalien und Konzessionen	6.7	7.7	7.9	0.2	3.0	1.2	18.0 ³
42 Entgelte	95.8	93.7	98.8	5.1	5.4	3.1	3.2 ⁴
43 Verschiedene Erträge	4.5	5.5	5.5	0.0	0.0	1.0	21.7
46 Transferertrag	8.1	8.4	7.7	-0.7	-8.0	-0.4	-5.4 ⁵
Betriebsertrag	115.1	115.2	119.9	4.6	4.0	4.8	4.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-155.8	-169.7	-164.2	5.5	3.3	-8.4	-5.4
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-48.9	-50.6	-50.5	0.2	0.3	-1.6	-3.3
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-4.8	-5.0	-4.9	0.0	0.7	-0.1	-1.5
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	2.3	2.4	2.4	-0.0	-0.3	0.1	5.2
Abschreibungen	-51.4	-53.2	-53.0	0.2	0.3	-1.6	-3.0
Betriebsergebnis	-207.2	-222.9	-217.2	5.7	2.6	-9.9	-4.8
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	<-100.0	0.0	14.8
44 Finanzertrag	2.6	2.3	2.5	0.2	7.9	-0.0	-1.7 ⁶
Finanzergebnis	2.6	2.3	2.5	0.2	7.7	-0.0	-1.7
Gesamtergebnis	-204.7	-220.5	-214.7	5.9	2.7	-10.0	-4.9
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-18.6	-21.6	-25.3	-3.7	-17.1	-6.8	-36.5
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	0.4	-0.5	0.5	1.1	>100.0	0.2	41.5
2 Bildung	-1.9	-2.2	-1.9	0.3	14.8	0.0	1.0
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-24.4	-24.2	-25.0	-0.8	-3.3	-0.6	-2.6
5 Soziale Sicherheit	-0.7	-0.7	-0.7	0.0	1.3	0.0	0.0
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-159.6	-172.1	-157.2	14.9	8.6	2.4	1.5
7 Umweltschutz und Raumordnung	0.1	0.9	-5.0	-5.9	<-100.0	-5.1	<-100.0

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-110.9	-124.5	-92.5	32.0	25.7	18.4	
Ausgaben Kleininvestitionen	-0.8	-1.8	-1.8	0.0	1.5	-1.0	<-100.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-2.6	0.0	-4.0	-4.0	n.a.	-1.5	-56.9
Einnahmen Grossinvestitionen	0.0	0.0	0.6	0.6	n.a.	0.6	n.a.
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	7.0	9.5	4.4	-5.1	-53.4	-2.6	-37.1
Nettoinvestitionen	-107.2	-116.8	-93.3	23.6	20.2	13.9	13.0
Saldo Investitionsrechnung	-107.2	-116.8	-93.3	23.6	20.2	13.9	13.0

Kommentar

- 1 Beim Generalsekretariat weist die Planungspauschale Minderaufwendungen in der Höhe von 0.2 Mio. Franken auf. Bei den Entwicklungsbeiträgen für den Mehrwertabgabefonds fiel hingegen ein Mehraufwand von 1.7 Mio. Franken an. Für den Langsamverkehr wurden 0.3 Mio. Franken weniger ausgegeben als budgetiert. Beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat sind Mehrausgaben von rund 0.4 Mio. Franken zu verzeichnen, aufgrund von höheren Gebührenausschüttungen an die im Baubewilligungsverfahren mitwirkenden Fachinstanzen. Die Mehrausgaben werden durch höhere Einnahmen aus Baubewilligungen kompensiert (FDK42). Die Stadtgärtnerei weist einen Mehraufwand von rund 1.6 Mio. Franken auf für Materialeinkauf für zusätzliche Aufträge und Aufwändungen im Unterhalt von Grünflächen, die mit Mehreinnahmen wieder kompensiert werden (siehe FDK 42). Die durch die Eidg. Steuerverwaltung im Jahr 2015 vorgenommene Mehrwertsteuerrevision führte zu einer Nachbelastung von rund 1.1 Mio. Franken. Ein Mehraufwand von rund 0.2 Mio. Franken entstand für auswärtige Kremationen infolge Ausfalls von zwei Öfen in der ersten Jahreshälfte. 0.1 Mio. Franken Mehraufwand ergab sich für zusätzlichen Wasserverbrauch aufgrund des trockenen Jahres 2015. Beim Tiefbauamt ist ein Mehraufwand beim Materialeinkauf von 1.3 Mio. Franken zu verzeichnen. Das Material wird für Tiefbauprojekte zentral eingekauft und weiterverrechnet (siehe FDK 42). Die beschleunigte Umsetzung von Massnahmen im Rahmen des Behindertengleichstellungsgesetzes im Bereich der Trottoirabsenkungen führte zu einem Mehraufwand von rund 0.3 Mio. Franken. Minderausgaben von rund 0.5 Mio. Franken im Bereich der Verkehrssicherheit auf Fussgängerstreifen. Das Submissionsverfahren (Auftragsvergabe) sowie die Wetterbedingungen ab der Herbstperiode führten zu Verzögerungen bei der Ausführung. Minderausgaben von rund 0.2 Mio. Franken für Treibstoffeinkäufe für Fahrzeuge aufgrund der tiefen Preise. Beim Amt für Städtebau und Architektur sind Mehrausgaben von rund 0.2 Mio. Franken aus einer Nachbelastung der Mehrwertsteuer aufgrund einer Revision der Eidg. Steuerverwaltung sowie der höheren ordentlichen Ablieferung der Mehrwertsteuer aufgrund des Umsatzes der Dienststelle mit Dritten zu verzeichnen. Diese konnten aber zum grössten Teil weiterverrechnet werden (FDK 42). Mehraufwendungen in der Höhe von 0.2 Mio. Franken entstanden für das IT-Projekt „Kundenfreundliche und transparente Denkmalpflege“ sowie für Publikationen der Denkmalpflege. Für den nicht vorhersehbaren und betrieblich notwendigen Umzug des Museumslagers wegen Kündigung der bisherigen Lagerräume fielen zusätzliche Kosten von rund 0.3 Mio. Franken an. Weitere 0.3 Mio. Franken wurden für den betrieblich notwendigen Ersatz von diversen Einrichtungen und Anschaffungen für das Museum Kleines Klingental aufgewendet.
 - 2 Minderausgaben in der Höhe von 0.9 Mio. Franken beim Pendlerfonds aufgrund von Verzögerungen bei unterstützten Projekten. Der Minderaufwand bei der Abgeltung an die BVB ist auf folgende Faktoren zurückzuführen: In der Eignerstrategie wird eine jährliche Effizienzsteigerung von 1.0 Mio. Franken verlangt. Die Umstellung auf Swiss GAAP FER und die damit verbundenen Neuberechnungen führen zu einer Korrektur von rund 1.0 Mio. Franken. Nichtberücksichtigung der zusätzlichen Stromkosten von 1.45 Mio. Franken sowie eine günstigere Produktion.
 - 3 Mehreinnahmen von rund 0.2 Mio. Franken im Bereich der Allmendgebühren aufgrund von Grossbaustellen und der APG-Konzessionen.
 - 4 Das Generalsekretariat weist Mindereinnahmen von 1.2 Mio. Franken aus dem Mehrwertabgabefonds aus. Für Dienstleistungen im Departement fielen 0.3 Mio. Franken weniger Einnahmen an als budgetiert. Dies führte bei den Dienststellen zu einem entsprechend geringeren Aufwand. Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat verzeichnet Mehreinnahmen von rund 1.0 Mio. Franken für Baubewilligungsgebühren infolge mehr kostenintensiver Baugesuche. Zusätzliche Einnahmen von rund 0.1 Mio. Franken entfielen erstmals für Betriebsbewilligungen im Rahmen der Baubewilligungsverfahren. Die Stadtgärtnerei verzeichnet Mehreinnahmen von 1.8 Mio. Franken für zusätzlichen Verkauf von Bäumen und Baums substrat sowie zusätzliche Einnahmen aus diversen, zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannten Aufträgen, vor allem im Rahmen von Investitionsprojekten des BVD. Das Tiefbauamt weist Mehreinnahmen von 1.3 Mio. Franken aus durch Materiallieferungen für Investitionsprojekte im Bereich der Tiefbauten. Die Einnahmen aus Abwassergebühren fallen rund 0.5 Mio. Franken höher aus. Mehreinnahmen von rund 1.5 Mio. Franken entstanden auch im Bereich der Allmendverwaltung aus Erschliessungsgebühren. Die Höhe der Erschliessungsgebühren fällt entsprechend der Bautätigkeit Privater an und kann nicht beeinflusst werden. Im Bereich des Allmendverkaufs fielen Mehreinnahmen von rund 0.4 Mio. Franken aufgrund von einzelnen Grossprojekten an. Der Erlös aus der Papier- und Kartonabfuhr fällt rund 0.2 Franken tiefer aus als budgetiert. Die Preise pro Tonne sanken weltmarktbedingt aufgrund der Aufhebung der Euro-Untergrenze im Januar 2015.
 - 5 Im Globalbudget Öffentlicher Verkehr weist die Abgeltungsrechnung BVB/BLT einen einmalig höheren Ertrag von 0.5 Mio. Franken aus, da zukünftig auf eine Budgetabgrenzung der um ein Jahr verschobenen Zahlung verzichtet und Cash-in abgerechnet wird. Der Verzicht auf diese Abgrenzung erfolgte nicht zuletzt auf Empfehlung der Finanzkontrolle Basel-Stadt. Der effektive Ertrag aus Mineralölsteuer (Zuweisung von ASTRA Bern) fällt um rund 1.1 Mio. Franken tiefer aus als zum Zeitpunkt der Budgetierung bekannt war.
 - 6 Beim Tiefbauamt fielen nicht budgetierte Einnahmen von rund 0.2 Mio. Franken an aus Vermietung von Verwaltungsliegenschaften und Parkplätzen, welche durch das Tiefbauamt bewirtschaftet werden.
-

Generalsekretariat

BVD-601

Das Generalsekretariat (GS) berät und unterstützt den Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartements (BVD) sowie die Dienststellen des BVDs mit zentralen Leistungen in den Bereichen Departementsfinanzen, Finanzen und Controlling, Informatik, Kommunikation, Personal, Raum- und Logistik sowie Recht und Submissionen. Das Generalsekretariat stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Neben den erwähnten Dienst- und Unterstützungsleistungen umfasst der Buchungskreis auch das Budget der unabhängigen Baurekurskommission, die dem Bau- und Verkehrsdepartement als richterliche Kommission administrativ angegliedert ist.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Das Generalsekretariat hat im Rechnungsjahr 2015 nebst seinen operativen Dienst- und Unterstützungsleistungen folgende Vorhaben umgesetzt:

- Projekt Ersatzstandort Rittergasse 4: Die Planungsphase wurde abgeschlossen, die Realisierung ist für 2016 und 2017 vorgesehen.
- Ausarbeitung der Ausführungsgesetzgebung zum Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raums (NÖRG)
- Organisation und Begleitung von Mitwirkungsverfahren
- Kommunikative Begleitung grosser Entwicklungsprojekte wie Volta Nord, Dreispitz Tramentwicklung Basel-Stadt, Herzstück, Schulhausbauten, Universitätsbauten und diversen Grossbaustellen
- Aufbau der Kantonalen Fachstelle für öffentliche Beschaffungen gemäss Beschluss des Regierungsrates
- Priorisierung der Investitionsvorhaben des BVD
- Umsetzung diverser kantonaler Vorhaben wie Workplace BS, Systempflege Personal, Planung und Aufbau Internes Kontrollsystem (IKS)
- Weiterführung der Umsetzung eines Records Managements
- Umsetzung und Sicherstellung der Aufsicht über die Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) u.a. durch die Revision des Organisationsgesetzes für die BVB

Baurekurskommission Der Bericht der Baurekurskommission befindet sich im Kapitel „Die gesonderten Berichte“.

Submissionen Im Berichtsjahr wurden 2'900 Aufträge (2014: 3'185) vergeben (-8.95%). Dies entspricht einem um -0.91% tieferen Gesamtbetrag von 442'811'932 Franken als im Vorjahr (46'893'190 Franken). 2015 hat die Fachstelle für Submissionen 333 Aufträge (2014: 332) öffentlich ausgeschrieben.

Im Berichtsjahr sind 14 Rekurse eingegangen, von denen fünf nach der Einreichung der umfassenden Rekursantwort des Bau- und Verkehrsdepartements zurückgezogen worden sind. In sieben Fällen hat das Appellationsgericht die Rekurse vollumfänglich abgewiesen und damit die angefochtenen Vergabeentscheide bestätigt. Darüber hinaus ist festzustellen, dass das Appellationsgericht in keinem Fall eine Gutheissung ausgesprochen hat. In sämtlichen gerichtlich beurteilten Fällen hat das Gericht somit die Rechtmässigkeit der Submissionsverfahren des Bau- und Verkehrsdepartementes erkannt. Schliesslich ist ein Rekurs dahingefallen, weil die Rekurrenten den Kostenvorschuss nicht bezahlt haben, sodass am Ende des Berichtsjahres ein Rekurs hängig war.

Per 1. Januar 2016 hat die Fachstelle für Submissionen des BVDs ihre Tätigkeiten als Kantonale Fachstelle für öffentliche Beschaffungen aufgenommen und führt für alle Departemente die Ausschreibungen durch, die den Schwellenwert für das offene bzw. selektive Verfahren im Binnenmarktbereich überschreiten.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-9'004.1	-8'905.6	-9'227.8	-322.2	-3.6	-223.7	-2.5 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-10'035.6	-14'558.0	-15'770.2	-1'212.2	-8.3	-5'734.6	-57.1 ²
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-31.6	-31.7	-36.6	-4.9	-15.6	-5.1	-16.0
Betriebsaufwand	-19'071.2	-23'495.2	-25'034.6	-1'539.4	-6.6	-5'963.4	-31.3
42 Entgelte	13'206.4	13'275.5	11'787.7	-1'487.7	-11.2	-1'418.7	-10.7 ³
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.0	n.a.
Betriebsertrag	13'206.4	13'275.5	11'787.7	-1'487.7	-11.2	-1'418.7	-10.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-5'864.8	-10'219.8	-13'246.9	-3'027.1	-29.6	-7'382.1	<-100.0
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-897.7	-1'006.9	-1'039.4	-32.5	-3.2	-141.7	-15.8
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-0.9	-0.9	n.a.	-0.9	n.a.
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	1.6	1.6	n.a.	1.6	n.a.
Abschreibungen	-897.7	-1'006.9	-1'038.7	-31.8	-3.2	-141.0	-15.7
Betriebsergebnis	-6'762.5	-11'226.7	-14'285.6	-3'058.9	-27.2	-7'523.1	<-100.0
34 Finanzaufwand	-1.8	-2.0	-1.3	0.7	33.4	0.5	26.4
44 Finanzertrag	14.8	10.0	12.8	2.8	28.4	-2.0	-13.4
Finanzergebnis	13.0	8.0	11.5	3.5	43.9	-1.5	-11.6
Gesamtergebnis	-6'749.5	-11'218.7	-14'274.1	-3'055.4	-27.2	-7'524.6	<-100.0
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-6'749.5	-9'718.7	-13'096.7	-3'377.9	-34.8	-6'347.1	-94.0
61 Strassenverkehr	0.0	-1'500.0	-1'177.5	322.5	21.5	-1'177.5	n.a.

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-3'376.0	-79'000.0	-6'042.3	72'957.7	92.4	-2'666.3	-79.0
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-636.8	-636.8	n.a.	-636.8	n.a.
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-110.7	-110.7	n.a.	-110.7	n.a.
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	9'000.0	64.4	-8'935.6	-99.3	64.4	n.a.
Nettoinvestitionen	-3'376.0	-70'000.0	-6'725.4	63'274.6	90.4	-3'349.3	-99.2
Saldo Investitionsrechnung	-3'376.0	-70'000.0	-6'725.4	63'274.6	90.4	-3'349.3	-99.2

Kommentar

- 1 Für die Einrichtung der kantonalen Fachstelle für Beschaffungswesen, welche durch den Regierungsrat bewilligt wurde, fallen im Berichtsjahr bereits Lohnkosten in der Höhe von 196'000 Franken an, welche aber durch Weiterverrechnung an Dritte für erbrachte Dienstleistungen kompensiert werden. Mehraufwand in der Höhe von 26'000 Franken entfallen auf die Systempflege. Der restliche Mehraufwand entfällt auf die Anpassung der Rückstellung für Zeitguthaben sowie Personalrekrutierung und auf Mindereinnahmen bei Rückerstattungen von Personalversicherungen.
- 2 Die Abweichung beim Sach- und Betriebsaufwand setzt sich ausschliesslich aus Aufwandspositionen zusammen, welche als Einzelposten geführt werden. Bei der Planungspauschale wurden Minderaufwendungen in der Höhe von 223'000 Franken getätigt. Bei den Entwicklungsbeiträgen für den Mehrwertabgabefonds wurden hingegen 1'652'000 Franken mehr als budgetiert verwendet. Bei der Budgetposition Langsamverkehr wurden ebenfalls Minderaufwendungen in der Höhe von 323'000 Franken getätigt.
- 3 1'237'000 Franken entsprechen den Mindereinnahmen aus dem Mehrwertabgabefonds, welche als Einzelposten geführt werden. Mindereinnahmen in der Höhe von 250'000 Franken für nicht verrechnete Dienstleistungen im Departement, welche bei den Dienststellen entsprechend weniger Aufwand generieren.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	66.7	63.7	63.3	62.3	66.9
Vom Submissionsbüro betreute Vergaben	Anz	2'041	3'364	2'686	3'185	2'900
Von der Baurekurskommission bearbeitete Rekurse	Anz	121	194	158	253	248

Bau- und Gastgewerbeinspektorat

BVD-602

Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat ist für die Bearbeitung der Baubewilligungsgesuche und die Gesuche um Erteilung von Betriebsbewilligungen für Gastwirtschaftsbetriebe zuständig. Die Prüfung der Gesuche erfolgt im Fall der Baubewilligungen in engem Kontakt mit den Fachinstanzen und stellt somit den Einbezug aller relevanten Vorschriften und einen koordinierten Entscheid sicher. Das Bau- und Gastgewerbeinspektorat vertritt die Bauentscheide oder -abschläge im Anfechtungsfall vor der Baurekurskommission.

Bei Anträgen für Bewilligungen zur Führung eines Gastgewerbebetriebs prüft es die persönlichen Voraussetzungen des Bewerbers bzw. der Bewerberin, namentlich den Leumund, die Zahlungsfähigkeit und die Befähigung. Die Beratung von Interessierten und die Bearbeitung von Gesuchen innert Frist sind die Haupttätigkeiten vor und bis zur Bewilligungserteilung.

Nach Bewilligungserteilung oder -verweigerung werden Bau- und Betriebsführung überwacht und allfällige Verstösse sanktioniert. Schliesslich geht das Bau- und Gastgewerbeinspektorat Hinweisen aus der Bevölkerung und der Nachbarschaft nach und nimmt aus eigener Initiative Kontrollen vor.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Allgemeines Rechtswesen

Gastwirtschaftsbetriebe, die wiederholt zu Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit führen Im Jahr 2014 musste das Bau- und Gastgewerbeinspektorat einem Inhaber die Bewilligung zur Führung eines Gastgewerbebetriebes entziehen. Aufgrund von Polizeirapporten war belegt, dass er nicht in der Lage war, den Betrieb so zu führen, dass es zu keiner Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit kommt. Der Bewilligungsinhaber rekurrierte gegen diese Verfügung. Während das BVD als erste Rekursinstanz den Entzug schützte, hiess das Appellationsgericht als Verwaltungsgericht den Rekurs gut. Dies nicht weil es der Auffassung war das Bau- und Gastgewerbeinspektorat habe sich auf eine falsche gesetzliche Grundlage gestützt, eine unverhältnismässige Massnahme verfügt oder den Sachverhalt nicht richtig ermittelt. Vielmehr hat das Gericht ausgeführt, dass während des Rechtsmittelverfahrens von mittlerweile ca. 1½ Jahren keine weiteren Störungen rapportiert worden seien. Es hat deshalb entschieden, dass es verhältnismässig sei, den Rekurrenten lediglich zu verwarnen und ihm die Bewilligung zu belassen.

Dieser Entscheid führt das Bau- und Gastgewerbeinspektorat vor die Schwierigkeit, dass durch den Einbezug des Vorgefallenen seit Verfügungserlass ein Zeitraum beurteilt wird, der somit nicht in der fraglichen Verfügung abgebildet sein konnte. Die Dauer des Rechtsmittelverfahrens wird so zur Bewährungsphase für den Verfügungsadressaten.

Übergang vom GAZW zum WRFG Am 1. Juli 2014 trat das neue Wohnraumförderungsgesetz (WRFG) in Kraft. Dieses Gesetz löste das Gesetz über Abbruch und Zweckentfremdung von Wohnhäusern (GAZW) ab. Mittlerweile liegt eine Rechtsprechung zu Fällen vor, die unter beiden Gesetzen beurteilt wurden. So hat das Appellationsgericht am 26. Mai 2015 über einen Fall entschieden, bei dem in einem Haus in der Innenstadt im zweiten Obergeschoss eine unbewilligte Umnutzung einer Wohnung in eine Bar vorgenommen wurde. Der nachträgliche Bauentscheid betreffend diese Umnutzung wurde von den Behörden unter Geltung des GAZW abgelehnt. Im Zeitraum des Rechtsmittelverfahrens ist das GAZW ausser Kraft getreten und das WRFG wirksam geworden. Das Gericht hat mit Blick auf die Tatsache, dass das neue Recht für den Rechtsunterworfenen ein milderes darstellt, das neue Recht angewendet. Es hat die Umnutzung der Wohnung in eine Bar im konkreten Fall als rechtmässig bezeichnet.

Priorisierung von Baugesuchen nach ihrer zeitlichen Sensibilität Im Jahr 2015 konnte bei 87% aller Baugesuche die gesetzliche Frist von drei Monaten eingehalten werden, innerhalb derer die Baubewilligungsverfahren durchgeführt werden sollen. Diese Quote ist im interkantonalen Vergleich sehr hoch. Allerdings wird der intern angestrebte Wert von 90% knapp verfehlt. Es ist darauf hinzuweisen, dass der Wert eingehalten werden könnte, wenn strikt auf die Optimierung der Einhaltungquote hingearbeitet werden würde. Allerdings wäre dies nicht kundenfreundlich, da sinnvollerweise Baubegehren beförderlich behandelt werden, auf die die Bauherrschaft dringend angewiesen

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'221.7	-3'271.5	-3'428.5	-157.0	-4.8	-206.8	-6.4 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'630.8	-2'898.3	-3'282.1	-383.8	-13.2	-651.2	-24.8 ²
36 Transferaufwand	-50.0	-50.0	-50.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-5'902.5	-6'219.8	-6'760.6	-540.8	-8.7	-858.1	-14.5
42 Entgelte	6'332.1	5'891.5	6'953.1	1'061.6	18.0	621.0	9.8 ³
Betriebsertrag	6'332.1	5'891.5	6'953.1	1'061.6	18.0	621.0	9.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	429.6	-328.3	192.5	520.8	>100.0	-237.1	-55.2
Betriebsergebnis	429.6	-328.3	192.5	520.8	>100.0	-237.1	-55.2
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	-0.0	-57.5
44 Finanzertrag	0.3	0.0	0.1	0.1	n.a.	-0.1	-58.9
Finanzergebnis	0.2	0.0	0.1	0.1	n.a.	-0.2	-64.4
Gesamtergebnis	429.8	-328.3	192.6	520.9	>100.0	-237.2	-55.2
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	429.8	-328.3	192.6	520.9	>100.0	-237.2	-55.2

Kommentar

- 1 Mehrausgaben in der Höhe von 133'000 Franken entfallen auf die Systempflege. Weitere 14'000 Franken entfielen auf die Rückstellung des Dienstaltersgeschenks (DAG).
- 2 Mehrausgaben von rund 384'000 Franken aufgrund von höheren Gebührenausschlägen an die im Baubewilligungsverfahren mitwirkenden Fachinstanzen. Davon gehen 81'000 Franken neu an die Abteilung Gastgewerbebewilligungen für die Entgeltung der Arbeit im Rahmen der Baubewilligungsverfahren. Die Mehrausgaben werden durch höhere Einnahmen aus Baubewilligungen kompensiert (FDK42).
- 3 Mehreinnahmen von 978'000 Franken für Baubewilligungsgebühren infolge mehr kostenintensiver Baugesuche. Zusätzliche Einnahmen von 81'000 Franken entfielen erstmals auf die Kostenstelle Betriebsbewilligungen für die Tätigkeit im Rahmen der Baubewilligungsverfahren.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	24.2	23.5	24.7	25.1	24.0
Eingegangene Baubehörden	Fälle	1'609	1'625	1'623	1'604	1'593
Abgewiesene Entscheide	Fälle	69	91	107	57	44
Bewilligte Baubehörden innert gesetzlicher Frist von 3 Mt.	%	90	89	86	86	87
Eingegangene Begehren „Gastgewerbebewilligungen“	Fälle		1'223	1'056	1'081	1'066

ist. Dass dies konsequent gemacht wird, beweist die marginale Zahl von sechs Beschwerdefällen im Jahr 2015 bei einer Gesamtanzahl von 1593 abgeschlossenen Verfahren. Weitere statistische Werte sind unter <http://www.bi-bs.ch/> einzusehen.

Stadtgärtnerei

BVD-614

Die Stadtgärtnerei leistet einen bedeutenden Beitrag zur Wohn- und Aufenthaltsqualität in Basel. Sie ist verantwortlich für die Entwicklung, Gestaltung, Pflege und den Schutz des öffentlichen Grüns; insbesondere für Parkanlagen, Friedhöfe, Strassengrün, Freizeit- und Spieleinrichtungen (z.B. Freizeitgärten, Kinderspielplätze, Planschbecken), Grünanlagen von öffentlichen Bauten sowie Naturschutzgebiete. Sie gewährleistet die langfristige Sicherung und den Erhalt der Anlagen und trägt damit der geforderten Nachhaltigkeit Rechnung.

Damit schafft sie Voraussetzungen für

- Natur im Siedlungsraum, Biodiversität und ökologische Vielfalt, Gartenkultur und Pflanzensammlungen,
- Bewegung, Spiel, Gesundheitsvorsorge, Naturerfahrungen, Aufenthalt im Freien und Wohlbefinden,
- ein günstiges Stadtklima sowie
- individuelle Freizeitgestaltung und Selbstversorgung in den Freizeitgärten.

Ebenfalls in den Zuständigkeitsbereich der Stadtgärtnerei fällt das Bestattungswesen, das umfassende Beratungen und Dienstleistungen im Bestattungsbereich anbietet.

Städtische Grünflächen, öffentliche Gärten und die umgebende Landschaft sind beliebt und werden zur Erholung, Freizeitgestaltung und Aufenthalt im Freien gerne genutzt. Sie vermitteln sinnliche Erfahrungen, sind ästhetisch ansprechend und Ausdruck des Zusammenwirkens von Natur und Gartenkultur.

Sportstätten und Freibäder, Fliessgewässer, Landwirtschaftsflächen und Wald sind weitere wichtige Bestandteile des öffentlichen Natur- und Freiraums, liegen jedoch nicht in der Verantwortlichkeit der Stadtgärtnerei.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die Hauptaufgabe der Stadtgärtnerei war auch im Berichtsjahr 2015 die langfristige Sicherung und Erhaltung von Parks, Grünanlagen und Grünflächen mit Sondernutzung wie Freizeitgärten und Friedhöfe. Im Fokus stand dabei besonders die nachhaltige Bewirtschaftung im Hinblick auf Biodiversität und Bodenfruchtbarkeit.

Im Jahr 2015 starteten die Bauarbeiten der 2. Etappe im Erlenmattpark, die Neugestaltung der Liestaleranlage sowie die Umgestaltung des Nachtigallenwäldelis. Für die Umgestaltung und Erweiterung der Oekolampad-Anlage wurde das Siegerprojekt aus dem Wettbewerb überarbeitet, dabei wurden auch Bedürfnisse aus der Bevölkerung sowie Empfehlungen der Wettbewerbsjury aufgenommen. Im Oktober 2015 wurde das Projekt vom Grossen Rat bewilligt, die Bauarbeiten dazu beginnen Anfang 2017.

Nach halbjähriger Bauzeit mit diversen Sanierungsmassnahmen rund um die Breitematte konnte im Juli 2015 der neue „Upcycling-Spielplatz“ mit seiner einzigartigen Spielskulptur aus alten Stahlgeräten und Holz der Bevölkerung übergeben werden. Ebenfalls 2015 wurde die neue Street Workout-Anlage auf der Dreirosenanlage eingeweiht, welche die nötige Infrastruktur zum Training mit eigenem Körpergewicht bietet. Im Sommer konnte die Stadtgärtnerei den ersten Teil des Generationen-Spielplatzes im Schützenmattpark mit Spiel- und Bewegungsgeräten für alle Altersgruppen freigeben. Die Fertigstellung erfolgt mit dem Bau des Wasserspiels im Frühjahr 2016.

Das Grün- und Freiraumkonzept Gundeli, das gemeinsam mit der Kantons- und Stadtentwicklung und unter Beteiligung der Bevölkerung bis Mitte 2016 erarbeitet wird, soll die Grundlage für die weitere Grünentwicklung im Gundeldinger Quartier schaffen. Als daraus resultierende konkrete Massnahme begann im Herbst 2015 die Sanierung der Liesbergermatte. Bereits im Frühjahr 2016 verfügt das Gundeli dadurch über einen weiteren attraktiven Freiraum für Jung und Alt.

Nach zweijähriger Forschungsarbeit zur biologischen Rasenpflege in Parkanlagen stellte die Stadtgärtnerei 2015 ihre Bewirtschaftung der Rasenflächen in 13 Parkanlagen auf organische Düngemittel um. Durch die biologische Rasenpflege soll die Bodenstruktur verbessert und dadurch der Düng- und Pflegeaufwand optimiert werden.

Seit 1. Januar 2015 ist die Gärtnerei Brüglingen als Bio-Umstellungsbetrieb zugelassen und soll Ende 2016 mit der Bio Knospe zertifiziert werden.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-21'657.0	-22'487.4	-21'870.7	616.7	2.7	-213.6	-1.0 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-12'268.6	-11'069.9	-13'757.9	-2'688.0	-24.3	-1'489.3	-12.1 ²
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-487.6	-598.4	-562.8	35.5	5.9	-75.2	-15.4
36 Transferaufwand	-675.9	-710.0	-726.2	-16.2	-2.3	-50.2	-7.4
Betriebsaufwand	-35'089.2	-34'865.6	-36'917.5	-2'051.9	-5.9	-1'828.3	-5.2
42 Entgelte	11'527.4	11'607.5	13'073.0	1'465.5	12.6	1'545.6	13.4 ³
43 Verschiedene Erträge	158.5	75.0	31.1	-43.9	-58.5	-127.4	-80.4
46 Transferertrag	78.7	78.7	143.5	64.8	82.3	64.8	82.4
Betriebsertrag	11'764.6	11'761.2	13'247.6	1'486.5	12.6	1'483.0	12.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-23'324.6	-23'104.5	-23'669.9	-565.4	-2.4	-345.3	-1.5
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-1'445.3	-1'542.0	-1'489.7	52.3	3.4	-44.4	-3.1
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	1.0	1.0	2.2	1.2	>100.0	1.2	>100.0
Abschreibungen	-1'444.3	-1'541.0	-1'487.5	53.5	3.5	-43.3	-3.0
Betriebsergebnis	-24'768.8	-24'645.5	-25'157.4	-511.9	-2.1	-388.6	-1.6
34 Finanzaufwand	-1.0	0.0	-0.8	-0.8	n.a.	0.2	21.0
44 Finanzertrag	1'437.6	1'390.2	1'404.1	13.9	1.0	-33.4	-2.3
Finanzergebnis	1'436.6	1'390.2	1'403.4	13.2	0.9	-33.2	-2.3
Gesamtergebnis	-23'332.3	-23'255.3	-23'754.0	-498.8	-2.1	-421.8	-1.8
davon Funktionen:							
34 Sport und Freizeit	-18'320.1	-18'481.4	-18'340.8	140.6	0.8	-20.7	-0.1
75 Arten- und Landschaftsschutz	-1'423.3	-1'613.4	-1'621.6	-8.2	-0.5	-198.3	-13.9
77 Übriger Umweltschutz	-3'588.8	-3'160.4	-3'791.6	-631.1	-20.0	-202.8	-5.7

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-1'883.4	0.0	-3'133.3	-3'133.3	n.a.	-1'249.8	-66.4
Ausgaben Kleininvestitionen	-510.0	-958.0	-565.8	392.2	40.9	-55.9	-11.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	77.0	77.0	n.a.	77.0	n.a.
Nettoinvestitionen	-2'393.4	-958.0	-3'622.1	-2'664.1	<-100.0	-1'228.8	-51.3
Saldo Investitionsrechnung	-2'393.4	-958.0	-3'622.1	-2'664.1	<-100.0	-1'228.8	-51.3

Kommentar

- Der Abbau von Ferien- und Überzeitguthaben sowie Dienstaltersgeschenken (wird nicht budgetiert) führt zu einem Minderaufwand von rund 160'000 Franken. Höhere Rückerstattungen bei EO- und Krankentaggeldern von rund 280'000 Franken. Minderaufwand von 150'000 Franken infolge noch vakanter Stellen in der gesamten Stadtgärtnerei, die nicht besetzt werden konnten. Der restliche Minderaufwand von rund 25'000 Franken resultiert aus verschiedenen Positionen über die ganze Dienststelle der Stadtgärtnerei.
- Mehraufwand von rund 647'000 Franken für Materialeinkauf für zusätzliche Aufträge und Aufwändungen im Unterhalt von Grünflächen von rund 930'000 Franken für zusätzliche Arbeiten, die mit Mehreinnahmen wieder kompensiert werden (siehe FDK 42). Die durch die Eidg. Steuerverwaltung im Jahr 2015 vorgenommene Mehrwertsteuerrevision führte zu einer Nachbelastung von rund 740'000 Franken. Mehraufwand von ca. 160'000 Franken für auswärtige Kremationen infolge Ausfall zwei Öfen in der ersten Jahreshälfte. 100'000 Franken Mehraufwand für zusätzlichen Wasserverbrauch aufgrund des trockenen Jahres 2015. 73'000 Franken Mehraufwand für zusätzlichen Bedarf von Anlagen, Maschinen und Fahrzeugen, die infolge der zusätzlichen Aufträge zugemietet werden mussten.
- 1'780'000 Franken Mehreinnahmen für zusätzlichen Verkauf von Bäumen und Baums substrat sowie zusätzliche Einnahmen aus diversen, zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht bekannten Aufträgen, vor allem im Rahmen von BVD-Projekten, wie z.B. Roche Grenzacherstrasse, Erlenmatt Tangentenberg, Rheinufersporenade, Luzerner-Wasgenring, Tram 3 und Wettsteinallee. Mindereinnahmen von rund 165'000 Franken bei Grabpflegeaufträgen und Grabgebühren durch Aufhebung von Grabfeldern. Bei Entsorgungsdienstleistungen wie z.B. Kompost und Grünabfuhr wurden rund 140'000 Franken weniger Einnahmen generiert als budgetiert.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	188.1	184.5	177.3	182.5	181.4
Baumpflanzungen	Anz	279	253	320	445	505 ¹
Baumfällungen	Anz	228	213	238	541	495 ²
Todesfälle	Anz	2'309	2'459	2'501	2'595	2'790
Kremationen	Anz	4'070	4'181	4'531	4'512	4'462 ³

Kommentar

- 1 Die Anzahl gepflanzter und gefällter Bäume variiert von Jahr zu Jahr. Dies hängt von externen Faktoren ab. Grosse Bauprojekte ergeben viele Neupflanzungen; ausserordentliche Umwelteinflüsse wie Wetterlagen, Schadorganismenbefall können zu vermehrter Fällung führen. Im langjährigen Durchschnitt pflanzt und fällt die Stadtgärtnerei jeweils ca. 300 Bäume pro Jahr. Der Baumsaldo im öffentlichen Raum bleibt positiv. Dagegen nimmt die Baumbilanz im privaten Bereich wegen verdichteter Bauweise ab.
- 2 Ersatzpflanzungen werden in den Jahren 2015 und 2016 infolge diverser Projekte vorgenommen.
- 3 Der Kanton Basel-Stadt hat mit den Kantonen BL, AG und SO (Dorneck) Kremationsverträge. In diesen wurde vereinbart, dass das Krematorium Basel-Stadt die Einäscherungen von verstorbenen Personen aus den umliegenden Gemeinden durchführt.

Die Bauarbeiten für den Ersatzneubau des Krematoriums auf dem Friedhof am Hörnli wurden im Herbst 2015 aufgenommen. Das neue Krematorium kann voraussichtlich in der ersten Jahreshälfte 2017 in Betrieb genommen werden.

Der Fachbereich Naturschutz der Stadtgärtnerei hat 2015 das Biotopverbundkonzept zur Vernetzung der Lebensräume von Flora und Fauna im Kanton Basel-Stadt fertiggestellt. Dieses wird im Frühjahr 2016 veröffentlicht. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der ordentlichen Stadtentwicklungsprozesse.

Tiefbauamt

BVD-617

Das Tiefbauamt baut, unterhält, reinigt und bewirtschaftet die bebaute Allmend des Kantons sowie das Abwassernetz der Stadt und sorgt für eine bedarfsgerechte Verfügbarkeit der kantonalen Tiefbauinfrastruktur. Somit trägt das Tiefbauamt einen wesentlichen Teil zur stadtgerechten Mobilität und zu einer hohen Qualität des öffentlichen Raums bei. Dazu werden im Amt Stadt- und Kantonsstrassen mit den zugehörigen Brücken- und Tunnelbauten sowie die öffentlichen Abwasserableitungsanlagen projektiert und realisiert. Um dies zu ermöglichen, müssen auch Bau- und Strassenlinien festgelegt werden.

Bei den Gewässern befasst sich das Tiefbauamt mit der sicheren Benutzbarkeit und der Gewährleistung der Hochwassersicherheit sowie der Umsetzung von Revitalisierungsmassnahmen. Bei der Abwasserableitung sorgt das Tiefbauamt für die Erhaltung und den ordnungsgemässen Betrieb der öffentlichen Abwasseranlagen. Ausserdem ist das Amt Fachstelle und zum Teil Leitbehörde bei den Bewilligungsverfahren für private Abwasseranlagen.

Die Leitbehörde für Bewilligungen zur Nutzung des öffentlichen Raums stellt ein transparentes Bewilligungsverfahren sicher. Sie behandelt Bau- und Nutzungsgesuche, koordiniert die Fachinstanzen, nimmt Güterabwägungen vor und stellt den Bewilligungsentscheid aus. Sie fungiert im Rechtsverfahren auch als erste Instanz. Zudem werden permanente Nutzungen, Verleihungen und Mietobjekte bewirtschaftet.

Ein weiteres wichtiges Aufgabengebiet besteht in der Gewährleistung der Sauberkeit im öffentlichen Raum durch das Einsammeln und umweltgerechte Entsorgen der Abfälle und Wertstoffe und der Reinigung und Pflege der Allmendflächen.

Der Geschäftsbereich Betrieb des Tiefbauamts wartet die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen kommunalen Nutz- und Spezialfahrzeuge des Kantons und erbringt handwerkliche Serviceleistungen im Bereich der staatlichen Hochbauten sowie der Tiefbauten im öffentlichen Raum.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Infrastrukturbauwerke Um das Funktionieren der Infrastrukturbauwerke zu gewährleisten, wurden auch 2015 diverse Massnahmen umgesetzt. Die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Rückbau bzw. der Neugestaltung des Luzerner- und Wasgenrings wurden 2015 mit der Einweihung des Kunstwerks beim Kreisel plangemäss abgeschlossen. Damit wurde das im Vorfeld zur Erstellung der Nordtangente abgegebene Versprechen der Verkehrsberuhigung auf dem äusseren Ring eingelöst. Im Rechnungsjahr konnte auch die Rheinufersperrpromenade (UNDINE) beim Campus Novartis weitgehend fertiggestellt werden, sodass der Fuss- und Veloweg zwischen Dreirosenbrücke und Landesgrenze nach Frankreich im Frühjahr 2016 der Bevölkerung übergeben werden kann. Auch die 1. Etappe der Sanierung und Umgestaltung der Elisabethenstrasse, die Bauarbeiten in der Grenzacherstrasse im Bereich des Rocheturms sowie zwischen der Landauerstrasse und dem Zoll „Grenzacherhorn“ wurden abgeschlossen. Eine Voraussetzung für die Umsetzung des Masterplans des Tierparks Lange Erlen ist die Verlegung des Velowegs, die weitgehend realisiert ist. Der neue Veloweg wird im Frühling 2016 in Betrieb genommen. Ende 2015 erfolgte mit dem Spatenstich der Baubeginn für die Verlängerung der Tramlinie 3 nach Saint-Louis. Zudem wurden – in Abstimmung mit der Neugestaltung des Nachtigallenwäldelis – wichtige Massnahmen zur Verbesserung des Hochwasserschutzes entlang des Birsig realisiert.

Reorganisation Betrieb Per 1. März 2015 wurde eine neue Organisationsstruktur für die zusammengelegten handwerklich-betrieblichen Einheiten umgesetzt. Damit verbunden ist u.a. eine Vereinheitlichung der Arbeitssicherheitsmassnahmen und eine entsprechende weitere Verbesserung der Arbeitssicherheit.

Verallmündigung Im Berichtsjahr wurde ein erstes Paket von speziellen Nutzungsplänen erarbeitet und mit den betroffenen Anspruchsgruppen diskutiert. Ende 2015 konnte zudem die öffentliche Planaufgabe eröffnet werden. Die neue Verordnung über die Nutzung des öffentlichen Raums NÖRV wurde weiter vorangetrieben und wird Anfang 2016 in die öffentliche Vernehmlassung gegeben. Hinsichtlich der Kleinplakatierung konnte eine Einigung erreicht werden, sodass die Kleinplakatierung bis zur Neuvergabe der Plakatierungskonzession im öffentlichen Raum sichergestellt ist. Immer noch

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-50'348.8	-51'262.0	-50'350.4	911.6	1.8	-1.6	0.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-26'779.3	-26'815.6	-27'708.3	-892.7	-3.3	-929.0	-3.5 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-785.4	-734.6	-671.6	63.0	8.6	113.8	14.5
36 Transferaufwand	0.0	0.0	-66.2	-66.2	n.a.	-66.2	n.a.
Betriebsaufwand	-77'913.5	-78'812.2	-78'796.5	15.7	0.0	-882.9	-1.1
41 Regalien und Konzessionen	6'675.8	7'650.0	7'876.9	226.9	3.0	1'201.1	18.0 ²
42 Entgelte	42'634.8	40'756.8	44'165.2	3'408.4	8.4	1'530.5	3.6 ³
43 Verschiedene Erträge	3'426.3	3'905.0	3'774.2	-130.8	-3.3	347.9	10.2 ⁴
46 Transferertrag	5'044.5	5'450.4	4'214.5	-1'235.9	-22.7	-830.0	-16.5 ⁵
Betriebsertrag	57'781.5	57'762.3	60'030.9	2'268.6	3.9	2'249.4	3.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-20'132.1	-21'049.9	-18'765.6	2'284.4	10.9	1'366.5	6.8
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-32'485.5	-33'426.1	-32'983.0	443.2	1.3	-497.5	-1.5
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1'758.4	-1'762.8	-1'770.6	-7.8	-0.4	-12.2	-0.7
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	2'244.4	2'365.3	2'362.5	-2.8	-0.1	118.1	5.3
Abschreibungen	-31'999.5	-32'823.7	-32'391.0	432.6	1.3	-391.6	-1.2
Betriebsergebnis	-52'131.6	-53'873.6	-51'156.6	2'717.0	5.0	975.0	1.9
34 Finanzaufwand	-3.7	0.0	-4.1	-4.1	n.a.	-0.3	-9.2
44 Finanzertrag	1'017.0	791.0	1'031.0	240.0	30.3	14.0	1.4 ⁶
Finanzergebnis	1'013.3	791.0	1'026.9	235.9	29.8	13.6	1.3
Gesamtergebnis	-51'118.3	-53'082.6	-50'129.7	2'952.9	5.6	988.6	1.9
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	0.0	0.0	-544.7	-544.7	n.a.	-544.7	n.a.
61 Strassenverkehr	-62'319.4	-64'294.6	-55'568.9	8'725.7	13.6	6'750.6	10.8
72 Abwasserbeseitigung	12'798.4	12'385.6	13'248.8	863.2	7.0	450.4	3.5
73 Abfallwirtschaft	-774.8	-510.9	-6'606.6	-6'095.6	<-100.0	-5'831.7	<-100.0
74 Verbauungen	-822.5	-662.6	-658.3		4.3		164.1

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-65'326.9	0.0	-60'155.5	-60'155.5	n.a.	5'171.5	7.9
Ausgaben Kleininvestitionen	-225.2	-870.0	-597.6	272.4	31.3	-372.3	<-100.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-323.2	0.0	-1'350.8	-1'350.8	n.a.	-1'027.6	<-100.0
Einnahmen Grossinvestitionen	0.0	0.0	628.4	628.4	n.a.	628.4	n.a.
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	7'028.2	0.0	4'285.0	4'285.0	n.a.	-2'743.3	-39.0
Nettoinvestitionen	-58'847.2	-870.0	-57'190.5	-56'320.5	<-100.0	1'656.6	2.8
Saldo Investitionsrechnung	-58'847.2	-870.0	-57'190.5	-56'320.5	<-100.0	1'656.6	2.8

Kommentar

- Mehraufwand beim Einkauf von Rand-, Natur- und Grenzsteinen von 1'260'000 Franken, welche für Tiefbauprojekte zentral eingekauft und weiterverrechnet werden (siehe FDK 42). Die durch die Eidg. Steuerverwaltung im Jahr 2015 vorgenommene Mehrwertsteuerrevision führte zu einer Nachbelastung in der Laufenden Rechnung von rund 350'000 Franken. Die beschleunigte Umsetzung von Massnahmen im Rahmen des Behindertengleichstellungsgesetzes im Bereich der Trottoirabsenkungen führte zu einem Mehraufwand von rund 320'000 Franken. Mehraufwand im Bereich Kostenerlass von rund 200'000 Franken. Minderausgaben von rund 500'000 Franken im Bereich der Verkehrssicherheit auf Fussgängerstreifen. Das Submissionsverfahren (Auftragsvergabe) sowie die Wetterbedingungen ab der Herbstperiode führten zu Verzögerungen bei der Ausführung. Die Verbuchungspraxis des Materialaufwandes im Fahrzeugbereich innerhalb des Tiefbauamtes wurde, um die Erfolgsrechnung nicht unnötig zu vergrössern, auf Nettoverbuchung (Aufwandsminderung) umgestellt. Diese Anpassung führt aufwandseitig sowie ertragsseitig (FDK 43) zu einer Abweichung gegenüber Budget von rund 500'000 Franken. Minderausgaben von rund 220'000 Franken im Bereich des Treibstoffeinkaufs für Fahrzeuge aufgrund der tieferen Benzinpreise.
- Mehreinnahmen im Bereich der Allmendgebühren aufgrund Grossbaustellen und der APG-Konzession von rund 227'000 Franken.

- 3 Mehreinnahmen aus Materiallieferungen für Grossprojekte im Bereich der Tiefbauten von 1'260'000 Franken (siehe FDK 31). Die Einnahmen aus Abwassergebühren (Einzelposten) fallen rund 450'000 Franken höher aus. Mehreinnahmen im Bereich der Allmendverwaltung aus Erschliessungsgebühren von rund 1'500'000 Franken. Die Höhe der Erschliessungsgebühren fällt entsprechend der Bautätigkeit Privater an und kann nicht beeinflusst werden. Mehreinnahmen im Bereich des Allmendverkaufs von rund 400'000 aufgrund von einzelnen Grossprojekten. Der Erlös aus der Papier/Karton Abfuhr fällt rund 220'000 Franken tiefer aus als budgetiert. Die Preise pro Tonne sanken weltmarktbedingt aufgrund der Aufhebung der Euro-Untergrenze im Januar 2015.
- 4 Die Verbuchungspraxis des Materialaufwandes im Fahrzeugbereich innerhalb des Tiefbauamtes wurde, um die Erfolgsrechnung nicht unnötig zu vergrössern auf Nettoverbuchung (Aufwandsminderung) umgestellt. Diese Anpassung führt aufwandseitig (FDK 31) zu Minderaufwand sowie ertragsseitig zu Mindereinnahmen gegenüber Budget von rund 500'000 Franken. Die Einnahmen im Bereich der Schlosserei sind aufgrund von ausserordentlichen, zusätzlichen Aufträgen um rund 400'000 Franken höher ausgefallen.
- 5 Mindereinnahmen aus Bundesbeiträgen im Bereich des Gewässerunterhalts von rund 100'000 Franken. Der effektive Ertrag aus Mineralölsteuer (Zuweisung von ASTRA Bern) fällt um rund 1'131'000 Franken tiefer als zum Zeitpunkt der Budgetierung bekannt war aus.
- 6 Nicht budgetierte Einnahmen von rund 240'000 Franken aus Vermietung von Verwaltungsliegenschaften und Parkplätzen, welche durch das Tiefbauamt bewirtschaftet werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	%	416.4	418.3	443.1	443.6	436.9
Max. Baustellen während der Sperrfrist (5 Jahre)	Anz	15	10	8	7	2
Total Bau- und Nutzungsbewilligungen	Anz	4'938	4'107	4'489	4'682	5'126
Entscheide innert Frist	%	97	95	95	95	91
Wischgutmenge	t	5'140	5'015	3'782	4'990	4'760

nimmt die Plakatierungsfläche für Kleinplakate leicht zu, der Bedarf der Kulturbetriebe kann weitgehend gedeckt werden.

Entsorgungssystem mit Unterflurcontainern (UFC) Das Projekt Abfallentsorgung in Unterflurcontainer sah vor, die Sammlung von Kehricht aus Haushaltungen in der ganzen Stadt Basel im Verlaufe von rund zehn Jahren auf Unterflurcontainer umzustellen. Der Grosse Rat folgte jedoch dem Antrag des Regierungsrates auf eine flächendeckende Einführung des Unterflurcontainersystems nicht und kürzte die dafür beantragten Mittel von rund 26 Mio. Franken auf die Hälfte. Zudem wollte er das bisherige Abfallentsorgungssystem auch dort beibehalten, wo Unterflurcontainer eingerichtet werden sollten. Anstelle der vom Regierungsrat mit den UFC angestrebten Kosteneinsparung hätte diese Doppelspurigkeit zu Mehrkosten geführt. In der Referendumsabstimmung wurde die Entsorgung durch UFC von der Bevölkerung abgelehnt.

Grundbuch- und Vermessungsamt

BVD-631

Das Grundbuch- und Vermessungsamt ist zuständig für die Register über Grundstücks- und Bodeninformationen und macht die kantonalen Geodaten über das Geoportal BS zugänglich.

Die Abteilung Grundbuch führt das Register über die Grundstücke mit den daran bestehenden privatrechtlichen und öffentlich-rechtlichen Rechten und Lasten (Dienstbarkeiten, Grundpfandrechte, Grundlasten, Vormerkungen und Anmerkungen) sowie das kantonale Schiffsregister und das Schweizerische Seeschiffsregister.

Die Abteilung Amtliche Vermessung stellt die Aufnahme der Hoheitsgrenzen, der Liegenschaften sowie der tatsächlichen Verhältnisse an Grund und Boden sicher. Diese Georeferenzdaten bilden die Grundlage für zahlreiche weitere geografische Informationen und Anwendungen. Mit dem kantonalen Leitungskataster und dem digitalen 3D-Stadtmodell werden unter- und oberirdische Infrastrukturen und Bauten räumlich dokumentiert.

Die Abteilung Geoinformation ist zuständig für die kantonale Geodateninfrastruktur und stellt sicher, dass räumliche Informationen koordiniert erfasst, zusammengeführt und standardisiert werden und breiten Nutzerkreisen über das kantonale Geoportal zugänglich gemacht werden. Sie unterhält die Daten des offiziellen Stadtplans und erstellt darauf aufbauende Kartenprodukte.

Die Bodenbewertungsstelle führt die kantonale Bodenpreissammlung, sorgt für objektive Liegenschaftsbewertungen und ist zuständig für die Berechnung von Mehrwertabgaben.

Internet: www.gva.bs.ch und www.geo.bs.ch (Geoportal BS)

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Grundbuch und amtliche Vermessung

Grundbuch Der Anschluss des baselstädtischen Grundbuchs an die Prozessplattform der SIX Ter-ravis AG wird basierend auf den Ergebnissen der 2015 durchgeführten Machbarkeitsstudie vorerst nicht weiterverfolgt. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis, die noch unklare Rechtslage sowie der bereits seit Jahren vorhandene und tadellos funktionierende Grundbuch-Zugriff über Intercapi sprechen gegen den Anschluss.

Die Zahl der Grundbuchanmeldungen betrug 2'848 (2014: 3'031). Es wurden 2'758 (2'478) Grundbuchauszüge über das Kundenzentrum bestellt und 52'188 (51'743) Auszüge von Berechtigten direkt elektronisch bezogen. Die Zahl der Vorprüfungen hat sich mit 99 (92) auf hohem Niveau gehalten und führt zu einer Mehrbelastung. Die Grundpfandbelastung im Kanton Basel-Stadt hat sich auf total 28'550 Mio. Franken (28'099 Mio. Franken) erhöht.

Im Kantonalen Schiffsregister waren am Jahresende 276 (259) Schiffe eingetragen. Die Tragfähigkeit der Güter- und Tankschiffe betrug 181'890t (179'655t). Im Schweizerischen Seeschiffsregister sind 48 (47) Schiffe mit einer Netto-Tonnage von 533'127t (495'107t) und einer Pfandbelastung von 1'267 Mio. Franken (1'245 Mio. Franken) registriert.

Amtliche Vermessung 2015 wurden zusammen mit den Kantonen Basel-Landschaft und Solothurn Flugbilder gemacht. Die daraus erstellten Orthofotos stehen zur freien Nutzung im Geoportal bereit. Bis Ende 2016 wird das 3D-Stadtmodell mit Hilfe dieser Luftbilder überarbeitet, verfeinert und als öffentlicher Geodatensatz zur Nutzung bereitgestellt.

Als zusätzliche Information werden im Datensatz der amtlichen Vermessung neu auch die projektierten Gebäude geführt. Die alle vier bis sechs Jahre stattfindende Oberaufsichtsverifikation des Bundesamtes für Landestopografie hat der amtlichen Vermessung des Kantons Basel-Stadt ein gutes Zeugnis ausgestellt. Die Anzahl der erledigten Nachführungsaufträge hat sich wegen personeller Engpässe und einiger grosser Aufträge auf 650 (825) reduziert.

Leitungskataster Unter Einbezug der beteiligten Leitungsbetreiber wurde für die Erneuerung des Fachsystems des Leitungskatasters Basel-Stadt eine Machbarkeitsstudie mit Prozessanalyse und anschliessend ein Pflichtenheft für das Nachfolgesystem erarbeitet. Die Zahl der Einmessaufträge ist bei hohem Niveau auf 2'674 (2'894) gesunken. Zurückzuführen ist dies auf die abnehmende Intensität des Glasfasernetzausbaus.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-6'845.5	-6'919.6	-6'747.4	172.2	2.5	98.1	1.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'730.2	-2'134.7	-1'818.4	316.3	14.8	-88.2	-5.1 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-10.4	-5.4	-20.3	-14.9	<-100.0	-9.9	-95.9
Betriebsaufwand	-8'586.1	-9'059.6	-8'586.1	473.6	5.2	0.0	0.0
42 Entgelte	8'410.4	8'796.9	8'910.9	114.0	1.3	500.5	6.0
46 Transferertrag	112.1	50.0	0.0	-50.0	-100.0	-112.1	-100.0
Betriebsertrag	8'522.4	8'846.9	8'910.9	64.0	0.7	388.4	4.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-63.7	-212.7	324.8	537.5	>100.0	388.5	>100.0
Betriebsergebnis	-63.7	-212.7	324.8	537.5	>100.0	388.5	>100.0
34 Finanzaufwand	-0.3	0.0	-0.1	-0.1	n.a.	0.2	68.4
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.4	0.4	n.a.	0.4	>100.0
Finanzergebnis	-0.3	0.0	0.3	0.3	n.a.	0.6	>100.0
Gesamtergebnis	-63.9	-212.7	325.1	537.8	>100.0	389.0	>100.0
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-63.9	-212.7	325.1	537.8	>100.0	389.0	>100.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	-59.7	0.0	0.0	0.0	n.a.	59.7	100.0
Nettoinvestitionen	-59.7	0.0	0.0	0.0	n.a.	59.7	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-59.7	0.0	0.0	0.0	n.a.	59.7	100.0

Kommentar

1 Minderaufwand von rund 233'000 Franken, da die Ablösung des Fachsystems Leitungskataster infolge erhöhtem Koordinationsaufwand mit den Beteiligten erst auf Anfang 2016 ausgeschrieben werden kann. Minderaufwand von rund 80'000 Franken, weil der Start der 2. Etappe des Katasters der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB-Kataster) in den Kantonen vom Bund auf 2016 verschoben wurde.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	44.7	48.5	46.9	50.7	48.8
Tagebuchgeschäfte Grundbuch	Anz	4'057	3'095	3'055	3'031	2'848 ¹
Nachführungsaufträge Amtliche Vermessung	Anz	883	688	735	825	650
Einmessaufträge Leitungskataster	Anz	2'385	2'899	2'818	2'894	2'674
Zugriffe auf die Geoinformationsebenen des GeoPortals (Mio.)	Anz	5.0	5.4	5.8	7.5	13.2 ²

Kommentar

1 Einmalige Zunahme im 2011 wegen der Erbschaftssteuerinitiative.

2 Starke Zunahme seit 2014 wegen direkter Einbindung von Kartenausschnitten in WebBS.

Geodateninfrastruktur

Geoinformation Das neue Intranet-Kartenauskunftssystem MapBS konnte auf Mitte 2015 erfolgreich eingeführt werden und löste den allgemeinen Teil des bisherigen Systems MapServer ab. MapBS ist ein modernes, auf OpenSource-Komponenten basierendes WebGIS, das zusammen mit anderen Kantonen und Städten weiterentwickelt wird. Die im letzten Jahr flächendeckend erfassten Strassenfotos sind nun im Verwaltungsnetz publiziert und den Berechtigten einfach über MapBS zugänglich.

Die Anzahl der Karten- und Geodatenabfragen über das GeoPortal Basel-Stadt hat sich im Berichts-

jahr mit 13.5 Mio. beinahe verdoppelt (2014: 7.5 Mio.). Dieses starke Wachstum ist auf die Steigerung der GeoViewer-Zugriffe infolge direkter Einbindung von Kartenausschnitten in den kantonalen Webauftritten zurückzuführen. Neu hinzugekommen sind die Datensätze Naturgefahren, projektierte Bodenbedeckung (Gebäude), öffentliches Grundeigentum, diverse historische Kartenwerke, Konsultationsbereiche Störfallvorsorge, Öffentlicher Raum, verkehrsberuhigte Zonen, Liniennetz öffentlicher Verkehr, Güteklassen öffentlicher Verkehr sowie Orthofoto 2015 April.

Kartografie Der offizielle Stadtplan „Basel und Umgebung“ wurde in einer Auflage von noch 5'000 Exemplaren neu aufgelegt. Er ist Datengrundlage für unzählige touristische und thematische Karten. Für die Stellen der neuen Fussgänger-Orientierung Basel wurden die verschiedenen Karten- und Darstellungsgrundlagen erarbeitet.

Bodenbewertung Für die steuerliche Neubewertung aller selbstgenutzten Liegenschaften wurde die absoluten Landwerte für selbstgenutzte Liegenschaften berechnet und als Bodenwertkatalog 2015 der Steuerverwaltung übergeben. Die Bodenbewertungsstelle hat 218 (2014: 220) Richtwertangaben für Landwerte erstellt. Infolge erhöhter Planungsaktivitäten hat auch die Anzahl der Berechnungen von Mehrwertabgaben auf 31 (2014: 8) zugenommen. Es wurden 5 (2014: 3) Mehrwertabgaben von total 17.5 Mio. Franken (2014: 4.8 Mio. Franken) verfügt.

Die Bewertungskommission hat in 33 (2014: 29) Sitzungen 13 (2014: 21) Grundstücke für private Einfamilien-, Mehrfamilienhäuser und Wohnungen im Stockwerkeigentum berechnet. Ausserdem wurde der Baurechtszins für sechs Wohngenossenschaften ermittelt.

Städtebau und Architektur

BVD-651

Die Dienststelle **Städtebau und Architektur** (S&A) umfasst das Hochbauamt, das Planungsamt und die Kantonale Denkmalpflege. Mit dem Ziel, die Attraktivität Basels als Wohn- und Arbeitsort zu erhalten und zu steigern, steuert S&A die räumliche und architektonische Entwicklung – von einzelnen, kantonseigenen Gebäuden über Siedlungen und Stadtteilen bis zur Gesamtstadt. Bei planerischen und baulichen Vorhaben wird eine Gesamtwirkung angestrebt, die sowohl den öffentlichen als auch privaten Interessen ausgeglichen Rechnung trägt. Dabei sind Nutzbarkeit, Gestaltungsqualität, angemessene Dichte sowie die massvolle Erhaltung des historischen Erbes wichtige Kriterien, die zu einer hohen Lebens- und Aufenthaltsqualität beitragen. S&A steht damit für die umfassende Weiterentwicklung der Baukultur Basels in all ihren Aspekten.

Kernaufgaben des **Hochbauamts** sind das bauherrenseitige Projektmanagement bei Investitionsvorhaben sowie die dispositive Steuerung und operative Umsetzung des technischen und baulichen Gebäudemanagements. Im Auftrag von Immobilien Basel-Stadt übernimmt das Hochbauamt entsprechende Verantwortung bei allen Vorhaben und Liegenschaften des Verwaltungsvermögens. Im Auftrag Dritter (z.B. Finanzvermögen, Universität Basel, Kliniken) werden vergleichbare Aufgaben bearbeitet. Zudem stehen die Spezialistinnen und Spezialisten für Beratungen zu Bau-, Ausstattungs- und Mobiliarfragen sowie bei gebäudetechnischen Problemstellungen für die gesamte kantonale Verwaltung und ihre angegliederten Organe zur Verfügung.

Das **Planungsamt** sorgt für eine kohärente Planung der Raumentwicklung im Kanton Basel-Stadt sowie darüber hinaus innerhalb der trinationalen Agglomeration. Angestrebt wird eine planmässige, geordnete und haushälterische Nutzung des Raums. Es ist zuständig für die Entwicklung von räumlichen Konzepten und Richtlinien, die kantonale Richt- und Nutzungsplanung, die Begleitung von Arealentwicklungen, die Entwicklung und Begleitung von Gestaltungsprojekten im öffentlichen Raum sowie die Projektierung von Strassen und Plätzen. Das Fachsekretariat der Stadtbildkommission ist administrativ dem Planungsamt angegliedert.

Ziel der **Kantonalen Denkmalpflege Basel-Stadt** ist die Erhaltung des baulichen Erbes als Beitrag für eine attraktive und lebendige Stadt. Historische Baudenkmäler geben der Stadt ein Gesicht und eine unverwechselbare Identität. Damit schafft die Kantonale Denkmalpflege wichtige Werte für die Einwohnerinnen und Einwohner und den Tourismus. Die Kantonale Denkmalpflege setzt sich bei Bauherrschaften und Projektierenden für den Erhalt wichtiger Baudenkmäler ein und vermittelt ihr Wissen der Öffentlichkeit, damit diese ihren Bezug zum historischen Stadtbild pflegen und ein Bewusstsein für die Bedeutung historischer Bausubstanz entwickeln kann. Die Erforschung der Baudenkmäler schafft wichtige Entscheidungsgrundlagen für die Bauberatung und die Restaurierung eines Baudenkmals.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Projektmanagement (Hochbauamt) Die Investitionsrechnung weist eine grosse Zahl laufender Projekte aus, die alle nach dem Drei-Rollen-Modell (Besteller, Eigentümer, Bau) abgewickelt wurden und somit eine der Hauptaktivitäten des Hochbauamtes darstellten. Wichtige Vorhaben waren:

- Schulbauten: Für die im Rahmen von HarmoS neu geschaffene Sekundarschule wurden auf Sommer 2015 an mehreren Standorten angepasste Schulräume bereitgestellt. Auf diesen Termin hin erfuhr das Theobald Baerwart-Schulhaus für die Sekundarschule saniert und umgebaut. Für mehrere Schulhaus-Neubauten oder Erweiterungen sowie grössere Sanierungen wurden die Planungs- und Bauarbeiten fortgeführt.
- Verwaltungsbauten: Auf Basis des abgeschlossenen Vorprojekts wurden 2015 die Mittel zum Bau des energetisch vorbildlichen Neubaus des Amtes für Umwelt und Energie beantragt. Zudem sind die Zentralen Informatik- und Personaldienste (ZID und ZPD) in die umgebauten Räumlichkeiten der ehemaligen Liegenschaft der Basler Kantonalbank an der Spiegelgasse umgezogen. Mit dem Ersatzneubau des Krematoriums beim Friedhof Hörnli wurde begonnen. Für die Stadtgärtnerei wurden bzw. werden diverse Magazine umgebaut und an die geänderten Bedürfnisse angepasst. Nachdem der Grosse Rat die Mittel für die Erweiterung des Gefängnis Bässlergut gutgeheissen hatte, konnte das Baugesuch für die Ausführung eingereicht werden.
- Sportanlagen: Eine erste Sanierungsetappe der St. Jakobshalle wurde gestartet. Beim Leichtathletikstadion St. Jakob wurde das neue Tribünengebäude mit Garderoben und Räumen für die

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-26'007.1	-26'313.3	-26'153.5	159.8	0.6	-146.4	-0.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'509.0	-4'487.1	-5'585.4	-1'098.2	-24.5	-1'076.3	-23.9 ¹
36 Transferaufwand	-823.0	-825.0	-788.6	36.4	4.4	34.4	4.2
Betriebsaufwand	-31'339.1	-31'625.5	-32'527.5	-902.0	-2.9	-1'188.3	-3.8
42 Entgelte	7'834.0	8'316.7	8'648.1	331.4	4.0	814.1	10.4 ²
Betriebsertrag	7'834.0	8'316.7	8'648.1	331.4	4.0	814.1	10.4
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-23'505.1	-23'308.8	-23'879.4	-570.6	-2.4	-374.3	-1.6
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-810.2	-517.6	-317.7	199.9	38.6	492.4	60.8³
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-2'384.7	-2'489.4	-2'440.2	49.3	2.0	-55.4	-2.3
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	12.8	15.0	12.8	-2.1	-14.1	0.0	0.2
Abschreibungen	-3'182.1	-2'992.1	-2'745.0	247.1	8.3	437.0	13.7
Betriebsergebnis	-26'687.2	-26'300.9	-26'624.4	-323.6	-1.2	62.8	0.2
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	-0.1	-0.1	n.a.	-0.1	<-100.0
44 Finanzertrag	101.0	150.0	77.7	-72.3	-48.2	-23.3	-23.1
Finanzergebnis	101.0	150.0	77.6	-72.4	-48.2	-23.4	-23.1
Gesamtergebnis	-26'586.2	-26'150.9	-26'546.8	-395.9	-1.5	39.4	0.1
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-11'802.2	-11'908.5	-11'686.1	222.4	1.9	116.1	1.0
21 Obligatorische Schule	-1'925.7	-2'238.0	-1'906.1	332.0	14.8	19.7	1.0
31 Kulturerbe	-6'054.5	-5'722.6	-6'665.8	-943.2	-16.5	-611.3	-10.1
35 Kirchen und religiöse Angelegenheiten	-3.2	-3.2	-3.2	-0.0	0.0	0.0	0.0
53 Alter + Hinterlassene	-645.7	-645.7	-645.7	-0.0	0.0	0.0	0.0
54 Familie und Jugend	-57.5	-66.9	-57.5	9.4	14.0	0.0	0.0
79 F&E in Umweltschutz	-6'097.4	-5'565.9	-5'582.4	-16.5	-0.3	515.0	8.4

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-989.9	0.0	-977.8	-977.8	n.a.	12.1	1.2
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-2'010.8	0.0	-2'457.0	-2'457.0	n.a.	-446.3	-22.2
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	12.1	0.0	0.0	0.0	n.a.	-12.1	-100.0
Nettoinvestitionen	-2'988.5	0.0	-3'434.8	-3'434.8	n.a.	-446.3	-14.9
Saldo Investitionsrechnung	-2'988.5	0.0	-3'434.8	-3'434.8	n.a.	-446.3	-14.9

Kommentar

- Mehrausgaben von rund 180'000 Franken aus einer Nachbelastung der Mehrwertsteuer aufgrund einer Revision der Eidg. Steuerverwaltung sowie der höheren ordentlichen Ablieferung der Mehrwertsteuer aufgrund des Umsatzes der Dienststelle mit Dritten. Diese konnten aber grösstenteils weiterverrechnet werden (FDK 42). Mehraufwendungen in der Höhe von 234'000 Franken entstanden durch Dienstleistungen für das IT-Projekt „Kundenfreundliche und transparente Denkmalpflege“. Ausserdem mussten für die bevorstehende Publikation des Bandes „Kunstdenkmäler westlich des Birsigs“ gemäss Vertrag mit der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte aktuelle Fotografien diverser Baudenkmäler erstellt werden. Für den nicht vorhersehbaren und betrieblich notwendigen Umzug des Museumslogers wegen Kündigung der bisherigen Lagerräume fallen zusätzliche Kosten von rund 300'000 Franken an. Weitere 250'000 Franken wurden für den betrieblich notwendigen Ersatz von diversen Einrichtungen und Anschaffungen für das Museum Kleines Klingental (Erneuerung der veralteten Alarmanlage, Erneuerung der bestehenden Beleuchtung, Reparatur der digitalen Informationsstation zum Stadtmodell sowie Beschaffung von Sicherheits- und Klimavitrinen, um den Anforderungen anderer Museen an Ausstellungsobjekte bei Wechselausstellungen gerecht werden zu können) und die Erarbeitung von Grundlagen für die Ergänzung der Dauerausstellung benötigt. Dadurch können der Betrieb des Museums, der Vermietungsbetrieb sowie die Attraktivität des Museums und der zu vermietenden Räume erhalten werden. Damit bleiben das Angebot des Museums und der Vermietungsbetriebs marktgerecht. Die restlichen rund 130'000 Franken Mehraufwand resultieren aus zusätzlichen, betrieblich notwendigen und projektbezogenen Massnahmen in diversen Bereichen der Dienststelle, welche zum Teil weiterverrechnet wurden.
- Bei der Dienststellenleitung entstanden Mehreinnahmen in der Höhe von 30'000 Franken aufgrund der Mehrwertsteuer-Revision 2015 bei der Verrechnungen mit Externe (FDK31). Die zusätzlich erzielten Entgelte im Hochbauamt in der Höhe von 270'000 Franken, sind ausschliesslich auf veränderte Terminierungen von Dritten bei deren Investitionsprojekten zurückzuführen. Mehreinnahmen von rund 30'000 Franken entstanden durch projektbezogene Weiterbelastungen (FDK31).

- 3 Die Abschreibungen für das Rechnungsjahr 2015 wurden basierend auf dem Anschaffungsbedarf (Investitionsbereiche) im Budgetprozess 2015 errechnet. Durch die Verzögerung, respektive nicht begonnenen Projekte, resultieren nun grössere Abweichungen zu den budgetierten Werten.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	126.4	136.8	142.5	146.4	152.6 ¹
Objektabrechnung innerhalb bereinigtem Kredit, grösser	%	90	90	95	96	95
Von der Fiko beanstandete Objektrechnungen, kleiner	%	3	2	2	2	3
Laufende Projekte	Anz	257	265	263	265	260
Denkmalpflegerisch betreute Objekte	Anz	653	681	693	687	697
Bearbeitete Subventionsgesuche	Anz	117	139	151	140	168
Publikums-Führungen	Anz	48	141	135	212	174
Besucher/-innen Museum Kleines Klingental	Anz	18'828	18'886	26'617	19'960	16'242
Teilnehmende an Führungen	Anz			6'123	6'927	5'514

Kommentar

- 1 Mitte des Jahres 2010 wurden die Denkmalpflege und das Hochbau- und Planungsamt organisatorisch zur neuen Dienststelle Städtebau & Architektur vereinigt. Im Budget 2012 wurde der Buchungskreis 6410 (Denkmalpflege) erstmals in den Buchungskreis 6510 (neu: Städtebau & Architektur) integriert und diese neue Dienststelle auch in der Berichterstattung gezeigt.

Stadioninfrastruktur fertiggestellt und dem Sportbetrieb übergeben. Für die Sanierung der Kunsteisbahn Eglisee wurde die Ausgabenbewilligung erteilt, entsprechend wurde die weitere Projektierung aufgenommen. Dank Sofortmassnahmen konnte der weitere Betrieb der Kunsteisbahn Margarethen gewährleistet werden.

- Kulturbauten: Die Bauarbeiten für den Erweiterungsbau und die vorgezogenen Sanierungsmassnahmen im Hauptbau des Kunstmuseums wurden weitgehend abgeschlossen. Die Projektierung beim Hauptgebäude der Kaserne wurde fortgeführt. Nach dem Projektwettbewerb für den Neubau Naturhistorisches Museum und Staatsarchiv wurden mit den Projektierungsarbeiten begonnen.
- Universitätsbauten: Die Bauarbeiten für den Neubau Biozentrum auf dem Campus Schällemätteli kamen sehr gut voran. Der Rohbau ist grösstenteils erstellt und die Montage der Fassade hat bereits begonnen. Der Wettbewerb für den Neubau Biomedizin wurde abgeschlossen, womit die weitere Planung aufgenommen werden konnte. Für den Neubau Universitäres Zentrum für Zahnmedizin auf dem Campus Rosental konnte das Baugesuch eingereicht werden. Nach Abschluss der Schadstoffsanierung wurde mit dem Rückbau der heutigen Liegenschaften begonnen. Auf dem Campus St. Jakob wurde ein Vorprojekt für den Neubau Sport, Bewegung und Gesundheit erstellt; die Gemeinde Münchenstein hat im Rahmen des Quartierplanverfahrens bereits ihre Zustimmung erteilt.
- Spitalbauten: Auf dem Areal des Universitätsspitals wurde mit der Sanierung und Erweiterung des Operationstrakts-Ost die erste Bauetappe abgeschlossen und mit der zweiten Bauetappe begonnen. Der Grosse Rat hat den Bebauungsplan Campus Gesundheit genehmigt. Die Arealvorbereitungen für den Neubau des Felix Platter-Spitals konnten termingerecht abgeschlossen werden.

Technisches und bauliches Gebäudemanagement Für Instandhaltung und Instandsetzungen von Bauteilen und gebäudetechnischen Anlagen wurden für die Hochbauten des Verwaltungsvermögens rund 33 Mio. Franken budgetiert und in die bestehenden Liegenschaften investiert. Bei den entsprechenden Arbeiten standen der Werterhalt, die Gebrauchstauglichkeit und die Anpassung an heutige Vorschriften im Vordergrund.

- Gebäudemanagement Bau: Kleinere aber zahlreiche Baumassnahmen im Rahmen der Projekte HarmoS und Tagesstrukturen sowie die Neueinrichtung von Kindergärten bildeten auch 2015 einen Schwerpunkt der Tätigkeiten. Grössere Arbeiten betrafen die Instandsetzung des Schulhauses Kleinhüningen, die Gesamtanierung von Notwohnungen in der Theodor Herzl-Strasse

und in der Belforterstrasse sowie die Erdbebenertüchtigung der Berufsfachschule. Mit dem Ersatz der Zellenfenster und der Verbesserung der Sicherheitseinrichtungen wurden umfangreiche Sanierungsarbeiten im Untersuchungsgefängnis Waaghof fertiggestellt; daran gekoppelt waren Renovationsarbeiten in den Zellentrakten.

- **Gebäudemanagement Technik:** Die Anzahl und die Komplexität der zu betreuenden gebäudetechnischen Anlagen stieg erwartungsgemäss aufgrund der Investitionen in den letzten Jahren weiter stark an, was sich in einem grösseren Aufwand für Betrieb und Instandhaltung niedergeschlagen hat.

Die Einführung einer neuen IT-Infrastruktur hat im Berichtsjahr mit einer ersten Beschaffung begonnen. Die Erfassung der technischen Anlagedaten als Grundlage für die erforderliche Effizienzsteigerung wurde weitergeführt.

IBA Basel 2020 Mit der Internationalen Bauausstellung Basel 2020 soll das Zusammenwachsen der trinationalen Region im Dreiländereck gefördert werden. Auch im vergangenen Jahr wurde weiter an verschiedenen IBA-Projekten gearbeitet. Zudem wurde ein neues Finanzierungsmodell entwickelt, das unabhängig von der Interreg-Förderung für die dritte und letzte Finanzierungsphase zu Anwendung gelangen soll.

Kantonaler Richtplan Der Bundesrat hat am 29. April 2015 den Kantonalen Richtplan Basel-Stadt genehmigt. Der Kanton Basel-Stadt hat somit als einer der ersten Kantone seinen Richtplan an die Anforderungen des revidierten Raumplanungsgesetzes vom 1. Mai 2014 angepasst.

Innenstadt – Qualität im Zentrum Der behördenverbindliche Entwicklungsrichtplan Innenstadt ist in Umsetzung. Dazu gehört, dass die Entwicklung der Innenstadt aufmerksam beobachtet und laufend evaluiert wird.

Zonenplanrevision Die Projektentwicklung für genossenschaftlichen Wohnungsbau an der Burgfelderstrasse bildete den Startschuss für die Umsetzung der im Basisratschlag behandelten Stadtrandentwicklungen. Der Fokus des zweiten Ratschlags liegt auf der Arealentwicklungen im Bestand; 2015 wurde weiter an den Grundlagen dazu gearbeitet.

Städtebauliche Verfahren und Nutzungsplanung Für Klybeck und Kleinhüningen standen die Grundlagenarbeiten für einen Entwicklungsplan im Vordergrund, der sowohl das Hafenaerial (Hafen- und Stadtentwicklung) und die Arbeitsgebiete im Klybeck als auch die bestehenden Quartiere Klybeck und Kleinhüningen umfasst. Die trinationale Masterplanung 3Land wurde gemeinsam mit den französischen und deutschen Partnern abgeschlossen. Für den Dreispitz wurde unter den Planungspartnern eine Entwicklung fokussiert auf Teilgebiete beschlossen. Für das Areal des Felix Platter-Spitals fand die öffentliche Planaufgabe statt; Inhalt waren eine Zonenänderung und ein Bebauungsplan erster Stufe mit dem Ziel einer Entwicklung durch Wohnbaugenossenschaften. Das Entwicklungskonzept für das Gebiet Volta Nord wurde nochmals geschärft und bildet nun die Grundlage für die Nutzungsplanung. Parallel zur Infrastrukturplanung der SBB wurden städtebauliche Entwicklungsstudien für das SBB-Areal Güterbahnhof Wolf vorbereitet. Der Regierungsrat hat die nutzungsplanerischen Massnahmen für das Roche-Areal Nord verabschiedet und dem Grossen Rat überwiesen. Als grössere Entwicklungsprojekte erwähnenswert sind auch die beiden Projekte „Areal Helvetia Campus“ sowie „Areal Albenteich-Promenade“, für die der Regierungsrat dem Grossen Rat die jeweils notwendige Zonenänderung und den Bebauungsplan unterbreitet hat. Beide Vorlagen wurden vom Grossen Rat verabschiedet. Für mehrere Einzelareale sind weitere Bebauungspläne für Wohnungsbau oder zur Sicherstellung der Arbeitsplatzentwicklung bestehender Einrichtungen in Bearbeitung.

Weiterentwicklung des Tramnetzes Neue Vorhaben werden aufgrund von Kosten-Nutzen-Analysen priorisiert und an die Hand genommen. Ein weiterer Aspekt bei der Priorisierung ist die angestrebte Verbesserung der Erschliessung von Entwicklungsgebieten der Stadt. Im Zusammenhang mit anstehenden Erhaltungsmassnahmen wurden Vorprojekte für die Traminfrastruktur auf dem Bruderholz sowie für weitere Strassenzüge (Burgfelder-/Missionsstrasse und Spalenvorstadt, Hardstrasse, Rosentalstrasse, Gundeldingerstrasse/Viertelskreis usw.) erarbeitet. Sie werden 2016 dem Regierungsrat sowie dem Grossen Rat zur Genehmigung unterbreitet.

Gestaltungs- und Verkehrsprojekte im öffentlichen Raum Im Zuge von Erhaltungsmaßnahmen wurden die Gerbergasse, die Grünpfahlgasse und das Gerbergässlein bereits gemäss dem Gestaltungskonzept Innenstadt umgestaltet. Auch für die Greifengasse stehen Sanierungsmassnahmen an, weshalb unter Einbezug der Öffentlichkeit ein entsprechendes Vorprojekt entwickelt wurde. Für den ebenfalls sanierungsbedürftigen Rümelinsplatz wurde das Wettbewerbsprogramm erarbeitet. Gemäss Leitbild „Strassenbäume“ wurden im Zuge der Erhaltungsplanung weitere Baumreihen projiziert (Wettsteinallee, Güterstrasse Ost usw.).

Erhaltung des baulichen Erbes Im Vordergrund stand die Begleitung von Restaurierungen und Umbauten. Darunter fielen sowohl wichtige Baudenkmäler, die regelmässig unterhalten und gepflegt werden wie das Münster (Nordquerhaus) und das Rathaus (Innenhof beim Ausgang zur Tribüne), wie auch zahlreiche weitere Baudenkmäler im Eigentum von Privaten und der öffentlichen Hand so u.a. die Begleitungen der Restaurierung der Landschaftsbilder in der zentralen Halle des Bahnhofs SBB, der Projektierung der Restaurierung und des Umbaus des Musiksaals beim Casino, des Elsässer Bahnhofs und der Kaserne, der Rückführung des Innenraums des Zwinglihauses oder der sanften Restaurierung des Schlüsselbergs 13. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 50% mehr Baugesuche beurteilt als im Vorjahr. Um für die Begleitung des Projektes Erweiterung und Restaurierung Musiksaal die notwendigen historischen Grundlagen zur Verfügung zu haben, wurden umfangreiche Recherchen in diversen Archiven durchgeführt und historische Pläne, Fotografien und Schriftstücke ausgewertet.

Zur Schaffung von Grundlagen für die denkmalpflegerische Arbeit im Kanton und um die Rechtssicherheit von Bauherren und Projektierenden zu erhöhen, wurde von der Kantonalen Denkmalpflege auch im Berichtsjahr an der Inventarisierung schutzwürdiger Bauten in den Aussenquartieren der Stadt Basel gearbeitet: abgeschlossen wurden u. a. die Quartiere Bruderholz, Breite, Rosental und Klybeck. Damit können nun auch für diese Quartiere denkmalpflegerische Rahmenbedingungen bei Bedarf frühzeitig abgerufen und in die Planung integriert werden. Die Kunstdenkmälerinventarisierung konnte die Forschungsarbeit zur Altstadt westlich des Birsig abschliessen. Die Publikation erfolgt 2016 von der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte in der Reihe der Kunstdenkmäler der Schweiz.

Die Öffentlichkeitsarbeit wurde in bewährter Manier fortgesetzt. So stiessen der Tag des Denkmals im Dorf und Hafen Kleinhüningen sowie die Führungen, die Einblick in die praktische Arbeit der Denkmalpflege gaben, auf grosse Resonanz in der Bevölkerung, womit auch das Verständnis für denkmalpflegerische Massnahmen bei historisch wertvollen Bauten weiter gestärkt werden konnte. Darüber hinaus wurde von der Kantonalen Denkmalpflege eine Fachtagung zur Methodik der Städtebaugeschichte mit internationalen Referenten aus Deutschland und England durchgeführt. Dieser Austausch ergab für Basel wichtige neue Perspektiven, die in der künftig zu erarbeitenden Synthese zur städtebaulichen Entwicklung der Altstadt von Nutzen sind. Das Museum Kleines Klingental ist eine wichtige Plattform im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Denkmalpflege und wird von der Stiftung für das Museum Kleines Klingental sowie vom Verein der Freunde Kleines Klingental unterstützt.

Fachsekretariat Stadtbildkommission Die Stadtbildkommission hat 2015 rund 700 Bau- und Reklamegesuche sowie bauliche Massnahmen auf Allmend begleitet und beurteilt. Wie im Vorjahr wurden etwa 80% der Bauvorhaben ohne weitere Überarbeitung durch die Stadtbildkommission gutgeheissen und lediglich 1.5% der Bauvorhaben wurden abgelehnt. Der grösste Teil der Gesuche wurde in den wöchentlichen Sitzungen des Fachsekretariats in Absprache mit dem Vorsitzenden der Kommission entschieden. Die Stadtbildkommission hat in zehn monatlichen Sitzungen rund vierzig grössere Sachverhalte behandelt. Zu den grösseren behandelten Bauprojekten zählen die Begleitung der Wohnbebauungen und die Bemusterungen in Form von Mock-ups (Maquetten), die Beurteilung von Wohn- und Geschäftshochhäusern sowie von Spital-, Universitäts- und Schulbauten. Weiter bezog die Stadtbildkommission Stellung zu bevorstehenden Bebauungsplänen und zur Dichtepotenzialstudie des Felix-Platter-Areals.

Das Fachsekretariat bietet an drei Tagen der Woche Sprechstunden und Bauberatungen an. Die Nachfrage ist nach wie vor steigend und entspricht dem Wunsch nach Klarheit und Transparenz der

Entscheidungen. Wöchentlich finden rund zwölf Beratungen auf dem Fachsekretariat und zahlreiche weitere telefonisch statt.

Mobilität

BVD-661

Das Amt für Mobilität analysiert den Mobilitätsbedarf und das Verkehrsgeschehen im Kanton in seiner Gesamtheit. Auf Basis dieser Analysen entwickelt das Amt Strategien und Konzepte zur Beeinflussung, Steuerung und Bewältigung des Verkehrsaufkommens und setzt diese um.

Eine gute Anbindung auf Strasse und Schiene an das nahe und ferne Umland leistet einen wichtigen Beitrag an die Standort- und Wohnqualität im Kanton. Die stadt- und umweltgerechte Mobilität soll gefördert und das Gesamtverkehrssystem optimiert werden. Ziele sind der Ausbau des Angebots und die Verstetigung und Verkürzung der Fahrzeiten im öffentlichen Verkehr, die Attraktivitätssteigerung für den Velo- und Fussverkehr sowie die Verbesserung des Verkehrsflusses auf dem übergeordneten Strassennetz.

Das Amt für Mobilität plant und bestellt oder bewilligt Leistungen des öffentlichen Verkehrs, erarbeitet Verkehrsstrategien und -konzepte, formuliert im Rahmen von Vorstudien die Anforderungen an Infrastrukturen und begleitet deren Projektierung. Es plant und bewirtschaftet den Parkraum, projektiert und verfügt permanente Verkehrsanordnungen (Markierungen und Signalisationen) und ist verantwortlich für Projektierung, Programmierung, Betrieb und technischen Unterhalt sämtlicher Lichtsignalanlagen sowie des zentralen Verkehrsrechners, der Parkuhren und der Wechselsignale.

Das Amt für Mobilität bringt die kantonalen Interessen in die übergeordnete Verkehrsplanung des Bundes ein und koordiniert die Planung mit den Nachbarkantonen sowie den benachbarten Gebietskörperschaften in Deutschland und Frankreich.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Verkehrspolitisches Leitbild In den letzten zehn Jahren wurden in Basel rund 20'000 neue Arbeitsplätze geschaffen. Zwar hat auch die Wohnbevölkerung zugenommen, doch längst nicht in dem Masse, wie die Zahl der Arbeitstätigen. Stetig wachsende Pendlerströme sind die Folge. Mit einem verkehrspolitischen Leitbild hat der Regierungsrat die Grundlage für eine Verkehrspolitik geschaffen, die sich den aktuellen und künftigen Herausforderungen annimmt. Basierend auf dem Leitbild haben Arbeiten an Konzepten in den Bereichen Güterverkehr und Verkehrsmanagement begonnen. Das Amt für Mobilität überprüft jährlich die Verkehrsentwicklung und evaluiert, wie die Planungen und Projekte des Kantons optimal auf die gesetzlichen und parlamentarischen Vorgaben abgestimmt werden können.

Förderung der stadtgerechten Mobilität Das Amt für Mobilität setzte diverse Massnahmen um, die das Velofahren und Zu-Fuss-Gehen in Basel attraktiver machen. Weitere Einbahnstrassen wurden für den Veloverkehr in beiden Fahrtrichtungen geöffnet, etwa in der Eisengasse und in der St. Johannis-Vorstadt. Die jährliche Mobilitätswoche präsentiert stadtgerechte Mobilitätsformen. Das Amt für Mobilität stellt die Koordination der Veranstaltungen sicher: Schwerpunkte im Jahr 2015 waren die kombinierte Mobilität und der umweltfreundliche Gütertransport. Die Handelskammer beider Basel HKBB hat das Projekt „wirtschaftsfreundliches Mobilitätsmanagement in Unternehmen“ gestartet. Das Amt für Mobilität begleitet das Projekt fachlich und leistet einen finanziellen Beitrag. Der Regierungsrat hat zudem auf Antrag des Amtes für Mobilität eine Checkliste zum Mobilitätsmanagement in der Verwaltung beschlossen. Der Kanton kann damit seine Vorbildrolle in diesem Bereich ausbauen und neu auch besser nach aussen kommunizieren.

Gesamtverkehrsmodell der Region Basel Das neue Gesamtverkehrsmodell der Region Basel ist seit 2015 einsatzbereit. Dem Amt für Mobilität steht damit ein aktuelles, dem neuesten Stand der Technik entsprechendes Werkzeug zur Verfügung. Es dient dazu, die verkehrlichen Auswirkungen von Siedlungsentwicklungen und Angebotsausbauten im Verkehr abzuschätzen. Das Modell kommt bei zahlreichen Planungen zur Anwendung.

Parkraumplanung Im Rahmen der Einführung der flächendeckenden Parkraumbewirtschaftung wurden 2015 in weiteren Postleitzahlkreisen die entsprechenden Markierungs- und Signalisationsänderungen projektiert und ausgeführt. Bis 2016 soll die Parkraumbewirtschaftung in allen Quartieren umgesetzt sein. Das Amt für Mobilität wird die Wirkungen beobachten und bei Bedarf Optimierungsmassnahmen ausarbeiten.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-5'351.2	-5'465.8	-5'582.6	-116.7	-2.1	-231.3	-4.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	-5'057.8	-4'541.3	-4'096.4	444.9	9.8	961.4	19.0 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-72.7	0.0	-56.4	-56.4	n.a.	16.3	22.4
36 Transferaufwand	-17.0	-1'007.0	-120.5	886.5	88.0	-103.5	<-100.0 ²
Betriebsaufwand	-10'498.7	-11'014.1	-9'855.8	1'158.3	10.5	642.9	6.1
42 Entgelte	5'712.5	4'974.2	5'171.7	197.5	4.0	-540.8	-9.5 ³
43 Verschiedene Erträge	919.8	1'500.0	1'675.6	175.6	11.7	755.8	82.2 ⁴
46 Transferertrag	0.3	0.0	0.0	0.0	n.a.	-0.3	-100.0
Betriebsertrag	6'632.6	6'474.2	6'847.3	373.1	5.8	214.8	3.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-3'866.2	-4'539.9	-3'008.5	1'531.4	33.7	857.7	22.2
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-1'967.5	-2'144.9	-2'017.9	126.9	5.9	-50.4	-2.6 ⁵
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-63.1	-62.6	-68.2	-5.5	-8.8	-5.1	-8.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	20.7	23.6	18.7	-4.8	-20.4	-1.9	-9.4
Abschreibungen	-2'009.9	-2'183.9	-2'067.3	116.6	5.3	-57.4	-2.9
Betriebsergebnis	-5'876.1	-6'723.8	-5'075.8	1'648.0	24.5	800.3	13.6
34 Finanzaufwand	-0.6	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.6	100.0
Finanzergebnis	-0.6	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.6	100.0
Gesamtergebnis	-5'876.7	-6'723.8	-5'075.8	1'648.0	24.5	800.9	13.6
davon Funktionen:							
62 Öffentlicher Verkehr	-363.8	-916.2	199.0	1'115.2	>100.0	562.8	>100.0
63 Verkehr, übrige	-5'513.0	-5'807.6	-5'274.8	532.8	9.2	238.2	4.3

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-21'476.7	0.0	-10'838.6	-10'838.6	n.a.	10'638.0	49.5
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-185.1	0.0	-93.4	-93.4	n.a.	91.7	49.5
Nettoinvestitionen	-21'661.8	0.0	-10'932.0	-10'932.0	n.a.	10'729.7	49.5
Saldo Investitionsrechnung	-21'661.8	0.0	-10'932.0	-10'932.0	n.a.	10'729.7	49.5

Kommentar

- 1 Minderausgaben in der Abteilung Verkehrssteuerung in der Höhe von 523'000 Franken für Lichtsignalanlagen und Projekte, welche grösstenteils an Dienststellen des Kantons oder externe Partner weiterverrechnet werden (siehe auch FDK 42 entsprechende Mindereinnahmen). Mehrausgaben in der Höhe von 78'000 Franken auf diversen Positionen unter anderem für Mehrwertsteuerablieferungen sowie die Beschaffung von Geschwindigkeitsanzeigeräten (Smileys) in der Abteilung Verkehrstechnik (gem. RRB 15/34/12 vom 17. November 2015).
- 2 Minderausgaben in der Höhe von 886'000 Franken beim Pendlerfonds aufgrund von Verzögerungen bei unterstützten Projekten.
- 3 Mindereinnahmen in der Höhe von 450'000 Franken, da weniger Dienstleistungen der Abteilung Verkehrssteuerung an andere Dienststellen und externe Partner weiterverrechnet wurden (siehe auch entsprechenden Minderaufwand unter FDK31). Mehreinnahmen von 487'000 Franken bei den Parkuhrengelbühren aufgrund einer Gebührenerhöhung sowie erhöhter Nachfrage. Mehreinnahmen in der Höhe von 53'000 Franken für verrechnete Projektstellen zu Lasten der Planungspauschale. Nicht budgetierte Einnahmen von 83'000 Franken aus der Rückzahlung des Kantonsanteils „Verein TGV via Basel“, da sich der Verein aufgelöst hat. Die Auflösung erfolgte nicht zuletzt auf Empfehlung der Finanzkontrolle Basel-Stadt. Mehreinnahmen in diversen Bereichen der Mobilität von rund 27'000 Franken.
- 4 Mehreinnahmen von 175'000 Franken zugunsten des Pendlerfonds aus dem Verkauf von Besucher- und Pendlerparkkarten.
- 5 Die Abschreibungen für das Rechnungsjahr 2015 wurden basierend auf dem Anschaffungsbedarf (Investitionsbereiche) im Budgetprozess 2015 errechnet. Durch die Verzögerung, respektive nicht begonnenen Projekte, resultieren nun grössere Abweichungen zu den budgetierten Werten.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	
		2011	2012	2013	2014	2015	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	31.1	29.7	31.3	31.6	32.4	¹
Lichtsignalanlagen	Anz	125	125	128	128	128	²
Verkehrsaufkommen MIV Stadtstrassen	%	99.2	98.2	98.5	98.2	94	³
Verkehrsaufkommen ÖV	%	102.6	104.2	105.3	105.6		⁴
Verkehrsaufkommen Velo	%	103.7	103.2	103.8	114.3		⁵

Kommentar

- 1 Für die Verwaltung des Pendlerfonds wurde der Headcount 2014 um 0.5 erhöht.
- 2 Im Rahmen der Verbesserung der Datengrundlagen zum Verkehrsgeschehen werden die Kennzahlen in den nächsten Jahren überarbeitet.
- 3 Die Zahl für das Jahr 2015 ist eine Prognose aus den Zielen gemäss dem Gegenvorschlag Städteinitiative. 2010 = Index 100%
- 4 Eine Prognose für das Jahr 2015 ist nicht möglich.
- 5 Neu wurde das unterschiedliche Wetter aus dem Veloindex herausgerechnet. Eine Prognose für das Jahr 2015 ist nicht möglich.

Pendlerfonds Beim Pendlerfonds können Finanzierungsbeiträge für Projekte zugunsten eines umweltverträglichen Pendlerverkehrs beantragt werden. Das Amt für Mobilität führt den Fonds. Dieser leistet finanzielle Beiträge über die Kantons- und Landesgrenzen hinaus und ist damit ein exemplarisches Beispiel für die Zusammenarbeit in der trinationalen Agglomeration. Der aus Einnahmen der Parkraumbewirtschaftung gespeiste Pendlerfonds dient insbesondere der Förderung der kombinierten Mobilität. 2015 wurde namentlich ein Beitrag an den Bau eines Park-and-Ride-Parkings am Bahnhof Saint-Louis beschlossen.

Verkehrsberuhigung in der Innenstadt und in den Wohnquartieren Am 5. Januar 2015 wurde das 2011 vom Grossen Rat beschlossene Verkehrskonzept für eine fussgängerfreundliche und verkehrsberuhigte Basler Innenstadt offiziell in Kraft gesetzt. Die Geschwindigkeit des motorisierten Verkehrs ist auf maximal 30 km/h, in den Begegnungszonen auf 20 km/h begrenzt. Die Zufahrt für Anwohnende, Lieferfahrzeuge, Taxis, Hotelgäste, Menschen mit Behinderung und weitere Berechtigte in die motorfahrzeugfreie Kernzone ist geregelt. Geeignete Velorouten erschliessen die verkehrsberuhigte Innenstadt.

Das Amt für Mobilität setzte 2015 weitere Massnahmen des Tempo 30-Konzepts um, das der Grosse Rat 2013 beschlossen hat. Weitere Quartierstrassen wurden zudem auf Antrag der Anwohnerschaft in Begegnungszonen umgewandelt. Die Temporeduktion in Wohnquartieren und punktuell auf verkehrsorientierten Strassen trägt zur Senkung der Lärm- und Luftschadstoffemissionen sowie zur Verbesserung der Verkehrssicherheit bei, was besonders in der Nähe von Schulen wichtig ist.

Organisationsstrukturen im öffentlichen Verkehr Die Organisationsstrukturen im öffentlichen Verkehr sind historisch gewachsen und teilweise reformbedürftig. Die von den Regierungen beider Basel initiierte Überprüfung des Staatsvertrags von 1982 betreffend BVB/BLT wurde weiter bearbeitet. Bei den kantonalen Behindertentransporten (KBB) werden auf Anfang 2016 neue Strukturen umgesetzt. In der seit Anfang 2015 angepassten Organisationsstruktur des Tarifverbands Nordwestschweiz (TNW) ist der Kanton Basel-Stadt zusammen mit den weiteren Verbundkantonen stärker ins Tarifwesen einbezogen.

Tramnetzentwicklung Das Amt für Mobilität hat die Planung der 2012 vom Grossen Rat beschlossenen Ausbauten im Basler Tramnetz weitergeführt. Auf der Basis von Vorstudien und Machbarkeitsabklärungen hat der Regierungsrat erste Entscheide zur Priorisierung der nächsten Ausbauschritte gefällt. Besondere Priorität geniesst die Tramverbindung Grenzacherstrasse–Schwarzwaldstrasse, die eine leistungsfähige Anbindung des Wettsteinquartieres mit dem dynamisch wachsenden Roche-Areal an die Basler Bahnhöfe und die Agglomeration herstellen soll.

Das Amt für Mobilität hat das erste Betriebsjahr der Tramlinie 8 nach Weil am Rhein intensiv begleitet und in enger Zusammenarbeit mit der BVB Massnahmen zur Stabilisierung des Betriebsablaufs

umgesetzt. Aufgrund der unerwartet hohen Fahrgastnachfrage wurde der Fahrplankontakt ab Dezember 2015 an gewissen Tageszeiten verdichtet.

Hindernisfreier Zugang zum öffentlichen Verkehr Das schweizweit gültige Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) schreibt vor, dass der öffentliche Verkehr bis Ende 2023 barrierefrei zugänglich sein muss. Die notwendigen Anpassungen der Infrastruktur im Kanton Basel-Stadt werden im Rahmen ohnehin notwendiger Erhaltungsmassnahmen oder Gestaltungsprojekte geplant, projektiert und ausgeführt.

Trinationale S-Bahn Basel Durchmesserlinie „Herzstück“ und Anschluss EuroAirport Der Ausbau des Bahnnetzes im Knoten Basel und auf den Zulaufstrecken ist seit Jahren Gegenstand einer rollenden Planung, die der Bund und die SBB zusammen mit den Kantonen der Nordwestschweiz fortschreiben und schrittweise umsetzen. Die Kantone der Nordwestschweiz koordinieren als Planungsregion die Angebotsplanung, während der Bund diese auf die Planung des Fern- und Güterverkehrs abstimmt und die Infrastrukturmassnahmen ableitet, die im nächsten Ausbauschnitt (STEP 2030) des Schweizer Bahnnetzes realisiert und finanziert werden sollen.

Die Planung im Raum Basel basiert auf einem zwischen den Nordwestschweizer Kantonen, der Région Alsace und dem Land Baden-Württemberg grenzüberschreitend abgestimmten Konzept für die Weiterentwicklung des Liniennetzes und des Fahrplanangebots der trinationalen S-Bahn. Für die weitere Planung des Bahnanschlusses zum EuroAirport und der Elektrifizierung der Hochrheinstrecke Basel–Erzingen wurden Anträge auf Mitfinanzierung aus dem Interreg-Programm eingereicht. Diese Projekte sind wesentliche Bestandteile der Weiterentwicklung des Bahnangebots im Dreiland.

Im Auftrag der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft haben die Arbeiten am Vorprojekt des Projekts Herzstück begonnen. Diese unterirdische Verbindung zwischen Basel SBB und Badischem Bahnhof schliesst die Lücke in der Bahninfrastruktur rund um Basel und schafft die Voraussetzung für ein zusammenhängendes S-Bahnnetz mit Durchmesserlinien, welche die regionalen Korridore miteinander verbinden. Die Kantone haben den Verein Agglo Basel mandatiert diese Arbeiten zu führen.

Agglomerationsprogramm Das Amt für Mobilität hat zusammen mit den weiteren beteiligten Behörden in der trinationalen Agglomeration die Arbeiten am Agglomerationsprogramm der dritten Generation eng begleitet. Die S-Bahn bildet dabei auch weiterhin das Rückgrat der Siedlungsentwicklung in der Agglomeration. Der Verein Agglo Basel koordiniert zunehmend auch die Interessen der beteiligten Behörden für die Entwicklung des S-Bahn-Systems.

Verkehrssteuerung und Forschungsprojekte Die Priorisierung des öffentlichen Verkehrs sowie der Komfort und die Sicherheit des Fuss- und Veloverkehrs werden laufend optimiert. Den Pilotversuch „Rechtsabbiegen bei Rot für Velos“ an Lichtsignalanlagen hat das Amt für Mobilität 2015 auf zwölf Kreuzungen ausgedehnt. Basel nimmt hierbei eine Vorreiterrolle unter den Schweizer Städten ein.

Globalbudget Öffentlicher Verkehr

Produktgruppen	Aufgaben-/Ressourcenfeld
Regio S-Bahn	2.4 Mobilität
Tarife und Verbände	2.4 Mobilität
Tram und Bus	2.4 Mobilität

Öffentlicher Verkehr

Bestellung der Leistungen des öffentlichen Tram- und Busverkehrs (inkl. Unterhalt und Angebotskonzepte). Entwicklung und Umsetzung des kantonalen Behindertentransports. Bestellung von Regionalverkehrsleistungen in Absprache mit den Nachbarkantonen und Nachbarländern. Subventionierung von Tarifierleichterungen.

Gesetzliche Grundlagen

Gestützt auf das Programm für den öffentlichen Verkehr (ÖV-Programm) wird das Globalbudget ÖV dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt gemäss §14 und §16 Abs. lit. b des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr (ÖVG) zum Beschluss vorgelegt.

Wirkungen

Wirtschaftliche Gewährleistung einer komfortablen, sicheren, umweltschonenden und stadtgerechten Mobilität innerhalb des Kantonsgebiets sowie zwischen dem Kantonsgebiet und der umliegenden Region, auch für betagte und in ihrer Mobilität eingeschränkter Menschen.

Entlastung des Strassennetzes und dadurch Verbesserung des Verkehrsflusses und der Wohnqualität sowie Begrenzung des Bedarfs an Parkraum.

Anbieten eines preisgünstigen und einfachen Tarifsystems.

Tätigkeiten und Projekte

Für die politischen und planerischen Tätigkeiten im Bereich des öffentlichen Verkehrs (ÖV) wird auf den Bericht der Dienststelle Mobilität verwiesen. Das Globalbudget umfasst die Bestellung und Finanzierung von ÖV-Leistungen.

Finanzen

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Tram und Bus	-56'002.9	-63'792.5	-58'671.1	5'121.4	8.0	-2'668.2	-4.8
Regio-S-Bahn	-2'994.8	-3'028.0	-2'981.1	46.9	1.5	13.6	0.5
Tarife und Verbände	-20'468.2	-20'100.0	-20'451.8	-351.8	-1.8	16.3	0.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-79'465.8	-86'920.5	-82'104.1	4'816.4	5.5	-2'638.2	-3.3
Kalkulatorische Kapitalkosten	-12'312.1	-12'648.8	-13'675.2	-1'026.4	-8.1	-1'363.1	-11.1
Vollkosten	-91'777.9	-99'569.3	-95'779.2	3'790.1	3.8	-4'001.4	-4.4

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-17'802.6	-45'500.0	-11'341.7	34'158.3	75.1	6'460.8	36.3
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-43.8	0.0	-10.3	-10.3	n.a.	33.4	76.4
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	500.0	0.0	-500.0	-100.0	0.0	n.a.
Nettoinvestitionen	-17'846.3	-45'000.0	-11'352.1	33'647.9	74.8	6'494.2	36.4
Saldo Investitionsrechnung	-17'846.3	-45'000.0	-11'352.1	33'647.9	74.8	6'494.2	36.4

Wirkungsziel	Indikator	Operator	Ist 2013	Ist 2014	Soll 2015	Ist 2015
Hohe Nachfrage Ortsverkehr	Anzahl (Mio.) Einsteigende pro Jahr (BVB-Linien)	>=	132.8	131.8	133.0	132.4 ¹
Hohe Verkehrsleistung Ortsverkehr	Nachfrage (Mio. Personen- Kilometer) BVB+BLT+AAGL im städtischen Netz	>=	318.5	321.2	319.0	327.6 ²
Hohe Nachfrage Regio-S-Bahn	Anzahl Einsteigende (Tsd. Pers. / Tag) am Bahnhof SBB	>=	18.7	19.0	18.7	19.4
Zufriedenheit der ÖV-Kundschaft	Index gemäss Kunden- zufriedenheitsstudie	>=	76		77	77

Kommentar

- 1 Provisorische Angaben, die definitiven Angaben folgen mit dem Budget 2017 nach Veröffentlichung des Geschäftsberichtes 2015.
- 2 Provisorische Angaben, die definitiven Angaben folgen mit dem Budget 2017 nach Veröffentlichung des Geschäftsberichtes 2015.

Produktgruppe Tram und Bus

Hauptaufgabe der Produktgruppe Tram und Bus sind das Angebot eines regelmässigen und bedarfsgerechten betriebenen Bus-, und Tram-Linienverkehrs zur Erschliessung des Kantonsgebiets (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution), die bedarfsgerechte Vervollständigung des Linienverkehrs durch ergänzende Verkehrsleistungen (z.B. Grossanlässe) und durch Unterstützung von Fahrten von Menschen mit einer eingeschränkten Mobilität.

Tätigkeiten und Projekte

Im Jahr 2015 erfolgten diverse Anpassungen und Optimierungen im Tram- und Busnetz:

- Die wichtigste Neuerung war die Aufnahme des Betriebs auf der Verlängerung der Linie 8 bis Weil am Rhein Bahnhof.
- Das Buskonzept Riehen-Wettstein hat kleinere Optimierungen erfahren.
- Auf der Linie 50 wurden in den Spitzenzeiten gezielte Verdichtungen eingeführt.
- Die Linie 48 fährt ganztags inkl. samstags im 15 Minuten-Takt, gleichzeitig wurde die Linie 33 in den Nebenverkehrszeiten ebenfalls auf einen 15 Minuten-Takt reduziert.
- Die Linie 38 verkehrt sonntags neu ganzjährig zwischen Claraplatz und Bachgraben.

Finanzen

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Übriger Aufwand	-58'630.0	-66'306.8	-61'733.5	4'573.3	6.9	-3'103.5	-5.3
Betriebsaufwand	-58'630.0	-66'306.8	-61'733.5	4'573.3	6.9	-3'103.5	-5.3 ¹
Betriebsertrag	2'627.1	2'514.4	3'062.4	548.1	21.8	435.3	16.6 ²
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-56'002.9	-63'792.5	-58'671.1	5'121.4	8.0	-2'668.2	-4.8
Kalkulatorische Kapitalkosten	-11'363.8	-12'060.3	-12'731.7	-671.4	-5.6	-1'367.9	-12.0
Vollkosten	-67'366.7	-75'852.8	-71'402.7	4'450.0	5.9	-4'036.0	-6.0

Kommentar

- Die Differenz bei der Abgeltung an die BVB ist auf folgende Faktoren zurückzuführen: In der Eignerstrategie wird eine jährliche Effizienzsteigerung von 1.0 Mio. Franken verlangt. Die Umstellung auf Swiss GAAP FER und die damit verbundenen Neuberechnungen führen zu einer Korrektur von rund 1.0 Mio. Franken. Umstellung von geglätteter zu effektiver Abschreibung. Nichtberücksichtigung der zusätzlichen Stromkosten von 1.45 Mio. Franken. Die verbleibende Differenz ist auf günstigere Produktion zurückzuführen.
- Die Abgeltungsrechnung BVB/BLT weist einen einmalig erhöhten Betrag aus, da zukünftig auf eine Budgetabgrenzung, der um ein Jahr verschobenen Zahlung, verzichtet wird und Cash-in abgerechnet wird. Der Verzicht auf diese Abgrenzung erfolgte nicht zuletzt auf Empfehlung der Finanzkontrolle Basel-Stadt.

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2013	Ist 2014	Soll 2015	Ist 2015
Hohe Bedienungshäufigkeit im Linienverkehr	Gewichtete Fahrzeugkm. (Mio.) BVB / BLT im Jahr auf Gebiet BS	>=	26.0	26.0	26.5	26.2 ¹
Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung von Bund, Kanton und Gemeinden (Fr.) je Pkm (BVB)	<=	0.205	0.207	0.205	0.211 ²
Hohe Qualität des Angebots im Ortsverkehr	Mischindikator aus versch. Kennzahlen; Eichwert 2006	>=	104%	105%	105%	104%
Angebot der KBB entspricht den Bedürfnissen der Zielgruppe	Anteil (%) „gut“ bzw. „sehr gut“ gem. Kundenbefragung	>=		89.1%	90.0%	³

Kommentar

- Provisorische geschätzte Angaben, die definitiven Angaben folgen mit dem Budget 2017.
- Provisorische geschätzte Angaben, die definitiven Angaben folgen mit dem Budget 2017.
- Im Jahr 2015 wurde keine Kundenzufriedenheitsumfrage durchgeführt. Die nächste Befragung findet im 2016 oder 2017 statt. Der Termin ist noch nicht festgelegt worden. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass ab 1. Januar 2016 der neue Staatsvertrag in Kraft ist und die beiden Vertragspartner deutlich autonomer sind.

Produktgruppe Regio-S-Bahn

Hauptaufgabe der Produktgruppe Regio-S-Bahn ist das Anbieten eines regelmässigen Regio-S-Bahnverkehrs zur Anbindung des Kantonsgebiets an das Umland (inkl. Fahrzeugvorhaltung, Netzmanagement und Distribution).

Tätigkeiten und Projekte

Das Angebot der Regio-S-Bahn blieb 2015 unverändert.

Leistungserbringer SBB Regionalverkehr Betrieb der S-Bahnlinien S1 (Schweizer Teilabschnitt) und S3 auf der Grundlage einer Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz; Konzessionär der RE-Züge Basel-Offenburg auf der Verbindungsbahn.

Leistungserbringer SBB Deutschland GmbH Betrieb der S-Bahnlinie S6 auf der Grundlage der Angebotsvereinbarung gemäss Eisenbahngesetz auf der Verbindungsbahn.

Finanzen

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Übriger Aufwand	-3'377.1	-3'431.0	-3'376.1	54.9	1.6	1.0	0.0
Betriebsaufwand	-3'377.1	-3'431.0	-3'376.1	54.9	1.6	1.0	0.0
Betriebsertrag	382.3	403.0	395.0	-8.0	-2.0	12.7	3.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-2'994.8	-3'028.0	-2'981.1	46.9	1.5	13.6	0.5
Kalkulatorische Kapitalkosten	-948.2	-588.5	-943.5	-355.0	-60.3	4.7	0.5
Vollkosten	-3'943.0	-3'616.5	-3'924.7	-308.1	-8.5	18.4	0.5

Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2013	Ist 2014	Soll 2015	Ist 2015
Hohe Angebotsdichte im S-Bahnverkehr (Montag bis Freitag)	Anzahl Kurse der S-Bahn auf den Regio-S-Bahn-Linien, die von BS mitfinanziert werden	=	351	351	351	351 ¹
Hohe Effizienz der Leistungserbringung	Abgeltung (Fr.) je Personen-km auf den Regio-S-Bahn-Linien, die von BS mitfinanziert werden	<=	0.140	0.142	0.143	0.140 ²
Hohe Qualität der Leistungserbringung	Anteil des mit den Kantonen der NWCH vereinbarten gewichteten Zielwert gemäss Bonus-Malus Vereinbarung von 2013	>=		88.3	87.3	³

Kommentar

- 1 Die Anzahl Kurse wurde auf eine neue Berechnungsbasis gestellt. Die Anzahl Kurse wird den Offerten entnommen.
- 2 Die effektiven Resultate der Nachkalkulation 2015 der SBB stehen erst im Frühjahr 2016 zur Verfügung und werden mit dem Budget 2017 ausgewiesen.
- 3 Die Resultate stehen erst im Frühjahr 2016 zur Verfügung und werden mit dem Budget 2017 ausgewiesen.

Produktgruppe Tarife und Verbände

Hauptaufgabe der Produktgruppe Tarife und Verbände ist die Sicherstellung günstiger, zwischen den einzelnen Transportunternehmungen koordinierter Tarife im öffentlichen Verkehr innerhalb des Kantons und über die Kantonsgrenzen hinaus.

Tätigkeiten und Projekte

Die Anzahl der verkauften U-Abos im Kanton Basel-Stadt blieb auch im Jahr 2015 konstant.

Finanzen

Vollkostenrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Übriger Aufwand	-20'468.2	-20'100.0	-20'451.8	-351.8	-1.8	16.3	0.1
Betriebsaufwand	-20'468.2	-20'100.0	-20'451.8	-351.8	-1.8	16.3	0.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-20'468.2	-20'100.0	-20'451.8	-351.8	-1.8	16.3	0.1
Vollkosten	-20'468.2	-20'100.0	-20'451.8	-351.8	-1.8	16.3	0.1

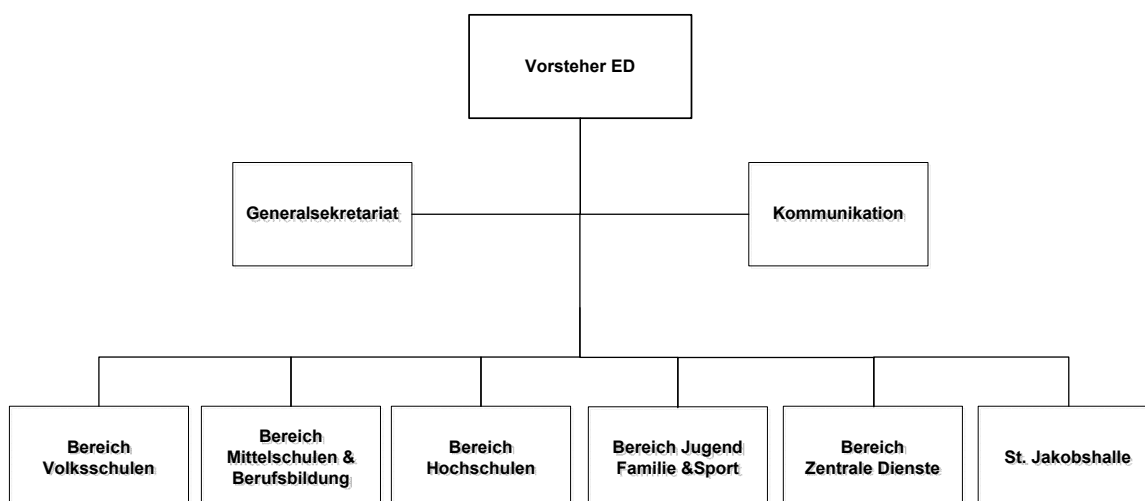
Leistungsziel	Indikator	Operator	Ist 2013	Ist 2014	Soll 2015	Ist 2015
Grosse Anzahl U-Abonnenten im Kanton Basel-Stadt	Anzahl U-Abo-Verkäufe /in Tausend) an Einwohnerinnen und Einwohner in BS auf Monatsbasis	>	872	875	873	873 ¹

Kommentar

- 1 Der Indikator umfasst die Anzahl verkaufter Monatsabonnemente, Jahresabonnemente werden umgerechnet. Es handelt sich um provisorische Angaben, die definitiven Werte folgen mit dem Budget 2017.

4.2.3 Erziehungsdepartement

ED-201	Zentrale Dienste und Generalsekretariat	229
ED-220	Leitung Bildung	234
ED-230	Volksschulen	236
ED-240	Mittelschulen	241
ED-245	Berufsbildende Schulen	244
ED-265	Leitung Mittelschulen und Berufsbildung	248
ED-271	Hochschulen	251
ED-290	Jugend, Familie und Sport	254



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14		
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-486.9	-490.1	-497.9	-7.8	-1.6	-11.0	-2.3	¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-157.4	-159.3	-154.5	4.7	3.0	2.9	1.8	²
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.7	-0.7	-0.8	-0.1	-9.3	-0.1	-11.7	³
36 Transferaufwand	-437.6	-440.1	-437.4	2.8	0.6	0.2	0.0	
Betriebsaufwand	-1'082.6	-1'090.2	-1'090.6	-0.4	0.0	-8.0	-0.7	
42 Entgelte	45.3	42.4	47.1	4.6	10.9	1.8	4.0	⁴
43 Verschiedene Erträge	3.0	0.0	3.6	3.6	n.a.	0.6	19.9	⁵
46 Transferertrag	115.7	115.5	115.6	0.1	0.1	-0.1	-0.1	
Betriebsertrag	163.9	158.0	166.2	8.2	5.2	2.3	1.4	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-918.7	-932.3	-924.4	7.9	0.8	-5.7	-0.6	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-2.8	-4.5	-4.0	0.5	10.6	-1.2	-41.5	⁶
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	-0.0	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	-0.0	<-100.0	
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1.1	-0.8	-0.5	0.2	31.0	0.6	52.4	
Abschreibungen	-3.9	-5.2	-4.6	0.7	12.8	-0.6	-16.0	
Betriebsergebnis	-922.6	-937.5	-929.0	8.6	0.9	-6.3	-0.7	
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-87.1	-0.0	-9.9	
44 Finanzertrag	0.2	0.2	0.3	0.1	34.1	0.1	63.2	
Finanzergebnis	0.2	0.2	0.3	0.1	31.3	0.1	69.3	
Gesamtergebnis	-922.5	-937.3	-928.7	8.6	0.9	-6.2	-0.7	
davon Funktionen:								
0 Allgemeine Verwaltung	0.0	0.0	0.1	0.1	>100.0	0.1	>100.0	
2 Bildung	-800.8	-812.9	-806.6	6.2	0.8	-5.8	-0.7	
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-18.5	-19.5	-18.1	1.4	7.2	0.4	2.3	
5 Soziale Sicherheit	-103.1	-104.9	-104.0	0.9	0.9	-0.9	-0.9	

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14		
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%	
Ausgaben Grossinvestitionen	-6.3	-7.0	-8.2	-1.2	-17.1	-1.9	-30.7	
Ausgaben Kleininvestitionen	-1.0	-0.5	-2.0	-1.4	<-100.0	-1.0	<-100.0	⁷
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-0.4	0.0	-3.3	-3.3	n.a.	-2.9	<-100.0	
Nettoinvestitionen	-7.6	-7.5	-13.4	-5.9	-78.2	-5.8	-76.6	
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-1.1	0.0	-0.2	-0.2	n.a.	0.9	82.7	
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	0.3	0.0	0.3	0.3	n.a.	0.0	11.5	
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	-0.8	0.0	0.1	0.1	n.a.	0.9	>100.0	
Saldo Investitionsrechnung	-8.4	-7.5	-13.3	-5.8	-76.6	-4.9	-58.5	

Kommentar

- Der Personalaufwand erhöht sich ab 1. Februar 2015 wegen der Systempflege beim Erziehungsdepartement erheblich. Die Kosten der Systempflege wurden im Budget 2015 für den ganzen Kanton jedoch noch zentral beim Finanzdepartement eingestellt. Gemäss Berechnung des Zentralen Personaldienstes fallen im Jahr 2015 für die elf Monate im Erziehungsdepartement rund -9.4 Mio. Franken an. Von diesen Mehrkosten sollten 2.3 Mio. Franken gemäss Regierungsratsbeschluss departementsintern kompensiert werden. Berücksichtigt man, dass die effektiven Schülerzahlen höher als budgetiert sind (= Mehrkosten von -2 Mio. Franken), konnte die gesetzte Zielvorgabe vollumfänglich eingehalten werden. Dazu beigetragen hat die zurückhaltende Stellenbesetzungspraxis im Berichtsjahr.
- Die grösste Unterschreitung geht mit 2.6 Mio. Franken auf die Raummieten, wovon alleine auf die von Immobilien Basel-Stadt verrechneten internen Mieten 2.0 Mio. Franken entfallen, zurück. Ansonsten musste der budgetierte Sach- und Betriebsaufwand insgesamt nicht vollumfänglich beansprucht werden. Dazu haben fast alle Dienststellen des Erziehungsdepartements beigetragen.
- Siehe Fussnote 7.
- Die Entgelte liegen hauptsächlich bei den Benützungsgebühren und Dienstleistungen mit 2.5 Mio. Franken höher. Dazu haben u.a. die gute Badesaison und der Umstand beigetragen, dass die St. Jakobshalle entgegen der Planung (Baustart um ein Jahr verschoben) noch für das ganze Jahr für Events nutzbar war. Weiter sind auch höhere Rückerstattungen Dritter (1.3 Mio. Franken) sowie Schul- und Kursgelder (0.7 Mio. Franken) eingegangen.

-
- 5 Die Gewinnanteile des Swisslos-Sportfonds werden seit Ende 2014 unter der Kostenartengruppe 43 statt 46 ausgewiesen. Ab Budgetierung für das Jahr 2016 ist dies im Voranschlag nachvollzogen.
 - 6 Vor allem die baulichen Verzögerungen bei der Schulinfrastruktur lassen die entsprechenden Abschreibungsbeträge etwas langsamer ansteigen als geplant.
 - 7 Aufgrund neuer Richtlinien im Rechnungswesen erhöhen sich als Folge der Sammelaktivierungen die ausgewiesenen Ausgaben für die Kleininvestitionen ab 50'000 Franken deutlich. Dies führt zu einem erhöhten Abschreibungsbedarf (vgl. Kto. 333 Abschreibungen Kleininvestitionen).
-

Zentrale Dienste und Generalsekretariat

ED-201

Im Bereich der Zentralen Dienste sind sämtliche bereichsübergreifenden Aufgaben des Erziehungsdepartements zusammengefasst. Die Zentralen Dienste gliedern sich in die folgenden fünf Abteilungen: Finanzen und Controlling, Personal, Raum und Anlagen, Informatik und Materialzentrale.

Die zentrale Kommunikationsabteilung kümmert sich um die Kommunikation des Erziehungsdepartements nach innen und aussen. Die Abteilung ist dem Departementsvorsteher direkt unterstellt, gehört allerdings finanztechnisch dem Bereich der Zentralen Dienste an.

Mit der St. Jakobshalle verfügt der Kanton über eine polyvalente Mehrzweckeinrichtung, in der Sport- und andere Veranstaltungen durchgeführt werden. Die St. Jakobshalle ist dem Departementsvorsteher direkt unterstellt, zählt aber finanztechnisch ebenfalls zum Bereich der Zentralen Dienste.

Die Administrativen Dienste beinhalten das Finanz- und das Personalwesen sowie die Informatik-Dienstleistungen. Sie bilden das Kompetenzzentrum für organisatorische, betriebswirtschaftliche, personalpolitische und systemtechnische Fragestellungen auf Ebene Departement.

Die Abteilung Raum und Anlagen ist das Kompetenzzentrum für alle Planungen bezüglich Schulraum, Tagesstrukturen, Mobiliar, Kleininvestitionen und Sicherheit sowie für den Betrieb der baulichen Infrastruktur von Schulen und Kindergärten samt Schulhauswartung und Reinigung. Sie definiert zusammen mit den Schulen/Kindergärten die zukünftigen Raumbedürfnisse und bringt diese als Nutzervertreterin gegenüber den Hochbaudiensten (BVD) und der Eigentümervertreterin (IBS) ein.

Die Materialzentrale beschafft Büro-, Schul- und Reinigungsmaterial sowie Kopiergeräte für die kantonale Verwaltung. Dank Bündelung der Beschaffung kann von attraktiven Konditionen profitiert werden.

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Departementsvorsteher. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Parlament, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher, sorgt departementsintern für effiziente, zielgerichtete Abläufe. Dem Generalsekretariat gehören die beiden Abteilungen Recht sowie Information und Dokumentation an.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Grossprojekt Schulharmonisierung / Planung und Betrieb Infrastruktur

Das Jahr 2015 beinhaltete die aktivste Phase der Bautätigkeiten, welche durch die Schulharmonisierung ausgelöst wurden. Im Sommer konnte eine Vielzahl der laufenden Projekte beendet werden. Während die Primarstufe bereits ihre neue 6-jährige Schullaufbahn besitzt, startete die neue Sekundarschule im August 2015. Verzögerungen bei den Bauvorhaben hätten gravierende Auswirkungen gehabt. Insgesamt konnten die Bauarbeiten bei 18 Objekten abgeschlossen werden, an 19 Standorten waren Baustellen in Betrieb, 9 weitere kleinere Vorhaben befanden sich in verschiedenen Umsetzungsphasen, bei 8 Objekten lief die Projektierung und 6 grössere Projekte waren noch nicht in Bearbeitung. Im Bereich Mobiliar, Umzüge, Rochaden mussten auch im 2015 die Arbeiten eng mit den baulichen Tätigkeiten abgestimmt werden. Eine präzise logistische Planung machte die hunderten Einzelaktivitäten erst möglich. Erfreulicherweise verlief auch dieser Sommer unfallfrei.

Auch der flächendeckende Ausbau der Tagesstrukturen wurde weiter vorangetrieben. Aufbau und Betrieb dieser schulergänzenden Angebote folgen dem Takt der Harmonisierungs-Projekte. An den einzelnen Standorten wurde ein Platzangebot für 25% der Kinder eingeplant. Seit Beginn des Schuljahres 2015/16 verfügen sämtliche PS-Standorte – ausser dem Standort Sevogel – über ein Tagesstruktur-Angebot. Erstmals stehen nun auch in den neuen Sekundar-Schulen insgesamt 350 Tagesstruktur-Plätze zur Verfügung.

Daneben stand weiterhin die Suche nach neuen Kindergartenlokalen im Zentrum der Planungsaktivitäten. Die Suche gestaltete sich sehr aufwändig und die Bewilligungsverfahren erforderten einen zunehmenden Zeitaufwand. Dennoch bleibt der Eröffnungstermin immer gleich und der Fertigstellungsdruck nahm deshalb laufend zu. Im vergangenen Jahr wurden elf neue Kindergartenlokale eröffnet: Vier Kindergärten befinden sich in Schulhäusern, 4 Lokale wurden neu gemietet und zu

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14		
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%	
30 Personalaufwand	-25'717.2	-28'565.4	-26'601.8	1'963.5	6.9	-884.7	-3.4	¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-39'766.7	-41'367.0	-40'921.0	446.0	1.1	-1'154.3	-2.9	
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-70.4	-92.0	-124.4	-32.4	-35.3	-54.0	-76.7	
36 Transferaufwand	0.0	-25.0	-25.0	0.0	0.0	-25.0	n.a.	
Betriebsaufwand	-65'554.3	-70'049.4	-67'672.3	2'377.1	3.4	-2'118.0	-3.2	
42 Entgelte	21'350.3	20'325.3	21'769.5	1'444.2	7.1	419.2	2.0	²
46 Transferertrag	241.3	284.4	178.7	-105.7	-37.2	-62.7	-26.0	³
Betriebsertrag	21'591.7	20'609.7	21'948.2	1'338.5	6.5	356.5	1.7	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-43'962.6	-49'439.7	-45'724.1	3'715.6	7.5	-1'761.5	-4.0	
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-2'458.0	-3'373.6	-3'047.1	326.5	9.7	-589.1	-24.0	⁴
Abschreibungen	-2'458.0	-3'373.6	-3'047.1	326.5	9.7	-589.1	-24.0	
Betriebsergebnis	-46'420.6	-52'813.3	-48'771.2	4'042.1	7.7	-2'350.5	-5.1	
34 Finanzaufwand	-1.9	-1.3	-1.4	-0.1	-10.0	0.4	23.9	
44 Finanzertrag	38.8	34.0	46.8	12.9	37.9	8.1	20.8	
Finanzergebnis	36.9	32.7	45.4	12.7	39.0	8.5	23.1	
Gesamtergebnis	-46'383.8	-52'780.6	-48'725.8	4'054.9	7.7	-2'342.0	-5.0	
davon Funktionen:								
02 Allgemeine Dienste	3.1	29.9	108.9	79.0	>100.0	105.9	>100.0	
21 Obligatorische Schule	-29'922.4	-33'771.0	-30'710.1	3'061.0	9.1	-787.7	-2.6	
29 Übriges Bildungswesen	-12'274.6	-14'148.4	-14'021.2	127.2	0.9	-1'746.6	-14.2	
34 Sport und Freizeit	-4'189.8	-4'891.1	-4'103.4	787.6	16.1	86.4	2.1	

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14		
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%	
Ausgaben Grossinvestitionen	-5'002.2	-7'000.0	-6'395.0	605.0	8.6	-1'392.8	-27.8	⁵
Ausgaben Kleininvestitionen	-361.5	0.0	-1'290.4	-1'290.4	n.a.	-928.9	<-100.0	⁶
Nettoinvestitionen	-5'363.7	-7'000.0	-7'685.4	-685.4	-9.8	-2'321.7	-43.3	
Saldo Investitionsrechnung	-5'363.7	-7'000.0	-7'685.4	-685.4	-9.8	-2'321.7	-43.3	

Kommentar

- 1 Von der Budgetunterschreitung gehen rund 1.2 Mio. Franken auf Vakanzen zurück, welche teils erst gegen Ende Jahr respektive nicht übergangslos besetzt wurden. Insbesondere terminliche Verzögerungen in der baulichen Umsetzung von Schulbauten und der Eröffnung von neuen Kindergärten haben die damit zusammenhängenden Stellenaufstockungen im Reinigungs- und Abwartswesen verzögert. Weiter ist ein Teil der budgetierten Löhne über 0.25 Mio. Franken für das Catering bei den Sportanlagen aufgrund der veränderten Zuständigkeit neu bei der Dienststelle 290 „Jugend, Familie und Sport“ angefallen und höhere Rückerstattungen bei den Kranken- und Unfalltaggelder von 0.25 Mio. Franken reduzierten den Personalaufwand zusätzlich. Nicht zuletzt liegen auch die weiterverrechneten Personalaufwendungen für Dritte und die Weiterbildungskosten unter Budget.
- 2 Die Mehreinnahmen gehen fast ausschliesslich auf höhere Benützungsgebühren und verrechnete Dienstleistungen bei der St. Jakobshalle zurück. Zum Zeitpunkt der Budgetierung wurde bei der St. Jakobshalle von fünf bis sechs geschlossenen Betriebsmonaten ausgegangen. Da der Baustart um ein Jahr verschoben wurde, konnten zusätzliche Events stattfinden. Ein Teil dieses Mehrertrages bei der St. Jakobshalle betrifft auch einmalige Mehrwertsteuer-Nachfakturierungen.
- 3 Die Beiträge wurden zu optimistisch budgetiert. Anlässlich der Budgetierung 2016 wurde dies bereits auskorrigiert.
- 4 Die baulichen Verzögerungen bei der Schulinfrastruktur lassen die entsprechenden Abschreibungsbeträge etwas langsamer ansteigen als geplant.
- 5 Während der Investitionsplafond Bildung zentral budgetiert wird, erfolgen die Abrechnungen teilweise dezentral. Gemäss der Investitionsübersicht sind für insgesamt 6.9 Mio. Franken Vorhaben ausgeführt worden.
- 6 Aufgrund neuer Richtlinien im Rechnungswesen erhöhen sich als Folge der Sammelaktivierungen die ausgewiesenen Ausgaben für die Kleininvestitionen ab 50'000 Franken deutlich. Dies führt zu einem erhöhten Abschreibungsbedarf (vgl. Kto. 333 Abschreibungen Kleininvestitionen).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	208.4	218.4	215.6	214.6	214.7
Aufträge an die Materialzentrale	Anz	8'226	8'417	9'295	9'975	10'137
Auslastung St. Jakobshalle mit Events und Sportanlässen	%	64.5	55.5	57.1	62.3	54.1 ¹

Kommentar

1 Auslastung Sport: 30.3% (-10.4%); Auslastung Events: 16.6% (-3.1%); Auslastung intern: 7.2% (+2.5%). Der Rückgang ist auf das Bauprojekt zur Sanierung und Modernisierung zurückzuführen.

Kindergärten umgebaut und 3 Kindergärten mussten in temporären Bauten untergebracht werden. Die Schülerzahl ist von 2'232 im Jahr 2011 auf rund 2'700 angestiegen und wird noch weiter steigen. In den Jahren 2016-2019 dürften deshalb nochmals circa 26 neue Kindergärten hinzukommen.

Die Fachstelle Sicherheit baute ihre Aktivitäten für die Sicherheit in den Schulen weiter aus. Dank des Einbaus interner Alarmierungsanlagen können die Schüler- und Lehrerschaft auf Gefahrensituationen aufmerksam gemacht werden. Auch der Bereich Hauswartung wurde stark beansprucht; die Koordination zwischen den Nutzerbedürfnissen und den Baustellen stellte für alle Beteiligten nochmals eine grosse Herausforderung dar.

St. Jakobshalle

Der grosse Umbau – die Sanierung, Modernisierung und Erweiterung der St. Jakobshalle – hat im 2015 bereits begonnen und das Tagesgeschäft stark geprägt. Der ehemalige Verwaltungstrakt wurde komplett abgerissen und neu aufgebaut. Die Büros werden im April 2016 wieder bezugsbereit sein. Allen bisherigen Dauermietern musste per Ende Dezember 2015 gekündigt werden. Obwohl es mit einem Mieter zu einem Rechtsstreit gekommen ist, konnten schlussendlich alle zur Diskussion stehenden Punkte zur Zufriedenheit aller Parteien geklärt werden. Der umbaubedingte Auszug des DSBG hat leider zu einer starken Abnahme der Sportaktivitäten in den drei Turnhallen geführt. Ziel ist es, nach der Wiedereröffnung aller Räumlichkeiten die Sportnutzung über das bisherige Niveau hinaus zu erhöhen.

Bei der Budgetierung 2015 wurde noch davon ausgegangen, dass der Event-Betrieb im 2015 für sechs Monate geschlossen bleibt. Trotz der kurzfristigen Verschiebung der zweiten grossen Baustufe auf 2016 konnten noch viele zusätzliche Veranstaltungen durchgeführt werden. Dabei ist – neben allen jährlich stattfindenden Events – der Besuch seiner Heiligkeit, des 13. Dalai Lama, im Februar hervorzuheben: An den beiden Tagen fanden über 16'000 Personen den Weg in die St. Jakobshalle. Insgesamt fanden über 40 Veranstaltungen statt - aufgeteilt in Konzerte, Sportveranstaltungen, Comedy und Show. Erstmals in der Geschichte der St. Jakobshalle musste ein Konzert – aufgrund einer akuten Krankheit des Sängers – bei Türöffnung abgesagt werden. Wiederum ein Erfolg waren die Swiss Indoors Basel. Noch nie zuvor waren so viele Top-Ten-Spieler vertreten wie in diesem Jahr; der Wunschfinal zwischen Roger Federer und Rafael Nadal krönte das Turnier.

Administrative Dienste ED

Kommunikation Die Abteilung Kommunikation hat im Jahr 2015 einen Themenschwerpunkt beim Basler Bildungsserver (u.a. Unterrichtsmaterial für Lehrpersonen) gesetzt. So wurden Teile der Internetseite www.edubs.ch zusammen mit den jeweiligen Fachstellen neu getextet und die Struktur vereinfacht. Weiter sind nun diverse «Satellitenseiten» (z.B. Schulpsychologischer Dienst) in den Bildungsserver integriert. Dazu kamen auch in diesem Jahr wieder eine Vielzahl an Informationsbroschüren, die das Kommunikationsteam in Zusammenarbeit mit den Fachpersonen überarbeitete. Das Basler Schulblatt erschien zum ersten Mal im neuen Rhythmus von sieben Ausgaben. Und zu guter Letzt koordinierte die Abteilung sämtliche Medienanfragen an das Departement.

Personal Im Rahmen des Projekts Systempflege wurde zu Beginn des Jahres die Zuweisung der Stellen vorgenommen. In der Folge wurden die Mitarbeitenden von ihren Vorgesetzten in persönlichen Gesprächen respektive im Rahmen von Grossveranstaltungen (Lehrpersonen) über die individuellen Ergebnisse informiert. Die Personalabteilung hat sich am kantonsweiten Projekt «Analyse Berufsbildung» beteiligt. Ausserdem wurde ein Konzept für führungsrelevante Kennzahlen (Cockpit) zwecks Einflussnahme auf Zeitrückstände und Absenzen entwickelt, dessen Implementierung für das laufende Jahr geplant ist. Im Berichtsjahr konnten durch die Reduktion von Personal- und Sachmitteln zwecks Umsetzung der GAP-Massnahmen jährlich wiederkehrende Einsparungen im Umfang von 140'000 Franken erreicht werden.

Finanzen und Controlling Die Rückweisung des Budgets 2015 durch den Grossen Rat im Dezember 2014 hat zu erheblichem Mehraufwand in den ersten beiden Monaten geführt. Die einzelnen Budgetposten wurden nochmals auf mögliche Einsparungen hin überprüft. Dieser Prozess lief - trotz der mit den ordentlichen Jahresabschlussarbeiten stark belasteten Jahreszeit - ohne nennenswerte Probleme ab. Ab Schuljahr 2015/16 besuchen alle Schülerinnen und Schüler nach der 6. Primarklasse erstmals die neue dreijährige Sekundarschule; die Orientierungsschule gibt es nicht mehr. Ab Schuljahr 2016/17 werden die Schülerinnen und Schüler deshalb statt der bisherigen 1./2. Klassen des Gymnasiums den P-Zug der 2./3. Sekundarklassen besuchen. Im Berichtsjahr galt es einerseits, die im Sommer 2015 erfolgten Änderungen im Rechnungsjahr 2015 korrekt abzubilden und andererseits, die per Sommer 2016 bevorstehenden Verschiebungen zwischen Mittelschulen und Volksschulen zu budgetieren. Die drei kantonalen Schulheime des Bereichs JFS sind der interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) unterstellt. Diese fordert u.a. auch eine Rechnungslegung gemäss separaten Vorschriften. Um diese besser erfüllen zu können, wurde zusammen mit der Finanzverwaltung entschieden, die Schulheime ab 2016 innerhalb der Dienststelle 290 Jugend, Familie und Sport, in einem separaten Buchungskreis zu führen, was umfangreiche Vorarbeiten erforderte.

Materialzentrale Die Beschaffung und Auslieferung von Büro-, Schul- und Reinigungsmaterial sowie Lehrmitteln verlief planmässig. Für die künftige Beschaffung von Kopiersystemen und Fränkiermaschinen wurde jeweils eine Submission durchgeführt. Das Kinderspital beider Basel wurde problemlos in den Lohnversand integriert.

Recht Bei der Rechtssetzung standen die Arbeiten zur Umsetzung des eidg. Weiterbildungsgesetzes im Kanton, zur Revision des Tagesbetreuungsgesetzes und - als partnerschaftliches Geschäft mit BL - zum Staatsvertrag zwischen BL und BS betreffend das Swiss TPH im Zentrum. Gemeinsam mit den Rechtsdiensten der Bildungsdepartemente des Bildungsraums Nordwestschweiz wurde ein Regelungsvorschlag für den Titelschutz betreffend FHNW erarbeitet. Die Richtlinien zu den Nachteilsausgleichsmassnahmen bei Leistungserhebungen in den Schulen wurden massgeblich mitgestaltet. Zu klären waren gehäuft Fragen zur Ausschreibung von Aufträgen durch Dienststellen und Schulen. Neben der Bearbeitung der üblichen Departements-Rekurse vertrat die Abteilung Recht das ED in mehreren Gerichtsverfahren (Rekurse im Schulbereich, zwei Submissionsrekurse und eine Mietstreitigkeit). Zugenommen haben erneut die zu prüfenden Verträge über die Ausrichtung von Staatsbeiträgen bzw. Leistungsvereinbarungen. Einen stärkeren Einbezug erfolgte auch in die Politikvorbereitung (Stellungnahmen zu Motionen).

Informatik Die Virtualisierung der Desktop-Arbeitsplätze unter Einhaltung der Vorgaben und Standards gemäss WorkplaceBS wurde abgeschlossen. Die Kundenbedürfnisse nach neuen Fachapplikationen konnten laufend umgesetzt werden. Die hohe Verfügbarkeit konnte beibehalten und die Akzeptanz gesteigert werden. 90% der IT Arbeitsplätze sind mit dem WorkplaceED-Client ausgerüstet und werden zentral verwaltet. Alle anderen Arbeitsplätze werden mit dem WorkplaceBS-Client betrieben. Aufgrund der Systempflege mussten verschiedene Anpassungen im Personal- und Lohnsystem (PLS) vorgenommen werden. Für den Mandanten Gemeindeschulen Bettingen und Riehen wurde die Schnittstelle zu Abacus erweitert, damit im PLS detaillierte Angaben zu Auszahlungen erfasst werden können. Im Zusammenhang mit dem Projekt SoLe (Software für Lehrpersonen) wurden verschiedene Anpassungen an die Schnittstellen von ESCADA geplant und vorbereitet. Gleichzeitig konnte die Schulverwaltung um die Module für die Fachstelle Tagesbetreuung und das Sonderschulheim Zur Hoffnung erweitert werden. Bei der Berufsberatung wurde eine neue Falladministrationslösung BEB2K eingeführt.

Information und Dokumentation Die Umsetzung der vom Regierungsrat verabschiedeten Records Management-Grundsätze wurde gestartet und die Bildung vollständiger digitaler Dossiers weitergeführt. In einer Abteilung wurde hierfür mit der Ablösung der Datenspeicherung auf Gruppenlaufwerken begonnen und die Informationsverwaltung in Fachanwendungen mit Life-Cycle aufgebaut. Für die Archivierung aus Fachanwendungen wurden die Vorarbeiten für einen ersten Datenexport zur Langzeitaufbewahrung an das Staatsarchiv abgeschlossen. Mit mehreren Schulen wurde die Papierablage optimiert und die archivwürdigen Unterlagen erschlossen und für die Ablieferung vorbereitet.

Leitung Bildung

ED-220

Der Bereich Bildung, welcher bisher die sechs Dienststellen Leitung Bildung, Volksschulen, Allgemeinbildende weiterführende Schulen (Bezeichnung neu: Mittelschulen), Berufsbildende Schulen, Berufsberatung, Berufs- und Erwachsenenbildung (Bezeichnung neu: Leitung Mittelschulen und Berufsbildung) sowie Hochschulen umfasste, wurde per 1. Januar 2014 in die drei Bereiche Volksschulen, Mittelschulen & Berufsbildung und Hochschulen aufgeteilt. Die drei Dienststellen Mittelschulen, Berufsbildende Schulen sowie Leitung Mittelschulen und Berufsbildung wurden zu einem Bereich Mittelschulen & Berufsbildung zusammengefasst.

Die Dienststelle Leitung Bildung, welche in die Bildungskoordination, das Pädagogische Zentrum und die Pädagogischen Dienste gegliedert war, wurde per 1. Januar 2014 organisatorisch in andere Bereiche des Erziehungsdepartements überführt. Die Bildungskoordination und das Case Management Berufsbildung wurden finanztechnisch bedingt aber in der Rechnung 2014 letztmals nochmals abgebildet. Die Dienststelle Leitung Bildung wurde per Anfang 2015 aufgelöst.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die Aufbau- und Überführungsarbeiten im Zusammenhang mit der Reorganisation des Bereichs Bildung sind Ende 2014 abgeschlossen worden.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'990.8	0.0	0.0	0.0	n.a.	3'990.8	100.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'372.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	4'372.0	100.0
36 Transferaufwand	-16'457.7	0.0	0.0	0.0	n.a.	16'457.7	100.0
Betriebsaufwand	-24'820.5	0.0	0.0	0.0	n.a.	24'820.5	100.0
42 Entgelte	1'479.5	0.0	0.0	0.0	n.a.	-1'479.5	-100.0
46 Transferertrag	33'836.3	0.0	0.0	0.0	n.a.	-33'836.3	-100.0
Betriebsertrag	35'315.7	0.0	0.0	0.0	n.a.	-35'315.7	-100.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	10'495.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	-10'495.2	-100.0
Betriebsergebnis	10'495.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	-10'495.2	-100.0
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.0	100.0
Finanzergebnis	-0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.0	100.0
Gesamtergebnis	10'495.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	-10'495.2	-100.0
davon Funktionen:							
21 Obligatorische Schule	-10'200.5	0.0	0.0	0.0	n.a.	10'200.5	100.0
23 Berufliche Grundbildung	18'708.8	0.0	0.0	0.0	n.a.	-18'708.8	-100.0
25 Allgemeinbildende Schulen	7'668.6	0.0	0.0	0.0	n.a.	-7'668.6	-100.0
29 Übriges Bildungswesen	-5'681.7	0.0	0.0	0.0	n.a.	5'681.7	100.0

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	83.8	106.2	90.5	19.6	0 ¹

Kommentar

- 1 Auflösung der Dienststelle Leitung Bildung im Zuge der Reorganisation des Bereichs Bildung. Als Folge davon wurden sämtliche Headcountstellen samt Aufgabengebiet ED-intern verschoben.

Volksschulen

ED-230

In den Volksschulen erwerben alle im Kanton wohnhaften Kinder vom vierten oder fünften Lebensjahr an in der Regel in elf Jahren die obligatorische Grundbildung, sofern sie keine Privatschule besuchen. Die öffentlichen Schulen haben den Auftrag, alle Kinder zu integrieren und sie entsprechend ihren Begabungen und Interessen zu fördern. Der Unterricht in den heterogenen Klassen erfolgt differenziert. Mit Hilfe schuleigener Förderangebote werden die Schulen auch besonderem Bildungsbedarf gerecht. In speziellen Fällen können die Schulleitungen zusätzliche Unterstützung in Anspruch nehmen. Die Lehrpersonen beziehen die Eltern als Partner in die Verantwortung für die Schulbildung ein. Zur Unterstützung der Familien findet der Unterricht vormittags in Blockzeiten statt. Auf Wunsch und nach Bedarf werden die Kinder über die Unterrichtszeiten hinaus frühmorgens, über Mittag und am Nachmittag nach pädagogischen Grundsätzen in den Tagesstrukturen betreut.

Alle Schülerinnen und Schüler, die den Kindergarten oder die Primarschule besuchen oder noch nicht eingeschult sind, durchlaufen die neue Schullaufbahn mit acht Jahren Primarstufe (unter Einschluss des zweijährigen Kindergartens) und anschliessend drei Jahren Sekundarschule. In der Primarstufe sind die Kinder unabhängig von Herkunft und Leistungen in Lerngruppen und Klassen von wohnortsnahen Standorten eingeteilt. Sie werden zur Hauptsache von generalistisch ausgebildeten Lehrpersonen mit den elementaren Kulturtechniken vertraut gemacht und in ihrer Entwicklung und Gemeinschaftsfähigkeit unterstützt. In der anschliessenden dreijährigen Sekundarschule wird die Allgemeinbildung von Fachlehrpersonen vertieft und differenziert. Die Jugendlichen werden in ihren individuellen Fähigkeiten und Neigungen unterstützt und auf den Übertritt in die Berufslehre und die allgemein bildenden weiterführenden Schulen vorbereitet. Die Sekundarschule führt drei Leistungszüge unter einem Dach. Diese sind so aufeinander abgestimmt, dass eine Durchlässigkeit möglich ist. Alle Schülerinnen und Schüler erhalten nach elf Schuljahren den Volksschulabschluss, in dem ihre Leistungen und die erworbenen Übertrittsberechtigungen festgehalten sind. Die Jugendlichen treten zum gleichen Zeitpunkt in die Berufsbildung, ans Gymnasium oder die Fachmaturitätsschule über. Jene Schülerinnen und Schüler, die noch die zweijährige Weiterbildungsschule besuchen, folgen der alten Schullaufbahn.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Lehrplan 21 Der Lehrplan 21 ist in den neuen Schulstufen seit Herbst 2015 in Kraft, zusammen mit der neuen Stundentafel. Er wird von den Schulen während einer sechsjährigen Einführungszeit bis im Jahr 2021 umgesetzt. Um sicherzustellen, dass die Umsetzung standortangepasst und koordiniert mit anderen Reformen erfolgt, plant jede Schule die Einführung und die damit verbundene Unterrichtsentwicklung selbst. Die Umsetzung an den Schulen läuft bereits, was daran zu erkennen ist, dass die kantonalen Dienstleistungen rege in Anspruch genommen werden. Dem Lehrplan 21 angepasste Lehrmittel gibt es in den Fächern Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen. In den anderen Fächern werden in den nächsten Jahren an allen Schulen sukzessive neue Lehrmittel eingeführt.

Schullaufbahnverordnung Neben der Beurteilung mit neuen Zeugnissen und Lernberichten erfolgte 2015 die erste Selektion in die Sekundarschule. Die Einführung der Schullaufbahnverordnung auf der Primarstufe ist damit abgeschlossen. Jene in der Sekundarschule startete 2015 und läuft bis Mitte 2018, wenn die erste Selektion in die Sekundarstufe II stattfinden wird.

Integrative Schule Die Volksschule ist dem langfristigen Ziel einer vorwiegend integrativen Schule mit der Aufhebung der Fremdsprachenklassen und Einschulungsklassen im Jahr 2015 deutlich näher gekommen. Für die sehr anspruchsvolle Aufgabe der Bewältigung von heterogenen Klassen braucht es einen differenzierten Unterricht, eine eingespielte Kooperation von Lehr- und Fachpersonen und ein funktionierendes Fördersystem. Die Konsolidierung des dreistufigen Fördersystems mit dem Grundangebot und Förderangebot in der Regelschule sowie der zusätzlichen Unterstützung in Form von verstärkten Massnahmen in der Schulpraxis braucht noch einige Jahre. Ab 2016 wird die Begabungsförderung etabliert, ab 2017 die integrative Schule in der Sekundarschule neu organisiert.

Software für Lehrpersonen Den Lehrpersonen soll ab Ende 2016 eine Software zur Verfügung stehen, die ihnen die administrative Arbeit, die sie im Zusammenhang mit dem Unterricht erledigen, erleichtern und vereinfachen soll. Die Software unterstützt die pädagogischen Prozesse der

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-238'357.6	-239'439.2	-246'798.9	-7'359.7	-3.1	-8'441.3	-3.5 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-54'741.9	-57'880.9	-55'955.3	1'925.7	3.3	-1'213.4	-2.2 ²
36 Transferaufwand	-47'597.1	-47'854.9	-47'573.2	281.7	0.6	23.9	0.1 ³
Betriebsaufwand	-340'696.6	-345'175.1	-350'327.4	-5'152.3	-1.5	-9'630.8	-2.8
42 Entgelte	3'021.2	3'265.4	3'864.5	599.1	18.3	843.3	27.9 ⁴
46 Transferertrag	27'397.5	26'967.1	28'599.7	1'632.6	6.1	1'202.3	4.4 ⁵
Betriebsertrag	30'418.7	30'232.5	32'464.2	2'231.8	7.4	2'045.6	6.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-310'277.9	-314'942.6	-317'863.1	-2'920.5	-0.9	-7'585.2	-2.4
Betriebsergebnis	-310'277.9	-314'942.6	-317'863.1	-2'920.5	-0.9	-7'585.2	-2.4
34 Finanzaufwand	-4.6	-0.5	-5.4	-4.9	<-100.0	-0.8	-16.4
44 Finanzertrag	3.2	1.2	2.2	1.0	80.0	-1.0	-32.1
Finanzergebnis	-1.4	0.7	-3.2	-3.9	<-100.0	-1.8	<-100.0
Gesamtergebnis	-310'279.3	-314'941.9	-317'866.3	-2'924.4	-0.9	-7'587.0	-2.4
davon Funktionen:							
21 Obligatorische Schule	-282'840.7	-287'238.5	-292'135.4	-4'896.9	-1.7	-9'294.7	-3.3
22 Sonderschulen	-26'429.6	-26'611.4	-24'639.0	1'972.5	7.4	1'790.6	6.8
29 Übriges Bildungswesen	-1'009.0	-1'092.0	-1'092.0	-0.0	0.0	-83.0	-8.2

Kommentar

- Die Überschreitung des budgetierten Personalaufwands ist hauptsächlich durch die Systempflege bedingt (-6.3 Mio. Franken, zum grossen Teil zentral im Finanzdepartement budgetiert). Zudem sind die effektiven Schülerzahlen sowohl im Schuljahr 2014/15 als auch 2015/16 höher als budgetiert (-1.7 Mio. Franken). Dank Unterschreitungen des Unterrichtslektionendachs v.a. in der Primarschule konnten die genannten Überschreitungen sowie zusätzlich die höheren Kosten für Stellvertretungen reduziert werden. Ein Teil des Mehraufwands betrifft Löhne, die weiterverrechnet werden konnten (siehe Kommentar zu Kostenartengruppe 46).
- Die von Immobilien Basel-Stadt verrechneten internen Mieten lagen 1.7 Mio. Franken unter Budget. Die restliche Unterschreitung von 0.2 Mio. Franken erfolgte bei den Kosten für Transporte von Kindern mit verstärkten Massnahmen.
- Die Beiträge an externe Träger lagen bei den Tagesstrukturen über Budget (mehr Tagesstruktur- und Mittagstischplätze als budgetiert). Diese Mehrkosten konnten durch eine Unterschreitung bei den verstärkten Massnahmen (geringere Kinderzahl in den privaten Schulen und Sonderschulen) mehr als kompensiert werden.
- Die Elternbeiträge bei den Tagesstrukturen sind wegen dem grösseren Platzangebot höher als erwartet ausgefallen.
- Es wurden deutlich mehr Leistungen für die Gemeindeschulen Bettingen/Riehen erbracht als budgetiert. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Lehrpersonen, die ein Teilpensum an den Gemeindeschulen unterrichten, aber voll beim Kanton angestellt sind. Zudem entstanden nicht budgetierte Erträge der Jacobs Foundation für die „Bildungslandschaften“.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist	
		2011	2012	2013	2014	2015	
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	1'473.5	1'500.7	1'547.6	1'611.0	1'651.2	¹
Schüler/-innen (per 1. Sept.)	Anz	12'741	12'955	12'785	12'790	13'079	²
Anteil fremdsprachiger Kinder (per 1. Sept.)	%	53.5	54.3	54.5	54.9	53.5	³
Unterrichtslektionen	Anz	30'598	30'209	30'333	30'377	31'751	⁴
Anteil Schüler/-innen in separativem Angebot	%	7.3	6.8	6.3	4.8	4.1	⁵
Kinder mit verstärkten Massnahmen (integrative+separative)	Anz	761	741	680	613	576	⁶
Übertrittsquote OS in den WBS A-Zug	%	25.3	26.9	26.0	24.8	23.5	⁷
Übertrittsquote OS in den WBS E-Zug	%	35.5	32.9	34.5	36.6	33.3	
Übertrittsquote OS ins Gymnasium	%	37.0	37.1	37.9	35.6	40.2	
Übertrittsquote PS in den A-Zug der Sekundarschule	%					20.8	⁸
Übertrittsquote PS in den E-Zug der Sekundarschule	%					35.0	
Übertrittsquote PS in den P-Zug der Sekundarschule	%					40.1	
Übertrittsquote WBS in die berufliche Grundbildung	%	22.7	19.3	28.8	28.7	30.4	
Übertrittsquote WBS in eine weiterführende Schule	%	21.1	21.4	10.3	15.5	13.5	
Übertrittsquote WBS in ein Brückenangebot	%	49.6	52.7	50.4	46.1	44.9	
Anteil Abgänger/-innen WBS ohne Anschlusslösung (per 30.6.)	%	1.0	0.6	0.8	1.2	0.5	
Anteil Schülerinnen und Schüler, die Tagesstrukturen nutzen	%	15.0	16.9	20.0	23.0	22.0	⁹
Klient/innen Schulpsycholog. Dienst	Anz	2'147	1'839	1'545	1'516	1'389	¹⁰
Klient/innen Schulsozialarbeit (SSA)	Anz	2'027	2'054	1'867	2'969	3'599	¹¹

Kommentar

- Die laufende Erhöhung der Vollzeitstellen ist teilweise auf die Verschiebung der Logopädie (2012 zu 2013) resp. der Tagesstrukturen (inkl. Tagesschulen) und der Fachstelle Zusätzliche Unterstützung (2011 zu 2012) von der Dienststelle Leitung Bildung in die Volksschulen zurückzuführen. Durch den laufenden Ausbau der Tagesstrukturen und im Rahmen des Projekts Schulharmonisierung fanden und finden weitere HC-Erhöhungen statt. Im 2015 ist weiter die kostenneutrale Übernahme der Musikgrundkurs-Lehrpersonen von der Musik-Akademie (+27 Stellen) enthalten.
- Inklusive Schülerinnen und Schüler an Sonderschulen und Kleinklassen, ohne Primarschülerinnen und Primarschüler aus Bettingen/Riehen, Heimschulen und Privatschulen. Per Schuljahr 2013/14 dauerte die Primarschule ein Jahr länger, ab 2014/15 zwei Jahre (Schulharmonisierung). Die Primarschülerinnen und Primarschüler aus Riehen/Bettingen besuchen seither länger eine Schule der Landgemeinden und treten erst später in eine Basler Schule ein. Dies erklärt die Abnahme 2013.
- Die Ist-Zahlen stammen aus der Schülerstatistik des Statistischen Amtes.
- Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2015 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2015/2016 aufgeführt).
- Gleich Aussonderungsquote. Diese Kenngrösse setzt sich zusammen aus allen Schülerinnen und Schüler in Spezialangeboten, in heilpädagogischen Sonderschulen (inner- und ausserkantonale), in Heimschulen (inner- und ausserkantonale), in Fremdsprachklassen sowie in Einführungs- und Kleinklassen.
- Inklusive Schülerinnen und Schüler in Spezialangeboten (ohne KIS) und in Privatschulen. Ohne Primarschülerinnen und Primarschüler aus Riehen und Bettingen.
- Ab 2012 sind in diesen Kennzahlen die Resultate der Aufnahmeprüfungen WBS/Gym. berücksichtigt. Dies erklärt die Abweichungen zu den im Jahresbericht 2011 publizierten Zahlen. Die Summe der Übertritte an die Weiterbildungsschule WBS (A-Zug, E-Zug) und ans Gymnasium ergibt weniger als 100%. Grund dafür sind u.a. Übertritte in ein Spezialangebot oder Wegzug.
- Im Schuljahr 2015/16 gab es erstmals Eintritte aus der Primarschule in die neue Sekundarschule. Die Kennzahlen beziehen sich hier auf das Jahr des Übertritts.
- Die Kennzahl bezieht sich auf die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler des Kindergartens (KG), der Primarschule (PS) und bis 2014 der Orientierungsschule (OS), jedoch ohne die Schülerinnen und Schüler in Spezialangeboten. Ab 2015 sind auch die Weiterbildungsschule (WBS) und die neue Sekundarschule (Sek) bei den Schülerzahlen eingerechnet, was den Rückgang gegenüber 2014 erklärt.
- Die Kennzahl umfasst Angebote des SPD für Eltern, Erziehungsberechtigte, Jugendliche und Kinder. Bisher nicht standardisiert erfasst werden weitere Tätigkeiten des SPD in den Bereichen Sprechstunden, Beratungen von Lehrkräften, schulischen Fachpersonen und Schulleitungen, Vermittlung von psychologischem Fachwissen zu aktuellen Themen.
- 2015 wurde die Tätigkeit der Schulsozialarbeit auf weitere Standorte ausgedehnt. Sie war an acht Standorten der Sekundarschule sowie an 16 Standorten der Primarstufe tätig.

Förderung und Beurteilung in Umsetzung der Schullaufbahnverordnung, des Lehrplans 21 und der integrativen Schule. Das Projekt läuft von 2015 bis 2017.

Sprachförderung Durch die Intensivierung der Deutschförderung in der Volksschule werden die Bildungs- und Berufschancen aller Schülerinnen und Schüler verbessert. Kinder ohne oder mit ungenügenden Deutschkenntnissen werden seit 2013 ein Jahr vor der Einschulung im Kindergarten zum Besuch einer Spielgruppe mit integrierter Deutschförderung verpflichtet. Die Umsetzung des Obligatoriums mit rund 35% aller Basler Kinder wird in den nächsten Jahren konsolidiert und qualitativ optimiert. Ab dem Kindergarten werden die Schülerinnen und Schüler im Rahmen des Förderangebots mit Deutsch als Zweitsprache (DaZ) unterstützt. Der DaZ-Unterricht wurde intensiviert und neu gegliedert. Die Vorverlegung und Neuausrichtung des Unterrichts in den Fremdsprachen geht der Kanton im Projekt Passepartout zusammen mit den fünf Partnerkantonen an der Sprachgrenze zur Romandie an. Der Französischunterricht beginnt seit 2011 in der 3. Klasse der Primarschule, der Englischunterricht seit 2013 in der 5. Klasse der Primarschule. Die Passepartout-Kantone konzentrieren sich bis zum Auslaufen des Projekts Mitte 2018 auf die qualitative Verbesserung des Fremdsprachenunterrichts.

Checks, Aufgabensammlung, Abschlusszertifikat Die vier Kantone der Nordwestschweiz, Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn führen zusammen vierkantonale Leistungstests (Checks), eine Aufgabensammlung und ein Abschlusszertifikat ein. In Basel-Stadt lösen sie verschiedene bisherige Tests ab. Die individuelle Standortbestimmung Check P3 (3. Primarschulklasse) wird seit 2013 und der Check P6 seit 2014 jährlich an allen Schulen durchgeführt. Die beiden Checks S2 und S3 in der Sekundarschule werden in der neuen Sekundarschule in den Jahren 2017 und 2018 erstmals stattfinden. Deren Ergebnisse werden zusammen mit dem Ergebnis einer Projektarbeit und einem Notenzusammenzug aus dem Zeugnis zu einem vierkantonal vergleichbaren Abschlusszertifikat zusammengefasst, das ab 2018 den Abnehmern als Information dienen kann. Ab 2016 können die Lehrpersonen zur Unterstützung des Unterrichts die neue Aufgabensammlung Mindsteps nutzen.

Schulentwicklungsprojekte Auf der Basis des revidierten Schulgesetzes können Schulen in Ergänzung der regulären Schulentwicklung an allen Schulen für definierte und befristete Projekte, die für die Entwicklung der Volksschule insgesamt von Bedeutung sind, zusätzliche Ressourcen beantragen. Seit 2012 laufen 15 solche Schulentwicklungsprojekte, worunter 4 Bildungslandschaften sind, die zusammen mit der Jacobs-Stiftung begleitet und finanziert werden. Trotz laufender Strukturreformen ist das Interesse an diesem Programm unvermindert hoch, insbesondere aus der neuen Sekundarschule werden weiterhin Projekte erwartet.

Qualitätsmanagement Die Qualitätsentwicklung und -sicherung, die sich am Rahmenkonzept Qualitätsmanagement Basel-Stadt orientiert, läuft an den teilautonomen Schulen. Nach der intensiven Umsetzungsphase anderer Projekte wird die Qualitätsentwicklung vor Ort im Rahmen der Umsetzung des Schulprogramms wieder intensiviert. Kantonal gesteuert werden die Schulevaluation und das Bildungsmonitoring. Im Auftrag des Grossen Rats wird die Wirkung der Schulharmonisierung und weiterer Volksschulthemen im Rahmen einer Gesamtevaluation überprüft. Dazu werden von 2012 bis 2022 qualitative und quantitative Daten ausgewertet. Die Schulen werden so viel wie nötig und so wenig wie möglich daran beteiligt. Von 2014 bis 2022 wird an allen Schulen zweimal der Umsetzungsstand der Reformen erhoben mit verschiedenen Formen von standortbezogenen Schulevaluationen. Die Ergebnisse sollen dazu beitragen, eine Weiterentwicklung zu ermöglichen und zu unterstützen.

Tagesstrukturen Im Jahr 2015 wurden an allen 10 neuen Sekundarschulen Tagesstrukturen mit einem offenen Angebot mit einer Mittagsverpflegung sowie Freizeit- und Sportkursen eingeführt. Ebenfalls neu gibt es Tagesstrukturen in einzelnen Kindergartenräumen, sodass die Kindergartenkinder auch nach dem Unterricht in ihrer gewohnten Umgebung betreut werden können. Die Tagesstrukturen erfreuen sich wachsender Beliebtheit bei den Eltern. Daher werden sie in den nächsten Jahren platzmässig und qualitativ ausgebaut – dies in Abstimmung auf den Bedarf und auf die finanziellen Möglichkeiten des Kantons.

Schulsozialarbeit Die Schulsozialarbeit (SSA) unterstützt Kinder und Jugendliche an der Schule in schwierigen sozialen Situationen und fördert die sozialen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen. SSA berät Eltern, Lehrpersonen und Schulleitungen zu sozialen Fragestellungen und bildet die Schnittstelle zu den anderen Fachstellen in Basel-Stadt. Der Ausbau der Fachstelle SSA auf der Primarstufe war 2015 ein zentrales Thema. Die Vorbereitungsarbeiten zum Aufbau der Schulsozialarbeit an zehn weiteren Primarstufen-Standorten wurden durchgeführt und sieben Mitarbeitende auf 1. Januar 2016 eingestellt.

Mittelschulen

ED-240

Die Dienststelle umfasst das Gymnasium Bäumlhof, das Gymnasium Kirschgarten, das Gymnasium Leonhard, das Gymnasium am Münsterplatz, das Wirtschaftsgymnasium und die Fachmaturitätsschule. Die Maturitätsschule für Berufstätige und der Passerelle-Lehrgang von der Berufsmaturität zum allgemeinen Hochschulzugang sind ins Gymnasium Kirschgarten integriert.

Die Gymnasien führen ihre Schülerinnen und Schüler nach den Vorgaben der Eidgenössischen Maturitäts-Anerkennungsverordnung MAV zur Maturität und damit zur Hochschulreife. Das Angebot umfasst die obligatorischen Grundlagenfächer und einen breiten Wahlbereich, der wie das Schwerpunktfachangebot je nach Standorten variiert.

Die Fachmaturitätsschule schliesst an die obligatorische Schulzeit an und bereitet in sechs Fachrichtungen in einem drei- bis vierjährigen Bildungsgang auf ein Studium an einer Höheren Fachschule oder an einer Fachhochschule vor.

Die Maturitätskurse für Berufstätige ermöglichen Erwachsenen, in einem 3 1/2-jährigen Kurs die Berechtigung für das Studium einzelner Fachrichtungen an der Universität Basel zu erlangen.

Den Passerelle-Lehrgang können Inhaberinnen und Inhaber eines Berufsmaturitätszeugnisses besuchen. In einem einjährigen Kurs erwerben sie die Zulassung zu den universitären Hochschulen.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Schulübergreifende Tätigkeiten und Projekte

Verkürzung der Gymnasialzeit von fünf auf vier Jahre Im August 2015 traten letztmals Schülerinnen und Schüler aus der Orientierungsschule ans Gymnasium über. Im Sommer 2016 und 2017 werden an den Gymnasien keine neuen ersten Klassen gebildet. Obwohl sich die Rektorate seit 2011 mit einer gemeinsamen Personalplanung und einem faktischen Anstellungsstopp auf die Verkürzung der Gymnasialzeit vorbereitet haben, stellt der Personalabbau bei den befristet angestellten Lehrpersonen per Sommer 2016 eine grosse Herausforderung dar.

Sistierung der beschränkten Wahlfreiheit der Mittelschulen Aufgrund der finanziellen Herausforderungen in den Kantonen hat sich der Regierungsausschuss des Bildungsraums Nordwestschweiz gegen die Weiterführung des im Schuljahr 2014/15 gestarteten Pilotversuchs zur Einführung der beschränkten Wahlfreiheit des Gymnasiums und der Fachmaturitätsschule entschieden. Die bereits vor der beschränkten Wahlfreiheit gültigen Abkommen zwischen den Kantonen sind nicht betroffen und gelten weiterhin.

Berichte der einzelnen Schulen

Fachmaturitätsschule (FMS) In Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit sowie der Job Factory wurde ein Time-Out-Programm für Jugendliche in einer persönlichen Krisensituation, welche den regelmässigen Schulbesuch stark beeinträchtigt, eingerichtet. Im Rahmen der Auszeit haben die Jugendlichen die Chance, ihre psychischen/sozialen Probleme mit einer Fachperson zu bearbeiten. Die jungen Erwachsenen werden nach dem erfolgreichen Time-Out wieder in die FMS aufgenommen. So können Schülerinnen und Schüler, welche vor der Krisensituation gezeigt haben, dass sie das Potential zum erfolgreichen Abschluss der Schule haben, diese auch effektiv abschliessen.

Gymnasium Bäumlhof (GB) Das Jahr 2015 stand am Gymnasium Bäumlhof ganz im Zeichen verschiedener Evaluationen: Nachdem die erste Klasse, die im Schulprojekt GB^{plus} gestartet war, mit grossem Erfolg im Juni 2015 die Maturitätsprüfungen abgelegt hat, fand die Schlussevaluation des Gesamtprojekts statt. Über die Überführung des Projekts in den Regelbetrieb wird der Erziehungsrat 2016 entscheiden. Evaluiert wurde im Berichtsjahr auch das Qualitätsmanagement der Schule durch das Institut für externe Schulevaluation der Universität Zürich und bei einer Verification Visit überprüfte die International Baccalaureate Organisation (IBO), ob die Voraussetzungen für die Einführung des International Baccalaureate gegeben sind. Zudem war das GB im Berichtsjahr mit der Gesamtanierung der Schulanlage und dem Aufbau des neuen vierjährigen Gymnasiums befasst.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-71'316.5	-71'978.1	-72'078.6	-100.5	-0.1	-762.1	-1.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-11'572.6	-11'026.9	-11'032.6	-5.6	-0.1	540.0	4.7
36 Transferaufwand	-74.3	-88.8	-74.9	13.9	15.7	-0.6	-0.8
Betriebsaufwand	-82'963.4	-83'093.8	-83'186.0	-92.2	-0.1	-222.6	-0.3
42 Entgelte	1'027.3	1'077.4	1'105.7	28.3	2.6	78.4	7.6
46 Transferertrag	862.1	780.0	740.0	-40.1	-5.1	-122.2	-14.2
Betriebsertrag	1'889.4	1'857.4	1'845.6	-11.8	-0.6	-43.8	-2.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-81'074.0	-81'236.4	-81'340.4	-104.0	-0.1	-266.4	-0.3
Betriebsergebnis	-81'074.0	-81'236.4	-81'340.4	-104.0	-0.1	-266.4	-0.3
34 Finanzaufwand	-1.0	-0.6	-0.7	-0.0	-0.3	0.4	36.2
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.1	0.1	n.a.	0.1	n.a.
Finanzergebnis	-1.0	-0.6	-0.6	0.1	10.1	0.4	42.9
Gesamtergebnis	-81'075.0	-81'237.1	-81'341.0	-103.9	-0.1	-266.0	-0.3
davon Funktionen:							
21 Obligatorische Schule	-27'124.8	-27'164.9	-27'193.6	-28.7	-0.1	-68.9	-0.3
25 Allgemeinbildende Schulen	-53'389.3	-53'554.2	-53'663.3	-109.1	-0.2	-274.1	-0.5
29 Übriges Bildungswesen	-561.0	-517.9	-484.0	33.9	6.5	77.0	13.7

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	406.0	404.3	396.9	398.0	395.6
Schüler/-innen und Schüler (per 1. Sept.)	Anz	3'543	3'539	3'521	3'496	3'451 ¹
Anteil fremdsprachige Jugendliche (per 1. Sept.)	%	27.5	27.5	28.0	29.3	30.4 ²
Unterrichtslektionen	Anz	6'979	6'919	6'902	6'947	6'957 ³
Erworbene Abschlüsse	Anz	798	750	768	817	865
Gymnasiale Maturitätsquote	%	29.3	28.4	28.8	30.5	⁴

Kommentar

- Die Ist-Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen. Die Schülerinnen und Schüler der Maturitätskurse für Berufstätige (MfB) und Passerelle sind hier nicht berücksichtigt.
- Die Ist-Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen. Die Absolventinnen und Absolventen der MfB und Passerelle sind nicht berücksichtigt.
- Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2015 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2015/2016 aufgeführt).
- Die gymnasiale Maturitätsquote entspricht dem Anteil der Personen, die ein gymnasiales Maturitätszeugnis erworben haben, gemessen an der 19-jährigen, ständigen Wohnbevölkerung (=Durchschnittsalter der Maturandinnen und Maturanden). Der Wert für 2015 liegt noch nicht vor.

Gymnasium Kirschgarten (GKG) Das Schulleben am Gymnasium Kirschgarten war stark geprägt durch die Gesamtsanierung des Bernoulli-Baus am Bahnhof. Der Unterricht im Provisorium auf der Luftmatt lief reibungslos; es war sogar möglich, im Frühling 2015 erstmals in Zusammenarbeit mit der Schweizerischen Akademie der Wissenschaften einen sogenannten TecDay zur Förderung von Technik und Naturwissenschaften durchzuführen. Bei der Gesamtsanierung galt es, Kompromisse zwischen den Ansprüchen der Schule und den Anliegen der Denkmalpflege zu finden und mit beschränkten finanziellen Mitteln Aufenthalts- und Arbeitsräume für die Schülerinnen und Schüler zu planen. Der Bezug des total sanierten Schulhauses am Bahnhof ist per Sommer 2016 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt werden auch die Maturitätskurse für Berufstätige (MfB) nach einem gut einjährigen Exil an der Berufsfachschule (BFS) wieder an ihren alten Standort zurückkehren. Die Anmeldezahlen für die Passerelle von der Berufsmaturität an die Universität sind weiterhin hoch.

Gymnasium Leonhard (GL) Ein Jahr nach dem Start des Schulentwicklungsprojekts „LeO2“ wurden bei den Schülerinnen und Schülern, ihren Eltern sowie den involvierten Lehrpersonen erstmals die Qualität dieses alternativen Zeit- und Unterrichtsmodells mit positivem Resultat evaluiert. Zugleich gedieh die Arbeit an der Schaffung einer Talentförderklasse (TAF) weiter, mit welcher im Verbund mit der Musikakademie (MAB) und der Hochschule für Gestaltung und Kunst (HGK) bessere Bedingungen für die Förderung gestalterisch und musikalisch Hochbegabter im Bildungsraum Nordwestschweiz geschaffen werden sollen. Eine mögliche Pilotphase ab Sommer 2018 bedarf noch genauerer Abklärung und den entsprechenden Entscheiden von Departement und Erziehungsrat.

Gymnasium am Münsterplatz (GM) Nach der umfassenden Modernisierung der Fachzimmer wurden im Jahr 2015 auch die Aussenhüllen der einzelnen Gebäude des GM vollständig renoviert. Die Fassade eines der ältesten Schulgebäude von Basel, der alten Lateinschule des Humanistischen Gymnasiums Thomas Platters aus dem 16. Jahrhundert, erstrahlt nun wieder in den historischen Farben rot-weiss. Per Schuljahr 2015/16 hat das Gymnasium am Münsterplatz das standortspezifische Fach „Politische Bildung“ eingeführt, in welchem die Schülerinnen und Schüler gezielt zu eigenständigen Mitdenken in politischen und gesellschaftlichen Fragen angeregt werden sollen. In diesem Zusammenhang fand am Donnerstag, 3. September 2015, in der Aula des GM eine Podiumsdiskussion zu den Nationalratswahlen vom 18. Oktober statt. Am 28. Mai 2015 war zudem der französische Botschafter in Bern, Herr René Roudaut, zu Gast. Der Anlass wurde in Zusammenarbeit mit der Delegation der Europäischen Union für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein organisiert. Vier Klassen der Oberstufe fanden sich in der Aula ein, um mit dem Botschafter engagiert und kritisch in französischer Sprache über aktuelle Themen rund um die EU und die Schweiz zu debattieren.

Wirtschaftsgymnasium (WG) Im Frühjahr 2015 fand zum ersten Mal im Rahmen des Projekts „Bâlsace“ ein durch das Pädagogische Zentrum PZ.BS koordinierter Austausch mit dem Lycée Jean Mermoz in Saint-Louis, Frankreich, statt. Eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern besuchte während zwei Wochen den Unterricht am Gymnasium in Saint-Louis, danach folgte ein Gegenbesuch der französischen Schülerinnen und Schüler am WG. Die Schülerinnen und Schüler werden am jeweiligen Schulort von einer Betreuungsschülerin oder einem Betreuungsschüler in den Unterricht begleitet. Das Mittagessen wird in der schuleigenen Mensa oder Kantine eingenommen, die anderen Mahlzeiten und die Übernachtung erfolgten jeweils am eigenen Wohnort. Das Angebot steht sowohl den Lernenden der gymnasialen Abteilung als auch der Wirtschaftsmittelschule offen und hat zum Ziel, dass für eine gewisse Zeit die französische Sprache „sur le vif“ erlebt werden kann.

Berufsbildende Schulen

ED-245

Die Dienststelle umfasst das Zentrum für Brückenangebote (ZBA), die Allgemeine Gewerbeschule (AGS), die Schule für Gestaltung (SfG), die Berufsfachschule Basel (BFS Basel), die Wirtschaftsmittelschule (WMS), das Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt (BZG) und die Handelsschule KV Basel (HKV).

Das ZBA bietet Jugendlichen, die die obligatorische Schulzeit absolviert und den direkten Sprung in eine Berufslehre oder in eine weiterführende Schule nicht geschafft haben, differenzierte Anschlusslösungen an. Die Berufsfachschulen (AGS, SfG, BFS Basel) vermitteln die schulische Bildung sowohl in der beruflichen Vorbildung als auch in der beruflichen Grundbildung (Abschluss mit dem eidgenössischen Berufsattest (EBA), dem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) und der Zusatzqualifikation mit Berufsmaturität). Im Weiteren leisten sie in der allgemeinen und berufsorientierten Weiterbildung sowie in der höheren Berufsbildung einen Beitrag zur Förderung und Sicherung des beruflichen Nachwuchses sowie zur Integration von Jugendlichen und Erwachsenen in die Arbeitswelt.

Die Wirtschaftsmittelschule, die unter dem gleichen Dach wie das Wirtschaftsgymnasium geführt wird, gliedert sich in die eigentliche Wirtschaftsmittelschule (WMS) und die Informatikmittelschule (IMS). Beide Schulen führen zu einem eidgenössischen Fähigkeitszeugnis (EFZ) und zur kaufmännischen Berufsmaturität.

Das BZG ist eine Höhere Fachschule (HF) und bildet auf der Tertiärstufe B als regionales Zentrum Studierende in nicht-akademischen Gesundheitsberufen aus. In Zusammenarbeit mit der Berner Fachhochschule bietet das BZG zusätzlich Studienplätze für Physiotherapie auf dem Niveau einer Fachhochschule (Tertiär A) an.

Die HKV bietet als Privatschule mit Leistungsauftrag des Erziehungsdepartements (ED) folgende Grundausbildungen an: Büroassistentin/Büroassistent EBA, Kauffrau/Kaufmann B- und E-Profil mit und ohne Berufsmaturität, Nachholbildung für Erwachsene. In der Weiter- und Kaderbildung werden rund 40 verschiedene Lehrgänge angeboten.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Berichte der einzelnen Schulen

Zentrum für Brückenangebote (ZBA) Das Jahr 2015 stand im Zeichen der Umsetzung der neuen Leitungsstruktur. Die Bildung von geleiteten Ressorts (d.h. Angebote oder Gruppen von Angeboten) hat sich dabei sehr bewährt. In allen Ressorts wurden intensiv Schulentwicklungsarbeiten betrieben. Besonders für die Facharbeit ist die Arbeit innerhalb von Ressorts sehr fruchtbar. Das ZBA ist von der globalen Flüchtlingssituation stark betroffen. Ende 2015 führte das ZBA 16 Integrations- und Berufswahlklassen, eine weitere ist für Januar 2016 geplant. Das bedeutet, dass 32% aller Klassen des ZBA Integrationsklassen sind. Dieser Prozentsatz hat sich seit 2011 beinahe verdreifacht.

Allgemeine Gewerbeschule (AGS) Per Schuljahr 2015/16 startete erstmals eine Attestklasse Malerpraktikerin/Malerpraktiker ihre zweijährige Ausbildungszeit. Eine schulinterne Projektgruppe hat sich mit den Möglichkeiten des bilingualen Unterrichts (Englisch/Deutsch) an der AGS auseinandergesetzt. Per Schuljahr 2015/16 wurde ein Pilotversuch mit zwei Klassen (Automatikerinnen/Automatiker und Laborantinnen/Laboranten Chemie) gestartet. Im August 2015 wurden zudem drei Tandem-Förderkurse eingeführt. An drei Abenden stehen den Lernenden ausserhalb der Arbeits- und Schulzeit jeweils zwei Lehrpersonen (Allgemeinbildung und Berufskunde) für individuelle Förderanliegen zur Verfügung. Nach der Evaluation Ende Schuljahr 2015/16 wird die Schulleitung über die mögliche Fortsetzung entscheiden. Im Bereich der Weiterbildung hat die AGS das Anerkennungsgesuch für den Studiengang dipl. Technikerin/Techniker HF Systemtechnik (altrechtlich HF Elektronik/Automation) beim Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) eingereicht. Die Schulleitung der AGS hat sich im Berichtsjahr nach eingehender Diskussion entschieden, in der Weiterbildung künftig auf das Label eduQua zu verzichten. Umfragen bei den Nutzerinnen und Nutzern haben gezeigt, dass die Studierenden nicht aufgrund des Labels Zugang zu einem Angebot finden, sondern vor allem über die „Mund-zu-Mund“ Propaganda.

Schule für Gestaltung (SfG) Im Berichtsjahr stand eine Fokussierung auf den Standort der SfG an der Vogelsangstrasse im Zentrum. Neben der jährlichen Abschlussausstellung wurde ein Tag der offenen Tür und ein festlicher Anlass für Persönlichkeiten aus Bildung, Kultur, Politik und Wirtschaft

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-94'418.7	-93'143.6	-95'394.2	-2'250.6	-2.4	-975.5	-1.0 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-22'605.0	-23'043.2	-22'004.9	1'038.3	4.5	600.1	2.7 ²
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-253.3	-240.0	-261.4	-21.4	-8.9	-8.1	-3.2
36 Transferaufwand	-16'938.0	-17'258.6	-15'795.2	1'463.4	8.5	1'142.9	6.7 ³
Betriebsaufwand	-134'215.1	-133'685.4	-133'455.7	229.7	0.2	759.4	0.6
42 Entgelte	7'191.7	6'624.9	7'565.9	941.0	14.2	374.2	5.2 ⁴
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	10.5	10.5	n.a.	10.5	n.a.
46 Transferertrag	26'577.0	25'518.1	26'764.9	1'246.8	4.9	187.9	0.7 ⁵
Betriebsertrag	33'768.7	32'143.0	34'341.3	2'198.3	6.8	572.6	1.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-100'446.4	-101'542.4	-99'114.4	2'427.9	2.4	1'332.0	1.3
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-169.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	169.2	100.0
Abschreibungen	-169.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	169.2	100.0
Betriebsergebnis	-100'615.6	-101'542.4	-99'114.4	2'427.9	2.4	1'501.2	1.5
34 Finanzaufwand	-1.8	-1.3	-1.2	0.2	12.0	0.7	36.3
44 Finanzertrag	62.4	14.2	62.6	48.4	>100.0	0.1	0.2
Finanzergebnis	60.6	12.9	61.4	48.5	>100.0	0.8	1.3
Gesamtergebnis	-100'555.0	-101'529.5	-99'053.0	2'476.5	2.4	1'502.0	1.5
davon Funktionen:							
22 Sonderschulen	0.0	-850.0	-798.2	51.8	6.1	-798.2	n.a.
23 Berufliche Grundbildung	-84'535.2	-85'322.6	-83'242.9	2'079.7	2.4	1'292.3	1.5
26 Höhere Berufsbildung	-11'256.5	-10'581.7	-10'290.5	291.2	2.8	966.0	8.6
29 Übriges Bildungswesen	-4'763.4	-4'775.2	-4'721.4	53.8	1.1	42.0	0.9

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	-265.2	-225.0	-363.6	-138.6	-61.6	-98.3	-37.1
Nettoinvestitionen	-265.2	-225.0	-363.6	-138.6	-61.6	-98.3	-37.1
Saldo Investitionsrechnung	-265.2	-225.0	-363.6	-138.6	-61.6	-98.3	-37.1

Kommentar

- 1 Von der Überschreitung gehen -0.9 Mio. Franken auf höhere Kosten pro Lektion und -0.8 Mio. Franken auf höhere Stellvertretungskosten zurück. Mehr Lernende im Bildungszentrum Gesundheit Basel führten zudem zu höheren Kosten von -0.3 Mio. Franken. Weiter verursachte die Systempflege eine Verteuerung der Löhne um -0.2 Mio. Franken.
- 2 Im Berichtsjahr mussten 0.5 Mio. Franken weniger für Raummieten aufgewendet werden, wovon 0.2 Mio. Franken rückwirkende einmalige Mietnebenkostenabrechnungen betreffen. Weiter liegen auch die Mietkosten für die Immateriellen Anlagen um rund 0.2 Mio. Franken tiefer als veranschlagt. Ansonsten musste der budgetierte Sach- und Betriebsaufwand insgesamt nicht vollumfänglich beansprucht werden.
- 3 Bei der Handelsschule KV Basel führten tiefere Schülerzahlen und allgemein gesunkene Pro-Kopf-Kosten je Auszubildende zu Minderausgaben.
- 4 Die Mehreinnahmen entstanden v.a. bei der Allgemeinen Gewerbeschule Basel (0.5 Mio. Franken) und beim Bildungszentrum Gesundheit Basel (0.4 Mio. Franken) aufgrund der gegenüber der Budgetierung höheren Schülerzahlen bzw. Lernenden.
- 5 Die gestiegenen ausserkantonalen Schülerzahlen haben im Rahmen der Schulgeldabkommen zu höheren Beitragszahlungen geführt.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	526.1	540.7	536.0	532.7	535
Schüler/-innen ZBA (per 1. Sept.)	Anz	771	760	844	723	763 ¹
Lernende berufliche Vorbildung an Berufsfachschulen (1.9.)	Anz	305	292	312	270	253 ²
Lernende berufliche Grundbildung (1.9.)	Anz	4'330	4'315	4'311	4'382	4'378
Lernende Wirtschaftsmittelschule	Anz	424	405	410	394	417
Studierende Tertiärstufe Berufsfachschulen (1.9.)	Anz	315	962	950	918	1'117 ³
Unterrichtslektionen	Anz	8'454	9'243	9'621	9'337	9'414 ⁴
Erworbene Abschlüsse WMS	Anz	80	73	82	49	
Berufsmaturitätsquote	%	8.0	8.8	8.3	7.9	⁵
Übertrittsquote ZBA in Lehre, Praktikum oder weiterf. Schule	%	71.3	68.6	61.9	68.8	69.9

Kommentar

- 1 Die Ist-Zahlen sind der Schülerstatistik des Statistischen Amtes entnommen. Die Prognosewerte sind die für die Budgetierung verwendeten Zahlen.
- 2 Inkl. Schülerinnen und Schüler der Vorkurse SfG.
- 3 Ab 2012 inklusive der Studierenden des Bildungszentrums Gesundheit (BZG).
- 4 Die Unterrichtslektionen beziehen sich jeweils auf die Schuljahre (Lesebeispiel: Unter dem Ist-Wert 2015 werden die Unterrichtslektionen für das Schuljahr 2015/2016 aufgeführt). Ab 2012 inkl. BZG. Ab 2013 sind erstmals die Lektionen enthalten, die durch die Überführung der Bethesda-Pflegeschule ins BZG zusätzlich erteilt werden.
- 5 Die Berufsmaturitätsquote entspricht dem Anteil Personen, die ein Berufsmaturitätszeugnis erworben haben, gemessen an der 21-jährigen, ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz (=Durchschnittsalter der Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden). Der Wert für 2015 liegt beim Bundesamt für Statistik noch nicht vor.

neu etabliert. In Kooperation mit der Hochschule für Gestaltung und Kunst wurden die Ausstellung Red Dot 2015 und das Symposium Designprozesse veranstaltet. Die SfG ist schweizweit die erste Berufsfachschule, welche mit dem „K'Werk, Bildschule bis 16“ Kurse zur gestalterischen Förderung von Kindern und Jugendlichen anbietet. Das K'Werk hat den Verein „Bildschulen Schweiz“ mitlanciert und die Errichtung neuer Bildschulen in anderen Kantonen unterstützt. Über gemeinsame Kursangebote wurde zudem die Zusammenarbeit mit der Musikschule Basel intensiviert.

Berufsfachschule Basel (BFS Basel) Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) setzte am 1. Oktober 2014 den neuen Rahmenlehrplan für den Sportunterricht in der beruflichen Grundbildung in Kraft. Im 2015 startete an der BFS Basel die projektorientierte Erarbeitung des Schullehrplans Sport. Im August 2015 begannen an der BFS Basel die ersten Klassen ihre Berufsmaturität nach den neuen Ausrichtungen „Gesundheit und Soziales“ sowie „Wirtschaft und Dienstleistungen, Typ Dienstleistungen“. Ein erster berufsbegleitender vierjähriger Bildungsgang zur dipl. Kindererzieherin HF bzw. zum dipl. Kindererzieher HF wurde im Berichtsjahr gestartet. Erstmals seit rund 20 Jahren fand an der BFS Basel wieder ein Weiterbildungskurs mit Handwebstühlen statt. Nach 2007 wurde die BFS Basel 2015 zum zweiten Mal vom Institut für externe Schulevaluation auf der Sekundarstufe II (IFES) nach dem Modell Q2E extern evaluiert und von der Société Générale de Surveillance SA (SGS) mit dem Prädikat „Master“ zertifiziert. In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Schweizerische Kunstgeschichte erschien ein Schweizerischer Kunstführer über das denkmalgeschützte Gebäude von Hans Bernoulli, das heutige Gebäude A der BFS Basel.

Wirtschaftsmittelschule (WMS und IMS) Nach drei Jahren schulischem Unterricht und einem Praxisjahr zur Vertiefung der kaufmännischen Berufskennnisse traten im Sommer 2015 die Lernenden zum ersten Mal bei den betrieblichen Abschlussprüfungen an. Mit einer Erfolgsquote von 100% wurden die Erwartungen übertroffen. Die Lernenden haben somit gezeigt, dass sie in der Lage sind, sich das für eine Kauffrau oder einen Kaufmann nötige Fachwissen im Rahmen des vollschulischen Unterrichts an der WMS und einem anschliessenden Betriebspraktikum anzueignen. Die Informatikausbildung für die Fachrichtung Applikationsentwicklung an der IMS erfolgt nach dem Spiralprinzip und modular. Im Schuljahr 2014/2015 wurden die Module überarbeitet, den geltenden Anforderungen

angepasst und neu validiert. Die einzelnen Module sind unterteilt in grundlagen- und schwerpunktbezogene Module und werden jeweils mit einer Prüfung abgeschlossen, die bereits für den betrieblichen Abschluss zählt.

Bildungszentrum Gesundheit Basel-Stadt (BZG) Das Projekt zum Aufbau des BZG als eine höhere Fachschule für Gesundheitsberufe wurde mit der Reorganisation der Führungsstruktur 2015 endgültig abgeschlossen. Die Pensionierung der beiden Abteilungsleitungen Diplombildungen und Entwicklung, Qualität und Support sowie des Rechnungsführers und des Adjunkten erlaubte die Reduktion der Führungsstruktur und die Eliminierung einer Zwischenhierarchie. Gleichzeitig wurde die Stelle einer Verwaltungsleitung geschaffen, in der einzelne Funktionen der in Pension gehenden Mitarbeitenden zusammengefasst wurden.

Handelsschule KV Basel (HKV) Im Jahr 2015 schlossen die ersten 369 Lernenden die kaufmännische Grundbildung nach Bildungsverordnung 2012 entweder im B- oder im E-Profil ab. Damit ist diese neue Verordnung, welche einige Änderungen mit sich brachte, erfolgreich umgesetzt. In der Berufsmaturität, welche auf 2015 ebenfalls reformiert wurde, starteten die ersten Klassen im Herbstsemester 2015 nach neuer Verordnung. In der Schweizerischen Kommission für Berufsentwicklung und Qualität EBA (SKBQ EBA) wurde 2015 die in der Verordnung vorgegebene 5-Jahres-Überprüfung Büroassistentin/Büroassistent EBA gestartet. In der Weiter- und Kaderbildung wurden verschiedene neue Ausbildungsangebote lanciert: Handelsschule edupool, Starter Kit VR, Junior Leadership Development Program, Junior Manager Marketing, Event & Sales und Nachfolgeplanung KMU. Die Teilnehmerzahlen in der Weiterbildung waren 2015 zum ersten Mal seit Jahren wieder steigend.

Leitung Mittelschulen und Berufsbildung

ED-265

Die Dienststelle Leitung Mittelschulen und Berufsbildung (MB) koordiniert den Geschäftsbereich und trägt die Gesamtverantwortung für dessen Leistungserbringung. Sie umfasst den Stab MB, die Berufsberatung, die Erwachsenenbildung, die Lehraufsicht und das Gap Case Management Berufsbildung.

Der Stab MB erbringt die Stabsleistungen für den Geschäftsbereich. Dazu zählen die Politikvorbereitung, die Betreuung der Schulabkommen, die Organisation der freiwilligen Aufnahmeprüfung und die Verwaltung der Anmeldungen fürs Gymnasium, die Bildungsplanung und die Bildungsstatistik und die Betreuung der diversen Subventionsverhältnisse und Leistungsvereinbarungen, u.a. mit der Handelsschule KV Basel (HKV).

Die Berufsberatung, die Erwachsenenbildung und die Lehraufsicht erbringen aufgrund der Berufsbildungsgesetze von Bund und Kanton sowie des kantonalen Integrationsgesetzes folgende Leistungen: Berufsinformation, Berufs- und Laufbahnberatung, Mentoring für Lehrstellensuchende, Aufsicht über die Berufslehren, Lehrstellenförderung, berufspädagogische Kurse für Ausbildungsverantwortliche der Lehrbetriebe, Förderung des Sprachkursangebots für die Migrationsbevölkerung, Betreuung der diversen Subventionsverhältnisse und Leistungsvereinbarungen.

Gap Case Management Berufsbildung unterstützt Jugendliche in schwierigen Situationen beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Regionales Schulabkommen (RSA 2009) Das RSA regelt die Abgeltung für ausserkantonale Schulbesuche im Raum der neun Mitgliedkantone. Die Kommission RSA hat im 2015 die Kostenerhebung gemäss den im 2014 neu erarbeiteten Grundlagen erfolgreich durchgeführt. Die daraus resultierenden Tarife für die Schuljahre 2017/18 und 2018/19 wurden von der Konferenz der Abkommenskantone einstimmig genehmigt.

Interkantonale Berufsfachschulvereinbarung (BFSV) Die BFSV regelt den interkantonalen Lastenausgleich im Bereich der beruflichen Grundbildung. Per Schuljahr 2015/16 wurde der Tarif für Vollzeitangebote erneut gesenkt. Der Tarif für Teilzeitangebote blieb unverändert.

Interkantonale Fachschulvereinbarung (FSV) Die FSV, die aktuell die finanzielle Abgeltung für die Vorbereitungskurse auf Berufsprüfungen (BP) und Höhere Fachprüfungen (HFP) regelt, wird - im Rahmen der Stärkung der höheren Berufsbildung - durch ein neues Modell mit direkten Bundesbeiträgen an die Absolvierenden von Vorbereitungskursen abgelöst. Anfang 2015 hat der Bundesrat eine Vernehmlassung zum Entwurf einer Änderung des Berufsbildungsgesetzes im Hinblick auf das neue subjektorientierte Finanzierungsmodell bei Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt (Oda) durchgeführt, die grossmehrheitlich auf positives Echo stiess.

Vereinbarung über die Beiträge an Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV) Die HFSV, welche die finanzielle Abgeltung zwischen den Kantonen im Bereich der höheren Fachschulen (HF) regelt, wurde per 1.8.2015 wirksam. Es sind alle Kantone beigetreten. Die praktische Umsetzung verläuft sehr gut.

Fachstelle Berufsberatung Mit Hilfe des neuen Berufswahl-Lehrmittels für die Sekundarschule haben sich die Berufsberaterinnen und Berufsberater im Berichtsjahr auf den neuen Berufswahlfahrplan und die entsprechende Unterstützung der Lehrpersonen vorbereitet. Die Berufsberatung unterstützte zudem das Berufsintegrationsprojekt Enter, welches im Berichtsjahr in die dritte Runde ging, durch Gruppenveranstaltungen und Einzelgespräche. Das Inventar an testdiagnostischen Verfahren wurde im Berichtsjahr revidiert und durch verschiedene Online-Testverfahren ergänzt. Das Triageverfahren, das allen Jugendlichen eine Anschlusslösung an die obligatorische Schulzeit sichern soll, wurde 2015 ein letztes Mal durch die Berufsberatung organisiert und begleitet. Das Triageverfahren wird per 2016 unter dem Titel „Übergangsverfahren“ in die Verantwortung der Volksschule überführt. In der Berufsinformation wurden 7'572 (Vorjahr: 7'944) Besucherinnen und Besucher verzeichnet, 840 (Vorjahr: 909) Personen nahmen eine Kurzberatung in Anspruch, 420 (Vorjahr: 241) nutzten die Bewerbungsunterstützung. In eine Einzelberatung kamen 1'709 (Vorjahr: 2'055) Ratsuchende. Der

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-4'452.6	-6'945.2	-6'679.8	265.4	3.8	-2'227.2	-50.0 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'200.4	-2'221.3	-1'821.3	400.0	18.0	-620.8	-51.7 ²
36 Transferaufwand	-21'765.1	-25'550.5	-25'856.1	-305.6	-1.2	-4'091.0	-18.8 ³
Betriebsaufwand	-27'418.1	-34'717.0	-34'357.2	359.8	1.0	-6'939.1	-25.3
42 Entgelte	278.7	741.9	920.2	178.3	24.0	641.4	>100.0 ⁴
46 Transferertrag	575.3	34'787.3	34'891.8	104.4	0.3	34'316.5	>100.0
Betriebsertrag	854.0	35'529.2	35'811.9	282.7	0.8	34'957.9	>100.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-26'564.1	812.2	1'454.7	642.5	79.1	28'018.8	>100.0
Betriebsergebnis	-26'564.1	812.2	1'454.7	642.5	79.1	28'018.8	>100.0
34 Finanzaufwand	-0.2	-0.2	-0.2	0.0	18.9	0.0	19.2
Finanzergebnis	-0.2	-0.2	-0.2	0.0	18.9	0.0	19.2
Gesamtergebnis	-26'564.3	812.0	1'454.6	642.5	79.1	28'018.9	>100.0
davon Funktionen:							
21 Obligatorische Schule	0.0	3'152.4	3'365.3	212.9	6.8	3'365.3	n.a.
23 Berufliche Grundbildung	-22'197.4	-3'041.9	-3'318.9	-277.0	-9.1	18'878.5	85.0
25 Allgemeinbildende Schulen	0.0	7'355.6	7'852.3	496.7	6.8	7'852.3	n.a.
29 Übriges Bildungswesen	-4'366.9	-6'654.0	-6'444.1	209.9	3.2	-2'077.2	-47.6

Kommentar

- Die Unterschreitung geht mehrheitlich auf Stellenvakanzen zurück.
- Die Kosten für den Materialaufwand, den Unterhalt sowie die Veranstaltungen liegen um 0.2 Mio. Franken tiefer. Weiter wurden insbesondere bei der Lehraufsicht und für das Projekt Enter weniger Dienstleistungen (0.2 Mio. Franken) als budgetiert in Anspruch genommen.
- Im Transferaufwand sind Ausgaben von -0.3 Mio. Franken für die nach Budgetschluss 2015 neu eingeführten Gratisdeutschkurse enthalten.
- Die Mehreinnahmen sind vor allem im Rahmen der Schulgeldabkommen (Privatzahler) angefallen.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	26.1	27.3	28.1	29.7	43.4 ¹
Berufs- und Laufbahnberatungen (Jugendliche und Erwachsene)	Anz	2'401	2'352	2'126	2'055	1'709 ²
Lehrstellen	Anz	5'402	5'373	5'390	5'425	5'843
Erfolgreiche Lehrabschlüsse (EFZ, EBA)	Anz	1'722	1'812	1'713	1'861	1'884 ³
Teilnehmende an Deutschkursen für Migrantinnen und Migranten	Anz	2'653	2'693	2'524	2'041	1'963 ⁴
durchschnittliche Wartezeit Berufsberatung	Tg	18	17	16	17	13
Aktive Fälle Case Management Berufsbildung	Anz	844	863	1'075	1'079	1'129 ⁵

Kommentar

- Die Erhöhung per 2015 geht auf die Stellenverschiebungen infolge Auflösung der Dienststelle 220 zurück.
- Der Rückgang der Zahlen ist zurückzuführen auf den Wegfall des Projekts Casting (minus rund 300 Fälle) sowie den durch die Schulharmonisierung bedingten Ausfall der OS-Elternabende.
- Eidgenössische Fähigkeitszeugnisse (EFZ) und Berufsatteste (EBA)
- Zusätzlich besuchten 2015 rund 200 Kinder eine Kinderbetreuung mit Sprachförderung, die parallel zu den Deutschkursen der Eltern angeboten wird. Seit Mitte August 2015 werden neu Gratisdeutschkurse für neu Zugezogene durchgeführt, die in dieser Kennzahl ebenfalls nicht erfasst werden. 246 Migrantinnen und Migranten machten bisher von diesem Angebot Gebrauch (Stichtag 13. Januar 2016).
- Dieses Angebot besteht seit Mitte 2008. Die Verankerung von Gap Case Management Berufsbildung an der WBS und am Zentrum für Brückenangebote führte vor allem in der Aufbauphase zu einer markanten Steigerung der Fallzahlen.

leichte Rückgang der Zahlen ergibt sich durch den Wegfall des Projekts Casting (minus rund 300 Fälle) sowie den durch die Schulharmonisierung bedingten Ausfall der OS-Elternabende, die ab 2016 für die neuen Standorte der Sekundarschule wieder durchgeführt werden.

Fachstelle Erwachsenenbildung Im Berichtsjahr war die Fachstelle Erwachsenenbildung mit der Planung von Umsetzungsszenarien des Weiterbildungsgesetzes des Bundes befasst, das ab 2017 wirksam wird. Aufgrund der Anpassung des Basler Integrationsgesetzes (Gegenvorschlag zur Integrationsinitiative vom 30. November 2014) übernimmt die Fachstelle Erwachsenenbildung zudem neu die Verantwortung für die Entwicklung, Umsetzung und Qualitätssicherung des kostenlosen Deutschkursangebots für neu zugezogene Migrantinnen und Migranten in ihrem ersten Aufenthaltsjahr. Mitte August starteten zwölf eduQua-zertifizierte Sprachschulen mit „Gratis-Deutschkursen“. Etwas mehr als 1'800 Personen mit Anspruch auf eine B-Bewilligung erhielten seit dem Inkrafttreten der Gesetzesänderung einen Gutschein für einen Gratkurs. Dank Bundes- und Kantonsgeldern konnten wie bisher Migrantinnen und Migranten aus Basel-Stadt einen der über 400 teilfinanzierten Kurse besuchen.

Fachstelle Lehraufsicht Zu den wichtigen Themen im 2015 gehörte die Förderung, Unterstützung und Beratung der Nachholbildung sowie die Umsetzung des neuen Bundesgesetzes über gefährliche Arbeiten von Jugendlichen. Mit Lehrbeginn 2015 wurden 1'987 (Vorjahr: 2'047) Lehrverträge genehmigt, davon sind 255 (Vorjahr: 288) Attestlehrverträge. Der Gesamtbestand an Lehrstellen belief sich auf 5'838 (Vorjahr: 5'425). Zur Lehrabschlussprüfung sind 153 (Vorjahr: 144) Personen als Nachholbildnerin bzw. Nachholbildner angetreten, davon waren 29 Repetenten. Den obligatorischen Kurs für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner besuchten insgesamt 575 (Vorjahr: 534) Personen. 20 Kurse wurden intern angeboten, in zwölf externen Kursen vermittelten Berufsinspektorinnen und Berufsinspektoren die gesetzlichen Grundlagen.

Fachstelle Gap, Case Management Berufsbildung Wichtige strukturelle Fragen wurden für Gap im vergangenen Jahr entschieden: Der Regierungsrat beschloss im Herbst 2015 Gap definitiv in die Regelstrukturen des Erziehungsdepartements zu überführen. Zudem zog sich der Bund nach der vierjährigen Anschubfinanzierung von seinem finanziellen und koordinativen Engagement per Ende 2015 zurück. Auf der operationellen Ebene unterstützte Gap auch im 2015 die Integration vieler junger Menschen in die Berufsbildung. Die momentane Frankenstärke und das damit verbundene unsichere wirtschaftliche Umfeld sind Faktoren, die sich für Personen in schwierigen Lebenslagen zusätzlich negativ auswirken. Eine grosse Herausforderung ist die Eingliederung spät eingereister junger Erwachsener, die ihre Schulzeit nicht in der Schweiz durchlaufen haben. In einem eintägigen Seminar setzten sich die Mitarbeitenden von Gap mit dem Thema der Migrationspädagogik auseinander mit dem Ziel, transkulturelle Kompetenzen auf der individuellen Beratungsebene zu fördern. Im Rahmen des Pilotprojekts Enter - Berufsabschluss von Menschen aus der Sozialhilfe - starteten vergangenen Herbst 18 Personen eine Berufsausbildung. Momentan befinden sich insgesamt 52 Personen im Pilotprojekt. Die ersten Personen des ersten Durchgangs schliessen im kommenden Sommer ihre Ausbildung ab.

Hochschulen

ED-271

Der Bereich Hochschulen leitet und koordiniert das Hochschulwesen des Kantons. Für die rechtlich eigenständigen Hochschulen (Universität Basel, Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW) und für die weiteren subventionierten Institutionen wie die Musik-Akademie der Stadt Basel, das Swiss Tropical and Public Health Institute (Swiss TPH) und die Volkshochschule beider Basel nimmt er Koordinationsaufgaben wahr und formuliert zuhanden des Regierungsrats die kantonale Hochschulpolitik. Der Dienststelle gehören auch das Amt für Ausbildungsbeiträge und das Pädagogische Zentrum PZ.BS an.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

In Zusammenarbeit mit den Partnerkantonen und dem Bund konnte 2015 der hohe Entwicklungstakt des Hochschulstandorts aufrechterhalten werden.

Amt für Ausbildungsbeiträge Die neue Berechnungsmethode für Ausbildungsbeiträge hat sich gut eingespielt. Auf nationaler Ebene konnte die Harmonisierung des Stipendienwesens unter Basler Federführung vorangebracht werden.

Pädagogisches Zentrum PZ.BS Im Berichtsjahr standen die Weiterbildung und Dienstleistungen für die Schulharmonisierung und die damit zusammenhängenden Schulhausneu- und -umbauten im Vordergrund.

FH Ausbildung, Forschung und Dienstleistung Das Berichtsjahr war das erste der Leistungsperiode 2015-2017. Es ist zu erwarten, dass auch im Jahr 2015 die Vorgaben des Leistungsauftrags gut bis sehr gut erfüllt werden. Die Studierendenzahlen steigen weiterhin gemäss Leistungsauftrag, die Forschung und die Dienstleistungen konnten ausgebaut werden. Die betreffenden Kennzahlen weisen der FHNW einen sehr guten Platz unter den schweizerischen Fachhochschulen zu. Das Reportingkonzept für die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) gewährleistet eine laufende separate Orientierung der Parlamente der vier Trägerkantone.

Universitäre Ausbildung, Forschung und Dienstleistung Auch für die Universität besteht gemäss Staatsvertrag ein Reportingkonzept, mit dem die Parlamente der Trägerkantone laufend und eingehend über die Entwicklung der Universität orientiert werden. Wie im Jahr davor stand 2015 das Vorantreiben der baulichen Grossprojekte für die Universität im Vordergrund. Beim Projekt für das Departement Biomedizin, in dem unter Federführung des Kantons Basel-Landschaft ein Neubau an Stelle des aktuellen Gebäudes für das Biozentrum geplant wird, ist nach erfolgreichem Wettbewerb ein überzeugendes Siegerprojekt ausgewählt worden. Auch für den Neubau des D-BSSE, das ebenfalls auf dem Schällemätteli-Areal für die ETHZ errichtet wird, ist die Projektierung abgeschlossen. Die Bauarbeiten sollen nach dem Neubau für das Biozentrum und vor dem Projekt Biomedizin in Angriff genommen werden.

Im Berichtsjahr wurde der Ausbau der Ausbildungskapazitäten der Humanmedizin um 30% weiter vorangetrieben und 40 neue Plätze geschaffen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-9'805.9	-10'475.6	-9'857.1	618.5	5.9	-51.2	-0.5 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-6'630.3	-6'486.5	-6'482.8	3.7	0.1	147.6	2.2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-12.7	0.0	-21.7	-21.7	n.a.	-9.1	-71.4
36 Transferaufwand	-235'759.2	-251'601.6	-249'279.3	2'322.3	0.9	-13'520.2	-5.7 ²
Betriebsaufwand	-252'208.1	-268'563.6	-265'640.9	2'922.7	1.1	-13'432.9	-5.3
42 Entgelte	532.8	511.0	525.0	14.0	2.7	-7.8	-1.5
46 Transferertrag	1'557.7	1'418.5	1'370.7	-47.8	-3.4	-187.1	-12.0
Betriebsertrag	2'090.6	1'929.5	1'895.7	-33.8	-1.8	-194.9	-9.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-250'117.5	-266'634.1	-263'745.3	2'888.9	1.1	-13'627.7	-5.4
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-203.1	-1'108.0	-929.8	178.2	16.1	-726.7	<-100.0 ³
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	-3.9	0.0	-39.9	-39.9	n.a.	-36.0	<-100.0
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-360.0	-360.0	-410.0	-50.0	-13.9	-50.0	-13.9
Abschreibungen	-567.0	-1'468.0	-1'379.7	88.3	6.0	-812.6	<-100.0
Betriebsergebnis	-250'684.5	-268'102.1	-265'124.9	2'977.2	1.1	-14'440.4	-5.8
34 Finanzaufwand	-1.3	-3.0	-1.0	2.0	68.2	0.4	28.6
44 Finanzertrag	20.2	35.5	14.3	-21.2	-59.8	-5.9	-29.3
Finanzergebnis	18.9	32.5	13.3	-19.2	-59.0	-5.5	-29.3
Gesamtergebnis	-250'665.7	-268'069.6	-265'111.6	2'958.0	1.1	-14'445.9	-5.8
davon Funktionen:							
21 Obligatorische Schule	0.0	-13'000.0	-13'000.0	0.0	0.0	-13'000.0	n.a.
27 Hochschulen	-223'790.4	-226'411.0	-224'033.4	2'377.6	1.1	-243.0	-0.1
29 Übriges Bildungswesen	-26'875.3	-28'658.6	-28'078.2	580.4	2.0	-1'202.9	-4.5

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-1'266.7	0.0	-1'322.4	-1'322.4	n.a.	-55.7	-4.4
Ausgaben Kleininvestitionen	-65.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	65.2	100.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	-3'000.0	-3'000.0	n.a.	-3'000.0	n.a.
Nettoinvestitionen	-1'331.9	0.0	-4'322.4	-4'322.4	n.a.	-2'990.5	<-100.0
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-1'067.2	0.0	-184.9	-184.9	n.a.	882.3	82.7
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	277.2	0.0	309.1	309.1	n.a.	31.9	11.5
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	-790.1	0.0	124.2	124.2	n.a.	914.3	>100.0
Saldo Investitionsrechnung	-2'122.0	0.0	-4'198.3	-4'198.3	n.a.	-2'076.2	-97.8

Kommentar

- 1 Die Unterschreitung des Personalaufwandes geht hauptsächlich auf offene Stellen (ICT, Medienpädagogik und Beratung) beim Pädagogischen Zentrum Basel-Stadt zurück. Insbesondere die Umsetzung zur Erweiterung der Informations- und Kommunikationstechnologien an den Volksschulen schreitet dabei etwas langsamer als geplant voran.
- 2 Die Fachhochschule Nordwestschweiz hat nicht benötigte Infrastrukturmittel aus der Leistungsperiode 2012 bis 2014 an die Trägerkantone zurückerstattet. Der diesbezügliche Anteil für Basel-Stadt beläuft sich auf 1.35 Mio. Franken. Ferner liegen die Abgeltungen für BS-Studierende an anderen Hochschulen um 0.62 Mio. Franken und die Stipendienauszahlungen um 0.13 Mio. Franken unter Budget. Weiter hat die Stiftung Wildt'sches Haus die budgetierte Subvention von 0.09 Mio. Franken nicht beanspruchen müssen und aufgrund der Minusteuerung musste auch für die letztmals mit 0.13 Mio. Franken budgetierte Rententeuerung für die Verpflichtung ex FHBB/HPSA-BB keine Zahlung geleistet werden.
- 3 Die tieferen Abschreibungsbeträge gehen auf die Verzögerungen beim Projekt zur Erweiterung der Informations- und Kommunikationstechnologien an den Volksschulen zurück.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	8.2	8.4	7.9	49.7	51.1
Studierende an der Universität Basel	Anz	12'617	12'995	12'551	12'560	12'729
BS/BL-Studierende an der Universität	Anz	4'522	4'645	4'731	4'787	4'859 ¹
Studierende an der FHNW	Anz	8'894	9'436	10'003	10'534	11'268
Stipendienausgaben	MioFr	11.7	11.6	11.4	11.9	12.0
Bewilligte Stipendien	Anz	2'220	2'042	1'983	2'063	2'097
Teilnehmerinnen und Teilnehmer Weiterbildung PZ.BS	Anz	13'406	12'571	12'445	11'408	12'649 ²
Ausleihen Unterrichtsmedien Bibliothek PZ.BS	Anz	76'832	91'665	104'026	119'759	117'044 ³

Kommentar

- 1 Angesichts der demographischen Situation unserer Region bedeutet eine gleichbleibende Zahl an Studierenden aus Basel-Stadt und Basel-Landschaft bereits ein Wachstumsziel. Die für „Basel 2020“ geplante Steigerung der Studierendenzahl soll über mehr ausserkantonalen Studenten, welche in Basel studieren, erreicht werden.
- 2 Umfasst Teilnehmende von berufsbegleitender, schulinterner Weiterbildung und von Angeboten im Bereich Zusatzqualifikationen, Kaderausbildung, aber nicht die Kontakte für die Beratung der Lehrpersonen.
- 3 Berücksichtigt sind die Ausleihen und Verlängerungen, nicht aber die Rückgaben.

Jugend, Familie und Sport

ED-290

Im Bereich «Jugend, Familie und Sport» hat der Kanton die Aufgabenfelder «Kinder, Jugend und Familie» und «Sport» zusammengeführt. Die Angebote des Bereichs stärken die Familien im Rahmen einer Erziehungspartnerschaft, fördern die Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen und laden sie zur Mitwirkung ein. Zu den Leistungen zählen beispielsweise die Kinder- und Jugendhilfe, insbesondere die frühe Förderung, die Tagesbetreuung, die offene Kinder- und Jugendarbeit sowie der Kindes- und Jugendschutz. Mit der Zuordnung des Sports besteht die Erwartung, die Bedeutung des Sports für die Bildung und Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen zu nutzen. Der Sport selbst hat die Aufgabe, Breitensport und Bewegung sowie den Sport in den Schulen zu fördern, Sportanlagen zur Verfügung zu stellen, Sportvereine zu unterstützen und sportliche Talente in ihrer Entwicklung zu begleiten. Eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Sport und dem Bildungsbereich hilft, die übergreifenden Förderziele zu verwirklichen.

Der Bereich Jugend, Familie und Sport gliedert sich in die Abteilungen *Jugend- und Familienangebote*, *Jugend- und Familienförderung*, *Kinder- und Jugenddienst* und *Sport*. Eine Stabsstelle ist für die Kommunikation und die Koordination verantwortlich.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Netzwerk Kinderschutz Neu gehören die Psycho-Sozialen Dienste der Kantonspolizei (PSD) zum Netzwerk Kinderschutz. Erstmals haben die verschiedenen Mitglieder einen gemeinsamen Bericht zum Kinderschutz verfasst, der im Internet publiziert ist. Die jährliche Fachveranstaltung hat sich mit der «Risikoerkennung im frühen Kindesalter» befasst. Erfreulicherweise konnte das Netzwerk an diesem Anlass zahlreiche Vertretungen aus Kindertagesstätten begrüßen. Sie nehmen eine zunehmend bedeutende Rolle bei der Prävention von Gefährdungen im frühen Kindesalter ein.

Abteilung Jugend- und Familienangebote

Fachstelle offene Kinder- und Jugendarbeit Das Jahr 2015 war geprägt von den Verhandlungen mit den privaten Trägern der offenen Kinder- und Jugendarbeit für die neuen Verträge für Finanzhilfen für die Jahre 2016 bis 2019. Mit allen zwölf Verhandlungspartnern konnten Verhandlungsergebnisse erzielt werden, die in eine umfassende Berichterstattung an den Grossen Rat geflossen sind. Der finanzielle Rahmen und die inhaltlichen Vorgaben gemäss Verhandlungsmandat konnten eingehalten werden. Neu wurde die unentgeltliche Nutzung von Liegenschaften und Allmend im Eigentum des Kantons durch private Anbieter von offener Kinder- und Jugendarbeit in entgeltliche Mietverträge umgewandelt. In enger Zusammenarbeit mit dem Finanzdepartement (Immobilien Basel-Stadt) und dem Bau- und Verkehrsdepartement (Allmendverwaltung und Hochbauamt) wurden dazu die Grundlagen erarbeitet. Dieser Auftrag konnte abgeschlossen werden und die Ergebnisse in die neuen Verträge 2016 bis 2019 einfließen.

Fachstelle Jugendhilfe Die Anzahl Belegungstage in der stationären Jugendhilfe war im Berichtsjahr rückläufig, während die Zahl der begleiteten Familien in der ambulanten Jugendhilfe anstieg. Die Anzahl an ambulanten Anbietern von sozialpädagogischen Familienbegleitungen (SPF) erhöhte sich im Jahr 2015 leicht. Mit mehreren kleineren SPF-Firmen wurden Rahmenvereinbarungen für einen Leistungseinkauf abgeschlossen. Damit anerkennt die Fachstelle Jugendhilfe den Leistungserbringer als potenziellen Auftragnehmer und der Kinder- und Jugenddienst kann konkrete Einzelaufträge vergeben. Im Bereich der stationären Angebote erfolgten verschiedene Vorbereitungsarbeiten, damit im Jahr 2016 zum ersten Mal alle Leistungsvereinbarungen mit den Anbietern im gleichen Zeitraum verhandelt und der Regierung vorgelegt werden können.

Kantonale Schulheime Die Nachfrage nach Plätzen war wie bereits in den Vorjahren leicht rückläufig. Dennoch wiesen die Schulheime im Berichtsjahr eine gute bis sehr gute Auslastung auf. Mit dem Finanzdepartement wurde eine praktikable Lösung entwickelt, wie im Rahmen der Staatsrechnung die Vorgaben für die Rechnungslegung gemäss Interkantonaler Vereinbarung für Soziale Einrichtungen (IVSE) umgesetzt werden können.

Zentrale Behörden Im Jahr 2015 war eine Zunahme der Anfragen im Bereich des internationalen Kinderschutzes zu verzeichnen. Die komplexen Fragestellungen in diesem Bereich machten die

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-38'843.6	-39'598.2	-40'527.1	-928.9	-2.3	-1'683.5	-4.3 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-16'539.1	-17'228.6	-16'300.2	928.5	5.4	238.9	1.4 ²
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-355.0	-374.4	-364.5	9.9	2.6	-9.4	-2.7
36 Transferaufwand	-98'984.3	-97'744.5	-98'759.8	-1'015.3	-1.0	224.5	0.2 ³
Betriebsaufwand	-154'722.0	-154'945.6	-155'951.5	-1'005.9	-0.6	-1'229.5	-0.8
42 Entgelte	10'368.9	9'897.1	11'300.5	1'403.4	14.2	931.6	9.0 ⁴
43 Verschiedene Erträge	2'962.0	0.0	3'541.6	3'541.6	n.a.	579.5	19.6 ⁵
46 Transferertrag	24'637.5	25'757.5	23'055.7	-2'701.8	-10.5	-1'581.8	-6.4 ⁶
Betriebsertrag	37'968.4	35'654.6	37'897.8	2'243.2	6.3	-70.6	-0.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-116'753.6	-119'291.0	-118'053.7	1'237.3	1.0	-1'300.1	-1.1
33 Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	0.0	-27.8	-27.8	n.a.	-27.8	n.a.
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-749.2	-405.2	-118.2	287.0	70.8	630.9	84.2
Abschreibungen	-749.2	-405.2	-146.0	259.2	64.0	603.2	80.5
Betriebsergebnis	-117'502.7	-119'696.2	-118'199.7	1'496.5	1.3	-697.0	-0.6
34 Finanzaufwand	-7.3	-3.7	-10.3	-6.6	<-100.0	-3.0	-41.3
44 Finanzertrag	53.9	132.4	165.4	32.9	24.9	111.5	>100.0
Finanzergebnis	46.6	128.7	155.1	26.4	20.5	108.5	>100.0
Gesamtergebnis	-117'456.1	-119'567.5	-118'044.6	1'522.9	1.3	-588.5	-0.5
davon Funktionen:							
34 Sport und Freizeit	-14'346.4	-14'636.9	-14'013.8	623.1	4.3	332.6	2.3
54 Familie und Jugend	-103'109.8	-104'930.5	-104'030.8	899.7	0.9	-921.1	-0.9

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	0.0	0.0	-476.2	-476.2	n.a.	-476.2	n.a.
Ausgaben Kleininvestitionen	-283.1	-320.0	-307.3	12.7	4.0	-24.2	-8.5
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-372.1	0.0	-292.1	-292.1	n.a.	80.1	21.5
Nettoinvestitionen	-655.3	-320.0	-1'075.5	-755.5	<-100.0	-420.3	-64.1
Saldo Investitionsrechnung	-655.3	-320.0	-1'075.5	-755.5	<-100.0	-420.3	-64.1

Kommentar

- Die Sportanlage Pfaffenholz wird seit dem 1. Januar 2015 als eigenständige Sportstätte geführt, was zu einem höheren Personalaufwand von -0.4 Mio. Franken führt. Im Gegenzug reduziert sich der Sach- und Betriebsaufwand erheblich. Weiter wurde unterjährig das Catering der Sportanlagen von den Zentralen Diensten (-0.16 Mio. Franken) übernommen. Zusätzlich liegen die Ausgaben bei den Kunsteisbahnen und Bädern um -0.21 Mio. Franken über Budget, die aufgrund der guten Badesaison mit Mehreinnahmen (vgl. Kostenart 42) jedoch mehr als kompensiert wurden. Weiter hat die Systempflege zu Mehrkosten geführt. Aufgrund der zurückhaltenden Stellenbesetzungspraxis konnten die Kosten teilweise kompensiert werden.
- Die bis anhin mit dem Defizit verrechneten Personalkosten Pfaffenholz werden neu in der Kostenart 30 ausgewiesen (0.4 Mio. Franken). Ferner kommt ein einmaliger Effekt aufgrund von Rückvergütungen aus zu viel bezahlter Miete im Pfaffenholz zum Tragen (0.4 Mio. Franken). Zusätzlich sind die Sachkosten bei mehreren Kostenstellen leicht unterschritten worden.
- Die anhaltende Nachfrage nach Tagesbetreuungsplätzen hat zu einer Budgetüberschreitung in der Höhe von -0.4 Mio. Franken geführt. In der Jugendhilfe hat sich die Anzahl der Platzierungen bei den stationären Angeboten im Verlauf des Jahres reduziert. Zusammen mit den leicht tieferen Kosten bei den ambulanten Massnahmen ist der budgetierte Wert in der Jugendhilfe um insgesamt 0.3 Mio. Franken unterschritten worden. Für den Swisslos-Sportfonds werden gemäss dem Bruttoprinzip höhere Ausgaben von -0.9 Mio. Franken ausgewiesen.
- Aufgrund der ausserordentlich guten Saison bei den Gartenbädern und der Belegungsoptimierung auf den Sportanlagen konnten Mehreinnahmen in der Höhe von knapp 0.7 Mio. Franken generiert werden. Im Einzelposten Jugendhilfe sind höhere Rückerstattungen aus Platzierungen von 0.5 Mio. Franken eingegangen. Zusätzlich haben nachträgliche Korrekturen bei Elternbeiträgen aus der Tagesbetreuung zu Mehreinnahmen von 0.1 Mio. Franken geführt.
- Die Gewinnanteile des Swisslos-Sportfonds werden entgegen der Budgetierung neu hier ausgewiesen (vgl. Fussnote 3).
- Die Abweichung ist zum grössten Teil auf die neue Verbuchungspraxis beim Swisslos-Sportfonds (-2.6 Mio. Franken) zurückzuführen (vgl. Kostenart 43).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	254.7	260.1	247.3	254.5	251.1
Kinder in vom Kanton mitfinanz. Tagesheimen oder -familien	Anz	2'683	2'900	3'047	3'197	3'559
Fremdunterbringung in stationären Einricht. und Pflegefam.	Anz	802	743	727	742	670
Aktive Mitglieder in Sportvereinen	Anz	31'139	31'796	31'175	31'796	30'250
Kinder/Jugendliche mit Kontakt zum Kinder- und Jugenddienst	Anz	2'458	2'396	2'233	2'246	2'792 ¹

Kommentar

1 Ab 2015 einschliesslich der Zahlen des Zentrums für Frühförderung (ZFF).

Koordination und Begleitung dieser Fälle anspruchsvoll. Auch die Anfragen und Beratungsgespräche im Adoptionsbereich nahmen leicht zu, ebenso war eine Zunahme der Anträge im Bereich der Stiefkindadoption feststellbar. Im Bereich des Pflegekinderwesens war ein Rückgang bei den Anfragen für eine Bescheinigung zur Aufnahme eines Pflegekindes zu verzeichnen. Zugenommen hatten dagegen die Anträge für eine Bewilligung zur Aufnahme eines verwandten Kindes. Die Zentralen Behörden hatte im vergangenen Jahr die Familien-, Paar- und Erziehungsberatung fabe beim Aufbau eines Beratungsangebots für schwangere Frauen, welche sich überlegen, ihr Kind nach der Geburt zur Adoption freizugeben, unterstützt und in diesem Zusammenhang einen Workshop für die Mitarbeitenden der fabe organisiert.

Fachstelle Tagesbetreuung In den vergangenen Jahren wurde das Angebot an Tagesbetreuungsplätzen stetig ausgebaut. Im Jahr 2015 hielten sich Nachfrage und Angebot die Waage, in manchen Quartieren gab es vorübergehend auch freie Plätze. Für Familien, welche einen Platz suchten, war diese Entwicklung erfreulich. Für einige Institutionen bedeutete sie jedoch eine Herausforderung. Aufgrund der laufenden Arbeiten zur Revision des Tagesbetreuungsgesetzes wurden die Vereinbarungen mit den Trägerschaften der subventionierten Tagesheime sowie der Geschäftsstelle Tagesfamilien für die Jahre 2016 und 2017 verlängert unter Anpassung der Eckdaten. Mit zwei Institutionen wurden neu Vereinbarungen abgeschlossen. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Fachstellen im Kanton erstellte die Fachstelle Tagesbetreuung einen Sicherheitsordner für Tagesheime. Dieser enthält wichtige Grundlagen für die Sicherheit, den Gesundheitsschutz und die Notfallplanung. Die Partizipation von Kindern soll in Tagesheimen noch stärker gefördert werden. Anhand der Erfahrungen sollen Haltungen und Methoden ermittelt werden, welche die Mitwirkung von kleinen Kindern stärken. Gemeinsam mit dem Kinderbüro Basel wurden Projekte zur Kindermitwirkung in Tagesheimen durchgeführt und ausgewertet.

Kommissionen In der *Subkommission Jugendhilfe der Kommission Gemeinsame Planung Jugend- und Behindertenhilfe Basel-Landschaft und Basel-Stadt* wurde der Bericht «Entwicklungsschwerpunkte 2015 bis 2017» nach einer kurzen Vernehmlassung bei den privaten und staatlichen Anbietern verabschiedet sowie konzeptionelle Veränderungen in verschiedenen Kinder- und Jugendheimen besprochen.

Abteilung Jugend- und Familienförderung

Frühbereich In vier ausgewählten Quartiertreffpunkten bestehen Leistungsvereinbarungen, um diese als Eltern-Kind-Zentren führen zu können (Kontaktstelle St. Johann, Treffpunkt Breite, Familienzentrum Gundeli und Eltern Kind Zentrum MaKly). In diesen Treffpunkten können Eltern mit ihren Kindern Angebote für Familien besuchen und die Beratung von Fachpersonen in Anspruch nehmen. Das Frühförderungsprogramm «schritt:weise» läuft weiter als Pilotprojekt. Das Spiel- und Lernprogramm wird in verschiedenen Quartieren der Stadt Basel durchgeführt und erreicht aktuell 35 Familien. Die beiden Projekte zur frühen Bewegungsförderung «Burzelbaum» und «mini:move» konnten weiter ausgebaut werden. «Burzelbaum» wurde im Jahr 2015 in 12 Spielgruppen und in 24 Kindertagesstätten durchgeführt. «Mini:move» findet weiterhin während der Wintermonate in zwei Turnhallen statt (Turnhallen der Primarschulen Bläsi und Thierstein). Am Samstag, 26. April 2015, wurde in der Markthalle erstmals eine Infomesse für Eltern mit Kleinkindern durchgeführt. An der Messe konnten Institutionen der frühen Förderung den Eltern ihre Angebote präsentieren und sich untereinander vernetzen. Die Infomesse wurde sowohl von Institutionen als auch von Eltern sehr gut besucht.

Kinderfragen Der Aktionsplan zur Verbesserung der Kinder- und Jugendfreundlichkeit der Stadt Basel, welcher im Rahmen der Auszeichnung von Unicef Schweiz «Kinderfreundliche Gemeinde» formuliert wurde, wurde weiter umgesetzt. Im September legte das Erziehungsdepartement dem Regierungsrat einen Zwischenbericht vor. Der durch die Auszeichnung vorgegebene Prozess ermöglichte ein koordiniertes, gemeinsames Vorgehen der Departemente zur weiteren Verbesserung der Kinderfreundlichkeit. Die Unicef-Auszeichnung «Kinderfreundliche Gemeinde» sieht eine Re-Zertifizierung der Auszeichnung nach vier Jahren vor. Aufgrund der bisherigen positiven Erfahrung hat der Regierungsrat die Re-Zertifizierung beschlossen.

Jugendfragen Nach den nötigen Entscheiden durch den Regierungsrat und den Grossen Rat können der Erlentplatz und die dazu gehörenden Räumlichkeiten für Jugendliche gebaut werden. Ein Nutzungskonzept sieht vor, dass auf dem öffentlichen Platz und in den Räumlichkeiten Orte entstehen, die von Jugendlichen und jungen Erwachsenen für Aktivitäten, als Treffpunkt und für Veranstaltungen genutzt werden können. Die Ausgestaltung der Angebote und deren Weiterentwicklung finden unter Einbezug der Zielgruppen statt und sollen einen möglichst hohen Grad an Eigenaktivität zulassen.

Digitale Medien Der Bericht des Bundesrates zur zukünftigen Ausgestaltung des Kinder- und Jugendmedienschutzes von Mai 2015 beinhaltet neben bundesweiten Massnahmen Empfehlungen an die Kantone zu einem koordinierten Vorgehen bei der Medienkompetenzförderung. Ausgehend von diesen Empfehlungen und aufgrund des grossen Interesses am Thema starteten die wichtigsten verwaltungsinternen und -externen Akteure mit den Arbeiten an einem kantonalen Konzept. Die Abteilung Jugend- und Familienförderung und das Seminar für Medienwissenschaft der Universität Basel führten ein Pilotprojekt zur Medienkompetenzförderung und der Methode «Peer Education» durch, in dessen Rahmen Jugendliche Medienpräventionsclips erstellten. An einer Abendveranstaltung wurden die Clips Fachkräften aus Jugendarbeit und Schule vorgestellt und ihr Einsatz diskutiert. An einer Podiumsveranstaltung «Digitale Medien – Chancen und Risiken für Kinder, Jugendliche und Eltern» diskutierten Fachpersonen aus Verwaltung und Forschung über die Mediennutzung von Kindern und Jugendlichen. Das Podium fand im Rahmen der öffentlichen Veranstaltungen zu familienrelevanten Themen statt, welche die Abteilung Jugend- und Familienförderung jährlich mit dem Centrum für Familienwissenschaften durchführt. Die Veranstaltung war sehr gut besucht.

Elternbildung Um die Angebote der Elternbildung in Basel bedarfsgerecht zu gestalten, wurden die Koordination der Anbieter und die Steuerung des Gesamtangebots weiter entwickelt. Zentral war die Frage nach Zugängen zu schwer erreichbaren Zielgruppen. Mit verschiedenen Ansätzen wurde ein Fokus auf bildungsferne Familien gelegt. Zudem widmete sich das jährliche Vernetzungstreffen der Frage, wie Väter besser erreicht werden können.

Planung Zusammen mit den zuständigen Fachstellen wurden verschiedene Auswertungen der Fallzahlen- und Kostenentwicklung in der stationären Jugendhilfe durchgeführt. Damit wird ein effektiver und effizienter Mitteleinsatz in diesem Bereich unterstützt.

Kommissionen Die *Kommission für Jugendfragen* traf sich im Jahr 2015 zweimal, die *Familienkommission* dreimal zu entsprechenden Sitzungen. Neben dem Informationsaustausch über aktuelle Projekte und Aktivitäten zur Jugend- und Familienförderung beschäftigte sich die Kommission für Jugendfragen mit dem neuen Jugendleitbild der Gemeinde Riehen. Die Familienkommission diskutierte die Resultate der Familienbefragung des Statistischen Amtes. Ein weiteres Schwerpunktthema waren generationenübergreifende Projekte.

Kinder- und Jugenddienst (KJD)

Eingegangene Meldungen Im Jahr 2015 gingen insgesamt 1'011 (2014: 1'120) Meldungen und Hilfersuchen beim Kinder- und Jugenddienst (KJD) ein. 35% (38%) der Meldungen stammten von den Eltern, von Angehörigen der Familien oder von Kindern und Jugendlichen, also von direkt in die Probleme involvierten Personen. 21% waren Aufträge der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) (18%). Weitere Meldungen erstatteten mit 17% (16%) die Polizei, 14% (13%) soziale Institutionen, 9% (11%) die Schulen, 3% (3%) das Zivilgericht. Die restlichen Meldungen (2015 und 2014 1%) stammten von weiteren Personen oder Stellen. Die Zahl der eingegangenen Meldungen lag zwar rund 10% tiefer als im Vorjahr. Jedoch ist der Anteil der Familien, bei denen aufgrund dieser Meldungen in längerfristige Hilfen erforderlich waren, deutlich gestiegen auf 573 (460) Familien, bzw. auf 56% (42%) der Meldungen.

Verfahren zur Kindeswohlbeurteilung Gemeinsam mit der Fachhochschule Nordwestschweiz, den Kantonen Zürich und Zug sowie der Stadt Aarau ist der KJD an einem Projekt zur Entwicklung und Erprobung eines Verfahrens zur dialogisch systemischen Kindeswohlklärung beteiligt. Die Erprobung erfolgte im ersten Halbjahr 2015. Danach erfolgte die wissenschaftliche Auswertung, die noch im Gange ist. Das Verfahren wird vom Erprobungsteam im KJD auf dem Stand der gewonnenen Erkenntnisse weiter angewandt.

Ergänzende Hilfen zur Erziehung Unter «ergänzende Hilfen zur Erziehung» werden Leistungen verstanden, die erforderlich werden, wenn Eltern die Erziehungsverantwortung nicht (mehr) oder nur teilweise wahrnehmen können. Dabei handelt es sich insbesondere um ausserfamiliäre Platzierungen und verschiedene Formen der aufsuchenden Familienarbeit. In den vergangenen Jahren wurden die ambulanten Hilfeformen kontinuierlich ausgebaut, bzw. vermehrt genutzt. Ein bedeutsames neues Element dieser Hilfen bildet die von den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel angebotene Multisystemische Therapie (MST). Als Ergebnis dieser Fokussierung auf ambulante Hilfen kann im Jahr 2015 ein deutlicher Rückgang der Zahl der ausserfamiliären Platzierungen verzeichnet werden.

Unbegleitete Minderjährige Asylsuchende Der Kinder- und Jugenddienst führt die von der KESB errichteten Vertretungsmandate für die unbegleitet eingereisten minderjährigen Asylsuchenden (UMAs). Dazu gehören das Organisieren der Unterbringung und Beschulung/Beschäftigung dieser besonders vulnerablen Gruppe junger Menschen. Infolge des Anstiegs der Anzahl UMAs reichte die Kapazität des von der Sozialhilfe geführten Wohnheims für UMAs nicht mehr aus, sodass in Zusammenarbeit mit Fachstelle Jugendhilfe auch reguläre Kinder- und Jugendheime UMAs gewonnen werden konnten, UMAs aufzunehmen. Gegen Ende des Jahres erfolgten so viele Zuweisungen, dass sehr kurzfristig und unter herausfordernden Bedingungen zusätzliche Unterbringungsangebote mit Leistungspartnern vereinbart und realisiert werden mussten. Die zunehmenden Mandatsverhältnisse für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und der Aufwand, genügend Plätze für sie bereit zu stellen, führte bereits im Berichtsjahr zu einem personellen und finanziellen Mehrbedarf, der künftig eher zunehmen dürfte.

Zentrum für Frühförderung (ZFF) Das Zentrum für Frühförderung erhielt einen neuen barrierefreien Zugang. Die ganze Eingangssituation wurde umgestaltet und die bisherige Liegenschaft erhielt eine neue Adresse (De Wette-Strasse 3). Damit ist das Zentrum auch für Menschen mit Gehbehinderungen und Eltern mit Kinderwagen barrierefrei zugänglich. Die jährliche Tagung zu einem aktuellen Thema rund um die frühkindliche Entwicklung für die Vernetzungspartner und -partnerinnen sowie für weitere Fachpersonen mit Arbeitsschwerpunkt Kleinkinder war dem Thema «Kleinkinder und digitale Medien» gewidmet.

Abteilung Sport/Sportamt

Sportförderung Für den Verein Trendsport ist im Jahr 2015 die Zeit im Pumpwerk zu Ende gegangen. Nach langer und schwieriger Suche konnte ein befristeter Ersatz im Hafengelände gefunden und damit die unmittelbare Zukunft des Trendsports in Basel gesichert werden. In zehn Sportlagern erlebten über 1'200 Kinder und Jugendliche gemeinsam Sport und Bewegung. Während am ersten Adventssonntag «Gratis uffs Glattys» traditionellerweise die Massen auf die Kunsteisbahnen locken konnte, hat erstmals seit langer Zeit auch wieder eine Eisdisco für Familien zum Ende und zum Start der Saison stattgefunden. Im Schwerpunktbereich «Bewegung im frühen Kindesalter» steht das Projekt «Burzelbaum» in seiner letzten Staffel vor seinem erfolgreichen Abschluss. Konzepte zur Sicherung der Nachhaltigkeit sind bereits in Entwicklung.

Jugend und Sport (J+S) Im Rahmen der J+S-Kaderbildung fanden Grund-, Fortbildungs- und Weiterbildungsmodule in diversen Sportarten statt. Insgesamt konnten 799 J+S-Leiterinnen und -Leiter, 32 J+S-Expertinnen und -Experten sowie 75 J+S-Coaches erfolgreich aus- oder weitergebildet werden.

Freiwilliger Schulsport Dank grossem Engagement der Sportvereine konnte der freiwillige Schulsport erstmals auch auf der Sekundarstufe umfassend angeboten werden. Überdies sind auf der Primarstufe Mitarbeitende der Tagesstrukturen im J+S-Kindersport ausgebildet worden und bieten nun direkt Kurse an ihren Standorten an. Im Februar haben sich anlässlich des zweiten kantonalen Schulsporttages in der St. Jakobshalle 110 Teams aus allen Schulstandorten der Sekundarstufe I sportlich gemessen. Der Sportcheck hat sich etabliert. Mit insgesamt 103 Kursen im freiwilligen Schulsport haben sich wöchentlich 1'650 Mädchen und Buben während einer Stunde zusätzlich bewegt.

Leistungssportförderung Insgesamt gingen im Sommer 68 Bewerbungen für die Angebote der Leistungssportförderung ein. 50 Anträge konnten berücksichtigt werden. Erstmals wurden Sportlerinnen und Sportler für die neu gebildete Sportklasse auf der Sekundarstufe I selektioniert. Für 16 Sportlerinnen und Sportler konnte eine Individuallösung an einer Regelklasse gefunden werden. 13 Sporttalente aus der WBS-Sportklasse und dem Zentrum für Brückenangebote haben einen sportfreundlichen Ausbildungsbetrieb gefunden. Aktuell gehören 9 Spitzensportlerinnen und Spitzensportler dem Team Basel4olympia an, deren Ziel im kommenden Jahr die Olympiade in Rio ist. Weiter konnte die Liste der regionalen Leistungszentren um die Sportart Rudern erweitert werden.

Sportanlagen Für diverse Sportstätten wurden bauliche Massnahmen vorgenommen oder geplant. Im Mai konnte das neue Tribünen- und Garderobengebäude im Leichtathletik-Stadion St. Jakob in Betrieb genommen werden. Um den Winterbetrieb auf der Kunsteisbahn Margarethen zu sichern, wurden im Sommer dringende Sanierungsarbeiten vorgenommen. Die Kunsteisbahn konnte deshalb erst einen Monat später öffnen. Als Ersatz für den Eissport wurde ein temporäres Eisfeld in der ARFA-Halle auf dem Dreispitz erstellt. Die Sanierungen der Kunsteisbahnen Eglisee samt Erstellung einer Ballonhalle über dem 50-Meter Schwimmbassin wurde vom Grossen Rat vor den Sommerferien genehmigt. Das gute Sommerwetter hatte zur Folge, dass die Gartenbäder sehr gut besucht wurden. 451'055 Badegäste bedeuten gegenüber dem Jahr 2014 einen Anstieg um 53%.

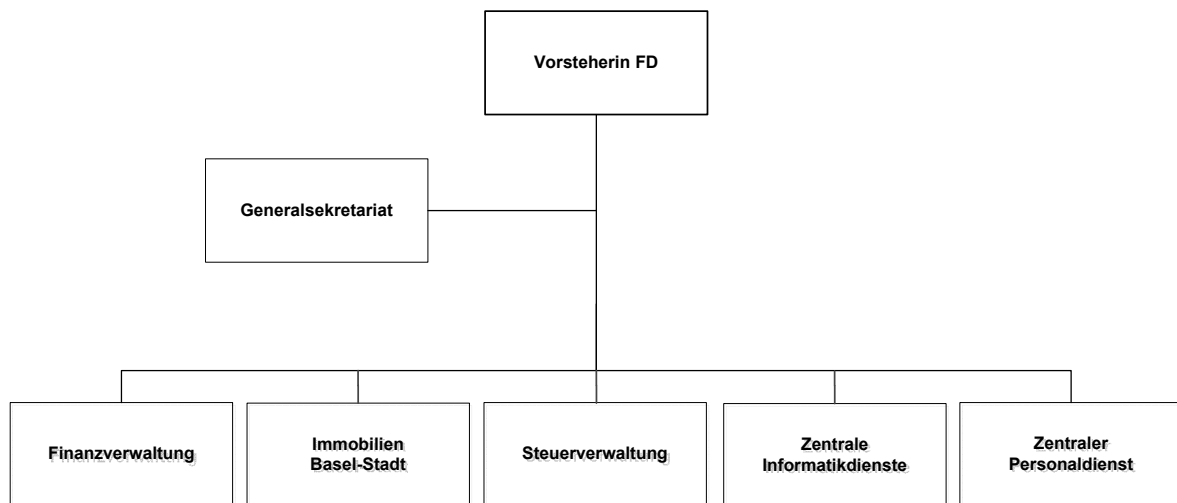
Kommissionen Die *Swisslos-Sportfondskommission* behandelte an vier Sitzungen alle an den Fonds gerichteten Gesuche.

Kommunikation und Koordination

Das Hauptaugenmerk der Kommunikation lag auf einem tagesaktuellen Internetauftritt mit Informationen für Kinder, Jugendliche, Familien, Sportlerinnen und Sportler sowie Fachpersonen und Trägerschaften. Ein Intranet steht den Mitarbeitenden zur Verfügung. Der neue Webshop für den Verkauf von Saisonabonnements erfreute sich grosser Beliebtheit.

4.2.4 Finanzdepartement

FD-401	Generalsekretariat FD	262
FD-403	Finanzverwaltung	264
FD-404	Steuerverwaltung	266
FD-405	Immobilien Basel-Stadt	268
FD-406	Zentrale Informatikdienste	270
FD-409	Zentraler Personaldienst	273



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-71.5	-76.2	-74.9	1.4	1.8	-3.3	-4.6
31 Sach- und Betriebsaufwand	-45.3	-40.4	-39.6	0.9	2.2	5.7	12.6
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.3	-1.5	-2.0	-0.5	-34.9	-0.7	-49.6
Betriebsaufwand	-118.1	-118.1	-116.4	1.7	1.5	1.7	1.5
42 Entgelte	69.2	69.5	72.2	2.7	3.9	3.0	4.3
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.7	0.7	n.a.	0.7	n.a.
Betriebsertrag	69.2	69.5	72.9	3.4	4.9	3.7	5.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-48.9	-48.6	-43.5	5.2	10.6	5.4	11.1
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-7.6	-9.1	-6.9	2.2	24.2	0.7	9.4
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-0.7	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.7	100.0
Abschreibungen	-8.3	-9.1	-6.9	2.2	24.2	1.4	17.4
Betriebsergebnis	-57.2	-57.7	-50.4	7.3	12.7	6.9	12.0
34 Finanzaufwand	-0.4	-0.4	-0.4	0.0	2.0	0.0	4.8
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	-0.0	-76.4
Finanzergebnis	-0.4	-0.4	-0.4	0.0	2.6	0.0	3.1
Gesamtergebnis	-57.6	-58.1	-50.8	7.4	12.7	6.9	11.9
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-57.8	-58.0	-51.5	6.5	11.2	6.2	10.8
9 Finanzen und Steuern	0.1	-0.1	0.8	0.9	>100.0	0.6	>100.0

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-3.5	-52.0	-2.9	49.1	94.5	0.6	17.6
Ausgaben Kleininvestitionen	-1.2	-1.7	-1.5	0.2	13.5	-0.3	-24.3
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-0.7	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.7	100.0
Nettoinvestitionen	-5.4	-53.7	-4.4	49.4	91.9	1.1	19.4
Saldo Investitionsrechnung	-5.4	-53.7	-4.4	49.4	91.9	1.1	19.4

Kommentar

Auf Ebene Departement gibt es keine wesentlichen Veränderungen zu kommentieren. Abweichungen zum Budget werden auf Ebene Dienststelle begründet.

Generalsekretariat FD

FD-401

Das Generalsekretariat berät und unterstützt die Vorsteherin des Finanzdepartements. Es stellt die reibungslose Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Weiter übernimmt es die finanzpolitische und -rechtliche Beratung zur Durchsetzung der Grundsätze der Haushaltführung innerhalb der Verwaltung sowie die Unterstützung bei der Optimierung des staatlichen Ressourceneinsatzes. Mit Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Recht, Öffentlichkeitsarbeit und Hausdienst unterstützt es die Dienststellen des Finanzdepartements dabei, dass deren Dienstleistungen optimal erfüllt werden können und in der Öffentlichkeit auf Zufriedenheit bzw. hohe Akzeptanz stossen. Dem Generalsekretariat administrativ angegliedert sind die Steuer- und Personalrekurskommissionen.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Das Generalsekretariat des Finanzdepartements befasste sich im 2015 – zusätzlich zu seinen ständigen Aufgaben – mit verschiedenen verwaltungsinternen und -externen Projekten.

Partnerschaftsverhandlungen BS/BL Die Stabstelle für die seit Mitte 2005 laufenden Partnerschaftsverhandlungen BL/BS wird im Kanton Basel-Stadt durch das Generalsekretariat des Finanzdepartements wahrgenommen. 2015 führten die beiden Regierungen intensive Diskussionen, welche zum „Ratschlag betreffend Grossratsbeschluss zur Stärkung der Partnerschaft BL/BS“ führten.

Innerkantonaler Finanz- und Lastenausgleich Der Kanton und die beiden Gemeinden haben gemeinsam im 2015 die notwendigen Grundlagen für die Kalibrierung des innerkantonalen Finanz- und Lastenausgleichs erarbeitet. Schwerpunkt dabei war die Primarschule. Die Verlängerung der Primarschule auf sechs Jahre soll finanziell abgebildet werden. Zudem wurden die Grundlagen erarbeitet, um die Primarschulliegenschaften vom Kanton an die Gemeinden übertragen zu können.

Impulsprogramm E-Government Für das Impulsprogramm E-Government wurden 2015 die Lösungskonzepte für die Elemente der zentralen Infrastruktur wie Portal, Berechtigungskomponente, Kundenkonto, portalverwandte Dienste u.a. erstellt und die Detailspezifikationen teilweise fertiggestellt. Die Testumgebung für diese Infrastruktur wurde aufgebaut. Ausserdem wurde eine Liste möglicher Initialprojekte identifiziert: Eine gewisse Anzahl daraus soll im 2016 umgesetzt werden.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'281.1	-4'384.9	-4'039.1	345.7	7.9	-758.0	-23.1 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'096.4	-2'085.1	-1'549.3	535.8	25.7	-452.9	-41.3 ²
333 Abschreibung Kleininvestitionen	0.0	-12.0	0.0	12.0	100.0	0.0	n.a.
Betriebsaufwand	-4'377.5	-6'481.9	-5'588.4	893.5	13.8	-1'210.9	-27.7
42 Entgelte	307.5	229.9	246.2	16.2	7.1	-61.4	-20.0
Betriebsertrag	307.5	229.9	246.2	16.2	7.1	-61.4	-20.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-4'070.0	-6'252.0	-5'342.3	909.7	14.6	-1'272.3	-31.3
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-2'196.1	-2'670.0	-2'114.6	555.4	20.8	81.4	3.7
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-735.3	0.0	0.0	0.0	n.a.	735.3	100.0
Abschreibungen	-2'931.4	-2'670.0	-2'114.6	555.4	20.8	816.8	27.9
Betriebsergebnis	-7'001.4	-8'922.0	-7'456.9	1'465.1	16.4	-455.5	-6.5
34 Finanzaufwand	-0.2	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	0.2	88.8
Finanzergebnis	-0.2	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	0.2	88.8
Gesamtergebnis	-7'001.7	-8'922.0	-7'456.9	1'465.1	16.4	-455.3	-6.5
davon Funktionen:							
01 Legislative und Exekutive	-306.2	-486.3	-473.0	13.3	2.7	-166.8	-54.5
02 Allgemeine Dienste	-6'695.5	-8'435.7	-6'983.9	1'451.8	17.2	-288.4	-4.3

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-904.2	-52'000.0	-236.1	51'763.9	99.5	668.0	73.9
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-735.3	0.0	0.0	0.0	n.a.	735.3	100.0
Nettoinvestitionen	-1'639.5	-52'000.0	-236.1	51'763.9	99.5	1'403.4	85.6
Saldo Investitionsrechnung	-1'639.5	-52'000.0	-236.1	51'763.9	99.5	1'403.4	85.6

Kommentar

- Der Aufbau der Abteilung ISO ist noch nicht vollständig erfolgt.
- Die Sachkosten wurden aufgrund der Kostendisziplin und der Nichtausschöpfung bei den Gutachten und Projekten unterschritten.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	16.6	14.9	15.7	20.8	21.8
Bei der Steuerrekurskommission eingegangene Rekurse	Anz	200	282	264	238	194

Finanzverwaltung

FD-403

Die Finanzverwaltung ist das Kompetenzzentrum für das Finanz- und Rechnungswesen in der kantonalen Verwaltung. Im Bereich Finanzen ist sie für die Bewirtschaftung der Schulden und der Wertschriften des Kantons zuständig sowie für die Bewirtschaftung von Spezialfinanzierungen. Im Bereich Rechnungswesen ist sie für die Koordination und Weiterentwicklung der gesamtstaatlichen Prozesse zuständig. Dazu gehören Finanz- und Investitionsplanung, Budgetierung, Rechnungslegung, Risikomanagement sowie Wirtschaftlichkeitsprüfungen von Investitionen und Subventionen. Damit unterstützt sie die Steuerungsprozesse auf den verschiedenen Ebenen der Verwaltung. Einen weiteren Schwerpunkt bilden Beratungs- und Unterstützungsleistungen in den Bereichen Betriebswirtschaft und Finanzpolitik. Im Servicecenter Finanzen werden der gesamtstaatliche Zahlungsverkehr sowie die RW/C-Dienstleistungen an die Dienststellen des Finanzdepartements abgewickelt. Das SAP-Kompetenzzentrum ist für den technischen Betrieb und die Weiterentwicklung des gesamtstaatlichen SAP ERP (Enterprise Resource Planning)-Systems und des Management Informationssystems verantwortlich.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Kantonales Beschaffungswesen Das Beschaffungsvolumen des Kantons Basel-Stadt beträgt jährlich grob 500 Millionen Franken. Im Auftrag des Regierungsrates wurden das Beschaffungswesen auf seine Stärken und Schwächen untersucht und Leitplanken zu einer neuen Beschaffungsstrategie entwickelt. Damit soll eine rechtskonforme, nachhaltige Beschaffung und die wirtschaftliche, qualitäts- und termingerechte Versorgung der Verwaltung im Interesse der Öffentlichkeit gewährleistet werden. Wesentlichstes Element der Beschaffungsstrategie ist die verstärkte departementsübergreifende und warengruppenspezifische Koordination der Beschaffung, um so Synergiepotential abzuschöpfen. Hierzu wurde ein neues organisatorisches Modell, respektive Beschaffungsgovernance ausgearbeitet, welches für die erweiterte Beschaffungskoordination innerhalb der kantonalen Verwaltung sorgen soll. Die strategischen Beschaffungsziele und die entsprechenden organisatorischen Massnahmen werden in den nächsten drei Jahren umgesetzt.

Internes Kontrollsystem (IKS) Das IKS ist ein Instrument zur systematischen und effektiven Kontrolle von Geschäftsprozessen. Im Fokus stehen die Prozessrisiken und die entsprechenden Kontrollen, um diese Risiken zu minimieren. Damit sollen die Einhaltung der relevanten Gesetze und Normen, die zweckmässige Verwendung der Mittel und der ordnungsgemässe Ablauf der Rechnungsführung sichergestellt sowie das Kantonsvermögen geschützt werden. Mit einem kantonalen IKS-Projekt sollen die Departemente, Behörden und Gerichte zur Umsetzung eines IKS für ihre finanzrelevanten Prozesse befähigt werden. In einem ersten Schritt werden dazu IKS-Grundsätze und ein Projektauftrag zur kantonsweiten Umsetzung der IKS-Grundsätze ausgearbeitet. Die IKS-Grundsätze regeln den Mindeststandard des kantonalen IKS. Im 2015 wurden wichtige Vorarbeiten für die IKS-Grundsätze und den Projektauftrag durchgeführt.

Beteiligungsmanagement Die Umsetzung der Public Corporate Governance-Richtlinien (PCG-Richtlinien) wurde auch im Jahr 2015 weiter vorangetrieben. Um mögliche Synergien im Gesamtkonzern (Versicherungen, Finanzierung, etc.) zu nutzen, wurden die PCG-Richtlinien dahingehend angepasst, dass die beherrschten und wesentlichen Beteiligungen verpflichtet werden, stets abzuklären, ob durch eine Zusammenarbeit mit der Kernverwaltung Kostenvorteile möglich sind. Daneben wurden bei zwei Beteiligungen die gesetzlichen Grundlagen im Zusammenhang mit der Governance-Diskussion revidiert. Die Totalrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank wurde im Dezember 2015 vom Grossen Rat verabschiedet. Gegen das Gesetz wurde das Referendum ergriffen, über das im Juni 2016 entschieden wird. Ebenfalls verabschiedet wurde die Teilrevision des BVB-Gesetzes, auch hier wurde das Referendum ergriffen.

Generelle Aufgabenüberprüfung (GAP) Gemäss Finanzhaushaltsgesetz muss der Regierungsrat die kantonale Tätigkeiten periodisch, mindestens einmal pro Legislaturperiode, auf ihre staatliche Notwendigkeit, ihre Wirksamkeit und die Effizienz ihrer Erbringung sowie auf die Tragbarkeit ihrer finanziellen Auswirkungen überprüfen. Die durchgeführte GAP lieferte Anhaltspunkte für die Entlastungsmassnahmen 2015-2017, die im Detail im Februar 2015 bekanntgegeben wurden. Im Juli 2015

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-5'147.8	-5'747.2	-5'595.4	151.8	2.6	-447.6	-8.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-4'118.4	-4'119.7	-3'261.8	857.9	20.8	856.6	20.8 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-258.0	-127.3	-111.9	15.3	12.0	146.1	56.6
Betriebsaufwand	-9'524.2	-9'994.2	-8'969.1	1'025.0	10.3	555.1	5.8
42 Entgelte	7'115.8	7'607.4	7'457.7	-149.7	-2.0	341.9	4.8
Betriebsertrag	7'115.8	7'607.4	7'457.7	-149.7	-2.0	341.9	4.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-2'408.5	-2'386.8	-1'511.4	875.4	36.7	897.0	37.2
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-291.5	-250.0	-336.4	-86.4	-34.6	-44.9	-15.4
Abschreibungen	-291.5	-250.0	-336.4	-86.4	-34.6	-44.9	-15.4
Betriebsergebnis	-2'700.0	-2'636.8	-1'847.8	789.0	29.9	852.1	31.6
34 Finanzaufwand	-123.5	-121.0	-147.6	-26.6	-22.0	-24.1	-19.5
Finanzergebnis	-123.5	-121.0	-147.6	-26.6	-22.0	-24.1	-19.5
Gesamtergebnis	-2'823.4	-2'757.8	-1'995.4	762.4	27.6	828.0	29.3
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-2'823.4	-2'757.8	-1'995.4	762.4	27.6	828.0	29.3

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-160.0	0.0	-41.9	-41.9	n.a.	118.1	73.8
Ausgaben Kleininvestitionen	-174.5	0.0	-331.5	-331.5	n.a.	-157.0	-90.0
Nettoinvestitionen	-334.5	0.0	-373.4	-373.4	n.a.	-38.9	-11.6
Saldo Investitionsrechnung	-334.5	0.0	-373.4	-373.4	n.a.	-38.9	-11.6

Kommentar

1 Die budgetierten Aufwendungen für die Planungslösung im CO sowie SAP-Lizenzen von je 200'000 Franken sind aktivierbar und müssen über Kleininvestitionen abgewickelt werden.

Im Bereich SAP CCC fiel der Aufwand für externe Dienstleistungsbezüge um rund 490'000 Franken tiefer aus. Geplante Projekte konnten teilweise durch die Mitarbeitenden der SAP CCC umgesetzt werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	33.8	35.4	34.5	29.8	32.9
Verwaltete Vermögen Dritter	MioFr	4'039	3'462	3'716	3'541	3'411
Anträge zur Aufnahme ins Investitionsprogramm	Anz	65	67	68	71	76
Finanzierungskosten mittel- und langfristige Schulden	%	2.4	2.0	1.7	1.4	1.0

verabschiedete der Regierungsrat den Bericht zu den Ergebnissen der Generellen Aufgabenüberprüfung (GAP) für die Legislaturperiode 2013-2017 zuhanden des Grossen Rates.

SAP Die SAP-Anwendung des Kantons wurde im Bereich Business Intelligence (SAP BW / SAP BO) sowohl in Bezug auf die Streuung innerhalb des Kantons (Anzahl von Benutzern) als auch in Bezug auf die Technologie im Jahr 2015 ausgebaut: Technische Implementierung der „Gesamtstaatlichen Planungs- und Auswertungslösung“ für den Bereich Controlling der Finanzverwaltung und Technische Implementierung der Lösung „Konsolidierung“ zur Erstellung der gesamtkantonalen Jahresrechnung über Stammhaus und affilierte Unternehmen. Beide Anwendungen werden 2016 eingeführt und von den betroffenen Fachbereichen genutzt. Technisch basieren diese Anwendungen auf der neu eingeführten Business Intelligence SAP Komponente „Business Planning and Consolidation“ (BPC) und der im Kanton 2015 installierten neuesten In-Memory-Datenbanktechnologie (SAP HANA) für das SAP BW System.

Steuerverwaltung

FD-404

Die Steuerverwaltung ist zuständig für die Erhebung der direkten Steuern für den Kanton und den Bund. Die periodischen und die nicht periodischen direkten Steuern werden veranlagt und bezogen, damit die kantonalen und eidgenössischen Staatsausgaben finanziert werden können. Die Pflege eines nachhaltigen Steuersubstrats mit sozial gerechten, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der steuerpflichtigen Person Rechnung tragenden Steuern ist dabei ein wichtiger Leitgrundsatz. Bei der Pflege des Steuersystems wird auf Einfachheit und Transparenz geachtet. Durch die verstärkte Wirkung von Bundesrecht und vermehrten Vorstössen im Steuerrecht auf Bundesebene ist die Mitarbeit in gesamtschweizerischen Gremien intensiv gefordert.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Unternehmenssteuerreform III Die Steuerverwaltung arbeitete auch im Jahr 2015 in verschiedenen Arbeitsgruppen des Bundes und des Finanzdepartements zur Unternehmenssteuerreform III mit. Die Botschaft des Bundesrats dazu wurde im Juni 2015 an die eidgenössischen Räte zur Beratung weitergeleitet.

Steuersoftware NEST Die Gemeinschaft der zwölf Eigentümer-Kantone konzipiert und erneuert veraltete Programmteile von Grund auf neu. Mit diesem Refactoring in den Jahren 2014 bis 2018 wird die Zukunftstauglichkeit des Produkts erhalten. Im Jahr 2015 wurden alle vereinbarten Meilensteine erreicht. Der Kanton Appenzell Ausserrhoden wurde als zwölfter NEST-Kanton aufgenommen.

Liegenschaftsbewertung Die Vorarbeiten zur generellen Neubewertung selbst genutzter Liegenschaften per 31. Dezember 2016 wurden aufgenommen. Insbesondere die Konfiguration der Bewertungssoftware, die Erarbeitung eines neuen Bodenwertkatalogs durch die Bodenbewertungsstelle und die Implementierung der Gebäudeversicherungswerte wurden vorangetrieben.

BalTax Rund drei Viertel der Steuererklärungen natürlicher Personen werden elektronisch ausgefüllt, der grösste Teil mit der von der Steuerverwaltung angebotenen Deklarationssoftware BalTax. Seit 2014 wird BalTax ausschliesslich als Download im Internet angeboten. Rund 19% der BalTax-Benutzer reichen die Steuererklärung elektronisch ein und senden nur noch das Unterschriftenblatt und die Belege per Post.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-31'027.0	-31'007.0	-31'096.7	-89.7	-0.3	-69.7	-0.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-14'863.4	-9'247.5	-12'823.5	-3'576.0	-38.7	2'039.9	13.7 ¹
Betriebsaufwand	-45'890.4	-40'254.5	-43'920.2	-3'665.7	-9.1	1'970.2	4.3
42 Entgelte	12'205.2	13'848.0	16'419.4	2'571.4	18.6	4'214.2	34.5 ²
Betriebsertrag	12'205.2	13'848.0	16'419.4	2'571.4	18.6	4'214.2	34.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-33'685.2	-26'406.5	-27'500.8	-1'094.3	-4.1	6'184.4	18.4
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-634.3	-55.0	-52.9	2.1	3.9	581.4	91.7
Abschreibungen	-634.3	-55.0	-52.9	2.1	3.9	581.4	91.7
Betriebsergebnis	-34'319.5	-26'461.5	-27'553.6	-1'092.1	-4.1	6'765.8	19.7
34 Finanzaufwand	-270.8	-300.0	-263.3	36.7	12.2	7.5	2.8
Finanzergebnis	-270.8	-300.0	-263.3	36.7	12.2	7.5	2.8
Gesamtergebnis	-34'590.3	-26'761.5	-27'817.0	-1'055.5	-3.9	6'773.3	19.6
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-34'590.3	-26'761.5	-27'817.0	-1'055.5	-3.9	6'773.3	19.6

Kommentar

- Die Debitorenverluste auf Gebühren in der Höhe von 3.8 Mio. Franken sind enthalten.
- Das Budget für den Ertrag aus der Kantonalen Inkassostelle war zu tief.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	214.3	216.7	217.5	216.3	216.9
Bestand Steuerpflichtige Juristische Personen	Anz	10'275	10'054	10'179	10'449	10'588
Bestand Steuerpflichtige Natürliche Personen	Anz	127'237	127'816	128'502	129'286	129'997
Einsprache-Entscheide	Anz	2'600	2'850	2'650	2'320	2'120 ¹
Grundstückgewinnsteuer-Fälle	Anz	1'224	1'007	1'158	1'130	982
Fristgerechte Bearbeitung der Steuerfälle	%	93.2	93.5	92.9	93.7	92.6 ²

Kommentar

- Einspracheentscheide für kantonale Steuern und direkte Bundessteuer.
- Die Kennzahl berechnet sich aus der Anzahl in Rechnung gestellter Fälle innerhalb von 270 Tagen nach Eingang der Steuererklärung und der Anzahl innert drei Monate nach Eingang erledigter nichtperiodischer Fälle im Verhältnis zu allen eingegangenen Steuererklärungen/Fällen.

Immobilien Basel-Stadt

FD-405

Immobilien Basel-Stadt ist das Kompetenzzentrum für das Immobilienmanagement des Kantons Basel-Stadt. Immobilien Basel-Stadt ist zuständig für die Immobilien des Verwaltungsvermögens und des Finanzvermögens und nutzt die möglichen Synergien zwischen den kantonalen Immobilienportfolios. Die Aufgaben bestehen aus dem Portfoliomanagement (Portfolioplanung, Eigentümervertretung Bauprojekte, Projektentwicklung und Transaktionen), dem Facility Management und der Bewirtschaftung von Liegenschaften, Parkhäusern und Parzellen, der Bewirtschaftung von Baurechten und der Führung von Immobilienbuchhaltung und -controlling.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Im Finanzvermögen wurde die aktive Immobilienpolitik zur nachhaltigen Entwicklung der staatlichen Areale und Liegenschaften und zur Unterstützung des Stadtwohnens weitergeführt. Verschiedene Arealentwicklungen wurden vorwärts gebracht und weitere Liegenschaftssanierungen im Sinne des Konzepts für ein nachhaltiges Immobilienmanagement umgesetzt. Im Verwaltungsvermögen standen die Wahrung der Eigentümerinteressen zur langfristigen Wertentwicklung und die wirtschaftliche Raumnutzung im Zentrum.

Immobiliendienste

Stadtwohnen Der Schwerpunkt Stadtwohnen wurde durch mehrere Immobilien-Projektentwicklungen im Finanzvermögen unterstützt. Dabei wurden sowohl eigene Projekte im Finanzvermögen vorangetrieben, als auch private und gemeinnützige Institutionen einbezogen.

An der Maiengasse werden auf dem Areal der ehemaligen BVD-Werkstätten 54 Wohnungen und zwei Kindergärten als Eigeninvestition des Kantons entstehen. Der Wettbewerb zur Auswahl des Projekts legte den Fokus auf erschwingliche Mieten. Mit dem Rückbau der Bestandesbauten wurde 2015 begonnen. Der Bezug der Wohnungen ist auf 2018 vorgesehen.

An der Aescherstrasse 12 wurde im Herbst 2015 ein Neubau mit sieben Mietwohnungen fertiggestellt und bezogen. Das Mehrfamilienhaus ist das erste Minergie-A-Eco Gebäude im Kanton Basel-Stadt und wurde als Nullenergiehaus konzipiert. Die gesamte Projektentwicklung wurde vom Institut Energie am Bau der Fachhochschule Nordwestschweiz begleitet. Sie wirkt auch insbesondere in der Nachkontrolle während der Nutzungsphase mit. Durch Messungen soll der tatsächliche Energieverbrauch mit den berechneten Werten aus der Planungsphase verglichen werden, um so Lehren für weitere Bauten ziehen zu können.

Beim Areal VoltaOst wird ein Neubau als Pilotprojekt unter der Zielsetzung "Low Cost" geplant und anschliessend als Eigeninvestition des Kantons realisiert. Im 2015 wurde hierzu der Projektwettbewerb gestartet. Die Wohnungen sind voraussichtlich im Jahr 2019 bezugsbereit.

Auch die Zusammenarbeit mit den Genossenschaften zur Förderung von erschwinglichem Wohnraum für Familien wurde weitergeführt. Für das Schoren-Areal (97 Wohnungen, wgn) und Belforterstrasse (68 Wohnungen, Wohnstadt) wurden Baurechtsverträge abgeschlossen. Im Jahr 2015 wurden zudem Absichtserklärungen mit Genossenschaften für das Felix Platter-Areal (ca. 550 Wohnungen) und die Stadtrandentwicklung Nordwest (ca. 70 Wohnungen) abgeschlossen.

Gewerbe Auf dem Areal Neudorfstrasse soll im Sinne der Verdichtung und des häuslichen Umgangs mit dem Boden ein mehrgeschossiges Gebäude als Gewerbepark für das produzierende und handwerkliche Gewerbe erstellt werden. Im Jahr 2015 wurde von den Entwicklern das Projekt konkretisiert und das Baugesuch eingereicht. 2016 soll mit dem zukünftigen Investor ein Baurechtsvertrag abgeschlossen werden.

Verwaltungsliegenschaften Die nachhaltige Werterhaltung der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens durch Investitionen und Unterhalt wurde weitergeführt. Ein Fokus lag aufgrund der Schulharmonisierung nach wie vor bei den Schulhäusern.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-7'932.5	-8'309.2	-8'311.3	-2.1	0.0	-378.8	-4.8
31 Sach- und Betriebsaufwand	-3'851.3	-3'935.2	-3'562.8	372.4	9.5	288.5	7.5 ¹
Betriebsaufwand	-11'783.8	-12'244.4	-11'874.1	370.3	3.0	-90.3	-0.8
42 Entgelte	11'966.2	12'168.8	12'656.0	487.1	4.0	689.8	5.8 ²
Betriebsertrag	11'966.2	12'168.8	12'656.0	487.1	4.0	689.8	5.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	182.4	-75.6	781.9	857.5	>100.0	599.5	>100.0
Betriebsergebnis	182.4	-75.6	781.9	857.5	>100.0	599.5	>100.0
34 Finanzaufwand	-38.6	0.0	-0.8	-0.8	n.a.	37.7	97.8
Finanzergebnis	-38.6	0.0	-0.8	-0.8	n.a.	37.7	97.8
Gesamtergebnis	143.8	-75.6	781.0	856.6	>100.0	637.2	>100.0
davon Funktionen:							
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	143.8	-75.6	781.0	856.6	>100.0	637.2	>100.0

Kommentar

- 1 Der Betriebsaufwand liegt dank der neu geschaffenen Stelle im SAP CCC tiefer als budgetiert, weil weniger Aufträge an Dritte vergeben werden mussten.
- 2 Der Betriebsertrag übertrifft das Budget aufgrund des Wachstums der durch die IBS betreuten Portfolios der PKBS und des Finanzvermögens (Kauf Storchen).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	69.6	69.2	64.2	60.6	59.1
Bruttoertrag Baurechte Finanzvermögen	MioFr	32.9	33.5	34.0	37.9	37.0 ¹
Verwaltete Objekte im Finanz- und Verwaltungsvermögen	Anz	6'488	6'214	6'355	6'356	6'433
Bruttorendite Finanzvermögen	%	5.8	6.1	6.0	6.1	6.1
Investitionsquote Finanzvermögen	%	3.1	2.5	3.4	6.2	4.5 ²

Kommentar

- 1 Der Baurechtsertrag liegt wegen einer 2014 einmalig erfolgten Abschlagszahlung von 1.5 Mio. Franken unter dem Vorjahreswert. Regulär konnten die Baurechtserträge dank neu abgeschlossener Verträge auch 2015 gesteigert werden.
- 2 Die Investitionsquote lag 2015 bei 4.5%. 2014 war die Quote wegen der Altlastensanierung auf dem Areal Niederholz aussergewöhnlich hoch.

Nachhaltigkeit Die nachhaltige Entwicklung des Liegenschaftsbestandes unter Beachtung ökologischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Aspekte konnte weiter umgesetzt werden. Zur Förderung von Solaranlagen auf den Dächern staatlicher Liegenschaften wurden bereits erste Fotovoltaik-Anlagen gebaut, und in den nächsten Jahren sollen laufend weitere Anlagen im Rahmen von Sanierungen realisiert werden.

Zentrale Informatikdienste

FD-406

Die Zentralen Informatikdienste (ZID) sind als serviceorientiertes Cost-Center für die Informatikgrundversorgung der Verwaltung des Kantons Basel-Stadt verantwortlich. Dazu gehören im Wesentlichen die folgenden Querschnittsleistungen, welche auf zuverlässige, anforderungsgerechte und wirtschaftliche Weise erbracht werden:

- Verwaltungsnetzwerk inkl. WLAN, Internetzugang und Fernzugriff
- Telefonie (Infrastruktur und Telefonzentrale)
- Zentrale Verzeichnisse
- Rechenzentrum (RZ-Infrastruktur, Server, Datenspeicherung, -sicherung, -fernlagerung)
- Zentrale Dokumentenablage
- Zentrales Mail/Kalendersystem
- Kantonaler Datenmarkt
- Zentrale Geschäftsverwaltung
- Zentraler Servicedesk
- Bewilligungsplattform
- Kollaborations-Plattform
- Kantonaler Standard-IT-Arbeitsplatz sowie Services für mobile Benutzer/innen
- Kantonale Websites/zentrales Web Content Management
- E-Government-Plattform

Zusätzlich zu den oben erwähnten IT-Services erbringt die ZID weitere Leistungen für einzelne Departemente und Dienststellen, z. B. Betrieb von Anwendungs-, Datenbank- und Web-Servern, Datensicherung und Archivierung und die Realisierung von Webaufträgen.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr standen die folgenden Schwerpunkte im Zentrum:

1. Die Migration des zentralen Verzeichnisses 'Basis05' auf eine aktuelle technische Plattform zwecks Sicherstellung des Betriebs wurde durchgeführt.
2. Migration der kantonalen Telefonie auf internetbasierte Telefonie (Voice over IP). Diese Arbeiten werden zwecks Kostenminimierung im Rahmen von Gebäudesanierungen und der Anpassung deren Erschliessung mittels Glasfaser über mehrere Jahre durchgeführt.
3. Der Ausbau der E-Government-Plattform zur Abwicklung von Geschäften von Einwohnerinnen und Einwohner sowie Unternehmen über das Internet wurde im Rahmen des Impulsprogramms E-Government vorangetrieben.
4. Kapazitätsausbau und technische Aktualisierung verschiedener Infrastrukturlösungen (im Netzwerkbereich, Perimetersicherheit sowie Submission einer Datenspeicher-/Archivierungslösung).
5. Vorarbeiten zur weiteren Integration von IT-Leistungen der Informatik JSD in die kantonalen Standardservices im Bereich des Serverbetriebs und des Netzwerks wurden durchgeführt.
6. Die ZID zogen von den Standorten Petersgraben 52 und Spalenvorstadt 14 an die Spiegelgasse 2/4 in ein platz- und ressourcenschonendes Open-Space-Konzept.
7. Im organisatorischen Bereich wurden verschiedene Projekte zur Optimierung und Effizienzsteigerung durchgeführt. So wurde die Abteilung Unterstützungsdienste in die neue Abteilung Unternehmenssteuerung und Compliance überführt, der Aufbau des Informationssicherheitsmanagementsystems nach ISO 27001 abgeschlossen, das interne Aktenführungskonzept überarbeitet und das Prozessmanagement inkl. kontinuierlichem Verbesserungsprozess vorangetrieben.

Besonders erfreulich ist, dass die Effizienzsteigerungsmassnahmen Wirkung zeigen. Mit 37.9 Mio. Franken (2014), 36.4 Mio. Franken (2015) und 36.5 Mio. Franken (2016) wurde das Budget reduziert, bei gleichzeitig neuen Leistungen (innerhalb des Budgets) von 4.4 Mio. Franken (1.4 Mio. Franken WebBS und 3.0 Mio. Franken WorkplaceBS). Die beiden neuen Services konnten somit mit Effizienzgewinnen finanziert werden.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-15'290.3	-16'693.5	-16'524.3	169.2	1.0	-1'234.1	-8.1 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-19'159.4	-18'406.5	-16'162.2	2'244.3	12.2	2'997.2	15.6 ²
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1'061.6	-1'324.5	-1'862.7	-538.2	-40.6	-801.1	-75.5
Betriebsaufwand	-35'511.2	-36'424.5	-34'549.3	1'875.2	5.1	961.9	2.7
42 Entgelte	32'055.9	29'915.8	30'038.7	122.9	0.4	-2'017.2	-6.3
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	390.1	390.1	n.a.	390.1	n.a. ³
Betriebsertrag	32'055.9	29'915.8	30'428.8	513.0	1.7	-1'627.1	-5.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-3'455.3	-6'508.7	-4'120.5	2'388.2	36.7	-665.2	-19.3 ⁴
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-4'156.1	-5'645.7	-3'326.4	2'319.3	41.1	829.7	20.0
Abschreibungen	-4'156.1	-5'645.7	-3'326.4	2'319.3	41.1	829.7	20.0
Betriebsergebnis	-7'611.4	-12'154.4	-7'446.8	4'707.6	38.7	164.6	2.2
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	-0.7	-0.7	n.a.	-0.7	<-100.0
44 Finanzertrag	9.8	0.0	2.3	2.3	n.a.	-7.5	-76.4
Finanzergebnis	9.7	0.0	1.6	1.6	n.a.	-8.1	-83.5
Gesamtergebnis	-7'601.6	-12'154.4	-7'445.2	4'709.2	38.7	156.4	2.1
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-7'601.6	-12'154.4	-7'445.2	4'709.2	38.7	156.4	2.1

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-1'609.0	0.0	-2'198.3	-2'198.3	n.a.	-589.3	-36.6
Ausgaben Kleininvestitionen	-1'036.4	-1'740.0	-1'173.8	566.2	32.5	-137.4	-13.3 ⁵
Nettoinvestitionen	-2'645.4	-1'740.0	-3'372.1	-1'632.1	-93.8	-726.8	-27.5
Saldo Investitionsrechnung	-2'645.4	-1'740.0	-3'372.1	-1'632.1	-93.8	-726.8	-27.5

Kommentar

- Die positive Abweichung im Resultat 2015 ist begründet in diversen Vakanzen, die längere Zeit nicht besetzt werden konnten, sowie noch nicht besetzten, jedoch budgetierten Stellen in den Projekten WorkplaceBS und eGovernment. Offene Vakanzen wurden mit externen Ressourcen (temporäre Mitarbeitende) besetzt. Damit konnten auch die Aufwendungen für Dienstleistungen im Sachkostenbereich reduziert werden.
- Die budgetierten Sachkosten wurden durch Veränderungen in mehreren Vorhaben im 2015 stark beeinflusst. Die wichtigsten Abweichungen gegenüber Budget liegen in tieferen Aufwendungen für die neuen Räumlichkeiten (IVR-Raummierte, Strom, Bewachungsgebühren etc. 290'000 Franken) und tieferen HW-Wartungskosten (360'000 Franken). Ausserdem führte die spätere Auftragserteilung für das eGov-Impulsprogramm dazu, dass Dienstleistungs- und SW-Kosten für notwendige Anpassungen im Datenmarkt, der Bewilligungsplattform und eGov Infrastruktur noch nicht angefallen sind. Diese Kosten werden im 2016 anfallen.
- Die Migration des zentralen Verzeichnisses „Basis05“ konnte, entgegen der ursprünglichen Planung, vollständig mit internen Ressourcen realisiert werden. Diese Eigenleistungen wurden aktiviert. Es entstanden keine externen Kosten.
- Die positive Abweichung des zweckgebundenen Betriebsergebnisses ist durch die tieferen Sach- und Personalkosten begründet.
- Das Budget Kleininvestitionen wurde nicht ausgeschöpft, da im Service WorkplaceBS weniger Neu-Geräte nachgefragt wurden als budgetiert (Life Cycle und Neugeräte). Die Kleininvestitionen im Bereich DANEBs wurden, mit Ausnahme der Position für Harnos-Ausbauten, ebenfalls nicht ausgeschöpft (abhängig von Gebäudeplanungen der Departemente und Dienststellen).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	96.8	93.0	95.4	95.4	100.8 ¹
Verfügbarkeit IKT-Basisdienste	Fälle	1	2	2	0	0 ²
Datenintegrität IKT-Basisdienste	Min	0	0	0	0	0 ³
Basis05 Accounts	Anz	6'809	7'015	7'179	7'191	7'359 ⁴

Kommentar

- 1 Mit 100.8 Vollzeitäquivalent gegenüber dem budgetierten Headcount von 106.9 Vollzeitäquivalent ist der personelle Unterbestand teilweise kompensiert worden (Service WorkplaceBS). Im 2014 betrug der Unterbestand noch 95.4 Vollzeitäquivalent gegenüber 112.4 Vollzeitäquivalent. Die temporär eingesetzten teureren, externen Ressourcen konnten zum Teil abgebaut werden. Durch die nach wie vor verbleibenden externen Ressourcen konnten die Dienstleistungskosten im Sachkostenbereich reduziert werden.
- 2 Die Kennzahl misst die Anzahl Störungen mit einer Ausfallzeit von > 4 Stunden gemäss Service Level Agreement.
- 3 Die Kennzahl umfasst die maximale Datenverlustzeit für IKT-Basisdienste gemäss Service Level Agreement (technische Schadensereignisse; sie umfasst keine Verluste, die durch Fehlmanipulation von Anwendern, Malware oder SW-Fehler verursacht werden).
- 4 Die Kennzahl misst die Anzahl aller in der zentralen Administration eröffneten IT-Benutzerinnen und IT-Benutzer, wobei nur Personen gezählt werden, die in einem Anstellungsverhältnis mit Basel-Stadt sind. Bei angeschlossenen Instituten werden alle gezählt. Diese Kennzahl ist nur bedingt beeinflussbar, zeigt aber die Entwicklung der aktiven Benutzerinnen und Benutzer.

IT-Plattformen

- Überprüfung und Optimierung der Betriebskosten durch Konsolidierung von Plattformen und Neuausschreibung von Leistungen.
- Optimierung und Automatisierung der Betriebsprozesse wie Incident-, Change- und Problemmanagement sowie Configuration-Management.
- Durchführung von diversen grossen bis sehr grossen Netzwerkprojekten, wie HARMOS, Lifecycle-Ersatz von Kernsystemen des kantonalen Netzwerks und von Aktivkomponenten in knapp 40 Gebäuden der kantonalen Verwaltung.
- Vorbereitung der Übernahme des Serverbetriebs von der Informatik JSD in den kantonalen IKT-Basisservice Rechenzentrum.
- Erfolgreiche Migration der kantonalen Geschäftsverwaltungslösung auf eine neue Datenbank-Plattform.

IT-Arbeitsplatz

- Kostenoptimierung des kantonalen IT-Standardarbeitsplatzes.
- Umsetzung der Migration der kantonalen Telefonie auf internetbasierte Telefonie (VoIP).
- Vorbereitung der Ablösung des zentralen Servicedesk-Tools im Hinblick auf eine kantonale Lösung inklusive automatisierten Schnittstellen in Umsysteme zwecks effizienter Arbeitsprozesse.

E-Government

- Ausbau der E-Government-Plattform im Auftrag des Impulsprogramms E-Government und Realisierung neuer E-Government-Anwendungen für die Dienststellen.
- Migration des zentralen Verzeichnisses Basis05 auf eine aktuelle Lösung zur Sicherstellung des Betriebs.
- Auswahl von mehreren geeigneten IT-Dienstleistern im Web-Bereich zur kosteneffizienten Weiterentwicklung und Ausführung von Arbeiten im Internetbereich.

Zentraler Personaldienst

FD-409

Der Zentrale Personaldienst (ZPD) entwickelt Konzepte, Systeme und Instrumente zur gezielten Förderung und Weiterentwicklung eines professionellen, zukunftsgerichteten Personalmanagements im Kanton Basel-Stadt. Durch kompetente Beratung der Dezentralen Personaldienste sorgt er für die korrekte und einheitliche Anwendung der gesetzlichen Grundlagen bzw. Vorgaben des Regierungsrates und liefert mittels einem verwaltungsweiten Personalcontrolling die relevanten Steuerungsgrößen für die Ressourcen im Personalbereich. Im Weiteren pflegt er zur Gewährleistung einer gut funktionierenden Sozialpartnerschaft einen regelmässigen Austausch mit den Sozialpartnern.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Als Querschnittsfunktion unterstützt, steuert und koordiniert die Personalfachorganisation die Personalprozesse. Entsprechend den personalstrategischen Leitlinien steht dabei Professionalität in Organisation, Gestaltung und Dienstleistungserbringung an oberster Stelle.

Zentrales Personalmanagement

Neben personalpolitisch bzw. personalstrategisch relevanten Schwerpunkten (siehe dazu das Kapitel Personalentwicklung) standen 2015 vor allem folgende Projekte im Vordergrund:

Verfeinerung des Personalcontrolling-Instrumentariums Den Führungsverantwortlichen und der Personalfachorganisation soll ein benutzerfreundliches Managementcockpit mit allen im Personalcontrolling Konzept festgehaltenen Kennzahlen zur Verfügung gestellt werden. Dazu wurde 2015 das bestehende Business Warehouse aufgrund neuer Erkenntnisse und diverser Änderungen durch die Einführung von HRM2 konzeptionell und weitgehend bereits auch technisch angepasst. Das Projekt wird 2016 abgeschlossen.

Einführung eines systemunterstützten Bewerbermanagements Auf dem Stellenportal des Kantons werden die offenen Stellen ausgeschrieben und Interessierte können ihre Bewerbungsunterlagen online einreichen. Im Rahmen der permanenten Optimierung und Standardisierung der Personalprozesse war vorgesehen, das gesamte Bewerbermanagement neu zu gestalten. Das Projekt wurde ressourcenbedingt zurückgestellt.

Umzug des Zentralen Personaldienstes Da der Hauptstandort des ZPD an der Rebgrasse einer anderen Nutzung zugeführt wurde, erfolgte ein Umzug an die Spiegelgasse. Bei dieser Gelegenheit war es möglich, die bisher auf zwei Standorte verteilten Büros (Rebgrasse und Aeschenvorstadt) zusammenzulegen, und auch näher an die anderen Dienststellen des Finanzdepartements zu rücken. Die Vorbereitung des Standortwechsels inkl. der Mitarbeit bei der Planung und Umsetzung der Gebäudesanierung, der Umzug selbst sowie die Nacharbeiten beanspruchten mehr Ressourcen als geplant, was zum Teil zu Verzögerungen bei anderen Projekten des Zentralen Personaldienstes führte.

Neuer Arbeitgeberauftritt Im Zuge des Projekts WebBS wurde der Arbeitgeber-Webauftritt neu gestaltet. Dabei wurden die Webseiten zum Arbeitgeber, Stellenmarkt und zu den Lehrstellen in einem Auftritt zusammengeführt. Im Weiteren wurden die Inhalte, welche bislang im Intranet und im Internet identisch waren, getrennt und auf die jeweilige Zielgruppe bezogen komplett überarbeitet.

Per Anfang 2015 wurde der neue, attraktive Internetauftritt www.arbeitgeber.bs.ch aufgeschaltet, welcher speziell auf potenzielle Bewerber und am Kanton als Arbeitgeber Interessierte zugeschnitten ist. Per Mitte 2015 folgte auch das neue Intranet „Arbeiten bei BS“, in welchem sich die Mitarbeitenden des Kantons über alle wesentlichen Fragen zu ihrem Anstellungsverhältnis informieren können. Sämtliche Inhalte wurden überarbeitet und in einer neuen, von Mitarbeitenden als Test-User validierten Themenstruktur abgebildet.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-8'863.6	-10'080.0	-9'289.1	790.8	7.8	-425.6	-4.8 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'170.5	-2'652.3	-2'204.6	447.6	16.9	-34.1	-1.6 ²
Betriebsaufwand	-11'034.1	-12'732.2	-11'493.7	1'238.5	9.7	-459.7	-4.2
42 Entgelte	5'575.8	5'723.3	5'362.0	-361.3	-6.3	-213.8	-3.8 ³
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	340.5	340.5	n.a.	340.5	n.a. ⁴
Betriebsertrag	5'575.8	5'723.3	5'702.5	-20.8	-0.4	126.7	2.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-5'458.3	-7'008.9	-5'791.2	1'217.7	17.4	-333.0	-6.1
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-308.7	-442.7	-1'044.0	-601.3	<-100.0	-735.3	<-100.0 ⁵
Abschreibungen	-308.7	-442.7	-1'044.0	-601.3	<-100.0	-735.3	<-100.0
Betriebsergebnis	-5'766.9	-7'451.6	-6'835.2	616.4	8.3	-1'068.3	-18.5
34 Finanzaufwand	-0.0	0.0	-0.1	-0.1	n.a.	-0.0	<-100.0
Finanzergebnis	-0.0	0.0	-0.1	-0.1	n.a.	-0.0	<-100.0
Gesamtergebnis	-5'766.9	-7'451.6	-6'835.3	616.3	8.3	-1'068.3	-18.5
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-5'766.9	-7'451.6	-6'835.3	616.3	8.3	-1'068.3	-18.5

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-802.2	0.0	-387.9	-387.9	n.a.	414.2	51.6
Nettoinvestitionen	-802.2	0.0	-387.9	-387.9	n.a.	414.2	51.6
Saldo Investitionsrechnung	-802.2	0.0	-387.9	-387.9	n.a.	414.2	51.6

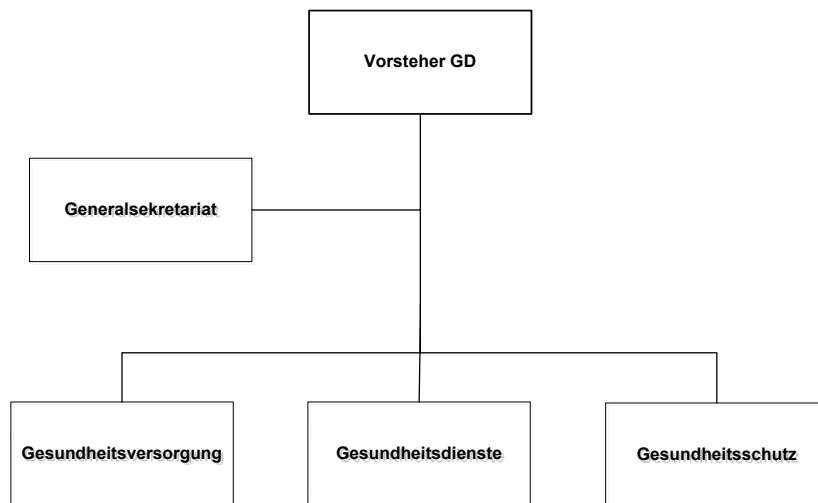
Kommentar

- 84% der nicht ausgeschöpften Mittel begründen in einer Praxisänderung der Mittelvergabe bei den Einzelposten Sozialstellenplan und Reintegrationsstellenbudget/Chancenkasse. Die restlichen 16% begründen sich durch Mutterschaftsurlaub und vorübergehender Vakanzten.
- Die nicht ausgeschöpften Sachmittel erklären sich hauptsächlich durch die Konzentration der Ressourcen auf das Projekt Systempflege und auf den Umzug an die Spiegelgasse. Ein weiterer Grund betraf die Startverschiebung individueller Massnahmen der Teilnehmenden im Projekt Laufbahn von Sommer auf Herbst 2015.
- Die aktivierte Eigenleistung für das Projekt Systempflege wurde in FDK 42 budgetiert, aber in FDK 43 gebucht.
- S. Fussnote 3/FDK 42.
- Nicht aktivierbare Kosten des Projektes Systempflege werden im laufenden Jahr zu 100% abgeschrieben.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	41.1	47.4	50.4	51.9	51.5
Einbinden der Führungskräfte ins Personalmanagement	%	90	88	89	88	87
Einhaltung der Geschlechterquote von mind. 25% Frauen/Männer	%	80	80	77	77	100
Durchschnittlicher Erfüllungsgrad der Qualitätsstandards ZPD	%	-	-	-	-	-

4.2.5 Gesundheitsdepartement

GD-701	Generalsekretariat GD	279
GD-702	Gesundheitsdienste	281
GD-706	Gesundheitsschutz	285
GD-720	Öffentliche Zahnkliniken	289
GD-730	Gesundheitsversorgung	292



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-44.3	-45.8	-44.5	1.3	2.8	-0.2	-0.5 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-15.8	-16.3	-15.7	0.6	3.7	0.1	0.8
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.7	-0.6	-0.7	-0.1	-18.4	-0.1	-11.1
36 Transferaufwand	-508.2	-501.9	-513.4	-11.4	-2.3	-5.1	-1.0 ³
Betriebsaufwand	-569.0	-564.7	-574.3	-9.6	-1.7	-5.3	-0.9
42 Entgelte	19.6	20.2	20.0	-0.2	-1.1	0.4	2.2
43 Verschiedene Erträge	0.1	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	-0.1	<-100.0
46 Transferertrag	3.0	3.7	4.6	0.9	24.3	1.6	53.4 ⁴
Betriebsertrag	22.6	23.9	24.6	0.7	2.8	2.0	8.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-546.4	-540.8	-549.7	-9.0	-1.7	-3.3	-0.6
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-0.5	-0.3	-0.5	-0.1	-39.0	0.0	2.6
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-0.5	0.0	-0.8	-0.8	n.a.	-0.3	-51.9
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.0	0.0
Abschreibungen	-1.0	-0.3	-1.3	-0.9	<-100.0	-0.3	-26.4
Betriebsergebnis	-547.4	-541.1	-551.0	-9.9	-1.8	-3.6	-0.7
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-15.8	0.0	8.2
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	-0.0	-9.8	-0.0	-28.6
Finanzergebnis	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-35.1	-0.0	-7.4
Gesamtergebnis	-547.4	-541.1	-551.0	-9.9	-1.8	-3.6	-0.7
davon Funktionen:							
2 Bildung	-71.9	-73.9	-74.8	-1.0	-1.3	-3.0	-4.2
4 Gesundheit	-410.4	-400.2	-409.4	-9.2	-2.3	1.0	0.2
5 Soziale Sicherheit	-64.1	-66.0	-65.8	0.2	0.3	-1.7	-2.6
7 Umweltschutz und Raumordnung	0.0	-0.0	0.0	0.0	>100.0	0.0	79.5
8 Volkswirtschaft	-1.0	-1.0	-1.0	0.0	4.7	0.0	4.8

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-1.2	0.0	-0.5	-0.5	n.a.	0.7	59.3
Ausgaben Kleininvestitionen	-0.5	0.0	-0.4	-0.4	n.a.	0.1	24.4
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-13.2	0.0	-7.3	-7.3	n.a.	5.9	45.0
Nettoinvestitionen	-14.9	0.0	-8.1	-8.1	n.a.	6.8	45.5
Saldo Investitionsrechnung	-14.9	0.0	-8.1	-8.1	n.a.	6.8	45.5

Kommentar

- 1 Aufgrund von Vakanzen sowie der Reorganisation des Departements wurde in diversen Dienststellen der Personalaufwand unterschritten.
- 2 Der Transferaufwand beinhaltet zur Hauptsache die kantonalen Beiträge in der Spital- und Pflegefinanzierung. Die Verschlechterungen gegenüber dem Budget wie auch gegenüber dem Vorjahr sind schwergewichtig auf Entwicklungen beim Kantonsanteil für stationäre Spitalbehandlungen zurückzuführen (gegenüber Budget rund -15 Mio. Franken, gegenüber Vorjahr rund -7 Mio. Franken). In Bezug auf die Budgetabweichung ist zu berücksichtigen, dass zum Zeitpunkt der Budgeterstellung verschiedene Effekte und Entwicklungen noch nicht bekannt bzw. abschätzbar waren. Im Wesentlichen kommen die gleichen Effekte zum Tragen: einerseits wurde im Swiss DRG Katalog die Vergütung der Leistungen in der Akutgeriatrie stark aufgewertet, was zu Mehrkosten gegenüber dem Vorjahr von rund 5 Mio. Franken geführt hat. Gegenüber den Budgetzahlen ist dieser Effekt noch deutlich ausgeprägter. Ferner war im Jahr 2015 eine deutliche und unerwartete Zunahme von ausserkantonalen Behandlungen in der Rehabilitation und der Psychiatrie zu verzeichnen (rund 8 Mio. Franken). Um ca. 6 Mio. Franken rückläufig waren dafür die Kosten für psychiatrische Behandlungen in baselstädtischen Kliniken. Die ausgerichteten Beiträge für die Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitäler lagen im budgetierten Rahmen.

- 3 Gegenüber dem Vorjahr war ein Rückgang um ca. 3.5 Mio. Franken zu verzeichnen, welcher auf den geplanten Abbau der Beiträge zur Abgeltung der Unterdeckung der ambulanten Spitalleistungen in den öffentlichen Spitälern zurückzuführen ist. Der Transferaufwand für die Pflegefinanzierung lag rund 4 Mio. Franken unter Budget und ist gegenüber dem Vorjahr um rund 3 Mio. Franken angestiegen, was auf eine leichte Mengenerhöhung in den Pflegeheimen wie auch bei den Spitex Leistungen zurückgeht. Ferner ergab sich gegenüber dem Vorjahr ein Minderaufwand von 2 Mio. Franken durch den vereinbarten Abbau der Abgeltung an das Bürgerspital. Um rund 1.4 Mio. Franken tiefer als budgetiert ist auch der Aufwand für stationäre Suchttherapien ausgefallen.
 - 4 Zulasten diverser Fonds wurden mehr Ausgaben getätigt, als während der Budgetierung angenommen wurde. Diese Mehraufwendungen in den Konten 30 und 36 wurden durch höhere Entnahmen, welche im Konto 46 verbucht werden, gedeckt.
-

Generalsekretariat GD

GD-701

Das Generalsekretariat stellt die Geschäftsabwicklung des Departements mit dem Regierungsrat, dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, den weiteren kantonalen Verwaltungsstellen sowie mit Dritten sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete interne Abläufe. Mit zentralen Dienstleistungen in den Abteilungen Personal, Kanzlei und Recht und den drei Stabsstellen Kommunikation, Planungscoordination und Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen unterstützt es den Vorsteher und die Bereiche des Departements. Die Stabsstelle Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen vertritt seit 2012 die Eigentümerinteressen gegenüber den verselbständigten öffentlichen Spitälern des Kantons Basel-Stadt sowie gegenüber dem Universitäts-Kinderspital beider Basel. Im Zuge der Neustrukturierung des Gesundheitsdepartements per 1. Januar 2016 werden im Generalsekretariat neu Querschnittsfunktionen, welche die Bereichsleitenden bisher wahrgenommen haben, im Generalsekretariat zusammengezogen.

Internet: www.gd.bs.ch

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Vertiefte Kooperation im Gesundheitswesen zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft

Die Regierungen der beiden Kantone haben im Frühjahr 2015 beschlossen, dass die Planung der Gesundheitsversorgung koordiniert und die beiden öffentlichen Spitälern USB und KSBL zu einer gemeinsamen Spitalgruppe zusammengefasst werden sollen. Dazu wurde innerhalb der beiden Gesundheitsdirektionen eine Projektorganisation aufgebaut, welche bis Ende des 3. Quartals 2016 Ergebnisse liefern wird.

Beteiligungsmanagement Die öffentlichen Spitäler wurden per 1. Januar 2012 verselbstständigt. Die Stabsstelle Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen des Gesundheitsdepartements nimmt als zuständige Fachstelle auf der Basis des Gesetzes über die öffentlichen Spitäler, des Staatsvertrages zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über das Universitäts-Kinderspital beider Basel sowie der Public Corporate Governance-Richtlinien des Regierungsrates die Aufgaben der Vertretung der Eigentümerinteressen gegenüber den öffentlichen Spitälern des Kantons Basel-Stadt (Universitätsspital Basel, Felix Platter-Spital, Universitäre Psychiatrische Kliniken) sowie dem Universitäts-Kinderspital beider Basel, die gesetzliche Aufsicht und das entsprechende Beteiligungscontrolling wahr.

Der Regierungsrat hat im Herbst 2015 die Verwaltungsräte der öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt (Universitätsspital Basel, Felix Platter-Spital, Universitäre Psychiatrische Kliniken) für die neue Amtsperiode 2016-2019 gewählt. Er hat ebenfalls die ab 1. Januar 2016 gültigen Eignerstrategien für die drei öffentlichen Spitäler genehmigt und veröffentlicht. Nachdem die baselstädtische Stimmbewölkerung das Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin (UZBG) am 8. März 2015 deutlich mit 64% angenommen hat, wird das UZB per 1. Januar 2016 verselbstständigt. Entsprechend wurde im Verlauf des Jahres 2015 die Ausgliederung der Schulzahnklinik und Volkszahnklinik aus dem Gesundheitsdepartement sowie der Universitätskliniken für Zahnmedizin aus der Universität Basel und deren Zusammenführung in das UZB vorbereitet. Dazu wählte der Regierungsrat im Herbst 2015 den Verwaltungsrat für die Amtsperiode 2016-2019 und die Revisionsstelle des UZB.

Im Jahr 2015 standen bei den öffentlichen Spitälern verschiedene grosse Bauvorhaben im Fokus: Die Universitären Psychiatrischen Kliniken planen einen Neubau für die Kinder- und Jugendpsychiatrische Klinik auf dem eigenen Areal. Dagegen wurde im September 2014 eine Verfassungsinitiative eingereicht, welche fordert, dass die Kinder- und Jugendpsychiatrie räumlich in der Nähe des Universitäts-Kinderspitals beider Basel betrieben werden soll. Der Regierungsrat hat dem Grossen Rat im Sommer 2015 beantragt, die Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Das Universitätsspital Basel hatte Mitte 2013 den Wettbewerb für die Erneuerung des Klinikums 2 abgeschlossen. Der Regierungsrat hat Mitte 2014 dem Grossen Rat den Ratschlag für den für die Umsetzung erforderlichen Bebauungsplan zugestellt, welcher vom Grossen Rat am 20. Mai 2015 genehmigt wurde. Gegen diesen Beschluss haben der Schweizer Heimatschutz, der Basler Heimatschutz und die Freiwillige Basler Denkmalpflege Rekurs ergriffen. Schliesslich konnte im 2015 das

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-4'004.4	-4'214.6	-3'902.6	312.0	7.4	101.8	2.5 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'454.3	-1'602.7	-1'545.6	57.1	3.6	-91.3	-6.3
36 Transferaufwand	-33.0	-33.5	-34.3	-0.8	-2.4	-1.3	-4.1
Betriebsaufwand	-5'491.7	-5'850.8	-5'482.5	368.3	6.3	9.2	0.2
42 Entgelte	125.1	130.8	121.5	-9.3	-7.1	-3.6	-2.9
46 Transferertrag	300.0	300.0	300.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsertrag	425.1	430.8	421.5	-9.3	-2.2	-3.6	-0.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-5'066.5	-5'420.0	-5'061.0	359.0	6.6	5.6	0.1
Betriebsergebnis	-5'066.5	-5'420.0	-5'061.0	359.0	6.6	5.6	0.1
34 Finanzaufwand	-0.2	0.0	-0.4	-0.4	n.a.	-0.2	-91.0
44 Finanzertrag	2.4	0.0	0.0	0.0	n.a.	-2.4	-100.0
Finanzergebnis	2.2	0.0	-0.4	-0.4	n.a.	-2.6	<-100.0
Gesamtergebnis	-5'064.3	-5'420.0	-5'061.3	358.7	6.6	3.0	0.1
davon Funktionen:							
29 Übriges Bildungswesen	-78.7	-70.3	-83.7	-13.4	-19.1	-5.0	-6.4
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-4'985.6	-5'349.7	-4'977.6	372.1	7.0	8.0	0.2

Kommentar

1 Nichtbesetzungen von Vakanzen sowie Rückzahlungen von Kranken- und Unfalltaggeldern führen zu einer Unterschreitung des Personalaufwandes.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	29.1	27.5	25.0	25.2	25.5
Von der Psychiatrie-Rekurskommission behandelte Rekurse	Anz	189	183	0	0	0 ¹
Beim Rechtsdienst eingegangene Rekurse	Anz	5	9	14	5	3
Anteil Rekursentscheide in 3 Mt seit StN VI.	%	80	100	67	60	100

Kommentar

1 Aufgrund der Umsetzung des neuen Erwachsenenschutzrechts per 1. Januar 2013 entfallen beim Gesundheitsdepartement die Aufgaben der Psychiatrierekurskommission.

Felix Platter-Spital die Bauarbeiten für seinen Ersatzneubau in Angriff nehmen, welcher 2018 in Betrieb genommen werden soll.

Gesundheitsdienste

GD-702

Die Gesundheitsdienste erbrachten im Berichtsjahr in vier Abteilungen (Präventiv- und Sozialmedizin [bis 30. April 2015 Medizinisch-pharmazeutische Dienste und Prävention], Sucht, Heilmittelwesen sowie Projekte und Services [beide bis 30. April 2015 Medizinisch-pharmazeutische Dienste]) Dienstleistungen für die Bevölkerung.

Die Abteilung Präventiv- und Sozialmedizin erhält und fördert mit gezielten Aktivitäten die Gesundheit der Einwohnerinnen und Einwohner im Kanton Basel-Stadt. Innerhalb der Abteilung setzen sich der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst für eine gesunde Entwicklung der Kinder und Jugendlichen und das Fachteam Prävention für die allgemeine Gesundheitsvorsorge ein. Zu den Aufgaben des Fachteams Sozialmedizin gehören arbeitsmedizinische und vertrauensärztliche Abklärungen, das Wohnungswesen, die Gefängnismedizin und die fürsorgliche Unterbringung. Hinzu kommen kantonsärztliche Aufgaben wie die Leitung des Fachbereichs Gesundheit der kantonalen Krisenorganisation und die kantonale Pandemieplanung sowie weitere epidemiologische Aufgaben.

Die Abteilung Sucht sorgt dafür, dass ein adäquates Suchthilfeangebot zur Verfügung steht und effizient genutzt wird. Ziel ist dabei, die Anzahl neuer Suchtmittelabhängiger zu senken, die Zahl jener zu steigern, denen der Ausstieg gelingt, die gesundheitlichen Schäden und die soziale Ausgrenzung von Suchtmittelabhängigen zu vermindern und den öffentlichen Raum vor negativen Auswirkungen der Drogenproblematik zu schützen.

Die Abteilung Heilmittelwesen ist als Fachinstanz insbesondere zuständig für Heilmittelsicherheit und Qualitätssicherung. Dies sind die pharmazeutischen Belange der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung, der Vollzug der Gesetzgebung über den Heilmittelverkehr und über die Betäubungsmittel, die Aufsicht über die pharmazeutischen Berufe und die Heilmittelabgabestellen wie Apotheken, Drogerien, Spitäler und Pflegeheime.

Zu den Aufgaben der Abteilung Projekte und Services gehören die Unterstützung der Aufsicht über sowie teilweise die Erteilung von Bewilligungen für Medizinalpersonen, das kantonale Förderprogramm für angehende Hausärztinnen und -ärzte sowie die Registrierung von Krebserkrankungen für die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft.

Schliesslich sind die Gesundheitsdienste verantwortlich für die konkrete Umsetzung der regierungsrätlichen Leitlinien zu Basel 55+.

Im Zuge der Neustrukturierung des Gesundheitsdepartements per 1. Januar 2016 wurde der Bereich Gesundheitsdienste als eigene Organisationseinheit per Ende des Berichtsjahres aufgelöst. Per Anfang 2016 werden dessen bisherige Abteilungen Präventiv- und Sozialmedizin, Heilmittelwesen sowie Projekte und Services unter Einbezug des bis Ende 2015 dem Bereich Gesundheitsschutz angegliederten Kantonszahnärztlichen Dienstes zur neuen Dienststelle Medizinische Dienste zusammengefasst und wie auch die in der Struktur unverändert gebliebene Abteilung Sucht dem Departementvorsteher neu direkt unterstellt.

Internet: www.gesundheitsdienste.bs.ch

www.mixyourlife.ch

www.allesgutebasel.ch

www.gesundheit.bs.ch

www.sucht.bs.ch

www.aelterbasel.ch

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Abteilung Präventiv- und Sozialmedizin Im Berichtsjahr wurden 1'588 (2014: 1'139) Fälle meldepflichtiger Infektionskrankheiten mitgeteilt. Der Anstieg hängt im Wesentlichen mit dem vermehrten Auftreten von Grippe-Erkrankungen zusammen. Die Zahl der Tuberkulose-Infektionen stabilisierte sich bei 20 (18) Fällen. Zudem wurden 3 (0) Masernfälle gemeldet. 2015 hat die Abteilung 373 (360) vertrauensärztliche und arbeitsmedizinische Abklärungen durchgeführt, von denen 198 (177) mit und 175 (183) ohne Konsultation erfolgten. Im Bereich Wohnungswesen wurden sodann 1'058 (878) telefonische Beratungen und Abklärungen sowie 94 (86) Begehungen vorgenommen. Auch im Jahr 2015 wurde die medizinische Versorgung in den beiden Basler Gefängnissen sichergestellt. Es erfolgten dort 1'062 (809) Konsultationen. Im Weiteren musste bei 383 (417) von insgesamt 551

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-9'503.6	-9'536.3	-9'166.2	370.1	3.9	337.5	3.6 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-5'288.7	-4'918.6	-5'100.3	-181.7	-3.7	188.4	3.6 ²
36 Transferaufwand	-10'178.2	-11'276.8	-10'563.3	713.5	6.3	-385.1	-3.8 ³
Betriebsaufwand	-24'970.5	-25'731.7	-24'829.8	901.9	3.5	140.8	0.6
42 Entgelte	789.0	689.6	602.4	-87.2	-12.7	-186.6	-23.7 ⁴
43 Verschiedene Erträge	68.7	0.0	-0.2	-0.2	n.a.	-68.9	<-100.0
46 Transferertrag	2'143.3	2'277.1	3'317.7	1'040.6	45.7	1'174.3	54.8 ^{2,3}
Betriebsertrag	3'001.0	2'966.7	3'919.8	953.1	32.1	918.8	30.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-21'969.5	-22'765.0	-20'909.9	1'855.1	8.1	1'059.6	4.8
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-74.1	0.0	0.0	0.0	n.a.	74.1	100.0
Abschreibungen	-74.1	0.0	0.0	0.0	n.a.	74.1	100.0
Betriebsergebnis	-22'043.6	-22'765.0	-20'909.9	1'855.1	8.1	1'133.7	5.1
44 Finanzertrag	1.0	0.0	0.2	0.2	n.a.	-0.8	-80.0
Finanzergebnis	1.0	0.0	0.2	0.2	n.a.	-0.8	-80.0
Gesamtergebnis	-22'042.6	-22'765.0	-20'909.7	1'855.3	8.1	1'132.9	5.1
davon Funktionen:							
43 Gesundheitsprävention	-10'746.5	-11'517.3	-10'227.2	1'290.2	11.2	519.3	4.8
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-11'296.2	-11'247.7	-10'682.6	565.1	5.0	613.6	5.4

Kommentar

- 1 Aufgrund von Vakanzen sowie der Reorganisation des Departements wurde der Personalaufwand unterschritten.
- 2 Der Sach- und Betriebsaufwand ist leicht höher als budgetiert ausgefallen, wobei ein Teil der Aufwendungen durch Mehrerträge in der Kontengruppe 46 ausgeglichen wurde (Fondsentnahmen).
- 3 Die Beiträge für stationäre Suchttherapien waren in deutlich tieferem Umfang erforderlich und bleiben rund 1.4 Mio. Franken unter dem Budget. Ebenso wurde die Unterstützung der Praxisassistenten Hausarztmedizin nicht ganz im erwarteten Rahmen in Anspruch genommen. Die Aufwendungen für Leistungen aus dem Alkoholzehnte, den Drittmitteln und der Spielsuchtabgabe fielen höher aus als budgetiert (rund 400'000 Franken). Diese Mehraufwendungen wurden allerdings durch Entnahmen aus den entsprechenden Fonds gedeckt (Mehrertrag in Konto 46).
- 4 Die Vergütungen für die Leistungen aus HPV-Impfungen sind erneut zurückgegangen, ebenso sind die schulärztlichen Impfungen nicht so hoch ausgefallen wie budgetiert.

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	55.9	59.8	61.0	62.8	63.1
Bewilligungen zur freiberuflichen Tätigkeit als Arzt/Ärztin	Anz	62	90	92	25	32
Auf dem Kantonsgebiet betriebene Apotheken	Anz	74	74	75	76	75
Kostengutsprachen für stationäre Suchttherapien	Anz	116	94	99	70	70
Termingerechte Dossiereröffnung Bewilligungen Apoth./Drog.	%	100	100	100	100	100
Termingerechte Kostengutsprachen für stat. Suchttherapien	%	100	100	100	100	98

(612) Einsätzen eine fürsorgliche Unterbringung ausgesprochen werden. Im Schuljahr 2014/15 untersuchte der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst 4'367 (4'371) Kinder und Jugendliche und es erfolgten 1'621 (1'969) Spezialuntersuchungen, Abklärungen und Beratungen. Bei 2'769 (2'760) Schülerinnen und Schülern wurden die vorhandenen Impfungen überprüft und bei Bedarf individuelle Impfangebote gemacht. Es wurden zudem 2'065 (2'142) Gesundheitsbeurteilungen bei Lernenden vorgenommen.

Ferner wurden im Berichtsjahr verschiedenste Kampagnen (z.B. Psychische Gesundheit, Förderung gesunder Ernährung und Bewegung, Suchtprävention, Sexualerziehung, Frühförderung sowie Alter und Gesundheit) durchgeführt. Die einzelnen Aktivitäten und Angebote sind ausführlich un-

ter www.gesundheit.bs.ch beschrieben. Zur Sensibilisierung der Bevölkerung erfolgten sodann 934 (320) Fachveranstaltungen (Vorträge, Lektionen zu Präventionsthemen) und es wurden 25 (36) Fachbeiträge zu Gesundheitsthemen veröffentlicht.

Abteilung Sucht Im Berichtsjahr wurden insgesamt 852 (2014: 833) Beratungsfälle übernommen von denen 47% (47%) auf das Team Suchtberatung und 53% (53%) auf das Team Case Management entfielen. Zudem wurden bei 301 (309) Fällen Kurzaufklärungen und/oder einmalige Beratungen durchgeführt. Im Weiteren erfolgten 2015 388 (373) Neumeldungen, von denen 176 (155) Fälle vom Team Suchtberatung und 212 (218) vom Team Case Management übernommen wurden. Von den 388 Neumeldungen waren 10% (8%) Drittberatungen (Angehörige, Arbeitgeber usw.), bei rund 77% (81%) der Neumeldungen lag ein Alkoholproblem vor (Alkohol allein oder in Kombination mit anderen Substanzen). Während des Berichtsjahres wurden 70 (70) neue Kostengutsprachen für stationäre Suchttherapien erteilt und im Rahmen des Moduls Arbeitsabklärung Sucht haben 24 (30) Personen mit der Abklärungsphase begonnen.

Zwecks Unterstützung der Hausarztmedizin in der Suchtthematik hat die Abteilung Sucht 2015 gemeinsam mit verschiedenen Fachexperten ein kostenloses Fortbildungsangebot zu den Schwerpunktthemen „Sucht“ und „Psychiatrie“ konzipiert und zur Verfügung gestellt. Sodann fand im November 2015 das Forum für Suchtfragen zum Thema „Integrierte Versorgung im Suchtbereich“ statt. Das in Kooperation mit den Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) im Jahr 2012 gestartete Projekt „Neue Abhängigkeitserkrankungen“ wurde 2015 fortgeführt. Im Weiteren fand im Sommer 2015 unter der Leitung der Stiftung Sucht Schweiz und in Zusammenarbeit mit zehn Deutschschweizer Kantonen eine zweite Sensibilisierungskampagne zu den Risiken des Glücksspiel statt. In Kooperation mit Infodrog, der vom Bundesamt für Gesundheit eingesetzten Schweizerischen Koordinations- und Fachstelle Sucht, und unter Mitwirkung weiterer Kantone wurde zudem das 2014 gestartete Pilotprojekt Safe Zone (Onlineberatung zu Suchtfragen) fortgesetzt. Diese Onlineberatung soll 2016 in ein reguläres Angebot überführt werden. Im Berichtsjahr wurde sodann eine weitere Ausgabe des Magazins „ausgesucht.bs“ zum Thema „Alter und Sucht“ erarbeitet und publiziert.

Abteilung Projekte und Services Im Berichtsjahr wurden 32 (2014: 25) Berufsausübungsbewilligungen zur selbstständigen Tätigkeit an Ärztinnen und Ärzte sowie 6 (12) Betriebsbewilligungen für ambulante Einrichtungen für Ärztinnen und Ärzte erteilt. 2015 nutzten 6 (5) Personen das kantonale Förderprogramm zur Weiterbildung von Assistenzärztinnen und -ärzten in Hausarztpraxen. Die Zahl der Apotheken im Kanton betrug im Berichtsjahr 75 (76), diejenige der Drogerien 13 (13). Um die Tumorzufälligkeit in bestimmten Risikogruppen, in verschiedenen Regionen und im zeitlichen Verlauf zu bestimmen, wurde sodann das Krebsrisiko erstmals nach Gemeinden und Bezirken analysiert, und zwar ab der elektronischen Verfügbarkeit der Daten 1981 bis zur Verfügbarkeit der vollständigen Daten 2010. Die Ergebnisse wurden im Jahresbericht des Krebsregisters beider Basel 2015 publiziert (<http://www.gd.bs.ch/dossiers-projekte/gesundheitsstrategien/krebsstrategie.html>). Für den Zeitraum Januar 1981 bis Dezember 2015 wurden ferner die Daten von ca. 91'000 neu diagnostizierten invasiven Tumoren erfasst.

Basel 55+ Die Age-Stiftung lancierte 2014 das Programm „Socius – wenn Älterwerden Hilfe braucht“, wofür zehn Akteure in Schweizer Gemeinden oder Regionen gesucht wurden, die den Aufbau und Betrieb von bedürfnisorientierten Unterstützungssystemen für ältere Menschen organisieren möchten. Das Basler Netzwerk 55+ wurde als eines von zehn Projekten ausgewählt. Im Kanton Basel-Stadt soll dabei eine zentrale Anlaufstelle aufgebaut werden, bei der sich die ältere Bevölkerung über wohnortnahe Unterstützungsangebote informieren kann. Die konkrete Unterstützung selbst soll vor Ort erfolgen und den Zielen der kantonalen Alterspolitik entsprechen. Das Projekt wird vom Programm Socius bis 2018 finanziell unterstützt. Im Berichtsjahr erfolgte der Start der zweiten kantonalen Bevölkerungsbefragung 55plus. 5'000 Personen im Alter von 55 Jahren und mehr erhielten dazu einen Fragebogen mit Fragen zu ihrer Situation und ihren Bedürfnissen. Die Antworten liefern dem Regierungsrat und den kantonalen Behörden wichtige Anhaltspunkte für die Planung und Steuerung der kantonalen Alterspolitik. Das Statistische Amt legt die Ergebnisse der Befragung im Sommer 2016 vor. Das Projekt „Wohnen für Hilfe“, das Wohnraum von älteren Menschen an Studierende in Basel und Umgebung vermittelt, liegt umsetzungsreif vor. Der Kanton, der Verein für Studentisches Wohnen (WoVe), der Verein 55+ und die Gemeinden Riehen, Aesch, Pfeffingen und Reinach beabsichtigen, das Projekt für Wohnungsvermittlung zwischen Jung und Alt Anfang 2016 zu

starten. Schliesslich liegen für Unterstützungsangebote für ältere Menschen, die sich unfreiwillig auf Wohnungssuche begeben müssen, sowie für die umfassende Informationsvermittlung für pflegende Angehörige umsetzungsreife Konzepte vor. Ferner wurde Café Balance nach dem erfolgreichen Projektstart 2010 kontinuierlich erweitert und feierte im 2015 sein fünfjähriges Jubiläum.

Gesundheitsschutz

GD-706

Der Bereich Gesundheitsschutz bestand im Berichtsjahr durch die Abteilungen Kantonales Laboratorium, Veterinäramt, Institut für Rechtsmedizin, den Kantonszahnärztlichen Dienst und den Betrieb der öffentlichen Zahnkliniken (siehe GD-720).

Im Zuge der Reorganisation des Gesundheitsdepartements wird der Bereich per 1. Januar 2016 aufgelöst. Die Öffentlichen Zahnkliniken werden per 1. Januar 2016 verselbständigt, die drei Abteilungen Kantonales Laboratorium, Veterinäramt und Institut für Rechtsmedizin werden neu dem Departementsvorsteher direkt unterstellt. Der Kantonszahnärztliche Dienst wird neu den Medizinischen Diensten angegliedert.

Internet: www.gesundheitsschutz-bs.ch und <http://www.zahnkliniken.bs.ch>

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Kantonales Laboratorium

Lebensmittel- und Produktesicherheit Das Kantonale Labor kontrolliert laufend das Verhalten von Produzenten, Importeuren und Detaillisten. Die Untersuchungsergebnisse werden auf der Webseite des Labors publiziert. Ende 2015 waren von 2'872 (2014: 2'797) beurteilten baselstädtischen Lebensmittelbetrieben 93% (92%) in den Gefahrenstufen „unbedeutend“ oder „klein“ und 7% (8%) in der Gefahrenstufe „gross“ eingeteilt. Seit 2010 hat sich dabei der Anteil der Gefahrenstufe „gross“ zum ersten Mal um 1% verringert. In der grössten Risikoklasse sind weniger als 1% aller Betriebe eingeteilt.

Chemikaliensicherheit und Störfallvorsorge Um Bevölkerung und Umwelt vor gefährlichen Stoffen und Organismen aus Anlagen und Verkehrswegen bestmöglich zu schützen, wurde die Hälfte der Betriebseinheiten der Höchstisikoklasse mit potenziell gefährlichen Chemikalien oder biologischem Material inspiziert. Dabei wurden erfreulicherweise nur wenige Mängel festgestellt.

Gefahrguttransporte Im vergangenen Jahr hat das Kantonale Laboratorium bei der Kontrolle des Gefahrguttransports in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei wiederum einige Mängel bei Lastwagen sowie bei den Gefahrguttransportbetrieben festgestellt. Die kontrollierten Betriebe müssen sich vermehrt mit der Problematik des Gefahrguttransports auseinandersetzen und regelmässig interne Überprüfungen sowohl der betriebseigenen Fahrzeuge als auch von Fahrzeugen von Fremdfirmen durchführen. Die Überprüfungen der Gefahrgutprozesse in den Betrieben werden in diesem Sinne fortgesetzt.

Der Gefahrguttransport durch den Verkehrsknotenpunkt Basel Badischer Bahnhof wurde an einer Klausur der Basler Regierung mit den Bundesbehörden erörtert. Der Kanton Basel-Stadt wies dabei auf verschiedene Sicherheitsaspekte unter besonderer Berücksichtigung des dichten und urbanen Umfeldes hin.

Veterinäramt

Ausbildungsprogramm Kind & Hund Im Präventionskurs Kind & Hund, der sehr erfolgreich in sämtlichen Kindergärten des Kantons durchgeführt wird, lernen die Kinder elementare Regeln kennen, wie sie sich in Alltagssituationen gegenüber Hunden verhalten sollen, damit es nicht zu Bissverletzungen kommt. Im Jahr 2015 haben 84 (2014: 83) Kindergartenklassen die Grundkurse im Veterinäramt besucht. 55 (52) Klassen wurden im Rahmen des neu eingeführten Ergänzungskurses im Kindergarten besucht.

Policy Mensch & Hund Das Veterinäramt verfolgt das Ziel, eine tierschutzkonforme, artgerechte und sozialverträgliche Hundehaltung in einem urbanen – primär auf den Menschen ausgerichteten – Umfeld zu ermöglichen. Im Berichtsjahr wurden das Zusammenleben von Hundehaltern und anderen Nutzern des öffentlichen Raums erneut untersucht und weitere Hundeeareale evaluiert.

Hundewesen 2015 wurden 87 (92) Meldungen über auffällige Hunde (Bissverletzungen und aggressive Hunde) abgeklärt. In 8 (12) Fällen mussten Massnahmen beim gemeldeten Hund und/oder bei dessen Halterin oder Halter verfügt werden. Wegen Missachtung der Pflicht zur Absolvierung

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-14'934.5	-15'820.8	-15'564.0	256.8	1.6	-629.5	-4.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-5'271.3	-5'381.5	-5'457.2	-75.7	-1.4	-185.9	-3.5
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-578.3	-560.0	-601.0	-41.1	-7.3	-22.8	-3.9
36 Transferaufwand	0.0	-32.0	-36.8	-4.8	-15.0	-36.8	n.a.
Betriebsaufwand	-20'784.0	-21'794.2	-21'659.0	135.2	0.6	-875.0	-4.2
42 Entgelte	7'603.7	8'088.2	8'061.6	-26.6	-0.3	457.9	6.0
43 Verschiedene Erträge	-0.6	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.6	100.0
46 Transferertrag	533.2	1'096.0	949.1	-146.9	-13.4	415.9	78.0 ¹
Betriebsertrag	8'136.2	9'184.2	9'010.7	-173.5	-1.9	874.5	10.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-12'647.8	-12'610.0	-12'648.3	-38.3	-0.3	-0.5	0.0
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-291.5	-329.0	-309.3	19.7	6.0	-17.7	-6.1
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	13.6	0.0	13.6	13.6	n.a.	0.0	0.0
Abschreibungen	-277.9	-329.0	-295.6	33.4	10.1	-17.7	-6.4
Betriebsergebnis	-12'925.7	-12'939.0	-12'943.9	-4.9	0.0	-18.3	-0.1
34 Finanzaufwand	-5.3	0.0	-4.4	-4.4	n.a.	1.0	18.3
44 Finanzertrag	9.0	9.4	8.7	-0.7	-7.8	-0.3	-3.7
Finanzergebnis	3.7	9.4	4.3	-5.1	-54.2	0.6	17.7
Gesamtergebnis	-12'922.0	-12'929.6	-12'939.6	-10.0	-0.1	-17.6	-0.1
davon Funktionen:							
43 Gesundheitsprävention	-2'063.6	-1'739.5	-2'062.8	-323.3	-18.6	0.8	0.0
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-9'841.3	-10'163.8	-9'909.5	254.3	2.5	-68.2	-0.7
73 Abfallwirtschaft	1.2	-9.3	2.2	11.5	>100.0	1.0	79.5
81 Landwirtschaft	-786.7	-697.7	-781.6	-84.0	-12.0	5.1	0.6
83 Jagd und Fischerei	-281.6	-417.3	-286.6	130.7	31.3	-5.0	-1.8
89 Sonstige gewerbliche Betriebe	50.0	97.9	98.7	0.7	0.8	48.7	97.3

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-408.4	0.0	-495.7	-495.7	n.a.	-87.3	-21.4
Ausgaben Kleininvestitionen	-404.0	0.0	-213.6	-213.6	n.a.	190.5	47.1
Nettoinvestitionen	-812.4	0.0	-709.3	-709.3	n.a.	103.2	12.7
Saldo Investitionsrechnung	-812.4	0.0	-709.3	-709.3	n.a.	103.2	12.7

Kommentar

1 Verzögerungen bei der Besetzung von Vakanzen im Zusammenhang mit der Lehr- und Forschungstätigkeit des Instituts für Rechtsmedizin an der Universität Basel führten zu einer tieferen Abgeltung seitens der Universität.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	80.3	77.5	79.9	81.8	87.3
Überprüfung Beissvorfälle mit auffälligen Hunden	Anz	90	99	93	92	87
Gutgeheissene Rekurse gg. Verfügungen des Veterinäramtes	Anz	0	0	0	0	0 ¹
Anteil kontrollierter Lebensmittelbetriebe im Kanton	%	45	42	45	37	39
Unters. Proben bei Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen	Anz		25.7	28.2	29.6	29.8 ²
Anteil kontrollierter Betriebe	%	55	45	45	43	46 ³
Anzahl bearbeiteter Fälle im Institut für Rechtsmedizin	Anz	7'300	8'100	8'380	8'590	15'250 ⁴
Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden des IRM ist hoch	%	99	100	100	100	5 ⁵

Kommentar

- 1 Es handelt sich um Verfügungen betreffend Hundehaltung.
- 2 Neue Kennzahl ab 2012. Der Anteil wird pro 1'000 Einwohner berechnet.
- 3 Es handelt sich um Betriebe, die der Störfall- und Einschliessungsverordnung unterstehen.
- 4 Für das Jahr 2015 werden erstmals die Anzahl Aufgaben anstelle der Anzahl Fälle gezeigt; für das Jahr 2014 entsprechen die Anzahl Fälle von 8'590 der Anzahl Aufgaben von 14'250
- 5 Kundenbefragung wird alle zwei Jahre durchgeführt.

des obligatorischen Sachkundenachweises der Hundehaltenden mussten 108 (68) Personen gezeigt werden.

Artenschutz Import/Export Im Berichtsjahr wurden insgesamt 3'342 (3'392) Sendungen von in die Schweiz eingeführten Tieren und Waren, welche der Artenschutzgesetzgebung unterliegen, kontrolliert. Bei 130 (117) Sendungen handelte es sich um lebende Tiere.

Tierversuche Die Zahlen für das Jahr 2015 liegen erst Mitte 2016 vor. Im Kanton Basel-Stadt wurden im Jahr 2014 151'421 (158'263) Tiere in Tierversuchen eingesetzt. Das sind 6'842 (3'372) Tiere oder 4.3% (2.1%) weniger als 2013. 2015 fanden im Beisein von Mitgliedern der Tierversuchskommission 24 (23) Inspektionen von Tierversuchen und der Haltung von Versuchstieren statt.

Tiergesundheit und Fleischgewinnung Der Kanton wurde im Jahr 2015 von Tierseuchen verschont. Die Seuchenlage wird durch die Amtstierärzte im Schlachthof Basel anlässlich der Schlachtier- und Fleischuntersuchung bei sämtlichen Tieren, aber auch im Fachbereich Import des Veterinäramtes laufend genau überwacht und kontrolliert. Im Jahr 2015 betrug die Anzahl geschlachteter Tiere 613'545 (593'213).

Institut für Rechtsmedizin

Im Jahr 2015 nahm das Institut für Rechtsmedizin (IRM) zahlreiche Aufgaben in der Dienstleistung, in der Lehre und Weiterbildung sowie in der Forschung und Entwicklung wahr. Im Januar wurde die neue Gebührenordnung des IRM durch den Regierungsrat verabschiedet, wobei lediglich eine Anpassung der Tarifstruktur erfolgte, die in der Gesamtheit kostenneutral blieb. Im Herbst wurde der Bereich Forensische Medizin durch die Schweizerische Akkreditierungsstelle (SAS) erfolgreich reakkreditiert. Zusätzlich zu den bisherigen Aufgaben konnte neu auch die Begutachtung des Lebensalters von jugendlichen Personen in den akkreditierten Bereich übernommen werden. In der Lehre und Weiterbildung haben zwei Assistenzärzte ihre Facharztprüfung zum Facharzt Rechtsmedizin absolviert. Zudem hat das IRM zahlreichen jungen Personen, insbesondere Studierenden der Medizin aber auch Auszubildenden anderer Berufe, im Rahmen von Fachpraktika Einblick in die verschiedenen Abteilungen des Instituts ermöglicht. Für Polizei, Staatsanwaltschaft und Personal aus verschiedenen Gesundheitsberufen wurden zahlreiche Weiterbildungsveranstaltungen und Vorträge angeboten; fünf Schulklassen wurden im Rahmen der Gentage (Gensuisse) unterrichtet. Universitäre Lehraufträge wurden an der Medizinischen, an der Juristischen und an der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel wahrgenommen. Im Bereich aktueller Forschung und Entwicklung entstanden am IRM sechs wissenschaftliche Publikationen.

Forensische Medizin und Verkehrsmedizin Im Jahr 2015 war im Vergleich zum Vorjahr wieder eine leichte Zunahme der Gesamtzahl der Aufträge zu verzeichnen. So wurden im Auftrag der Ermittlungsbehörden insgesamt 535 (2014: 465) Todesfälle am Auffindeort untersucht (Legalinspektionen), wobei in 135 (144) Fällen eine Obduktion zur Klärung von Todesursache und Todesart durchgeführt wurde, darunter 4 Leichenöffnungen im Privatauftrag. Dies entspricht einer Obduktionsrate von etwa 25%. Die Zunahme der Legalinspektionen beruht ganz wesentlich auf der Zunahme assistierter Suizide mit 162 (106) Fällen, was ca. 30% (23%) aller Legalinspektionen entspricht. Bei 180 (181) Verstorbenen wurde eine Computertomographie zur Identifikation bzw. zur Befunddokumentation vor der Obduktion durchgeführt. Die Anzahl von Begutachtungen lebender Personen ging zurück. Während im Vorjahr noch 348 Opfer von Straftaten und Tatverdächtige untersucht wurden, erfolgte 2015 nur in 278 Fällen eine Begutachtung. Davon waren 47 (54) Personen Opfer sexueller Gewalt. Mit 308 (270) Erst- und Neubegutachtungen und 244 (150) Verlaufskontrollen verzeichnet der Bereich Verkehrsmedizin bei fast allen Aufgaben steigende Zahlen.

Forensische Chemie und Toxikologie Im Bereich der forensischen Toxikologie wurden im Jahr 2015 1'872 (1'804) umfassende forensisch-toxikologische Analysen durchgeführt. Dabei nahm die Anzahl der Untersuchungen von Haaren auf Alkohol, Betäubungsmittel und Medikamentenwirkstoffe mit 764 (700) weiterhin zu. Die überwiegende Mehrzahl dieser Fälle stammte dabei aus Fahr-eignungsbegutachtungen. Ausserdem wurden knapp 600 Blutalkoholuntersuchungen durchgeführt, und 378 Fälle mit der Fragestellung nach Fahren unter Drogen oder Medikamenten analysiert. Die forensisch-chemischen Untersuchungen, die vor allem die Untersuchungen von Betäubungsmittel-stoffproben umfassen, waren mit 798 (945) leicht rückläufig. Mit 1'753 (1'735) blieb die Anzahl der in der Abteilung erstellten Gutachten und Berichte etwa konstant.

Forensische Genetik Im Berichtsjahr nahm die Anzahl Aufträge der Abteilung gegenüber den Vor-jahren wiederum zu. Es wurden insgesamt 2'289 (2'271) Spurenfälle untersucht und 38 (28) Abstammungsbegutachtungen durchgeführt. Bei 4'467 (3'948) einzelnen Spuren wurden DNA-Analysen vorgenommen. Für 157 (276) Proben wurde die jeweilige Spurenart bestimmt (Blut, Ejakulat, Speichel). Aus Proben von Personen wurden 1'876 (1'621) DNA-Profile erstellt. Insgesamt wurden 1'209 (1'086) DNA-Profile aus Spuren und 1'593 (1'231) DNA-Profile von Personen in die Eidgenössische DNA-Datenbank (EDNA-Informationssystem) eingestellt. Davon erzielten 808 (535) Profile eine Übereinstimmung („Hit“) mit bereits im EDNA-IS erfassten Spuren oder Personen-Profilen. Identifikationen von Verstorbenen und vermissten Personen wurden im Jahr 2015 in 20 (11) Fällen durchgeführt. Abstammungsuntersuchungen wurden bei 105 (93) Personen vorgenommen. In 13 (12) Fällen wurden die Untersuchungen gerichtlich angeordnet, in 23 (16) Fällen von Privatpersonen in Auftrag gegeben. In 2 (5) Fällen wurden Probenentnahmen im Auftrag anderer Institute durchgeführt. Es wurden 2 (2) nationale und 5 (5) internationale Ringversuche erfolgreich abgeschlossen.

Kantonszahnärztlicher Dienst

Berufsausübungs- und Betriebsbewilligungen 2015 hat der kantonszahnärztliche Dienst 59 (63) Gesuche, Anfragen oder gesetzlich vorgeschriebene Aufgaben bearbeitet. Unter anderem wurden 3 (5) Berufsausübungsbewilligungen, 17 (12) Bewilligungen für eine Stellvertretung, 3 (7) Prüfungen für die Anstellung von Assistenzzahnärzten sowie 2 (2) Betriebsbewilligungen ausgestellt.

Spezialbewilligungen Im Berichtsjahr konnten 4 (4) Bewilligungen für eine 90 Tage-Tätigkeit sowie 7 (8) Berufsausübungsbewilligungen für über 70-Jährige erteilt werden. Zur Fortführung der zahnärztlichen Tätigkeit für weitere zwei Jahre wurden im Berichtsjahr sechs Aufforderungen zur ärztlichen Untersuchung zwecks Bestätigung der Arbeitsfähigkeit über das 71. Altersjahr hinaus versandt. 2015 wurden 12 (10) Certificates of good Standing erteilt.

Selbstdeklarationen Aufgrund der neuen Gesetzgebung sind alle Betriebe, welche Kleinstere-lisatoren, Reinigungs- und Desinfektionsgeräte einsetzen, verpflichtet, dem kantonszahnärztlichen Dienst eine Selbstdeklaration zur Wiederaufbereitung und Instandhaltung von Medizinprodukten ein-zureichen. Dies ist 2015 in 18 (83) Fällen erfolgt und dient dem Schutz der Patienten vor Übertragung von Infektionskrankheiten.

Öffentliche Zahnkliniken

GD-720

Der Aufgabenbereich der Öffentlichen Zahnkliniken umfasste im Berichtsjahr die soziale Zahnpflege für Kinder, die Wohnsitz in der Stadt Basel haben, die regelmässige und unentgeltliche Durchführung von gruppenprophylaktischen Massnahmen (Instruktionen und Informationen über Zahnreinigung und Kariesprophylaxe) sowie eine sich daraus ergebende einmalige individuelle Beratung.

Zum Leistungsspektrum der Schulzahnklinik Basel gehört auch die jährliche kostenlose Kontrolle des Gebisses und die Behandlung der erkrankten Zähne gegen Entgelt gemäss UVG-Tarif. Bei entsprechendem Anspruch (in Analogie zur Verbilligung der Krankenkassenprämien) werden prozentuale Reduktionen auf den Rechnungsbeitrag gewährt.

Die Volkszahnklinik steht vorab allen nicht mehr schulpflichtigen Kantonseinwohnerinnen und -einwohnern mit Reduktionsberechtigung zur umfassenden zahnärztlichen Behandlung und Betreuung offen. Anspruch auf einen gestaffelt reduzierten Tarif gemäss Zahnpflegeverordnung vom 6. Dezember 2011 haben alle Personen, die in Basel-Stadt Beiträge zu den Krankenkassenprämien erhalten. Die übrigen Einwohnerinnen und Einwohner konnten sich in der Volkszahnklinik behandeln und betreuen lassen, soweit dies die Auslastung des Klinikbetriebs zulies. Die Verrechnung der Leistungen erfolgt nach UVG-Tarif.

Die Öffentlichen Zahnkliniken haben neben der Durchführung der sozialen Zahnpflege auch die Aufgabe, als Weiter- und Fortbildungsstätte für diplomierte Zahnärztinnen und Zahnärzte und weitere Berufsangehörige aus dem zahnmedizinischen Bereich zu wirken. Im Weiteren wurden im Berichtsjahr 15 Dental-Assistentinnen und eine Büroassistentin ausgebildet.

Per 1. Januar 2016 wird das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin Basel (UZB) gegründet, welches die Universitätskliniken für Zahnmedizin sowie die Öffentlichen Zahnkliniken (bestehend aus Schul- und Volkszahnklinik) umfasst.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Gründung des Universitären Zentrums für Zahnmedizin Basel (UZB) Das Basler Stimmvolk hat am 8. März 2015 mit 64% Prozent der Gründung des UZB zugestimmt. Im Berichtsjahr wurden die Voraussetzungen geschaffen, damit das UZB auf den 1. Januar 2016 erfolgreich in die Selbstständigkeit starten kann. Neben den umfangreichen administrativen und technischen Anpassungen wurde der Verwaltungsrat vom Regierungsrat gewählt. Der Grosse Rat bewilligte an seiner Sitzung vom 16. Dezember 2015 die Rahmenausgaben für die Finanzierung der gemeinwirtschaftlichen und ungedeckten Leistungen des UZB für die Jahre 2016 bis 2018.

Zahnmedizinische Prophylaxe Die Zahngesundheit der 12-jährigen Kinder im bleibenden Gebiss ist konstant geblieben. Die in den Vorjahren beobachtete Verbesserung konnte nicht mehr festgestellt werden. So ist der durchschnittliche Kariesindex an bleibenden Zähnen trotz einer leichten Abnahme auf 0.73 (2014: 0.74) praktisch gleich geblieben. Diese Zahl zeigt auf, dass bei jedem 12-jährigen Kind durchschnittlich 0.73 bleibende Zähne entweder kariös, wegen Karies behandelt worden sind oder wegen Karies fehlen. Der Anteil der kariesfreien Kinder bei den 5-Jährigen erhöhte sich auf 69.3% (68.7%). Hingegen musste bei den 6-Jährigen eine grosse Abnahme der Anzahl kariesfreier Kindern auf 53.5% (60.9%) festgestellt werden. Diese Entwicklung gibt klare Hinweise, dass die koordinierten Anstrengungen des Kantons im Früh- und im Kindergartenbereich nicht nur aufrechterhalten bleiben sollen, sondern verstärkt werden müssen.

Zahnmedizinische Behandlung Die zahnmedizinischen Behandlungskriterien richten sich nach dem Leistungsstandard der Schweizerischen Zahnärztesgesellschaft sowie den Behandlungsempfehlungen der Vereinigung der Kantonszahnärzte und Kantonszahnärztinnen der Schweiz für die soziale Zahnmedizin. Sie bezwecken den Erhalt der Kaufähigkeit mit wirksamen, zweckmässigen und wirtschaftlichen Therapiemassnahmen. Eine erfolgreiche aktive Mitarbeit des Patienten oder der Patientin an seiner/ihrer oralen Gesundheit über die letzten 18 Monate muss zahnärztlich gesichert und attestiert sein, bevor grössere Sanierungen oder kieferorthopädische Massnahmen durchgeführt werden.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-11'549.6	-11'747.6	-11'582.1	165.4	1.4	-32.5	-0.3 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2'495.8	-2'444.4	-2'581.9	-137.5	-5.6	-86.0	-3.4 ²
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-10.7	0.0	-18.4	-18.4	n.a.	-7.7	-72.1
36 Transferaufwand	-2'969.7	-2'700.0	-2'839.5	-139.5	-5.2	130.3	4.4 ³
Betriebsaufwand	-17'025.9	-16'891.9	-17'021.9	-130.0	-0.8	4.0	0.0
42 Entgelte	10'998.4	11'263.9	9'944.1	-1'319.8	-11.7	-1'054.3	-9.6 ⁴
Betriebsertrag	10'998.4	11'263.9	9'944.1	-1'319.8	-11.7	-1'054.3	-9.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-6'027.5	-5'628.0	-7'077.8	-1'449.8	-25.8	-1'050.3	-17.4
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-10.1	-10.0	0.0	10.0	100.0	10.1	100.0
Abschreibungen	-10.1	-10.0	0.0	10.0	100.0	10.1	100.0
Betriebsergebnis	-6'037.6	-5'638.0	-7'077.8	-1'439.8	-25.5	-1'040.2	-17.2
34 Finanzaufwand	-23.5	-23.0	-21.9	1.1	4.8	1.6	6.7
44 Finanzertrag	0.1	0.5	0.1	-0.4	-85.6	-0.1	-46.4
Finanzergebnis	-23.3	-22.5	-21.8	0.7	3.0	1.5	6.4
Gesamtergebnis	-6'060.9	-5'660.5	-7'099.6	-1'439.1	-25.4	-1'038.7	-17.1
davon Funktionen:							
43 Gesundheitsprävention	-2'411.3	-2'504.7	-3'177.0	-672.3	-26.8	-765.7	-31.8
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-3'649.6	-3'155.8	-3'922.6	-766.8	-24.3	-273.0	-7.5

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	-84.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	84.0	100.0
Nettoinvestitionen	-84.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	84.0	100.0
Saldo Investitionsrechnung	-84.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	84.0	100.0

Kommentar

- 1 Einerseits wurden aufgrund der Schliessung der Aussenstelle Riehen befristete Arbeitsverträge nicht mehr verlängert, aber auch Mitarbeiterinnen, die mit reduziertem Pensum aus dem Mutterschaftsurlaub zurückkehrten, wurden nicht ersetzt (Reduktion Personalkosten gegenüber Budget rund 550'000 Franken), andererseits sind durch die Umsetzung des Projektes „Systempflege“, vorzeitige Pensionierungen (aufgrund von Änderungen des PK-Gesetzes und der Verselbstständigung) und Anstellungen von projektbezogenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Projekt-Mitarbeiter, HR-Assistenz) höhere Personalkosten angefallen. Daraus resultierten Mehrkosten von rund 400'000 Franken.
- 2 Kosten in der Höhe von rund 100'000 Franken, die fix oder proportional zu den erbrachten Leistungen in der Schulzahnklinik Riehen entstanden sind (Material für Behandlungen, Aufträge an externe zahntechnische Labors und Raummiete), sind entfallen. Im Zusammenhang mit dem Projekt UZB sind allerdings zusätzliche Sachkosten in der Höhe von 240'000 Franken angefallen.
- 3 Die Öffentlichen Zahnkliniken gewähren nach §8 der „Verordnung betreffend die soziale Zahnpflege“ Reduktionen an zahnärztliche Leistungen und nach §4 unentgeltliche Leistungen an Kinder und Jugendliche. Der Umfang der Reduktionen an Patientinnen und Patienten ist nicht steuerbar, wobei die zahlenmässige Entwicklung der Patientengruppen mit Prämienverbilligungen ausschlaggebend ist. Im Berichtsjahr mussten dafür rund 139'000 Franken mehr aufgewendet werden als budgetiert.
- 4 Die Umsatzergebnisse des Vorjahres konnten nicht erreicht werden. Gegenüber dem Budget resultierten Mindererträge in der Grössenordnung von über 1.3 Mio. Franken. Hauptgrund dafür ist die Auflösung der Aussenstelle Riehen im Jahr 2014 (der frühere Jahresumsatz der Gemeinden Riehen und Bettingen lag bei rund 750'000 Franken). Ein Teil davon konnte jedoch durch tiefere Personal- und Sachkosten kompensiert werden. Ein weiterer wesentlicher Grund für die tieferen Erträge sind krankheitsbedingte Abwesenheiten (langzeitkrank) wichtiger Leistungserbringer (Zahnärzte, Zahntechniker und Prophylaxeassistenten). Im Berichtsjahr waren zudem Mitarbeitende zunehmend in Teilprojekte des Gesamtprojekts UZB involviert. Dieser Umstand war zwar geplant und im Businessplan UZB vorgesehen, aber die wegfallenden Umsätze sind bei den Budgetvorgaben (ZBE) nicht berücksichtigt worden.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	98.3	99.7	99.1	91.9	91.4
Anteil Kinder mit Empfehlung Kariesbehandlung MZ/bleib.Z	%	11.9	12.2	12.6	11.5	10.1
Prozentuale Veränderung Kariesindex im Vergleich zum Vorjahr	%	-11.7	-9.8	2.7	-2.6	-1.4
Anteil Garantieleistungen (zahnärztliche Leistungsqualität)	%	0.8	0.7	0.9	0.6	0.44

Zahnärztliche Behandlung in Narkose im Universitäts-Kinderspital beider Basel UKBB Im Berichtsjahr wurden im UKBB insgesamt 351 (2014: 421) Behandlungen in Vollnarkose durchgeführt, wovon 58% Schweizer Kinder waren; dies entspricht 203 Kindern. Dabei ist die Anzahl der Behandlungen von Kindern aus dem Kanton Basel-Stadt auf 189 (221) gesunken. Der prozentuale Anteil baselstädtischer Kinder lag somit bei 53.8% (52.5%) aller Narkosepatientinnen und -patienten. Der Anteil Schweizer Kinder aus dem Kanton Basel-Stadt pegelte sich bei 42% (43%) ein; dies entspricht 80 (96) Kindern und Jugendlichen. Der Anteil der Kindern bis zum 6. Altersjahr aus dem Stadtkanton, die in Vollnarkose behandelt wurden, erhöhte sich auf 76.2% (72.4%). 43 (45) Kinder wurden im Alter von 5 und 34 (39) Kinder im Alter von 6 Jahren behandelt, was 22.8% (20.4%) bzw. 18.0% (17.7%) ausmachte. Der Anteil der Kleinkinder bis zum 3. Altersjahr reduzierte sich auf 31 (38) Kinder.

Gesundheitsversorgung

GD-730

Der Bereich Gesundheitsversorgung ist im Sinn eines Regulators und Mitfinanzierers verantwortlich für die Gewährleistung der Gesundheitsversorgung in denjenigen Sektoren, in welchen dem Kanton gemäss dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) sowohl Planungskompetenz wie auch Finanzierungsverpflichtung zukommen: die Spitalversorgung und die Langzeitpflege. Hauptaufgaben sind Angebotsplanung, Förderung und Durchführung, Koordination und Überwachung von Qualitätssicherungsmaßnahmen, Aufsicht über die Leistungserbringer, Monitoring und Sicherstellung der Versorgungsleistung sowie Abwicklung der Finanzierung. Der Bereich umfasst folgende drei Abteilungen:

Die Abteilung Langzeitpflege plant, koordiniert und beaufsichtigt die Anbieter von Pflege-, und Spitexangeboten für Betagte im Kanton Basel-Stadt und ist für die Pflegebedarfsabklärung und Vermittlung von Pflegeplätzen zuständig.

Die Abteilung Spitalversorgung plant die bedarfsgerechte Versorgung der baselstädtischen Bevölkerung mit stationären Spitalleistungen mittels kantonaler Spitalliste und Leistungsaufträgen. Die bedarfsgerechte Bestellung und der Einkauf von gemeinwirtschaftlichen Leistungen, die Koordination einer systematischen Qualitätssicherung in den Spitälern und ein Versorgungsmonitoring sind die Instrumente zur Sicherung einer qualitativ hochstehenden medizinischen Versorgung.

Die Abteilung Projekte und Services leitet und unterstützt die Umsetzung von internen und externen Projekten in der Gesundheitsversorgung. Sie deckt die Querschnittsfunktionen des Bereichs (Finanzen, Recht, zentrales Sekretariat) ab und ist zuständig für die Erstellung der jährlichen Berichterstattung: den Gesundheitsversorgungsbericht über die stationäre Spitalversorgung und die Langzeitpflege im Kanton Basel-Stadt und den Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss §67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes.

Internet: www.gesundheitsversorgung.bs.ch

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Spitalplanung Auf den 1. Januar 2015 trat die überarbeitete Spitalliste des Kantons Basel-Stadt in Kraft. Die Spitalliste wurde auf den 1. April 2015 nochmals angepasst, da eine Abrundung des Leistungsauftrags im Rahmen der Hals-Nasen-Ohren (HNO)-Leistungen vom Bethesda Spital beantragt wurde. Da der Kanton eine Konzentration von Leistungen befürwortet, um auch stets die notwendige Qualität sicherstellen zu können, wurde dem Antrag entsprochen. Im Rahmen der Interkantonalen Vereinbarung zur hochspezialisierten Medizin (IVHSM) gab es im Laufe des Jahre 2015 keine für den Kanton Basel-Stadt richtungsweisenden Entscheide. Dies ist auch auf den Umstand zurückzuführen, dass das Bundesverwaltungsgericht neu ein zweistufiges Verfahren (Zuordnung und Zuteilung) der IVHSM-Leistungen verlangt. Der ganze Leistungsdefinitions- und zuteilungsprozess musste daher neu konzipiert werden.

Spitalfinanzierung Für inner- und ausserkantonale stationäre Spitalbehandlungen der Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt gemäss dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) wurden im Berichtsjahr 282.3 Mio. Franken ausbezahlt. Das sind 7.2 Mio. Franken mehr als im Vorjahr und 15.3 Mio. Franken mehr als budgetiert. Beide Abweichungen erklären sich im Wesentlichen aus der Höherbewertung der akutgeriatrischen Leistungen im Swiss DRG-Katalog (rund 5 Mio. Franken) und einer deutlichen Zunahme der ausserkantonalen Behandlungen in der Rehabilitation und der Psychiatrie, die auf eine verstärkte Nutzung dieser ausserkantonalen Angebote in der Nordwestschweiz zurückzuführen ist (rund 8 Mio. Franken). Im Budgetvergleich sind diese Abweichungen deutlich ausgeprägter, weil diese Effekte und Entwicklungen zum frühen Planungszeitpunkt weder bekannt noch absehbar waren, was zu einer deutlich zu tiefen Einschätzung der Planwerte geführt hat.

2015 erhielten die Spitäler Beiträge zur Finanzierung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen in Höhe von 89.0 Mio. Franken. Gegenüber dem Vorjahr ist ein Rückgang von 3.5 Mio. Franken zu verzeichnen, der auf den geplanten Abbau der Beiträge zur Finanzierung der ungedeckten Kosten der ambulanten Spitalleistungen zurückzuführen ist. Das Budget wurde um 0.7 Mio. Franken überschritten,

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-4'311.2	-4'503.1	-4'308.0	195.1	4.3	3.3	0.1 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'313.9	-1'948.5	-1'011.6	936.9	48.1	302.3	23.0 ²
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-69.1	-57.4	-111.5	-54.1	-94.2	-42.4	-61.3
36 Transferaufwand	-495'059.1	-487'898.0	-499'898.8	-12'000.8	-2.5	-4'839.7	-1.0 ³
Betriebsaufwand	-500'753.4	-494'407.0	-505'329.9	-10'922.9	-2.2	-4'576.4	-0.9
42 Entgelte	57.4	53.0	1'277.0	1'224.0	>100.0	1'219.7	>100.0 ⁴
Betriebsertrag	57.4	53.0	1'277.0	1'224.0	>100.0	1'219.7	>100.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-500'696.1	-494'354.0	-504'052.8	-9'698.8	-2.0	-3'356.8	-0.7
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-108.0	0.0	-162.0	-162.0	n.a.	-54.0	-50.0 ⁵
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-538.0	0.0	-817.0	-817.0	n.a.	-279.0	-51.9 ⁶
Abschreibungen	-646.0	0.0	-979.0	-979.0	n.a.	-333.0	-51.5
Betriebsergebnis	-501'342.1	-494'354.0	-505'031.8	-10'677.8	-2.2	-3'689.8	-0.7
Gesamtergebnis	-501'342.1	-494'354.0	-505'031.8	-10'677.8	-2.2	-3'689.8	-0.7
davon Funktionen:							
27 Hochschulen	-71'781.1	-73'789.0	-74'761.7	-972.8	-1.3	-2'980.6	-4.2
41 Spitäler, Kranken- und Pflegeheime	-336'230.0	-322'245.1	-334'560.8	-12'315.7	-3.8	1'669.3	0.5
42 Ambulante Krankenpflege	-21'912.9	-24'250.0	-22'783.7	1'466.3	6.0	-870.8	-4.0
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-7'312.5	-8'070.0	-7'124.6	945.4	11.7	187.9	2.6
53 Alter + Hinterlassene	-64'105.6	-66'000.0	-65'801.0	199.0	0.3	-1'695.4	-2.6

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-810.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	810.0	100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-155.4	-155.4	n.a.	-155.4	n.a.
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-13'175.3	0.0	-7'251.4	-7'251.4	n.a.	5'923.8	45.0
Nettoinvestitionen	-13'985.3	0.0	-7'406.8	-7'406.8	n.a.	6'578.4	47.0
Saldo Investitionsrechnung	-13'985.3	0.0	-7'406.8	-7'406.8	n.a.	6'578.4	47.0

Kommentar

- Die Budgetunterschreitung ist auf unbesetzte Stellen aufgrund von Personalwechseln zurückzuführen.
- Verzögerungen bei Projekten und höhere Aktivierungen von Kleininvestitionen bei der Softwarebeschaffung führten zu einer Budgetunterschreitung beim Betriebs- und Sachaufwand. Der letztgenannte Punkt führte zu einem grösseren Abschreibungsbedarf als geplant in der Kontengruppe 333.
- Der Transferaufwand beinhaltet die kantonalen Beiträge in der Spital- und Pflegefinanzierung. Die Verschlechterungen gegenüber dem Budget wie auch gegenüber dem Vorjahr sind schwergewichtig auf Entwicklungen beim Kantonsanteil für stationäre Spitalbehandlungen zurückzuführen (gegenüber Budget rund -15 Mio. Franken, gegenüber Vorjahr rund -7 Mio. Franken). In Bezug auf die Budgetabweichung ist zu berücksichtigen, dass zum Zeitpunkt der Budgeterstellung verschiedene Effekte und Entwicklungen noch nicht bekannt bzw. abschätzbar waren. Im Wesentlichen kommen die gleichen Effekte zum Tragen: einerseits wurde im Swiss DRG Katalog die Vergütung der Leistungen in der Akutgeriatrie stark aufgewertet, was zu Mehrkosten gegenüber dem Vorjahr von rund 5 Mio. Franken geführt hat. Gegenüber den Budgetzahlen ist dieser Effekt noch deutlich ausgeprägter. Ferner war im Jahr 2015 eine deutliche und unerwartete Zunahme von ausserkantonalen Behandlungen in der Rehabilitation und der Psychiatrie zu verzeichnen (rund 8 Mio. Franken). Um ca. 6 Mio. Franken rückläufig waren dafür die Kosten für psychiatrische Behandlungen in basel-städtischen Kliniken. Die ausgerichteten Beiträge für die Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitäler lagen im budgetierten Rahmen. Gegenüber dem Vorjahr war ein Rückgang um ca. 3.5 Mio. Franken zu verzeichnen, welcher auf den geplanten Abbau der Beiträge zur Abgeltung der Unterdeckung der ambulanten Spitalleistungen in den öffentlichen Spitäler zurückzuführen ist. Der Transferaufwand für die Pflegefinanzierung lag rund 4 Mio. Franken unter dem Budget und ist gegenüber dem Vorjahr um rund 3 Mio. Franken angestiegen, was auf eine leichte Mengenerhöhung in den Pflegeheimen wie auch bei den Spitex Leistungen zurückgeht. Ferner ergab sich gegenüber dem Vorjahr ein Minderaufwand von 2 Mio. Franken durch den vereinbarten Abbau der Abgeltung an das Bürgerspital.
- Es wurden Regresseinnahmen von Beiträgen an stationäre Spitalbehandlungen aus den Vorjahren gegenüber privaten ausländischen Krankenversicherern und haftpflichtigen Dritten (v.a. Unfallversicherungen) erzielt. Diese Einnahmen waren bis anhin aufwandmindernd in Konto 36 verbucht worden. Bei gleicher Handhabung wie in der Vergangenheit wäre der Aufwand in Konto 36 entsprechend tiefer ausgefallen.

- 5 Im Zuge der Umstellung auf die neuen Rechnungslegungsvorschriften konnten die Abschreibungen für Grossinvestitionen noch nicht budgetiert werden. Es handelt sich um die Abschreibung der Investitionssumme zum Einkauf in die E-Health Basisinfrastruktur.
- 6 Aufgrund der neuen Rechnungslegungsvorschriften werden neu auch Abschreibungen von Investitionsbeiträgen an Pflegeheimbauten vorgenommen, dies war zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht klar.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	25.3	25.8	26.0	28.1	27.4
Stationäre Spitalfälle mit Kantonsbeitrag	Anz	40'681	41'553	42'046	42'256	43'226 ¹
Durchschnittliche Wartezeit für Eintritt in Pflegeheime	Tg	69.2	89.1	87.3	58.2	27.6
Pflegetage in Pflegeheimen (in 1000 Tagen)	Anz	1'015.7	1'023.5	1'009.0	1'047.5	1'078.9

Kommentar

1 Provisorische Zahl.

was in erster Linie in den höheren Ausbildungszahlen von Fachärztinnen und Fachärzten begründet liegt.

Qualitätsmonitoring in den Spitälern Im Rahmen des Qualitätsmonitorings wurden mehrere Workshops zum Thema Medikationssicherheit mit den Qualitätsverantwortlichen der Spitäler durchgeführt. Die Spitäler verpflichteten sich in den Leistungsvereinbarungen mit dem Kanton zur Durchführung einer Massnahme zur Medikationssicherheit in ihrem Spital. Zudem wurde am 4. November 2015 ein weiterer Tag der Qualität durchgeführt, an welchem sich wieder zahlreiche Spitaldirektoren und Qualitätsverantwortliche über aktuelle Qualitätsthemen informierten.

Versorgungsmonitoring Das Projekt COMI (Core Outcome Measures Index) zum Versorgungsmonitoring bei Erstimplantationen und Revisionen von Hüft- und Knie-Totalendoprothesen konnte wesentlich vorangebracht werden. Das Konzept zur Durchführung der Pilotmessung ab Mitte 2016 liegt nun vor und weitere Konkretisierungsschritte konnten mit dem Messinstitut für evaluative Forschung in der Orthopädie in Bern definiert werden. In der Ärztezeitung der FMH vom 9. Dezember 2015 konnte das Projekt zudem einer breiteren Öffentlichkeit vorgestellt werden (Internet: <http://www.saez.ch/archiv/details/auf-der-letzten-meile-zum-patienten-2.html>).

Palliative Care Am 6. Mai 2015 konnte die zweite Koordinationskonferenz Palliative Care im Kanton Basel-Stadt durchgeführt werden. Vertreten waren die Ärzteschaft, Spitäler, Spitex, Pflegeheime und Freiwilligenorganisationen, sodass die Vernetzung der beteiligten Leistungserbringer voran gebracht werden konnte. Daneben wurde dem Regierungsrat ein Bericht zum Pilotprojekt der Anlauf- und Koordinationsstelle Palliative Care unterbreitet, womit das Pilotprojekt in einen Regelbetrieb überführt wurde.

Demenzstrategie Das Resultat einer Bestandsaufnahme und Evaluation der bestehenden ambulanten wie stationären Demenzversorgung im Kanton Basel-Stadt ist das Konzept einer kantonalen Demenzstrategie mit Massnahmenvorschlägen. Im Jahr 2015 wurden die entsprechenden Massnahmen entwickelt, Partnerorganisationen gesucht und die Umsetzung geplant, die für das Folgejahr vorgesehen ist. Ferner wurde im Herbst 2015 das Netzwerk Demenz beider Basel gegründet. Dieses hat die Koordination und Vernetzung zwischen den Leistungserbringern zum Ziel.

Pflegeberatung und -bedarfsabklärung Im Berichtsjahr wurden rund 1'500 Pflegeberatungen durchgeführt (davon 500 Hausbesuche, 700 Spitalbesuche und 300 Sprechstunden). Diese hatten zum Ziel, betagten Menschen durch Beratung und Vermittlung entsprechender Unterstützungsangebote ein Leben in der gewohnten Umgebung so lange wie möglich zu erhalten. Wird ein Pflegebedarf festgestellt, der einen Heimeintritt notwendig macht, erfolgt die Vermittlung eines geeigneten Heimplatzes. Im Rahmen dieses Prozesses kam es im Jahr 2015 zu rund 850 Heimeintritten (davon 450 aus dem Spital, 180 Wartende in Heimen sowie 220 von zu Hause). Rund 30 Personen wurden in ausserkantonale Pflegeheime vermittelt.

Pflegefinanzierung Die Kosten für die Finanzierung von Heimaufenthalten beliefen sich 2015 auf 100.6 Mio. Franken (65.8 Mio. Franken Ergänzungsleistungen zur AHV [EL] und 34.8 Mio. Franken Restfinanzierung gemäss KVG). Die Kosten der Pflegeheimfinanzierung liegen innerhalb des Budgets. Gegenüber dem Vorjahr sind diese um 3.4 Mio. Franken angestiegen, wobei sich die Zunahme je zur Hälfte auf EL und Restfinanzierung verteilt. Die Mehrkosten erklären sich insbesondere durch den Anstieg der Anzahl Pflgetage aufgrund des Kapazitätsausbaus bei den Heimplätzen. Die Kosten für die Restfinanzierung der Spitex-Pflegeleistungen beliefen sich auf 14.6 Mio. Franken. Sie kommen rund 0.8 Mio. Franken über dem veranschlagten Wert zu liegen und haben gegenüber dem Vorjahr um rund 0.7 Mio. Franken zugenommen. Die Kostensteigerung ist auf ein leichtes Mengenwachstum zurückzuführen, welches insbesondere mit den früheren und pflegerisch komplexeren Spitalaustritten zu erklären ist.

Ambulante Pflege Die leistungsorientierten Verträge mit den Trägerschaften der Tagesstrukturen für betagte Menschen wurden erneuert und für vier Jahre abgeschlossen. Auf dem Kantonsgebiet werden insgesamt 175 Plätze angeboten, 21 davon in Riehen.

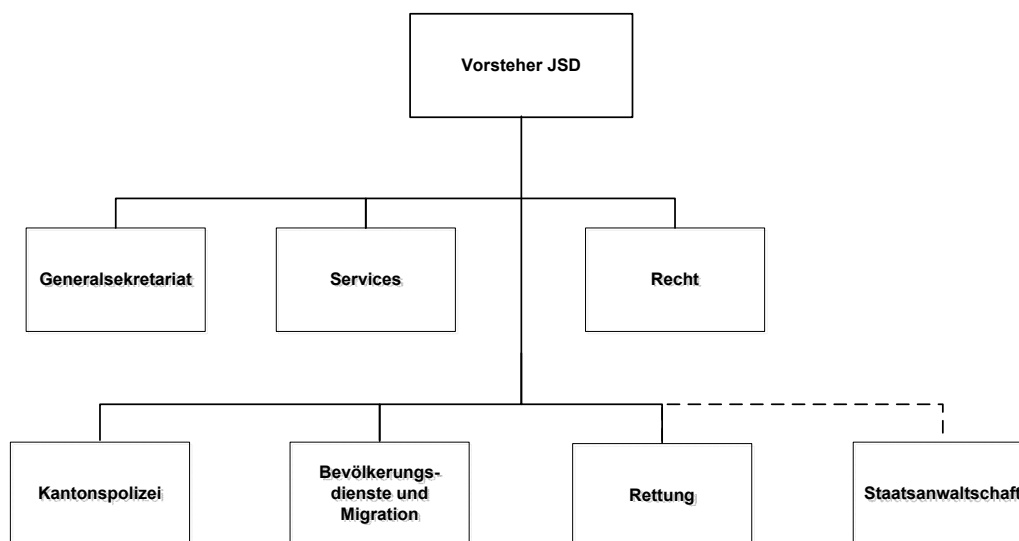
Aufsicht und Qualitätssicherung in der Langzeitpflege Ein Schwerpunkt der Aufsichtstätigkeit lag bei den kleineren und mittleren Spitex-Dienstleistenden. Bei zwei Spitex-Betrieben wurden aufgrund von Reklamationen unangemeldete Aufsichtsbesuche durchgeführt. In beiden Fällen wurden Führungsdefizite beanstandet, welche die Pflegequalität gefährdeten. Diese Mängel konnten innert der vorgegebenen Fristen behoben werden. Wegen mehrfacher Widerhandlung gegen das Gesundheitsgesetz wurde der Geschäftsführung einer Spitex-Organisation eine Geldbusse auferlegt. Im Berichtsjahr war ein leichter Rückgang bei den neuen Spitex-Bewilligungen zu verzeichnen, welcher vermutlich auf eine gewisse Marktsättigung zurückzuführen ist.

Berichterstattungen Der erste Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss §67 Abs. 2 Gesundheitsgesetz wurde erarbeitet. Der künftig jährliche Bericht ist das Resultat der unformulierten Volksinitiative für „bezahlbare Krankenkassenprämien in Basel-Stadt“. Der Bericht zeigt diejenigen Finanzströme auf, die einen direkten Einfluss auf die Prämien im Kanton Basel-Stadt haben. Aus dem Bericht geht hervor, dass sich die Kosten im stationären Spitalbereich seit 2012 für die Versicherten des Kantons Basel-Stadt stabilisiert haben. Im Jahr 2014 sind die Bruttoleistungen pro Kopf im Kanton Basel-Stadt nur unwesentlich gestiegen.

Der fünfte, jährlich erscheinende Gesundheitsversorgungsbericht über das Jahr 2014 wurde im Oktober veröffentlicht (<http://www.bs.ch/publikationen/gesundheitsversorgung/gsv-bericht.html>). Er stellt quantitative und qualitative Aspekte von Angebot, Leistungserstellung, Kosten und Finanzierung sowie die Entwicklung der Versorgungsqualität dar. In der stationären Spitalversorgung haben sich die Kosten für die Steuer- und Prämienzahlenden im Kanton Basel-Stadt moderat entwickelt. Zugleich konnte die hohe Qualität der Spitalversorgung beibehalten bzw. ausgebaut werden. Der Zustrom von Patientinnen und Patienten aus anderen Kantonen in die privaten und öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt ist 2014 angewachsen und stärkt die medizinische Zentrumsfunktion des Kantons. Mit der Schaffung von rund 200 zusätzlichen Pflegeheimplätzen im Kanton konnte im Berichtsjahr der fortschreitenden demografischen Entwicklung Rechnung getragen werden. Dies hat die Wartezeit für einen Pflegeheimplatz deutlich verkürzt.

4.2.6 Justiz- und Sicherheitsdepartement

JSD-501/1	Generalsekretariat JSD	298
JSD-501/2	Services	300
JSD-501/3	Recht	302
JSD-506	Kantonspolizei	304
JSD-509	Rettung	308
JSD-510	Bevölkerungsdienste und Migration	311
JSD-520	Staatsanwaltschaft	315



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-227.6	-228.9	-230.1	-1.2	-0.5	-2.6	-1.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-122.7	-111.8	-118.4	-6.6	-5.9	4.3	3.5 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.3	-1.5	-1.5	0.1	5.0	-0.2	-14.7
36 Transferaufwand	-14.1	-12.8	-11.8	1.0	7.9	2.3	16.1
Betriebsaufwand	-365.6	-355.1	-361.8	-6.7	-1.9	3.9	1.1
42 Entgelte	101.7	105.6	106.7	1.1	1.1	5.0	4.9
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.0	n.a.
46 Transferertrag	20.0	12.9	13.4	0.5	4.1	-6.6	-32.8
Betriebsertrag	121.7	118.5	120.1	1.7	1.4	-1.6	-1.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-243.9	-236.6	-241.6	-5.0	-2.1	2.3	0.9
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-5.6	-5.9	-6.4	-0.5	-8.7	-0.9	-15.9
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-0.5	-0.3	-0.5	-0.2	-71.7	-0.0	-0.4
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.6	0.4	0.6	0.3	70.4	0.0	3.5
Abschreibungen	-5.5	-5.8	-6.3	-0.5	-8.1	-0.9	-15.8
Betriebsergebnis	-249.4	-242.5	-248.0	-5.5	-2.3	1.4	0.6
34 Finanzaufwand	-0.4	-0.3	-0.3	-0.0	-7.1	0.1	13.3
44 Finanzertrag	0.1	0.0	0.1	0.1	>100.0	0.0	41.4
Finanzergebnis	-0.3	-0.3	-0.2	0.1	20.0	0.1	24.8
Gesamtergebnis	-249.7	-242.8	-248.2	-5.4	-2.2	1.5	0.6
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-21.5	-20.7	-21.2	-0.5	-2.6	0.3	1.4
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-231.2	-218.8	-227.7	-9.0	-4.1	3.4	1.5
4 Gesundheit	-3.9	-3.3	-3.9	-0.5	-15.3	0.0	0.5
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	0.0	0.0	4.6	4.6	n.a.	4.6	n.a.
9 Finanzen und Steuern	6.8	0.0	0.0	0.0	n.a.	-6.8	-100.0

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-3.4	0.0	-7.3	-7.3	n.a.	-4.0	<-100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-0.8	-0.6	-2.2	-1.6	<-100.0	-1.4	<-100.0
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	1.0	100.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	0.5	0.5	n.a.	0.5	n.a.
Nettoinvestitionen	-5.2	-0.6	-9.0	-8.4	<-100.0	-3.8	-73.2
Saldo Investitionsrechnung	-5.2	-0.6	-9.0	-8.4	<-100.0	-3.8	-73.2

Kommentar

- 1 Der Mehraufwand begründet sich hauptsächlich durch a) erhöhte Wertberichtigungen auf Forderungen (2.2 Mio. Franken), mehrheitlich resultierend aus der vermehrten Umwandlung von Bussen in Haftstrafen; b) Mehraufwendungen im Strafvollzug aufgrund anhaltend hoher Anzahl Vollzugstage (2.9 Mio. Franken); c) diverse sicherheitsrelevante Ersatzbeschaffungen und erhöhter Bedarf an Verbrauchsmaterial bei den Blaulichtorganisationen (1.1 Mio. Franken) und d) die hohe Anzahl an ausgestellten Pässen und Identitätskarten, die zu Mehrausgaben für Rohmaterialien führten (0.4 Mio. Franken).

Generalsekretariat JSD

JSD-501/1

Der Bereich Generalsekretariat berät und unterstützt den Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements. Er stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den anderen Departementen sicher. Departementsintern sorgt das Generalsekretariat für koordinierte und zielgerichtete Abläufe. Mit dem Politikreferat und der Beschwerdestelle, dem Fachreferat, dem Medienreferat und der Kanzlei unterstützt es die operativen Bereiche. Das im Jahr 2014 neu geschaffene Fachreferat vereint die Fachstelle Häusliche Gewalt, die Betreuung verschiedener beim Departement angesiedelter subventionierter Institutionen und anderer Organisationen sowie die Behandlung jener Querschnittsthemen, für die sich das Departement verantwortlich zeichnet (Prostitution, Extremismus etc.). Damit sind die betroffenen Stellen und Themen strukturell besser in das Departement eingebunden. Mit Geldern aus dem Swisslos-Fonds werden schwergewichtig regionale Projekte und Vorhaben in Kultur und Sport sowie im Sozialen unterstützt.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Politikreferat Im Berichtsjahr bearbeitete das Justiz- und Sicherheitsdepartement 108 (Vorjahr 91) parlamentarische Geschäfte. Diese teilten sich auf in neun (11) Anzüge, fünf (4) Motionen (inhaltlich), 23 (18) Interpellationen, 70 (57) Schriftliche Anfragen, einen (1) Planungsantrag sowie eine (0) Standesinitiative.

Beschwerdewesen 2015 bearbeitete das Beschwerdewesen 52 (2014: 63) Beschwerden; darin nicht enthalten sind 62 (42) an den Vorsteher gerichtete Beschwerden sowie die gegen Ordnungsbussen eingereichten Beschwerden, die auf den ordentlichen Rechtsweg geleitet wurden. In 34 (36) Fällen beschwerten sich Männer, in 15 (25) Frauen und in drei (2) Fällen (Ehe-)Paare oder juristische Personen. Eine (4) Beschwerde richtete sich gegen Bevölkerungsdienste und Migration – diese war berechtigt. Zwei Beschwerden richteten sich gegen die Rettung (0), eine davon teilweise berechtigt und eine unberechtigt. Die restlichen 49 (59) Beschwerden richteten sich gegen die Kantonspolizei. In zehn (9) Fällen wurde die Beschwerde als berechtigt angesehen, in fünf (11) Fällen als teilweise berechtigt und in 34 (39) als unberechtigt.

Medienreferat Mit rund 460 Medienmitteilungen (inklusive Staatsanwaltschaft Basel-Stadt) sowie gut 4000 zu bearbeitenden Medienanfragen bewegte sich die situative und proaktive Medienarbeit im Durchschnitt der vergangenen Jahre. Neben Journalistenanfragen gingen beim Medienreferat auch zahlreiche Anfragen aus der Bevölkerung ein. Im Berichtsjahr mussten die bestehenden Dispositive einer Krisen- und Katastrophenkommunikation lediglich in Übungsszenarien umgesetzt werden. Der 24-Stunden-Pikettdienst war jederzeit gewährleistet.

Fachreferat Das Fachreferat hat seit März 2015 eine neue Leiterin sowie zusätzliche Unterstützung durch eine wissenschaftliche Praktikumsstelle (100%). Neben der Bearbeitung einer Vielzahl politischer Vorstösse und Vernehmlassungen, der Leitung verschiedener Gremien (Runde Tische Häusliche Gewalt, Prostitution, Menschenhandel, thematische Arbeitsgruppen und Präsidium Opferhilfekommission), der Durchführung von Qualitätsgesprächen mit allen Staatsbeitragsnehmenden (Frauenhaus, Opferhilfe, Aliena, Männerbüro und Telehilfe) und der Vernetzung über die Teilnahme an nationalen Konferenzen konnten auch bei eigenen Projekten wichtige Meilensteine erreicht werden. Erwähnenswert ist der Abschluss der Vorarbeiten für das einjährige Pilotprojekt Erweiterte Gefährderansprache. Auf Grundlage der entsprechenden Verordnung können ab 2016 nach einem polizeilichen Einsatz wegen Häuslicher Gewalt (HG) gefährdende Personen auch ohne Wegweisung für eine Gewaltberatung kontaktiert werden. Die Öffentlichkeit wurde Ende November im Rahmen einer departementalen Medienveranstaltung zum Thema HG über das Projekt informiert. Im gleichen Zeitraum hat die Fachstelle das Thema HG bei der Ausstellung Zivilcourage im Historischen Museum mit einem Mittaggespräch und einem Forumtheater gestärkt. Im Bereich Prostitution hat der Runde Tisch unter Leitung des Fachreferats einen Leitfaden verabschiedet, der im Sinne einer Orientierungshilfe einen Überblick über alle Akteure und Zuständigkeiten in Basel-Stadt bietet. Zudem konnte das Fachreferat Ende 2015 Entscheidungstragende aus fünf Departementen für die Zusammenarbeit in dem neu gebildeten Interdepartementalen Fachgremium Prostitution gewinnen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'877.9	-1'744.1	-1'949.6	-205.5	-11.8	-71.7	-3.8 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-533.2	-478.8	-547.5	-68.7	-14.3	-14.3	-2.7
36 Transferaufwand	-10'580.4	-8'955.0	-9'005.7	-50.7	-0.6	1'574.7	14.9
Betriebsaufwand	-12'991.5	-11'177.9	-11'502.8	-324.9	-2.9	1'488.6	11.5
42 Entgelte	425.1	462.7	419.0	-43.7	-9.4	-6.1	-1.4
46 Transferertrag	8'870.0	7'200.0	7'330.7	130.7	1.8	-1'539.3	-17.4
Betriebsertrag	9'295.1	7'662.7	7'749.7	87.0	1.1	-1'545.4	-16.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-3'696.4	-3'515.2	-3'753.1	-237.9	-6.8	-56.8	-1.5
Betriebsergebnis	-3'696.4	-3'515.2	-3'753.1	-237.9	-6.8	-56.8	-1.5
44 Finanzertrag	19.5	12.5	9.1	-3.4	-26.8	-10.4	-53.1
Finanzergebnis	19.5	12.5	9.1	-3.4	-26.8	-10.4	-53.1
Gesamtergebnis	-3'676.8	-3'502.7	-3'744.0	-241.3	-6.9	-67.1	-1.8
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-3'676.8	-3'502.7	-3'744.0	-241.3	-6.9	-67.1	-1.8

Kommentar

1 Die Abweichung ist vor allem durch eine vorübergehende Doppelbesetzung von Stellen bedingt.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	11.5	11.5	10.8	13.5	12.2
Eingegangene Beschwerden	Anz	70	79	76	63	52
- davon ganz oder teilweise gutgeheissen	%	31.4	35.4	30.3	33.3	32.7
Gesuche an den Swisslos-Fonds	Anz	530	518	538	558	506
- davon bewilligt	%	46.4	55.2	50.6	42.8	47.6
Medienmitteilungen	Anz	600	500	530	490	460

Diese verwaltungsinterne Gruppe wird die Arbeit des Runden Tisches ergänzen und sich vor allem strategischen Fragen und der interdepartementalen Koordination annehmen.

Swisslos-Fonds Der Swisslos-Fonds Basel-Stadt wird von der Interkantonalen Landeslotterie Swisslos aus den Erträgen von Zahlenlotto, Sportwetten und Losverkäufen geäufnet. 2015 lag der Anteil der ausgeschütteten Swisslos-Gelder im Kanton Basel-Stadt bei 11.5 Mio. Franken. 506 Gesuche für den Swisslos-Fonds sind im Laufe des Jahres eingegangen (Vorjahr 558). Der Regierungsrat hat 241 (239) Gesuche bewilligt, 221 (195) wurden abgelehnt. 35 (23) Anfragen wurden an Fachstellen anderer Departemente überwiesen und 10 (14) Gesuchstellende haben ihren Antrag zurückgezogen. 86 (87) Gesuche sind weiter in Bearbeitung. An Kulturprojekte wurden 4.2 (3.9) Mio. Franken ausgezahlt, in den Sportbereich flossen 3.3 (3.6) Mio. Franken – inklusive der Abgabe an den Swisslos-Sportfonds für Jugendsport, Vereine und Verbände –, in Sozial-, Jugend-, Bildungs-, Gesundheits- und Umweltprojekte gingen 5.1 (1.8) Mio. Franken, für Katastrophenhilfe im Ausland wurden 0.2 (0.1) Mio. Franken und für gemeinnützige Projekte der Stadt Basel 0.3 (0.5) Mio. Franken bewilligt. Die Bewilligungen durch den Regierungsrat überschreiten die von Swisslos erhaltenen Gelder um 1.6 Mio. Franken. Dabei handelt es sich vor allem um einmalige Beiträge, die erst 2017 und 2018 ausgezahlt werden.

Services

JSD-501/2

Vom Bereich Services werden die Unterstützungsaufgaben in den Gebieten Finanzen und Gebäudemanagement, Controlling, Personal, Bauprojekte und Sicherheit, Beschaffung und Informatik für das gesamte Justiz- und Sicherheitsdepartement wahrgenommen bzw. koordiniert. Zudem übernimmt der Bereich Services verschiedene betriebswirtschaftliche und projektbezogene Aufgaben für die Departementsleitung und die operativen Bereiche.

Als übergeordnete Zielsetzung soll der Bereich Services für effiziente betriebswirtschaftliche Abläufe im Departement sorgen und einen wesentlichen Beitrag zum optimalen Einsatz der vorhandenen personellen, finanziellen, materiellen und räumlichen Ressourcen leisten.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Konsolidierung der Serverstandorte Die Server des Justiz- und Sicherheitsdepartements sind auf mehrere Standorte verteilt. Künftig werden die Server an zwei erdbebensicheren Standorten (Spiegelhof und Lützelhof) zusammengefasst. Im Berichtsjahr lagerte das Justiz- und Sicherheitsdepartement den Betrieb der Server an die Zentralen Informatik Dienste aus.

Überprüfung der Organisationseinheiten Die Abteilung Controlling überprüfte im Verlauf des Jahres 2015 folgende Organisationseinheiten des Justiz- und Sicherheitsdepartements auf deren Effizienz und Effektivität: Stabsbereich der Sanität Basel, das Ressort Sicherheit und Transport der Kantonspolizei und den IT-Support des Bereichs Services. Die Aufgaben und Prozesse dieser Organisationseinheiten wurden im Detail dokumentiert und analysiert und die Organisation wurde gegebenenfalls neu gegliedert mit dem Ziel eines optimaleren Ressourceneinsatzes.

Technische Vereinheitlichung Einsatzleitsystem Das Justiz- und Sicherheitsdepartement will seine drei Einsatzzentralen (EZ) – jene der Kantonspolizei, der Feuerwehr und der Sanität – künftig auf dem gleichen System betreiben. Die EZ der Kantonspolizei und der Feuerwehr sind bereits auf dem gleichen System, die EZ der Sanität soll eingebunden werden. Das grosse und komplexe Projekt läuft seit 2013. Nach der Erarbeitung der Detailspezifikationen der betrieblichen Anforderungen der Sanität Basel lag der Hauptfokus im Jahr 2015 bei der technischen Umsetzung. Das Projekt verläuft nach Plan und wird im April 2016 dem Betrieb übergeben.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-10'496.0	-10'367.7	-10'286.9	80.9	0.8	209.2	2.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-7'449.7	-7'000.6	-7'062.2	-61.6	-0.9	387.5	5.2
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-68.4	-27.0	-35.9	-8.9	-32.8	32.5	47.6
Betriebsaufwand	-18'014.1	-17'395.3	-17'384.9	10.4	0.1	629.2	3.5
42 Entgelte	396.4	324.1	324.8	0.7	0.2	-71.6	-18.1
Betriebsertrag	396.4	324.1	324.8	0.7	0.2	-71.6	-18.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-17'617.7	-17'071.2	-17'060.0	11.2	0.1	557.6	3.2
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-216.2	-100.0	-411.2	-311.2	<-100.0	-195.0	-90.2 ¹
Abschreibungen	-216.2	-100.0	-411.2	-311.2	<-100.0	-195.0	-90.2
Betriebsergebnis	-17'833.9	-17'171.2	-17'471.3	-300.1	-1.7	362.6	2.0
34 Finanzaufwand	-0.2	0.0	-0.2	-0.2	n.a.	0.0	2.5
Finanzergebnis	-0.2	0.0	-0.2	-0.2	n.a.	0.0	2.5
Gesamtergebnis	-17'834.1	-17'171.2	-17'471.5	-300.3	-1.7	362.6	2.0
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-17'834.1	-17'171.2	-17'471.5	-300.3	-1.7	362.6	2.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-378.4	0.0	-1'437.8	-1'437.8	n.a.	-1'059.4	<-100.0
Nettoinvestitionen	-378.4	0.0	-1'437.8	-1'437.8	n.a.	-1'059.4	<-100.0
Saldo Investitionsrechnung	-378.4	0.0	-1'437.8	-1'437.8	n.a.	-1'059.4	<-100.0

Kommentar

1 Die höheren Abschreibungen sind mehrheitlich auf das Projekt Storage Area Network der Blaulichtorganisationen zurückzuführen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	76.7	77.2	80.2	78.0	76.4
Lehrstellen im Departement	Anz	26	24	23	23	24
Raumkosten (Miete, Reinigung, Nebenkosten) pro m2	Fr	302	292	291	297	295
Betreute Mitarbeiterdossiers im Personaldienst pro Stelle	Anz	212	223	221	223	203
Betreute Arbeitsplätze pro Mitarbeiter im PC-Support	Anz	249	391	405	450	441

Recht

JSD-501/3

Der Bereich Recht des Justiz- und Sicherheitsdepartements ist zum einen eine Stabsstelle des Vorstehers und gewährleistet zum anderen die juristische Beratung des Regierungsrates, der Departemente und des Grossen Rates. Er setzt sich zusammen aus der Rechtsabteilung sowie dem Handelsregisteramt. Zur Rechtsabteilung gehören zudem diverse Kommissionen (Justizkommission, Nomenklaturkommission, Bewertungskommission, Kontrollorgan Staatsschutz) und die Notariatsprüfungsbehörde.

Zu den juristischen Dienstleistungen beziehungsweise Aufgaben der Rechtsabteilung gehören im Wesentlichen die erwähnte juristische Beratung des Regierungsrates, der Departemente und des Grossen Rates, die Ausarbeitung von Erlassen und (Staats-)Verträgen sowie die Einholung entsprechender Vernehmlassungen und die Einarbeitung berechtigter Anliegen, die juristische Bearbeitung politischer Geschäfte (Initiativen, Motionen, Interpellationen, Anzüge, schriftliche Anfragen), die Führung der Gesetzessammlung von Kanton und Gemeinden, die Instruktion von Rekursverfahren und die Ausarbeitung von Rekursentscheiden des Departements, die Vertretung von Rekursverfahren vor richterlichen Instanzen von Bund und Kanton und die Ausarbeitung entsprechender Stellungnahmen, die Aufsicht über das Handelsregisteramt, die Behandlung von Namensänderungen sowie die Bewältigung von Aufgaben im Zusammenhang mit den bei der Rechtsabteilung angesiedelten Kommissionen und der Notariatsprüfungsbehörde.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Rechtsabteilung Am 3. Juni 2015 hat der Grosse Rat das neue Gesetz betreffend die Organisation der Gerichte und der Staatsanwaltschaft (GOG) beschlossen. Das Basler Stimmvolk hat die Änderungen der Kantonsverfassung, die mit dem GOG im Zusammenhang stehen, an der Abstimmung vom 15. November 2015 mit einem Ja-Stimmenanteil von 84.73% angenommen. Der Regierungsrat hat die Bestimmungen des GOG über die Wahlen in die Gerichte auf den 30. Dezember 2015 wirksam erklärt. Alle weiteren Bestimmungen werden am 1. Juli 2016 wirksam. Einzige Ausnahme ist die Bestimmung über die Unvereinbarkeit in der Kantonsverfassung. Diese wird auf den Beginn der neuen Legislatur des Grossen Rates am 1. Februar 2017 wirksam.

Der Grosse Rat hat auch die Änderung des Taxigesetzes beschlossen. Gegen den Beschluss des Grossen Rates wurde das Referendum ergriffen. In der Abstimmung vom 15. November 2015 hat das Basler Stimmvolk der Änderung des Taxigesetzes zugestimmt. Der Wirksamkeitszeitpunkt des neuen Gesetzes steht noch aus.

Gestützt auf einen Anzug Daniel Stolz und Konsorten betreffend Erweiterung des parlamentarischen Instrumentariums hat der Grosse Rat die Änderung der Kantonsverfassung und des Gesetzes über die Geschäftsordnung des Grossen Rates (GO, SG 152.100) beschlossen. Die obligatorische Volksabstimmung über die Änderung der Kantonsverfassung ist auf einen Termin im neuen Berichtsjahr festgelegt worden.

Im Berichtsjahr wurde ferner der Entwurf eines neuen Publikationsgesetzes erarbeitet, womit gleichzeitig die Motion Conradin Cramer und Konsorten betreffend departementsübergreifendem Rechtsdienst und der Anzug Patrick Hafner und Konsorten betreffend Bundesgesetzvollzug im Kanton umgesetzt werden sollen.

Die Regierungen der beiden Kantone haben durch übereinstimmende Beschlüsse der BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel (BSABB) einen weiteren Leistungsauftrag für den Zeitraum vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2019 erteilt. Der Regierungsrat hat für eine weitere Amtszeit von vier Jahren zudem zwei Mitglieder des Verwaltungsrates und durch übereinstimmenden Beschluss mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft den Präsidenten des Verwaltungsrates gewählt. Die Regierungen der Trägerkantone, vertreten durch die jeweiligen Fachdepartemente, tauschen sich periodisch (mindestens einmal jährlich) über allfällige politische Vorstösse, aufsichtsrechtliche Belange sowie das Arbeitsumfeld und die Aufsichtstätigkeit im Allgemeinen aus.

Das Kontrollorgan Staatsschutz hat im Berichtsjahr an acht Sitzungen ein Gespräch mit dem Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements, zwei Gespräche mit der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates, eine Sitzung mit dem Datenschutzbeauftragten des Kantons Basel-Stadt

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'321.4	-3'206.8	-3'243.2	-36.4	-1.1	78.2	2.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-209.8	-214.8	-160.6	54.3	25.3	49.2	23.5
Betriebsaufwand	-3'531.2	-3'421.6	-3'403.7	17.9	0.5	127.5	3.6
42 Entgelte	1'931.9	2'070.0	1'942.1	-127.9	-6.2	10.2	0.5 ¹
Betriebsertrag	1'931.9	2'070.0	1'942.1	-127.9	-6.2	10.2	0.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-1'599.3	-1'351.6	-1'461.6	-110.0	-8.1	137.7	8.6
Betriebsergebnis	-1'599.3	-1'351.6	-1'461.6	-110.0	-8.1	137.7	8.6
34 Finanzaufwand	-1.3	0.0	-1.2	-1.2	n.a.	0.1	6.7
Finanzergebnis	-1.3	0.0	-1.2	-1.2	n.a.	0.1	6.7
Gesamtergebnis	-1'600.6	-1'351.6	-1'462.8	-111.2	-8.2	137.8	8.6
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-1'600.6	-1'351.6	-1'462.8	-111.2	-8.2	137.8	8.6

Kommentar

1 Das Handelsregisteramt verzeichnete weniger Gebühreneinnahmen als budgetiert.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	25.1	21.7	23.8	22.5	22.5
Eingegangene Rekurse JSD	Anz	230	262	168	241	227
Gesuche um Namensänderung	Anz	195	217	189	194	167
Formelle Prüfung der Erlasse für Kanton und Gemeinden	Anz	224	266	195	209	165
Rechtliche Zulässigkeit von Initiativen und Motionen	Anz	19	18	25	19	20
Vorgenommene Eintragungen im Handelsregister	Anz	7'465	8'586	7'350	7'248	7'543
Ausgestellte beglaubigte Handelsregister-Auszüge	Anz	6'117	5'898	5'197	4'233	5'697

und jeweils zwei Visitationen bei der Kantonspolizei und bei der kantonalen Staatsschutzbehörde (Fachgruppe 9) durchgeführt.

Die Justizkommission hat im Berichtsjahr zwei ordentliche Sitzungen abgehalten, eine Notarin und einen Notar ernannt sowie daneben im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Aufsichtstätigkeit die Staatsanwaltschaft und sechs Notariatsbüros visitiert. An den genannten Sitzungen wurde neben der Behandlung der üblichen Geschäfte (Entgegennahme der Visitationsberichte) die Zusammensetzung der Notariatsaufsichtskommission nach revidiertem Notariatsgesetz behandelt und eine Weisung an die Notariatskammer zuhanden der Notarinnen und Notare verabschiedet.

Die Nomenklaturkommission befasste sich im Berichtsjahr an drei Sitzungen mit verschiedenen Projekten, Anfragen und Vorstößen zur Benennung von Strassen, Wegen und Plätzen. Beim Vorsteher des Justiz- und Sicherheitsdepartements wurden folgende Anträge zur offiziellen Benennung gestellt: Erlenmattplatz, Liestaleranlage (Aufhebung der bisherigen Liestalerstrasse), Magnolienpark (Verlegung), Erlenparkweg (Verlegung) und Schwarzpark.

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement und das Bau- und Verkehrsdepartement sind übereingekommen, dass aus fachlicher wie auch administrativer Sicht die Bewertungskommission in das Bau- und Verkehrsdepartement reintegriert wird. Die Aufgabenverschiebung erfolgt zum 1. Januar 2016.

Handelsregisteramt Die Anzahl Handelsregistereinträge lag 2015 mit 7543 höher als im Vorjahr. Zu dieser Steigerung beigetragen hat eine systematische Registerbereinigungsaktion, mit der die Aktualität der Handelsregistereinträge von rund 2900 Einzelunternehmen überprüft, überholte Einträge bereinigt und „Registerleichen“ aus dem Handelsregister gelöscht wurden. Die seit 2013 bestehende Möglichkeit der Einreichung von Anmeldebelegen in elektronischer Form über das eidgenössische Kundenportal *juspace.ch* wurde 2015 nur ein einziges Mal in Anspruch genommen.

Kantonspolizei

JSD-506

Gemäss allgemeinem Auftrag des Polizeigesetzes §1 sorgt die Kantonspolizei für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Einhaltung des Gesetzes: präsent zu sein, Aufklären, Informieren sowie Intervenieren und Vermindern von Ordnungsverstössen; Aufnehmen, Beraten und Intervenieren bei objektiven und subjektiven Problemlagen; Sicherstellen und Optimieren des Verkehrsflusses; positive Einflussnahme auf das Verkehrsverhalten, Regeln der Verkehrszulassungen von Personen und Fahrzeugen; rasches und zielgerichtetes Intervenieren bei Delikten; Ermitteln, Fahnden nach Personen und Sachen; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Vorbereitungen; Begrenzen des illegalen Aufenthaltes und Bekämpfen der Schwarzarbeit; Federführung in der Ereignisbewältigung in ausserordentlichen Lagen (Kantonale Krisenorganisation).

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Personal Der Headcount der Kantonspolizei Basel-Stadt wurde im Jahr 2015 um 28.5 Stellen erhöht. Elf Stellen gehen zurück auf die letzte Tranche der vom Regierungsrat beschlossenen stufenweisen Aufstockung des Korps um 45 zusätzliche Polizistinnen und Polizisten. 13 Stellen hängen mit der neuen Parkraumbewirtschaftung zusammen. Im Dezember 2015 genehmigte der Grosse Rat zudem eine weitere Aufstockung von 4.5 Stellen zur Umsetzung des Bundesprojektes Via Sicura; es zeitigt hohe Mehrkosten für die Kantone.

Querschnittsdienstleistungen

Einsatzzentrale Im Berichtsjahr gingen auf der Einsatzzentrale der Kantonspolizei 46'983 Anrufe (2014: 50'716) über die Notrufnummern 117 und 112 ein. Daraus eröffnete die Einsatzzentrale 28'174 (27'036) Fälle. 30'833 (30'037) Mal bot sie aufgrund von Meldungen eine Fahrzeugpatrouille auf.

Sicherheitspolizei

Grundversorgung Die polizeiliche Grundversorgung wurde auch im Berichtsjahr an 365 Tagen durch die Sicherheitspolizei gewährleistet. Insgesamt wurden 15'857 (2014: 16'313) Anzeigen an den Schaltern der Polizeiwachen und -Posten entgegengenommen. Dazu kommen 26'291 (2014: 27'036) Meldungen. Die elf Mitarbeitenden des Community Policing haben im Berichtsjahr 978 (2014: 866) Sachgeschäfte einer Problemlösung zugeführt.

Neue Schalteröffnungszeiten und mehr Strassenpräsenz Per November 2015 wurde die Anzahl der während der Nacht geöffneten Anzeigeschalter von bisher vier auf einen Nachtschalter (Polizeiwache Clara) reduziert. Mit dieser Reduktion erfolgt eine Erhöhung der polizeilichen Präsenz auf der Strasse. Im Zuge der Reduktion der Anzeigemöglichkeiten wurde die Polizeiwache Riehen, die bisher im 24-Stunden-Betrieb geführte wurde, per November 2015 strukturell in einen Polizeiposten mit Tagdienstbetrieb überführt. Die Patrouillentätigkeit auf dem Gemeindegebiet Riehen wird durch eine permanente Patrouille der Polizeiwache Clara sichergestellt.

Spezialformationen

Bewaffnete Sicherheitsassistenten Innerhalb der Spezialformationen wurde im Ressort Sicherheit + Transport eine generelle Aufgabenüberprüfung durchgeführt. Hauptzielsetzungen waren die Sicherstellung einer merklichen Entlastung des Einsatzzuges von Bewachungsaufgaben und eine signifikante Umgestaltung der Vorhalteleistungen der Mitarbeitenden des Ressorts Sicherheit + Transport. Nach erfolgreichem Abschluss der Vorstudie wurde zur Erreichung der Zielsetzungen die Hauptstudie in Angriff genommen. Nach erfolgtem Grossratsbeschluss vom Oktober 2015 kann nun

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-115'670.1	-115'628.9	-117'427.0	-1'798.1	-1.6	-1'756.9	-1.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-28'191.1	-25'712.2	-24'967.4	744.8	2.9	3'223.7	11.4
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1'034.2	-1'267.7	-1'230.1	37.6	3.0	-195.9	-18.9
Betriebsaufwand	-144'895.4	-142'608.8	-143'624.5	-1'015.7	-0.7	1'270.9	0.9
42 Entgelte	31'412.8	35'648.8	34'529.7	-1'119.1	-3.1	3'117.0	9.9 ¹
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.1	0.1	n.a.	0.1	n.a.
46 Transferertrag	6'181.4	801.6	766.3	-35.3	-4.4	-5'415.1	-87.6
Betriebsertrag	37'594.2	36'450.4	35'296.2	-1'154.3	-3.2	-2'298.0	-6.1
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-107'301.2	-106'158.4	-108'328.3	-2'169.9	-2.0	-1'027.1	-1.0
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-2'473.1	-2'672.0	-2'533.7	138.3	5.2	-60.5	-2.4
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	363.8	364.0	363.8	-0.2	-0.1	0.0	0.0
Abschreibungen	-2'109.4	-2'308.0	-2'169.9	138.1	6.0	-60.5	-2.9
Betriebsergebnis	-109'410.6	-108'466.4	-110'498.2	-2'031.8	-1.9	-1'087.7	-1.0
34 Finanzaufwand	-314.4	-260.0	-258.5	1.5	0.6	55.9	17.8
44 Finanzertrag	32.6	0.0	85.8	85.8	n.a.	53.2	>100.0
Finanzergebnis	-281.8	-260.0	-172.7	87.3	33.6	109.1	38.7
Gesamtergebnis	-109'692.4	-108'726.4	-110'670.9	-1'944.5	-1.8	-978.5	-0.9
davon Funktionen:							
11 Öffentliche Sicherheit	-114'228.9	-106'348.3	-112'990.4	-6'642.1	-6.2	1'238.5	1.1
16 Verteidigung	-2'294.5	-2'378.1	-2'241.3	136.8	5.8	53.2	2.3
61 Strassenverkehr	0.0	0.0	4'560.8	4'560.8	n.a.	4'560.8	n.a.
99 Nicht aufgeteilte Posten	6'831.1	0.0	0.0	0.0	n.a.	-6'831.1	-100.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-783.3	0.0	-687.2	-687.2	n.a.	96.1	12.3
Ausgaben Kleininvestitionen	-653.2	-614.0	-1'325.3	-711.3	<-100.0	-672.1	<-100.0
Nettoinvestitionen	-1'436.4	-614.0	-2'012.4	-1'398.4	<-100.0	-576.0	-40.1
Saldo Investitionsrechnung	-1'436.4	-614.0	-2'012.4	-1'398.4	<-100.0	-576.0	-40.1

Kommentar

1 Die Abweichung zwischen Rechnung und Budget 2015 begründet sich mehrheitlich durch tiefere Busseneinnahmen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	792.6	792.6	831.5	828.4	846.3
Fluktuation	%	4.3	4.5	3.3	4.0	3.1
Gesamtzufriedenheit der Bevölkerung	Wert		7.5			7.7 ¹
Hilfsbereitschaft der Polizei	Wert		8.2			8.3 ²
Notrufe bei der Einsatzzentrale (Tel. 112/117)	Anz	53'261	55'488	54'325	50'716	46'983
Polizeieinsätze	Anz	27'549	28'267	27'420	27'036	28'174 ³
Requisitionseinträge	Anz	28'138	28'394	26'712	26'291	25'981
Schwerverletzte im Strassenverkehr	Pers.	90	81	82	88	97
Tote im Strassenverkehr	Pers.	3	5	2	2	3

Kommentar

- 1 Resultat aus der Kundenbefragung, die 2012 erstmals in dieser Form durchgeführt wurde. Der Wert beschreibt auf einer Skala von 1 bis 10 die Zufriedenheit der baselstädtischen Bevölkerung mit der Kantonspolizei Basel-Stadt.
- 2 Resultat aus der Kundenbefragung, die 2012 erstmals in dieser Form durchgeführt wurde. Der Wert beschreibt auf einer Skala von 1 bis 10 die Zufriedenheit der baselstädtischen Bevölkerung mit der Kantonspolizei Basel-Stadt.
- 3 Entspricht der Anzahl Falleröffnungen in der Einsatzzentrale.

die Rekrutierung, Ausbildung und Einführung der neuen Mitarbeiterkategorie „Sicherheitsassistent mit besonderen Aufgaben“ (SiAss mbA) begonnen werden. Die erste Schule dauert von Februar bis Juni 2016.

Unterstützungen In den Ressorts Haftleitstelle sowie Sicherheit + Transport des Dienstes Unterstützungen war die Auslastung im Bereich der normalen jährlichen Schwankungen. So durchliefen im Berichtsjahr 3'153 vorläufig festgenommene Personen die Haftleitstelle und es wurden 6'679 erkennungsdienstliche Massnahmen durchgeführt. Die Anzahl der von der Haftleitstelle über Securitas JTS organisierten interkantonalen Personentransporte steigerte sich um zirka 15% auf 1'381 abgehende und 715 empfangene Transporte. Die Transportaufträge und Bewachungsaufgaben des Ressorts Sicherheit + Transport bewegten sich im Berichtsjahr ebenfalls auf dem hohen Niveau der Vorjahre.

Fahndungsdienst Es wurden 5'034 (2014: 3'719) Geschäfte registriert, was einer Zunahme von rund 26% entspricht. Die Gesamtzahl der Festnahmen belief sich auf 302 (2014: 417). Die Anzahl der Anzeigen „Vermisste und Entlaufene“ war mit 714 (2014: 816) tiefer als im Vorjahr. Vom Strafgericht haben wir bezüglich Vorladungen und Urteilen mit 41 ein Drittel weniger Aufträge wie im Vorjahr (2014: 62) zur Ausschreibung erhalten. Die Anzahl Aufträge betreffend die vom Strafvollzug Basel-Stadt umgewandelten Bussen beliefen sich auf 2'439 (2014: 750). Dies entspricht einer Zunahme von mehr als das Dreifache gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt wurden 373'787 Franken (2014: 104'159 Franken) eingezogen. Die Zahl der ausserkantonalen Busseneinzüge liegt mit 365 Aufträgen auf demselben Niveau wie im Vorjahr (2014: 328). Bei den Ein- und Ausgrenzungen sind die Aufträge mit 78 gegenüber dem Vorjahr (2014: 121) um 55% gesunken. Für das Migrationsamt wurden 2 Wegweisungen nach Asyl- und Ausländergesetz erfasst (2014: 6). Die Vorführungsbefehle des Militärs sind von 27 im Vorjahr auf 35 gestiegen.

Verkehrsmanagement

Weitere e-Government-Lösungen Seit Anfang Juli 2015 stellt die Kantonspolizei eine neue Online-Plattform zur Verfügung, die die Bezahlung von Ordnungsbussen deutlich vereinfacht. Die Anonymität im Ordnungsbussenverfahren ist auch in der neuen Plattform gewährleistet. Über das Online-Portal lassen sich nicht allein Bussen bezahlen, sondern auch die Fahrzeuglenker melden (wenn der Fahrzeugbesitzer bei der Übertretung nicht gefahren ist), Einsprachen tätigen und Radarfotos oder der Bussenzettel einsehen. Die ersten Erfahrungen mit dem neuen Angebot sind positiv. Zudem konnte im Berichtsjahr das elektronische Bezugsverfahren an Parkier- und Zufahrtsbewilligungen geringfügig erweitert werden. Um das Angebot auf andere Geschäftsfälle auszudehnen,

wird eine gewisse Authentifizierung der Kundschaft erforderlich. Gemäss Projektplan soll dies ab 2016 nach standardisierten Verfahren über das in Entwicklung befindliche kantonale Kundenportal abgewickelt werden können.

Rettung

JSD-509

Zu den Aufgaben des Bereiches Rettung gehören: Gewährleisten von Schutz und Sicherheit; Vermindern von erkennbaren Risiken durch entsprechende Einsatzvorbereitung; Betreiben der Einsatzzentralen 118 und 144; dauernde Gewährleistung von Rettungs-, Brandbekämpfungs-, Chemiewehr-, Ölwehr- und Pioniereinsätzen sowie Hilfeleistung und Bergung in Notlagen; Begrenzen von Schäden und Vermindern von Eskalationen bei ausserordentlichen Ereignissen (Katastrophen, Unruhen, Terrorismus); Durchführen von Notfall-, Kranken- und Verlegungstransporten; Erarbeiten und Durchführen vorbeugender Massnahmen, Sicherstellen der präklinischen Notfallversorgung; Administration der Wehrpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Sicherstellen der Grund-, Aus- und Weiterbildung der Zivilschutzpflichtigen des Kantons Basel-Stadt; Erbringen von Dienst- und Logistikleistungen zu Gunsten des Justiz- und Sicherheitsdepartements und Dritter.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Hebelstrasse 51/53 Einerseits soll der Standort Hebelstrasse erdbebenertüchtigt und andererseits der dortige Hof überdacht werden. 2015 erfolgten verschiedene Projektanpassungen und das generelle Baubeglehen wurde eingereicht. Die Genehmigung hierzu sollte bis spätestens Ende des ersten Quartals 2016 vorliegen.

Berufsfeuerwehr Bis Ende 2016 soll die Berufsfeuerwehr einer umfassenden Aufgabenüberprüfung unterzogen werden. Als Voraussetzung für diesen Projektstart wurden neben der Einsatzunterstützung auch die Leitungen von Einsatz, Technik, Betrieb und Ausbildung in Tagdienstfunktionen überführt. Die Aufgabenüberprüfung dient als Grundlage für eine allfällige Neustrukturierung der gesamten Berufsfeuerwehr ab 2017.

Zivilschutz FUTURA Im Rahmen des kantonalen Entlastungsprogramms 2016/2017 hat der Regierungsrat entschieden, den Zivilschutz Basel-Stadt auf 850 aktive Angehörige zu konzentrieren. Damit verbunden war auch ein Abbau von sechs Vollzeitstellen. Das Projekt wurde per Ende 2015 abgeschlossen.

Scherkessel Der Zivilschutz Basel-Stadt plant, am Standort Scherkessel einen zentralen Organisationsplatz und ein Materiallager zu errichten. Für diese Neuausrichtung und Umgestaltung konnte das Vorprojekt abgeschlossen werden. 2015 startete die Ausarbeitung des Baubeglebens, das im zweiten Quartal 2016 eingereicht werden soll.

Milizfeuerwehr Die Überprüfung von Leistungsauftrag und Struktur konnte abgeschlossen werden. Diese entsprechen nun den aktuellen und zukünftigen Bedürfnissen; zudem wurden Kompetenz und Autonomie gestärkt. Per 1. Januar 2016 gliedert sich die Milizfeuerwehr in die beiden Kompanien Stadt und Riehen/Bettingen, wobei die Kompanie Stadt aus je einem Einsatzzug Grossbasel und Kleinbasel besteht. Somit ist weiterhin sichergestellt, dass die Milizfeuerwehr Basel-Stadt als weitgehend eigenständige Organisation die Berufsfeuerwehr bei Brand- und Elementarereignissen sowie beim Wassertransport und bei Sicherheitswachen unterstützen kann.

Militär und Zivilschutz

Kurse und Diensttage Im Berichtsjahr haben 1'869 Zivilschutz-Dienstpflichtige in 158 Kursen total 4'577 Diensttage geleistet. An den Orientierungstagen als Vorbereitung auf die Rekrutierung nahmen in Basel 548 Stellungspflichtige teil.

Verwaltungs-Software PISA Die Verwaltung der Personaldaten der Zivilschutzangehörigen wird in das Personalinformationssystem der Armee (PISA) überführt. Basel-Stadt ist in diesem gesamtschweizerischen Projekt Testkanton; die Umstellungsarbeiten für Basel-Stadt verliefen bislang planmässig und sind grundsätzlich abgeschlossen. Der Abschluss der schweizweiten Überführung wird 2016 vollzogen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-33'743.8	-33'944.8	-34'121.8	-177.0	-0.5	-378.0	-1.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-14'405.4	-13'370.9	-14'464.8	-1'093.9	-8.2	-59.4	-0.4 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-143.5	-154.0	-142.1	11.9	7.8	1.5	1.0
36 Transferaufwand	0.0	-160.0	0.0	160.0	100.0	0.0	n.a. ²
Betriebsaufwand	-48'292.7	-47'629.7	-48'728.6	-1'098.9	-2.3	-436.0	-0.9
42 Entgelte	20'641.3	20'662.7	21'526.2	863.5	4.2	884.9	4.3 ³
46 Transferertrag	2'460.8	2'198.8	2'573.2	374.4	17.0	112.5	4.6 ⁴
Betriebsertrag	23'102.0	22'861.5	24'099.4	1'237.9	5.4	997.4	4.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-25'190.6	-24'768.2	-24'629.2	139.0	0.6	561.4	2.2
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-2'157.1	-1'899.0	-1'947.8	-48.8	-2.6	209.3	9.7
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-76.8	0.0	-76.8	-76.8	n.a.	0.0	0.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	73.8	0.0	94.7	94.7	n.a.	20.9	28.3
Abschreibungen	-2'160.0	-1'899.0	-1'929.8	-30.8	-1.6	230.2	10.7
Betriebsergebnis	-27'350.6	-26'667.2	-26'559.1	108.2	0.4	791.6	2.9
34 Finanzaufwand	-12.2	0.0	-12.8	-12.8	n.a.	-0.6	-4.9
44 Finanzertrag	0.1	0.0	0.5	0.5	n.a.	0.4	>100.0
Finanzergebnis	-12.1	0.0	-12.3	-12.3	n.a.	-0.2	-1.5
Gesamtergebnis	-27'362.7	-26'667.2	-26'571.4	95.9	0.4	791.4	2.9
davon Funktionen:							
15 Feuerwehr	-12'931.1	-12'717.2	-12'759.2	-42.0	-0.3	172.0	1.3
16 Verteidigung	-10'559.0	-10'607.0	-9'958.8	648.2	6.1	600.1	5.7
42 Ambulante Krankenpflege	-3'872.7	-3'343.0	-3'853.4	-510.3	-15.3	19.3	0.5

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-1'163.2	0.0	-2'357.7	-2'357.7	n.a.	-1'194.5	<-100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-183.1	0.0	-171.5	-171.5	n.a.	11.6	6.4
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.0	514.2	514.2	n.a.	514.2	n.a.
Nettoinvestitionen	-1'346.3	0.0	-2'015.0	-2'015.0	n.a.	-668.7	-49.7
Saldo Investitionsrechnung	-1'346.3	0.0	-2'015.0	-2'015.0	n.a.	-668.7	-49.7

Kommentar

- 1 Mit einem erhöhten Bedarf an Verbrauchsmaterial und Gerätschaften im medizinischen Bereich sind Mehraufwendungen (0.5 Mio. Franken) angefallen. Erhöhte Debitorenverluste im Zusammenhang mit Sanitätseinsätzen (0.2 Mio. Franken) haben ebenso zu einem ungünstigen Ergebnis beigetragen. Im Weiteren haben in der Abteilung Militär und Zivilschutz dringliche Ersatzbeschaffungen beim Korpsmaterial (0.2 Mio. Franken) und sicherheitsrelevante Unterhaltsarbeiten an Schutzbauten (0.2 Mio. Franken) zu einer Überschreitung geführt. Alle Abweichungen wurden mit Mehreinnahmen kompensiert.
- 2 Aufgrund der neuen Rechnungslegungsgrundsätze (HRM2) sind Buchungen im Zusammenhang mit Fonds im Fremdkapital (Fonds für Ersatzbeiträge für Schutzbauten) in der Rechnung 2015 über die Bilanz abgewickelt worden. Ab Budget 2016 wird dieser Umstellung Rechnung getragen.
- 3 Sowohl die Sanität als auch die Feuerwehr verzeichnen Mehrerträge aus der Verrechnung von Einsätzen (0.8 Mio. bzw. 0.5 Mio. Franken). Dagegen weisen die Versicherungsbeiträge (zur Schadenverhütung im Zusammenhang mit Feuer) Mindereinnahmen gegenüber Budget von 0.4 Mio. Franken aus.
- 4 Die Ursache der Mehreinnahmen aus dem Wehrpflichtersatz ist grösstenteils auf mehr Ersatzpflichtige zurückzuführen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	230.7	227.4	231.4	229.8	236.7
Betreute Angehörige Armee/Zivilschutz	Anz	12'729	12'618	12'161	12'084	11'542
Aktive Dienstleistende im Zivilschutz	Anz	1'820	1'890	1'913	1'868	1'846
Interventionszeit der Feuerwehr <=10 Min.	%	96	96	96	95	95
Einsätze von Berufs- und Bezirksfeuerwehr	Anz	2'239	2'199	2'161	2'267	2'275
Interventionszeit der Sanität <=15 Min.	%	98	97	99	97	98
Einsätze der Sanität	Anz	17'938	17'827	18'729	18'823	19'463

Feuerwehr

Einsätze Die Gesamtanzahl liegt mit 2'275 im Bereich der Vorjahre. Die Berufs- und die Milizfeuerwehr rückten gesamthaft zu 324 Brandeinsätzen, 197 Elementarereignissen und 676 Einsätzen „Brandmeldeanlagen“ aus. Eine grössere Zunahme von gegen hundert gegenüber dem Vorjahr ist bei den Brandeinsätzen zu zählen.

Arbeitszeitreglement Nachdem der Personalausschuss der Berufsfeuerwehr 2014 geschlossen zurückgetreten ist, wurden Umsetzungsfragen zum neuen Arbeitszeitreglement mit Mitarbeitervertretern aller Hierarchiestufen in einer Arbeitsgruppe weiter angegangen. Insbesondere zur Ruhezeitlexibilisierung wurden zusammen mit den Linienverantwortlichen Varianten erarbeitet. Im Verlauf des Berichtsjahres wurde auch ein neuer Personalausschuss gewählt.

Sanität

Einsätze Die Sanität Basel leistete im Berichtsjahr 19'463 Einsätze, was einer Zunahme von mehr als 600 Einsätzen oder von rund 3.5% gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Teams der Sanität wurden nebst weiteren Einsätzen zu 13'442 Notfall- und 3'866 planbaren Patiententransporten gerufen.

Personal Die neun vakanten Stellen per Ende 2014 konnten 2015 alle besetzt werden. Um den steigenden Einsatzzahlen gerecht zu werden, wurden im Verlauf des Jahres zusätzlich zwei Stellen für ein viertes Nachtteam und per 1. Januar 2016 zwei Stellen für ein fünftes Wochenendteam geschaffen.

Bevölkerungsdienste und Migration

JSD-510

Der Bereich Bevölkerungsdienste und Migration übernimmt eine breite Aufgabenpalette im Dienste der Öffentlichkeit.

Das Einwohner- und Zivilstandsamt regelt das Meldewesen im Einwohnerbereich und führt das Einwohner- und das Personenstandsregister. Es hält Ziviltrauungen ab, stellt Ausweise und Dokumente für die Kundschaft aus und erfasst die dafür nötigen biometrischen Daten. Es beglaubigt Dokumente, stellt Apostillen aus und verwaltet Fundsachen. Ausserdem ist es Kontakt- und Triagestelle für Fragen rund um die kantonale Verwaltung.

Das Migrationsamt erteilt Einreise-, Aufenthalts- und Grenzgänerbewilligungen. Es ist zuständig für Aufenthaltsverlängerungen und die erste Anlaufstelle für ausländische Staatsangehörige, die sich einbürgern lassen wollen. Für Personen, die ihr Aufenthaltsrecht verwirkt haben und nicht freiwillig ausreisen, leitet das Migrationsamt die erforderlichen Vollzugshandlungen ein. Es ist zudem Strafverfolgungsbehörde im Ausländerrecht.

Das Amt für Justizvollzug ist verantwortlich für die Inhaftierung von Personen zur Sicherung laufender Untersuchungs-, Gerichts- und Migrationsverfahren. Es plant und vollzieht gerichtlich angeordnete Strafen und Massnahmen und leistet Bewährungshilfe mit dem Ziel, die betreuten Personen vor Rückfälligkeit zu bewahren und sozial zu integrieren.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

PaRIS in der Testphase Das Personenauskunft-, Registratur- und Informationssystem (PaRIS), das 2017 die Fachanwendungen EWIS (Einwohneramt) und Konsul (Migrationsamt sowie Amt für Wirtschaft und Arbeit) durch ein einziges, gemeinsames Informatiksystem ablösen wird, befindet sich wie geplant seit Dezember 2015 in der Testphase.

Hoher Geschäftsanfall Wie prognostiziert, weisen alle Ämter des Bereichs (Migrationsamt, Einwohner- und Zivilstandesamt sowie Justizvollzug) für das Jahr 2015 einen sehr hohen Geschäftsanfall aus. Unter anderem im Migrationsamt, wo die jährlichen Mutationen im Zentralen Migrationsinformationssystem (ZEMIS) seit 2013 die 100'000er Grenze nicht mehr unterschritten haben, im Einwohneramt, das wiederum mehr Pässe und Identitätskarten als im Vorjahr ausgestellt hat, sowie im Zivilstandsamt, wo sich unter anderem die beurkundenden Geburten in den letzten Jahren beinahe verdoppelt haben.

Migrationsamt

Einführung Begrüssungs- und Integrationsgespräche Die im Gegenvorschlag zur Integrationsinitiative vorgesehenen Integrationsmassnahmen wurden im Berichtsjahr erfolgreich umgesetzt. Seit Mai 2015 heisst das Einwohneramt ausländische Zuziehende anlässlich eines Begrüssungsgesprächs individuell willkommen. Im November desselben Jahres hat dann das Migrationsamt die vertieften Integrationsgespräche eingeführt, die es mit Drittstaatenangehörigen sechs Monate nach ihrer Anmeldung im Kanton durchführt. Die ersten Erfahrungen zeigen, dass das neue Angebot von den Neuzuziehenden positiv aufgenommen wird.

Verlängerung der Zusammenarbeit mit der Beratungsstelle für Asylsuchende Im Berichtsjahr hat das Migrationsamt den Subventionsvertrag mit der Beratungsstelle für Asylsuchende (BAS) neu verhandelt und bis am 31. Dezember 2018 um drei Jahre verlängert. Das Gefängnis Bässlergut bietet damit den aufgrund von ausländerrechtlichen Zwangsmassnahmen eingewiesenen Personen weiterhin eine niederschwellige und kostenlose Rechtsberatung an.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-26'080.8	-27'281.6	-27'148.8	132.8	0.5	-1'068.0	-4.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-51'658.3	-47'113.2	-50'584.9	-3'471.7	-7.4	1'073.4	2.1 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-1.2	-1.2	-1.2	0.0	0.0	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-113.9	-132.2	-126.0	6.2	4.7	-12.1	-10.6
Betriebsaufwand	-77'854.1	-74'528.1	-77'860.9	-3'332.8	-4.5	-6.8	0.0
42 Entgelte	30'083.5	29'226.1	29'358.3	132.2	0.5	-725.2	-2.4
46 Transferertrag	1'750.4	1'975.0	1'829.3	-145.7	-7.4	78.9	4.5 ²
Betriebsertrag	31'833.9	31'201.1	31'187.6	-13.5	0.0	-646.3	-2.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-46'020.3	-43'327.0	-46'673.3	-3'346.3	-7.7	-653.1	-1.4
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-669.2	-1'246.7	-1'449.3	-202.5	-16.2	-780.1	<-100.0 ³
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-426.9	-294.6	-429.0	-134.4	-45.6	-2.1	-0.5
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	161.7	0.0	161.7	161.7	n.a.	0.0	0.0
Abschreibungen	-934.4	-1'541.3	-1'716.6	-175.2	-11.4	-782.2	-83.7
Betriebsergebnis	-46'954.7	-44'868.4	-48'389.9	-3'521.5	-7.8	-1'435.2	-3.1
34 Finanzaufwand	-37.3	-33.1	-39.6	-6.6	-19.8	-2.4	-6.4
44 Finanzertrag	0.2	0.3	0.4	0.1	40.2	0.2	>100.0
Finanzergebnis	-37.1	-32.8	-39.2	-6.4	-19.7	-2.1	-5.8
Gesamtergebnis	-46'991.7	-44'901.1	-48'429.1	-3'528.0	-7.9	-1'437.4	-3.1
davon Funktionen:							
13 Strafvollzug	-37'735.1	-34'059.8	-37'730.1	-3'670.2	-10.8	5.0	0.0
14 Allgemeines Rechtswesen	-9'256.6	-10'841.3	-10'699.0	142.3	1.3	-1'442.4	-15.6

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-1'047.9	0.0	-1'755.8	-1'755.8	n.a.	-707.9	-67.6
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1'000.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	1'000.0	100.0
Nettoinvestitionen	-2'047.9	0.0	-1'755.8	-1'755.8	n.a.	292.1	14.3
Saldo Investitionsrechnung	-2'047.9	0.0	-1'755.8	-1'755.8	n.a.	292.1	14.3

Kommentar

- 1 Der Mehraufwand von 3.5 Mio. Franken ist mehrheitlich auf a) hohe Fallzahlen im Straf- und Massnahmenvollzug (2.9 Mio. Franken) und b) Mehraufwendungen für Pässe und Identitätskarten (0.4 Mio. Franken) aufgrund steigender Nachfrage zurückzuführen.
- 2 Die angespannte Migrationssituation in ganz Europa hatte zur Auswirkung, dass weniger vollziehbare Fälle (u.a. auch im Rahmen des Dublinverfahrens) durch das Staatssekretariat für Migration entschieden werden konnten. Daraus ergibt sich für das Migrationsamt, dass weniger Hafttage beim Bund abgerechnet werden konnten.
- 3 Die höheren Abschreibungen sind auf das Projekt PaRIS zurückzuführen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	205.2	207.7	213.9	215.6	226.4
Durchschnittliche Wartezeit im Kundenzentrum	Min	20	14	14	9	12
Ausgestellte Pässe und Identitätskarten	Anz	25'129	29'735	36'503	39'031	39'661
Ziviltrauungen	Anz	919	938	853	920	893
Bearbeitete Gesuche um Einbürgerung	Anz	1'050	737	688	893	762
Einreiseentscheide (über 3 Monate)	Anz	7'510	7'952	7'904	6'223	4'219 ¹
Gutgeheissene Rekurse der Ausländerbehörde (Fremdenpolizei)	Anz	7	10	7	13	17
Vollzugstage Straf- und Massnahmenvollzug	Anz	89'093	99'012	104'000	113'464	108'368

Kommentar

- 1 Die angegebenen Entscheide betreffen nur noch die Einreisen von Drittstaatsangehörigen. Zusicherungen für die Einreise von EU-Bürgerinnen und Bürgern braucht es nicht mehr und wurden auch kaum mehr nachgefragt, weshalb sie seit 2014 nicht mehr abgegeben werden.

Einwohner- und Zivilstandsamt

Verbessertes Kundenleitsystem In Anbetracht der seit Jahren steigenden Frequenzen im Einwohneramt wurde 2015 im Kundenzentrum ein benutzerfreundlicheres Leitsystem, das gleichzeitig eine präzise statistische Erhebung und Auswertung der Kundenbedürfnisse ermöglicht, eingeführt.

Nacherfassungsprojekt abgeschlossen Im November 2015 konnte das Zivilstandsamt ein mehrjähriges Projekt zur Nacherfassung der Bänder und Karteikarten des Familienregisters Basel-Stadt abschliessen. Insgesamt wurden mehrere zehntausend Registerblätter bis 1929 im elektronischen Zivilstandsregister Infostar rückerfasst.

Strafvollzug und Gefängnisse

Neues Aus- und Weiterbildungskonzept der Gefängnisse Basel-Stadt Die Gefängnisse Basel-Stadt haben 2015 als erster Kanton ein umfassendes Aus- und Weiterbildungskonzept für das Betreuungs- und Aufsichtspersonal erstellt. Dieses hat die Vereinheitlichung und den Ausbau der Aus- und Weiterbildung im Gefängnis Bässlergut sowie im Untersuchungsgefängnis Basel-Stadt zum Ziel. Die Umsetzung erfolgt im Laufe des Jahres 2016.

Untersuchungsgefängnis Basel-Stadt Das Untersuchungsgefängnis verzeichnete im Berichtsjahr 42'491 Hafttage (2014: 49'700). Im Tagesdurchschnitt zählte das Untersuchungsgefängnis 126 Inhaftierte (2014: 136), wobei die Gesamtauslastung bei 92% (2014: 98%) lag. Der leichte Rückgang in der Auslastung ist auf die zwischen März und November 2015 durchgeführten Sanierungsarbeiten und die damit zusammenhängende vorübergehende Reduktion der Aufnahmekapazität zurückzuführen. Während dieser Zeit mussten alle Haftstationen einzeln jeweils für mindestens einen Monat geschlossen werden. Derweil konnten Insassen im temporär gemieteten Bezirksgefängnis Laufen untergebracht werden.

Gefängnis Bässlergut Das Gefängnis Bässlergut verzeichnete insgesamt einen leichten Rückgang der Auslastung und zählte 23'283 Hafttage (2014: 24'597), wovon 15'528 Hafttage (67%) auf den Straf- und Massnahmenvollzug entfallen. Die reduzierten Kapazitäten von Haftplätzen für die Ausschaffungshaft wurden zu 60% von ausserkantonalen Insassen belegt (67%). Die Planungsphase des Erweiterungsbaus für den Strafvollzug (78 Haftplätze) konnte im Berichtsjahr abgeschlossen werden, nachdem der Grosse Rat dem Projekt am 9. Dezember 2015 mit grosser Mehrheit zugestimmt hat. Die Arbeiten zum Bauprojekt starten 2016 und die Inbetriebnahme des Anbaus ist für das Jahr 2019 geplant.

Vollzugszentrum Klosterfiechten Im Vollzugszentrum Klosterfiechten (VZK) waren 2015 insgesamt 34 Personen (2014: 31) stationär untergebracht. Dabei wurden total 5'543 Hafttage (2014:

4'759) vollzogen. Im Arbeitsexternat wurden 1'746 (2014: 965) Hafttage an zehn Personen (2014: 12) vollzogen, in der Halbgefangenschaft wurden an elf Personen (2014: 10) 1'300 Hafttage (2014: 1'519) vollzogen; zwei Personen (2014: 5) durchliefen die Progressionsstufen des Wohn- und Arbeitsexternats mit insgesamt 404 Vollzugstagen (2014: 615). Im stationären Massnahmenvollzug wurden an elf Personen (2014: 9) insgesamt 2'093 Vollzugstage vollzogen. Die Umwandlung in Gemeinnützige Arbeit (GA) für Bussen und Geldstrafen betrafen 344 (2014: 347) Personen, diese leisteten insgesamt 14'505 Arbeitsstunden (2014: 13'303). Im Electronic Monitoring (EM) Vollzug wurden insgesamt 5'488 Vollzugstage (2014: 3'673) an 28 Personen (2014: 24) vollzogen. Den wichtigsten internen Einsatzbetrieb für Gemeinnützige Arbeit stellte die Bio-Gärtnerei des Vollzugszentrums dar. Deren Produktion konnte deutlich gesteigert werden und sie belieferte 2015 nebst den Basler Gefängnissen weitere Institutionen im Non-Profit-Bereich.

Strafvollzug Am 31. Dezember 2015 standen 212 Personen (2014: 199) im Strafvollzug beziehungsweise im vorzeitigen Strafvollzug. Die Zahl der Vollzugstage sank leicht von 79'787 im Vorjahr auf 73'477. Ende 2015 befanden sich 98 Personen (2014: 94) im Massnahmenvollzug beziehungsweise im vorzeitigen Massnahmenvollzug. Die Zahl der Vollzugstage stieg von 33'677 auf 34'891. Die Strafvollzugsbehörde erliess im Berichtsjahr 271 Verfügungen (2014: 228) zu Entlassungen von verurteilten Personen aus dem Straf- und Massnahmenvollzug. Den Hauptteil bildeten dabei die 198 Entscheide (2014: 204) zu bedingten Entlassungen aus dem Vollzug einer Freiheitsstrafe. 73 Entscheide (2014: 24) fällte die Behörde zu Aufhebungen der Massnahme oder zu bedingten Entlassungen aus dem Vollzug einer Massnahme.

Bewährungshilfe Im Berichtsjahr führte die Bewährungshilfe 529 Mandate (2014: 445) im Rahmen des gesamten Strafverfahrens, des Straf- beziehungsweise Massnahmenvollzugs (Art. 96 StGB) und nach der bedingten Entlassung (Art. 93-95 StGB). Davon sind 144 Mandate (2014: 137) mit Bewährungsaufgaben und Weisungskontrollen verbunden. Per Ende 2015 wurden 255 Personen (2014: 204) im Strafverfahren und Straf- beziehungsweise Massnahmenvollzug (Art. 96 StGB) sowie 98 Personen (2014: 85) mit Bewährungsaufgaben und Weisungskontrollen (Art. 93-95 StGB) von der Bewährungshilfe betreut. Im Rahmen des §37c des Polizeigesetzes Basel-Stadt (Wegweisung bei Häuslicher Gewalt) wurden 51 Anmeldungen (2014: 46) an die Bewährungshilfe weitergeleitet. 39 Personen (2014: 28) nahmen die freiwillige Beratung in Anspruch (39 Telefonberatungen/20 geführte Beratungsgespräche/2 Triagen an Fachstellen).

Interkantonale Strafanstalt Bostadel

Die Auslastung der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel, die seit Beginn des Berichtsjahres unter einer neuen Direktion steht, betrug 2015 insgesamt 96.8% (2014: 97%). Der Normalvollzug war mit 98.4% (2014: 99%) und die Sicherheitsabteilung mit 82.3% (2014: 79.2%) ähnlich hoch wie im Vorjahr belegt. Die Anzahl der Gefangenen mit lebenslänglichen Strafen (2015: 10 / 2014: 13) ist leicht rückläufig, diejenige der Gefangenen mit einer Verwahrung (10/14) ebenso. Die Anzahl der Gefangenen in der Kategorie der über Fünfzigjährigen (25) hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Im vergangenen Jahr konnte der neue Spazierhof für die Sicherheitsabteilung realisiert werden. Per 30. September 2015 wurde das Vorsorgewerk der Interkantonalen Strafanstalt Bostadel in das Vorsorgewerk Staat der Pensionskasse Basel-Stadt überführt. Die Rechnung schliesst wiederum mit einem Gewinn von 460'445 Fr. (2014: 424'446 Fr.) ab.

Staatsanwaltschaft

JSD-520

Aufgrund von Anzeigen, von Amtes wegen oder auf Ersuchen auswärtiger Strafverfolgungsbehörden, untersucht die Staatsanwaltschaft Sachverhalte hinsichtlich ihrer strafrechtlichen Relevanz. Die Ermittlungen und Untersuchungen betreffen sowohl die Fälle der allgemeinen Kriminalität wie auch der Wirtschafts- oder Jugendkriminalität. Die Sachverhaltsfeststellungen dienen der Initiierung und als Grundlage eines strafrechtlichen Verfahrens und des Entscheides über den Abschluss des Vorverfahrens durch die Staatsanwaltschaft in Form einer Anklageerhebung, eines Strafbefehls, eines Einstellungsbeschlusses oder einer Nichtanhandnahmeverfügung.

Durch eine materiell und formell korrekte, rechtsgenügende und zeitgerechte Feststellung des relevanten Sachverhalts und eine entsprechende Darstellung und Bewertung des Ermittlungsergebnisses in Anklagen, Strafbefehlen oder Einstellungsbeschlüssen leistet die Staatsanwaltschaft einen wesentlichen Beitrag zur Kriminalitätsbekämpfung und im Bereich des Straf- und Strafprozessrechts zur Rechtssicherheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrheitsfindung.

Die Staatsanwaltschaft steht unter der Aufsicht des Regierungsrates. Diese beschränkt sich auf die administrativen Abläufe. Die Strafverfolgungstätigkeit der Staatsanwaltschaft ist hingegen nicht Gegenstand der Aufsicht des Regierungsrates. Der Verkehr zwischen Regierungsrat und der Staatsanwaltschaft wird durch das Justiz- und Sicherheitsdepartement vermittelt (§50 GOG).

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Neues Geschäftsverwaltungssystem JURIS Die Umsetzung der neuen Geschäftskontrolle auf das System JURIS konnte nicht fristgemäss in die Realisierungsphase übergehen. Die kantonsinternen Entscheidungsprozesse haben mehr Zeit erfordert als eingeplant, sodass die notwendigen Projektfreigaben erst im zweiten Quartal 2015 erfolgen konnten. Entsprechend musste der Zeitplan samt Einführungstermin neu festgelegt werden. Die Systemumstellung wird erst im ersten Quartal 2017 erfolgen können.

Einrichtung von Einvernahmeräumen mit Videobefragungstechnik Das Projekt wurde fristgerecht umgesetzt und die Anlagen und Räume konnten im April 2015 in Betrieb genommen werden. Damit wurden die technischen Voraussetzungen geschaffen, welche gerade die Teilnahmemöglichkeiten im Strafverfahren auch ohne Gefährdung der Wahrheitsermittlung erleichtern sollen.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-36'373.4	-36'733.0	-35'956.6	776.3	2.1	416.8	1.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-20'245.4	-17'911.1	-20'564.7	-2'653.6	-14.8	-319.3	-1.6 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-32.9	-94.7	-58.5	36.1	38.2	-25.7	-78.1
36 Transferaufwand	-3'411.9	-3'600.0	-2'706.1	893.9	24.8	705.8	20.7 ²
Betriebsaufwand	-60'063.6	-58'338.7	-59'285.9	-947.2	-1.6	777.7	1.3
42 Entgelte	16'843.9	17'196.5	18'618.4	1'421.9	8.3	1'774.5	10.5 ³
46 Transferertrag	723.2	719.0	928.4	209.4	29.1	205.2	28.4 ⁴
Betriebsertrag	17'567.0	17'915.5	19'546.8	1'631.3	9.1	1'979.7	11.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-42'496.5	-40'423.2	-39'739.1	684.1	1.7	2'757.4	6.5
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-36.6	0.0	-93.5	-93.5	n.a.	-56.9	<-100.0
Abschreibungen	-36.6	0.0	-93.5	-93.5	n.a.	-56.9	<-100.0
Betriebsergebnis	-42'533.2	-40'423.2	-39'832.6	590.6	1.5	2'700.6	6.3
34 Finanzaufwand	-27.5	-25.0	-28.1	-3.1	-12.6	-0.6	-2.3
44 Finanzertrag	15.6	0.0	0.4	0.4	n.a.	-15.2	-97.4
Finanzergebnis	-11.9	-25.0	-27.7	-2.7	-10.9	-15.9	<-100.0
Gesamtergebnis	-42'545.1	-40'448.2	-39'860.4	587.9	1.5	2'684.7	6.3
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-42'545.1	-40'448.2	-39'860.4	587.9	1.5	2'684.7	6.3

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	0.0	0.0	-1'107.3	-1'107.3	n.a.	-1'107.3	n.a.
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-694.1	-694.1	n.a.	-694.1	n.a.
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	-1'801.4	-1'801.4	n.a.	-1'801.4	n.a.
Saldo Investitionsrechnung	0.0	0.0	-1'801.4	-1'801.4	n.a.	-1'801.4	n.a.

Kommentar

- 1 Der Mehraufwand begründet sich einerseits durch erhöhte Wertberichtigungen auf Forderungen, resultierend vor allem aus der vermehrten Umwandlung von Bussen in Haftstrafen, andererseits durch erhöhte Betriebsgebühren, die in gleicher Höhe als Mehrertrag anfallen.
- 2 Die Position beinhaltet den Vollzug jugendstrafrechtlicher Schutzmassnahmen und ist in Bezug auf die Anzahl, den Umfang und die Komplexität der Jugendstraffälle nicht beeinflussbar.
- 3 Einerseits ist eine Zunahme an Bussen und Geldstrafen festzustellen, andererseits sind die Einnahmen aus Betriebsgebühren aufgrund der Zunahme der Anzahl Betreibungen gestiegen.
- 4 Der Mehrertrag stammt aus dem Bundesbeitrag an den kantonalen Nachrichtendienst.

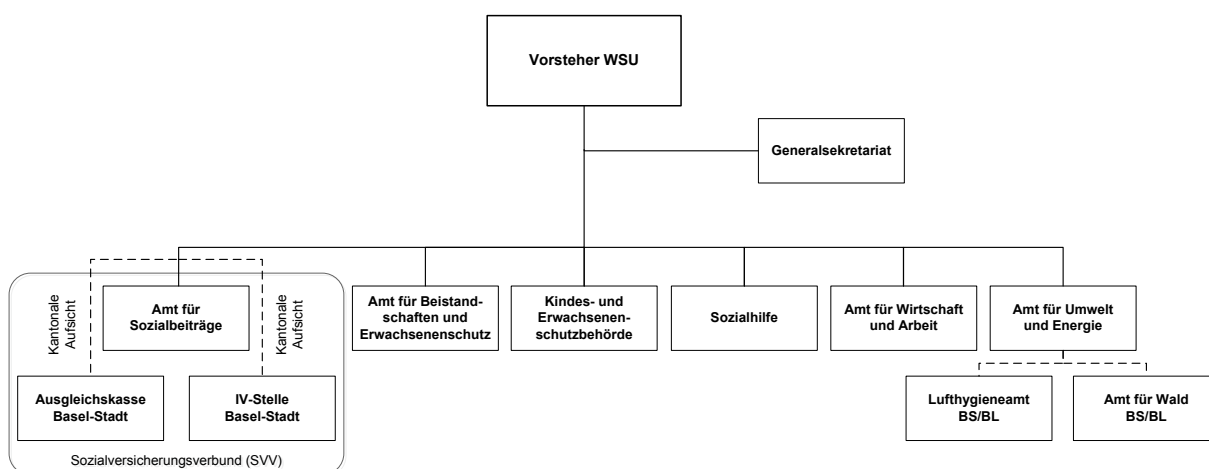
Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	231.4	234.0	241.7	241.4	234.6
Gesamtzahl der Strafanzeigen (Quelle PKS)	Anz	24'729	30'900	28'804	25'971	26'144
- davon Gewaltdelikte	Anz	2'545	2'536	2'495	2'394	2'465
- davon Vermögensdelikte	Anz	17'647	20'790	18'224	15'672	14'931
Ausländeranteil (Auf Basis Gesamtzahl der Strafanzeigen)	%	67	63	63	61	60
Überweisungen mit Antrag an das Strafbefehlsdezernat	Anz	9'158	26'327	25'098	23'063	21'911
Rückstände gemäss §14 EG StPO	Anz	649	832	715	583	651 ¹

Kommentar

- 1 Rückstände sind Verfahren, deren Einleitung mehr als sechs Monate zurück liegt und noch nicht abgeschlossen sind.

4.2.7 Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

WSU-801	Generalsekretariat WSU	320
WSU-806	Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)	323
WSU-807	Amt für Sozialbeiträge	327
WSU-822	Sozialhilfe	329
WSU-825	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)	333
WSU-826	Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES)	335
WSU-831	Amt für Umwelt und Energie	337



Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-111.7	-115.7	-115.3	0.5	0.4	-3.6	-3.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-55.9	-56.1	-54.9	1.3	2.2	1.0	1.8
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.1	-0.2	-0.2	-0.0	-13.3	-0.1	-65.7
36 Transferaufwand	-693.8	-702.7	-621.3	81.4	11.6	72.5	10.5 ¹
Betriebsaufwand	-861.6	-874.8	-791.7	83.1	9.5	69.9	8.1
41 Regalien und Konzessionen	10.4	10.4	10.4	0.0	0.0	-0.0	0.0
42 Entgelte	161.3	146.6	73.7	-73.0	-49.8	-87.7	-54.3 ¹
43 Verschiedene Erträge	1.8	1.7	2.2	0.5	30.1	0.4	22.5
46 Transferertrag	188.7	197.4	193.1	-4.3	-2.2	4.4	2.4
Betriebsertrag	362.2	356.2	279.4	-76.8	-21.5	-82.8	-22.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-499.3	-518.6	-512.2	6.3	1.2	-12.9	-2.6
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-4.9	-5.0	-4.8	0.2	4.1	0.1	2.0
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1.1	-1.5	-1.1	0.4	26.0	0.0	2.4
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	0.0	0.3	0.0	-0.2	-88.3	0.0	0.0
Abschreibungen	-6.0	-6.2	-5.9	0.4	5.9	0.1	2.1
Betriebsergebnis	-505.3	-524.8	-518.1	6.7	1.3	-12.8	-2.5
34 Finanzaufwand	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	27.1	0.0	36.7
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	58.1	-0.0	-10.0
Finanzergebnis	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	47.1	0.0	47.6
Gesamtergebnis	-505.4	-524.8	-518.1	6.7	1.3	-12.7	-2.5
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-10.7	-9.8	-9.7	0.1	1.5	1.0	9.6
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-16.3	-16.1	-16.4	-0.3	-2.0	-0.1	-0.6
5 Soziale Sicherheit	-479.0	-497.6	-495.7	1.9	0.4	-16.6	-3.5
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-0.5	-0.6	-0.1	0.5	87.9	0.5	87.6
7 Umweltschutz und Raumordnung	5.5	2.4	5.5	3.0	>100.0	-0.0	-0.6
8 Volkswirtschaft	-4.2	-3.2	-1.7	1.5	46.9	2.5	59.8

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-1.3	0.0	-3.3	-3.3	n.a.	-1.9	<-100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-0.5	-0.3	-0.3	-0.0	-12.1	0.1	28.2
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1.1	0.0	-1.1	-1.1	n.a.	0.0	2.4
Nettoinvestitionen	-2.9	-0.3	-4.7	-4.4	<-100.0	-1.8	-60.2
Saldo Investitionsrechnung	-2.9	-0.3	-4.7	-4.4	<-100.0	-1.8	-60.2 ²

Kommentar

- Die Veränderungen in den Positionen 36 und 42 hängen insbesondere mit der Umstellung in der Verbuchung der Ergänzungsleistungen zusammen. Details dazu finden sich im Dienststellenbericht des Amtes für Sozialbeiträge (Kommentar Finanzzahlen).
- Investitionen werden in der Rechnung, nicht aber im Budget der Departemente angezeigt, da die Budgetierung der Investitionen zentral in den jeweiligen Investitionsbereichen erfolgt.

Generalsekretariat WSU

WSU-801

Das Generalsekretariat berät und unterstützt den Departementsvorsteher. Es stellt die Geschäftsabwicklung mit dem Grossen Rat und seinen Kommissionen, dem Regierungsrat und den übrigen Departementen sicher. Departementsintern sorgt es für koordinierte und zielgerichtete Abläufe. Mit zentralen Stabsleistungen in den Bereichen Personal, Finanzen und Controlling, Informatik und Recht unterstützt es den Departementsvorsteher und die Dienststellen des WSU, damit das Departement leistungsfähig ist und die gesetzlichen und politischen Vorgaben erfolgreich umsetzen kann.

Fachlich zuständig ist das Generalsekretariat auch für das Dossier Luftverkehr. Im Zentrum steht das Geltendmachen der Interessen des Kantons Basel-Stadt im Hinblick auf eine wirtschaftlich und betrieblich stabile Entwicklung des EuroAirports unter Berücksichtigung der Schutzbedürfnisse der Anwohnerschaft des Flughafens. Darüber hinaus betreut es das Verhältnis des Kantons zur Basler Personenschiffahrts-Gesellschaft (BPG). Generell stellt das Generalsekretariat das Beteiligungsmanagement für die dem WSU zugeordneten Betriebe (insbesondere die IWB Industrielle Werke Basel sowie die Schweizerischen Rheinhäfen SRH) sicher und nimmt die Eigentümerinteressen gegenüber diesen selbstständigen Einheiten wahr.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Allgemeine Dienste Die Dienste im Generalsekretariat stellen mit ihren Unterstützungs- und Supportleistungen einen funktionierenden Departementsbetrieb in der Personal- und Lohnadministration, im Bereich der IKT-Services, im Bereich Finanzen und Rechnungslegung sowie im Rekurswesen sicher. Im Berichtsjahr mussten gewichtige Projektaufgaben im Vollzug der zu Jahresbeginn wirksam gewordenen Lohn-Systempflege, bei der Umsetzung der Informatikprozesse rund um den kantonsweit standardisierten IT-Arbeitsplatz sowie in der Weiterentwicklung des departementalen Management Informationssystems (MIS) bewältigt werden. Entsprechend der kantonalen Records Management-Grundsätze entwarf das Generalsekretariat zusammen mit den Dienststellen die neuen Registraturpläne und achtete dabei auf eine weitgehende Einheitlichkeit. Diese Arbeiten können voraussichtlich im Frühjahr 2016 abgeschlossen werden.

Beteiligungen Betriebe Die Schweizerischen Rheinhäfen haben im Berichtsjahr Güter im Gewicht von 6.33 Mio. Tonnen (t) umgeschlagen; gegenüber den 5.98 Mio. t im Vorjahr entspricht dies einer Zunahme um 5.9%. Dieses Ergebnis ist in erster Linie auf den Anstieg der Mineralölimporte zurückzuführen. Sehr erschwert wurde die Rheinschiffahrt durch die lang anhaltenden tiefen Wasserstände in der zweiten Jahreshälfte, die zu Rückgängen v.a. auch im Containerverkehr geführt haben. Schiffsseitig wurden im Berichtsjahr 102'916 TEU über die Schweizerischen Rheinhäfen abgewickelt (Vorjahr: 104'482 TEU). Dennoch konnten die Häfen den Gesamt-Containerumschlag (inkl. bahnseitigen Umschlag) aus dem Vorjahr leicht übertreffen. Intensiv vorangetrieben wurde das Vorhaben zum Bau des trimodalen Containerterminals und des Hafensbeckens 3 in Basel Nord. Eine wichtige Weichenstellung konnte dadurch erreicht werden, dass die eidgenössischen Räte in der Schlussabstimmung zum revidierten Gütertransportgesetz die vom Kanton zusammen mit der SRH geforderte gesetzliche Grundlage für die Mitfinanzierung von Hafenanlagen für den kombinierten Verkehr durch den Bund bestätigten. Damit ist der Weg frei für Bundesbeiträge, die der nationalen Bedeutung der geplanten Logistik- und Umschlagsanlagen entsprechen.

Die Basler Personenschiffahrt AG (BPG) verzeichnet im Berichtsjahr eine durchschnittliche Saison. Längere Niedrigwasserperioden einerseits sowie Regenwetter im Spätsommer/Herbst haben das Geschäft erschwert. Wiederum konnten dank der stark nachgefragten Anlässe am Jahresende (Charterfahrten, Weihnachtsanlässe, Sylvester-Fahrten) die Umsatzziele dennoch knapp erreicht werden. Basis dafür ist der konsequent professionalisierte Verkauf und die Anstrengungen zur Qualitätssicherung v.a. im Bereich der Gastronomie-Angebote. Abgeschlossen wurden die Planungen zur Ersatzbeschaffung eines neuen Personenschiffs. Die Ausschreibung nach GATT-WTO wurde im November gestartet. Parallel dazu wurde der Ratschlag zur Genehmigung eines Investitionsbeitrags für den Kauf des neuen Schiffes sowie zur Verlängerung der Leistungsvereinbarung mit der BPG für die Jahre 2015 bis 2019 Ende Jahr dem Grossen Rat zur Beratung unterbreitet.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-5'192.6	-5'464.1	-5'331.7	132.3	2.4	-139.1	-2.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-6'260.0	-5'380.9	-5'246.5	134.4	2.5	1'013.5	16.2
36 Transferaufwand	-554.4	-475.0	-15.0	460.0	96.8	539.4	97.3 ¹
Betriebsaufwand	-12'007.1	-11'319.9	-10'593.3	726.7	6.4	1'413.8	11.8
41 Regalien und Konzessionen	10'395.0	10'395.0	10'395.0	0.0	0.0	0.0	0.0
42 Entgelte	738.2	1'020.9	877.4	-143.5	-14.1	139.2	18.9 ²
46 Transferertrag	5.9	0.0	5.2	5.2	n.a.	-0.7	-11.4
Betriebsertrag	11'139.1	11'415.9	11'277.6	-138.3	-1.2	138.5	1.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-868.0	96.0	684.4	588.4	>100.0	1'552.3	>100.0
Betriebsergebnis	-868.0	96.0	684.4	588.4	>100.0	1'552.3	>100.0
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.2	-0.1	<-100.0	-0.1	-98.2
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.0	n.a.
Finanzergebnis	-0.1	-0.1	-0.2	-0.1	<-100.0	-0.1	-98.0
Gesamtergebnis	-868.1	95.9	684.2	588.3	>100.0	1'552.2	>100.0
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-10'721.0	-9'840.7	-9'693.5	147.2	1.5	1'027.4	9.6
63 Verkehr, übrige	-542.4	-558.3	-67.3	491.1	87.9	475.1	87.6
71 Wasserversorgung	2'598.8	2'618.8	2'608.8	-10.0	-0.4	9.9	0.4
73 Abfallwirtschaft	0.1	20.0	10.0	-10.0	-50.0	9.9	>100.0
87 Brennstoffe und Energie	7'796.5	7'856.3	7'826.3	-30.0	-0.4	29.8	0.4

Kommentar

- Der Beitrag von 470'000 Franken an die BPG wurde im Berichtsjahr nicht ausbezahlt, da der Grossratsbeschluss zur Weiterführung der Leistungsvereinbarung 2015-2019 noch nicht vorlag.
- IT-Support-Leistungen konnten nicht im budgetierten Umfang verrechnet werden.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	27.7	31.6	28.5	28.4	27.5
Eingegangene Rekurse	Anz	261	205	144	182	176
Anteil Rekursentscheide in 3 Mt seit StN Vorinstanzen	%	58.0	48.7	64.5	96	72.1 ¹
Anteil Standard PC-Arbeitsplätze im WSU	%	98.0	99.0	99.0	100	100
Passagieraufkommen EuroAirport (in Mio.)	Anz	5.1	5.4	5.8	6.5	7.1 ²

Kommentar

- Der Vorjahreswert war falsch berechnet worden, der richtige Wert lautet 83% (statt 96%). Der Rückgang im Berichtsjahr ist begründet mit einem reduzierten Volontariatseinsatz im Rechtsdienst und dessen Engagement in grösseren Rechtsetzungsprojekten (z.B. kantonales Wassergesetz).
- Der Anstieg des Fluggastaufkommens um gut 8% im Vergleich zum Vorjahr ist Folge eines weiteren Ausbaus des Streckennetzes und der gestiegenen Frequenzen auf einzelnen Strecken insbesondere im Angebot von easyJet als basierte Fluggesellschaft, aber auch weiterer Airlines im low-cost-Segment.

Für die IWB Industrielle Werke Basel war im Berichtsjahr die weitere Optimierung ihres Produktionsportfolios im Bereich neuer und klassischer erneuerbarer Energien ein wichtiges Thema. Grösste Herausforderung dabei waren die anhaltend tiefen Strompreise im europäischen Grosshandel, die zu erheblichen Nachteilen für die Produktion in Schweizer Wasserkraftwerken führen. Die wachsende Konkurrenz im Strommarkt stellt zudem ganz neue Aufgaben an den Vertrieb. Vor diesem Hintergrund hat der Verwaltungsrat weitere Weichenstellung vorgenommen, um die IWB in den nächsten fünf Jahren unter Fortführung des bestehenden Geschäfts zu einer smarten, integrierten Energiedienstleisterin zu machen. Die erneuerbare Vollversorgung bleibt das langfristige Ziel. Insgesamt war die Versorgung der Kundschaft mit Strom, Gas, Fernwärme, Trinkwasser und Telekomdienstleistungen auf hohem Niveau gewährleistet. Der Aufbau des Basler Glasfaser-Netzes zusammen mit Swisscom wurde planmässig vorangetrieben.

Mit 7.1 Millionen Passagieren per Ende Jahr verzeichnete der EuroAirport im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg des Fluggastaufkommens um gut 8%. Grund ist der weitere Ausbau des Streckennetzes und die gestiegenen Frequenzen auf einzelnen Strecken, insbesondere im Angebot von easyJet als basierter Fluggesellschaft, aber auch weiterer Airlines im low-cost-Segment. Der für die Schweizer Konsumenten günstige Euro-Wechselkurs begünstigte die hohe Reisenachfrage. Das Frachtgeschäft ist im Vergleich zum Vorjahr mit einem Gesamtaufkommen von rund 101'000 Tonnen um 3% gewachsen. Die LKW-Ersatzfracht war dabei rückläufig, während das Expressfrachtgeschäft im Jahresvergleich um 4% und das Vollfrachtgeschäft um 86% gewachsen ist. Bei letzterem zeigt sich die Wirkung des neuen Cargo-Terminals und der im Berichtsjahr etablierten sechs neuen Fracht-Linienflüge. In Bezug auf die institutionellen Rahmenbedingungen des EuroAirport konnten verschiedene Klärungen zur Frage des im Schweizer Sektor anwendbaren Steuerrechts erreicht werden. Eine erfolgreiche Einigung in den Verhandlungen mit Frankreich ist damit in Reichweite gekommen. Die Anzahl der Linien- und Charterflüge ist im Berichtsjahr mit 2% nur leicht gewachsen und entspricht einem Anteil von 67% der gesamten Flugbewegungen (63'190 von 94'359). Mit einem Wert von 8.0% lag die Quote der Südlandungen über dem Vorjahreswert (6.5%). Im Gegensatz zum Vorjahr gab es in den Monaten Februar bis Juli häufig Nordwindlagen, während denen Anflüge von Süden erfolgen mussten.

Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)

WSU-806

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) ist für Arbeitgebende, Arbeitnehmende und Arbeitsuchende die zentrale Anlaufstelle in Basel-Stadt.

Das AWA bewilligt die Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften, je nach Herkunft mit Zustimmung der Bundesbehörden, und erarbeitet die Grundlagen der kantonalen Wirtschafts-, Tourismus- und Medienpolitik. Es fördert die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Basel.

Stellensuchende und arbeitslose Menschen werden vom AWA beraten und vermittelt. Die Unterstützung erfolgt finanziell (Arbeitslosenversicherung) und mit Massnahmen zur Verbesserung der Qualifikation.

Das AWA berät und kontrolliert Arbeitgebende bezüglich Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit und Einhaltung der Arbeitszeiten. Es bewilligt verlängerte Ladenöffnungszeiten sowie Sonntags- und Nachtarbeit. Das AWA ist zuständig für den gewerbmässigen Personalverleih und die private Arbeitsvermittlung, für die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit und die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Arbeitgebende und Arbeitnehmende erhalten Beratung in Fragen des Einzel- und Gesamtarbeitsvertrages. Das AWA berät und schlichtet bei Arbeitskonflikten.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Per Ende des Berichtsjahres war der Technologiepark Basel fast vollständig ausgelastet. Der Regierungsrat genehmigte daher im Herbst eine weitere Ausbautetappe und der Grosse Rat sprach im Dezember die für die nochmalige Erweiterung und den Betrieb bis 2025 erforderlichen Mittel zu Gunsten des Standortförderungsfonds. Mit der Erweiterung kann die Zahl der Arbeitsplätze von heute rund 100 auf rund 200 verdoppelt werden. Zielgruppe bleiben Jungunternehmen im Technologiebereich.

Der Initialstandort Allschwil des „Innovation Switzerland - Park Basel Area“ (vormals Swiss Innovation Park Nordwestschweiz) wurde im Sommer eröffnet. Die Planungen für einen grösseren Bau unter Beizug eines privaten Investors wurden fortgesetzt. In den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Landschaft und Jura wurden die Schritte eingeleitet, die die öffentliche Mitfinanzierung für die Projekte in Allschwil (BL) und Delémont (JU) ermöglichen werden. Der Bund wird sich mit zinslosen Darlehen im Rahmen der Neuen Regionalpolitik am Projekt beteiligen. Je nach Entwicklung soll der Park später auch in Basel-Stadt präsent sein.

Arbeitslosigkeit Mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 3.9% lag die Arbeitslosigkeit in Basel-Stadt im Berichtsjahr etwas über dem Niveau des Vorjahres (2014: 3.6%). Bei den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) wurden pro Monat durchschnittlich 5'208 stellensuchende Personen registriert (2014: 4'824). Ende des Berichtsjahres waren rund 234 Personen mehr auf Stellensuche als im Vorjahr. Ausgesteuert wurden insgesamt etwa 1'250 Personen, rund 86 Personen mehr als im Vorjahr (Stand Ende Januar 2016). Die Jugendarbeitslosigkeit nahm hingegen nur sehr geringfügig zu: Im Jahresdurchschnitt waren monatlich 418 Jugendliche von Arbeitslosigkeit betroffen (2014: 409). Die Jugendarbeitslosenquote lag im Berichtsjahr im Durchschnitt bei 4.4% (2014: 4.3%). Wie erwartet und konjunkturell bedingt, sank die Quote im Sommer auf 3.8% und stieg ab Herbst wieder an (Dezember 2015: 4.3%). Im Berichtsjahr wurden fünfzehn Massnahmenentlassungsverfahren durchgeführt (2014: 10). Betroffen waren 1'140 Personen (2014: 1'455), davon erhielten 619 die Kündigung (2014: 594).

Tourismus Basel Tourismus hat die übertragenen, öffentlich finanzierten Aufgaben weiterhin zur Zufriedenheit des Kantons erfüllt. Die Zahl der Übernachtungen stieg im Berichtsjahr erneut, auf über 1.2 Millionen. Die vom Regierungsrat mit Zustimmung der Finanzkommission lancierte Kongressförderung konnte erfolgreich weiter geführt werden. Von den für die Jahre 2014 bis 2017 zur Verfügung stehenden Mitteln von gesamthaft 2 Mio. Franken wurden im Berichtsjahr knapp 257'000 Franken zu Lasten des Standortförderungsfonds ausgegeben.

Industrie, Gewerbe und Handel Basel-Stadt hat nach wie vor einen Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften, welche nicht allein im Schweizer Arbeitsmarkt rekrutiert werden können. Die im Hinblick auf die Umsetzung der Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung (MEI)“ für das Jahr 2015 gekürzten Kontingente für ausländische Mitarbeitende aus Drittstaaten haben sich auf Basel-Stadt

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-25'699.5	-26'603.1	-26'081.5	521.5	2.0	-382.0	-1.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-13'329.1	-12'863.8	-10'520.5	2'343.3	18.2	2'808.7	21.1 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	0.0	0.0	-0.6	-0.6	n.a.	-0.6	n.a.
36 Transferaufwand	-9'001.2	-8'732.7	-8'483.8	248.9	2.9	517.4	5.7
Betriebsaufwand	-48'029.9	-48'199.5	-45'086.4	3'113.2	6.5	2'943.5	6.1
42 Entgelte	4'365.0	4'719.0	4'396.6	-322.4	-6.8	31.7	0.7 ²
43 Verschiedene Erträge	8.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	-8.0	-100.0
46 Transferertrag	17'785.2	16'849.9	17'721.1	871.2	5.2	-64.1	-0.4 ³
Betriebsertrag	22'158.2	21'568.9	22'117.7	548.8	2.5	-40.5	-0.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-25'871.6	-26'630.6	-22'968.6	3'662.0	13.8	2'903.0	11.2
Betriebsergebnis	-25'871.6	-26'630.6	-22'968.6	3'662.0	13.8	2'903.0	11.2
34 Finanzaufwand	-1.8	-1.4	-1.5	-0.1	-9.6	0.3	14.0
44 Finanzertrag	0.1	0.0	0.1	0.1	n.a.	-0.0	-6.0
Finanzergebnis	-1.7	-1.4	-1.4	-0.0	-0.6	0.2	14.7
Gesamtergebnis	-25'873.3	-26'632.0	-22'970.0	3'662.0	13.8	2'903.2	11.2
davon Funktionen:							
55 Arbeitslosigkeit	-14'662.5	-16'931.6	-14'468.6	2'463.0	14.5	193.8	1.3
84 Tourismus	-2'105.9	-2'009.5	-2'006.9	2.5	0.1	99.0	4.7
85 Industrie, Gewerbe, Handel	-9'104.9	-7'690.9	-6'494.5	1'196.5	15.6	2'610.4	28.7

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	0.0	0.0	-69.9	-69.9	n.a.	-69.9	n.a.
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	-69.9	-69.9	n.a.	-69.9	n.a.
Saldo Investitionsrechnung	0.0	0.0	-69.9	-69.9	n.a.	-69.9	n.a.

Kommentar

- 1 Die Kosten einzelner Projekte, die aus dem Fonds zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und aus dem Standortförderungsfonds finanziert werden, fielen tiefer als budgetiert aus.
- 2 Aus Bewilligungsgebühren, Bussen und verrechneten Dienstleistungen resultierten tiefere Erträge als budgetiert.
- 3 Die Abweichung setzt sich aus nicht budgetierten Beiträgen anderer Dienststellen des Kantons an Projekten des Fonds zu Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie Mehreinnahmen des Bundes zusammen (Refinanzierung zusätzlicher Stellen im Vollzug des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG), Bekämpfung der Schwarzarbeit und im Bereich FLAM (Flankierende Massnahmen)).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (inkl. refinanzierte Stellen 100%)	Anz	187.1	191.3	206.4	210.5	211.4
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	66.1	65.0	59.4	60.1	60.8
Firmengespräche	Anz	15	15	15	15	20
Wirkungsindikator gemäss der AVIG-Vereinbarung mit dem SECO	%	107	107	105	106	folgt ¹
Stellensuchende (Jahresdurchschnitt)	Anz	5'021	4'946	5'021	4'824	5'208 ²
Berufsunfälle auf 1000 Beschäftigte pro Jahr	Anz	58	55	55	55	folgt ³
Erhebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen	Anz	530	585	545	545	450 ⁴

Kommentar

- Das Ziel einer raschen und dauerhaften Wiedereingliederung der Stellensuchenden wird anhand von vier Kennzahlen gemessen, welche im Gesamtwirkungsindikator AVIG zusammengeführt sind. Der schweizerische Durchschnitt ist bei 100%. Für die Vorjahre wird der jeweils effektive Wert angezeigt, die Zahl für das Jahr 2015 wird vom SECO voraussichtlich im Mai/Juni 2016 publiziert. Der Wert von Basel-Stadt hat sich in den letzten Jahren auf hohem Niveau stabilisiert.
- Mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 3.9% lag die Arbeitslosigkeit in Basel-Stadt über dem Niveau des Vorjahres (2014: 3.6%). Dies zeigt sich auch in der erhöhten Anzahl stellensuchender Personen.
- Die Kennzahl für das Jahr 2014 (55.2) ist wie in den Vorjahren tiefer als der gesamtschweizerische Durchschnitt, der bei 64.6 liegt. Die Zahl für das Berichtsjahr wird im Verlauf des Jahres 2016 veröffentlicht.
- Die Kontrollvorgaben gemäss den Leistungsvereinbarungen mit dem Bund konnten wegen Ressourcenproblemen im Bereich der TPK nicht vollständig erfüllt werden, denn im TPK-Sekretariat war es zu Stellenwechseln gekommen. Für 2016 sind Massnahmen eingeleitet worden (Neubesetzung der Stellen und Stellvertretungen), damit es zu keinen Engpässen mehr kommt.

insofern ausgewirkt, als dass diese Kontingente bereits im Februar/ März 2015 ausgeschöpft waren. Der Bedarf im restlichen Jahr konnte über Bundeskontingente abgedeckt werden, wobei festzustellen war, dass vom Staatssekretariat für Migration SEM eine immer grössere Begründungsdichte für die Zuteilung verlangt wird. Regierungsrat und Verwaltung haben sich daher auf allen Ebenen noch stärker für die arbeitsmarktlichen Interessen des Kantons Basel-Stadt eingesetzt: Der mit der MEI in die Bundesverfassung aufgenommenen Artikel 121a BV muss wirtschaftsverträglich umgesetzt werden, damit der Wirtschaft auch zukünftig die erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Das Personenfreizügigkeitsabkommen (PFZ) kommt trotz der Diskussionen zur Umsetzung von Art. 121a BV nach wie vor zur Anwendung. Im Rahmen der damit verbundenen flankierenden Massnahmen (FlaM) bildeten neben dem Meldewesen die Arbeitsmarktbeobachtung durch die Tripartite Kommission (TPK) sowie die Schwarzarbeitsbekämpfung einen wichtigen Teil der Tätigkeit des Bereichs Arbeitsbeziehungen und Einigungsamt.

Die Kontrollvorgaben gemäss den Leistungsvereinbarungen mit dem Bund konnten wegen Ressourcenproblemen (mehrere Stellenwechsel) im Bereich der TPK nicht vollständig erfüllt werden (450 Kontrollen anstelle von 530). Die Arbeitsmarktbeobachtungen wurden trotzdem auf hohem Niveau weitergeführt. Insgesamt wurden 399 Firmen (2014: 450) und 823 (2014: 791) Arbeitnehmende auf die Einhaltung von Orts- und branchenüblichen Löhnen kontrolliert. Zudem wurden bei 74 (2014: 95) Selbstständigen überprüft, ob eine Scheinselbstständigkeit vorliegt. Die Löhne wurden grossmehheitlich eingehalten. Systematisches Lohndumping wurde nicht festgestellt. Scheinselbstständigkeit konnte nur in einem Fall nachgewiesen werden. Betreffend den NAV Hauswirtschaft des Bundes wurden bei 12 Haushalten (2014: 21) Kontrollen durchgeführt. Die Mindestlöhne wurden grossmehheitlich beachtet.

Dank der guten Zusammenarbeit mit den Paritätischen Kommissionen und der Baustellenkontrolle Basel wurden die Verfahren weiter optimiert und die Sanktionsverfahren beschleunigt. Im Vergleich zu den Vorjahren konnten deshalb auch deutlich mehr Verfahren anhängig gemacht und vermehrt Sanktionen ausgesprochen werden. Wegen Verstössen gegen die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen wurden vom AWA aufgrund von Meldungen der Paritätischen Kommissionen im Berichtsjahr 100 (2014: 54) Firmen sanktioniert bzw. 47 (2014: 38) Bussen, 22 (2014: 12) Sperren und 31 (2014: 4) Verwarnungen ausgesprochen. Ferner wurden 113 (2014: 75) Bussen und 175 (2014: 99) Verwarnungen wegen Verletzung der Meldepflichten verhängt.

Im Bereich der Schwarzarbeit wurden vom AWA 549 (2014: 549) Betriebe bzw. 1'307 (2014: 1'195) Arbeitnehmende kontrolliert und 120 (2014: 140) Verdachtsmeldungen an die zuständigen Sozialversicherungs- und Steuerbehörden weitergeleitet. Diese sind für allfällige Sanktionen direkt zuständig. Die festgestellten Verstösse gegen das Ausländerrecht werden mehrheitlich vom Justiz- und Sicherheitsdepartement verfolgt.

Im Berichtsjahr führte das AWA 351 (2014: 411) inhaltlich anspruchsvolle Plangenehmigungs- und Planbegutachtungsverfahren durch. Ferner wurde die Arbeitssicherheit in 34 (2014: 38) Basler Betrieben gemäss den Richtlinien der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit (EKAS) kontrolliert. Ferner wurden in 46 (2014: 42) Betrieben Arbeitszeitkontrollen durchgeführt.

Amt für Sozialbeiträge

WSU-807

Das Amt für Sozialbeiträge (ASB) ist Berechnungs- und Auszahlungsstelle für die Ergänzungsleistungen und die kantonalen Beihilfen zur AHV und IV, die individuelle Prämienverbilligung sowie die Familienmietzinsbeiträge. Es stellt sicher, dass die im Kanton Basel-Stadt krankenversicherungspflichtigen Personen versichert sind. Ebenfalls leistet das ASB Bevorschussung und Inkassohilfe für Alimente.

Im Rahmen des Opferhilfegesetzes berechnet und zahlt das ASB die Entschädigungs- und Genugtuungsleistungen an Opfer von Straftaten aus.

Das ASB ist auch zuständig für die Behindertenhilfe, d.h. für Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Leistungsangebotes für erwachsene Menschen mit Behinderung und es betreibt die kantonseigenen Wohnheime und Tageszentren.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die zum Kantonalen Verbundsystem für Menschen mit einer Behinderung (KVS) gehörenden kantonseigenen Behinderteninstitutionen wurden im Berichtsjahr zu „LIV - Leben in Vielfalt“ umbenannt. Ferner wurde eine neue Fachapplikation eingeführt, mit welcher einerseits die Wirtschaftlichkeit und Kundenorientierung und andererseits dank Finanzkennzahlen die Steuerung des LIV verbessert wird. Das LIV ist nun für die Herausforderungen des anstehenden Systemwechsels in der Behindertenhilfe gerüstet.

Krankheit und Unfall Die Abrechnung 2014 für die Individuelle Prämienverbilligung (IPV) wurde im Berichtsjahr von den Krankenversicherern erstmals via Sedex-Datenaustausch erstellt. Sie verlief problemlos. Ebenfalls erfolgreich läuft der gesamte Zahlungsverkehr (Akonto- und Differenzzahlungen IPV und Abgeltungen für uneinbringliche Prämien). Die elektronische Schnittstelle zwischen den Fachapplikationen Ergänzungsleistungen und Prämienverbilligungen wurde weiter optimiert. Seit 1. Januar 2015 wird das Versicherungsobligatorium lückenlos geprüft. Aufgrund eines Bundesgerichtsurteils mussten im Berichtsjahr die Abläufe beim Optionsrecht von Grenzgängern nochmals angepasst werden. Bis auf wenige Details läuft die neue Praxis weitgehend problemlos, auch dank der guten Unterstützung durch die Gemeinsame Einrichtung KVG in Solothurn.

Invalidität Die kantonale Behindertenhilfe der beiden Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft soll in Zukunft subjektorientiert bemessen und vergütet werden. Der Regierungsrat verabschiedete den Ratschlag mit dem partnerschaftlichen Gesetzesentwurf im Juli zuhanden des Grossen Rates. Der Start der Umsetzung ist für 2017 vorgesehen.

Alter und Hinterlassene Die papierlose Belegbewirtschaftung im Fachbereich Krankheitskosten hat sich konsolidiert, so dass die Durchlaufzeit zwischen Belegeingang bis zur Rückvergütung nochmals reduziert werden konnte (auf maximal 10 Wochen). Drei Partnerorganisationen haben im Berichtsjahr auf eine elektronische Datenübermittlung gewechselt. Nach Möglichkeit werden weitere Partnerorganisationen akquiriert.

Bei den Ergänzungsleistungen arbeitet seit Spätherbst ein Team versuchsweise mit einer elektronischen Dossierverwaltung, die Umstellung soll bis Ende 2016 abgeschlossen sein.

Familie und Jugend Die Zahl der unterstützten Haushalte mit Familienmietzinsbeiträgen stieg im Berichtsjahr auf 1'974 (2014: 1'861). Die Alimentenbevorschussung sank im Rechnungsjahr 2015 auf 3.5 Mio. Franken (2014: 4.1 Mio. Franken). Ebenso sank die Anzahl der Fälle mit Alimentenbevorschussung leicht auf 769 (2014: 774).

Sozialhilfe und Asylwesen Das Konzept für einen einheitlichen Datenaustausch der Abgeltung für uneinbringliche Prämienausstände der Krankenversicherer ist erstellt. Es wird im Jahr 2016 umgesetzt, so dass der Datenaustausch ab 2017 produktiv angewendet werden kann. Im Berichtsjahr stiegen die uneinbringlichen Prämienausstände der Versicherten und als Folge davon die entsprechenden Abgeltungen des Kantons an die Krankenversicherer von 7.9 Mio. Franken (2014) auf 11.2 Mio. Franken.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-31'081.3	-32'068.9	-32'223.1	-154.2	-0.5	-1'141.8	-3.7
31 Sach- und Betriebsaufwand	-7'588.9	-8'012.8	-9'167.1	-1'154.4	-14.4	-1'578.3	-20.8 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-29.4	-40.0	-29.4	10.6	26.6	0.0	0.0
36 Transferaufwand	-519'566.1	-526'925.7	-439'393.5	87'532.2	16.6	80'172.6	15.4 ²
Betriebsaufwand	-558'265.6	-567'047.4	-480'813.1	86'234.3	15.2	77'452.5	13.9
42 Entgelte	112'754.6	97'774.3	23'884.5	-73'889.8	-75.6	-88'870.1	-78.8 ²
46 Transferertrag	144'848.0	153'176.8	147'352.7	-5'824.2	-3.8	2'504.6	1.7 ²
Betriebsertrag	257'602.7	250'951.2	171'237.2	-79'714.0	-31.8	-86'365.5	-33.5
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-300'662.9	-316'096.2	-309'576.0	6'520.3	2.1	-8'913.0	-3.0
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-295.2	-425.0	-270.6	154.4	36.3	24.6	8.3
Abschreibungen	-295.2	-425.0	-270.6	154.4	36.3	24.6	8.3
Betriebsergebnis	-300'958.1	-316'521.2	-309'846.5	6'674.7	2.1	-8'888.4	-3.0
34 Finanzaufwand	-18.1	-14.5	-14.1	0.4	3.0	4.0	22.3
44 Finanzertrag	11.3	5.0	11.3	6.3	>100.0	0.1	0.5
Finanzergebnis	-6.9	-9.5	-2.8	6.7	71.0	4.1	59.8
Gesamtergebnis	-300'965.0	-316'530.7	-309'849.3	6'681.5	2.1	-8'884.3	-3.0
davon Funktionen:							
51 Krankheit und Unfall	-83'222.8	-87'009.7	-86'866.2	143.5	0.2	-3'643.3	-4.4
52 Invaldität	-150'861.5	-161'895.5	-152'434.5	9'461.0	5.8	-1'572.9	-1.0
53 Alter + Hinterlassene	-30'164.8	-30'448.0	-29'567.6	880.4	2.9	597.3	2.0
54 Familie und Jugend	-18'590.1	-19'088.0	-17'814.0	1'274.0	6.7	776.1	4.2
57 Sozialhilfe und Asylwesen	-18'125.6	-18'089.6	-23'167.1	-5'077.5	-28.1	-5'041.5	-27.8

Kommentar

- Die Überschreitung gegenüber Budget ist im Wesentlichen wie folgt begründet: Wertberichtigung auf Forderungen (gemäss Abschlussweisungen) 0.47 Mio. Franken; höhere Debitorenverluste 0.33 Mio. Franken; die Beschaffung einer neuen Fachapplikation bei den Behindertenheimen LIV 0.20 Mio. Franken; der Ersatz eines Busses für Behindertentransporte 0.04 Mio. Franken sowie höhere Betreuungskosten 0.04 Mio. Franken.
- Bei den Sozialleistungen ergaben sich gegenüber dem Budget wesentliche Veränderungen bei den Ergänzungsleistungen von rund -5.1 Mio. Franken; bei den Beihilfen zur AHV/IV von 0.4 Mio. Franken; bei den Prämienverbilligungen von 5.2 Mio. Franken; bei den Familienmietzinsbeiträgen von -0.4 Mio. Franken; bei der Alimentenbevorschussung von -0.8 Mio. Franken und bei der Behindertenhilfe von -5.8 Mio. Franken. Dieser Kommentar bezieht sich auf die Nettopositionen der genannten Leistungen, welche sich übergreifend in den Positionen 33, 36, 42, und 46 befinden. Die Abweichungen der Positionen 36 und 42 vom Budget sind auf die Einführung einer neuen Fachapplikation bei den Ergänzungsleistungen im Mai 2013 zurückzuführen. Dabei wurde das für die Rechnungslegung geforderte Bruttoprinzip zu strikt angewandt (netto kostenneutral, jedoch eine Aufblähung der Positionen 36 und 42). In der Rechnung 2015 wurde dies korrigiert.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	237.4	239.8	246.4	244.7	243.3
Personen mit Ergänzungsleistungen (EL)	Anz	13'750	14'155	14'506	14'567	14'696
Personen mit Prämienverbilligungen (ohne EL)	Anz	27'011	27'601	27'977	27'194	26'959
Einsprachen EL: Verhältnis gutgeheissene / eingegangene	Anz	47/111	51/106	59/99	46/93	48/116
Einsprachen PV: Verhältnis gutgeheissene / eingegangene	Anz	21/188	11/178	19/183	24/184	22/207

Sozialhilfe

WSU-822

Die öffentliche Sozialhilfe hat die Aufgabe, bedürftige und von Bedürftigkeit bedrohte Personen zu beraten und ihre materielle Grundversorgung (Wohnen, Gesundheit, wirtschaftliche Hilfe) zu gewährleisten sowie deren Selbstständigkeit zu erhalten und zu fördern. Unterstützung finden auch Asylsuchende, vorläufig Aufgenommene und Personen, die während ihres Aufenthaltes im Kanton in Not geraten sind. Die Sozialhilfe erledigt die interkantonale Rückerstattung von Sozialhilfekosten. Sie stellt Notwohnungen und die Notschlafstelle bereit, auch an nicht unterstützte Personen.

Die Sozialhilfe fördert die Möglichkeiten zur Selbsthilfe mit dem Ziel der sozialen und beruflichen Integration. Sie vermittelt und ermöglicht den Zugang zu Angeboten, die diesem Ziel dienen.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die Grundlagenarbeiten im Bereich Existenzsicherung und Sozialberatung kamen im Berichtsjahr zum Abschluss. Basierend darauf wurde der Pilot in den Abteilungen Intake und Integration konzipiert und vorbereitet. Der Kick-Off erfolgte im Herbst.

Der Kanton Basel-Stadt beschafft zusammen mit den Städten Bern und Zürich eine gemeinsame Software für die Fallführung in der Sozialhilfe. Zu diesem Zweck wurde 2014 der Verein «Citysoft-net» gegründet. Diese Form der Zusammenarbeit ermöglicht es, innerhalb einer Projektphase die Kriterien an das gemeinsame Fallführungssystem zu definieren und eine Ausschreibung des Auftrags vorzubereiten. Im Berichtsjahr hat die Projektgruppe unter Beizug von Expertenwissen den Anforderungskatalog für die Software überprüft, Geschäftsfälle definiert und die Systemarchitektur skizziert. Sämtliche Unterlagen sollen Ende des Jahres 2016 definitiv vorliegen, so dass im Jahr 2017 die öffentliche Ausschreibung vorgenommen werden kann.

Fallentwicklung Anfang des Berichtsjahres verzeichnete die Sozialhilfe 5'233 Zahlfälle, Ende des Jahres waren es 5'514 Zahlfälle. Der Jahresmittelwert liegt mit 5'407 um 1.1% über dem Vorjahresmittel von 5'347 Zahlfällen. Bei den Unterstützungsgründen liegt wie bereits in den Vorjahren „Arbeitslosigkeit“ mit 48.6% an der Spitze, gefolgt von „Gesundheit“ (18.4%) und „Ungenügendes Einkommen“ (14.2%). Die Zahlfälle mit einer Unterstützungsdauer von 36 und mehr Monaten nahmen von 2'431 (Dezember 2014) auf 2'511 (Dezember 2015) zu.

Migration Seit Sommer ist Europa mit einem starken Anstieg der Flüchtlingszahlen sowohl entlang der Mittelmeer-Route als auch entlang der Balkan-Route konfrontiert. Es handelt sich um die grössten Fluchtbewegungen seit Jahrzehnten. Die Schweiz ist zwar nicht primäres Zielland der Flüchtenden, dennoch sind in der zweiten Jahreshälfte die Gesuchszahlen angestiegen. Insgesamt stellten im Berichtsjahr knapp 40'000 Personen ein Asylgesuch in der Schweiz, gegenüber dem Vorjahr ist dies eine Zunahme von 68% (23'800 Personen). Die wichtigsten Herkunftsstaaten waren Afghanistan, Syrien und Eritrea. Bei rund 2'700 Personen handelte es sich um minderjährige unbegleitete Asylsuchende, welche eine besondere Unterbringung und Betreuung benötigen. Ende des Berichtsjahres wurden 1'428 Asylpersonen von der Sozialhilfe unterstützt; das sind fast 300 Personen mehr als Ende des Vorjahres (1'146). Der Anstieg steht in direktem Zusammenhang mit der Tatsache, dass rund 70% aller Gesuchstellenden schutzbedürftig sind und einen Bleibestatus bekommen. Die Zahl der Asylsuchenden im Verfahren stieg von rund 200 Personen im Januar auf rund 300 Personen Ende Jahr. Die Zahl der vorläufig Aufgenommenen nahm um rund 80 Personen, die Zahl der Flüchtlinge um rund 110 Personen zu. Weiterhin rund 120 Personen bezogen Nothilfe.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-27'343.2	-28'875.6	-28'243.1	632.5	2.2	-899.8	-3.3
31 Sach- und Betriebsaufwand	-12'638.6	-13'717.2	-14'259.4	-542.1	-4.0	-1'620.8	-12.8
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-20.0	-17.0	-64.7	-47.7	<-100.0	-44.6	<-100.0
36 Transferaufwand	-151'419.5	-150'720.0	-159'306.4	-8'586.4	-5.7	-7'886.9	-5.2
Betriebsaufwand	-191'421.3	-193'329.8	-201'873.5	-8'543.6	-4.4	-10'452.1	-5.5
42 Entgelte	347.7	305.0	507.3	202.3	66.3	159.6	45.9
43 Verschiedene Erträge	1'818.5	1'720.0	2'236.9	516.9	30.1	418.4	23.0
46 Transferertrag	25'854.2	27'219.6	27'765.9	546.3	2.0	1'911.8	7.4
Betriebsertrag	28'020.4	29'244.6	30'510.2	1'265.6	4.3	2'489.7	8.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-163'400.9	-164'085.2	-171'363.3	-7'278.1	-4.4	-7'962.4	-4.9
Betriebsergebnis	-163'400.9	-164'085.2	-171'363.3	-7'278.1	-4.4	-7'962.4	-4.9
34 Finanzaufwand	-18.2	-23.0	-10.4	12.6	54.7	7.8	42.8
44 Finanzertrag	1.7	2.5	0.3	-2.2	-86.3	-1.4	-80.4
Finanzergebnis	-16.5	-20.5	-10.1	10.4	50.9	6.4	38.8
Gesamtergebnis	-163'417.4	-164'105.7	-171'373.4	-7'267.6	-4.4	-7'956.0	-4.9
davon Funktionen:							
56 Sozialer Wohnungsbau	-1'307.9	-2'129.9	-965.3	1'164.6	54.7	342.6	26.2
57 Sozialhilfe und Asylwesen	-162'109.5	-161'975.9	-170'408.1	-8'432.2	-5.2	-8'298.6	-5.1

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Kleininvestitionen	-89.9	-85.0	-185.8	-100.8	<-100.0	-95.9	<-100.0
Nettoinvestitionen	-89.9	-85.0	-185.8	-100.8	<-100.0	-95.9	<-100.0
Saldo Investitionsrechnung	-89.9	-85.0	-185.8	-100.8	<-100.0	-95.9	<-100.0

Kommentar

- 1 In der Allgemeinen Sozialhilfe fiel unter anderem dank geringeren Debitorenverlusten, weniger Gebäudeunterhalt und Büroverbrauchsmaterial der Aufwand um 9.1% tiefer aus als budgetiert. Dafür stieg er in der Migration um 14.1% aufgrund der höheren Anzahl betreuter Personen.
- 2 In der Allgemeinen Sozialhilfe führte der Anstieg der Zahlfälle (+2%), der Anstieg der Bruttounterstützungskosten (insbesondere Wohn- und Heimkosten) sowie die Mindereinnahmen aus Rückerstattungen und Sozialversicherungen zu einem höheren Aufwand. In der Migration kam es gegenüber dem Budget zu einem Anstieg von 25% betreuter Personen. Ins Gewicht fallen vor allem die Zunahme der Familien und der unbegleiteten minderjährigen Asylsuchenden (UMAs). Zudem kommt es zu einem Mehraufwand wegen der Verschiebung von Personen im Asylverfahren zu solchen mit einer vorläufigen Aufnahme.
- 3 Die Entgelte stiegen an wegen den Erträgen aus Zinsen, der Rückerstattung aus Arbeitsplatzsubventionierung (Lehrabgänger ohne Anschlusslösung) sowie den höheren Mietzinseinnahmen im Bereich Migration (selbstzahlende Personen).
- 4 Mehreinnahmen im Bereich Notwohnen aufgrund höherer Kapazitäten und Auslastung führten zu mehr Erträgen.
- 5 Die Bundespauschale fiel aufgrund der gestiegenen Anzahl betreuter Personen deutlich höher aus (+16.1%). Dafür kam es zu einem Rückgang bei den Einnahmen aus ZUG sowie bei den Rückerstattungen für Drogentherapien (bei entsprechend weniger Aufwand für Drogentherapien unter 36 Transferaufwand).

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	183.3	199.7	200.5	203.0	219.2 ¹
Mittlerer Zahlfallbestand Sozialhilfe	Fälle	5'036	5'254	5'307	5'347	5'407 ²
Mittlerer Personenbestand Migration	Pers.	794	1'023	1'043	1'091	1'228 ³
Rückerstattungen aus Sozialversicherungen	MioFr	32.5	30.2	29.6	27.3	27.3
Ablösung aus SH innerhalb der ersten 12 Mte	%	4.0	4.0	4.2	4.0	4.1

Kommentar

- 1 Für die Sozialhilfe gilt eine automatische fallzahlenbezogene Ressourcensteuerung. Die gestiegenen Fallzahlen in der allgemeinen Sozialhilfe sowie der Migration führen zu einer Erhöhung der Vollzeitstellen. Zusätzlich sind im Budget zehn Vollzeitstellen für die Umsetzung der nachhaltigen Sozialhilfe (Projekt Q3) bewilligt worden.
- 2 Die Verschärfung bei den vorgelagerten Sozialversicherungsleistungen sowie der Abbau von Arbeitsplätzen für Niedrigqualifizierte führen zu einer Zunahme der Zahlfälle.
- 3 Die Krisengebiete in Afrika und dem Nahen Osten (v.a. Syrien und Afghanistan) führten zu einer starken Zunahme im Asylbereich.

Sozialhilfe und Asylwesen

Sozialhilfe Im Lohnmodell iJob werden Dauerarbeitsplätze in Sozialfirmen an langzeitarbeitslose Sozialhilfebeziehende vermittelt, deren Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt als wenig aussichtsreich erscheint. Im Berichtsjahr hat der Grosse Rat die Fortführung des Angebots beschlossen und die stufenweise Überführung der Kosten von bis zu 250 Plätze (vom Krisenfonds) ins reguläre Budget der Sozialhilfe bewilligt.

Das Pilotprojekt Passage, welches arbeitsfähigen Gesuchstellenden einen entlöhnten, einmonatigen Arbeitseinsatz vermittelte, wurde per Ende des Berichtsjahres nach gut dreijähriger Laufzeit beendet. Vertiefte Evaluationen haben gezeigt, dass das Ziel einer raschen (Re-)Integration in den Arbeitsmarkt, nicht in gewünschter Form erreicht werden konnte.

Im Zug des 2012 initiierten Reorganisationsprozesses konnte nach intensiven Vorbereitungen Ende des Berichtsjahres das Pilotprojekt Q3 beginnen. Dies, obwohl noch nicht alle dazu benötigten und vom Parlament bewilligten zusätzlichen Stellen besetzt werden konnten. In einer einjährigen Testphase werden die erarbeiteten konzeptuellen und strukturellen Grundlagen von rund 20 Mitarbeitenden der Abteilungen Intake und Integration in die Praxis umgesetzt und geprüft, bevor die Überführung in den Gesamtbetrieb erfolgt.

Asylwesen Die Unterbringungssituation im Asylbereich war im Berichtsjahr unvermindert angespannt. Infolge der steigenden Gesuchszahlen in der zweiten Jahreshälfte musste Ende Jahr eine zweite Zivilschutzanlage eröffnet werden. Während in der Zivilschutzanlage in der Grün80 allein reisende Männer untergebracht sind, ist die neue Zivilschutzanlage im St. Johann für Familien und allein reisende Frauen vorgesehen. Insgesamt betreute die Sozialhilfe Ende des Berichtsjahrs rund 40 Liegenschaften mit insgesamt 870 Plätzen, dies sind 100 mehr als Ende 2014. Per Ende Dezember standen rund 150 Reserveplätze in ordentlichen Asylstrukturen und rund 100 Plätze in unterirdischen Zivilschutzanlagen zur Verfügung.

Im Berichtsjahr wurde die Planung einer Container-Siedlung beim Dreispitz an die Hand genommen. Infolge der volatilen Migrationsbewegungen wurde zudem im Auftrag des Regierungsrates ein interdepartementaler Koordinationsstab zur zeitnahen Planung eines rollenden Aufbaus von zusätzlichen Unterbringungsplätzen eingesetzt.

Zur Unterbringung der im Berichtsjahr zunehmenden Anzahl unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender (UMA) – Ende Jahr lebten rund 50 UMA in Basel-Stadt – wurde mit dem Aufbau eines zweiten Wohnheims begonnen. Zudem werden in enger Zusammenarbeit mit dem Kinder- und Jugenddienst laufend Unterbringungsplätze bei Pflegefamilien und in Kinderheimen geschaffen.

Die Schutzquote der dem Kanton zugewiesenen Flüchtlinge lag im Berichtsjahr bei rund 70%, was bedeutet, dass die grosse Mehrheit der Neuankömmlinge auf lange Frist hier leben wird. Die Thematik der sozialen und beruflichen Integration gewann im Berichtsjahr deshalb auch an Gewicht.

Aufgrund von verschiedenen Unterstützungsangeboten aus der Bevölkerung wurde im Berichtsjahr erstmals im Asylbereich zivilgesellschaftliches Engagement mit den behördlichen Abläufen vernetzt. Die Sozialhilfe hat in Zusammenarbeit mit der Christoph Merian-Stiftung CMS, der Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige GGG und den Kirchen zwei Koordinationsstellen geschaffen, welche die Aktivitäten und Angebote von Freiwilligen koordiniert sowie private Gastfamilien für Flüchtlinge vermittelt.

Soziales Wohnungswesen

Zum Sozialen Wohnungswesen gehören die Notschlafstelle und rund 150 Notwohnungen an verschiedenen Standorten im Kanton. Die Notschlafstelle ermöglicht Personen, die keine eigene Unterkunft haben, eine günstige Übernachtung in einem Mehrbetten-Zimmer. Die Notwohnungen werden an Familien und Einzelpersonen in akuten Notsituationen (gekündigtes Mietverhältnis, Räumungsbegehren) vermietet, die ihren Wohnsitz seit mindestens zwei Jahren in Basel-Stadt haben. Die Wohnungen sind als Überbrückung gedacht, entsprechend erfolgt die Vermietung befristet.

In den vergangenen Jahren zeigte sich, dass Notschlafstelle und Notwohnungen vermehrt über einen längeren Zeitraum genutzt werden. Gerade das Angebot der Notschlafstelle ist jedoch nur als kurzfristige Notlösung gedacht. Im Berichtsjahr wurde daher im Rahmen einer Masterarbeit die Überprüfung des Konzepts der Notschlafstelle und allfälligen Anschlussmöglichkeiten in Basel-Stadt veranlasst. Die Erkenntnisse sollen im künftigen Konzept Niederschlag finden.

Bei den Notwohnungen wirken sich die längerfristigen Mietverhältnisse negativ auf die Schwankungsreserve aus. Im Berichtsjahr konnte das Angebot mit dem Dachstock-Ausbau der Liegenschaften an der Belforterstrasse und weiteren Liegenschaften leicht vergrössert werden. Im Portfolio sind neu auch Ein-Zimmer-Wohnungen, so dass im Berichtsjahr das Pilotprojekt „Notwohnungen für Einzelpersonen“ durchgeführt werden konnte. Die Evaluation zeigte, dass der Bedarf vorliegt. Das Angebot bleibt deshalb bestehen.

Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)

WSU-825

Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) ist die Nachfolgeorganisation der Vormundschaftsbehörde, deren Aufgaben sie gemäss dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht per 1. Januar 2013 übernommen hat. Zusätzlich hat die KESB über ein breites Portfolio an Schutzmassnahmen zu entscheiden. Ziel der KESB ist es, dass die in ihrer Handlungsfähigkeit beeinträchtigten Erwachsenen in einem geordneten Alltag leben und dass gefährdete Kinder und Jugendliche geschützt sind und sich angemessen weiterentwickeln können. Mit dem neuen Recht gibt es das Institut der Vormundschaft nur noch für Minderjährige. Für Erwachsene kann die KESB verschiedene Arten von Beistandschaften anordnen und dabei die Ausgestaltung der Beistandschaft auf die Bedürfnisse der betroffenen Person ausrichten. Die Selbstbestimmung der betroffenen Person soll so weit wie möglich erhalten und gefördert werden.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Das Berichtsjahr war geprägt durch die Weiterentwicklung der Organisation. Die Mitarbeitenden haben weiter an Wissen und Routine gewonnen. Die Überführungen der altrechtlichen Beistandschaften und Beiratschaften ins neue Recht konnten fristgerecht bis Ende des Berichtsjahres abgeschlossen werden.

Aufgrund der aus Dienststellenoptik weiterhin hohen Arbeitsbelastung gab das Departement eine Geschäftslaststudie in Auftrag, welche im Herbst mit externer Unterstützung durchgeführt wurde. Ziel der Studie ist das Gegenüberstellen von Arbeitsaufwand und den zur Verfügung stehenden Ressourcen. Die Daten werden aufbereitet, das Ergebnis steht noch aus.

Ende des Berichtsjahres ging Peter Moser, langjähriger Leiter der Vormundschaftlichen Abteilung der früheren Vormundschaftsbehörde und seit 1. Januar 2013 Leiter der KESB, in Pension.

Allgemeines Rechtswesen Seit 1. Januar 2015 ist die KESB in bestimmten Fällen zuständig für den Entscheid über die Anrechnung der Erziehungsgutschriften (Art. 52^f^{bis} der Verordnung über die Alters- und Hinterlassenenversicherung). Das Aufgabenportfolio der KESB hat sich damit nochmals erweitert.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-5'941.5	-5'494.9	-6'096.7	-601.8	-11.0	-155.2	-2.6 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-545.0	-476.2	-558.3	-82.1	-17.2	-13.3	-2.4
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-18.7	-14.0	-18.7	-4.7	-33.3	-0.0	0.0
36 Transferaufwand	-299.7	-380.0	-551.7	-171.7	-45.2	-252.0	-84.1 ²
Betriebsaufwand	-6'804.9	-6'365.2	-7'225.4	-860.2	-13.5	-420.5	-6.2
42 Entgelte	1'205.9	1'382.7	1'551.5	168.8	12.2	345.6	28.7 ³
46 Transferertrag	0.0	0.0	0.2	0.2	n.a.	0.2	n.a.
Betriebsertrag	1'205.9	1'382.7	1'551.7	169.0	12.2	345.8	28.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-5'599.0	-4'982.5	-5'673.7	-691.2	-13.9	-74.7	-1.3
Betriebsergebnis	-5'599.0	-4'982.5	-5'673.7	-691.2	-13.9	-74.7	-1.3
34 Finanzaufwand	-1.8	0.0	-1.8	-1.8	n.a.	-0.0	0.0
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	-0.0	-100.0
Finanzergebnis	-1.8	0.0	-1.8	-1.8	n.a.	-0.0	-0.1
Gesamtergebnis	-5'600.8	-4'982.5	-5'675.5	-693.0	-13.9	-74.7	-1.3
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-5'600.8	-4'982.5	-5'675.5	-693.0	-13.9	-74.7	-1.3

Kommentar

- 1 Der gegenüber dem Budget höhere Personalaufwand resultiert aus Mehrkosten für befristet angestellte Mitarbeitende, insbesondere zur Kompensation von lang andauernden Krankheitsabsenzen sowie für die Überführungen der altrechtlichen Beistand-/Beiratschaften ins neue Recht. Weiter waren zusätzliche KESB-Entscheide aufgrund der Aufhebung der Anlagepool-Konti der ABES erforderlich. Im Zusammenhang mit dem neuen Recht mussten zudem für sämtliche Klientinnen und Klienten rund 3'500 Finanzentscheide ausgefertigt werden.
- 2 Der als Einzelposten geführte Transferaufwand (363710 Barunterstützungen) ist von der KESB nicht beeinflussbar. Er ist ausser von der Anzahl der Verfahren und deren Komplexität v.a. auch davon abhängig, wie die aktuelle finanzielle Situation der jeweiligen Klientinnen und Klienten aussieht.
- 3 Die Mehreinnahmen von knapp 170'000 Franken sind zum einen darauf zurückzuführen, dass mit der gestiegenen Anzahl an Verfahren auch mehr solcher Verfahren abgerechnet wurden. Zum anderen spielt eine Rolle, dass die Überführungen der altrechtlichen Beistand-/Beiratschaften ins neue Recht im Berichtsjahr abgeschlossen werden konnte, was ebenfalls mehr Verfahrensabrechnungen zur Folge hatte.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz		35.3	37.0	35.4	37.3
Meldungen an die KESB	Anz			1'890	1'793	1'977 ¹
Mündliche Verhandlungen gem. § 3 Abs. 2 KESG	Anz			96	123	135
Beschwerden an die gerichtliche Beschwerdeninstanz	%			26	61	52
Anteil gutgeheissene Beschwerden	%			15	5	7.6 ²

Kommentar

- 1 Im Berichtsjahr gingen 1'977 Meldungen bei der KESB ein. Ursprünglich wurde davon ausgegangen, dass sich die Anzahl der Meldungen an die KESB im Jahr 2015 auf dem Niveau des Vorjahres, also bei rund 1'800 Meldungen, einpendeln wird. Weiter führt das veränderte Aufgabenportfolio der KESB dazu, dass zahlreiche Fälle ausserhalb formeller Verfahren stattfinden. Diese sind in der abgebildeten Kennzahl nicht enthalten. Zu nennen sind insbesondere die Gesuche „einvernehmliche gemeinsame elterliche Sorge“, die Deposition der Vorsorgeaufträge und die Geburtsmitteilungen (ohne Verfahren). Im Berichtsjahr gab es zusammen 932 derartige Fälle (142 geS, 315 Vorsorgeaufträge, 475 Geburtsmitteilungen).
- 2 Von den absolut vier gutgeheissenen Beschwerden wurden zwei wegen veränderter Verhältnisse gutgeheissen und eine nur teilweise gutgeheissen.

Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES)

WSU-826

Das Amt für Beistandschaften und Erwachsenenschutz (ABES) ist die Nachfolgeorganisation der bisherigen Amtsvormundschaft, welche umfassend reorganisiert und zu einer eigenen Dienststelle ausgestaltet wurde. Das ABES stellt berufliche Mandatstragende zur Verfügung, welche entsprechend dem Beschluss der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Beistandschaften bzw. Vormundschaften (Kinder- und altrechtliche Massnahmen) führen. Es führt den grössten Teil der Erwachsenenschutz-Massnahmen (neben privaten Mandatsträgerinnen und -trägern sowie Heimbeiständen). Zu den Dienstleistungen einer Berufsbeiständin oder eines Berufsbeistandes gehören je nach beschlossener Massnahme auch die Einkommens- und Vermögensverwaltung für die Klientinnen und Klienten mit Führen der Buchhaltung und Auszahlen von Bargeld an der amtseigenen Kasse. Das ABES ist ausserdem für die Leistungsvereinbarungen mit den Spitalsozialdiensten zur Erbringung gemeinwirtschaftlicher Leistungen zuständig.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr arbeitete das ABES an der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses, in dem Mission, Vision und Werte mit Zielen formuliert wurden und deren Umsetzung mit einem Massnahmenplan festgelegt sind. Im Bereich Führung und Steuerung konnte ein auf Kennzahlen basierendes Management Informationssystem (MIS) aufgebaut werden. Das MIS bezieht Daten aus dem Fallführungssystem Tutoris, aus SAP und einzelnen Führungsinstrumenten, welche auf Excel-Dateien basieren. Die ausgewogene Fallzuteilung, welche die Eignung der Berufsbeiständin und des Berufsbeistandes aber auch deren Fallbelastung berücksichtigt, bleibt weiterhin anspruchsvoll. Die spürbar gesteigerten Anforderungen aus dem Umfeld der Klientin oder des Klienten verursachen bei der Fallführung einen hohen administrativen Aufwand.

Allgemeines Rechtswesen Die Zahl der dem ABES zugewiesenen Mandate nahm im Berichtsjahr auf 2'430 zu (2014: 2'415). Pro Monat kommt es zu durchschnittlich 60 Neuzugängen- bzw. Abgängen. Diese hohe unterjährige Fluktuation hat nur indirekt mit dem neuen Recht zu tun. Vielmehr verzeichnet das ABES eine Zunahme an betagten Personen, die auf die Unterstützung einer Beiständin bzw. eines Beistandes angewiesen sind. Im Durchschnitt übernimmt eine Berufsbeiständin oder ein Berufsbeistand ein bis zwei neue Fälle pro Monat. Es ist für das ABES eine Herausforderung, eine möglichst langjährige Betreuung durch die gleiche Beiständin und den gleichen Beistand sicherzustellen.

Dank regelmässigem Austausch mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) konnten Umsetzungsfragen aus der Praxis zeitnah und im Interesse der Klientinnen und Klienten geregelt werden. Anspruchsvoll bleibt das neue Recht bei den Abläufen zwischen Finanzinstituten (Banken, Versicherungen, Pensionskassen) und den Beiständen, die höheren administrativen Hürden führen zu Verzögerungen.

Viele Stiftungen übergeben dem ABES Fondsgelder zur Verwaltung, um Klientinnen und Klienten in Notlagen zu unterstützen. In Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsdepartement und dem Amt für Sozialbeiträge konnte eine Lösung für bei einem Heimeintritt mittellose Klientinnen und Klienten gefunden werden. Damit können mittellose Personen, ohne ein Depot leisten zu müssen, in ein Altersheim eintreten. Die Zusammenarbeit mit den Spitalsozialdiensten entwickelte sich stabil und gut.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-7'555.2	-7'771.5	-7'946.9	-175.5	-2.3	-391.7	-5.2
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'033.4	-764.9	-1'018.4	-253.5	-33.1	15.0	1.5 ¹
36 Transferaufwand	-4'400.0	-4'400.0	-4'400.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsaufwand	-12'988.6	-12'936.4	-13'365.3	-428.9	-3.3	-376.7	-2.9
42 Entgelte	2'277.4	1'820.0	2'627.1	807.1	44.3	349.7	15.4 ²
Betriebsertrag	2'277.4	1'820.0	2'627.1	807.1	44.3	349.7	15.4
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-10'711.2	-11'116.4	-10'738.2	378.2	3.4	-27.0	-0.3
Betriebsergebnis	-10'711.2	-11'116.4	-10'738.2	378.2	3.4	-27.0	-0.3
34 Finanzaufwand	-0.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.2	100.0
Finanzergebnis	-0.2	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.2	100.0
Gesamtergebnis	-10'711.4	-11'116.4	-10'738.2	378.2	3.4	-26.8	-0.3
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-10'711.4	-11'116.4	-10'738.2	378.2	3.4	-26.8	-0.3

Kommentar

- 1 Der höhere Aufwand entstand im Wesentlichen wegen höheren Erlasse von Entschädigungen zu Gunsten der Klientinnen und Klienten.
- 2 Die Mehreinnahmen begründen sich aus der Aufarbeitung der „alten“ Rechenschaftsberichte aus dem Vorjahr mit verzögerter Rechnungsstellung im Berichtsjahr.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	%		47.9	50.9	53	53
Mandate des Amtes für Beistandschaften und Erwachsenenschutz	Anz	2'242	2'247	2'350	2'415	2'430
Fallbelastung pro Vollzeitstelle	Anz	n/v		107	110	95 ¹

Kommentar

- 1 Die Fallbelastung konnte aufgrund der befristet bewilligten Stellen, welche als Berufsbeistände eingesetzt wurden, reduziert werden.

Amt für Umwelt und Energie

WSU-831

Das Amt für Umwelt und Energie (AUE) trifft Vorkehrungen, um Menschen und Umwelt vor schädlichen und lästigen Einflüssen zu schützen. Es sorgt dafür, dass die vorhandenen Ressourcen geschont werden, Wasser sparsam genutzt und Abfälle vermieden werden. Es schützt die Bevölkerung vor übermässigem Lärm. Das AUE wirkt darauf hin, dass Energie sparsam und effizient genutzt wird und dass erneuerbare Energien gefördert werden. Im Abwasserbereich sollen Massnahmen bei Industrie und Gewerbe Verunreinigungen des Grundwassers und der Oberflächengewässer verhindern. Das AUE engagiert sich für eine zukunftsfähige, ökologische Landwirtschaft im Kanton. Es fördert ferner das Umweltbewusstsein und die Eigenverantwortung von Bevölkerung und Wirtschaft.

Das Lufthygieneamt beider Basel (LHA) und das Amt für Wald beider Basel (AfW) sind affilierte Dienststellen des AUE. Das LHA ist für die Erfassung der Luftschadstoffe und für die Erfassung der nichtionisierenden Strahlen zuständig. Es sorgt dafür, dass Belastungen unterhalb der gesetzlichen Grenzwerte liegen. Das AfW vollzieht die Waldgesetzgebung und wahrt die öffentlichen Interessen am Wald. Es sorgt für einen Ausgleich der unterschiedlichen Ansprüche an den Wald.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Der Regierungsrat verabschiedete im Sommer den Ratschlag für den Neubau des AUE an der Spiegelgasse 11/15. Die Bau- und Raumplanungskommission beriet das Geschäft an vier Sitzungen und stellte Ende des Berichtsjahres dem Grossen Rat Antrag auf Zustimmung. Der geplante Bau soll – als erster städtischer Verwaltungsbau in der Schweiz – das Label MINERGIE-A-ECO bekommen.

Abwasserbeseitigung

Die Vorprojektierung für die Erweiterung der kommunalen Kläranlage ARA Basel der ProReno AG mit zusätzlichen Reinigungsstufen zur Reduktion von Stickstoffverbindungen und zur gezielten Elimination von Mikroverunreinigungen ist abgeschlossen. Der technische Bericht „Vorprojekt“ sowie eine Variantenstudie „MV-Stufe“ liegen vor, die Unterlagen wurden vom AUE geprüft und werden nun dem Bundesamt für Umwelt BAFU vorgelegt. Das vorgesehene Verfahren zur Elimination der Mikroverunreinigungen zeigt sehr gute Ergebnisse. 2016 soll das Bauprojekt erarbeitet und der Kreditantrag dem Grossen Rat vorgelegt werden.

Abfallwirtschaft

Die vom Grossen Rat Ende des Vorjahres beschlossene Mehrwegpflicht für Geschirr bei öffentlichen Veranstaltungen bleibt in der konkreten Umsetzung schwierig. Aufgrund eines politischen Vorstosses verzögern sich die vorgesehenen Regelungen auf Verordnungsebene.

Der vorgesehene weitere Ausbau der Bioklappen erwies sich hinsichtlich Kosten und Nutzen als ungeeignet. Grundlage dazu lieferte eine umfassende Studie. In einer Gesamtstrategie „Abfallentsorgung Stadt Basel“ gilt es nun, die zukünftige Stossrichtung für eine verbesserte Kreislaufwirtschaft gemäss der neuen eidgenössischen Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen, die ab 1. Januar 2016 in Kraft tritt, festzulegen.

Die Grundlagen für die vom Bund vorgeschriebene Abfallplanung, die zusammen mit dem Kanton Basel-Landschaft erarbeitet werden, liegen vor. Die Datenerhebung über die verschiedenen Abfallfraktionen wurde durchgeführt und beurteilt. Dies bildet die Grundlage für die Erarbeitung allfälliger Massnahmen, welche im Folgejahr vorgenommen wird.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-8'925.8	-9'464.7	-9'366.6	98.2	1.0	-440.8	-4.9
31 Sach- und Betriebsaufwand	-14'506.2	-14'920.4	-14'109.8	810.6	5.4	396.4	2.7 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-54.1	-107.7	-89.2	18.5	17.2	-35.1	-64.8
36 Transferaufwand	-8'578.1	-11'068.5	-9'145.5	1'923.0	17.4	-567.4	-6.6 ²
Betriebsaufwand	-32'064.2	-35'561.3	-32'711.1	2'850.2	8.0	-646.9	-2.0
41 Regalien und Konzessionen	19.1	17.0	18.1	1.1	6.4	-1.0	-5.4
42 Entgelte	39'619.1	39'607.9	39'813.1	205.1	0.5	193.9	0.5
46 Transferertrag	198.0	186.7	284.5	97.8	52.4	86.5	43.7
Betriebsertrag	39'836.3	39'811.6	40'115.6	304.0	0.8	279.3	0.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	7'772.1	4'250.3	7'404.6	3'154.2	74.2	-367.5	-4.7
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-4'574.7	-4'551.5	-4'502.0	49.5	1.1	72.7	1.6
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1'136.7	-1'500.0	-1'109.4	390.6	26.0	27.2	2.4 ³
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	30.0	257.0	30.0	-227.0	-88.3	0.0	0.0 ⁴
Abschreibungen	-5'681.4	-5'794.5	-5'581.5	213.0	3.7	99.9	1.8
Betriebsergebnis	2'090.7	-1'544.2	1'823.1	3'367.2	>100.0	-267.6	-12.8
34 Finanzaufwand	-5.3	-0.5	-0.8	-0.3	-53.3	4.5	85.6
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.1	0.1	n.a.	0.0	>100.0
Finanzergebnis	-5.3	-0.5	-0.7	-0.2	-39.1	4.6	86.8
Gesamtergebnis	2'085.4	-1'544.7	1'822.4	3'367.0	>100.0	-263.1	-12.6
davon Funktionen:							
72 Abwasserbeseitigung	7'557.2	5'412.9	7'240.6	1'827.7	33.8	-316.6	-4.2
73 Abfallwirtschaft	-753.5	-850.6	-501.2	349.3	41.1	252.3	33.5
76 Bekämpfung von Umweltverschmutzung	-3'904.2	-4'753.7	-3'893.6	860.1	18.1	10.6	0.3
81 Landwirtschaft	-124.1	-123.5	-106.6	16.8	13.6	17.4	14.0
82 Forstwirtschaft	-322.9	-420.4	-405.0	15.4	3.7	-82.2	-25.4
83 Jagd und Fischerei	-278.1	-321.1	-381.3	-60.2	-18.7	-103.2	-37.1
87 Brennstoffe und Energie	-89.1	-488.3	-130.5	357.9	73.3	-41.4	-46.4

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-1'324.8	0.0	-3'250.8	-3'250.8	n.a.	-1'925.9	<-100.0
Ausgaben Kleininvestitionen	-381.4	-217.0	-82.8	134.2	61.8	298.6	78.3 ⁵
Gegebene Grossinvestitionsbeiträge	-1'136.7	0.0	-1'109.4	-1'109.4	n.a.	27.2	2.4
Nettoinvestitionen	-2'842.9	-217.0	-4'443.0	-4'226.0	<-100.0	-1'600.1	-56.3
Saldo Investitionsrechnung	-2'842.9	-217.0	-4'443.0	-4'226.0	<-100.0	-1'600.1	-56.3

Kommentar

- 1 Die Unterschreitung des Budgets ergibt sich aus geringeren Inanspruchnahmen von Dienstleistungen Dritter aufgrund von Projektverzögerungen.
- 2 Die Unterschreitung des Budgets resultiert im Wesentlichen aus den tieferen Betriebskosten der ARA Basel von ca. 1.5 Mio. Franken und den Minderausgaben für die 2000 Watt-Gesellschaft von 0.3 Mio. Franken. Die Umsetzung der vom GR bewilligten Projekte nimmt mehr Zeit in Anspruch als angenommen.
- 3 Die geringeren Investitionen in die Projekte der 2000 Watt-Gesellschaft bewirken tiefere Abschreibungen.
- 4 Es wurden weniger Schallschutzfenster als erwartet eingebaut. Entsprechend wurden die dafür budgetierten Bundesbeiträge nicht ausbezahlt.
- 5 Die Anschaffung eines Laborgerätes hat sich verzögert.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100 %)	Anz	45.0	46.5	46.0	47.8	47.6
Jährlich energetisch sanierte Gebäudehüllefläche	Anz	217'207	–	–	–	–
Mit Schallschutzfenstern ausgerüstete Gebäude	Anz	754	843	885	917	932
Grenzwertüberschreitungen der Abwasserreinigungsanlage	Anz	32	25	16	31	19
Ökologische landwirtschaftliche Ausgleichsflächen in ha	Anz	48.8	53.0	52.4	54.4	70.5 ¹
Gesamtsanierte Gebäude pro Jahr	Anz	104	131	39	46	10 ²

Kommentar

- 1 Gründe für die Steigerung sind die neue Agrarpolitik, welche rechnerisch zusätzliche Flächen ergab, und die Verteilung von Flächen eines aufgelösten Betriebs, welche vorher nicht als ökologische Ausgleichsflächen angemeldet waren.
- 2 Der Rückgang erklärt sich durch den Abschluss der Aktion Gesamtgebäudesanierung, welche Förderbeiträge für gesamtsanierte Gebäude bereitstellte.

Bekämpfung von Umweltverschmutzung

Luftreinhaltung Mit Unterstützung des Bundes (BAFU) und gemeinsam mit der Schweizerischen Gesellschaft der Lufthygiene- und NIS-Fachleute (CercI'Air) wurde ein schweizweites Projekt zur Optimierung der Emissionsüberwachung gestartet. Bei sämtlichen in Basel-Stadt und Basel-Landschaft tätigen privaten Messfirmen wurden informelle Audits durchgeführt. Der Prüfprozess zur Akkreditierung für die Messtechnik des Lufthygieneamts läuft, ist aber noch nicht abgeschlossen.

Ein PM2.5-Messgerät wurde für einen Standort (Sissach) eingeführt und getestet. Im Folgejahr wird die Evaluation abgeschlossen. Anschliessend folgt die Installation an einem definitiven Standort in Basel-Stadt und eine Standortbestimmung über die Höhe der PM2.5-Belastung.

Die konsequenten Abnahmekontrollen von Mobilfunkantennen vor Ort führen zu einer geringen Beanstandungsquote. Ebenfalls wurden Stichprobenkontrollen der Qualitätssicherungssysteme der Mobilfunkbetreiber durchgeführt und die geringe Beanstandungsquote bestätigt.

Die Grundlagenarbeiten für den Luftreinhaltplan 2016 (LRP) konnten plangemäss durchgeführt werden. Das Gesamtverkehrsmodell Nordwestschweiz wurde mit einem Luftmodul aktualisiert. Emissionserhebungen in verschiedenen Verursacherbereichen (z.B. Feuerungen, Industrie, Baumaschinen) welche Grundlage für neue Belastungskarten sein werden, wurden teilweise bereits nachgeführt. Der LRP wird bis Ende 2016 abgeschlossen.

In Zusammenarbeit mit der Raumplanung in Basel-Stadt und in Basel-Landschaft wurden die aktuellen Bedürfnisse nach Klimafunktionskarten erarbeitet. Auf der Grundlage von Klimakarten, wie sie in deutschen Städten (z.B. Karlsruhe) eingesetzt werden, wird nun ein gemeinsames Vorgehenskonzept „Stadtklima und Raumplanung“ für Basel und Agglomeration entwickelt.

Lärmschutz Die in der Programmvereinbarung 2012-2015 mit dem Bund vereinbarten Sanierungsziele wurden im Wesentlichen erfüllt. Für die Fertigstellung der Strassenlärmisanierung wurde eine dritte Programmvereinbarung 2016-2018 mit dem BAFU verabschiedet. Schwerpunkt dieser Periode ist der Einbau von lärmindernden Belägen sowie die Umsetzung von Tempo 30 an belasteten Strassenabschnitten.

Die Arbeiten am neuen Strassenlärmkataster werden im Jahr 2016 beendet. Für Strassenzüge mit Überschreitungen der Immissionsgrenzwerte prognostiziert das AUE zuhanden des Bau- und Verkehrsdepartements die lärmreduzierende Wirkung der möglichen Massnahmen.

Gewässerschutz Der Ratschlag betreffend die Ausgabenbewilligung für die Erarbeitung des Vor- und Bauprojekts „Revitalisierung und Grundwasserschutz WieseVital“ wurde zusammen mit dem Abschlussbericht des Konzepts WieseVital dem Grossen Rat vorgelegt. Die Behandlung in der Umwelt-, Verkehrs-, und Energiekommission UVEK sind abgeschlossen. Der Grosse Rat beschliesst Anfang des Jahres 2016 über das Geschäft. Mit der Vorstudie „Renaturierung der Wiese“ soll ebenfalls im Jahr 2016 angefangen werden. Ferner wurden die verwaltungsinternen Arbeiten an einem kantonalen Wassergesetz fortgeführt.

Forstwirtschaft

Die Arbeiten zur Unterschutzstellung von Waldreservaten wurden fortgesetzt. Die Unterschutzstellungen von Waldareal werden dem Regierungsrat koordiniert mit denjenigen im Offenland vorgelegt. Dies soll im Frühjahr des Jahres 2016 der Fall sein. Insgesamt sollen rund 20 ha Waldfläche in diesem ersten Schritt unter Naturschutz gestellt werden. Für ein Konzept zur Waldpädagogik wurden Gespräche mit den verschiedenen Akteuren geführt. Die Arbeiten werden im 2016 weitergeführt. Ziel ist, dass die Schülerinnen und Schüler im Kanton einmal in ihrer Schulzeit von einer Forstfachperson Waldkenntnisse vermittelt bekommen.

Der Anteil von Basel-Stadt an den Kosten des Amtes für Wald wird im Wesentlichen nach dem Verursacherprinzip ermittelt. Er betrug für das Jahr 2015 0.456 Mio. Franken (budgetiert: 0.469 Mio. Franken). Nach Abzug des im AUE vereinnahmten Bundesbeitrags von 0.062 Mio. Franken ergeben sich Nettokosten von 0.394 Mio. Franken.

Brennstoffe und Energie

Nach der Genehmigung der Mustervorschriften im Energiebereich (MuKE) 2014 durch die Konferenz Kantonalen Energiedirektoren EnDK wurden die Arbeiten für die Revision des Energiegesetzes abgeschlossen. Der Ratschlag wurde gegen Ende des Berichtsjahres an den Grossen Rat überwiesen. Die Gesetzesrevision sollen die Ziele der Energiestrategie 2050 des Bundes im Gebäudebereich umsetzen. Sie ist auch der Gegenvorschlag zur kantonalen Volksinitiative „Basel Erneuerbar – für eine sichere, saubere und günstige Energieversorgung“.

Im Rahmen der „2000-Watt-Gesellschaft - Pilotregion Basel“ wurden die elf Projekte, welche der Grosse Rat 2013 genehmigte, weiter umgesetzt. Erste Projekte im Bereich Bauen konnten realisiert werden. Es handelt sich um Bauten mit Hochleistungsdämmputz (Güterstrasse), farbigen Solaranlagen (Gundeldingerfeld) und Energiespeicher für erneuerbare Energien (Riehen). Im Bereich Elektromobilität wurden Grundlagen zum Thema Ladeinfrastruktur bereitgestellt, die Umsetzung erfolgt gemeinsam mit den Industriellen Werken Basel IWB.

4.2.8 Gerichte

GER-111	Appellationsgericht	343
GER-112	Gericht für Strafsachen	355
GER-113	Zivilgericht	362
GER-114	Sozialversicherungsgericht	365
GER-115	Jugendgericht und Rekurskommission für fürsorgerische Unterbringungen	368

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Erfolgsrechnung in Mio. Franken							
30 Personalaufwand	-40.6	-41.1	-40.8	0.4	0.9	-0.2	-0.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-21.4	-23.9	-23.9	0.1	0.2	-2.5	-11.5
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-0.0	-0.0	-0.0	-0.0	0.0	0.0	58.3
Betriebsaufwand	-62.0	-65.1	-64.7	0.4	0.6	-2.6	-4.2
42 Entgelte	28.4	25.8	26.7	1.0	3.8	-1.7	-5.9
Betriebsertrag	28.4	25.8	26.7	1.0	3.8	-1.7	-5.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-33.6	-39.3	-37.9	1.4	3.5	-4.3	-12.8
33 Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	-0.0	n.a.
Abschreibungen	0.0	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	-0.0	n.a.
Betriebsergebnis	-33.6	-39.3	-37.9	1.4	3.5	-4.3	-12.9
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	-98.0	-0.1	<-100.0
44 Finanzertrag	0.1	0.1	0.1	0.1	93.2	0.0	55.8
Finanzergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	39.0	-0.0	-69.8
Gesamtergebnis	-33.6	-39.3	-37.9	1.4	3.5	-4.3	-12.9
davon Funktionen:							
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-33.6	-39.3	-37.9	1.4	3.5	-4.3	-12.9

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Investitionsrechnung in Mio. Franken							
Ausgaben Grossinvestitionen	0.0	0.0	-0.1	-0.1	n.a.	-0.1	n.a.
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	-0.1	-0.1	n.a.	-0.1	n.a.
Saldo Investitionsrechnung	0.0	0.0	-0.1	-0.1	n.a.	-0.1	n.a.

Appellationsgericht

GER-111

Das Appellationsgericht ist die oberste Justizbehörde des Kantons. Als solche übt das Appellationsgericht die Aufsicht über die erstinstanzlichen Gerichte aus und untersteht seinerseits der Oberaufsicht durch das Parlament. Es urteilt im Rechtsmittelverfahren über die Entscheide der erstinstanzlichen Gerichte, über jene des Sozialversicherungsgerichts allerdings nur in wenigen Ausnahmefällen, da diese in der Regel an das Eidgenössische Versicherungsgericht weiterziehbar sind. Als Verwaltungsgericht überprüft es ferner die Verfügungen und Entscheide von Verwaltungsbehörden sowie von gerichtlichen Instanzen, wie der Steuerrekurskommission und der Baurekurskommission. Ausserdem fungiert es als kantonales Verfassungsgericht. Das Appellationsgericht wendet in seiner Rechtsprechung Normen aus der gesamten Rechtsordnung, einschliesslich internationaler Übereinkommen, an.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Personelle Änderungen: Per Ende Juni 2015 ist Frau Dr. Michelle Cottier als Ersatzrichterin des Appellationsgerichts zurückgetreten. Als ihre Nachfolgerin wurde am 21. Oktober 2015 Frau Dr. Heidrun Gutmannsbauer gewählt. Ferner hat Herr Dr. Heiner Wohlfart per 31. Dezember 2015, an welchem Datum die laufende Amtsperiode gemäss dem bisher geltenden Recht hätte enden sollen, seinen Rücktritt vom Amt als Appellationsgerichtspräsident erklärt. Damit nicht im zweiten Halbjahr 2015 auf den 1. Januar 2016 eine Ersatzwahl stattfinden müssen und um die bei einer späteren Wahl entstehende Lücke im Präsidium des Appellationsgerichts, einhergehend mit erheblichen Rückständen, zu vermeiden, hat sich Dr. Wohlfart bereit erklärt, sein Pensum bis zum Ablauf der wegen der Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes bis 30. Juni 2016 verlängerten Amtsdauer weiter zu versehen. Das Appellationsgericht hat daher im September 2015 einen entsprechenden Antrag an das Parlament als Wahlbehörde für die Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter gestellt, mit dem Hinweis, dass bei einer Wahl von Herrn Dr. Wohlfart als Ersatzrichter mit präsidialen Funktionen keinerlei Zusatzkosten entstünden. Der Grosse Rat hat der befristeten Erhöhung der Zahl Ersatzrichterinnen und Ersatzrichter zwar am 9. Dezember 2015 zugestimmt, doch hat die Zeit bedauerlicherweise für die Vornahme des Wahlgeschäfts bis Ende 2015 nicht mehr gereicht. Die Traktandierung desselben erst auf Anfang Februar 2016 hat gewisse Rückstände in der Erledigung der Prozesse zur Folge.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG) auf den 1. Juli 2016 wird die Bestimmung von §112 Abs. 2 der Kantonsverfassung, wonach die Justizverwaltung Sache der Gerichte ist, konsequent umgesetzt. Die administrativen Belange der Gerichte werden neu von diesen selbst und nicht mehr teilweise vom Regierungsrat besorgt. Dazu wird neu ein sog. Gerichtsrat gebildet, dem Präsidiumsmitglieder aller Gerichte angehören werden, wobei im Vergleich zu andern Kantonen die Besonderheit besteht, dass die Vertretungen des Appellationsgerichts gegenüber den als erste Instanzen entscheidenden Gerichten in der Minderheit sein werden. Der Gerichtsrat wird vor allem für die strategischen Entscheide im Finanz- und Rechnungswesen, im IT-Management und, soweit einheitliche Regelungen an allen Gerichten nötig sind, im Personalwesen zuständig sein.

Die Schaffung dieser neuen Strukturen und der Erlass diverser durch das GOG vorgeschriebener Reglemente durch den Gerichtsrat einerseits sowie die einzelnen Gerichte andererseits bedingen umfangreiche Vorbereitungsarbeiten, welche bereits im Jahr 2015 begonnen haben. Auch nachdem die neuen Strukturen etabliert sein werden, ist künftig mit einem Mehraufwand in der Gerichtsverwaltung zu rechnen, selbst wenn die Gerichte erklärermassen keinen aufgeblähten Verwaltungsapparat aufbauen wollen. So ist vorgesehen, Dienstleistungen, welche das bislang für die Gerichte zuständige Präsidialdepartement erbracht hat, z.B. in der Personaladministration, auf Auftragsbasis weiterhin dort zu beziehen. Selbst die für einen minimalen Ausbau der Justizverwaltung notwendigen zusätzlichen Ressourcen sind dem Appellationsgericht bislang jedoch nicht zugestanden worden, hat doch der Regierungsrat eine dafür beantragte, sehr moderate Budgeterhöhung per 2016 für eine 50%-Stelle abgelehnt. Es mag nachvollziehbar sein, dass die Regierung unmittelbar vor der Änderung der Zuständigkeit für das Erstellen des Budgets der Justiz und dessen Vertretung im Parlament keine zusätzlichen Mittel mehr einstellen, sondern dies dem Gerichtsrat überlassen will. Für das Appellationsgericht, welches bereits im Jahr 2015 und im ersten Halbjahr 2016 intensive Vorbereitungsarbeiten für die Schaffung des Gerichtsrats erbringen und anschliessend die Administration

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-7'150.0	-7'354.7	-8'008.5	-653.8	-8.9	-858.6	-12.0 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-6'784.1	-6'240.5	-6'449.0	-208.5	-3.3	335.0	4.9 ²
Betriebsaufwand	-13'934.0	-13'595.2	-14'457.6	-862.4	-6.3	-523.5	-3.8
42 Entgelte	2'070.2	1'845.0	2'318.4	473.4	25.7	248.1	12.0 ³
Betriebsertrag	2'070.2	1'845.0	2'318.4	473.4	25.7	248.1	12.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-11'863.8	-11'750.2	-12'139.2	-389.0	-3.3	-275.4	-2.3
33 Abschreibung Grossinvestitionen	0.0	0.0	-13.6	-13.6	n.a.	-13.6	n.a.
Abschreibungen	0.0	0.0	-13.6	-13.6	n.a.	-13.6	n.a.
Betriebsergebnis	-11'863.8	-11'750.2	-12'152.8	-402.6	-3.4	-289.0	-2.4
34 Finanzaufwand	-0.5	-0.5	-63.1	-62.6	<-100.0	-62.6	<-100.0
44 Finanzertrag	0.1	0.2	62.2	62.0	>100.0	62.1	>100.0
Finanzergebnis	-0.4	-0.3	-0.9	-0.6	<-100.0	-0.5	<-100.0
Gesamtergebnis	-11'864.2	-11'750.5	-12'153.7	-403.2	-3.4	-289.5	-2.4
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-11'864.2	-11'750.5	-12'153.7	-403.2	-3.4	-289.5	-2.4

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	0.0	0.0	-68.2	-68.2	n.a.	-68.2	n.a.
Nettoinvestitionen	0.0	0.0	-68.2	-68.2	n.a.	-68.2	n.a.
Saldo Investitionsrechnung	0.0	0.0	-68.2	-68.2	n.a.	-68.2	n.a.

Kommentar

- 1 Die Überschreitung im Personalbereich ist auf unvorhergesehene Rückstellungen von Ruhestandsgehältern zurückzuführen.
- 2 Die Überschreitung im Sachaufwand ist fast ausschliesslich auf erhöhte Debitorenverluste zurückzuführen.
- 3 Die positive Ertragslage in der Rechnung gegenüber Budget ist zu einem grossen Teil auf ausserordentliche Beträge, welche den Parteien in Rechnung gestellt werden konnte, zurückzuführen.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	31.3	33.9	34.2	33.5	35.3
Hängige Verfahren	Anz	1'927	1'968	1'626	1'687	1'726
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	7'735	123'029	483'224	846'397	622'878 ¹

Kommentar

- 1 Zufolge Änderung der Abrechnungsverfahren wird das Appellationsgericht mit Debitorenverlusten des Strafgerichts konfrontiert werden. Der Umfang ist schwer abzuschätzen.

desselben führen muss, hat dies jedoch die problematische Folge, dass dafür während längerer Zeit keine zusätzlichen finanziellen Ressourcen zur Verfügung stehen. Selbstverständlich ist es den Gerichten im Berichtsjahr verwehrt gewesen, bereits selbst Erhöhungsanträge in das dem Grossen Rat zu übermittelnde Budget einzubringen.

Aufgrund der GOG-Revision hat im Jahr 2015 zum letzten Mal eine Visitation (d.h. eine Prüfung der Geschäftserledigung und Verfahrensrückstände) des Sozialversicherungsgerichts und der Rekurskommission für fürsorgliche Unterbringungen durch ein Mitglied des Präsidiums des Appellationsgerichts stattgefunden. Neu hat das Appellationsgericht gemäss §90 GOG nur noch die „unteren“ Gerichte zu beaufsichtigen. Das Sozialversicherungsgericht und die Rekurskommission für fürsorgliche Unterbringungen sind hingegen „obere“ Gerichte, da ihre Entscheide direkt beim Bundesgericht anfechtbar sind und nach dem Bundesgerichtsgesetz nur obere Gerichte der Kantone als

unmittelbare Vorinstanzen des Bundesgerichts eingesetzt werden dürfen. Folgerichtig wird die Rekurskommission für fürsorgerische Unterbringungen ab Inkrafttreten des revidierten GOG „Gericht für fürsorgerische Unterbringungen“ heissen.

Wie im letzten Jahresbericht angekündigt, ist im ersten Halbjahr 2015 das vom Appellationsgericht und dem Regierungsrat gemeinsam in Auftrag gegebene Gutachten der Universität Bern betr. Geschäftslastuntersuchung und Organisationsanalyse eingegangen. Das Appellationsgericht hat die zusammenfassende Beurteilung, worin die Organisation bei allen Gerichte als gut und zweckmässig qualifiziert wurde und keine grundlegenden organisatorischen Änderungen empfohlen wurden, mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, was aber nicht heisst, dass nicht gleichwohl stete Verbesserung anzustreben ist.

Zu den im einzelnen abgegebenen Empfehlungen der Experten wurden Stellungnahmen der einzelnen Gerichte eingeholt und zusammen mit dem Gutachten am 27. Mai 2015 der Geschäftsprüfungskommission und der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission des Grossen Rates zugestellt. Diese Empfehlungen an die Gerichte sind teilweise schon erledigt oder in der Umsetzungsphase. So sind Arbeiten im Gange, um die Führungsstrukturen zu klären, und zwar sowohl im Verhältnis unter den einzelnen Gerichten als auch innerhalb derselben. Dazu müssen verschiedene Reglemente erlassen werden, was im Übrigen auch im Rahmen der betrieblichen Anpassungen an die Vorschriften des neuen GOG notwendig ist. Ferner werden beim Rechnungswesen des Appellationsgerichts nicht nur entsprechend den Empfehlungen der Gutachter die Schnittstellen zu Teilen der Verwaltung neu geregelt, vielmehr findet dort eine grundlegende Neustrukturierung unter neuer Leitung statt. Auch sind die Sicherheitsstandards verbessert worden, nicht zuletzt deshalb, weil anlässlich der Revision durch die Finanzkontrolle im Frühjahr 2015 massive Verfehlungen einer damals im Rechnungswesen tätigen Mitarbeiterin mit einem erheblichen finanziellen Verlust für die Gerichte entdeckt worden sind. Das Strafverfahren gegen die betreffende Person, deren Arbeitsverhältnis fristlos aufgelöst wurde, ist zur Zeit der Berichterstattung noch hängig. Die Pflicht zur Rückerstattung der betreffenden Vermögenswerte hat die ehemalige Mitarbeiterin anerkannt; offen bleibt, in welchem Umfang sie dazu in der Lage sein wird. Auch der weiteren Empfehlung der Gutachter, das elektronische Geschäftsführungssystem der Gerichte, JURIS, zu verbessern, ist das Appellationsgericht nachgekommen. Allerdings handelt es sich dabei um eine Daueraufgabe, die mit hoher Priorität weitergeführt werden muss.

Bislang nicht realisiert werden konnten hingegen die Empfehlungen der Gutachter, im Hinblick auf den Aufbau der Justizverwaltung zusätzliche personelle Ressourcen, d.h. eine Assistenz für die Gerichtsleitung, eine Stellvertretung für den Verwaltungschef und eine Absicherung der Ressourcen für die Stellvertretung der 1. Gerichtsschreiberin, zu schaffen. Für die Gründe kann auf die obigen Ausführungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des revidierten GOG verwiesen werden. Ebenfalls noch keine Lösung besteht für die von den Experten festgestellte Raumnot der Gerichte an der Bäumleingasse. Diese hoffen, dass der Regierungsrat im Jahr 2016 einen Beschluss betr. die Ausarbeitung eines Projektes für die künftige Nutzung der im Eigentum des Kantons stehenden Liegenschaft Bäumleingasse 9 durch die Gerichte fassen wird.

Das bereits im Jahresbericht 2014 erwähnte Projekt zur Professionalisierung und Qualitätssteigerung der Dolmetscherleistungen, welches aus Mitgliedern aller Gerichte und Mitarbeitenden der Fachstelle Diversität und Integration der Kantons- und Stadtentwicklung des Präsidialdepartements besteht, ist im Berichtsjahr mit grosser Priorität vorangetrieben und weitgehend umgesetzt worden. So hat das Appellationsgericht ein Reglement über das Dolmetschwesen erlassen, welches am 1. Juli 2015 in Kraft getreten ist und die Rechte und Pflichten der Dolmetschenden sowie die Durchführung der Einführungskurse für Gerichtsdolmetschende regelt. Im Herbst 2015 haben die ersten beiden Einführungskurse mit anschliessender Prüfung stattgefunden, die auf grosses Interesse der Dolmetschenden gestossen sind. Organisiert werden diese jeweils zweitägigen Seminare vom Appellationsgericht, während die Kursleitung und Vermittlung des Fachwissens hauptsächlich durch Vertreterinnen und Vertreter der erstinstanzlichen Gerichte wahrgenommen wird. Inhaltlich lehnt sich der Kurs weitgehend an das schon seit vielen Jahren bestehende Angebot des Kantons Zürich an, allerdings unter Berücksichtigung der baselstädtischen Verhältnisse. Nebst der praktischen Unterstützung aus Zürich hat das Projekt in der Aufbauphase auch von finanziellen Mitteln des Bundes profitieren können, welche der Fachstelle des Präsidialdepartements zur Verfügung gestanden sind. Selbstverständlich tragen auch die Kursteilnehmenden durch ihre Seminargebühren an die Kosten bei. Jene Personen,

welche den Einführungskurs besucht und die Abschlussprüfung bestanden haben (in den ersten beiden Kursen im Jahr 2015 total 17 Personen) werden in das Verzeichnis der Gerichtsdolmetschenden aufgenommen. Dasselbe gilt für jene Dolmetscherinnen und Dolmetscher, die seit Jahren bei den Gerichten im Einsatz sind und dabei ihre fachliche Qualifikation unter Beweis gestellt haben. Das Führen des Verzeichnisses und die Weiterführung der Kurse und Prüfungen werden für die Gerichte einen zusätzlichen Aufwand mit sich bringen. Dieser lohnt sich jedoch, wenn dadurch eine Qualitätssteigerung der Übersetzungsleistungen in den Gerichtsverfahren erreicht werden kann. Eine einwandfreie Kommunikation zwischen den Gerichten und den fremdsprachigen Prozessparteien oder Zeugen etc. kommt letztlich der Qualität der Rechtsprechung zugute.

Schon mehrfach wurde in früheren Jahresberichten auf die grosse Bedeutung des Beschleunigungsgebots für die richterliche Arbeit hingewiesen. In vielen Verfahren wird die Dauer der Prozesse von den Beteiligten als zu lange empfunden, obschon sie zu einem grossen Teil unvermeidlich ist, weil nämlich die Gerichte die massgeblichen formellen Vorschriften im Hinblick auf die Gewährung des rechtlichen Gehörs, z.B. durch Einräumung von Fristen zur Stellungnahme zu Rechtsschriften der Gegenpartei, einhalten müssen. In einigen Fällen ist die Interessenlage jedoch gerade umgekehrt, so dass die Betroffenen keine zügige Erledigung des Verfahrens wünschen. Mitunter wird der Instanzenzug aus dem einzigen Grund beschritten, Zeit zu gewinnen. Dies ist z.B. der Fall, wenn Nachbarn die Realisierung eines Bauvorhabens verzögern wollen oder wenn der Entzug einer Bewilligung droht, sei es für den Verbleib in der Schweiz, die Zulassung als Taxihalter, die verlängerten Öffnungszeiten einer Gastwirtschaft oder des Führerausweises. Dem können die Behörden nebst einer möglichst raschen Durchführung des Verfahrens nur durch den Entzug bzw. die Nichtbewilligung der aufschiebenden Wirkung begegnen. In einem im Berichtsjahr entschiedenen Fall hat das Verwaltungsgericht es auch als zulässig erachtet, dass das Migrationsamt den Widerruf der Niederlassungsbewilligung und die Wegweisung eines Rekurrenten bereits zu einem Zeitpunkt verfügt hatte, als in dem gegen ihn geführten Strafverfahren seine Beschwerde ans Bundesgericht noch hängig war und er ausserdem ein Revisionsgesuch an das Appellationsgericht gerichtet hatte. Das Verwaltungsgericht befand, dass sowohl die Beschwerde ans Bundesgericht als auch das Revisionsgesuch keine ordentlichen Rechtsmittel seien und daher den Eintritt der formellen Rechtskraft eines Strafurteils nicht hemmen könnten. Unter diesen Umständen wurde der Entscheid des Justiz- und Sicherheitsdepartements, wonach der Rekurs gegen den vom Migrationsamt verfügten Entzug der Niederlassungsbewilligung und die Wegweisung als aussichtslos zu betrachten sei und deshalb die unentgeltliche Vertretung durch den zugezogenen Anwalt nicht bewilligt werde, vom Verwaltungsgericht geschützt (vgl. VGE VD.2015.136 vom 22. Oktober 2015).

Wie im letzten Jahresbericht in Aussicht gestellt, hat das Verwaltungsgericht im Jahr 2015 die bei ihm erhobenen Rekurse gegen den vom Grossen Rat im Januar 2014 verabschiedeten Zonenplan beurteilt, soweit sie nicht schon vorher durch Rückzug erledigt worden waren. In 2 der insgesamt 4 Verfahren waren die Umzonung der jeweiligen Liegenschaft von der Bauzone 3 in die Stadt- und Dorfbild-Schutzzone, in einem die Umzonung von der Bauzone 2a in die Stadt- und Dorfbild-Schonzone und in einem die Umzonung von der Schonzone in die Schutzzone umstritten. Alle Rekurse wurden abgewiesen (vgl. VGE VD.2014.43, VD.2014.55, VD.2014.57 und VD.2014.59), und Ende 2015 waren alle Verfahren rechtskräftig erledigt. Die im Fall VD.2014.43 gegen den Entscheid des Verwaltungsgerichts erhobene Beschwerde ans Bundesgericht wurde am 26. Oktober 2015 abgewiesen, soweit darauf einzutreten war (BGer 1C_210/2015).

In zwei Verfahren (VD.2014.15; VD.2014.143) hat sich das Verwaltungsgericht mit der Besteuerung von Nachzahlungen von Sozialversicherungsleistungen für vergangene Jahre befasst. Die steuerrechtliche Behandlung wird in Konkretisierung von Art. 11 Abs. 2 des Bundesgesetzes über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden (StHG; SR 642.14) in §38 des Steuergesetzes geregelt. Mit dieser Bestimmung soll der progressiven Ausgestaltung der Einkommenssteuer und der daraus folgenden steuerlichen Mehrbelastung bei Mittelzuflüssen für mehrere Jahre in einem einzigen Jahr Rechnung getragen werden. Es soll aufgrund des Leistungsfähigkeitsprinzips ein Einkommenssteuertarif zur Anwendung gelangen, welcher der Leistungsfähigkeit eines Steuerpflichtigen entspricht, der regelmässig ein entsprechendes Einkommen erzielt. Die Bestimmung dient der Durchsetzung des Grundsatzes der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Die Steuerverwaltung hat sich allerdings auf den Standpunkt gestellt, dass die allgemeinen Abzüge

in den Vorjahren, für die eine nachträgliche Kapitalleistung erfolgt, nicht zu berücksichtigen seien. Mit dieser Auslegung kann der Gesetzzweck aufgrund der jetzigen Ausgestaltung der Steuerbemessung im baselstädtischen Steuerrecht nicht mehr erreicht werden. Im heutigen Steuersystem des Kantons Basel-Stadt wird die progressive Ausgestaltung der Einkommenssteuern nicht mehr durch progressive Steuersätze, sondern durch die Steuerbefreiung des existenznotwendigen Einkommens sowie durch entsprechende Steuerabzüge in §35 Abs. 1 lit. c bis e StG bewirkt. Das Verwaltungsgericht hat daher die Steuerveranlagungen jeweils aufgehoben und die Sache zur neuen Berechnung der Steuern unter Berücksichtigung der Summe der Abzüge für die Dauer der Rentennachzahlung, soweit diese im jeweiligen Zeitraum nicht bereits steuerwirksam ausgeschöpft worden sind, zurückgewiesen.

Das Verwaltungsgericht hatte im Berichtsjahr mehrfach darüber zu entscheiden, welche Stelle als erste Rechtsmittelinstanz für die Beurteilung von Rekursen gegen personalrechtliche Verfügungen zuständig ist:

In einem Fall ging es um die Abgrenzung einer organisatorischen Anordnung, wonach ein Mitarbeiter gemäss §12 Abs. 3 des Personalgesetzes (PG) ein anderes Aufgabengebiet übernehmen sollte, von einer disziplinarisch begründeten Versetzung nach §24 PG. Während letztere gemäss §40 Abs. 1 PG bei der Personalrekurskommission anfechtbar ist, gilt für erstere der allgemeine verwaltungsinterne Instanzenzug nach dem Organisationsgesetz des Regierungsrates (OG). Massgeblich ist bei der Unterscheidung solcher Massnahmen, ob sie eher mit organisatorischer Notwendigkeit oder eher mit Pflichtverletzungen und Leistungsmängeln des betroffenen Mitarbeiters begründet und belegt werden. Werden dem Mitarbeiter überwiegend persönliche Vorwürfe gemacht, so muss das Vorgehen nach den dafür vorgesehenen Regeln von §24 PG ablaufen. Im Einzelfall kann die Unterscheidung in begrifflicher und inhaltlicher Hinsicht aber sehr schwierig sein, so dass angesichts der Gabelung des Rechtswegs wohl beide in Frage kommenden Rechtsmittel ergriffen werden müssen. Es stellt sich die Frage, ob der eingeschränkte Zuständigkeitsbereich der Personalrekurskommission für personalrechtliche Streitigkeiten nicht überprüft werden sollte.

In einem andern Fall ging es um eine Kündigung eines Mitarbeitenden eines öffentlichen Spitals. Gegen solche Verfügungen kann nach §23 Abs. 2 des Gesetzes über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt (ÖSpG, SG 331.100) Rekurs an den Verwaltungsrat erhoben werden. Dessen Entscheide unterliegen dann gemäss §23 Abs. 3 ÖSpG dem Rekurs an das Verwaltungsgericht. Eine besondere Situation besteht jedoch, wenn der Verwaltungsrat im konkreten Fall eine Weisung über das Vorgehen erteilt hat und aufgrund dieser Beteiligung im Verfügungsverfahren bereits festzustehen scheint, wie er als Rechtsmittelinstanz entscheiden wird. Unter solchen Umständen ist einerseits die beschwerdeführende Partei ermächtigt, eine Sprungbeschwerde zu erheben, d.h. direkt an das Verwaltungsgericht als nächsthöhere Instanz zu gelangen, und ist andererseits der Verwaltungsrat des Spitals verpflichtet, die Sache an das Verwaltungsgericht zu überweisen. Diese im Verwaltungsverfahrensgesetz des Bundes (VwVG) enthaltene Regelung wurde hier als allgemeiner Grundsatz des öffentlich-rechtlichen Verfahrens- und Prozessrechts zur Auslegung und Lückenfüllung des öffentlichen Prozessrechts des Kantons Basel-Stadt analog angewendet (VD.2015.56). Dies war in einem Verwaltungsgerichtsentscheid vom 8. Januar 1992 (i.S. L.H. AG) noch abgelehnt worden. Da der Verwaltungsrat der öffentlich-rechtlichen Spitäler offenbar in zahlreiche Kündigungsverfahren einbezogen wird, stellt sich auch hier die Frage, ob der Rechtsweg bei personalrechtlichen Streitigkeiten auch bei den öffentlich-rechtlichen Spitalern nicht in gleicher Weise über die Personalrekurskommission verlaufen sollte, wie dies bei den anderen ausgelagerten öffentlichen Körperschaften der Fall ist (z.B. BVB und IWB). Ansonsten hat das Verwaltungsgericht hier jeweils als erste Rekursinstanz zu fungieren, was dem System der baselstädtischen Verwaltungsrechtspflege widerspricht.

Nach den Bestimmungen des Advokaturgesetzes führt das Appellationsgericht auch die Administration der Geschäfte der Aufsichtskommission über die Anwältinnen und Anwälte. Je vier Mitglieder (inkl. zwei Ersatzmitglieder) dieser Kommission werden von der Advokatenkammer Basel aus den praktizierenden Anwältinnen und Anwälten sowie vom Appellationsgericht aus den Angehörigen der Gerichte gewählt, wobei zusätzlich eine Präsidentin oder ein Präsident des Appellationsgerichts den Vorsitz der Kommission führt. Bei den betreffenden Geschäften handelt es sich vor allem um Entscheidungen über den Eintrag von Anwältinnen und Anwälten ins Anwaltsregister, über die Entbin-

dung derselben vom Berufsgeheimnis, über aufsichtsrechtliche Beschwerden gegen sie sowie über die Zulassung zur Substitution (d.h. die Bewilligung zum Auftreten von juristischen Praktikanten vor Gericht in Vertretung einer registrierten Anwältin bzw. eines Anwalts) und die Zulassung zum baselstädtischen Anwaltsexamen. Während in disziplinarrechtlichen Fällen die Anwaltsaufsichtskommission unter Mitwirkung von fünf Mitgliedern entscheidet, liegen die übrigen Entscheide in erster Instanz in der Kompetenz des Präsidiums dieser Kommission.

Zunehmend komplizierter werden die Entscheide über die Zulassung zum Anwaltsexamen. Dabei geht es in letzter Zeit vor allem um die Frage, welche in der Schweiz erworbene theoretische Ausbildung genügen soll. Das Anwaltsgesetz des Bundes (BGFA), auf welches das Advokaturgesetz verweist, verlangt dafür ein juristisches Studium, das mit einem Lizentiat oder Master einer schweizerischen Hochschule abgeschlossen wurde. In dieser Bestimmung war früher nur das Lizentiat erwähnt, worauf jedoch aufgrund der sog. Bologna-Reform an den Hochschulen neu auch der Master als für die Zulassung zum Anwaltsexamen genügender Studienabschluss definiert wurde. Man hat bei jener Revision darüber diskutiert, ob diesbezüglich ein Bachelor-Abschluss genügen soll, hat sich jedoch für das Erfordernis eines Master-Abschlusses entschieden, weil man weiterhin hohe fachliche Anforderungen stellen wollte. An den Universitäten hat sich dann, im Gegensatz zum Lizentiat, eine Vielzahl von unterschiedlichen Master-Typen entwickelt, mit jeweils mehr oder weniger juristischem Charakter und einem grösseren oder geringeren Spezialisierungsgrad. Demgegenüber wird die allgemeine juristische Ausbildung mit einem breiten Spektrum von Fachgebieten im Rahmen des Bachelor-Studiums erworben. An einigen Universitäten ist es nun aber möglich, einen juristischen Master auf Grundlage eines nicht-juristischen Bachelors zu erlangen. Z.B. kann nach einem Bachelor in Politikwissenschaften ein Master im internationalen Recht erworben werden, mit dem Resultat, dass die juristische Grundausbildung weitgehend fehlt. Aufgrund der geltenden Rechtslage ist es schwierig zu entscheiden, ob in solchen Fällen trotz der an sich ungenügenden Ausbildung die Zulassung zum Anwaltsexamen erteilt werden muss. Nach Auffassung der baselstädtischen Aufsichtskommission ist dies nicht der Fall; vielmehr wird verlangt, dass im Rahmen der universitären Master-Ausbildung nach einem nicht-juristischen Bachelor in erheblichem Umfang zusätzliche juristische Studien absolviert und entsprechende Prüfungen abgelegt werden, womit der juristische Bachelor im Ergebnis zumindest grösstenteils nachgeholt wird. Es wäre zu begrüssen, wenn diese Problematik mit der Schaffung eines neuen und umfassenderen Anwaltsgesetzes des Bundes geklärt würde. Ein vom schweizerischen Anwaltsverband ausgearbeiteter Entwurf liegt seit mehreren Jahren beim Bundesamt für Justiz und sollte gelegentlich in die Vernehmlassung geschickt werden. Sollte dieses Reformvorhaben jedoch noch längere Zeit nicht umgesetzt werden können, wäre allenfalls das kantonale Advokaturgesetz einer diesbezüglichen Revision zu unterziehen. Die Aufsichtskommission ist jedenfalls der Meinung, dass die Anforderungen an die Erlangung des Anwaltspatents nicht herabgesetzt werden sollten. Dies nicht zuletzt um zu verhindern, dass die hiesigen Anwältinnen und Anwälte im internationalen Wettbewerb als zu wenig gut qualifiziert gelten. Unter diesem Aspekt sollte auch ein an einer Fachhochschule erworbener Bachelor-Abschluss grundsätzlich nicht zum Erwerb des Anwaltspatents führen können.

Folgende Entscheide des Appellationsgerichts aus dem Jahr 2015 könnten von Interesse sein (alle im Internet publiziert: www.rechtsprechung.gerichts-bs.ch) :

Öffentlich-rechtliche Entscheide:

VD.2014.100 (Gesuch eines Fernsehproduzenten um Zugang zu Steuerdaten einer Holding-Gesellschaft, beim BGer hängig),

VD.2014.113 (Submissionsverfahren, Betrieb des Veloparkings Centralbahnplatz),

VD.2014.118 (Einbürgerung abgelehnt wegen mangelnder Integration durch Fehlen elementarer Kenntnisse über die Schweiz),

VD.2014.165 (Umwandlung weiss markierter Parkfelder in blaue Zone),

VD.2014.238 (Unterbrechung der Energielieferung durch die IWB wegen nicht bezahlter Rechnungen für früher erbrachte Leistungen),

VD.2015.35 (Entzug der Bewilligung für erweiterte Ladenöffnungszeiten nach mehrfachem Verstoß gegen das Beschäftigungsverbot von Nichtfamilienmitgliedern ausserhalb der generellen Öffnungszeiten; Weiterzug ans Bundesgericht erfolglos, BGer 2C_1135/2015),

VD.2015.36 (Auskunftsverweigerung betr. die Einhaltung der Arbeits- und Lohnbedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die von einem ausländischen Arbeitgeber zur Erfüllung eines eigenen Auftrages in die Schweiz entsandt werden, flankierende Massnahmen),

VD.2015.83 (Submissionsverfahren, Beschaffung von Fenstern in Holz für ein Schulhaus),

VD.2015.91 (Verrechnung nachträglich ausbezahlter Sozialversicherungsleistungen mit bezogener Sozialhilfe),

VD.2015.127 (Besuchsrecht für Kinder getrennt lebender Eltern).

Zivilrechtliche Entscheide:

ZB.2014.46 (Allgemeine Geschäftsbedingungen [AGB], genügende Lesbarkeit einer vereinbarten Gerichtsstandsklausel, Schriftgrösse),

ZB.2015.39 (kein Anspruch im Eheschutzverfahren auf Feststellung des Zeitpunktes des Getrenntlebens; der Wunsch, sich möglichst rasch scheiden lassen zu können, ist dafür kein genügendes Interesse),

ZB.2015.55 (Voraussetzungen von vorsorglichen Massnahmen, insb. Erfordernis des nicht leicht wieder gutzumachenden Nachteils),

BEZ.2014.21 (notwendige Bestimmtheit der Bezeichnung von zur Befragung durch das Gericht angerufenen Auskunftspersonen, Zulässigkeit der antizipierten Beweiswürdigung),

BEZ.2014.56 (Zulässigkeit der Verwendung des Unterschriftenscanners als Beleg für erfolgte Postzustellungen),

BEZ.2014.91 (Fristwahrung bei elektronischer Übermittlung; Weiterzug ans Bundesgericht vorläufig erfolglos [Nichteintreten auf Beschwerde] BGer 4A_182/2015),

BEZ.2015.1 (Kostenvorschusspflicht bei Expertiseverfahren, rechtliches Gehör bei der Ernennung des Experten),

BEZ.2015.18 (Anspruch auf einen unentgeltlichen Rechtsbeistand im Schlichtungsverfahren, Frage der Notwendigkeit eines Rechtsbeistands).

Strafrechtliche Entscheide:

SB.2013.96 (Stalking, Verurteilung u.a. wegen mehrfacher versuchter Nötigung; Weiterzug ans Bundesgericht erfolglos, BGer 6B_492/2015),

SB.2014.1 (Veruntreuungen in Millionenhöhe durch spielsüchtigen Verwalter einer Stockwerkeigentumsgemeinschaft),

BES.2014.45 (Prüfung der Zusprechung einer Parteientschädigung für den Aufwand der Rechtsvertretung hat von Amtes wegen zu erfolgen; wird aber auf Aufforderung hin innert gesetzter Frist keine Forderung geltend gemacht, ist der Anspruch verwirkt.),

BES.2014.135 (Beschlagnahme von Vermögenswerten einer beschuldigten Person für künftig anfallende Verfahrenskosten und Prozessentschädigungen setzt konkrete Anhaltspunkte voraus, dass sich die beschuldigte Person ihrer möglichen Zahlungspflicht entziehen könnte; Weiterzug ans Bundesgericht durch Staatsanwaltschaft erfolglos, BGer 1B_250/2015),

BES.2014.143 (Nichtanhandnahmeverfügung: fehlende Beschwerdelegitimation eines Verbandes).

Die Statistik der im Jahre 2015 beim Appellationsgericht eingegangenen Fälle zeigt im Ergebnis eine Stabilisierung auf dem sehr hohen Niveau des Vorjahres. Bei den zivilrechtlichen Verfahren sind rund 20% mehr Berufungen eingegangen, dafür ca. 5% weniger Beschwerden sowie etwas weniger Direktklagen, bei welchen angesichts der geringen absoluten Zahlen allerdings kaum in Prozenten

gerechnet werden kann. Die Zahl der Verwaltungsrekurse ist praktisch unverändert geblieben, aber weiterhin sehr hoch. Grossen Anteil daran haben Streitigkeiten in Steuersachen, im Ausländerrecht, im Sozialhilfewesen und im Kindes- und Erwachsenenschutzrecht. Auffällig ist auch, dass im Berichtsjahr 2015 über insgesamt 14 Submissionsbeschwerden, also Rechtsmittel im Zusammenhang mit öffentlichen Ausschreibungen, entschieden werden musste. Im Strafrecht sind die Eingänge bei den Berufungen und Beschwerden insgesamt etwa konstant geblieben (etwas weniger Berufungen, dafür etwas mehr Beschwerden). Ein deutlicher Anstieg ist hingegen bei den Haftbeschwerden zu verzeichnen, wobei diese Kategorie starken Schwankungen unterliegt, deren Gründe nicht erkennbar sind.

In den letzten Jahren hat sich der Aufwand für die Führung der Gerichtsprozesse, vor allem der strafrechtlichen Verfahren, erheblich erhöht. Wie schon in vorangegangenen Berichten erwähnt, ist die Zahl der strafrechtlichen Beschwerden mit Einführung der Schweizerischen Strafprozessordnung selbst unter Einbezug der früheren Rechtsmittel an die Rekurskammer des Strafgerichts ausserordentlich stark angestiegen. Bei den strafrechtlichen Berufungen ist zudem, unabhängig von den Fallzahlen, in jüngster Zeit auch die Rechtsprechung des Bundesgerichts für mehr Zeitaufwand verantwortlich, weil vor allem die Anforderungen an die schriftliche Begründung der Strafzumessung permanent höher geschraubt werden. Das Bundesgericht beschränkt sich im Strafrecht längst nicht mehr darauf, als oberstes Gericht der Schweiz für eine einheitliche Rechtsprechung zu sorgen und Grundsatzfragen sowie andere umstrittene Rechtsfragen zu klären, sondern macht den kantonalen Gerichten detaillierte Vorschriften, was konkret in deren Entscheiden zu stehen hat. Als Folge davon wird eine Beschwerde nicht nur dann gutgeheissen und das angefochtene kantonale Strafurteil aufgehoben, wenn es einen inhaltlichen Fehler aufweist oder die prozessualen Rechte einer beteiligten Person verletzt worden sind, sondern schon dann, wenn die Begründung nicht alle Punkte minutiös aufführt, welche laut oberster Rechtsprechung erwähnt werden müssen. Abgesehen vom zusätzlichen Aufwand und den dadurch entstehenden Kosten für die kantonale Justiz fördert dies auch die Motivation der Angeschuldigten zur Weiterziehung der gegen sie ergangenen zweitinstanzlichen Strafurteile. Das scheint im Berichtsjahr durch den Anstieg der beim Bundesgericht erhobenen Beschwerden in Strafsachen bestätigt zu werden (siehe unten).

Für die detaillierte Fassung der im Folgenden in gekürzter Form angeführten Statistiken des Appellationsgerichts wird auf die im Internet abrufbare Rubrik „Spezialberichte“ verwiesen.

Die tabellarische Aufstellung über die zahlenmässige Entwicklung der beim Appellationsgericht eingegangenen Fälle in den letzten zehn Jahren präsentiert sich wie folgt:

Entwicklung der beim Appellationsgericht eingegangenen Fälle

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Zivilsachen (alt)	53	42	65	38	40	42	3	1	0	0	0
Zivilsachen (neu)	-	-	-	-	-	-	37	56	57	52	72
Direktklagen	-	-	-	-	-	-	4	14	6	13	7
Schutzschriften							18	7	6	2	7
Strafsachen (alt)	98	94	102	109	105	144	77	2	0	0	0
Verzeigungssachen (alt)	18	18	12	23	16	14	5	0	0	0	0
Strafsachen (neu)											
inkl. Verzeigungen	-	-	-	-	-	-	84	99	125	130	121
Verwaltungs-, Verfassungs- und Lohnrekurse	178	195	168	174	159	291	217	268	240	267	270
Beschwerden total	150	152	123	122	113	124	205	255	216	280	265 ¹
davon Beschwerden Zivilrecht							92	110	75	99	78
davon Beschwerden Strafrecht							113	145	141	181	187 ²
Haftbeschwerden	27	21	19	19	19	35	40	54	75	37	60
Diverse Eingaben und Geschäfte	672	727	665	736	923	781	1'160	1'105	818	824	850
davon strittige Verfahren							37	39	37	45	33
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	149	138	248	192	94	81	77	107	83	82	74
Total	1'345	1'387	1'402	1'413	1'469	1'512	1'927	1'968	1'626	1'687	1'726
Total der Strittigen Verfahren							804	902	845	908	909³

Kommentar

- 1 Erst seit 2011 wird eine separate Statistik für Beschwerden in Zivilsachen und Beschwerden in Strafsachen geführt.
- 2 Davon 117 (2014: 92) Beschwerden gegen Entscheide der Staatsanwaltschaft und 4 (2014: 16) Beschwerden gegen solche der Jugendanwaltschaft
- 3 Im Jahr 2015 werden erstmals die Zahlen der eingegangenen strittigen Fälle (rückwirkend bis 2011) aufgeführt, da das Total sämtlicher Geschäfte nur bedingt aussagekräftig ist. Darin sind jeweils mehrere Hundert Verfahren der internationalen Rechtshilfe in Zivilsachen sowie eine Vielzahl anwaltsrechtlicher Verfahren um Erteilung diverser Bewilligungen enthalten, die mit einem viel geringeren Aufwand verbunden sind als die strittigen Verfahren.

Fallstatus Appellationsgericht

	2014	2015	Abw. 15/14	
			abs.	%
Zivilsachen altrechtlich	1	0	-1	<-100.0
Zivilsachen neurechtlich	33	28	-5	-15.2
Direktklagen und Schutzschriften	6	10	4	66.7
Strafsachen altrechtlich	2	0	-2	<-100.0
Strafsachen neurechtlich	140	129	-11	-7.9
Verzeigungssachen	0	0	0	n.a.
Verwaltungs- und Verfassungsrekurse	133	140	7	5.3
Beschwerden (nicht unterteilt)	0	0	0	n.a.
Beschwerden in Strafsachen	70	75	5	n.a.
Beschwerden in Zivilsachen	19	30	11	n.a.
Haftbeschwerden	7	2	-5	n.a.
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	1	2	1	>100.0
Un erledigte, aus dem Vorjahr übernommene Fälle	412	416	4	1.0
Im Berichtsjahr gingen ein:				
Zivilsachen altrechtlich	0	0	0	n.a.
Zivilsachen neurechtlich	52	72	20	38.5
Direktklagen	13	7	-6	-46.2
Schutzschriften	2	7	5	>100.0
Strafsachen altrechtlich	0	0	0	n.a.
Strafsachen neurechtlich	130	121	-9	-6.9

	2014	2015	Abw. 15/14	
			abs.	%
Verwaltungs- und Verfassungsrekurse	267	270	3	1.1
Beschwerden in Strafsachen	181	187	6	3.3
Beschwerden in Zivilsachen	99	78	-21	-21.2
Haftbeschwerden	37	60	23	62.2
Diverse Eingaben und Geschäfte	824	850	26	3.2
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	82	74	-8	-9.8
Im Berichtsjahr eingegangene Fälle	1687	1726	39	2.3
Total Fälle	2099	2142	43	2.0
Zivilsachen altrechtlich	1	0	-1	<-100.0
Zivilsachen neurechtlich	34	19	-15	-44.1
Direktklagen und Schutzschriften	3	5	2	66.7
Strafsachen altrechtlich	0	0	0	n.a.
Strafsachen neurechtlich	28	29	1	3.6
Verzeigungssachen	0	0	0	n.a.
Verwaltungs- und Verfassungsrekurse	125	116	-9	-7.2
Beschwerden in Strafsachen	59	70	11	18.6
Beschwerden in Zivilsachen	36	30	-6	-16.7
Haftbeschwerden	7	8	1	14.3
Total zurückgezogene, zurückgewiesene, verglichene, gegenstandslos erklärte, dahingefallene, nicht eingetretene oder sonst wie erledigte Fälle am 31. Dezember 2015	293	277	-16	-5.5
Zivilsachen altrechtlich	0	0	0	n.a.
Zivilsachen neurechtlich	28	30	2	7.1
Direktklagen und Schutzschriften	10	9	-1	-10.0
Strafsachen altrechtlich	0	0	0	n.a.
Strafsachen neurechtlich	129	129	0	0.0
Verzeigungssachen	0	0	0	n.a.
Verwaltungs- und Verfassungsrekurse	140	138	-2	-1.4
Beschwerden in Strafsachen	75	83	8	10.7
Beschwerden in Zivilsachen	30	19	-11	-36.7
Haftbeschwerden	2	8	6	>100.0
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	2	0	-2	n.a.
Total unerledigt Fälle am 31. Dezember 2015	416	416	0	0.0
Zivilsachen altrechtlich	0	0	0	n.a.
Zivilsachen neurechtlich	27	51	24	88.9
Direktklagen und Schutzschriften	9	12	3	33.3
Strafsachen altrechtlich	2	0	-2	<-100.0
Strafsachen neurechtlich	111	92	-19	-17.1
Verzeigungssachen	0	0	0	n.a.
Verwaltungs- und Verfassungsrekurse	137	156	19	13.9
Beschwerden in Strafsachen	99	109	10	10.1
Beschwerden in Zivilsachen	59	59	0	0.0
Haftbeschwerden	35	46	11	31.4
Diverse Eingaben und Geschäfte	830	850	20	2.4
Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht	81	74	-7	-8.6
Total erledigte Fälle am 31. Dezember 2015	1390	1449	59	4.2
Total Fälle	2099	2142	43	2.0
Erstinstanzliche Urteil bestätigt	0	0	0	n.a.
Erstinstanzliche Urteil abgeändert	0	0	0	n.a.
Total erledigte Fälle Zivilsachen altrechtlich	0	0	0	n.a.
Erstinstanzliche Urteil bestätigt	24	34	10	41.7

	2014	2015	Abw. 15/14	
			abs.	%
Erstinstanzliche Urteil abgeändert	3	17	14	>100.0
Total erledigte Fälle Zivilsachen neurechtlich	27	51	24	88.9
Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils	0	0	0	n.a.
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zugunsten des Beurteilten	2	0	-2	<-100.0
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zuungunsten des Beurteilten	0	0	0	n.a.
Total erledigte Fälle Strafsachen altrechtlich	2	0	-2	<-100.0
Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils	55	47	-8	-14.5
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zugunsten des Beurteilten	48	36	-12	-25.0
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zuungunsten des Beurteilten	8	9	1	12.5
Total erledigte Fälle Strafsachen neurechtlich	111	92	-19	-17.1
Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils	0	0	0	n.a.
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zugunsten des Beurteilten	0	0	0	n.a.
Abänderung der ausgesprochenen Strafe zuungunsten des Beurteilten	0	0	0	n.a.
Total erledigte Fälle Verzeigungssachen	0	0	0	n.a.
Abgewiesene Fälle	97	122	25	
Gutgeheissen/teilweise gutgeheissene Fälle	40	34	-6	
Total erledigte Fälle der Verwaltungs- und Verfassungsrekurse	137	156		
Abgewiesene Fälle	71	79		
Gutgeheissen/teilweise gutgeheissene Fälle	28	30		
Total erledigte Fälle der Beschwerden in Strafsachen	99	109		
Abgewiesene Fälle	45	46		
Gutgeheissen/teilweise gutgeheissene Fälle	14	14		
Total erledigte Fälle der Beschwerden in Zivilsachen	59	60		
Abgewiesene Fälle	32	43		
Gutgeheissen/teilweise gutgeheissene Fälle	3	3		
Total erledigte Fälle der Haftbeschwerden	35	46		

Im Berichtsjahr gab es 192 (Vorjahr: 194) Sitzungshalbtage, wovon 41 (Vorjahr: 35) auf die drei Kammern, 70 (Vorjahr: 74) auf den Ausschuss, 79 (Vorjahr: 85) auf die Einzelrichterinnen und Einzelrichter sowie 2 (Vorjahr: 0) Sitzungen der Aufsichtskommission entfielen.

Von den 156 (Vorjahr: 137) behandelten Rekursen an das Verwaltungsgericht wurden 34 (Vorjahr: 40) gutgeheissen und 122 (Vorjahr: 97) abgewiesen.

Von den 109 (Vorjahr: 99) behandelten Beschwerden in Strafsachen gegen Urteile und Verfügungen der ersten Instanz wurden 30 (Vorjahr: 28) gutgeheissen und 79 (Vorjahr: 71) abgewiesen.

Von den 60 (Vorjahr: 59) behandelten Beschwerden in Zivilsachen gegen Urteile und Verfügungen der ersten Instanz wurden 14 (Vorjahr: 14) gutgeheissen und 46 (Vorjahr: 45) abgewiesen.

Von den 46 (Vorjahr: 35) behandelten Haftbeschwerden wurden 3 (Vorjahr: 3) gutgeheissen und 43 (Vorjahr: 32) abgewiesen.

Es wurden sieben Schutzschriften entgegengenommen. Unter den sieben zivilrechtlichen Direktklagen befanden sich eine Forderungsklage mit einem Streitwert von über 100'000 Franken, zwei Verfahren betreffend Design, ein Gesuch um Erlass einer superprovisorischen Massnahme wegen unlauteren Wettbewerbs, ein Gesuch um Erlass einer vorsorglichen Massnahme wegen unlauteren Wettbewerbs, eine Klage aus Urheberrechtsverletzung sowie ein Gesuch um Vollstreckbarkeitsbescheinigung für ein Schiedsgerichtsurteil.

Im Bereich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht wurden im Jahr 2015 insgesamt 76 (Vorjahr: 81) Entscheide getroffen. Davon ergingen 41 (Vorjahr: 78) in 32 (Vorjahr: 62) Sitzungen, während 35 (Vorjahr: 3) Fälle ohne Verhandlung beurteilt wurden.

Insgesamt wurde 68 (Vorjahr: 57) mal vom Migrationsamt angeordnete Ausschaffungshaft richterlich überprüft. Davon erwiesen sich 63 (Vorjahr: 55) Fälle als zulässig; in 4 (Vorjahr: 2) Fällen wurde die Ausschaffungshaft als unzulässig beurteilt und in 1 (Vorjahr: 0) Fall wurde das Verfahren zufolge Auslieferungshaft als gegenstandslos abgeschrieben. Weiter standen 6 (Vorjahr: 6) Verlängerungen der Ausschaffungshaft zur Beurteilung, wovon 6 (Vorjahr: 5) bewilligt und 0 (Vorjahr: 1) nicht bewilligt wurden. In 1 (Vorjahr: 0) Fall wurde Vorbereitungshaft nach dem Asylentscheid in Ausschaffungshaft umgewandelt. In 0 (Vorjahr: 13) Fall wurde Vorbereitungshaft genehmigt. In 0 (Vorjahr: 0) Fall wurde die Vorbereitungshaft nicht genehmigt. 0 (Vorjahr: 0) Haftentlassungsgesuche wurden abgewiesen und 0 (Vorjahr: 1) gutgeheissen. Sodann wurde 1 (Vorjahr: 3) Rekurs gegen eine Ausgrenzungs- bzw. Eingrenzungsverfügung erhoben. 1 (Vorjahr: 0) Fall wurde abgewiesen. 0 (Vorjahr: 1) Fall wurde als gegenstandslos erklärt und 0 (Vorjahr: 2) Fall wurde gutgeheissen. In 0 (Vorjahr: 0) Fall wurde Durchsetzungshaft angeordnet, in 0 (Vorjahr: 0) Fall wurde die Verlängerung der Durchsetzungshaft genehmigt. In 0 (Vorjahr: 1) Fall wurde die Vorbereitungshaft genehmigt. Von den 76 (Vorjahr: 81) beurteilten Fällen betrafen 69 (Vorjahr: 74) Männer und 7 (Vorjahr: 7) Frauen.

Das Bundesgericht hatte im Berichtsjahr 4 (Vorjahr: 4) öffentlich-rechtliche Beschwerden gegen Entscheide der Einzelrichterin bzw. des Einzelrichters über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht zu beurteilen. Auf zwei Beschwerden wurde nicht eingetreten und zwei Beschwerden wurden gutgeheissen.

Dreimal (Vorjahr: 5) tagte im Berichtsjahr die Präsidiumskonferenz, einmal (Vorjahr: 1) das Plenum zur Erledigung der in ihre Zuständigkeit fallenden Geschäfte.

27 (Vorjahr: 35) Kandidatinnen und Kandidaten ist nach bestandener Prüfung das Anwaltspatent zur Ausübung der Advokatur im Kanton Basel-Stadt erteilt worden, 28 (Vorjahr: 23) Kandidatinnen und Kandidaten haben die Prüfung nicht bestanden.

In 62 (Vorjahr: 66) Fällen wurde die Substitution von Anwaltspraktikantinnen und -praktikanten registriert und 25 (Vorjahr: 35) Anwältinnen sowie Anwälte mit Geschäftsadresse in Basel-Stadt wurden in das hiesige Anwaltsregister aufgenommen. Es wurde 1 (Vorjahr: 4) Gesuch von Anwältinnen und Anwälten aus dem EU-Raum um Eintragung unter der ursprünglichen Berufsbezeichnung und Anerkennung der Berechtigung zur ständigen Vertretung von Parteien vor Gerichtsbehörden in der Schweiz entsprochen. In 11 (Vorjahr: 9) Verfahren war über Fragen der Zulassung zur anwaltlichen Berufsausübung oder des Disziplinarrechts zu entscheiden.

Bundesgericht

	Beschwerden in Zivilsachen		Beschwerden in Strafsachen		Beschwerden in öffentlich- rechtlichen Angelegenheiten		Verfassungs- beschwerden	
	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015
Am 1. Januar 2015 waren pendent	11	13	32	33	34	24	6	6
Im Berichtsjahr gingen ein	39	28	66	81	63	41	7	4
Total	50	41	98	114	97	65	13	10
Zurückgezogen, nicht eingetreten	19	16	29	27	29	18	5	4
Gutgeheissen	3	9	6	18	4	5	1	2
Abgewiesen	14	6	28	34	40	23	2	1
Unerledigt blieben	14	10	35	35	24	19	5	3
Total	50	41	98	114	97	65	13	10

Gericht für Strafsachen

GER-112

Das Gericht für Strafsachen beurteilt erstinstanzlich von der Staatsanwaltschaft überwiesene Anklagen sowie Einsprachen gegen Strafbefehle der Staatsanwaltschaft. Die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen sind das Schweizerische Strafgesetzbuch und die Schweizerische Strafprozessordnung sowie eidgenössische und kantonale Nebenstrafgesetze. Ausserdem entscheidet das Strafgericht als Zwangsmassnahmengericht über die Anordnung und Verlängerung von Untersuchungs- bzw. Sicherheitshaft sowie über Überwachungsmassnahmen (z.B. Telefonüberwachung). Die neun Präsidentinnen und Präsidenten rotieren im jährlichen Turnus innerhalb der verschiedenen Abteilungen (ordentliches Verfahren, Einspracheverfahren, Zwangsmassnahmengericht).

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Entwicklung der Fallzahlen Einleitend ist darauf hinzuweisen, dass unter einem Fall nicht zwingend ein Verfahren gegen eine einzelne Person zu verstehen ist, sondern dieser auch die Beurteilung von mehreren Personen umfassen kann. Entsprechend fällt in der Regel die Anzahl der beurteilten Personen deutlich höher aus als die Anzahl der beurteilten Fälle.

Im Jahr 2015 gingen im ordentlichen Verfahren 265 Fälle ein. Dies sind deutlich weniger Fälle als im Jahr 2014 (2014: 301 Fälle). Damit setzt sich der Trend fort, der sich in den letzten Jahren, 2013 gingen 353 Fälle ein, abgezeichnet hat. Ob sich die Fallzahlen nun auf diesem Niveau einpendeln oder wieder ansteigen werden, muss offen bleiben. Ebenfalls verringert hat sich die Anzahl der beurteilten Personen (2015: 370 Personen, 2014: 432 Personen). Der Rückgang der Falleingänge erlaubte es, die pendenten Verfahren weiter abzubauen, so dass die Anzahl der unerledigten Fälle nun von 89 (2014) auf 63 (2015) reduziert werden konnte. Zu bemerken ist, dass bei den ordentlichen Verfahren zwar die Fallzahlen abgenommen haben, der Umfang der eingegangenen Aktenordner jedoch zugenommen hat (2015: 1'085 Aktenordner, 2014: 1'043 Aktenordner). Dies und die Tatsache, dass sich die Anzahl Fälle, in denen eine stationäre Massnahme ausgesprochen werden müssen, mehr als verdoppelt hat (2015: 20 Fälle, 2014: 8 Fälle), spricht dafür, dass der Aufwand zur Bewältigung der Fälle insgesamt hoch geblieben ist.

Ähnlich präsentieren sich die Fallzahlen bei den Verfahren auf Einsprache. Auch hier sind in der Berichtsperiode etwas weniger Fälle eingegangen als im Vorjahr (2015: 816 Fälle, 2014: 841 Fälle). Dass die Anzahl unerledigter Fälle nicht weiter reduziert werden können, zeigt, dass der Aufwand, der bei der Bewältigung der Fälle notwendig war, angewachsen ist. Gründe hierfür können sein, dass im Verfahren auf Einsprache nun vermehrt auch anspruchsvollere Fälle behandelt worden sind, bei denen die Teilnahmerechte mehrerer Personen berücksichtigt werden müssen sowie der Umstand, dass in der Regel auch umfangreiche Beweiserhebungen unter Wahrung der Parteirechte im Hauptverfahren vor Gericht durchgeführt werden mussten. Insgesamt dürfte die Komplexität der Fälle auch bei dieser Verfahrenskategorie weiter zugenommen haben. Während im Jahr 2014 noch 893 Fälle erledigt werden können, waren es im Jahr 2015 nur noch 804 Verfahren auf Einsprache, die man abschliessen konnte. Die Anzahl der unerledigten Fälle per Ende Berichtsjahr ist infolgedessen auf 198 (2014: 186) leicht gestiegen.

Die blossen Fallzahlen eignen sich allerdings sowohl bei den ordentlichen Verfahren als auch bei den Verfahren auf Einsprache nur bedingt, um die Entwicklung der Arbeitsbelastung des Gerichts nachzuvollziehen. Ein etwas umfassenderes Bild ergibt sich, wenn zusätzlich die Anzahl der Sitzungshalbtage berücksichtigt wird. An deren Zahl wird der Zeitaufwand für die Verhandlungen deutlich, der für die Beurteilung der Verfahren innerhalb eines Jahres erforderlich war.

Während sich bei den ordentlichen Verfahren diesbezüglich ein markanter Rückgang (2015: 550 Halbtage, 2014: 602 Halbtage) ergab, blieb der Rückgang bei den Verfahren auf Einsprache moderat (2015: 197 Halbtage, 2014: 209 Halbtage). Die Anzahl der Sitzungshalbtage betreffend die Einspracheverfahren scheint sich, nachdem im Berichtsjahr 2013 lediglich 164 Sitzungshalbtage zu verzeichnen waren, auf diesem Niveau einzupendeln.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass im Jahr 2015 sowohl im ordentlichen Verfahren als auch im Einspracheverfahren eine weitere Abnahme der ans Strafgericht überwiesenen Fälle zu

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-9'807.5	-9'265.1	-8'712.6	552.6	6.0	1'094.9	11.2 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-5'201.8	-8'469.3	-7'617.7	851.6	10.1	-2'416.0	-46.4 ²
Betriebsaufwand	-15'009.2	-17'734.5	-16'330.3	1'404.2	7.9	-1'321.1	-8.8
42 Entgelte	2'028.7	2'434.0	1'778.7	-655.3	-26.9	-250.0	-12.3 ³
Betriebsertrag	2'028.7	2'434.0	1'778.7	-655.3	-26.9	-250.0	-12.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-12'980.5	-15'300.5	-14'551.6	748.9	4.9	-1'571.1	-12.1
Betriebsergebnis	-12'980.5	-15'300.5	-14'551.6	748.9	4.9	-1'571.1	-12.1
34 Finanzaufwand	-4.8	-7.0	-3.3	3.7	52.6	1.5	31.0
44 Finanzertrag	0.2	0.3	0.0	-0.3	-90.1	-0.1	-81.8
Finanzergebnis	-4.6	-6.7	-3.3	3.4	50.9	1.4	29.2
Gesamtergebnis	-12'985.2	-15'307.2	-14'554.9	752.3	4.9	-1'569.7	-12.1
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-12'985.2	-15'307.2	-14'554.9	752.3	4.9	-1'569.7	-12.1

Kommentar

- Der Personalaufwand fiel um 552'600 Franken tiefer aus als budgetiert. Für diese Differenz können im Wesentlichen drei Gründe angeführt werden. Zum einen haben die abnehmenden Fallzahlen dazu geführt, dass auch weniger Honorare für die Richter haben ausgegeben werden müssen. Hier wurden 130'000 Franken weniger aufgewendet als im Budget vorgesehen. Sodann hat eine Praxisänderung bei den Ruhegehältern dazu geführt, dass 112'000 Franken der hierfür budgetierten Rückstellungen aufgelöst werden konnten. Die restlichen Rückstellungen in Höhe von 489'000 Franken bleiben bestehen und setzen sich aus 122'000 Franken Rückstellungen kurzfristig und 367'000 Franken Rückstellungen langfristig (Austritt 31. Dezember 2019) zusammen. Schliesslich wurde in der Berichtsperiode auch darauf geachtet, dass die Mitarbeiter ihre Ferien- und Überzeitguthaben konsequent abbauen. Dies hat zu einem zusätzlichen Minderaufwand von 177'200 Franken geführt.
- Der gegenüber dem Budget um 851'600 Franken tiefer ausgefallene Betriebsaufwand ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass im Berichtsjahr erheblich weniger Kosten für den Strafvollzug entstanden sind, als budgetiert wurden. Budgetiert waren hier 2.3 Mio. Franken, wobei letztlich lediglich 1'521'754 Franken für den Strafvollzug aufgewendet werden mussten. Zur Budgetierung muss gesagt werden, dass sich die Kosten für den Strafvollzug im Voraus nur schwer abschätzen lassen, da naturgemäss nicht vorhergesagt werden kann, wie viele Freiheitsstrafen und Massnahmen ausgesprochen werden müssen. Werden mehr oder weniger Freiheitsstrafen oder Massnahmen ausgesprochen, so schlägt sich dies automatisch auch bei den Kosten für den Straf- und Massnahmenvollzug nieder. Das Strafgericht kann aufgrund seines gesetzlichen Strafverfolgungsauftrages auf diesen Budgetposten keinen Einfluss nehmen.
- Die Differenz von 655'300 Franken zum Budget ergibt sich hier im Wesentlichen aus den Posten Gebühren für Amtshandlungen (Summe Konten 421; Differenz 380'993 Franken) und Geldstrafe (Konto 427010; Einzelposten; Differenz 236'279 Franken). Wie sich aus den Rechnungen der Vorjahre ergibt, differieren die Einnahmen aus in den Strafverfahren eingezogenen Geldern sehr stark. Eine auch nur einigermaßen genaue Budgetierung dieses Postens ist nicht möglich, da zum Zeitpunkt der Budgetierung vollkommen ungewiss ist, wie viele Gelder im Folgejahr als Bussen oder Geldstrafen bzw. Urteile und anderen Gebühren ausgesprochen und schliesslich eingezogen werden können.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	46.8	46.0	46.4	47.1	48.4
Total Fälle (Klagen, Verzeigungen, Rekurskammer)	Anz	769	1'077	1'210	1'199	1'093 ¹
Halbtagesitzungen (ohne Zwangsmassnahmengericht)	Anz	795	723	791	811	747
Betreibungen für Bussen u. Geldstr., Verf.kosten, Urteilsgeb.	Anz	1'326	0	0	0	0 ²
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse und Bussenumwandlung)	MioFr	3.6	1.8	4.7	-1.6	2.9

Kommentar

- Seit 2011 erlässt nicht mehr das Strafgericht, sondern die Staatsanwaltschaft die Strafbefehle, die bis 2010 den mit Abstand grössten Anteil bei den Fallzahlen ausgemacht haben. Ausserdem sind seit 2011 das Privatklage- und das Rekurskammerverfahren weggefallen (bis Ende 2010 eingegangene Fälle wurden 2011 noch behandelt).
- Seit 2011 ist nicht mehr das Strafgericht, sondern die neu geschaffene Inkassostelle beim JSD für den Einzug der Forderungen aus Strafverfahren zuständig; Prognosen bezüglich eingeleiteter Betreibungen kann das Strafgericht daher keine mehr stellen.

beobachten ist, wobei die Abnahme bei den ordentlichen Verfahren etwas höher ausfällt als bei den Einspracheverfahren. Die Anzahl unerledigter Fälle konnte insgesamt, d.h. ordentliche Verfahren und Verfahren auf Einsprache zusammengenommen, gegenüber dem Vorjahr reduziert werden.

Schliesslich ist festzustellen, dass auch die Anordnungen von Untersuchungshaft bzw. Sicherheitshaft durch das Zwangsmassnahmengericht gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen sind (Untersuchungshaft: 2015: 271 Anordnungen, 2014: 299 Anordnungen; Sicherheitshaft: 2015: 105 Anordnungen, 2014: 133 Anordnungen), während die Anzahl der Haftentlassungen (2015: 26 Entlassungen, 2014: 23 Entlassungen) in etwa gleich blieb. Eine erhebliche Zunahme gab es demgegenüber bei der Bewilligung von Überwachungsmaßnahmen (2015: 197 Verfahren, 2014: 118 Verfahren). Bezieht man dort allerdings die Zahlen des Jahres 2012 ein (160 Verfahren), so zeigt sich, dass auch hier grössere Schwankungen über die Jahre nicht aussergewöhnlich sind. Hervorzuheben ist für diesen Bereich, dass sich die Gesuche um Entsigelung mehr als verdoppelt haben (2015: 5 Gesuche, 2014: 2 Gesuche). Diese Verfahren beinhalten in der Regel nicht nur einen grossen Aktenumfang, sondern sind auch in juristischer Hinsicht anspruchsvoll. Bestätigt sich der Trend, dass in Zukunft von der Staatsanwaltschaft in den von ihr geführten Verfahren vermehrt ein Entsigelungsgesuch gestellt werden muss, so wird dies wohl inskünftig für das Zwangsmassnahmengericht einen erheblichen Mehraufwand zur Folge haben.

Entwicklung bei den einzelnen Sanktionen Wie in den Jahresberichten vergangener Jahre ist zunächst darauf hinzuweisen, dass seit dem Inkrafttreten der eidgenössischen Strafprozessordnung im Jahre 2011 keine Strafbefehle mehr durch das Strafericht verfügt werden. Entsprechend haben sich seither die Anzahl und Art der verschiedenen ausgesprochenen Sanktionen verändert.

Insgesamt überwogen im Berichtsjahr 2015, wie schon in den vorangegangenen Jahren, die Freiheitsstrafen (bedingte, teil- und unbedingte) mit 280 Verurteilungen. Entsprechend den gesunkenen Fallzahlen sind aber auch die Verurteilungen zu Freiheitsstrafen insgesamt zurückgegangen (2014: 305 Verurteilungen). Unbedingte Freiheitsstrafen wurden 2015 in 135 Fällen ausgesprochen. Auch dieser Rückgang entspricht dem Trend abnehmender Fallzahlen, wobei ein Blick auf die vergangenen Jahre zeigt, dass es bei den Verurteilungen zu unbedingten Freiheitsstrafen immer wieder zu gewissen Schwankungen gekommen ist (2014: 163 Verurteilungen, 2013: 143 Verurteilungen).

In etwa gleich geblieben ist 2015 die Anzahl der ausgesprochenen bedingten, teil- und unbedingten Geldstrafen. Hier sind bei den ordentlichen Verfahren und bei den Verfahren auf Einsprache 167 Verurteilungen ergangen (2014: 164 Verurteilungen). Die Höhe der hierbei unbedingt ausgesprochenen Geldstrafen ist allerdings markant gesunken (2015: 85'175 Franken, 2014: 142'750 Franken). Geldbussen wurden 2015 in 101 Fällen ausgesprochen (2014: 120 Fälle), wobei diese überwiegend im Verfahren auf Einsprache verhängt wurden. Die Summe der ausgesprochenen Bussen ist 2015 leicht angestiegen (2015: 114'700 Franken, 2014: 110'170 Franken).

An Bedeutung wieder verloren hat die unbedingte gemeinnützige Arbeit (2015: 5 Verurteilungen, 2014: 13 Verurteilungen). Mit bedingtem Strafvollzug wurde diese Art der Bestrafung im Berichtsjahr 2015 nur in einem Fall ausgesprochen.

Wie bereits oben bei den ordentlichen Verfahren angesprochen, haben die Anordnungen von stationären Massnahmen im Jahr 2015 stark zugenommen. Diese haben sich im Jahr 2015 mit 20 Fällen mehr als verdoppelt (2014: 8 angeordnete stationäre Massnahmen). Die angeordneten ambulanten Massnahmen bewegten sich mit 4 Fällen im Bereich des Vorjahres, in welchem diese Art der Massnahme in 3 Fällen angeordnet wurde. Eine Verwahrung wurde, gleich wie im Jahr 2014, nicht angeordnet.

Amtliche Verteidigungen Gegenüber dem Vorjahr gesunken sind, den sinkenden Fallzahlen folgend, auch die Kosten für die amtlichen Verteidigungen bzw. Opfervertretungen (2015: 2'184'917.61 Franken, 2014: 2'434'485.91 Franken). Zu bemerken ist in diesem Punkt, dass zwar die unentgeltlichen Verteidigungen (2015: 283, 2014: 327) merklich abgenommen, die Opfervertretungen aber erheblich zugenommen haben. Die Anzahl der Opfervertretungen hat sich im Berichtsjahr beinahe verdoppelt (2015: 67 Fälle, 2014: 37 Fälle). Ein solches Ansteigen der Opfervertretungen kann als Hinweis darauf gedeutet werden, dass es im Berichtsjahr eine erhöhte Anzahl komplexer und demgemäss aufwendigere Fälle zu bearbeiten galt.

Administratives Die laufenden Geschäfte wurden in einer Plenargerichtssitzung und sieben Präsidentenkonferenzen, durch Zirkulationsbeschlüsse sowie durch die vorsitzende Präsidentin und den Verwaltungschef erledigt.

Statistiken

1. Strafgericht (ordentliches Verfahren)

	2014	2015	Abw. 15/14	
			abs.	%
Unerledigte Fälle per Ende Vorjahr	105	89	-16.0	-15.2
Im Berichtsjahr neu eingegangene Fälle (Aktenordner: 2014: 1043, 2015: 1085)	301	265	-36.0	-12.0
Total Fälle	406	354	-52.0	-12.8
Im Berichtsjahr erledigte Fälle	306	289	-17.0	-5.6
davon in abgekürzten Verfahren erledigt Fälle	2	2	0.0	n.a.
Mit einem andern Fall zusammengelegte Fälle	11	2	-9.0	-81.8
Unerledigte Fälle per Ende Berichtsjahr	89	63	-26.0	-29.2
Total	406	354	-52.0	-12.8
Einzelrichter/in	147	120	-27.0	-18.4
Dreiergericht	132	150	18.0	13.6
Kammer	27	19	-8.0	-29.6
Total Verhandlungen	306	289	-17.0	-5.6
Sitzungshalbtage	602	550	-52.0	-8.6
Erledigungsarten				
Bedingte Freiheitsstrafen	109	119	10.0	9.2
Teilbedingte Freiheitsstrafen	28	25	-3.0	-10.7
Unbedingte Freiheitsstrafen	161	123	-38.0	-23.6
Bedingte Geldstrafen	55	44	-11.0	-20.0
Teilbedingte Geldstrafen	2	5	3.0	>100.0
Unbedingte Geldstrafen	9	6	-3.0	-33.3
Nur Geldbussen	8	3	-5.0	-62.5
Unbedingte gemeinnützige Arbeit	5	2	-3.0	-60.0
Stationäre Massnahmen	8	20	12.0	>100.0
Ambulante Massnahmen	3	4	1.0	33.3
Freisprüche	23	19	-4.0	-17.4
Einstellungen	8	0	-8.0	<-100.0
Selbständige Konfiskations-, Vollzugs-, Widerrufs- und Bussenumwandlungsverfahren etc.	13	0	-13.0	<-100.0
Total zur Beurteilung gekommene Personen	432	370	-62.0	-14.4
Unentgeltliche Verteidigungen in den im Berichtsjahr beurteilten Fällen	327	283		
Unentgeltliche Opfervertretungen in den im Berichtsjahr beurteilten Fällen	37	67	30.0	81.1

2. Einsprachen

	2014	2015	Abw. 15/14	
			abs.	%
Unerledigte Fälle per Ende Vorjahr	238	186	-52	-21.8
Im Berichtsjahr eingegangene Fälle	841	816	-25	-3.0
Total	1079	1002	-77	-7.1
Erledigte Fälle per Ende Berichtsjahr	893	804	-89	-10.0
Unerledigte Fälle per Ende Berichtsjahr	186	198	12	6.5
Total	1079	1002	-77	-7.1
Sitzungshalbtage	209	197	-12	-5.7
Erledigungsarten				
Bedingte Freiheitsstrafen	5	1	-4	-80.0
Unbedingte Freiheitsstrafen	2	12	10	>100.0
Bedingte Geldstrafen	88	104	16	18.2
Unbedingte Geldstrafen	10	8	-2	-20.0
Nur Geldbussen	112	98	-14	-12.5
Unbedingte gemeinnützige Arbeit	8	3	-5	-62.5
Bedingte gemeinnützige Arbeit	0	1	1	n.a.
Umgangnahme von Strafe	6	8	2	33.3
Freisprüche	99	55	-44	-44.4
Einstellung, Abtretung usw.	477	460	-17	-3.6
Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen (Bussen)	4	7	3	75.0
Schriftlicher Kostenentscheid auf Einsprachen (2014 neu eingeführte Kategorie)	91	67	-24	-26.4
Total zur Beurteilung gekommene Personen	902	824	-78	-8.6

3. Zwangsmassnahmengericht

	2014	2015	Abw. 15/14	
			abs.	%
a) Untersuchungs-/Sicherheitshaft				
Anordnung von Untersuchungshaft	272	255	-17	-6.3
Anordnung von Sicherheitshaft	2	2	0	-
Verlängerung der Untersuchungshaft	1	1	0	-
Entlassung aus dem Polizeigewahrsam	20	19	-1	-5.0
Entlassung aus der Untersuchungshaft	1	0	-1	<-100.0
Gutheissung Entlassungsgesuch	7	5	-2	-28.6
Ablehnung Entlassungsgesuch	18	15	-3	-16.7
Total mündliche Verhandlungen	321	297	-24	-7.5
Anordnung von Untersuchungshaft	27	16	-11	-40.7
Anordnung von Sicherheitshaft	131	103	-28	-21.4
Verlängerung der Untersuchungshaft	135	124	-11	-8.1
Verlängerung der Sicherheitshaft	35	20	-15	-42.9
Entlassung aus Polizeigewahrsam	0	1	1	n.a.
Entlassung aus Untersuchungshaft	2	6	4	>100.0
Gutheissung Entlassungsgesuch	4	1	-3	-75.0
Ablehnung Entlassungsgesuch	24	18	-6	-25.0
Rückzüge Entlassungsgesuch	1	6	5	>100.0
Total schriftliche Verfahren	359	295	-64	-17.8
Anordnung von Untersuchungshaft	299	271	-28	-9.4
Anordnung von Sicherheitshaft	133	105	-28	-21.1
Verlängerung der Untersuchungshaft	136	125	-11	-8.1
Verlängerung der Sicherheitshaft	35	20	-15	-42.9
Entlassung aus dem Polizeigewahrsam	20	20	0	-

a) Untersuchungs-/Sicherheitshaft	2014	2015	Abw. 15/14	
			abs.	%
Entlassung aus der Untersuchungshaft	3	6	3	>100.0
Gutheissung Entlassungsgesuch	11	6	-5	-45.5
Ablehnung Entlassungsgesuch	42	33	-9	-21.4
Rückzüge Entlassungsgesuch	1	6	5	>100.0
Total	680	592	-88	-12.9

b) Bewilligung von Überwachungen etc.	2014	2015	Abw. 15/14	
			abs.	%
Gesuche um Bewilligung der Post- und Telefonüberwachung usw.	18	61	43	>100.0
Gesuche um Verlängerung der Telefonüberwachung	2	4	2	>100.0
Gesuche um Bewilligung der Überwachung mittels GPS	7	14	7	>100.0
Gesuche um Verlängerung der Überwachung mittels GPS	1	1	0	-
Gesuche um Bewilligung eines V-Manneinsatzes	1	0	-1	<-100.0
Gesuche um Bewilligung der Verlängerung eines V-Manneinsatzes	1	0	-1	<-100.0
Gesuche um Bewilligung von Randdatenerhebungen	69	71	2	2.9
Gesuche um Bewilligung der Standortbestimmung	2	5	3	>100.0
Gesuche um Bewilligung der Videoüberwachung	2	0	-2	<-100.0
Gesuche um Audioüberwachung	2	3	1	50.0
Gesuche um Bewilligung der Verwendung nachträglicher Erkenntnisse/ Zufallsfunde	9	30	21	>100.0
Gesuche um Bewilligung der Notsuche (Standortbestimmung)	1	0	-1	<-100.0
Gesuche um Entsiegelung	2	5	3	>100.0
Anonymität	1	2	1	>100.0
Übrige Gesuche (Geheimhaltung)	0	1	1	n.a.
Total	118	197	79	66.9

4. Weitere wichtige Zahlen

in Franken	2014	2015	Abw. 15/14	
			abs.	%
Durch das Strafgericht	61'850.0	52'110.0	-9'740.0	-15.7
Durch den/die Einzelrichter/in Privatklagesachen (alte StPO)	500.0	0.0	-500.0	<-100.0
Im Einspracheverfahren	47'820.0	62'590.0	14'770.0	30.9
Total der ausgesprochenen Geldbussen	110'170.0	114'700.0	4'530.0	4.1
Durch das Strafgericht	130'210.0	75'505.0	-54'705.0	-42.0
Im Einspracheverfahren	12'540.0	9'670.0	-2'870.0	-22.9
Total der ausgesprochenen unbedingten Geldstrafen	142'750.0	85'175.0	-57'575.0	-40.3
Ausgerichtet wurden:				
Unentgeltliche Verteidigungen / Opfervertretungen	2'434'485.9	2'184'917.6	-249'568.3	-10.3
Parteientschädigungen	313'224.1	285'441.1	-27'783.1	-8.9

Zivilgericht

GER-113

Das Zivilgericht urteilt erstinstanzlich in Zivilsachen. Die am Zivilgericht zu beurteilenden Fälle werden grösstenteils durch das Zivilgesetzbuch und das Obligationenrecht bestimmt. Dazu gehören etwa Eheschutzmassnahmen, Scheidungen, Erbschaften, Kauf-, Miet- und Arbeitsverträge, Werkverträge und Aufträge sowie gesellschafts- und handelsrechtliche Fragestellungen. Zudem überprüft das Zivilgericht die polizeilichen Wegweisungs- und Rückkehrverbotsverfügungen bei häuslicher Gewalt. Schliesslich beurteilt das Zivilgericht Streitigkeiten aus dem Bereich des Zwangsvollstreckungsrechts, wo das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz (SchKG) den Richter für zuständig erklärt.

Nach Massgabe von Art. 197 ff. der neuen Zivilprozessordnung (ZPO) geht dem Entscheidverfahren ein Schlichtungsverfahren voraus (ausgenommen summarisches Verfahren, Scheidungsverfahren, Klagen nach SchKG; vgl. ZPO Art. 198). Das Zivilgericht führt darum seit 2011 für die in seine Zuständigkeit fallenden Verfahren eine Schlichtungsbehörde.

Dem Zivilgericht angegliedert sind das Betreibungs- und Konkursamt sowie das Erbschaftsamt. Das Betreibungs- und Konkursamt ist zuständig für die Zwangsvollstreckung von Geldforderungen auf dem ganzen Gebiet des Kantons Basel-Stadt. Das Erbschaftsamt ist zuständig für das gesamte Nachlassverfahren. Dazu gehören unter anderem Sicherungsmassnahmen in einem Todesfall und die Aufnahme der Vermögenswerte (Aktiven) und Schulden (Passiven) einer verstorbenen Person. Es gehört auch zu seinen Aufgaben, die gesetzlichen Erben ausfindig zu machen und diese sowie die eingesetzten Erben und die Vermächtnisnehmer über das Vorhandensein und den Inhalt einer Verfügung von Todes wegen in Kenntnis zu setzen. Wo erforderlich oder verlangt, führt das Erbschaftsamt amtliche Liquidationen und Versteigerungen durch, verwaltet die Erbschaft oder wirkt bei der Erbteilung mit.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Schlichtung Die Zahl der eingegangenen Schlichtungsgesuche hat im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr erheblich zugenommen: 2014 waren 1'208 Schlichtungsgesuche zu verzeichnen, 2015 deren 1'434. Von den im Jahr 2015 eingereichten Verfahren konnten bis Ende Berichtsjahr 1'023 Verfahren abgeschlossen werden; 688 Verfahren sind per 31. Dezember 2015 noch hängig (teilweise sistierte Verfahren aus Vorjahren). Bei den abgeschlossenen Verfahren liegt die Quote der definitiven Fallerledigung im Schlichtungsverfahren bei 72%. Bei den Erledigungsarten steht auch im Berichtsjahr der Vergleich im Vordergrund (35% der Fälle). Auf eine weiterhin gute Akzeptanz stösst auch das mit der neuen ZPO eingeführte Instrument des Urteilsvorschlags (möglich für Fälle mit einem Streitwert bis 5'000 Franken). Bei den Fällen aus dem Jahr 2015 blieben von 52 Urteilsvorschlägen von den Parteien deren 48 unangefochten und wurden zum rechtskräftigen Entscheid; im Jahr 2014 wurden aus 37 Urteilsvorschlägen 30 rechtskräftige Entscheide.

Übrige Abteilungen In der Abteilung Einzelgericht in Zivilsachen wurden im Berichtsjahr 1'900 Fälle erledigt (Vorjahr 1'989). Die Zahl der Neueingänge von 1'836 ist gegenüber dem Vorjahr (1'978 Verfahren) leicht gesunken.

Beim Arbeitsgericht sind im Berichtsjahr 52 Fälle neu eingegangen, 30 Klagen wurden vom Vorjahr übernommen. 39 Verfahren konnten 2015 abgeschlossen werden. Am häufigsten waren wiederum Fälle aus den Gewerbegruppen 1–3 zu behandeln (Bau, Holz, Gewerbe, Industrie, Gastgewerbe, Nahrungs- und Genussmittel, Handel, Verkauf, Chemie).

In der Abteilung Familienrecht ist die Zahl der behandelten Begehren inklusive Scheidungen mit 664 gegenüber dem Vorjahr (685) leicht rückläufig. Die Differenz liegt im Rahmen der normalen Schwankung. Dies gilt auch für die Neueingänge (671 gegenüber 678 im Vorjahr). Vom Vorjahr übernommen wurden 257 Verfahren; insgesamt waren im Berichtsjahr also 928 Verfahren hängig.

Bei den materiellen Kammerprozessen sind im Berichtsjahr 149 neue Klagen eingegangen, damit ist gegenüber dem Vorjahr mit 115 Klagen ein deutlicher Anstieg bei den Neueingängen zu verzeichnen.

Die Zahl der Rechtshilfeersuchen (Requisitionen) auswärtiger schweizerischer Gerichte oder ausländischer Gesuchsteller betrug im Berichtsjahr 787 (Vorjahr 747). Damit ist erneut eine Zunahme

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-20'473.0	-21'131.1	-20'864.3	266.7	1.3	-391.3	-1.9
31 Sach- und Betriebsaufwand	-8'593.1	-8'285.0	-8'923.5	-638.6	-7.7	-330.4	-3.8 ¹
333 Abschreibung Kleininvestitionen	-6.5	-2.7	-2.7	-0.0	0.0	3.8	58.3
Betriebsaufwand	-29'072.6	-29'418.7	-29'790.6	-371.8	-1.3	-718.0	-2.5
42 Entgelte	24'104.8	21'216.5	22'440.0	1'223.5	5.8	-1'664.8	-6.9 ²
Betriebsertrag	24'104.8	21'216.5	22'440.0	1'223.5	5.8	-1'664.8	-6.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-4'967.8	-8'202.2	-7'350.6	851.7	10.4	-2'382.7	-48.0
Betriebsergebnis	-4'967.8	-8'202.2	-7'350.6	851.7	10.4	-2'382.7	-48.0
34 Finanzaufwand	-50.3	-51.0	-50.1	0.9	1.7	0.2	0.4
44 Finanzertrag	79.3	63.6	61.8	-1.8	-2.8	-17.5	-22.1
Finanzergebnis	29.0	12.6	11.7	-0.9	-7.5	-17.3	-59.8
Gesamtergebnis	-4'938.8	-8'189.6	-7'338.9	850.7	10.4	-2'400.1	-48.6
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-10'738.7	-10'588.1	-10'092.9	495.2	4.7	645.9	6.0
14 Allgemeines Rechtswesen	5'799.9	2'398.4	2'753.9	355.5	14.8	-3'045.9	-52.5

Kommentar

- Die Abweichung ist hier zu einem wesentlichen Teil in der Budgetierung der Einzelpostenposition (EP) 313200 begründet, welcher durch das Gericht nicht beeinflussbar ist.
- Der Betriebsertrag (Staatsgebühren/Urteilgebühren), ebenfalls EP, liegt wegen dem erhöhten Volumen beim Betreibungsamt über dem Budget. Beim Erbschaftsamt konnte der Rückstau aufgearbeitet werden, was zusammen mit weiteren Nachlässen, die im Berichtsjahr abgerechnet werden konnten, zu einer Verbesserung der Einnahmenposition geführt hat.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	145.1	144.7	144.7	148.2	148.9
Hängige Verfahren	Anz	5'943	6'619	6'644	6'839	6'575
Schlichtungsverfahren neu ab 2011	Anz	1'376	1'783	1'183	1'727	2'051
Zahlungsbefehle	Anz	72'353	73'479	72'673	77'379	76'524
Konkurseröffnungen	Anz	501	755	603	580	656
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	147'560	687'823	347'168	393'263	561'322

der Zahl der Gesuche zu verzeichnen; zugenommen haben insbesondere Rechtshilfeersuchen aus dem Ausland, während jene aus anderen Kantonen in der Schweiz sowohl bei den Gesuchen um Zeugeneinvernahmen wie auch bei den Zustellgesuchen abgenommen haben.

Im Berichtsjahr wurden 247 Ausweisungsbegehren gestellt (Vorjahr 281), es wurden 163 Räumungen verlangt (Vorjahr 164), in 98 Fällen musste eine amtliche Räumung durchgeführt werden (Vorjahr 90).

Verwaltung und Rechtsprechung Das oberste Leitungsgremium des Zivilgerichts ist die Präsidentenkonferenz, bestehend aus den neun Präsidentinnen und Präsidenten (7 x 100%, 2 x 50%, vorübergehend mit einer Umlagerung von 20% von einem Vollpensum auf die beiden Teilpensen) sowie beisitzend dem Verwaltungschef des Zivilgerichts, dem Vorsteher des Betreibungs- und Konkursamts sowie der Vorsteherin des Erbschaftsamts. Zur Erledigung der Leitungsaufgaben wurden im Berichtsjahr 12 Sitzungen abgehalten, wovon zwei Sitzungen als Klausuren.

Personelles Der Personalbestand blieb im Berichtsjahr bei wenigen Mutationen im Wesentlichen unverändert. Die Stellenprozente sind nach wie vor sehr eng bemessen, sodass immer wieder Kapazitäten zu Lasten anderer Ressourcen eingesetzt werden müssen und Krankheitsabwesenheiten von Mitarbeitenden sofort zu Rückständen führen können. Dies betrifft vorab die Kanzleiarbeit. Personell deutlich unterdotiert ist nach wie vor die Schlichtungsbehörde. Für die Erledigung der Schlichtungen

müssen Gerichtsschreiberressourcen abgezogen werden und Volontäre Gerichtsschreiberfunktionen übernehmen. Die sehr angespannte Personalsituation sowie die Erhebungen der Geschäftslaststudie haben das Zivilgericht veranlasst, dem Regierungsrat die Gewährung weiterer personeller Ressourcen zu beantragen. Bei den Gerichtspräsidien sind keine Veränderungen eingetreten. Als neue Richterin durfte das Gericht Frau Anina Ineichen (Ersatzwahl für Herrn Dominik Schniepper in der Amtsperiode 2010 – Mitte 2016) begrüßen. Bedauernswerterweise ist Herr Dr. Beat Schultheiss, ordentlicher Richter am Zivilgericht seit 2007, in der laufenden Amtsperiode verstorben.

Räumliches/Sicherheit Die räumlichen Verhältnisse beim Zivilgericht sind nach wie vor sehr beengt. Es fehlen insbesondere genügend Verhandlungsräume. Die unter dem Vorsitz des BVD eingesetzte Arbeitsgruppe „Sicherheitsmassnahmen Gerichte“ hat inzwischen ihre Arbeit abgeschlossen, die eine substantielle Verbesserung der Sicherheitsanforderungen in der überalterten Gebäudestruktur der Gerichtsgebäude Bäumleingasse 1 – 5 und eine bessere Signaletik zum Ziel hat. Gemäss Plan soll mit der Umsetzung im Jahr 2016 begonnen werden. Die als kurzfristige Massnahme eingerichtete Empfangstheke im Eingangsbereich des Gebäudes Bäumleingasse 5 hat ihre Tätigkeit im Januar 2015 aufgenommen; sie hat eindeutig zu einer besseren Publikumsführung geführt und ist bereits heute nicht mehr wegzudenken.

Geschäftslaststudie und GOG-Revision Seit anfangs 2015 liegt der Abschlussbericht zur Geschäftslaststudie vor. Die schweizweit bislang umfassendste Studie dieser Art bestätigt den Gerichten und der Staatsanwaltschaft ein ausgezeichnetes Funktionieren und ein sehr hohes Niveau hinsichtlich Qualität und Effizienz. Bezüglich des Zivilgerichts wird festgestellt, dass sich keine grundsätzlichen aufbau- oder ablauforganisatorischen Änderungen aufdrängen, Präsidien und Personal aber erkennbar überbelastet sind und „ein objektiver Bedarf nach zusätzlichen personellen Ressourcen“ besteht (SchIB S. 94). Ebenfalls wird festgestellt, dass das Zivilgericht „räumlich am Limit“ sei und das Raumprogramm des Zivilgerichts erweitert werden müsse. Der Regierungsrat hatte den Bericht in der Folge zur Kenntnis genommen und an die grossrätliche JSSK weitergeleitet, die zu diesem Zeitpunkt mit der Vorbereitung der Totalrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes befasst war.

Mit dem neuen GOG, welches per Mitte 2016 wirksam werden wird, werden die Präsidiumsstellen beim Zivilgericht um eine 50% Stelle ergänzt. Es handelt sich dabei nicht um zusätzliche personelle Ressourcen. Vielmehr entsprechen diese Präsidiumsressourcen dem, was bisher durch die drei ausserordentlichen, nach neuem GOG nicht mehr zulässigen ausserordentlichen Mietgerichtspräsidien geleistet wurde. Im Hinblick auf die Umsetzung des GOG wurden dem Zivilgericht vom Regierungsrat per 2016 eine Kanzleistelle sowie eine Gerichtsschreiberstelle 75% bewilligt. Die weiteren auf die Geschäftslaststudie gestützten Stellenbegehren wurden im Hinblick auf die neue Organisationskompetenz des Gerichtsrats ab Mitte 2016 zurückgestellt.

Für das Zivilgericht bedeutet das neue GOG strukturelle Anpassungen in den Verfahrensabläufen (erhöhte Einzelrichterkompetenz bis Streitwert 30'000 Franken, entsprechende Anpassung der Streitwerte von Dreiergericht und Kammer), Anpassungen in der Gerichtsorganisation sowie Vorbereitung der vom Gesetz neu verlangten Reglemente zur Folge. Die Vorbereitungsarbeiten wurden von der Präsidentenkonferenz bereits im Herbst des Berichtsjahres aufgenommen und werden intensiv im Frühjahr 2016 fortgesetzt.

Für die Einrichtung des neuen Präsidiums und zur Abdeckung der dringendsten räumlichen Bedürfnisse sind mit Unterstützung von BVD und IBS ebenfalls die Arbeiten aufgenommen worden, damit ohne Verzug ab Mitte 2016 das neue GOG auch praktisch umgesetzt werden kann.

Sozialversicherungsgericht

GER-114

Das Sozialversicherungsgericht Basel-Stadt hat seine Tätigkeit im April 2002 aufgenommen. Es ist zuständig zur Beurteilung von Streitigkeiten aus allen Zweigen des Sozialversicherungsrechts:

- Alters- und Hinterlassenenversicherung,
- Invalidenversicherung,
- Ergänzungsleistungen und kantonale Beihilfen,
- Berufliche Vorsorge,
- Obligatorische Unfallversicherung,
- Krankenversicherung (obligatorische Krankenversicherung sowie Zusatzversicherungen); Prämienbeiträge,
- Militärversicherung,
- Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz),
- Familien- und Kinderzulagen sowie
- Arbeitslosenversicherung.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Im Berichtsjahr 2015 gingen 404 neue Fälle ein. Dies sind genau 2 Fälle weniger als im Vorjahr. Um rund 10% zugenommen haben die Fälle der Invalidenversicherung, zurückgegangen sind dagegen Fälle in den Bereichen Krankenversicherung und Unfallversicherung. Die Gesamtzahl der Eingänge blieb damit konstant. Erledigt wurden 406 Fälle und somit 24 Fälle mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Erledigungen entspricht der Zahl der Eingänge. Damit blieben auch die Jahresendpendenzen mit 195 Fällen stabil. Zwei Drittel der Fälle wurde durch die drei Kammern des Sozialversicherungsgerichts erledigt und ein Drittel einzelrichterlich. Die Kammern haben gut 40% der Beschwerden und Klagen (ganz oder teilweise) gutgeheissen und knapp 60% abgewiesen.

Der aktenmässige Umfang der Fälle nimmt weiterhin zu. So können IV-Fälle mittlerweile bis zu 1'000 Seiten umfassen. In einem neuen Leitentscheid zur Schmerzrechtsprechung vom 3. Juni 2015 hat das Bundesgericht eine neue Praxis eingeführt (141 V 281). Es hat an Stelle der bisherigen Überwindbarkeitspraxis Indikatoren festgelegt, an Hand derer die Leistungsansprüche gegenüber der Invaliden- und der Unfallversicherung zu prüfen sind. Dies bedeutet nicht nur, dass bereits vor diesem Entscheid erstellte medizinische Gutachten auf ihre Tauglichkeit hin zu überprüfen und allenfalls zu wiederholen sind, sondern auch, dass sich noch nicht geklärte übergangsrechtliche Fragen stellen. Gleichzeitig gelangten im Berichtsjahr zahlreiche Fälle im Zusammenhang mit der Anwendung der Schlussbestimmungen a. zur 6. IV-Revision (Änderung vom 18. März 2011) an das Gericht. Danach sind Renten zu überprüfen und an die neue Rechtsprechung sowie an Art. 7 Abs. 2 ATSG anzupassen, die bei pathogenetisch-ätiologisch unklaren syndromalen Beschwerdebildern ohne nachweisbare organische Grundlage gesprochen worden waren. In diesen Fällen stellten sich noch nicht restlos geklärte Abgrenzungsfragen zu echten Revisionsfällen und zum Umgang mit der neuen Schmerzrechtsprechung. Grundsatzfragen haben sich weiter auch bei der Anwendung des kantonalen Harmonisierungsgesetzes Sozialleistungen (SoHaG) gestellt. Die Normen des SoHaG sind in sich nicht immer widerspruchsfrei und führen nicht immer zu billigen Ergebnissen. Die Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber stehen weiterhin an ihrer Belastungsgrenze, sodass wiederum temporär ausserordentliche Gerichtsschreiberinnen beigezogen werden mussten.

Die administrativen Belange wurden an 7 (sowie 1 informelle Sitzung mit Protokollnotiz) Konferenzen des Präsidiums besprochen. Das Präsidium befasste sich unter anderem mit der Einführung des neuen Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG), mit Fragen zur Urteilspublikation und der optimalen Betreuung der Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber. Im Berichtsjahr wurden nach Inkraftsetzung (1. Juli 2015) des Reglements des Appellationsgerichts über das Dolmetscherwesen an den Gerichten des Kantons Basel-Stadt unter Mitwirkung des Verwaltungschefs des Sozialversicherungsgerichts zwei Gerichtsdolmetscherkurse durchgeführt. Der erste wurde noch im Berichtsjahr erfolgreich abgeschlossen; 7 Absolventinnen und Absolventen haben die Abschlussprüfung dieses

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'457.5	-2'633.4	-2'485.6	147.8	5.6	-28.2	-1.1 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-578.8	-644.1	-569.6	74.4	11.6	9.1	1.6 ²
Betriebsaufwand	-3'036.2	-3'277.5	-3'055.3	222.2	6.8	-19.1	-0.6
42 Entgelte	180.9	246.6	170.6	-76.0	-30.8	-10.2	-5.7 ³
Betriebsertrag	180.9	246.6	170.6	-76.0	-30.8	-10.2	-5.7
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-2'855.4	-3'030.9	-2'884.7	146.2	4.8	-29.3	-1.0
Betriebsergebnis	-2'855.4	-3'030.9	-2'884.7	146.2	4.8	-29.3	-1.0
34 Finanzaufwand	-0.1	-0.5	-0.3	0.2	39.2	-0.2	<-100.0
44 Finanzertrag	0.1	0.1	0.0	-0.1	-87.6	-0.0	-79.3
Finanzergebnis	-0.1	-0.4	-0.3	0.1	27.1	-0.2	<-100.0
Gesamtergebnis	-2'855.4	-3'031.3	-2'884.9	146.3	4.8	-29.5	-1.0
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-2'855.4	-3'031.3	-2'884.9	146.3	4.8	-29.5	-1.0

Kommentar

- 1 Unter der Position 305 Arbeitgeberbeiträge ergeben sich rund 69'000 Franken weniger Aufwand als budgetiert. Darin enthalten sind Erträge im Sinne von Krankentaggeldleistungen von rund 32'000 Franken. Die Arbeitgeberbeiträge-Positionen werden vom HRM im Rahmen des Budgetprozesses eingepflegt und sind vom Budgetverantwortlichen nicht beeinflussbar. Der Personalbestand auf den Planstellen des Sozialversicherungsgerichts wich im Rechnungsjahr nicht von der Personalkostenplanung für 2014 ab. Unter den zusammengefassten Positionen 300 Behörden, Kommissionen, Richter und 301 Löhne, Verwaltungs-, Betriebsspesen ergeben sich rund 65'000 Franken weniger Aufwand als budgetiert. Die Unterschreitung ist darauf zurückzuführen, dass der unter der Position 301021 AusHi.Überzeitv(man) budgetierte Betrag von 206'000 Franken vorgesehen für die Aufwendungen sowohl für Aushilfspersonal als auch Richterinnen und Richter (exkl. Präsidien) in geringerem Mass als prognostiziert herangezogen werden musste.
- 2 Die Abweichung beruht im Wesentlichen auf der Position Kostenerlass (Kto. 318115). In diesem Punkt war – wie im Vorjahr – der geschätzte Aufwand für Gerichtsgebühren tiefer als bei der Budgetierung erwartet (rund 19'000 Franken). Ebenso waren 88'000 Franken weniger als prognostiziert vom Kanton zu tragen (Kto. 313210, Auslagen für Gerichtsgutachten), da diese Vorinstanzen belastet werden konnten. Dagegen fielen die Ausgaben unter der Position 313205 R.Hi./Offizialvert. um rund 69'000 Franken höher aus als budgetiert.
- 3 Die Abweichung ist hauptsächlich auf das Konto Verfahrensgeb./-ausl. (Kto. 421025) zurückzuführen. Im Rechnungsjahr 2015 wurden rund 68'000 Franken weniger zurückgefordert als prognostiziert.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	11.7	11.7	11.7	12.1	11.9
Hängige Verfahren	Anz	611	616	583	579	601
Debitorenverluste (inkl. Kostenerlasse)	Fr	2'175	87'930	53'178	36'342	42'766

ersten Kurses erfolgreich bestanden. Eine interne Arbeitsgruppe traf sich zwei Mal zu einem fachlichen Austausch. Zudem wurden eine Informationsveranstaltung für das Gesamtgericht und ein Personalanlass durchgeführt.

Die Kanzleimitarbeiterin Frau Verena Bing wurde per 31. August 2015 pensioniert. An ihre Stelle trat Frau Margarita Kastrati. Die Kanzleiarbeit wird zurzeit gleichmässig auf 4 Mitarbeitende verteilt. Dies ermöglicht eine sehr gute und effiziente Zusammenarbeit.

Finanzen Im Berichtsjahr wurden Gebühren im Gesamtbetrag von 130'650 Franken (Berichtsperiode 2014: 125'140 Franken) gesprochen.

Im Rahmen der unentgeltlichen Rechtspflege gelangten in der Berichtsperiode Honorare von total 215'854.20 Franken (Berichtsperiode 2014: 188'802 Franken) zur Auszahlung.

Erledigungsstatistik 2015

	Pendent per 1.1.2015	Eingänge 2015	Total hängig	Total Erledi- gungen 2015	Total Pendenzen per 31.12.2015
Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	6	15	21	17	4
Arbeitslosenversicherung (AL)	17	38	55	40	15
Berufliche Vorsorge (BV)	18	22	40	21	19
Ergänzungsleistungen und kantonale Beihilfen (EL)	1	7	8	6	2
Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbsersatzgesetz, EO)	0	1	1	1	0
Familien- und Kinderzulagen (FZ)	2	5	7	5	2
Invalidenversicherung (IV)	95	223	318	223	95
Obligatorische Krankenversicherung; Prämienbeiträge (KV)	9	15	24	17	7
Militärversicherung (MV)	1	0	1	1	0
Schiedsgericht in Sozialversicherungssachen (SG)	1	3	4	1	3
Obligatorische Unfallversicherung (UV)	36	57	93	57	36
Zusatzversicherung zur Krankenversicherung (ZV)	11	16	27	15	12
Keinem Rechtsgebiet zuordbare Fälle bei Falleingang (D)	0	2	2	2	0
Total	197	404	601	406	195

Erledigungsstatistik 2015 Details Erledigungsarten

Gremium und Entscheidart	AHV	AL	BV	EL	EO	FZ	IV	KV	MV	SG	UV	ZV	D	Total
Kammer														
Gutheissung	1	7	7	0	0	0	31	1	0	0	6	3	0	56
Teilweise Gutheissung	1	0	0	0	0	1	8	1	0	0	6	0	0	17
Gutheissung mit Rückweisung zur ergänzenden Abklärung	0	1	0	0	0	0	29	1	0	0	8	0	0	39
Abweisung	6	14	6	4	0	2	90	5	1	0	28	1	0	157
Nichteintreten	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1
Einzelrichter/-in														
Gutheissung	1	2	5	0	0	0	14	0	0	0	0	0	0	22
Teilweise Gutheissung	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	2
Gutheissung mit Rückweisung zur ergänzenden Abklärung	1	1	0	0	0	0	6	0	0	0	0	0	0	8
Abweisung	1	8	1	1	0	1	4	3	0	0	1	1	0	21
Abschreibung zufolge Vergleichs	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	1	1	0	3
Nichteintreten	4	3	0	0	0	0	22	1	0	0	3	2	1	36
Abschreibungen zufolge Wiedererwägung des angefochtenen Entscheides durch die Vorinstanz oder Rückzugs von														
Beschwerde/Klage	2	3	1	1	1	1	18	5	0	1	3	6	0	42
Sonstige Erledigungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	2
Total	17	40	21	6	1	5	223	17	1	1	57	15	2	406

Kommentar

ZV: Streitigkeiten aus Zusatzversicherungen zur sozialen Krankenversicherung

D: Fälle, die bei Eingang keinem Rechtsgebiet zugeordnet werden konnten

Jugendgericht und Rekurskommission für fürsorgerische Unterbringungen

GER-115

Jugendgericht Das Jugendgericht ist erstinstanzliche kantonale Gerichtsbehörde für Personen, die zum Zeitpunkt der Begehung einer Straftat das 18. Altersjahr noch nicht zurückgelegt haben und deren Beurteilung nicht in die Kompetenz der Jugendanwaltschaft (JUGA) fällt. Es handelt sich um ein interdisziplinär zusammengesetztes Fachgericht, bestehend aus Fachleuten aus dem juristischen, medizinischen, psychosozialen und pädagogischen Bereich. Zuständigkeit und Kompetenzen des Jugendgerichts ergeben sich aus den Bestimmungen der Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung vom 20. März 2009 (JStPO) und dem kantonalen Gesetz über die Einführung der JStPO vom 13. Oktober 2010 (EG JStPO).

Fürsorgerische Unterbringungen Rekurskommission (FU-Rekurskommission) Die Rekurskommission für fürsorgerische Unterbringungen (FU-Rekurskommission) ist eine unabhängige vom Regierungsrat gewählte Instanz, welche am 1. Januar 2013 ihre Arbeit aufnahm. Sie entscheidet über Beschwerden gegen Entscheide der Kindes- und Erwachsenen-schutzbehörde im Zusammenhang mit einer fürsorgerischen Unterbringung (Art. 450 und 450 e Zivilgesetzbuch (ZGB)) und gegen Entscheide der Sozialmedizin des Bereichs der Gesundheitsdienste oder der Einrichtung (Art. 439 ZGB). Die Entscheide der FU-Rekurskommission erfolgen jeweils in interdisziplinär zusammengesetzten Spruchkammern (Dreiergremium) und sind kantonal letztinstanzlich.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Jahresstatistik Jugendgericht 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Durch das Jugend(straf)gericht beurteilte Personen/Sachentscheide	31	24	23	16	26	13
Durch das Jugendgericht behandelte Beschwerde gegen einen Vollzugsentscheid der Jugendanwaltschaft		1	3	1	0	0
Präsidialentscheide	36	9	5	0	3	4
Mit Präsidialentscheid beurteilte Beschwerde gegen einen Vollzugsentscheid der Jugendanwaltschaft		1	0	2	0	0
Als Mitglied des Zwangsmassnahmegerichts beurteilte Haftverlängerungen		4	14	9	9	2
Als Mitglied des Zwangsmassnahmegerichts gefällte Sachentscheide				4	1	0
Total	67	39	45	32	39	19

Jahresstatistik Jugendgericht 2015

Insgesamt wurden in 10 Verhandlungen (2014: 15) 11 Personen beurteilt (2014: 17), wobei in 1 Fall ein ½ Tag, in 1 Fall 1 Tag, in 2 Fällen 1½ Tage, in 3 Fällen 2 Tage, in 2 Fällen 2 ½ Tage und in 1 Fall 3 ½ Tage verhandelt wurde. Bei den Verurteilungen wurden insgesamt 8 unterschiedliche Sanktionen (2014: 10) ausgesprochen. 3 Personen wurden mit einem Freiheitsentzug (2014: 4) und 1 mit einer Busse sanktioniert, gegen 4 Personen wurden Schutzmassnahmen und Strafen (Dualismus) ausgesprochen (2014: 9) und in 1 Fall wurde bei der Verhängung einer Schutzmassnahme von einer Strafe abgesehen (2014: 3). In 1 Fall wurde eine Massnahme für junge Erwachsene und eine unbedingte Freiheitsstrafe nach Strafgesetzbuch angeordnet. In 2 Fällen wurde die Schutzmassnahme abgeändert. In einer ½-tägigen Verhandlung wurde wegen fehlender Legitimation nicht auf die Beschwerde eingetreten. In 2 Fällen wurde auf eine Einsprache gegen einen Strafbefehl der JugA nicht eingetreten.

Gegen kein Urteil des Jugendgerichts wurde eine Berufungserklärung an das Appellationsgericht eingereicht. In 1 Fall wurde gegen einen Nichteintretensentscheid des Jugendgerichts eine Beschwerde erhoben, welche das Appellationsgericht abgewiesen hat. Mitglieder des Jugendgerichtspräsidiums entschieden im Rahmen des Zwangsmassnahmegerichts in 2 Fällen (2014: 9) über

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-727.4	-757.8	-709.5	48.3	6.4	17.9	2.5
31 Sach- und Betriebsaufwand	-257.9	-288.3	-316.0	-27.7	-9.6	-58.1	-22.5
Betriebsaufwand	-985.3	-1'046.1	-1'025.5	20.6	2.0	-40.1	-4.1
42 Entgelte	27.7	13.3	16.5	3.2	24.1	-11.2	-40.3
Betriebsertrag	27.7	13.3	16.5	3.2	24.1	-11.2	-40.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-957.7	-1'032.8	-1'009.0	23.8	2.3	-51.3	-5.4
Betriebsergebnis	-957.7	-1'032.8	-1'009.0	23.8	2.3	-51.3	-5.4
Gesamtergebnis	-957.7	-1'032.8	-1'009.0	23.8	2.3	-51.3	-5.4
davon Funktionen:							
12 Rechtsprechung	-957.7	-1'032.8	-1'009.0	23.8	2.3	-51.3	-5.4

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz			2.4	2.6	2.6

Kommentar

- 1 Das Jugendgericht und die FU-Rekurskommission nahmen am 1. Januar 2013 neu ihre Tätigkeit auf, weshalb weder Erfahrungswerte noch genaue Prognosen abgegeben werden können. Allfällige weitere Kennzahlen werden in den kommenden Jahren zu definieren sein.

die Anordnung einer Untersuchungshaft von insgesamt 4 Jugendlichen. 2015 wurden 11 Personen (2014: 14) von der Jugendanwaltschaft an das Jugendgericht zur Beurteilung angeklagt.

Jahresstatistik Rekurskommission für fürsorgerische Unterbringung

Beschwerden gegen Verfügungen der Sozialmedizin des Bereichs der Gesundheitsdienste und gegen Anordnungen der Universitären Psychiatrischen Kliniken Insgesamt sind 101 Beschwerden eingegangen (2014: 148), was gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang von 32% bedeutet. 60 Beschwerden wurden von den Spruchkammern beurteilt (2014: 99). Dabei wurden 57 Beschwerden abgewiesen (2014: 84) (40 Entscheide betreffend fürsorgerische Unterbringungen (2014: 61), 16 betreffend angeordnete Behandlung ohne Zustimmung (2014: 21) und 1 Beschwerden gegen eine Nichtentlassung (2014: 1)). 1 Beschwerde wurden dahin - oder ausgestellt (2014: 5) und 2 Beschwerden wurden gutgeheissen (2014: 10), 1 Beschwerden gegen eine Anordnung einer fürsorgerischen Unterbringung (2014: 7), 1 betreffend einer Behandlung ohne Zustimmung (2014: 1).

Am 31.12.2015 war kein Fall mehr hängig. 41 Entscheide wurden mittels Präsidialentscheide gefällt (2014: 54). 1 Entscheid der FU-Rekurskommission wurde an das Bundesgericht weitergezogen (2014: 4), darauf aber nicht eingetreten.

	2013	2014	2015
Abweisung einer Beschwerde gegen eine fürsorgerische Unterbringung (FU)	78	55	35
Abweisung einer Beschwerde gegen FU - Ansetzen einer kürzeren Frist	4	6	5
Abweisung einer Beschwerde gegen Nichtentlassung	6	2	1
Abweisung einer Beschwerde gegen eine Behandlung ohne Zustimmung	15	21	16
Dahinstellen wegen Übertritt in einen freiwilligen Aufenthalt	1	0	0
Dahinstellen wegen Rückzugs der Beschwerde	4	1	0
Gegenstandslos wegen Versetzung in andere Klinik und neuem FU	0	0	1
Rückzug einer angeordneten Behandlung ohne Zustimmung	0	1	0
Ausgestelltes Verfahren	1	3	0
Gutheissen einer Beschwerde gegen eine FU	9	7	1
Gutheissen eine Beschwerde gegen eine Behandlung ohne Zustimmung	3	1	1
Gutheissen eine Beschwerde gegen Nichtentlassung	0	2	0
Total Spruchkammerentscheide	121	99	60
Dahinstellen wegen Entlassung/Verlegung	16	4	4
Dahinstellen wegen Rückzugs der Beschwerde	26	44	32
Dahinstellen/Nichteintreten Diverses	1	6	5
Total Präsidialentscheide	43	54	41

Beschwerden gegen Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Die Zahl der Beschwerden gegen KESB-Entscheide waren gegenüber dem Vorjahr rückläufig. In diesen Fällen, kann die gesetzliche Frist der Behandlung von „in der Regel 5 Arbeitstagen“ (Art. 450e Abs.5 ZGB) realistischweise nicht eingehalten werden. Dies allein schon deshalb, weil aufgrund der oft umfangreichen Akten innert 5 Arbeitstagen kein fundiertes Gutachten erstellt werden kann. Von den insgesamt 14 eingegangenen Beschwerden (2014: 22) wurden 2 gutgeheissen, 1 Beschwerde teilweise gutgeheissen und 1 dahingestellt. Am 31.12.2015 waren 2 Beschwerden noch hängig. 3 Entscheide der FU-Rekurskommission wurden an das Bundesgericht weitergezogen, das nicht auf die Beschwerden eintrat, bzw. diese gegenstandslos abschrieb.

	2013	2014	2015
Abweisung der Beschwerde	4	13	9
Abweisung der Beschwerde in der Hauptsache (Gutheissung betr. Unterbringungsort; andere rechtliche Grundlage)	2	1	1 ¹
Gutheissen der Beschwerde	2	2	2
Dahinstellung	0	0	1 ¹
Total Spruchkammerentscheide	8	16	13
Als Gegenstandslos abgeschrieben	0	4	1
Sistierung. Fall zurück an KESB zur Wiedererwägung	0	1	0
Rückzug der Beschwerde	1	1	0
Parteientschädigung	0	0	1
Vertretungsbeistandschaft	0	0	1
Total Präsidialentscheide	1	6	3

Kommentar

¹ Je ein Fall am 1. Januar 2013 zuständigkeitshalber vom Verwaltungsgericht übernommen.

Verhandlungen

Die Entscheide der Spruchkammern der FU-Rekurskommission wurden in insgesamt 44 halbtägigen Sitzungen (2014: 74) gefällt.

4.2.9 Behörden und Parlament

PARL-402	Finanzkontrolle	373
PARL-410	Ombudsstelle	375
PARL-410	Grosser Rat und Parlamentsdienst	377
PARL-410	Datenschutzbeauftragter	379

Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-7.6	-8.4	-7.6	0.7	8.8	0.0	0.4
31 Sach- und Betriebsaufwand	-2.0	-2.8	-2.0	0.8	28.3	-0.1	-4.1
Betriebsaufwand	-9.6	-11.2	-9.7	1.5	13.8	-0.1	-0.5
42 Entgelte	0.0	0.0	0.1	0.0	98.0	0.0	85.8
Betriebsertrag	0.0	0.0	0.1	0.0	98.0	0.0	85.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-9.6	-11.2	-9.6	1.6	14.2	-0.0	-0.2
Betriebsergebnis	-9.6	-11.2	-9.6	1.6	14.2	-0.0	-0.2
44 Finanzertrag	0.0	0.0	0.0	-0.0	-20.5	-0.0	-19.4
Finanzergebnis	0.0	0.0	0.0	-0.0	-20.5	-0.0	-19.4
Gesamtergebnis	-9.6	-11.2	-9.6	1.6	14.2	-0.0	-0.2
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	-7.5	-9.1	-7.8	1.3	14.6	-0.3	-4.4
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-2.1	-2.1	-1.8	0.3	12.6	0.3	14.8

Finanzkontrolle

PARL-402

Die Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht des Kantons. Sie ist fachlich unabhängig und selbständig und in ihrer Prüfungstätigkeit nur Verfassung und Gesetz verpflichtet.

Die Finanzkontrolle unterstützt einerseits den Grossen Rat bei der Ausübung der Oberaufsicht über Verwaltung und Rechtspflege und andererseits den Regierungsrat, das Appellationsgericht und die selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalten bei der Ausübung der Dienstaufsicht über die Verwaltungen.

Die Finanzkontrolle führt ihre Tätigkeit nach den Bestimmungen des Finanz- und Verwaltungskontrollgesetzes (FVKG) vom 17. September 2003 und nach anerkannten Prüfungsgrundsätzen durch. Ihre Aufgaben gehen über jene der privatrechtlichen Revisionsstellen hinaus.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die Finanzkontrolle ist zuständig für die Prüfung des gesamten Finanzhaushaltes. Besonders zu erwähnen sind die Prüfung der Staatsrechnung, der konsolidierten Rechnung, der separaten Rechnungen der Dienststellen sowie der Anstalten und Betriebe des Kantons. Weitere Aufgaben der Finanzkontrolle betreffen die Prüfung der internen Kontrollsysteme, die Vornahme von Systemprüfungen, Projektprüfungen sowie Prüfungen der Leistungen und der Wirksamkeit. Zudem werden Prüfungen im Auftrag des Bundes oder bei im öffentlichen Interesse stehenden Organisationen durchgeführt.

Die Finanzkontrolle erstattet der Finanzkommission, der Geschäftsprüfungskommission, dem Regierungsrat sowie dem Appellationsgericht jährlich einen Tätigkeitsbericht, in dem sie über den Umfang und die Schwerpunkte ihrer Prüftätigkeit sowie über wichtige Feststellungen und Empfehlungen informiert.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-2'596.9	-3'046.2	-2'783.4	262.9	8.6	-186.5	-7.2 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-390.0	-554.9	-392.6	162.3	29.2	-2.6	-0.7 ²
Betriebsaufwand	-2'986.9	-3'601.1	-3'176.0	425.2	11.8	-189.1	-6.3
42 Entgelte	31.5	32.0	44.5	12.5	38.9	12.9	40.9
Betriebsertrag	31.5	32.0	44.5	12.5	38.9	12.9	40.9
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-2'955.3	-3'569.1	-3'131.5	437.6	12.3	-176.2	-6.0
Betriebsergebnis	-2'955.3	-3'569.1	-3'131.5	437.6	12.3	-176.2	-6.0
44 Finanzertrag	2.7	2.7	2.1	-0.6	-20.5	-0.5	-19.4
Finanzergebnis	2.7	2.7	2.1	-0.6	-20.5	-0.5	-19.4
Gesamtergebnis	-2'952.7	-3'566.4	-3'129.4	437.1	12.3	-176.7	-6.0
davon Funktionen:							
01 Legislative und Exekutive	-2'952.7	-3'566.4	-3'129.4	437.1	12.3	-176.7	-6.0

Kommentar

- 1 Der Personalaufwand ist weitgehend aufgrund der budgetierten, jedoch vakanten Stelle, der neu angestellten jüngeren Mitarbeitenden sowie der tieferen Ferien-/Überstundenabgrenzung und Dienstaltersgeschenk-Abgrenzung unter dem Budget 2015.
- 2 Der Sachaufwand ist weitgehend aufgrund weniger bezogener Dienstleistungen von Dritten sowie der tieferen internen Verrechnung von IT-Dienstleistungen der ZID unter dem Budget 2015.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	13.9	13.9	13.1	13.7	15.0 ¹

Kommentar

- 1 Per 31. Dezember 2015 arbeitet die neue Mitarbeiterin bereits bei der Finanzkontrolle, während der ehemalige Stelleninhaber immer noch angestellt ist (bis 31. Dezember 2015). Per 01. Januar 2016 betragen die Vollzeitäquivalente neu 14.2. Vom Parlament sind 16 Vollzeitstellen bewilligt.

Ombudsstelle

PARL-410

Zu den Aufgaben und Zielen der Ombudsstelle gehören die Verbesserung der verfassungs- und gesetzmässigen Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner; die Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle; die Vermittlung bei Streitigkeiten zwischen dem Einzelnen und der Verwaltung; der Schutz der Verwaltung vor ungerechtfertigten Vorwürfen; die Berichterstattung an den Grossen Rat.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die Ombudsfrau entscheidet selbst, wie eingehend sie sich mit einer Angelegenheit befasst, und ob sie eine Untersuchung durchführt. Jede Person kann die Ombudsfrau um die Prüfung einer Angelegenheit ersuchen, sofern sie der Meinung ist, dass eine Stelle der kantonalen Verwaltung sich eines Fehlverhaltens schuldig gemacht hat. Die Ombudsfrau kann auch auf Anregung einer Stelle oder aus eigener Initiative tätig werden. Das Arbeitsvolumen hat sich in Bezug auf Fallzahlen und der Verteilung der Fälle auf verschiedene Amtsstellen im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert: Eröffnung neuer Dossiers 490 (2014: 503), telefonische Beratungen 108 (103) und Korrespondenzfälle 33 (36). Betrachtet man die Verteilung der Fälle auf die Departemente, so liegt, wie seit Jahren, das Wirtschafts-, Sozial und Umweltdepartement an erster Stelle. Dies erstaunt nicht, da die Sozialhilfe und das Amt für Sozialbeiträge diesem Departement angegliedert sind. Hier geht es jeweils um das Überleben mit dem Existenzminimum, diesbezüglich möchten die Leute ganz sicher sein, dass keine Fehler passieren. Bei der Art der Intervention gab es leichte Verschiebungen. So hat die Ombudsstelle in 37% (32.5%) aller Fälle die Verwaltungstätigkeit überprüft, in 9% (11%) hat sie vermittelt und in 45% (46.5%) der Fälle hat sie Betroffene beraten. Die Whistleblowingfälle sind von 2% (2014) auf 1% zurückgegangen, dafür haben sich die Fälle von komplexen Interventionen von 8% (2014) auf 9% erhöht.

Die Ombudsstelle blickt auf ein 2015 zurück, in dem ein gut eingespieltes Team sich mit grossem Engagement für die Ombudstätigkeit eingesetzt hat und die anspruchsvolle und abwechslungsreiche Arbeit mit Freude bewältigte.

Kontakte zum Parlament, zu Kommissionen und nach aussen

Es ist der Ombudsfrau ein grosses Anliegen, gut vernetzt und informiert zu sein, und die Aufgaben und Funktion der Ombudsstelle möglichst breit bekannt zu machen. Hier eine Auswahl der Begegnungen und Treffen im vergangenen Jahr:

- Die Vereinigung der parlamentarischen Ombudsstellen der Schweiz traf sich zu einem Austausch- und einem zweitägigen Weiterbildungstreffen zu den Themen „Finanzielle Einengungen – Was bedeutet das für unsere Stellen?“ und „Herausfordernde Kommunikation mit Klientinnen und Klienten – von schwierigen Situationen in der Beratung“.
- Die Ombudsfrau hat am Nationalseminar des Europäischen Verbindungsnetzes der Bürgerbeauftragten in Warschau teilgenommen, das unter dem Motto Diskriminierung stand.
- Die Ombudsfrau hat sich in „Lösungsfokussierter Gesprächsführung“ weitergebildet und an der Jubiläums-Datenschutztagung in Zürich teilgenommen.
- Im Rahmen eines Austauschprogramms zwischen der Basler Sektion von Business and Professional Women (BPW) und der Nikosia Sektion aus Zypern konnte die Ombudsfrau ihre Arbeit vorstellen und einen anregenden Austausch zur Ombudsarbeit moderieren.
- Die Ombudsfrau nahm an der Vereidigung der Aspirantinnen und Aspiranten der beiden im laufenden Jahr abgeschlossenen Polizeischulen 14-1 und 14-2 und der Absolventinnen und Absolventen der Sicherheitsassistenten-Schule teil.
- Zur Eröffnung der Wanderausstellung „Shanghaier Zuflucht“ von Jewish Refugees' Museum Shanghai in Basel kam eine hochrangige Verwaltungsdelegation aus Shanghai nach Basel und im Rahmen ihres Aufenthaltes wünschten sie auch die Arbeit der Ombudsstelle näher kennen zu lernen. Es fand ein äusserst interessanter Austausch zur Stellung und Funktion der Ombudsfrau statt.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-1'026.1	-737.6	-633.7	103.9	14.1	392.3	38.2 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-103.1	-169.0	-106.7	62.3	36.9	-3.6	-3.5
Betriebsaufwand	-1'129.1	-906.6	-740.4	166.3	18.3	388.8	34.4
42 Entgelte	1.6	0.0	1.3	1.3	n.a.	-0.3	-21.4
Betriebsertrag	1.6	0.0	1.3	1.3	n.a.	-0.3	-21.4
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-1'127.5	-906.6	-739.1	167.5	18.5	388.4	34.4
Betriebsergebnis	-1'127.5	-906.6	-739.1	167.5	18.5	388.4	34.4
Gesamtergebnis	-1'127.5	-906.6	-739.1	167.5	18.5	388.4	34.4
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-1'127.5	-906.6	-739.1	167.5	18.5	388.4	34.4

Kommentar

1 Anpassung Rückstellung Ruhegehalt

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	2.5	2.7	2.7	3.7	2.7
Neue Dossiers	Anz	529	526	522	503	490
Dossiers aus den Vorjahren	Anz	71	32	44	24	17
Telefonisch bearbeitete Anfragen	Anz	76	81	62	103	108
Per Mail oder Brief eingegangene Anfragen	Anz	44	45	29	36	33
Weiterverweisungen	Anz	202	234	192	273	264

- Mit dem Kinderbüro Basel konnte ein aufschlussreiches Gespräch über Abgrenzungen und Gemeinsames geführt werden.
- Einige neue Kaderpersonen des Kantons sind im Rahmen ihrer Einarbeitung auch bei der Ombudsstelle vorbeigekommen, um Aufgaben und Arbeitsweise der Ombudsstelle kennenzulernen.
- Im Zusammenhang mit der Nicht-Verlängerung vieler Aufenthaltsbewilligungen von Musikerinnen und Musikern aus Drittstaaten-Ländern hat die Ombudsfrau einen Informationsanlass für Betroffene durchgeführt. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit sowie einem Nationalrat wurde versucht, Missverständnisse zu klären und wichtige Informationen zu vermitteln.
- Die Ombudsfrau stand für Interviews im Zusammenhang mit der Entwicklung von Onlinemediation und für die Vorbereitung eines runden Tisches zum Thema Diskriminierung zur Verfügung.
- Es fanden verschiedene Gespräche mit der Geschäftsprüfungskommission und dem Büro des Grossen Rates statt.
- Die Ombudsfrau nahm an verschiedenen Neujahrsapéros zwecks guter Vernetzung teil.
- Die Ombudsstelle hat an der vom Büro des Grossen Rates organisierten Führung „Bio Power Areal“ in Pratteln teilgenommen.
- Die Ombudsfrau traf sich mit dem Datenschützer, dem Leiter der Finanzkontrolle und dem Leiter des Parlamentsdienstes, um gemeinsame Anliegen zu besprechen.

Die ausführliche Berichterstattung mit Falldarstellungen und einer statistischen Auswertung der zehnjährigen Tätigkeit der Ombudsfrau findet sich im separaten Bericht an den Grossen Rat.

Grosser Rat und Parlamentsdienst

PARL-410

Der Parlamentsdienst ist zuständig für die Bereitstellung der notwendigen Ressourcen für den Grossen Rat und die Gewährleistung der Grundfunktionalität des Parlamentes; die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Ratsmitglieder und Verbesserung der Wirkung des Parlaments nach aussen; Stärkung des Parlaments gegenüber den anderen Staatsgewalten; Entlastung der Mitglieder und Organe des Parlaments von administrativen und im weiteren Sinne „unpolitischen“ Aufgaben.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Neben der Abwicklung der Standardprozesse wurden im Jahr 2015 keine besonderen Projekte abgewickelt.

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-3'177.6	-3'670.7	-3'303.5	367.2	10.0	-125.9	-4.0 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'329.1	-1'877.4	-1'356.4	521.0	27.8	-27.3	-2.1 ²
Betriebsaufwand	-4'506.7	-5'548.2	-4'660.0	888.2	16.0	-153.3	-3.4
42 Entgelte	7.7	8.3	8.4	0.1	0.9	0.7	8.6
Betriebsertrag	7.7	8.3	8.4	0.1	0.9	0.7	8.6
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-4'499.0	-5'539.9	-4'651.6	888.3	16.0	-152.6	-3.4
Betriebsergebnis	-4'499.0	-5'539.9	-4'651.6	888.3	16.0	-152.6	-3.4
Gesamtergebnis	-4'499.0	-5'539.9	-4'651.6	888.3	16.0	-152.6	-3.4
davon Funktionen:							
01 Legislative und Exekutive	-4'499.0	-5'539.9	-4'651.6	888.3	16.0	-152.6	-3.4

Kommentar

- 1 Dank speditiver Behandlung der Geschäfte konnten mehrere geplante Sitzungen des Parlaments ausfallen.
- 2 Die Grossratskommissionen haben das ihnen zustehende Budget für den Sachaufwand (Gutachten, Informationsbeschaffung etc.) 2015 nicht ausgeschöpft.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.9	7.9	8.2	8.1	8.4
Halbtagesitzungen Plenum	Anz	45	35	41	34	46 ¹
Kommissionssitzungen	Anz	407	396	422	467	372
Verabschiedete Sachgeschäfte	Anz	119	101	115	100	108
Eingereichte parl. Vorstösse	Anz	278	311	395	592	460

Kommentar

- 1 Die Abgrenzung der den Grossen Rat betreffenden Kennzahlen bezieht sich jeweils auf den 1. Februar (Amtsjahr).

Datenschutzbeauftragter

PARL-410

Der vom Grossen Rat gewählte und organisatorisch dem Büro des Grossen Rates zugeordnete Datenschutzbeauftragte hat die völlig unabhängige Aufsicht über den Umgang mit Informationen und insbesondere das Bearbeiten von Personendaten durch öffentliche Organe des Kantons und der Gemeinden entsprechend den Anforderungen des internationalen, nationalen und kantonalen Rechts zu gewährleisten. Zuständig ist er umfassend für alle öffentlichen Organe von Kanton und Gemeinden im Sinne des Informations- und Datenschutzgesetzes (die Verwaltungsstellen des Kantons Basel-Stadt und aller Einwohner-, Bürger- und Kirchgemeinden, inkl. den unselbständigen und selbständigen Körperschaften und Anstalten des kantonalen oder kommunalen Rechts, sowie der Privaten, soweit ihnen von Kanton oder Gemeinden die Erfüllung öffentlicher Aufgaben übertragen ist).

Der Datenschutzbeauftragte hat im Wesentlichen die folgenden Aufgaben:

- Beratung der öffentlichen Organe von Kanton und allen Gemeinden im Bereich Datenschutz (inkl. Informationssicherheit) und Öffentlichkeitsprinzip;
- Kontrolle der Anwendung der Bestimmungen über den Umgang mit Informationen nach einem autonom aufzustellenden Prüfprogramm (Datenschutz-Audits);
- Vorabkontrolle von Projekten zur Bearbeitung von Personendaten, insb. bei IT-Projekten, beim Erlass und der Verlängerung von Videoüberwachungsreglementen und bei der Einräumung von Online-Zugriffen auf Personendaten eines anderen öffentlichen Organs;
- selbständige Wahrnehmung der datenschutzrechtlichen Einwirkungsbefugnisse (Empfehlung, Weisung);
- Beratung der von behördlichen Datenbearbeitungen betroffenen Personen über ihre Rechte;
- Vermittlung zwischen betroffenen Personen und öffentlichen Organen;
- permanente Beobachtung der aktuellen nationalen und internationalen Situation im Bereich Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip und Ergreifen/Initiieren der notwendigen Massnahmen;
- Stellungnahme zu Erlassen, die für den Umgang mit Informationen oder den Datenschutz relevant sind;
- Information und Sensibilisierung der Öffentlichkeit, der politischen Organe und der öffentlichen Organe;
- Zusammenarbeit mit den Organen der anderen Kantone, des Bundes und des Auslandes, welche die gleichen Aufgaben erfüllen;
- Berichterstattung.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Die Zahl der abgeschlossenen Datenschutz-Audits (inklusive sog. Querschnittskontrollen) ist wieder auf dem Niveau der Vorjahre.

Die Zahl der neu eröffneten Beratungsgeschäfte hat gegenüber dem Vorjahr um rund 3% zugenommen, während sich der Anteil der komplexen und damit ressourcenintensiven Beratungen (insbesondere Vorabkontrollen) bei rund einem Achtel einzupendeln scheint.

Die Zahl der Schulungen für öffentliche Organe hat sich leicht erhöht. Hinzu kommen noch anderthalb mal so viele Referate und Weiterbildungsbeiträge, die dem gleichen Zweck dienen.

Die ausführliche Berichterstattung erfolgt im separaten Tätigkeitsbericht (§50 IDG).

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-849.2	-905.9	-901.1	4.8	0.5	-51.8	-6.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	-141.4	-248.4	-187.8	60.6	24.4	-46.4	-32.8
Betriebsaufwand	-990.6	-1'154.3	-1'088.8	65.4	5.7	-98.2	-9.9
42 Entgelte	2.1	0.0	25.7	25.7	n.a.	23.6	>100.0
Betriebsertrag	2.1	0.0	25.7	25.7	n.a.	23.6	>100.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-988.5	-1'154.3	-1'063.1	91.2	7.9	-74.6	-7.5
Betriebsergebnis	-988.5	-1'154.3	-1'063.1	91.2	7.9	-74.6	-7.5
Gesamtergebnis	-988.5	-1'154.3	-1'063.1	91.2	7.9	-74.6	-7.5
davon Funktionen:							
14 Allgemeines Rechtswesen	-988.5	-1'154.3	-1'063.1	91.2	7.9	-74.6	-7.5

Kennzahlen	Einheit	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	4.3	4.7	4.8	4.4	3.9 ¹
Geschäftsfälle	Anz	341	366	403	400	411
Komplexe Beratungen (gemessen an der Anzahl Beratungen)	%	7	9	11	15	13
Abgeschlossene Datenschutz-Audits	Anz	2	2	4	5	4
Durchgeführte Schulungen für öffentliche Organe	Anz	12	11	7	6	7
Innert 14 Tagen abgeschlossene nicht komplexe Beratungen	%	61	50	54	58	61

Kommentar

1 Abnahme aufgrund einer Vakanz und vorübergehend reduzierter Pensen; Überbrückung der Vakanz durch eine hier nicht mitgezählte (da unterjährige) 100%-Anstellung.

4.2.10 Regierungsrat und Übriges

Finanzen

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-9.5	-28.3	-34.5	-6.2	-21.9	-25.0	<-100.0
31 Sach- und Betriebsaufwand	-82.3	-74.2	-77.3	-3.2	-4.2	5.0	6.0
36 Transferaufwand	-0.8	-0.9	-0.8	0.0	0.4	0.0	0.2
Betriebsaufwand	-92.6	-103.3	-112.7	-9.3	-9.0	-20.0	-21.6
42 Entgelte	111.2	111.3	111.2	-0.2	-0.2	-0.0	0.0
43 Verschiedene Erträge	26.2	26.2	29.0	2.9	10.9	2.8	10.5
46 Transferertrag	7.7	7.9	7.6	-0.3	-3.9	-0.1	-1.4
Betriebsertrag	145.1	145.4	147.7	2.4	1.6	2.6	1.8
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	52.5	42.1	35.1	-7.0	-16.6	-17.4	-33.2
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-91.0	-93.5	-96.1	-2.6	-2.8	-5.1	-5.6
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1.0	-1.0	-1.0	0.0	0.0	0.0	0.0
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	4.3	4.8	4.8	-0.0	-0.5	0.4	10.1
Abschreibungen	-87.7	-89.7	-92.3	-2.6	-2.9	-4.6	-5.3
Betriebsergebnis	-35.2	-47.6	-57.2	-9.6	-20.1	-22.0	-62.7
34 Finanzaufwand	-6.2	-6.7	-6.6	0.0	0.7	-0.4	-7.0
44 Finanzertrag	58.3	55.2	62.8	7.6	13.7	4.4	7.6
Finanzergebnis	52.2	48.6	56.2	7.6	15.7	4.0	7.7
Gesamtergebnis	17.0	0.9	-1.1	-2.0	<-100.0	-18.0	<-100.0
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	48.1	1.9	17.6	15.6	>100.0	-30.5	-63.5
1 Öffentliche Ordnung, Sicherheit, Verteidigung	-2.2	0.0	-1.0	-1.0	n.a.	1.2	53.3
2 Bildung	-18.3	0.0	-11.2	-11.2	n.a.	7.0	38.5
3 Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-7.5	0.0	-4.1	-4.1	n.a.	3.3	44.7
4 Gesundheit	-0.5	0.0	-0.3	-0.3	n.a.	0.2	38.5
5 Soziale Sicherheit	-0.0	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	0.0	83.4
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-0.7	0.0	-0.2	-0.2	n.a.	0.5	71.1
7 Umweltschutz und Raumordnung	-0.3	0.0	-0.3	-0.3	n.a.	0.1	18.3
8 Volkswirtschaft	-1.6	-1.0	-1.5	-0.5	-46.6	0.2	11.0

Investitionsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.		abs.	
Ausgaben Grossinvestitionen	-191.3	-280.5	-281.3	-0.8	-0.3	-90.0	-47.1
Einnahmen Grossinvestitionen	1.7	6.7	9.7	2.9	43.9	8.0	>100.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	25.6	10.5	18.7	8.2	77.6	-7.0	-27.2
Nettoinvestitionen	-164.0	-263.3	-253.0	10.3	3.9	-89.0	-54.3
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	55.3	57.7	57.7	-0.0	0.0	2.4	4.3
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	55.3	57.7	57.7	-0.0	0.0	2.4	4.3
Saldo Investitionsrechnung	-108.7	-205.6	-195.3	10.3	5.0	-86.6	-79.7

Regierungsrat

RR-416

Zum Wohl des Kantons Basel-Stadt, seiner Bewohnerschaft und Wirtschaft und zur Prosperität der in- und ausländischen Region verfolgt der Regierungsrat eine politische Strategie der regionalen Zusammenarbeit zur gemeinsamen Entwicklung einer Metropolitanregion mit Basel als attraktivem, urbanem Zentrum.

Rückblick auf die Tätigkeiten und Projekte

Bestätigung an der Urne Mit einer Ausnahme haben die Stimmberechtigten die Politik des Regierungsrates bestätigt. Einzig der Gegenvorschlag zur Strasseninitiative „Strassen teilen – Ja zum sicheren und hindernisfreien Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr“ fand keine Zustimmung. Der Regierungsrat wollte das Anliegen der Initianten abmildern und die verlangte flächendeckende Bevorzugung des Fuss- und Veloverkehrs sowie die Einführung von 30-er Zonen auf allen Haupt- und Nebenstrassen realistisch und bundesrechtskonform umsetzen.

Die Ablehnung der halbherzigen Einführung der Unterflurcontainer in der Stadt unterstützt die regierungsrätliche Haltung, dass neue Abfallmassnahmen nur sinnvoll sind, wenn sie die bestehende Praxis ablösen. Doppelspurigkeiten kann der Regierungsrat nicht verantworten. Die deutliche Verwerfung der Volksinitiative „Wohnen für alle: Für eine Stiftung für bezahlbaren Wohn-, Gewerbe- und Kulturraum“ macht den Weg frei für die Umsetzung des Wohnraumförderungsgesetzes, das 2013 vom Stimmvolk beschlossen worden ist.

Die Zustimmung zur Verankerung der Revision der Gerichtsorganisation in der Verfassung und zum Gesetz über das Universitäre Zentrum für Zahnmedizin Basel sind zukunftsweisende Vorlagen, die Genehmigung des neuen Taxigesetzes bedeutet das Ende einer langwierigen Diskussion.

Ungewöhnliche Lösung Der Regierungsrat hat mit dem 80 Millionen-Franken-Deal die bikantonale Trägerschaft der Universität und den bikantonalen Kulturvertrag gerettet. Der Partnerkanton Basel-Landschaft setzte den Universitätsvertrag und den Kulturvertrag auf die Liste der Sparmassnahmen. Die vorgeschlagene Kürzung der Leistungen um 25 Mio. Franken und die Neuverhandlung des Kulturvertrages hätten die beiden Vereinbarungen und somit das Flaggschiff des Innovationsstandortes Basel zerstört. Um eine Kündigung der Verträge zu verhindern, hat der Regierungsrat über die Herbstferien eine ungewöhnliche Lösung ausgearbeitet und im November 2015 dringlich dem Grossen Rat vorgelegt. Dieses in der Schweiz einmalige Vorgehen erlaubt es nun, dem finanziell geschwächten Kanton Basel-Landschaft ab 2016 befristet auf vier Jahre einen jährlichen Entlastungsbeitrag von 20 Mio. Franken zu zahlen, insgesamt 80 Mio. Franken. Für sein schnelles und einfach umsetzbares Entgegenkommen hat der Regierungsrat Basel-Stadt fünf Voraussetzungen formuliert, die in erster Linie dem Erhalt der bestehenden, sorgfältig austarierten Verträge und der Verlässlichkeit des Umfelds der involvierten Institutionen dienen sollen:

Der Kanton Basel-Landschaft verpflichtet sich die folgenden Verträge ungekündigt bis mindestens Ende 2019 weiterzuführen:

- Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel (Universitätsvertrag);
- Vereinbarung über das Immobilienwesen der Universität Basel (Immobilienvereinbarung Universität Basel);
- Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die partnerschaftliche Finanzierung von im Kanton Basel-Stadt domizilierten Kulturinstitutionen mit regionalem Angebot (Kulturvertrag).

Die jährliche Entlastungszahlung erfolgt jeweils nur, wenn folgende, von den Regierungen bereits beschlossene partnerschaftliche Vorlagen in Baselland nicht abgelehnt werden:

- Umsetzung der PK-Reform der Universität (5 x 3 Mio. Franken = 15 Mio. Franken pro Kanton);
- Impulsinvestition für die ETHZ (5 x 0.4 Mio. Franken + 3 Mio. Franken = 5 Mio. Franken pro Kanton);

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-4'404.0	-3'260.8	-2'364.6	896.2	27.5	2'039.4	46.3 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-14.3	-21.4	-32.6	-11.1	-52.0	-18.3	<-100.0
Betriebsaufwand	-4'418.3	-3'282.2	-2'397.1	885.1	27.0	2'021.1	45.7
42 Entgelte	2.6	3.0	253.5	250.5	>100.0	251.0	>100.0 ²
Betriebsertrag	2.6	3.0	253.5	250.5	>100.0	251.0	>100.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-4'415.7	-3'279.2	-2'143.6	1'135.6	34.6	2'272.1	51.5
Betriebsergebnis	-4'415.7	-3'279.2	-2'143.6	1'135.6	34.6	2'272.1	51.5
34 Finanzaufwand	0.0	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	-0.0	n.a.
Finanzergebnis	0.0	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	-0.0	n.a.
Gesamtergebnis	-4'415.7	-3'279.2	-2'143.6	1'135.6	34.6	2'272.1	51.5
davon Funktionen:							
01 Legislative und Exekutive	-4'415.7	-3'279.2	-2'143.6	1'135.6	34.6	2'272.1	51.5

Kommentar

- 1 Die Abweichung ist auf eine teilweise Auflösung der Rückstellung für die Ruhegehälter der Alt-Regierungsräte zurückzuführen. In der Rechnung 2014 wurde diese Rückstellung erstmalig gebildet.
- 2 Die Verwaltungsratshonorare werden neu unter Entgelte abgebildet.

Kennzahlen	Einheit	Ist	Ist	Ist	Ist	Ist
		2011	2012	2013	2014	2015
Vollzeitstellen (Headcount 100%)	Anz	7.0	7.0	7.0	7.0	7.0

- gemeinsame Trägerschaft des Swiss TPH (4 x 3.63 Mio. Franken pro Kanton sowie einmalig max. 3.5 Mio. Franken Beteiligung am Eigenkapital seitens Basel-Landschaft);
- die Weiterführung des in verschiedenen Parlamentsvorlagen kommunizierten Raumprogramms der Universität gemäss bisherigen Beschlüssen. Dies beinhaltet die Vollendung der Neubauten Biozentrum und Biomedizin sowie die Finanzierung der bereits beschlossenen Folgekosten.

Der Grosse Rat hat dieser Entlastungszahlung mit grossem Mehr zugestimmt, das Referendum gegen diesen Beschluss ist am 28. Dezember 2015 unbenützt abgelaufen. Darauf hat der Regierungsrat des Partnerkantons verzichtet, den Universitätsvertrag, den Immobilienvertrag und den Kulturvertrag am 31. Dezember 2015 zu kündigen. Es bleibt nun genügend Zeit, um die neue Leistungsvereinbarung der Universität für die Periode von 2018 bis 2021 in geordneten, vom Staatsvertrag vorgesehenen Bahnen auszuhandeln und die basellandschaftliche Beteiligung an den Kulturbetrieben der Zentrumsstadt Basel neu zu definieren.

Übriges: Finanzen Liegenschaften

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-60'480.9	-44'618.1	-47'693.4	-3'075.3	-6.9	12'787.5	21.1 ¹
Betriebsaufwand	-60'480.9	-44'618.1	-47'693.4	-3'075.3	-6.9	12'787.5	21.1
42 Entgelte	109'660.9	110'496.9	110'089.2	-407.7	-0.4	428.3	0.4
43 Verschiedene Erträge	0.0	0.0	0.2	0.2	n.a.	0.2	n.a.
Betriebsertrag	109'660.9	110'496.9	110'089.4	-407.5	-0.4	428.5	0.4
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	49'180.0	65'878.8	62'396.0	-3'482.8	-5.3	13'216.0	26.9
33 Abschreibung Grossinvestitionen	-91'020.4	-93'500.0	-96'087.7	-2'587.7	-2.8	-5'067.3	-5.6 ²
466 Auflösung Grossinvestitionsbeiträge	4'339.8	4'800.0	4'777.4	-22.6	-0.5	437.6	10.1
Abschreibungen	-86'680.6	-88'700.0	-91'310.3	-2'610.3	-2.9	-4'629.7	-5.3
Betriebsergebnis	-37'500.5	-22'821.2	-28'914.3	-6'093.1	-26.7	8'586.3	22.9
34 Finanzaufwand	-6'177.5	-6'656.0	-6'610.1	45.9	0.7	-432.5	-7.0
44 Finanzertrag	39'945.3	38'117.2	45'671.4	7'554.2	19.8	5'726.1	14.3 ³
Finanzergebnis	33'767.8	31'461.2	39'061.3	7'600.1	24.2	5'293.6	15.7
Gesamtergebnis	-3'732.8	8'640.0	10'147.1	1'507.0	17.4	13'879.8	>100.0
davon Funktionen:							
01 Legislative und Exekutive	-469.4	0.0	0.0	0.0	n.a.	469.4	100.0
02 Allgemeine Dienste	26'876.2	8'640.0	27'776.2	19'136.2	>100.0	900.0	3.3
11 Öffentliche Sicherheit	-834.1	0.0	-469.4	-469.4	n.a.	364.8	43.7
12 Rechtsprechung	-149.7	0.0	0.0	0.0	n.a.	149.7	100.0
13 Strafvollzug	-323.3	0.0	-242.7	-242.7	n.a.	80.6	24.9
14 Allgemeines Rechtswesen	-282.1	0.0	0.0	0.0	n.a.	282.1	100.0
15 Feuerwehr	-89.1	0.0	-61.1	-61.1	n.a.	28.0	31.4
16 Verteidigung	-504.0	0.0	-246.1	-246.1	n.a.	258.0	51.2
21 Obligatorische Schule	-17'575.9	0.0	-11'458.6	-11'458.6	n.a.	6'117.3	34.8
22 Sonderschulen	-215.7	0.0	-102.8	-102.8	n.a.	112.9	52.3
23 Berufliche Grundbildung	-710.7	0.0	-50.0	-50.0	n.a.	660.7	93.0
25 Allgemeinbildende Schulen	-63.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	63.0	100.0
27 Hochschulen	344.6	0.0	401.6	401.6	n.a.	57.1	16.6
29 Übriges Bildungswesen	-30.7	0.0	-15.9	-15.9	n.a.	14.8	48.3
31 Kulturerbe	-1'952.1	0.0	-1'149.9	-1'149.9	n.a.	802.2	41.1
32 Kultur, übrige	-1'876.3	0.0	-1'203.0	-1'203.0	n.a.	673.4	35.9
34 Sport und Freizeit	-3'624.1	0.0	-1'733.7	-1'733.7	n.a.	1'890.4	52.2
35 Kirchen und religiöse Angelegenheiten	-35.8	0.0	-56.0	-56.0	n.a.	-20.2	-56.5
41 Spitäler, Kranken- und Pflegeheime	-217.9	0.0	-99.5	-99.5	n.a.	118.4	54.3
43 Gesundheitsprävention	-222.8	0.0	-169.3	-169.3	n.a.	53.5	24.0
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-64.7	0.0	-41.9	-41.9	n.a.	22.8	35.2
53 Alter + Hinterlassene	-1.9	0.0	0.0	0.0	n.a.	1.9	100.0
56 Sozialer Wohnungsbau	-39.5	0.0	-2.3	-2.3	n.a.	37.1	94.1
57 Sozialhilfe und Asylwesen	-1.6	0.0	-4.8	-4.8	n.a.	-3.2	<-100.0
61 Strassenverkehr	-714.8	0.0	-206.4	-206.4	n.a.	508.3	71.1
72 Abwasserbeseitigung	-0.7	0.0	-0.6	-0.6	n.a.	0.1	15.3
74 Verbauungen	-6.1	0.0	0.0	0.0	n.a.	6.1	100.0
77 Übriger Umweltschutz	-300.6	0.0	-250.6	-250.6	n.a.	50.0	16.6
81 Landwirtschaft	-147.5	0.0	-170.4	-170.4	n.a.	-22.9	-15.5
89 Sonstige gewerbliche Betriebe	-499.3	0.0	-295.7	-295.7	n.a.	203.6	40.8

Finanzen

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Grossinvestitionen	-191'269.7	-280'500.0	-281'300.5	-800.5	-0.3	-90'030.9	-47.1
Einnahmen Grossinvestitionen	1'670.7	6'717.2	9'664.7	2'947.6	43.9	7'994.1	>100.0
Erhaltene Grossinvestitionsbeiträge	25'630.7	10'500.0	18'650.8	8'150.8	77.6	-6'980.0	-27.2
Nettoinvestitionen	-163'968.3	-263'282.8	-252'985.0	10'297.8	3.9	-89'016.7	-54.3
Saldo Investitionsrechnung	-163'968.3	-263'282.8	-252'985.0	10'297.8	3.9	-89'016.7	-54.3

Kommentar

- 1 Der Sach- und Betriebsaufwand fällt wegen höherer Unterhaltskosten und gestiegener Anmieten aus dem Finanzvermögen um 3 Mio. Franken höher aus als budgetiert.
- 2 Die Abschreibungen auf den Hochbauten des Verwaltungsvermögens fielen um rund 3% höher aus als budgetiert.
- 3 Der Finanzertrag auf an Dritte vermietete Objekte wurde um 7.5 Mio. Franken zu tief budgetiert, weil die Verträge mit der Hochschule für Gestaltung und Kunst zum Zeitpunkt der Budgetierung noch nicht erfasst waren.

Übriges: Allgemeine Verwaltung

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	-5'069.0	-25'025.0	-32'108.7	-7'083.7	-28.3	-27'039.7	<-100.0 ¹
31 Sach- und Betriebsaufwand	-21'816.9	-29'551.0	-29'616.0	-65.0	-0.2	-7'799.1	-35.7 ²
36 Transferaufwand	-848.4	-850.0	-846.7	3.3	0.4	1.7	0.2
Betriebsaufwand	-27'734.4	-55'426.0	-62'571.5	-7'145.5	-12.9	-34'837.1	<-100.0
42 Entgelte	1'549.4	850.0	820.9	-29.1	-3.4	-728.5	-47.0
43 Verschiedene Erträge	26'241.4	26'158.5	29'009.5	2'851.0	10.9	2'768.1	10.5 ³
46 Transferertrag	7'676.2	7'871.0	7'566.6	-304.4	-3.9	-109.6	-1.4 ⁴
Betriebsertrag	35'467.1	34'879.5	37'397.0	2'517.5	7.2	1'930.0	5.4
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	7'732.7	-20'546.5	-25'174.5	-4'628.0	-22.5	-32'907.1	<-100.0
366 Abschreibung Grossinvestitionsbeiträge	-1'000.0	-1'000.0	-1'000.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Abschreibungen	-1'000.0	-1'000.0	-1'000.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Betriebsergebnis	6'732.7	-21'546.5	-26'174.5	-4'628.0	-21.5	-32'907.1	<-100.0
44 Finanzertrag	18'388.0	17'108.0	17'109.0	1.0	0.0	-1'279.0	-7.0
Finanzergebnis	18'388.0	17'108.0	17'109.0	1.0	0.0	-1'279.0	-7.0
Gesamtergebnis	25'120.7	-4'438.5	-9'065.5	-4'627.0	<-100.0	-34'186.1	<-100.0
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	26'120.7	-3'438.5	-8'065.5	-4'627.0	<-100.0	-34'186.1	<-100.0
85 Industrie, Gewerbe, Handel	-1'000.0	-1'000.0	-1'000.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.		abs.	
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	55'304.0	57'690.0	57'689.0	-1.0	0.0	2'385.0	4.3
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	55'304.0	57'690.0	57'689.0	-1.0	0.0	2'385.0	4.3
Saldo Investitionsrechnung	55'304.0	57'690.0	57'689.0	-1.0	0.0	2'385.0	4.3

Kommentar

- 1 Im Budget 2015 wurden die erwarteten Lohnanpassungen aus der Systempflege über 11 Mio. Franken zentral eingestellt. Die effektiven Belastungen fanden in den jeweiligen Dienststellen statt. Es wurde eine nicht budgetierte Rückstellung für Lohnklagen aus der Systempflege in der Höhe von 1.7 Mio. Franken gebildet. Die Schadenszahlungen im Bereich Personal-Eigenversicherung betragen netto rund 16.6 Mio. Franken und wurden irrtümlich unter der Kontogruppe 31 budgetiert.
- 2 Die Schadenszahlungen im Bereich Personal-Eigenversicherung wurden irrtümlich unter der Kontogruppe 31 budgetiert (16.6 Mio. Franken). Die Zahlungen für Sach-, Haftpflicht- und Personenschäden fielen um rund 2.6 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Schäden für das eigene Personal im Stammhaus werden in der Kontogruppe 30 ausgewiesen und jene für die affilierten Betriebe unter der Kontogruppe 31. Für die Zusatzfinanzierung der Universität Basel aufgrund der Pensionskassengesetz-Reform und die vorhandene Unterdeckung einzelner Anschlüsse bei der Pensionskasse BS wurden Rückstellungen von 20.1 Mio. Franken gebildet.
- 3 Die in Rechnung gestellten Prämien für Personal-, Personen-, Sach- und Haftpflichtversicherungen fielen um 2.3 Mio. Franken höher aus als budgetiert. Aufgrund des positiven Abschlusses der Verwaltungskostenrechnung der Ausgleichskasse Basel-Stadt wurde eine Rückvergütung der Verwaltungskostenbeiträge im Umfang von 0.5 Mio. Franken gewährt.
- 4 Die Einnahmen aus der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe fielen um 793'000 Franken tiefer aus als budgetiert. Dagegen stehen höhere Einnahmen aus der CO2-Abgabe im Umfang von 489'000 Franken.

4.3 Konsolidierung Stammhaus

Erfolgsrechnung in Mio. Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
30 Personalaufwand	22.5	1.5	9.4	7.9	>100.0	-13.1	-58.1
31 Sach- und Betriebsaufwand	174.1	211.4	190.2	-21.2	-10.0	16.0	9.2
36 Transferaufwand	58.0	49.8	56.1	6.3	12.6	-2.0	-3.4
Betriebsaufwand	254.7	262.7	255.7	-7.0	-2.7	1.0	0.4
39 Interne Verrechnungen	-255.4	-263.5	-256.2	7.3	2.8	-0.8	-0.3
Betriebsaufwand inkl. interne Verrechnungen	-0.6	-0.8	-0.5	0.3	35.3	0.1	18.0
42 Entgelte	-181.1	-182.8	-183.5	-0.6	-0.3	-2.4	-1.3
43 Verschiedene Erträge	-15.6	-30.1	-16.2	13.9	46.2	-0.5	-3.4
46 Transferertrag	-58.0	-49.8	-56.1	-6.3	-12.6	2.0	3.4
Betriebsertrag	-254.7	-262.7	-255.7	7.0	2.7	-1.0	-0.4
49 Interne Verrechnungen	255.4	263.5	256.2	-7.3	-2.8	0.8	0.3
Betriebsertrag inkl. interne Verrechnungen	0.6	0.8	0.5	-0.3	-35.3	-0.1	-18.0
Betriebsergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.0	n.a.
34 Finanzaufwand	0.6	0.8	0.5	-0.3	-35.3	-0.1	-18.0
44 Finanzertrag	-0.6	-0.8	-0.5	0.3	35.3	0.1	18.0
Finanzergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.0	n.a.
Gesamtergebnis	0.0	0.0	0.0	0.0	n.a.	0.0	n.a.

Kommentar

Die Erfolgsrechnung der einzelnen Dienststellen und Departemente enthält aufwand- wie ertragsseitig interne Leistungsverrechnungen. Auf Stufe Kanton erfolgt die Umgliederung dieser Umsätze in die Kontengruppen 39 „Interne Verrechnungen Ausgaben“ und 49 „Interne Verrechnungen Einnahmen“. Ebenso werden die Kontokorrente zwischen den Dienststellen konsolidiert.

4.4 Jahresrechnung Nichtzweckgebundene Positionen

Finanzen

	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Erfolgsrechnung in Mio. Franken							
31 Sach- und Betriebsaufwand	-33.5	-45.2	-32.8	12.4	27.4	0.7	2.0
36 Transferaufwand	-165.9	-160.2	-164.3	-4.0	-2.5	1.6	1.0
Betriebsaufwand	-199.4	-205.4	-197.1	8.3	4.1	2.3	1.1
40 Fiskalertrag	2'619.2	2'548.6	2'785.3	236.7	9.3	166.1	6.3
41 Regalien und Konzessionen	0.0	15.7	31.1	15.4	98.5	31.0	>100.0
42 Entgelte	38.7	19.4	17.7	-1.7	-8.5	-21.0	-54.3
43 Verschiedene Erträge	1.0	0.3	0.7	0.4	>100.0	-0.3	-27.3
46 Transferertrag	257.2	243.2	293.8	50.6	20.8	36.6	14.2
Betriebsertrag	2'916.2	2'827.1	3'128.6	301.5	10.7	212.4	7.3
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	2'716.8	2'621.7	2'931.5	309.8	11.8	214.7	7.9
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	-4.3	-2.5	-2.5	0.0	0.0	1.8	41.5
365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV	0.0	0.0	-0.0	-0.0	n.a.	-0.0	n.a.
Abschreibungen	-4.3	-2.5	-2.5	-0.0	0.0	1.8	41.5
Betriebsergebnis	2'712.5	2'619.2	2'929.0	309.8	11.8	216.5	8.0
34 Finanzaufwand	-192.3	-86.0	-164.6	-78.5	-91.3	27.7	14.4
44 Finanzertrag	333.9	237.1	386.6	149.5	63.1	52.7	15.8
Finanzergebnis	141.6	151.1	222.0	71.0	47.0	80.4	56.8
Gesamtergebnis	2'854.2	2'770.2	3'151.0	380.8	13.7	296.9	10.4
davon Funktionen:							
0 Allgemeine Verwaltung	1.2	0.1	0.5	0.3	>100.0	-0.8	-63.0
6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung	9.4	7.6	9.0	1.5	19.3	-0.4	-3.9
8 Volkswirtschaft	-1.4	0.0	-2.2	-2.2	n.a.	-0.9	-62.4
9 Finanzen und Steuern	2'844.9	2'762.5	3'143.7	381.2	13.8	298.9	10.5
	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Investitionsrechnung in Mio. Franken							
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-12.3	-88.0	-164.8	-76.8	-87.3	-152.5	<-100.0
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	3.0	0.0	3.4	3.4	n.a.	0.5	15.2
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	-9.4	-88.0	-161.4	-73.4	-83.4	-152.0	<-100.0
Saldo Investitionsrechnung	-9.4	-88.0	-161.4	-73.4	-83.4	-152.0	<-100.0

4.4.1 Finanzdepartement

Finanzverwaltung Allgemein

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-1'417.2	-70.0	-2'288.7	-2'218.7	<-100.0	-871.5	-61.5 ¹
36 Transferaufwand	-165'870.8	-160'239.3	-164'280.3	-4'041.0	-2.5	1'590.6	1.0 ²
Betriebsaufwand	-167'288.0	-160'309.3	-166'569.0	-6'259.7	-3.9	719.1	0.4
41 Regalien und Konzessionen	28.7	15'650.0	31'061.9	15'411.9	98.5	31'033.3	>100.0 ³
42 Entgelte	38'739.3	19'369.7	14'382.6	-4'987.0	-25.7	-24'356.7	-62.9 ⁴
43 Verschiedene Erträge	1'015.3	289.6	738.1	448.5	>100.0	-277.2	-27.3 ⁵
46 Transferertrag	74'153.4	73'161.0	77'113.3	3'952.3	5.4	2'959.9	4.0 ⁶
Betriebsertrag	113'936.7	108'470.3	123'295.9	14'825.6	13.7	9'359.2	8.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	-53'351.4	-51'839.0	-43'273.1	8'565.9	16.5	10'078.3	18.9
364 Wertberichtigungen Aktivdarlehen VV	-4'271.9	-2'500.0	-2'500.0	0.0	0.0	1'771.9	41.5
365 Wertberichtigungen Beteiligungen VV	0.0	0.0	-0.1	-0.1	n.a.	-0.1	n.a.
Abschreibungen	-4'271.9	-2'500.0	-2'500.1	-0.1	0.0	1'771.8	41.5
Betriebsergebnis	-57'623.3	-54'339.0	-45'773.2	8'565.9	15.8	11'850.1	20.6
34 Finanzaufwand	-49'478.7	-45'342.8	-46'098.8	-756.1	-1.7	3'379.9	6.8
44 Finanzertrag	89'749.7	115'974.8	161'145.5	45'170.8	38.9	71'395.8	79.5 ⁷
Finanzergebnis	40'271.0	70'632.0	115'046.7	44'414.7	62.9	74'775.7	>100.0
Gesamtergebnis	-17'352.2	16'293.0	69'273.6	52'980.5	>100.0	86'625.8	>100.0
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	-34.0	110.0	-10.3	-120.3	<-100.0	23.7	69.8
85 Industrie, Gewerbe, Handel	-1'364.6	0.0	-2'216.6	-2'216.6	n.a.	-852.1	-62.4
93 Finanz- und Lastenausgleich	-104'711.9	-98'529.3	-99'641.3	-1'112.0	-1.1	5'070.7	4.8
94 Ertragsanteile an Bundeseinnahmen	12'994.5	11'451.0	15'157.4	3'706.4	32.4	2'163.0	16.6
95 Ertragsanteile, übrige	39'754.6	289.6	738.1	448.5	>100.0	-39'016.5	-98.1
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	36'009.2	102'971.7	155'246.3	52'274.6	50.8	119'237.0	>100.0

Investitionsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	-12'340.9	-88'000.0	-164'811.8	-76'811.8	-87.3	-152'470.9	<-100.0
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	2'959.4	0.0	3'410.2	3'410.2	n.a.	450.8	15.2
Veränderungen Darlehen, Beteiligungen	-9'381.5	-88'000.0	-161'401.6	-73'401.6	-83.4	-152'020.1	<-100.0
Saldo Investitionsrechnung	-9'381.5	-88'000.0	-161'401.6	-73'401.6	-83.4	-152'020.1	<-100.0

Kommentar

- Diese Abweichung ist mit nicht budgetierten Ausgaben für den Rückbau des Hafens St. Johann zu begründen.
- Die im Finanz- und Lastenausgleich der Gemeinden Riehen und Bettingen enthaltene Ausgleichszahlung für die Primarschulen wurden zu tief budgetiert (1.4 Mio. Franken).
Infolge der Umstellung der Verbuchungspraxis im Zusammenhang mit zinsvergünstigten Darlehen wird die Zinsdifferenz aus diesen Darlehen im Transferaufwand abgebildet (2.7 Mio. Franken). Die Gegenposition dazu befindet sich im Finanzertrag (Kontogruppe 44).
- Die SNB-Gewinnausschüttung ist um 15.4 Mio. Franken höher als budgetiert ausgefallen. Die SNB schüttete 31 Mio. Franken aus. Dies entsprach dem doppelten Betrag der budgetierten Ausschüttung.
- Die Gewährsträger-Abgeltung der BKB wurde im 2014 um 882'000 Franken zu tief abgegrenzt.
Die für 2015 vorgesehene Abgeltung wird um 5.87 Mio. Franken tiefer als budgetiert ausfallen.
- Die Vereinnahmung der erhaltenen Schenkungen/Erbschaften aus dem Jahr 2005 fiel höher als budgetiert aus.
- Der Anteil an der Eidg. Verrechnungssteuer fiel um 3.7 Mio. Franken höher als budgetiert aus.

- 7 Aus der Liquidation der AG zum Storchen erhielt der Kanton eine nicht budgetierte Liquidationsdividende in der Höhe von 42.3 Mio. Franken.

Der Ertrag aus öffentlichen Unternehmungen ist um 2.9 Mio. Franken höher als budgetiert ausgefallen.

Die Negativzinsen, welche im Zusammenhang mit einer Mittelaufnahme stehen, werden unter dem übrigen Finanzertrag gebucht. Im 2015 betragen die vereinnahmten Negativzinsen 445'000 Franken.

Steuern Steuerverwaltung

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14		
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%	
31 Sach- und Betriebsaufwand	-31'972.6	-45'000.0	-30'301.4	14'698.6	32.7	1'671.2	5.2	1
Betriebsaufwand	-31'972.6	-45'000.0	-30'301.4	14'698.6	32.7	1'671.2	5.2	
40 Fiskalertrag	2'586'110.8	2'515'500.0	2'752'865.6	237'365.6	9.4	166'754.8	6.4	2
42 Entgelte	0.0	0.0	3'336.8	3'336.8	n.a.	3'336.8	n.a.	3
46 Transferertrag	183'021.5	170'000.0	216'638.2	46'638.2	27.4	33'616.7	18.4	4
Betriebsertrag	2'769'132.4	2'685'500.0	2'972'840.6	287'340.6	10.7	203'708.3	7.4	
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	2'737'159.8	2'640'500.0	2'942'539.2	302'039.2	11.4	205'379.4	7.5	
Betriebsergebnis	2'737'159.8	2'640'500.0	2'942'539.2	302'039.2	11.4	205'379.4	7.5	
34 Finanzaufwand	-3'693.4	-4'500.0	-5'982.4	-1'482.4	-32.9	-2'289.0	-62.0	5
44 Finanzertrag	18'669.7	19'000.0	25'432.0	6'432.0	33.9	6'762.3	36.2	6
Finanzergebnis	14'976.3	14'500.0	19'449.6	4'949.6	34.1	4'473.3	29.9	
Gesamtergebnis	2'752'136.1	2'655'000.0	2'961'988.8	306'988.8	11.6	209'852.7	7.6	
davon Funktionen:								
91 Steuern	2'752'136.1	2'655'000.0	2'961'988.8	306'988.8	11.6	209'852.7	7.6	

Kommentar

- 1 Die Debitorenverluste haben sich auf einem tiefen Level eingependelt.
- 2 Die deutlich höher als budgetierten Steuereinnahmen sind auf unterschiedliche Faktoren zurückzuführen: So wurden bei mehreren Steuerarten in der Rechnung 2014 zu tiefe Abgrenzungen vorgenommen. Diese wurden nun in der Rechnung 2015 berücksichtigt. Die gute Börsen- und Wirtschaftsentwicklung haben ebenfalls zu höher als erwarteten Fiskaleinnahmen geführt.
- 3 Bussen werden ab 2015 separat ausgewiesen, nicht mehr zusammen mit Nachsteuern.
- 4 Anteil direkte Bundessteuer: es sind substantielle Nachzahlungen alter Steuerjahre enthalten.
- 5 Der Zinsaufwand für Gutschriftszinsen wurde zu tief budgetiert.
- 6 Der Zinsertrag für Verzugszinsen wurde zu tief budgetiert.

Parkhäuser Finanzvermögen

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
34 Finanzaufwand	-8'759.7	-5'981.0	-11'054.4	-5'073.4	-84.8	-2'294.7	-26.2 ¹
44 Finanzertrag	18'178.1	13'568.1	20'103.8	6'535.7	48.2	1'925.7	10.6 ²
Finanzergebnis	9'418.4	7'587.1	9'049.4	1'462.4	19.3	-369.0	-3.9
Gesamtergebnis	9'418.4	7'587.1	9'049.4	1'462.4	19.3	-369.0	-3.9
davon Funktionen:							
61 Strassenverkehr	9'418.4	7'587.1	9'049.4	1'462.4	19.3	-369.0	-3.9

Kommentar

- 1 Der Finanzaufwand fällt vorwiegend aufgrund der jährlich vorzunehmenden Neubewertungen um rund 5 Mio. Franken höher aus als budgetiert. Diese Bewegungen von bis zu +/- 10% bei den Auf- und Abwertungen liegen in der Natur der Sache und sind nicht im Voraus budgetierbar. Netto resultierte ein kleiner Aufwertungsgewinn im Portfolio von rund 0.3 Mio. Franken. Ebenfalls trug der Kauf des Parkhauses Storchen Mitte 2015 zu höheren Kosten als budgetiert bei.
- 2 Der Finanzertrag liegt ebenfalls aufgrund der Neubewertungen wie schon unter FDK 34 erklärt um rund 6.5 Mio. Franken über dem Budget. Ebenfalls trug der Kauf des Parkhauses Storchen Mitte 2015 zu höheren Erträgen als budgetiert bei.

Liegenschaften Finanzvermögen

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
34 Finanzaufwand	-130'374.3	-30'218.9	-101'456.8	-71'238.0	<-100.0	28'917.5	22.2 ¹
44 Finanzertrag	207'327.5	88'554.0	179'948.2	91'394.2	>100.0	-27'379.3	-13.2 ²
Finanzergebnis	76'953.2	58'335.1	78'491.4	20'156.3	34.6	1'538.2	2.0
Gesamtergebnis	76'953.2	58'335.1	78'491.4	20'156.3	34.6	1'532.3	2.0
davon Funktionen:							
02 Allgemeine Dienste	1'254.2	0.0	461.5	461.5	n.a.	-792.7	-63.2
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	75'699.0	58'335.1	78'029.9	19'694.8	33.8	2'325.0	3.1

Kommentar

- 1 Der Finanzaufwand fällt vorwiegend aufgrund der jährlich vorzunehmenden Neubewertungen um rund 71 Mio. Franken höher aus als budgetiert. Diese Bewegungen von bis zu +/- 10% bei den Auf- und Abwertungen liegen in der Natur der Sache und sind nicht im Voraus budgetierbar. Netto resultierte ein Aufwertungsgewinn im Portfolio von rund 22 Mio. Franken. Ebenfalls trug der Kauf des Geschäftshauses Storchen Mitte 2015 zu höheren Kosten als budgetiert bei.
- 2 Der Finanzertrag liegt ebenfalls aufgrund der Neubewertungen wie schon unter FDK 34 erklärt um rund 91 Mio. Franken über dem Budget. Ebenfalls trug der Kauf des Geschäftshauses Storchen Mitte 2015 zu höheren Erträgen als budgetiert bei.

4.4.2 Gesundheitsdepartement

Hundesteuer

Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
31 Sach- und Betriebsaufwand	-106.4	-120.0	-103.5	16.5	13.8	2.9	2.8
Betriebsaufwand	-106.4	-120.0	-103.5	16.5	13.8	2.9	2.8
40 Fiskalertrag	627.8	635.0	641.6	6.6	1.0	13.8	2.2
Betriebsertrag	627.8	635.0	641.6	6.6	1.0	13.8	2.2
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	521.4	515.0	538.2	23.2	4.5	16.7	3.2
Betriebsergebnis	521.4	515.0	538.2	23.2	4.5	16.7	3.2
Gesamtergebnis	521.4	515.0	538.2	23.2	4.5	16.7	3.2
davon Funktionen:							
92 Steuerabkommen	521.4	515.0	538.2	23.2	4.5	16.7	3.2

4.4.3 Justiz- und Sicherheitsdepartement

Motorfahrzeugsteuer

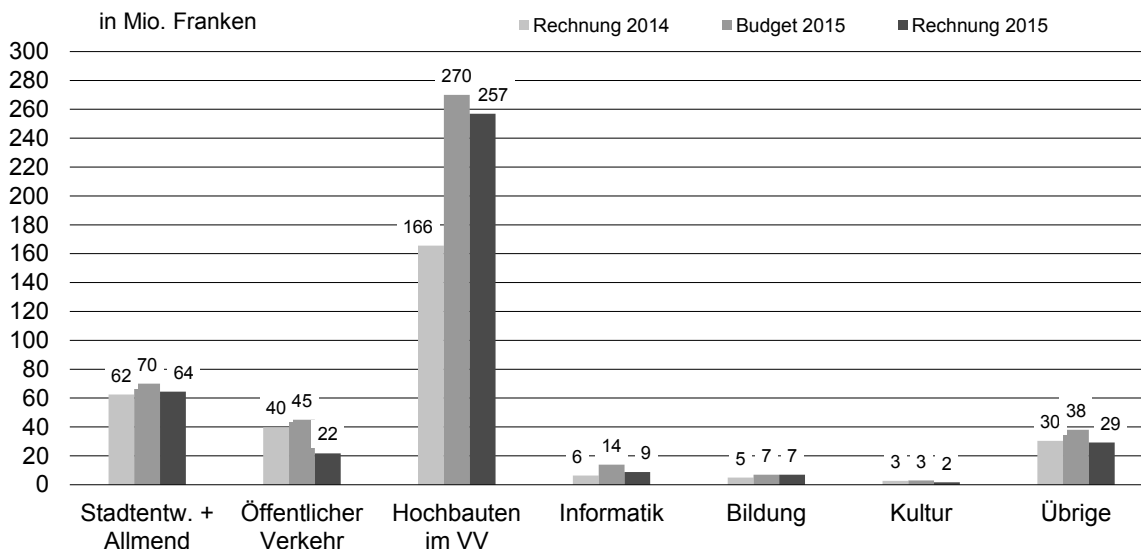
Finanzen

Erfolgsrechnung in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
31 Sach- und Betriebsaufwand	0.0	0.0	-135.3	-135.3	n.a.	-135.3	n.a.
Betriebsaufwand	0.0	0.0	-135.3	-135.3	n.a.	-135.3	n.a.
40 Fiskalertrag	32'469.7	32'500.0	31'817.6	-682.4	-2.1	-652.1	-2.0
Betriebsertrag	32'469.7	32'500.0	31'817.6	-682.4	-2.1	-652.1	-2.0
Betriebsergebnis vor Abschreibungen	32'469.7	32'500.0	31'682.3	-817.7	-2.5	-787.4	-2.4
Betriebsergebnis	32'469.7	32'500.0	31'682.3	-817.7	-2.5	-787.4	-2.4
Gesamtergebnis	32'469.7	32'500.0	31'682.3	-817.7	-2.5	-787.4	-2.4
davon Funktionen:							
92 Steuerabkommen	32'469.7	32'500.0	31'682.3	-817.7	-2.5	-787.4	-2.4

5 Die Investitionen

5.1 Kommentar zu den Investitionsbereichen und den darin enthaltenen Investitionsvorhaben

5.1.1 Investitionsplafonds



Der Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen hat für das Jahr 2015 mit 256.9 Mio. Franken die höchsten Ausgaben sämtlicher Bereiche realisiert. Dies entspricht einem Anteil von 65.9% an den Gesamtausgaben von 389.7 Mio. Franken. Im Jahr 2015 investierte der Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur 64.4 Mio. Franken, was einem prozentualen Anteil von 16.5% an den Gesamtausgaben entspricht. Des Weiteren haben die Investitionsbereiche Öffentlicher Verkehr mit 21.8 Mio. Franken (5.6%), Übrige mit 29.3 Mio. Franken (7.5%), Informatik mit 8.8 Mio. Franken (2.3%), Bildung 6.9 Mio. Franken (1.8%) und Kultur 1.7 Mio. Franken (0.4%) investiert.

Im Jahr 2015 wird ein Ausschöpfungsgrad von 87.2% erreicht. Im Jahr 2014 lag dieser bei 90.8%.

5.1.2 Die grössten Vorhaben

Die nachfolgende Liste enthält einen Überblick über diejenigen Vorhaben, für die im Jahr 2015 die höchsten Ausgaben getätigt wurden.

Vorhaben in Mio. Franken	Investitionsbereich	Brutto	Drittmittel	Netto
1 Kunstmuseum Erweiterungsbau Burghof	Hochbauten im VV Teil Kultur	33.9	16.5	17.4
2 Sandgrube Schulhaus Neubau	Hochbauten im VV Teil Bildung	23.1		23.1
3 Bäumlhof-Gymnasium Gesamtsanierung	Hochbauten im VV Teil Bildung	22.1		22.1
4 Theater und Schauspielhaus Sanierung	Hochbauten im VV Teil Kultur	21.8		21.8
5 Rahmenausgaben Schulharmonisierung	Hochbauten im VV Teil Bildung	20.2		20.2
6 Aktivierbare Massnahmen Hochbau VV	Hochbauten im VV Teil Übrige	15.6		15.6
7 Kunstmuseum Vorgezogene Sanierung	Hochbauten im VV Teil Kultur	12.4		12.4
8 Rahmenausgaben Strassen	Stadtentwickl. + Allmendinfrastruktur	12.4		12.4
9 RAB Klimaneutrale Verwaltung BS	Hochbauten im VV Teil Übrige	10.5		10.5
10 St. Jakob Sportanlage Tribünengebäude	Hochbauten im VV Teil Bildung	9.4		9.4
Total		181.4	16.5	164.9

5.1.3 Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur

Der Investitionsbereich Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur schliesst 2015 mit Ausgaben von netto 64.4 Mio. Franken ab. Davon entfallen 6.1 Mio. Franken auf Ausgaben zu Lasten des Mehrwertabgabefonds, die nicht an das Budget des Investitionsbereichs Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur anzurechnen sind. Die anrechenbaren Ausgaben von netto 58.3 Mio. Franken liegen damit um 11.7 Mio. Franken unter dem Budget von 70.0 Mio. Franken bzw. 0.7 Mio. Franken unter dem Wert von 2014 (59.0 Mio. Franken).

Die Rahmenausgaben zur Erhaltung der Infrastruktur (Strassen, Umgestaltung, Kunstbauten, Wasserbau, Abwasserableitungsanlagen, Lichtsignalanlagen und Stadtgrün) schliessen 2015 mit 22.3 Mio. Franken ab und liegen damit 13.0 Mio. Franken resp. 37% unter dem Budget (35.3 Mio. Franken) bzw. 1.9 Mio. Franken unter dem Wert von 2014 (24.2 Mio. Franken). Die Rahmenausgaben zur Erhaltung der Infrastruktur stellen einen Anteil von 38% an den an das Budget des Investitionsbereichs Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur anrechenbaren Ausgaben (2014: 41%). Wird die Rahmenausgabe zur Wiederbeschaffung von Fahrzeugen mit Ausgaben von 1.6 Mio. Franken zusätzlich berücksichtigt, beträgt der Anteil der gebundenen Rahmenausgaben 41% der anrechenbaren Ausgaben.

Neben den Rahmenausgaben gehören 2015 die Rheinuferpromenade vom St. Johannis-Park bis zur Landesgrenze mit Ausgaben von netto 9.6 Mio. Franken (Anteil von 16.5% der anrechenbaren Ausgaben), die Verlängerung der Tramlinie 8 von Kleinhüningen nach Weil am Rhein mit Ausgaben von 4.0 Mio. Franken (Anteil von 6.9% der anrechenbaren Ausgaben), die Umgestaltung des Luzerner- /Wasgenrings mit Ausgaben von netto 3.7 Mio. Franken (Anteil von 6.3 % der anrechenbaren Ausgaben) sowie die Umgestaltung der Grenzacherstrasse von der Peter Rot-Strasse bis zur Solitüde mit Ausgaben von 1.9 Mio. Franken (Anteil von 3.3% der anrechenbaren Ausgaben) zu den grössten Projekten.

Weitere grössere Projekte waren die Umgestaltung der Elisabethenstrasse mit 1.5 Mio. Franken, die Erschliessung der Westschollenstrasse auf der Erlenmatt mit 1.4 Mio. Franken und die Ausgaben im Rahmen des Gestaltungsprojekts Innenstadt mit 1.1 Mio. Franken.

Neu begonnen wurde 2015 unter anderem mit der Umgestaltung der Reinacherstrasse Süd von der Jakobsbergerstrasse bis zur Giornicostrasse und den Arbeiten im Rahmen des Gestaltungskonzepts Innenstadt sowie den Arbeiten am Stadtterminal Erlenmatt.

5.1.4 Öffentlicher Verkehr

Der Investitionsbereich Öffentlicher Verkehr schliesst 2015 mit netto 21.8 Mio. Franken ab und liegt 23.2 Mio. Franken unter dem Budget von 45.0 Mio. Franken bzw. 18.0 Mio. Franken unter dem Wert von 2014 (39.8 Mio. Franken).

Die Rahmenausgaben Gleisanlagen weisen Ausgaben von 12.4 Mio. Franken aus und liegen damit 17.6 Mio. Franken unter dem Budget resp. 12.2 Mio. Franken unter dem Wert von 2014. Sie stellen im Jahr 2015 einen Anteil von 57% am Gesamtergebnis des Investitionsbereichs Öffentlicher Verkehr (2014: 62%).

Zu den grössten Vorhaben gehören die Verlängerung der Tramlinie 8 von Kleinhüningen nach Weil am Rhein mit Ausgaben von 5.2 Mio. Franken und einem Anteil von 23.9% am Gesamtergebnis, die Arbeiten an der Verlängerung der Tramlinie 3 nach Saint Louis mit Ausgaben von 1.6 Mio. Franken und einem Anteil von 7.3% am Gesamtergebnis, die Ausgaben im Zusammenhang mit dem Behindertengleichstellungs-Gesetz mit 0.4 Mio. Franken und einem Anteil von 1.8% am Gesamtergebnis, die Arbeiten am Vorprojekt für das Herzstück der Regio-S-Bahn Basel mit Ausgaben von 0.4 Mio. Franken und einem Anteil von 1.8% am Gesamtergebnis, die Arbeiten an der Endhaltestelle der Tramlinie 11 im Zusammenhang mit der Anpassung des Knotens Elsässer-/Kohlenstrasse mit Ausgaben von 0.3 Mio. Franken und einem Anteil von 1.4% am Gesamtergebnis sowie die Lärm-minderungs-massnahmen der BVB (Gleisschmieranlagen) mit Ausgaben von 0.3 Mio. Franken und einem Anteil von 1.4% am Gesamtergebnis.

Neu begonnen wurde mit dem Vorprojekt für das Herzstück der Regio-S-Bahn Basel.

5.1.5 Hochbauten im Verwaltungsvermögen

Der Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen schliesst 2015 mit 256.9 Mio. Franken ab und liegt mit 13.1 Mio. Franken unter dem Budget 2015 von 270.0 Mio. Franken, was einer Ausschöpfung von 95.1% entspricht.

Die Gründe für die Abweichung zum Budget von 13.1 Mio. Franken sind die optimistische Budgetierung vor der Planung von im Berichtsjahr beginnenden Projekten sowie Bauverzögerungen, insbesondere beim Bauen unter Betrieb.

Bildung Die wichtigsten Vorhaben der Hochbauten im Bereich Bildung im Jahr 2015 waren der Neubau des Mehrzweckgebäudes beim Leichtathletikstadion St. Jakob mit 9.4 Mio. Franken, die Modernisierung und Sanierung der St. Jakobshalle mit 6.9 Mio. Franken und die Abschlussarbeiten am im Herbst 2014 eröffneten Um- und Neubau für die Hochschule für Gestaltung und Kunst (HGK) der FHNW im Kunstfreilager Dreispitz mit 5.0 Mio. Franken.

Die grössten Umbau- und Sanierungsvorhaben 2015 bei den Schulen betrafen das Bäumlhof-Gymnasium mit 22.1 Mio. Franken, das Theobald Baerwart-Schulhaus mit 8.5 Mio. Franken und das Kirschgarten-Gymnasium mit 6.8 Mio. Franken. Bei den Neubauten wurden 2015 für das Sekundarschulhauses Sandgrube 23.1 Mio. Franken, für das Schulhaus Schoren 7.8 Mio. Franken und für das Schulhaus Erlenmatt 7.5 Mio. Franken aufgewendet.

Aus den Rahmenausgabenbewilligungen für die Baumassnahmen zur Harmonisierung der Schulen wurden 20.2 Mio. Franken und für die Tagesstrukturen 4.7 Mio. Franken im Jahr 2015 ausgegeben.

Kultur Im Teil Kultur waren die wichtigsten Vorhaben die Sanierungen der Haus- und Bühnentechnik am Stadttheater mit 21.8 Mio. Franken. Für die vorgezogenen Sanierungsmassnahmen am Hauptbau des Kunstmuseums wurden 12.4 Mio. Franken im Jahr 2015 ausgegeben. Für die Erweiterung des Kunstmuseums wurden 2015 zu Lasten des Baukredits 33.9 Mio. Franken aufgewendet, die Laurenz-Stiftung hat daran einen Beitrag von 15.5 Mio. Franken geleistet.

Übrige Die grössten Vorhaben 2015 bei den Hochbauten im Teil Übrige waren der Umbau für die Kantonspolizei im Zeughaus mit 3.6 Mio. Franken, die Umsetzung des Magazinkonzepts für die Stadtgärtnerei mit 3.1 Mio. Franken, der Neubau des Krematoriums auf dem Friedhof am Hörnli mit

2.8 Mio. Franken sowie die Massnahmen im Untersuchungsgefängnis Waaghof (Zellenerweiterung, Fensterersatz, Sicherheit) mit insgesamt 1.7 Mio. Franken.

Für die aktivierbaren Massnahmen an den Hochbauten von jeweils weniger als 300'000 Franken wurden 15.6 Mio. Franken und aus dem Rahmenkredit für die Massnahmen zur Erreichung der Ziele der klimaneutralen Verwaltung 10.5 Mio. Franken aufgewendet. Für die Projektierung der Fotovoltaikanlagen wurden 0.4 Mio. Franken ausgegeben.

5.1.6 Informatik

Der Investitionsbereich Informatik schliesst im 2015 mit 8.8 Mio. Franken ab und liegt mit 5.1 Mio. Franken unter dem Budget von 13.9 Mio. Franken bzw. 2.5 Mio. Franken über dem Wert von 2014 (6.3 Mio. Franken).

Das geplante Budget wurde unterschritten, da bei einigen Vorhaben noch Beschlüsse gefasst werden müssen, was zur zeitlichen Verschiebung von Teilinvestitionen führt.

Die grössten Ausgaben 2015 wurden mit 1.8 Mio. Franken für das Projekt Personenauskunfts-Registrier- und Informationssystem beim JSD im Bereich Bevölkerungsdienste und Migration, der Erneuerung der Informations- und Telekommunikationsinfrastrukturen bei den Volksschulen mit 1.3 Mio. Franken sowie für die Zentralen Anlagekomponenten der Zentralen Informatikdienste mit 1.3 Mio. Franken getätigt. Des Weiteren wurden für die Umsetzung des neuen Netzwerks der Blaulichtorganisationen (SANBOE) 1.3 Mio. Franken und für die Umsetzung des neuen Geschäftsverwaltungssystems der Staatsanwaltschaft 1.1 Mio. Franken aufgewendet.

5.1.7 Bildung

Der Investitionsbereich Bildung schliesst im 2015 mit Ausgaben in der Höhe von 6.9 Mio. Franken ab und liegt mit 0.1 Mio. Franken unter dem Budget von 7.0 Mio. Franken bzw. 1.9 Mio. Franken über dem Wert von 2014 (5.0 Mio. Franken).

Die Investitionsmittel wurden vollumfänglich für Mobiliaranschaffungen und Betriebseinrichtungen verwendet. Die grössten Ausgaben im Jahr 2015 über insgesamt 5.9 Mio. Franken sind dabei im Zusammenhang mit den beiden Rahmenausgabenbewilligungen Schulharmonisierung und Tagesstrukturen getätigt worden. Weiter wurden u.a. für die Ausstattung des Tribünengebäudes auf den Sportanlagen St. Jakob 0.5 Mio. Franken und für Objekte der Schulraumoffensive 0.3 Mio. Franken aufgewendet.

5.1.8 Kultur

Für den Investitionsbereich Kultur wurden im 2015 insgesamt Ausgaben von 1.7 Mio. Franken getätigt. Damit wurde der budgetierte Betrag von 3.0 Mio. Franken um 1.3 Mio. Franken unterschritten und liegt mit 0.9 Mio. Franken unter dem Wert vom Vorjahr (2.6 Mio. Franken).

Die höchsten Unterschreitungen resultieren aus der Verzögerung der folgenden Projekte: Proberäume für Bands von 0.2 Mio. Franken, externes Lager Mieterausbau von 0.3 Mio. Franken und die Dauerausstellung und Betriebseinrichtungen beim Naturhistorischen Museum von 0.8 Mio. Franken.

Die grössten Vorhaben im 2015 waren die Ankäufe von Kunstwerken beim Kunstmuseum mit 4.7 Mio. Franken (woran die Stiftung des Kunstmuseums einen Beitrag von 4.3 Mio. Franken geleistet hat) sowie die Erweiterung Burghof Mobilien mit 0.5 Mio. Franken.

Des Weiteren zählen zu den grösseren Vorhaben beim Naturhistorischen Museum die Dauerausstellung und Betriebseinrichtung mit 0.3 Mio. Franken, die Wiedereröffnung des Museums der Kulturen mit 0.1 Mio. Franken sowie die neue permanente Ausstellung (Einrichtung) beim Museum der Kulturen mit 0.1 Mio. Franken.

5.1.9 Übrige

Für den Investitionsbereich Übrige wurden im 2015 insgesamt Ausgaben in Höhe von 29.3 Mio. Franken getätigt. Für den allgemeinen, betrieblichen Teil wurden 9.8 Mio. Franken und für die baulichen Investitionsbeiträge 19.5 Mio. Franken ausgegeben. Damit liegen die Ausgaben um 8.8 Mio. Franken unter dem Budget 2015 von 38.1 Mio. Franken. Dies ist auf die Unterschreitung des Budgets bei den Investitionsbeiträgen zu Gunsten des Pflegeheims Humanitas Riehen von 5.3 Mio. Franken infolge verzögerten Baubeginns und bei den nötigen Ersatzinvestitionen in den bestehenden Teil der kommunalen Kläranlage ARA um 3.6 Mio. Franken sowie bei der Projektierung der Erweiterung der Abwasserreinigungsanlage (Projekt EABA) von 3.1 Mio. Franken infolge längerer Bewilligungsdauer zurückzuführen.

Die grössten Ausgaben 2015 wurden im allgemeinen Bereich für die Projektierung der Erweiterung der Abwasserreinigungsanlage (Projekt EABA) mit 2.7 Mio. Franken und für den maschinellen Teil der bestehenden Abwasserreinigungsanlage mit 0.5 Mio. Franken, für die Erhaltung der Infrastruktur der Friedhöfe mit 0.8 Mio. Franken sowie der Freizeitgartenareale mit 0.6 Mio. Franken getätigt.

Die grössten Vorhaben im Bereich der baulichen Investitionsbeiträge waren im 2015 der Beitrag des Kantons Basel-Stadt an die Neubauten der Alters- und Pflegeheime Marthastift und Adullam Riehen mit total 7.3 Mio. Franken, der Beitrag an die Allgemeine Bibliotheken der GGG in Höhe von 5.5 Mio. Franken, der Beitrag für die Ausweitung der erfolgreichen Kooperation zwischen dem Departement für Biosysteme der ETH Zürich (D-BSSE) und der Universität Basel mit 3.0 Mio. Franken sowie an den Denkmalschutz in der Höhe von 2.5 Mio. Franken.

5.2 Investitionsübersichtsliste

5.2.1 Ausschöpfung der Plafonds

In der nachfolgenden Investitionsübersichtsliste werden die Ausgaben im 2015 für die einzelnen Vorhaben der jeweiligen Investitionsbereiche gezeigt. Dabei ist zu beachten, dass die in der Investitionsübersichtsliste budgetierten Vorhaben zusammen einen maximalen Budgetbetrag von 130% des im Budget eingestellten 100%-Plafonds ergeben. Damit wird erreicht, dass bei Verzögerungen oder Budgetunterschreitungen durch ein Verschieben zwischen einzelnen Vorhaben möglichst der gesamte zur Verfügung stehende Betrag (Plafond von 100%) wirklich realisiert werden kann. Die Ausschöpfung selbst hingegen ist strikt auf den bewilligten Plafondbetrag (100%) beschränkt. Nur dieser Betrag ist auch als Pauschale im Generalsekretariat des für einen Investitionsbereich verantwortlichen Departements budgetiert. Die nachfolgende Grafik zeigt einerseits den budgetierten Betrag 2015 (100%-Plafond), die Ausgaben im 2015 (Rechnung 2015, Total der Investitionsübersichtsliste) sowie die prozentuale Ausschöpfung des budgetierten Betrags im Jahr 2015.

Investitionsbereiche in Franken	Budget 2015	Rechnung 2015	Ausschöpfung 2015
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	70'000'000.00	64'383'964	92% ¹
Öffentlicher Verkehr	45'000'000.00	21'760'967	48%
Hochbauten im Verwaltungsvermögen	270'000'000.00	256'942'519	95%
Informatik	13'900'000.00	8'775'492	63%
Bildung	7'000'000.00	6'871'134	98%
Kultur	3'000'000.00	1'654'327	55%
Übrige	38'100'000.00	29'269'484	77%
Total Investitionsübersicht	447'000'000	389'657'887	87.2%

Kommentar

¹ Ohne Berücksichtigung der Vorhaben, welche durch den MWA-Fonds (über die Bilanz) finanziert werden, beträgt die Ausschöpfung 83.3%.

5.2.2 Investitionsübersichtsliste

Auf der Investitionsübersichtsliste wird beim Investitionsbereich Hochbauten im Verwaltungsvermögen neben dem Saldo für den gesamten Investitionsbereich auch jeweils ein Teilsaldo für die Bauvorhaben im Bereich der Bildung (Teil Bildung) und für die allgemeinen Bauvorhaben (Teil Übrige) gezeigt. Der Investitionsbereich Übrige weist neben dem Teilsaldo für die allgemeinen Investitionen (Teil Allgemeines) zusätzlich den Teilsaldo für die baulichen Investitionsbeiträge (Teil Investitionsbeiträge) aus.

Die Investitionsübersichtsliste enthält nur Vorhaben aus dem aktuellen regierungsrätlichen Investitionsprogramm.

Bei den Investitionen sind kreditrechtlich die Plafonds für die Investitionsausgaben pro Investitionsbereich relevant. Reicht ein Plafonds nicht aus, muss das Budget für Investitionen erhöht werden. Die einzelnen Vorhaben auf der Investitionsübersichtsliste sind somit nicht eigene Budgetkredite, ihre Auflistung dient vielmehr der transparenten Darlegung der geplanten Ausgaben, der bereits ausgeschöpften Beträge und der budgetierten Jahrestanchen. Der Grosse Rat bewilligt die finanzrechtlich neuen Ausgaben grösser 300'000 Franken (auf der Investitionsübersichtsliste mit „neu“ bezeichnet) aufgrund eines Ausgabenberichts oder Ratschlages. Die finanzrechtlich neuen Vorhaben grösser 1'500'000 Franken unterstehen dem fakultativen Referendum.

Legende

Finanzrechtlicher Status

- **geb** Die Abkürzung geb steht für gebundene Investitionsausgabe grösser 300'000 Franken.
- **neu ohne Datum** Neu ohne Datum steht für neue Investitionsausgaben grösser 300'000 Franken, die vom Grossen Rat noch nicht aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes bewilligt wurden.
- **neu mit Datum** Neu mit Datum steht für neue Investitionsausgaben grösser 300'000 Franken, die vom Grossen Rat aufgrund eines Ratschlages oder Ausgabenberichtes bewilligt wurden.

Ausschöpfung

- **Total** Diese Spalte beinhaltet die insgesamt bewilligten Ausgaben pro Investitionsvorhaben sowie die erwarteten Drittmittel.
- **Ausschöpfung bis 2014** Die Spalte beinhaltet alle bis 2014 getätigten Ausgaben bzw. die bis 2014 erhaltenen Drittmittel für das jeweilige Investitionsvorhaben.
- **Ausschöpfung Budget 2015** Diese Spalte zeigt den budgetierten Investitionsbetrag sowie die Drittmittel für das Jahr 2015.
- **Ausschöpfung Rechnung 2015** Die Spalte beinhaltet alle im 2015 getätigten Ausgaben bzw. die im Jahr 2015 erhaltenen Drittmittel.
- **Ausschöpfung ab 2016** Diese Spalte umfasst alle ab 2016 geplanten Ausgaben und Drittmittel für das jeweilige Investitionsvorhaben.

Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben					
		Total	Ausschöpfung				
			bis 2014	B 2015	R 2015	ab 2016	
350	Kantons- u. Stadtentwickl.	4400	2'507				1'893
501000001	APS Projekt Kasernenareal	neu 17.11.99	600	409	Abschluss	Abrechn.	
501000015	Stadtentwicklung Basel-Nord	neu 15.12.05	3000	1611	Abschluss	Abrechn.	
502000019	Stadtwohnen Logis Bäle	neu 17.01.07	800	487	Abschluss	Abrechn.	
601	Generalsekretariat BVD		46'000	5'261	12'301	6'089	34'650
001020207	MWA Nachtigallenwäldli Parkanlage	neu 16.02.11	7'200	904	2'376	2'048	4'248
	... davon Drittmittel		-97	-97			
001020211	MWA Liestaleranlage Umgestaltung	neu 13.03.13	1'610	25	1'000	121	1'463
001020214	MWA DB-Areal Reinigung/Gestaltung	neu 17.10.07	14'960	8'577	3'000	705	5'677
	... davon Drittmittel		-7'748	-7'748			
001020216	MWA DB-Areal Reinigung	neu 17.10.07	1'000	401	100	96	504
	... davon Drittmittel		-352	-352			
001020217	MWA Voltamatte Neugestaltung	neu 19.05.10	4'436	3'245		364	827
	... davon Drittmittel		-2'032	-2'032			
001020222	MWA Heuwaage TS	neu 16.02.11	3'960	283	1'328	183	3'494
	... davon Drittmittel		-54	-54			
001020223	MWA Schwarzpark sanfte Öffnung	neu 22.01.13	3'100	1'757	900	343	999
001020224	MWA Bläsiring-Müllheimerstr.	neu 20.10.10	415	299	Abschluss	Abrechn.	
	... davon Drittmittel		-24	-24			
001020225	MWA Klingentalweglein Öffnung	neu 08.02.12	1'485	10	57	19	1'456
001020226	MWA Oekolampmatte, Umgestaltung	neu 28.10.15	2'850		100		2'850
001020228	MWA Schwarzwaldallee TS	neu 15.01.13	1'151	4	850	32	1'115
001020231	MWA Schützenmattpark	neu 14.04.15	470			64	406
	... davon Drittmittel		-64			-64	
001020233	MWA Grenzacherstrasse TS	neu 23.10.13	1'650	47	1'000	540	1'063
001020235	MWA Breitematte	neu 08.07.14	890	16	90	770	105
001020236	MWA Lange Erlen, Spielaue, Inv. Beitrag	neu 03.03.15	2'150		1'000	111	2'039
001020237	MWA Landhof Sanierung und Aufwertung	neu	5'000		500		5'000
001020238	MWA Fabrikstrasse	neu 16.09.14	2'616			143	2'473
001020239	MWA Liesbergermatte	neu 14.04.15	573			238	335
001020246	MWA Tangentenweg, Anteil Grün	neu 01.09.15	855			374	480
614	Stadtgärtnerei		12'860	4'756	1'616	732	7'372
030020306	RV Erh. Infr. Stadtgrün 2014-2016	geb 12.11.13	5'105	18	1'610	656	4'430
030050502	Sicherheit auf Kinderspielplätz	neu 17.01.07	5'300	4'738	6	76	486
885020001	Fonds Karl Schlecht, Garten alte Uni	neu 23.09.14	2'532			77	2'455
	... davon Drittmittel		-77			-77	
617	Tiefbauamt		495'450	246'737	73'567	54'536	194'177
010020002	Horburgstrasse Begrünung/Platzumbau	neu 14.10.09	1'488	1'555	Abschluss	Abrechn.	
010020007	Elsässer-/Kohlenstr. Knoten Anpassung	neu 14.04.10	8'100	5'276	150	1'056	1'769
010020010	Neugestaltung Lichtstrasse	neu 19.05.10	988	487	Abschluss	Abrechn.	
010020011	Schanzenstr./Spitalstr UKBB Umg.	neu 23.06.10	785	782	5		Abschluss
010020014	Chrischonarain Abschn. Leimgrub.	neu 09.06.10	2'900	2'420	20	27	453
010020015	Grosspeteranlage (Erschliessung)	neu 11.05.11	872	526	10	27	319
	... davon Drittmittel				-279		
010020017	Veloweg Lange Erlen TS STR	neu 16.10.13	1'630	124	1'200	830	676
010020020	Wiesenplatz Umgestaltung TS STR	neu 15.02.12	3'750	113	2'300	87	3'551
010020023	Elsässerstr. Hünigerstr. Umgestaltung	neu 06.04.11	3'700	2'011	150	582	1'107
010020027	St. Jakobs-Strasse Veloweg	neu	1'000		50		1'000
010020030	RAB Tempo 30 Zonen Erweiterung	neu 09.01.13	3'000	536	680	565	1'899
	... davon Drittmittel		-4			-4	
010020032	Hegenheimerstr. - Belforterstr.	neu 05.06.13	1'520	106	1'250	941	473
010020033	Rheinuferpromenade Schaffhauser Rheinweg	neu	1'480		50		1'480
011021051	St. Johann Verkehrsinfrastruktur	neu 19.01.05	22'000	20'310	15	12	Abschluss
	... davon Drittmittel		-1'163	-1'163			
011021061	RAB neu Velo/Mofa	neu 18.01.06	8'000	6'902	350	462	637
	... davon Drittmittel		-228	-228			
011021063	Grenzacherstr., Landauer-Hörnli	neu 06.04.11	1'440	664	810	709	67

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl.		Bruttoausgaben					
			Status	Total	Ausschöpfung			
					bis 2014	B 2015	R 2015	ab 2016
011021072 Elisabethenstr. Umgestaltung	neu	19.01.11	9'381	2'571	3'000	1'623	5'187	
... davon Drittmittel			-138			-138		
011021078 Erlenmatt Erschliessung Mitte	neu	17.10.07	4'868	3'785	400	355	728	
... davon Drittmittel								
011021083 Luzerner-/Wasgenring Umgestaltung	neu	10.12.08	29'950	22'031	3'500	4'654	3'265	
... davon Drittmittel			-4'946	-3'909	-1'300	-1'037		
011021084 Erlenmatt Erschliessung Ost	neu	09.12.09	9'570	3'174	1'800	624	5'772	
011021086 Reinacherstr.Süd TS STR	neu	09.01.13	1'020		400	29	991	
011021087 Wettsteinallee „Neue Baumreihe“	neu	14.05.08	650	492		7	151	
... davon Drittmittel			-492	-492				
011021088 Aeussere Baselstrasse II TS STR	neu	02.03.11	12'000	1'207	1'330	487	10'307	
011021090 MorgartenringIm langen Loh-Gen.	neu	20.10.10	3'420	3'235	10		185	
... davon Drittmittel			-199	-199				
012140001 N2 Projekt und Bauleitung	geb	04.12.94		62	508	-40	-21 ¹	
012240002 N2 Landerwerb	geb	04.12.94		121	550	1'230	-1'351 ¹	
012320400 N2 Einnahmen und Rückerstattung	geb	04.12.94					²	
... davon Drittmittel			-41'816	-40'463	-2'193	-1'353		
012340003 N2 Bauausführung	geb	04.12.94		1'935	2'016	161	-2'097 ¹	
020020001 Rheinuferpromenade St. Johanss	neu	29.06.11	27'970	11'364	11'000	10'785	5'821	
... davon Drittmittel			-2'486	-1'243	-1'725	-1'243		
020020006 Hafenenwicklung Klybeckquai Öffnung	neu	11.01.12	900	1'033	Abschluss	Abrechn.		
... davon Drittmittel			-124	-124				
020020007 Wiese Revitalisierung TS WB	neu	08.05.12	7'000	155	3'800	115	6'730	
... davon Drittmittel					-2'100			
021028002 Tram 8 Weil IB1	neu	16.01.08	32'736	27'546	2'050	3'987	1'203	
... davon Drittmittel			-8'840	-8'840	-800			
025020001 Aeschengraben Veloverb. Umgest.TS STR	neu	21.05.15	3'521		230		3'521	
025020004 RAB Gest. Innenstadt stabile Räume	neu	18.03.15	24'500		600	1'093	23'407	
025020005 Grosspeteranlage Erschl. TS STR	geb	04.09.12	1'630	17	50	1	1'612	
... davon Drittmittel					-50			
025020006 LöBas Lörracher-/Baselstr. Umg. TS STR	neu	12.02.14	6'922	113	2'500	251	6'558	
... davon Drittmittel					-2'000			
025020009 Grenzacherstrasse TS STR	neu	23.10.13	2'830	638	1'850	1'942	250	
025020010 Erlenmatt Westschollenstr./Tangentenweg	geb	04.09.12	2'940	1'069	2'500	1'426	445	
... davon Drittmittel			2'940			-20		
025020011 Erlenmatt Stadterminal	neu	07.01.15	5'082			93	4'989	
025120302 Euroville Bahnhofvorfahrt Süd	neu	17.05.95	17'500	11'908	Abschluss	Abrechn.		
030051000 OT 7: A2-ABAC GP-AP Anschl. BS-City	geb	29.03.11	2'750		100		2'750	
... davon Drittmittel					-65			
030055002 OT 7: A2-ABAC Projektst. An. BS-City	geb	06.07.04	1'700	2'220		-29	-491	
... davon Drittmittel			-1'437	-1'433		-4		
040050001 RV Fahrzeuge und Geräte 2013-2017	geb	04.09.12	18'580	3'204	3'080	1'643	13'733	
060020002 Zentrale Kehrachtsammelstellen (Phase 1)	neu	12.11.14	1'490		4'200		1'490	
070020002 Novartis Campus + Entwässerungsk.	neu	14.10.09	19'860	16'731	350	602	2'527	
... davon Drittmittel			-13'800	-13'699	-2'700	-101		
070020557 Kanalinformationssystem	neu	14.12.95	1'880	541	50	38	1'301	
070050676 Erlenmatt/DB Areal Kanal. Goldbachweg	neu	17.10.07	700		300	204	496	
070050677 Erlenmatt/DB Areal Kanal. Erenkönigweg	neu	17.10.07	580	359		59	163	
070050709 Anschlussleitung auf Allmend 3	geb	01.09.09	5'000	3'762	1'000	615	624	
099990001 RAB WUV Wohnumfeldaufwertung	neu	17.11.99	22'500	21'663	115	168	668	
010052001 RV Erh. Infr. Strassen 2009-2012	geb	09.09.08	37'600	69'688		982	-33'070³	
010052002 Sammelposition Projekte Strasse	geb	09.09.08		11'988		3		
010052003 Gärtnerstrasse (Inselstr.-Bändelgasse)	geb	09.09.08		530			Abschluss	
010052004 Im tiefen Boden (Wasserturm-Batterie)	geb	09.09.08		361			Abschluss	
010052005 Kannenfeldplatz	geb	09.09.08		700			Abschluss	
010052006 Dornacherstr. (Reinacher-Münch.)	geb	09.09.08		486		-25		
010052007 Klybeckstrasse (Gärtner-Kleinhün.)	geb	09.09.08		399			Abschluss	
010052008 Schwarzwaldallee	geb	09.09.08		182			Abschluss	
010052009 Baselstrasse Riehen (Bettinger-Kirchstr.)	geb	09.09.08		445				
010052010 Grenzacherstrasse (Allmendstr.)	geb	09.09.08		638		949		

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben				
			Total	Ausschöpfung			
				bis 2014	B 2015	R 2015	ab 2016
010052011	Inzlingerstrasse	geb 09.09.08		1'526			
010052012	Morgartenring	geb 09.09.08					Abschluss
010052014	Strassburgerallee (Kannenfeld-H.)	geb 09.09.08		15			Abschluss
010052015	Tödistrasse	geb 09.09.08		43			
010052017	Freiburgerstrasse	geb 09.09.08		10			
010052019	Allschwilerstrasse	geb 09.09.08		2'046		-5	
010052020	Blotzheimerstrasse	geb 09.09.08		894			
010052021	Dufourstrasse	geb 09.09.08		654		9	
010052022	Klingelbergstrasse	geb 09.09.08		19			Abschluss
010052023	Missionsstrasse	geb 09.09.08		455			Abschluss
010052025	Zürcherstrasse	geb 09.09.08		1'030			
010052027	Lehenmattstrasse	geb 09.09.08		14			Abschluss
010052027	Lehenmattstrasse	geb 09.09.08		53			
010052029	Redingstrasse	geb 09.09.08		5			Abschluss
010052029	Redingstrasse	geb 09.09.08		16			
010052030	Reinacherstrasse Nord	geb 09.09.08		1'553		31	
010052031	St. Johannis-Ring	geb 09.09.08		267		213	
010052032	Aeschengraben	geb 09.09.08					
010052033	Riehenstrasse Süd	geb 09.09.08		1'141		-26	
010052033	Riehenstrasse Süd	geb 09.09.08		24			
010052034	Rümelinsplatz	geb 09.09.08		71			
010052035	Giornicostrasse	geb 09.09.08		1'418		-324	
010052036	Gotthelfstrasse	geb 09.09.08		439		9	
010052037	Thürkheimerstrasse	geb 09.09.08		437		24	Abschluss
010052038	Elsässerstrasse	geb 09.09.08		1'939		-24	
010052040	Feldbergstrasse	geb 09.09.08		776		53	
	... davon Drittmittel					-48	
010052041	Grosspeterstrasse / Nauenstrasse	geb 09.09.08		1'385		368	
010052042	Hauptstrasse Bettingen	geb 09.09.08		624			
010052044	Riehenstrasse	geb 09.09.08		894			
	... davon Drittmittel		-78	-51		-28	
010052045	Aeussere Baselstrasse/Riehenstr	geb 09.09.08		526		-22	
010052046	Bundesstrasse/Bundesplatz	geb 09.09.08		929			
010052049	Reinacherstrasse Süd	geb 09.09.08		8			
010052051	Wiesenplatz	geb 09.09.08		5			
010052052	In den Schorenmaten	geb 09.09.08		502		29	
010052053	Lothringerstrasse	geb 09.09.08		440			
010052054	Viaduktstrasse	geb 09.09.08		390		2	
010052055	Neuhausstr./Grenzstr. Beton-Kreuzung	geb 09.09.08		312		43	
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb 12.07.05		1'842		6	
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb 12.07.05		5'936			
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb 12.07.05		12'333		124	
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb 12.07.05		9'282		-379	
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb 12.07.05		3'755			
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb 12.07.05		11			
015056001	RAB Erhalt Strasseninfrastruktur	geb 12.07.05		9		435	
	... davon Drittmittel		-18	-18		-435	
091050001	Neubadstr./Neuweilerpl. Brücke	geb 09.09.08					Abschluss
010053001	RV Erh. Infr.Umgest. Allmend 2009-2012	geb 16.09.08	6'000	2'323		0	3'677
010053002	Sammelposition Projekte Umgestaltung	geb 16.09.08		4			
010053002	Sammelposition Projekte Umgestaltung	geb 16.09.08		2			
010053002	Sammelposition Projekte Umgestaltung	geb 16.09.08		1'626			
010053002	Sammelposition Projekte Umgestaltung	geb 16.09.08		227			
010053002	Sammelposition Projekte Umgestaltung	geb 16.09.08		464			
020054001	RV Erh. Infr. Kunstbauten 2009-2012	geb 09.09.08	8'800	7'905		424	471 ⁴
020054002	Margarethentalbrücke	geb 09.09.08		71			Abschluss
020054003	Sammelposition Projekte Kunstbauten	geb 09.09.08		9			
020054003	Sammelposition Projekte Kunstbauten	geb 09.09.08		3'788		413	
	... davon Drittmittel		-30	-30			
020054004	3 Viaduktstrasse	geb 09.09.08		669		2	Abschluss

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben					
			Total	Ausschöpfung				
				bis 2014	B 2015	R 2015	ab 2016	
020054005	4 Birkkopfsteg Anteil Gebunden	geb	09.09.08		232		4	Abschluss
	... davon Drittmittel			-113	-113			
020054007	Eiserner Steg Obj. 805	geb	09.09.08		31			Abschluss
020054008	Erlenparksteg Obj. 806	geb	09.09.08		16			Abschluss
020054009	Luzernerringbrücke Sofortmassnahmen	geb	09.09.08		794		5	
023056001	Markthallenbrücke: Instandsetzung	geb	12.04.05		2'262			
091050001	Neubadstr./Neuweilerpl. Brücke Dorenbach	geb	09.09.08		176			
020055001	RV Erh. Infr. Wasserbau 2009-2012	geb	09.09.08	10'240	2'280		0	7'960
020055002	Sammelposition Projekte Wasserbau	geb	09.09.08		1'164			
	... davon Drittmittel			-315	-315			
020055003	Birsigrinne	geb	09.09.08		788			
	... davon Drittmittel			-6	-6			
020055004	Gewährleistung Grossschiffahrt	geb	09.09.08		278			Abschluss
020055005	Hochwasserschutz Birsig	geb	09.09.08		37			
020055005	Hochwasserschutz Birsig	geb	09.09.08		423			
	... davon Drittmittel			-89	-89			
025052000	RV Erh. Infr. Strassen 2013 - 2016	geb	25.09.12	58'300	7'825	15'000	11'382	39'093 ⁵
025050001	Casinostrasse TS STR	geb	25.09.12					0
025052001	Sammelposition Infra Strassen	geb	25.09.12				1'384	
025052001	Sammelposition Infra Strassen	geb	25.09.12		28			12
025052001	Sammelposition Infra Strassen	geb	25.09.12		3'134			542
025052002	General Guisan-Strasse	geb	25.09.12		188			93
025052003	Schützenmattstrasse	geb	25.09.12		7			
025052004	Falkensteinerstrasse	geb	25.09.12		282			
025052005	Messeplatz	geb	25.09.12		194			
025052006	Schwarzwaldallee Abschn. Wettsteinallee	geb	25.09.12		20		41	
025052007	Maulbeerstrasse	geb	25.09.12		436			39
025052008	St. Jakobs-Str./Münchensteinerstr.	geb	25.09.12		436			342
025052009	Gärtnerstrasse	geb	25.09.12		710			5
025052010	Steinenring	geb	25.09.12		136			
025052012	Eisenbahnweg	geb	25.09.12		116			
025052013	Bettingerstrasse	geb	25.09.12		19		408	
025052015	Rütimeyerstrasse	geb	25.09.12		3			0
025052017	Hegenheimerstrasse Mitte	geb	25.09.12		554			28
025052018	Stadionstrasse	geb	25.09.12		8			115
025052019	Wettsteinallee	geb	25.09.12		16			
025052020	Hermann Albrecht-Strasse	geb	25.09.12		7			
025052021	Kapellenstrasse	geb	25.09.12		3			363
025052022	Hegenheimerstr. - Belforterstr. Busbevor.	geb	25.09.12		43			604
025052023	Güterstrasse	geb	25.09.12		23			
025052024	Baselstrasse, Lörracherstrasse	geb	25.09.12					121
025052025	Reservoirstrasse	geb	25.09.12		16			3
025052026	Friedrich Miescher-Strasse	geb	25.09.12		42			
025052027	Thiersteinerrain	geb	25.09.12		481			3
025052028	St. Jakobs-Strasse	geb	25.09.12					7
025052029	Walkeweg	geb	25.09.12		11			
025052030	Auf dem Wolf	geb	25.09.12		13			76
025052031	Göschenenstrasse West	geb	25.09.12		43			265
025052032	Petersgraben Leonhardsgraben	geb	25.09.12		214			
025052033	Engelgasse	geb	25.09.12		53			26
025052034	Beim Letziturm	geb	25.09.12		10			241
025052035	Grenzacherstrasse	geb	26.09.12		245			697
025052036	Neuensteinerstrasse	geb	25.09.12		311			9
025052037	St. Alban-Ring	geb	25.09.12		6			359
025052038	Dorfstrasse	geb	25.09.12		17			
025052039	Spitalstrasse	geb	25.09.12					19
025052040	Giornicostrasse TS STR	geb	09.09.08				1'094	
025052041	Ditingerstr. Röschenzerstr. TS STR	geb	09.09.08					2
025052042	Röschenzerstrasse	geb	09.09.08					2
025052043	Rümelinsplatz TS STR	geb	09.09.08					158

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben				
			Total	Ausschöpfung			
				bis 2014	B 2015	R 2015	ab 2016
025052044	Lehenmatt Reding Stadion TS STR	geb 09.09.08			765	Abschluss	
025052045	Redingstrasse	geb 09.09.08			351	Abschluss	
025052046	Reinacherstrasse Süd	geb 09.09.08			88		
025052047	Dufourstrasse TS STR	geb 09.09.08			209		
025052048	Strassburgerallee TS STR	geb 09.09.08			37	Abschluss	
025052049	Dornacherstrasse Ost TS STR	geb 09.09.08			640		
025052050	Tödistrasse TS STR	geb 09.09.08			427		
025052051	Riehenstrasse TS STR	geb 09.09.08			1'265		
025052052	Tram 3 Basel-St.Louis	geb 09.09.08			248		
025052053	Wiesenplatz	geb 25.09.12			23		
025052054	Äussere Baselstrasse Riehen II	geb 25.09.12			262		
025052128	St. Jakobs-Strasse TS STR	geb 25.09.12			9		
025053000	RV Erh. Infr. Umgest. Allmend 2013-2016	geb 25.09.12	4'000	1'302	1'150	710	1'988
025053001	Sammelposition Infra Umgestaltung	geb 25.09.12		1'145		336	
025053001	Sammelposition Infra Umgestaltung	geb 25.09.12		152		-37	
025053001	Sammelposition Infra Umgestaltung	geb 25.09.12		3		79	
025053001	Sammelposition Infra Umgestaltung	geb 25.09.12		2		332	
025054000	RV Erh. Infr. Kunstbauten 2013 - 2016	geb 25.09.12	8'960	100	2'300	361	8'499 ⁶
025054001	Sammelposition Infra Kunstbauten	geb 25.09.12		67		30	
025054002	Fussgängerbrücke Brüglingerstrasse	geb 25.09.12		33		276	
025054008	Dorenbachviadukt-Brücke TS KB	geb 25.09.12				55	
025055000	RV Erh. Infr. Wasserbau 2013 - 2016	geb 25.09.12	10'240	878	5'000	2'855	6'507
025055001	Sammelposition Infra Wasserbau	geb 25.09.12		727		478	
025055001	... davon Drittmittel		-32	-32			
025055001	... davon Drittmittel		-67	-67			
025055002	Revitalisierung Mühletych (Zollfrei)	geb 25.09.12		27			
025055002	... davon Drittmittel		-27	-27			
025055003	Birsigrinne	geb 25.09.12		110		83	
025055004	Wiese Böschungsfuss	geb 25.09.12		44		50	
025055005	Rhein Galgen	geb 25.09.12		26			
025055006	Rhein Pfalz	geb 25.09.12		43		168	
025055008	Dorenbach Margarethental	geb 25.09.12		27			
025055009	Dorenbach Stammareal	geb 25.09.12				25	
025055010	Heuwaage TS WB	geb 09.09.08				15	
025055011	Nachtigallenwäldeli Hochwasser TS WB	geb 09.09.08				906	
025055012	Rialto Hochwasser TS WB	geb 09.09.08				283	
025055013	Gewährleistung Grossschiffahrt TS WB	geb 09.09.08				90	Abschluss
025055014	HWS Birsig Zolli TS WB	geb 09.09.08				12	
025055015	HWS Birsig Dorenbach TS WB	geb 09.09.08				744	
025055106	Rhein Pfalz TS WB	geb 25.09.12				1	
025056000	RV Erh. Infr. Abwasserabl. 2013 - 2016	geb 25.09.12	35'000	1'666	9'000	4'149	29'185 ⁷
025056001	Sammelposition Infra Abwasserleitungen	geb 25.09.12		287		324	
025056002	AW Rufacherstrasse	geb 25.09.12		19		346	
025056004	AW Angensteinerstrasse	geb 25.09.12		26		168	
025056005	AW Wartenbergstrasse	geb 25.09.12				39	
025056006	AW Hirzbodenweg	geb 25.09.12		5		114	
025056007	AW Grellingerstrasse	geb 25.09.12		138		164	
025056008	AW Burgfelderstrasse	geb 25.09.12		28			
025056010	AW Palmenstrasse	geb 25.09.12		55		99	
025056011	AW Rümelinsplatz	geb 25.09.12		233		154	
025056012	AW Pumpwerk Birsikopf	geb 25.09.12		110		1'345	
025056012	... davon Drittmittel	geb 25.09.12	-24	-16		-8	
025056013	AW Umsetzung Störfallverordnung	geb 25.09.12		30		36	
025056014	AW Pumpwerk Giessliweg	geb 25.09.12		48		47	
025056015	AW General Guisan-Strasse	geb 25.09.12		201		13	
025056016	AW Hegenheimerstrasse West	geb 25.09.12		360		37	
025056017	AW Ableitung Entenweiher Lange Erlen	geb 25.09.12		43		157	
025056018	AW Entlastungskanal Lange Erlen	geb 25.09.12		11		28	
025056019	AW Kapellenstrasse	geb 25.09.12		9		205	
025056020	AW Schwörstaderstrasse	geb 25.09.12		20			

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben				
			Total	Ausschöpfung			
				bis 2014	B 2015	R 2015	ab 2016
025056021	AW Winkelriedplatz	geb 25.09.12		13		68	
025056022	AW St. Jakobs-Strasse	geb 25.09.12		23		266	
025056023	AW In den Klostermatten	geb 25.09.12		23		33	
025056024	Giornicostrasse TS AW	geb 09.09.08				185	
025056025	Dittingerstr. Röschenzerstr. TS AW	geb 09.09.08				18	
025056026	AW Dittingerstrasse	geb 09.09.08				19	
025056027	Reservoirstrasse TS AW	geb 09.09.08				30	
025056028	Amerbachstrasse TS AW	geb 09.09.08				205	
025056030	Kleinhünigerstrasse TS AW	geb 09.09.08				38	
025056035	Küchengasse TS AW	geb 09.09.08				14	
025056036	Steinenberg TS AW	geb 09.09.08				18	
025056040	Maulbeerstrasse TS AW	geb 09.09.08				13	
025056041	Freiburgerstrasse TS AW	geb 09.09.08				23	
025056106	Hirzbodenweg TS AW	geb 25.09.12				-51	
025056900	Sammelposition RAB AW	geb 25.09.12				2	
070056001	RV Abwasserableitungsanl. 2009-2012	geb 09.09.08	47'610	41'815		151	5'644⁸
070050130	Allg. Sanierung Kanalisation	geb 18.10.78		117			
070050130	Allg. Sanierung Kanalisation	geb 18.10.78		906			
070050455	Abflusssimulationsrechnung Kanalnetz BS	geb 26.08.97		1			Abschluss
070050636	Kanalisation Spalenberg	geb 27.05.03		1'480			
070050655	Projektierung Kanalisation	geb 30.08.05		94			Abschluss
070050661	Kanalisation im Langen Loh (Globalkre.)	geb 07.02.06		62			
070050679	Kanalisation Elsässerstrasse	geb 10.07.07		459			Abschluss
070050680	Kanalisation Utengasse / Lindenberg	geb 10.07.07		1'603		19	Abschluss
070050682	Gasstrasse Pro Volta (Globalkredit)	geb 10.07.07		658			
070050685	Kanalisation Breisacherstrasse Süd	geb 10.07.07		3'234			Abschluss
070050689	Kanal. Wasgen-/Luzernerring	geb 12.08.08		804			
070050689	... davon Drittmittel		-66	-66			
070050692	Kanalisation Dornacherstrasse	geb 27.05.08		533			Abschluss
070050693	Hochbergerstrasse	geb 27.05.08		46			Abschluss
070050694	Kan. Münsterhügel 2. Etappe (Globalkre.)	geb 27.05.08		3'538		16	
070050697	Tramverl. L 8 Kanalisation	geb 12.08.08		1'118			Abschluss
070050699	Kan. Markircherstrasse	geb 12.08.08		463			
070050699	Kan. Markircherstrasse	geb 12.08.08		1			Abschluss
070050700	Kanalisation Giessliweg	geb 12.08.08		268			
070050701	Kan. Kleines Klingental	geb 12.08.08		662			
070050703	Kanalisation Gärtnerstrasse	geb 12.08.08		596			
070050704	Kanalisation Wiesenschanz	geb 12.08.08		594			
070050706	Kan. Münsterhügel 3. Etappe	geb 12.08.08		16			
070050708	Kanal. Strassburgerallee (Globalkredit)	geb 12.08.08		1'015			
070050710	Kanal. Ryffstrasse	geb 12.08.08		263			
070056002	SE Kleinprojekte Diverses	geb 09.09.08		918		41	
070056713	AW Schönaustr.	geb 09.09.08		382			
070056715	AW Elisabethenstr.	geb 09.09.08		660		158	
070056716	AW Klybeckstr.	geb 09.09.08		123			
070056717	AW Schönbein-/Hebelstr.	geb 09.09.08		295		38	
070056718	AW Allschwilerstr.	geb 09.09.08		582			
070056719	AW Schorenweg	geb 09.09.08		2'207			
070056720	AW Leimgruben-/Walkenweg	geb 09.09.08		8'128			
070056723	AW Neubadstrasse	geb 09.09.08		70			
070056724	AW Bachletten	geb 09.09.08		638			
070056724	... davon Drittmittel		-591	-591			
070056725	AW Morgartenring	geb 09.09.08		343			
070056725	... davon Drittmittel		-55	-55			
070056726	AW Furkastrasse	geb 09.09.08		179			
070056727	AW Redingstrass/Steinenschanze	geb 09.09.08		273			
070056728	AW Schwarzwaldallee/Beuggenstrasse	geb 09.09.08		126			
070056729	AW Giornicostrasse	geb 09.09.08		3'334		-30	
070056729	... davon Drittmittel		-714	-345		-369	
070056730	AW Lehenmattstrasse	geb 09.09.08		870			

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben					
			Total	Ausschöpfung				
				bis 2014	B 2015	R 2015	ab 2016	
070056731	AW Oekolampad	geb 09.09.08		78				
070056732	AW Engelgasse	geb 09.09.08		417				
070056733	AW Birsigparkplatz	geb 09.09.08				18		
070056734	AW Gundeldingerstrasse West	geb 09.09.08		350				
070056735	AW St. Johannis-Ring	geb 09.09.08		430		74		
070056736	AW Allschwilerstrasse Ost	geb 09.09.08		157				
070056737	AW Viaduktstrasse/Antilopenweg	geb 09.09.08		137				
070056738	AW Pelikanweg	geb 09.09.08		431				
070056739	AW Missionsstrasse	geb 09.09.08		60				
070056740	AW Kleinhüningerstrasse	geb 09.09.08		4				
070056741	AW Röschenzerstrasse	geb 09.09.08		49		5		
070056742	AW Dittingerstrasse	geb 09.09.08		51		-2		
070056743	AW Reservoirstrasse	geb 09.09.08		8				
070056745	AW Schwörstadterstrasse	geb 09.09.08		71				
070056746	AW Pfarrgasse	geb 09.09.08		393				
070056749	AW Friedensgasse	geb 09.09.08		363				
070056750	AW Gotthelfstrasse	geb 09.09.08		838		3		
070056751	AW Grenzstrasse	geb 09.09.08		313				
070056752	AW Gundeldingerstrasse Mitte	geb 09.09.08		531		92		
070056753	AW Amerbachstrasse	geb 09.09.08		54		2		
070056754	AW Offenburgerstrasse	geb 09.09.08		169		86		
091050002	Dornacherstr. (Reinacher-Münchensteiner)	geb 09.09.08		309				
651	Städtebau + Architektur			14'903	8'900	2'410	781	5'222
030020005	APS Stadtentwicklung St. Johann	neu 17.11.99		2'200	1'682	400	185	333
030020014	Zonenplanrevision Basel-Stadt	neu 09.11.05		3'250	2'101	250	134	1'015
	... davon Drittmittel			-50	-50			
030020022	Rheinuferpromenade Kl.BS Schaffhauserrh	neu 18.11.09		400	370	30		30
030020023	Bad Bhf Siedlungsstruktur Konzepterarb.	neu 08.12.10		465	474	Abschluss	Abrechn.	
030020025	Dreispietz Entwicklungsplanung	neu 08.12.10		1'900	929	400	133	838
030020027	Hafenentwicklung Klybeck Kleinh. Planung	neu 14.05.14		1'380	161	680	290	929
030020028	Erlenmatt Wettbewerb Stadtplätze	neu 16.12.10		650	645		1	4
	... davon Drittmittel			-4	-4			
030020029	Grenzacherstr Peter Rot Schwarzwaldallee	neu 08.06.11		350	219	Abschluss	Abrechn.	
030020031	Innenstadt Qualität im Zentrum 2. Projek	neu 16.12.10		725	552	60	38	136
030020032	Birsig - Birsigparkplatz Entwickl. Proj.	neu 12.01.11		600		300		600
030020033	RAB Gest. Innenstadt dyn. Räume	neu 18.03.15		1'000		100		1'000
030020034	Bad Bhf Veloparking, Planung	neu 23.10.13		540	5	190		535
030026000	Internat. Bauausst. 2020 (IBA)	neu 09.09.09		1'881	2'200			-319
	... davon Drittmittel			-384	-384			
661	Mobilität			37'766	17'752	3'080	2'246	17'768
010020003	RAB Langsamverkehr	neu 23.06.10		10'000	8'561	760	888	551
	... davon Drittmittel			-49	-49			
010050000	GVM Gesamtverkehrsmodell	geb 01.09.09		1'300	497	200	159	644
	... davon Drittmittel			-17	-17	-100		
020020009	Burgfelder - Missions - Spalenvorstadt	neu 16.10.13		350	59	140	98	193
820020010	Fussgänger- und Velobrücke Zoo Planung	neu		500		300		500
020020012	Veloparking Bhf SBB Planung	neu		300		200		300
020020013	Heuwaage - Binningerstrasse Planung	neu		450		200		450
030020003	Verkehrsregime Innenstadt	neu 12.01.11		1'350	783	180	510	56
830020098	Tempo 30 Zonen, übrige Gebiete, Sign./Pl	neu 12.11.97		1'350	1'343	Abschluss	Abrechn.	
830051070	RAB Erh. Infr. Lichtsignalanl. 2009-2012	geb 04.11.08		8'000	5'134	Abschluss	Abrechn.	
	... davon Drittmittel			-168	-168			
030057000	RAB Erh. Infr. Lichtsignalanl. 2013-2016	geb 25.09.12		14'400	1'441	1'200	590	12'369
830057001	Sammelposition Infra Lichtsignalanlagen	geb 25.09.12			869		86	
830057002	Elisabethenstrasse, Erneuerung	geb 25.09.12			108		178	
830057003	Schützenhaus, Erneuerung LSA	geb 25.09.12			464		27	
830057004	Ciba Porte/Klybeckstr., Erneuerung LSA	geb 25.09.12					158	
830057005	Burgfelderstr./Strassburgerallee, LSA	geb 25.09.12					1	
830057006	St. Jakobs-Denkmal, Erneuerung LSA	geb 25.09.12					140	

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben				
		Total	Ausschöpfung			
			bis 2014	B 2015	R 2015	ab 2016
Total inkl. Drittmittel		675'129	376'913	106'286	69'314	228'902
... davon Drittmittel		-86'078	-84'593	-13'312	-4'930	0
Stadtentwicklung + Allmendinfrastruktur		589'051	292'320	92'974	64'384	228'902

Kommentar

- 1 Vollzug des Bundesgesetzes vom 8. März 1960 und Verordnung des Regierungsrates vom 28. Februar 1961 (vom Schweiz. Bundesrat genehmigt am 16. März 1961), 50. Rate (Bundesrechtliche gebundene Ausgaben und Einnahmen).
- 2 Bundesanteil an Nationalstrassenbauten. Die Höhe der Rückerstattung hängt direkt von der Höhe der Ausgaben ab.
- 3 Aufgrund der Fortführung von Projekten resultierend aus diesem Vorhaben sind die Ausgaben 2015 von 982'387 Franken der Position 617025052000 RV Erhaltung Infrastruktur Strassen 2013-2016 zuzuordnen. Die effektive Ausschöpfung des RV Erhaltung Infrastruktur Strassen 2009-2012 beträgt 35'804'977 Franken.
- 4 Aufgrund der Fortführung von Projekten resultierend aus diesem Vorhaben sind die Ausgaben 2015 von 424'390 Franken der Position 617025054000 RV Erhaltung Infrastruktur Kunstbauten 2013-2016 zuzuordnen. Die effektive Ausschöpfung des RV Erhaltung Infrastruktur Kunstbauten 2009-2012 beträgt 6'288'530 Franken.
- 5 Dieser Position sind auch die Ausgaben von 982'387 Franken der Position 617010052001 zuzuordnen, für Projekte, die im RV Erhaltung Infrastruktur Strassen 2009-2012 begonnen und 2013 bis 2015 fortgeführt wurden. Die effektive Ausschöpfung bis und mit 2015 des RV Erhaltung Infrastruktur Strassen 2013-2016 beträgt 41'414'662 Franken.
- 6 Dieser Position sind auch die Ausgaben von 424'390 Franken der Position 617020054001 zuzuordnen, für Projekte, die im RV Erhaltung Infrastruktur Kunstbauten 2009-2012 begonnen und 2013 bis 2015 fortgeführt wurden. Die effektive Ausschöpfung bis und mit 2015 des RV Erhaltung Infrastruktur Kunstbauten 2013-2016 beträgt 2'797'087 Franken.
- 7 Dieser Position sind auch die Ausgaben von 151'282 Franken der Position 617070056001 zuzuordnen, für Projekte, die im RV Erhaltung Infrastruktur Abwasserableitungsanlagen 2009-2012 begonnen und 2013 bis 2015 fortgeführt wurden. Die effektive Ausschöpfung bis und mit 2015 des RV Erhaltung Infrastruktur Abwasserableitungsanlagen 2013-2016 beträgt 15'012'854 Franken.
- 8 Aufgrund der Fortführung von Projekten resultierend aus diesem Vorhaben sind die Ausgaben 2015 von 151'282 Franken der Position 617025056000 RV Erhaltung Infrastruktur Abwasserableitungsanlagen 2013-2016 zuzuordnen. Die effektive Ausschöpfung des RV Erhaltung Infrastruktur Abwasserableitungsanlagen 2009-2012 beträgt 33'756'416 Franken.

Öffentlicher Verkehr

Investitionsvorhaben in '000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben				
		Total	Ausschöpfung			
			bis 2014	B 2015	R 2015	ab 2016
617 Tiefbauamt		87'832	15'187	3'874	2'061	70'584
010020008 Elsässerstr./Kohlenstr. Knoten	neu 14.04.10	4'900	2'466	200	332	2'103
010020024 Elsässerstr./Hünningerstr. Umgest.	neu 06.04.11	5'700	3'046	50	91	2'562
010020025 Tram 2020 Margarethenstich TS STR	neu 07.01.15	4'075		1'114		4'075
010020035 BehiG Wiesenplatz Tramhaltestelle TS STR	neu 15.02.12	1'130		930		1'130
011021079 Erlenmatt ÖV 1. Etappe	neu 09.12.09	970	665	50		305
011021089 Aeussere Baselstrasse II TS Gleis	neu 02.03.11	4'223	159	200	39	4'025
021028003 Tram 8 Kl. Hünningen - Weil am Rhein	neu 16.01.08	17'329	14'240	50	128	2'960
... davon Drittmittel		-5'490	-5'490	-20		
025020007 Tram 3 Basel-St. Louis TS STR	neu 25.06.14	14'995	101	1'000	1'471	13'423
025020012 BehiG RAB Umsetzung Massnahmen	neu	40'000		300		40'000
025020014 Tram 3 Basel-St.Louis TS DRITTE	neu 25.06.14				125	-125
... davon Drittmittel					-125	125
651 Städtebau + Architektur		3'860	1'095	700	192	2'573
030020003 Erlenmatt ÖV 2. Etappe Projektierung	neu 09.12.09	1'000	863	Abschluss	Abrechn.	
030020030 BehiG Projektierung Infrastruktur	neu 14.11.12	1'460	232	500	192	1'036
030020036 BehiG RAB Massnahmen Projekt.	neu 06.01.16	1'400		200		1'400
661 Mobilität		198'914	108'700	41'330	19'506	70'708
820020001 Margarethenstich Tram Vorprojekt	neu 16.12.10	640	258		10	372
... davon Drittmittel				-72		
820020004 Tramnetz Basel 2020 Planung	neu 16.12.10	600	392	Abschluss	Abrechn.	
820020008 BehiG Tram Bruderholz Projektierung	neu 09.04.14	450	140	350	111	199
820040104 Tram 8 Weil Beteil. Planung Weil	neu 16.01.08	3'330	1'549	50	93	1'687
820040108 Tram 3 St. Louis Planung	neu 08.12.10	4'000	2'867	1'000	91	1'043
820040110 Tram 8 Weil, Zinsen Vorfinanzierung	neu 16.01.08	1'560		100		1'560
830020001 Pauschale ÖV-Behinderungen	neu 18.01.06	1'500	472	200	282	746
850026307 Tram 3 Basel - St. Louis TS GLEIS	neu 25.06.14	10'430	14	2'200	162	10'254
850027319 Normwarteallen BVB Sammelkredit	neu 09.04.08	3'000	2'908		14	78
850027325 Trolley Fahrleitung Rückbau	geb 14.08.07	3'500	1'718	500	104	1'679
... davon Drittmittel		-105	-105			
850028310 St. Johann-Vorstadt Gleisanpassung	neu 22.04.09	1'100	1'149		7	-56
850028321 Tramverläng. Weil/Rhein Bahnbau	neu 16.01.08	13'466	13'890	100	5'240	-5'664
... davon Drittmittel		-5'005	-5'005	-40		
850051404 BehiG Anpassung von Fahrzeugen	neu 14.11.12	6'000	4'845	982	113	1'042
850052312 Lärminderungsmassnahmen BVB	neu 17.10.12	8'300	4'850	1'300	311	3'140
850052318 Grundwasserwanne Tramschlaufe Eglisee	geb 04.09.12	2'000	1'307	50	117	575
850054306 BehiG Versuchshaltestelle Bus	neu	350		350		350
850055304 BehiG Ausrüstung DFI mit Akustik	neu	920		500		920
851020001 EuroAirport, Schienenanschluss	neu	10'000		1'000		10'000
851020002 Elektr. Hochrheinstrecke Planung Beitrag	neu 10.12.14	1'400		700		1'400
851020004 Herzstück Regio-S-Bahn Basel, Vorprojekt	neu 17.09.14	19'533		2'000	369	19'164
851020005 Doppelspurausbau Laufental, Inv.-Beitrag	neu	315		30		315
851040013 Regio S-Bahn; Bahnhofhaltestelle Niederholz	neu 17.10.07	3'800	222	Abschluss	Abrechn.	
851040016 Regio S-Bahn Herzstück Projektierung	neu 14.10.09	830	723	30	10	96
850029001 RV Gleisanlagen 2013-2016	geb 04.09.12	107'000	76'506	30'000	12'472	18'022 ¹
850026304 IA Riehen Aeussere Baselstrasse	geb 04.09.12		1'118		1'223	
850027308 IA Steinenring Fahrleitung	geb 04.09.12		1'424			
850027317 St. Alban-Graben	geb 04.09.12		533		14	
850028302 IA Elisabethenstr. 15-62	geb 04.09.12		3'121		-357	
850028308 IA Allschwilerstr. 2-120 Fahrleitung	geb 04.09.12		1'578			
850028309 IA Spalenring Fahrleitung Schützenhaus	geb 04.09.12		2'099			
850029305 IA SEK-05 Burgfelder Rückbau HST	geb 04.09.12		3'557		15	
850029312 IA Diensträume	geb 04.09.12		979			
850029602 IA S-POS Anteil Infrastruktur	geb 04.09.12		2'897			
850050300 Neuweilerstrasse Tramschlaufe	geb 04.09.12		599			
850050302 IA Baselstr. (Bettinger-Schmiedgasse)	geb 04.09.12		2'123			
850050305 IA Gärtnerstrasse	geb 04.09.12		936		2	

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben					
			Total	Ausschöpfung				
				bis 2014	B 2015	R 2015	ab 2016	
850051300	Schlaufe Riehen Dorf	geb	04.09.12			1'339		
850051302	IA Zürcherstrasse	geb	04.09.12	5'849				
850051304	IA Ersatz Zungenvorrichtungen	geb	04.09.12	1'138				
850051600	Haltestellen CD, Info Stele	geb	04.09.12					
850052302	Schützenhaus	geb	04.09.12	2'005			1	
850052305	IA Viaduktstrasse	geb	04.09.12	2'280				
850052314	IA Fahrkopfvergütung	geb	04.09.12	14'187			1	
850052316	Depot Dreispitz Einfahrt und Abstellanl.	geb	04.09.12	1'644			281	
850052317	IA Riehenstr. Schlaufe Eglisee	geb	04.09.12	1'326			280	
850052319	Aeschengraben Centralbahnplatz	geb	04.09.12	2'734			1	
850052320	IA Barfüsserplatz, Leonhards-Steinenb.	geb	04.09.12	598			2	
850052321	IA Elisabethenanlage	geb	04.09.12	378				
850052322	IA Greifengasse (Ob.Rheinweg-Rheing.)	geb	04.09.12	356				
850052323	IA Äussere Baselstr. (Burgstr.)	geb	04.09.12	1'340				
850053304	IA Schifflande (Marktg. Mitt.-Brücke)	geb	04.09.12	3'386				
850053307	Wolfsschlucht	geb	04.09.12	333			246	
850053308	Bundesplatz	geb	04.09.12	430				
850053309	Centralbahnplatz	geb	04.09.12	483				
850053310	Jakobsberg	geb	04.09.12	1'620			393	
850053312	Betonkreisel Dorenbach	geb	04.09.12	22			18	
850053314	Bruderholzallee	geb	04.09.12	836			15	
850053321	Gärtnerstrasse	geb	04.09.12	1'939			3	
850053324	Lörracherstrasse gebunden	geb	04.09.12				29	
850053327	Allschwilerplatz	geb	04.09.12	439				
850053328	Güterstrasse Tellplatz	geb	04.09.12	3'390			2	
850053333	Claraplatz	geb	04.09.12	647				
850053335	Münchensteinerstr. (Areal SBB-Brücke)	geb	04.09.12				790	
850053336	Thiersteinerallee	geb	04.09.12	471			2	
850053337	Bankverein	geb	04.09.12	295				
850053338	Notersatz St. Jakobsstrasse	geb	04.09.12	508			7	
850053339	Rückbau Bahnsicherungsanlage	geb	04.09.12	56			-56	
850054301	IA Allschwilerstr. (A.Platz-Sp.)	geb	04.09.12	3'607				
850054307	Spalenvorstadt	geb	04.09.12	616			1	
850054308	Sanierung Warthallen	geb	04.09.12	15			286	
850054309	Riehenstrasse (Messepl.-Wettsteinpl.)	geb	04.09.12	489			3	
850054310	Ersatz St. Johannsvorstadt	geb	04.09.12	538				
850054321	Überbrückung Bruderholz Bb	geb	04.09.12				982	
850054322	Verstärkung Fahrleitung Bruderholz EA	geb	04.09.12				461	
850054324	Güterstrasse	geb	04.09.12	41			396	
850054326	Dorenbachviadukt	geb	04.09.12				1'268	
850054327	Gerbergasse	geb	04.09.12				1'133	
850054328	Schifflande	geb	04.09.12				671	
850055300	Hechtliacker	geb	04.09.12	1'363			322	
850055302	Bruderholzweg	geb	04.09.12	183			106	
850055305	Trambrücke Birs WE 381 Schänzli	geb	04.09.12				245	
850055307	Ersatz Weichen 104 & 105 Heuwaage	geb	04.09.12				642	
850055310	Burgerstrasse Überbrückung	geb	04.09.12				587	
850055313	Trambrücke Birs WE 381 Schänzli	geb	04.09.12					
850055315	Umbau Dienststellen BAV	geb	04.09.12				822	
850055316	Barfüsserplatz-Steinenberg-Falknerstr.	geb	04.09.12				284	
850056323	Klybeckstrasse	geb	04.09.12				12	
Total inkl. Drittmittel				301'206	181'714	46'036	21'886	97'606
... davon Drittmittel				-10'600	-10'600	-132	-125	125
Öffentlicher Verkehr				290'606	171'114	45'904	21'761	97'731

Kommentar

- 1 In der Ausschöpfung bis 2014 sind auch die Ausgaben bis 2012 von Projekten enthalten, die bereits im RV Gleisanlagen 2009-2012 begonnen und ab 2013 auf dieser Position fortgeführt wurden. Die effektive Ausschöpfung bis und mit 2015 des RV Gleisanlagen 2013-2016 beträgt 56'594'151 Franken.

Hochbauten im Verwaltungsvermögen

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben				
			Total	Ausschöpfung			
				bis 2014	B 2015	R 2015	ab 2016
420	Liegenschaften VV		304'941	46'144	48'310	41'643	217'154
010026003	Rathaus Mehrzweckraum	neu 18.12.13	750	12	700	65	673
010036011	Aktivierbare Massnahmen Hochbau VV	04.11.14	60'000	0	15'000	15'576	44'424
013026001	Öffentliche Bauten Behindertenger.	neu 04.06.08	7'000	7'094		40	-134 ¹
013026002	Erdbebenmassnahmen Risikoanalyse	neu 18.11.09	600	357	180	107	136
013026003	RAB Klimaneutrale Verwaltung BS	neu 25.06.08	33'500	7'524	1'300	10'472	15'504
013026005	RAB Fotovoltaikanlagen diverse	neu 09.01.13	8'500	17	3'600	417	8'066
107056000	Binningerstrasse 6 Anpassung	geb 02.09.14	2'500		2'300	284	2'216
177226001	Klosterfiechten Wohnheim Ersatz	neu 14.01.15	4'365		500	733	3'632
184056011	Landhof Sportanlage Infrastrukturgeb.	neu	3'000		1'000		3'000
189456000	Spalenter Gesamt-Aussensanierung	geb 26.06.12	2'155	1'764	0	64	327
	... davon Drittmittel		-14			-14	0
320056000	Waaghof Ersatz Zellenfenster	geb 10.08.10	3'140	1'635	1'475	1'191	314
320056001	Waaghof Sicherheitsanpassungen	geb 03.09.13	2'000	819	650	478	703
510026000	Spiegelhof Umbau Instandsetz. (UMIS)	neu	39'530		550		39'530
510026001	Spiegelhof Einbau Zwischengeschoß	geb 01.11.11	1'465		100		1'465
510029000	Spiegelhof Umbau+Instandsetzung	neu 19.10.11	700	584	70	21	95
512056002	Waaghof Untersuchungsgefängnis	geb 06.11.12	2'300	2'254	0	71	-25
516056000	Hebelstr 51/53 Sanität San/Erdb.	geb 04.09.12	14'000	599	100	541	12'860
517056000	Autobahnpolizeistützpunkt Büror.	geb 01.09.09	2'020	1'890	0	150	-20
522056001	Polizeiausbildungszentrum San.	geb 06.11.12	4'160	10	1'500	72	4'078
525026000	Inn Margarethenstr 24a Neubau	neu	7'620		360		7'620
526029001	Bässlergut Gefängnisweiterung	neu 12.09.12	1'000	620	975	376	4
531056000	Zeughaus Instandsetzung Dach	geb 11.09.07	1'700	1'866		23	-189 ²
	... davon Drittmittel		-33	-33			0
532056000	Scherkessel Zivilschutzlager Werkstatt	geb 03.09.13	3'531	52	600	71	3'408
540026000	Lützelhof Einsatzzentrale Rettung	neu	4'300		50		4'300
610056000	Münsterplatz 10-12 Rittergasse	geb 06.11.12	3'750	78	2'500	133	3'539
615026001	Spiegelgasse AUE Neubau	neu 06.06.12	800	715		73	12
615026001	Spiegelgasse AUE Neubau	neu	14'400	5	400		14'395
617026003	Hörnli Krematorium Neubau Proj.	neu 08.02.12	1'250	1'262		99	-111
617026003	Hörnli Krematorium Neubau Ausführung	neu 14.01.15	16'950		5'000	2'742	14'208
620026000	Erlenmatt Freizeit-/Infrastrukturgebäude	neu 07.01.15	13'650			44	13'606
627026002	Hagenastrasse 40A TBA Instands.	neu	8'680		300		8'680
630026001	Stadtgärtnerei neues Magazinon.	neu 10.04.13	7'300	835	5'200	3'057	3'408
630026002	Liestaleranlage Neubau Unterstand	neu 13.03.13	530		300	79	451
634026000	WC-Anlage St.Alban-Rheinweg	neu	640		340		640
634026003	Neue öffentliche WC-Anlagen	neu 09.06.04	7'460	6'080	650	28	Abschluss
634056002	WC-Anlage Euroville/Elisabethen	geb 03.09.13	330	203	330	6	121
660056000	Breite Allmendverw Brückenkopf	neu 11.05.11	6'900	6'949		165	-214 ²
710056000	GD Departementssekretariat Fenster	geb 04.09.12	440	1	400	152	287
719026001	Dreisplitz Kontakt- + Anlaufstelle	neu 06.06.12	2'650	2'316		87	247
770056005	Felix Platter-Areal Arealvorbereitung	geb 03.09.13	1'650	621	980	537	492
422							
001121000	Zeughaus Ersatzstandort KaPo	geb 02.09.14	6'060	15	150	3'603	2'442
021651000	Kleines Klingental historische Fenster	geb 04.11.14	650		300	19	631
042721000	Oekolampadmatte Infrastr.ggeb.Proj.	neu	662		50		662
064821000	Wohnheim Belforterstrasse Proj.	neu 25.06.15	400		400	81	319
	Total inkl. Drittmittel		304'988	46'177	48'310	41'659	217'152
	... davon Drittmittel		-47	-33	0	-14	0
	Hochbauten im VV Teil Übrige		304'941	46'144	48'310	41'646	217'152
420	Liegenschaften VV		1'074'457	383'688	281'867	215'246	475'523
100026000	RAB Tagesstrukturen	neu 09.11.11	39'000	7'789	6'600	4'720	26'491
100026001	RAB Schulharmonisierung	neu 09.11.11	93'000	22'246	31'600	20'233	50'521
100026002	Brandschutzmassnahmen in Schulh.	geb 01.09.09	4'500	4'085	100	350	65
	... davon Drittmittel		-63	-63			
100029001	Schulstrukturen (Harmonisierung)	neu 05.05.10	2'400	1'028	150	257	1'115

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl.		Bruttoausgaben					
			Status	Total	Ausschöpfung			
					bis 2014	B 2015	R 2015	ab 2016
100056000 Schulhäuser Brandschutzmassn.	geb	30.08.11	2'705	1'763	200	584	358	
... davon Drittmittel			-23	-23				
100056002 Temporäre Schulbauten, diverse	geb	01.11.11	29'500	28'562	500	1'291	-352 ²	
... davon Drittmittel			-35			-35		
100526000 Dreispitz FHNW HGK Neubau	neu	22.04.09	121'600	100'996	10'226	4'989	15'615	
... davon Drittmittel			-16'735	-16'193	-3'374	-542	0	
119456003 Kaserne Unterer Rossstall Brandsch.	geb	04.09.12	1'050	970		6	74	
119459000 Kaserne Gesamtsanierung Proj.	neu	20.03.13	1'900	332	800	811	757	
124026000 Theaterpassage Nutzungsanpass.	neu	18.12.13	2'500	334	2'250	2'088	78	
124056008 Theater und Schauspielhaus San.	geb	11.06.13	62'000	8'308	13'000	21'839	31'853	
... davon Drittmittel			-11			-11		
126056000 AGS Sanierung Kanalisation	geb	01.09.09	1'560	1'505		2	53	
126456000 AGS Sanierung Fassade und HLK	geb	11.09.07	32'840	32'518				
... davon Drittmittel			-3'953	-3'516		-438		
128056001 BFS Steinenbachgässlein San. Th	geb	14.04.15	700		250		700	
128456000 BFS Kohlenberggasse 10 Innensan.	geb	01.09.09	3'000	2'943		5	52	
... davon Drittmittel			-33	-33				
128856001 BFS Kohlenberggasse 11 Kapazität	neu	14.11.12	586	410	61	173	3	
131059000 Gymnasium Kirschgarten Projekt.	geb	01.11.11	1'800	1'671	390	129	0	
133856000 Leonhard-Schulhaus Sek Teilsan.	geb	03.09.13	500		29	476	24	
134656000 Holbein WBS I Fassadenrenovation	geb	10.08.10	1'800	1'820		31	-52 ²	
... davon Drittmittel			-66	-53		-13		
136056002 Bäumlihof Gymn Gesamtsan Ausf.	neu	14.05.14	98'921	312	20'048	15'587	83'022	
136056002 Bäumlihof Gymn Gesamtsan Projekt	neu	08.09.10	4'000	10'335		6'523	-12'859	
138056000 Kaserne Oberer Rossstall Sanierung	geb	03.09.13	3'055		2'000	512	2'543	
139429000 Bläsi-Schule Sanierung+Erw. Proj	neu	09.11.11	910	78	450	449	384	
140056000 Div Schulhäuser Kanalisationssan.	geb	30.08.11	5'900	1'746	3'000	1'245	2'908	
140256003 Brunnmatt-Schule Gesamtsanierung	geb	02.11.10	24'985	19'998	1'500	2'675	2'312	
... davon Drittmittel			-137	-76		-61		
140629000 Chr.Merian-/Gellert-Schule Proj.	neu	09.11.11	680	38	450		642	
141456001 Dreirosen-Schule Teilsanierung	geb	03.09.13	1'731	1'271	25	459	0	
141456002 Leonhard-Gymnasium San./Anpass.	geb	03.09.13	1'750	571	187	871	308	
... davon Drittmittel			-22	-22				
141726001 Erlenmatt-Schule Neubau/Fotovoltaik	neu	22.10.14	33'430	312	12'000	7'450	25'668	
144429000 Isaak Iselin-Schule San/Erw. Proj	geb	04.09.12	750	1	450	721	28	
145656000 Neubad Schule Fenster-Ersatz	geb	11.09.07	1'700	987	700		713	
146456000 Peters-Schule Gesamtsanierung	geb	02.09.14	10'600	717	4'550	1'505	8'378	
147626000 Sandgruben-Schule Neubau	neu	09.11.11	60'000	15'169	26'425	23'112	21'720	
148426001 Schoren-Schulhaus+TH Neubau/Fot	neu	10.12.14	21'930	6	11'000	7'803	14'121	
148429000 Schoren-Schule Neubau Proj.	neu	09.11.11	1'340	2'653		-1'095	-218	
148856001 Sevogel-Schule Teilsanierung	geb	03.09.13	738	473	12	107	158	
... davon Drittmittel			-27			-27		
149656000 Theobald Baerwart-Schulhaus	geb	03.09.13	15'696	3'822	9'346	8'455	3'419	
151829000 Volta-Schule Erweiterung Proj.	neu	09.11.11	1'370			36	1'334	
152026000 Bachgraben Spezial Angebote Ausb.	neu	22.10.14	3'689	87	3'500	3'116	486	
152029000 Wasgenring Bachgraben Isaak Iselin	neu	09.11.11	1'460	613	500	440	407	
153656000 Kaltbrunnen-/Neubad Schule Sanierung	geb	02.09.14	3'200		1'983	385	2'815	
156426001 Bettingen Erweiterung Projektierung	neu	19.03.14	490	11	470	459	20	
160056000 KG Belforterstr.126a San. Fassade	geb	01.09.09	500		50		500	
174056000 Zentrum Frühförd. Behindertenmass.	geb	03.09.13	460	9	430	513	-61	
176459001 Schulheim Gute Herberge Sanierung	geb	02.09.14	2'286		2'286		2'286	
181056003 Dreirosen Schule TH Dachsanierung	geb	02.09.14	2'700		2'286		2'700	
181056004 Theaterturnhalle Sanierung Dach	geb	04.09.12	850		650	5	845	
182056002 Rittergasse TH + SA San.	geb	01.11.11	7'900	7'450		3	447	
... davon Drittmittel			-114	-114				
183026000 St. Jakobshalle Sanierung/Modern.	neu	14.01.15	100'000			6'889	93'111	
183029001 St. Jakobshalle Sanierung/Ausb.Proj.	neu	09.11.11	4'800	4'773	19'000	28	-1	
184026001 St. Jakob Sportanlage Tribühnengeb.	neu	10.04.13	22'100	10'650	5'000	9'411	2'039	
... davon Drittmittel			-2			-2		
184026005 Schorenmatte Sportanl. Instandsetz.	neu		4'315		300		4'315	

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben				
			Total	Ausschöpfung			
				bis 2014	B 2015	R 2015	ab 2016
184056007 Sportplatz Buschweilerhof Restsan.	geb	01.09.09	2'970	3'913		71	-1'015 ³
185926000 KEB Eglisee Sanierung Proj.	neu	18.09.13	1'380	986	300	258	136
185956000 KEB St.Margarethen Sofortm. + Proj.	geb	10.08.10	4'000	1'765	2'250	1'812	423
185956002 KEB Eglisee Sofortmassnahmen	geb	02.09.14	1'050	712	400	260	78
216026000 Kunstmuseum Erw.bau Burghof	neu	17.11.10	100'000	59'392	36'000	33'905	6'704
... davon Drittmittel			-50'000	-27'500	-18'000	-16'500	0
216056000 Kunstmuseum Vorgezogene San.	geb	04.09.12	24'715	6'072	15'300	12'437	6'206
... davon Drittmittel			-47			-47	
220856001 Kirschgarten-Museum Fassadensan.	geb	03.09.13	750	15	715	519	215
222056000 Naturhistorisches Museum San.	geb	01.11.11	7'500	312	4'700	3'037	4'151
222056001 NMB Präparatorien + Werkstätten	geb	21.09.10	9'500	8'919	Abschluss	Abrechn.	
222056003 NMB Schlüsselberg 3/5 Dach-+Fas	geb	03.09.13	1'100	473	750	526	101
812026001 NMB+Staatsarchiv Neubau Proj.	neu	26.06.13	8'950	3	2'000		8'947
812056001 Lyonstrasse 41 Ausbau für prov.Lager	geb	06.11.12	900	632	234	75	193
... davon Drittmittel			-1	-1			
421							
185451000 BFS Kohlenberg 11 Erdbebenertücht.	geb	04.11.14	500		500	494	6
324151000 Vogesen-/Pestalozzi-Schule Sanierung	geb	04.11.14	800		400	116	684
326751000 MKB Schlüsselberg 9/13 Sanierungen	geb	02.09.14	570		285	392	178
422							
000451000 St. Johann-Schule San./Anpass.	geb	04.11.14	8'700	505	2'000	1'305	6'890
000851000 FMS Gesamtsanierung Proj,	geb	04.11.14	1'800		1'000	5	1'795
009151000 De Wette-Schulhaus San./Anpass.	geb	02.09.14	5'500	1'389	3'738	2'846	1'265
009251000 Kirschgarten-Gymnasium Gesamtsan.	geb	02.09.14	35'444	3	20'237	6'803	28'638
012151000 Vogelsang-Schulhaus San./Anpass.	geb	02.09.14	1'655	44	980	1'684	-73
012251000 Vogelsang Schule Badewassertechnik	geb	01.09.15	1'540			2	1'538
013751000 Kohlenberg 27 Fassadensanierung	geb	02.09.14	650		650	630	20
014251000 Insel Schule Innensanierung	geb	02.09.14	2'563	380	1'721	866	1'317
014551000 Theodor-Schulhaus Sanierung	geb	02.09.14	585	10	509	238	336
016551000 Gundeldingen Margarethen Schule	geb	04.11.14	2'030	80	500	449	1'501
017051000 Holbein-Schulhaus I + II Gesamtsan.	geb	02.09.14	6'400	113	2'000	3'006	3'282
017251000 Thierstein-Schule San./Brandsch.	geb	04.11.14	1'050	81	700	602	367
018251000 Th Platter/R Linder/Wettstein S	geb	02.09.14	4'358	435	2'010	1'763	2'160
... davon Drittmittel			-10			-10	
022351000 Wasgenring Schule Nord/Süd San.	geb					-343	343
043651000 Bachgraben Gartenbad Schwimmbad	geb	04.11.14	1'500		750	207	1'293
074851000 Kaserne Oberer Rossstall San Lüftung	geb	04.11.14	900		450	549	351
423							
130056001 Schulen am Münsterplatz Umb.+San.	geb	04.09.12	8'110	5'938	3'156	1'869	303
139456002 Bläsi-Schule Gesamtsanierung	geb	01.11.11	8'150	8'233	6	-1'312	1'229
... davon Drittmittel			-4			-4	
142456001 Gotthelf/Gottfried Keller PS Sa	geb	02.09.14	4'985	781	2'070	1'520	2'684
143656000 Hirzbrunnen-Schule Instand./Anp.	geb	06.09.11	16'425	13'203	438	475	2'747
... davon Drittmittel			-551			-551	
145256000 Kleinhüniger-Schule Sanierung	geb	31.08.10	3'000	1'467	1'438	635	898
154856000 Hebel-Schule Gesamtsan Umbau TH	geb	02.11.10	19'245	16'104	300	259	2'882
... davon Drittmittel			-161	-40		-121	0
Total inkl. Drittmittel			1'146'452	431'322	303'237	233'658	481'472
... davon Drittmittel			-71'995	-47'634	-21'374	-18'362	0
Hochbauten im VV - Teil Bildung + Kultur			1'074'457	383'688	281'863	215'296	481'472
Total inkl. Drittmittel			1'451'440	477'499	351'547	275'318	698'624
... davon Drittmittel			-72'042	-47'667	-21'374	-18'376	0
Hochbauten im Verwaltungsvermögen			1'379'398	429'832	330'173	256'943	698'624

Kommentar

- 1 Bewilligung zur Kreditüberschreitung um 300'000 Franken auf 7'300'000 Franken gemäss RRB 10/09/9 vom 9.3.2010.
- 2 Die Mehrkosten werden durch die aufgelaufene Teuerung begründet.
- 3 Bewilligung zur Kreditüberschreitung gem. RRB 12/17/8 vom 05.06.2012 über 800'000 Franken auf 3'770'000 Franken. Weitere Mehrkosten werden durch die aufgelaufene Teuerung begründet.

Informatik

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben				
			Total	Ausschöpfung			
				bis 2014	B 2015	R 2015	ab 2016
111 Appellationsgericht			1'733		100	68	1'665
000000015 Betriebsamt 2016 Fachapplikation Abl.	geb	04.11.14	1'733		100	68	1'665
271 Hochschulen			5'782	1'442	2'428	1'322	3'018
878000100 ICT Volksschule Erweiterung	neu	18.04.12	5'751	1'442	2'428	1'291	3'018
878000101 ICT TS SpA Bachgraben Erweiterung	neu	22.10.14	31			31	
330 Staatskanzlei			815	60	249		755
501000000 Kantonsblatt online	neu		500		200		500
502000000 Konsul Aktualisierung	geb	06.11.12	315	60	49		255
376 Staatsarchiv			3'832	1'404	656	243	2'185
104000000 StaBS Archivinformationssystem	neu		1'610		445		1'610
104020002 StaBS Staatsarchiv Informatis.	neu	04.06.08	940	933	Abschluss	Abrechn.	
500000000 StaBS Mikroverfilm.Digit.Sicherheit	neu	27.06.12	1'346	471	259	307	568
... davon Drittmittel			-64		-48	-64	
401 Generalsekretariat FD			14'100	8'149	2'200	236	5'715
000000002 WorkplaceBS	geb	01.11.11	10'600	7'074	1'000		3'526
860000000 E-Government - Impulsprogramm	neu	07.12.11	3'500	1'075	1'200	236	2'189
403 Finanzverwaltung			400	396			4
835000004 Erneuerung bestehende SAP Infrastruktur	geb	06.09.11	400	396	Abschluss	Abrechn.	
406 ZID			15'949	5'138	2'474	1'660	9'151
0P0000024 IK-WebBS-Mobileoptimierung	geb	12.11.13	475	498		16	-39
0P0000028 IK-Basis05-Migration	geb	04.11.14	474		474	390	84
A10100718 Zentrale Anlagekomponenten	geb	10.08.10	15'000	4'640	2'000	1'254	9'106
501 Stabsbereiche JSD			3'534	378	2'000	1'253	1'902
109021400 Storage Area Netw. Blaulichtorg	geb	28.01.14	3'534	378	2'000	1'253	1'902
506 Kantonspolizei			370		330	169	201
555021500 Einsatzführungssystem „Panther“, Ersatz	geb	04.11.14	370		330	169	201
509 Bereich Rettung			1'850	41	1'440	859	950
030021402 Einsatzleitsystem Sanität, Ersatz	geb	03.09.13	1'850	41	1'440	859	950
510 Bevölk.dienste/ Migration			4'400	1'137	1'770	1'756	1'507
001020001 PaRIS Personenauskl.-,Reg.-+InfoSystem	geb	16.04.13	4'400	1'137	1'770	1'756	1'507
520 Staatsanwaltschaft			4'900			1'107	3'793
101021400 Geschäftsverwaltungssystem Stawa, Ersatz	geb	14.04.15	4'900			1'107	3'793
614 Stadtgärtnerei			352	83	100	100	169
030020301 IMS-Avanti SF Phase I- III; SWI	geb	04.09.12	352	83	100	100	169
651 Städtebau + Architektur			890		500		890
051020002 Software kundenorient. Denkmalpflege	neu		890		500		890
Total inkl. Drittmittel			58'971	18'228	14'295	8'839	31'905
... davon Drittmittel			-64	0	-48	-64	0
Informatik			58'907	18'228	14'247	8'775	31'905

Bildung

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben					
		Total	Ausschöpfung				
			bis 2014	B 2015	R 2015	ab 2016	
201	Zentrale Dienste	5'881	7'864	9'206	6'395	-8'378	
862000022	Bäumlihof-Gymnasium Mobilien	neu 14.05.14	1'879	379	259	178	1'322
862000027	Binningerstrasse 6, Sanierung, Mobilien	geb 02.09.14	1'193		1'193	49	1'144
862000029	Tagesschule SpA Bachgraben Mobilien	neu 22.10.14	156			157	-1
862000032	Brunnmatt-Schule Mobilien	geb 02.11.10	653	539	171		114
862010001	RAB Schulharmonisierung Mobilien	neu 09.11.11	(93'000)	6'029	5'982	4'930	(11'520) ¹
862010002	RAB Tagesstrukturen Mobilien	neu 09.11.11	(39'000)	917	1'601	996	(4'587) ²
871000000	St. Jakobshalle Mobilien	neu 14.01.15	2'000			87	1'913
290	Jugend, Familie und Sport		500			476	24
066100000	SPA St. Jakob Tribüne, Mobiliar	neu 10.04.13	500			476	24
	Total inkl. Drittmittel		6'381	7'864	9'206	6'871	-8'354
	... davon Drittmittel		0	0	0	0	0
	Bildung		6'381	7'864	9'206	6'871	-8'354

Kommentar

1 Ausgaben zulasten Vorhaben 420100026001 RAB Schulharmonisierung über 93 Mio. Franken

2 Ausgaben zulasten Vorhaben 420100026000 RAB Tagesstrukturen über 39 Mio. Franken

Kultur

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status	Bruttoausgaben					
		Total	Ausschöpfung				
			bis 2014	B 2015	R 2015	ab 2016	
370	Kultur	1'700	0	200	0	1'700	
821000023	Proberäume für Bands	neu 12.01.11	1'700	0	200	0	1'700
371	Kunstmuseum	-993	4'185	800	959	-6'136	
500000001	KMB Ankäufe Kunstwerke 2014-2017	neu 21.05.14	3'200	5'255	800	4'798	-6'853
	... davon Drittmittel		-8'661	-4'271		-4'391	
500000002	KMB Erweiterung Burghof Mobilien	neu 17.11.10	3'200			552	2'648
503000015	KMB Ankäufe Kunstwerke 2010-2013	neu 10.03.10	3'200	3'876	Abschluss	Abrechn.	
	... davon Drittmittel		-979				
503000016	KMB Ankäufe Kunstwerke 2010-2013	neu 10.03.10		1'255	Abschluss	Abrechn.	
	... davon Drittmittel		-952	-952			
373	Historisches Museum	320	113	73	35	172	
502000006	HMB Schranksysteme Genuastrasse	geb 04.09.12	320	113	73	35	172
374	Naturhistorisches Museum	4'868	1'586	1'554	410	2'872	
500000000	NMB Sanierungen III Projektkoordinator	geb 01.11.11	168	0	50	0	168
500000001	NMB Externes Lager Mieterausbau	geb 06.11.12	1'950	1'220	387	69	661
830000000	NMB Dauerausst. + Betriebseinr.	geb 03.11.09	2'750	367	1'117	341	2'042
375	Museum der Kulturen	5'390	3'484	563	250	1'656	
830000000	MKB Neue perm. Ausstellungen Einr.	neu	1'580	437	539	138	1'005
835000000	MKB Museum der Kulturen Wiedereröffnung	neu 03.02.10	3'810	3'047	24	112	651
376	Staatsarchiv	258	195	13	0	63	
103000000	StaBS Prov. Lager Lyonstr. 41 A	geb 06.11.12	258	195	Abschluss	Abrechn.	
	Total inkl. Drittmittel		22'136	15'765	3'203	6'045	326
	... davon Drittmittel		-10'593	-6'202	0	-4'391	0
	Kultur		11'543	9'563	3'203	1'654	326

Übrige

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken	finanzrechtl. Status			Bruttoausgaben				
				Total	Ausschöpfung			
					bis 2014	B 2015	R 2015	ab 2016
350	Kantons- u. Stadtentwickl.			2'916		1'800	404	2'512
500000001	Neue Fussgängerorientierung Ba.	neu	17.09.14	2'916		1'800	404	2'512
376	Staatsarchiv			534	593			-59
500000001	StaBS Ers.nicht-arch.Verp.Urk.	geb	10.08.10	534	593	Abschluss	Abrechn.	
403	Finanzverwaltung			1'085	813	120	42	230
831000000	HRM2 in Anbindung an IPSAS	geb	02.11.10	1'085	813	120	42	230
406	ZID			656	8	465	538	110
0P0000025	ZID-SP2-Betriebseinrichtg. Ersatz	geb	12.11.13	656	8	465	538	110
409	Zentraler Personaldienst			2'852	1'700	655	388	764
004000002	Systempflege, Überführung 2 des Proj.	geb	06.09.11	2'852	1'700	655	388	764
501	Stabsbereiche JSD			2'040		240	184	1'856
105521500	Zeughaus Ersatzstandort Kapo	geb	02.09.14	240		240	95	Abschluss
105521501	Sicherheitsleitsystem u. Videoüberwachung	geb	01.09.15	1'800			89	1'711
506	Kantonspolizei			17'617	1'802	1'163	518	15'296
559020000	Erdbebenvorsorge (partnerschaft.)	neu	07.12.11	870	663	105	145	61
559020001	Mobilisierungssystem	geb	02.11.10	1'090	1'095	Abschluss	Abrechn.	
559020002	Tel-Infrastr. Einsatzzentralen	geb	03.09.13	1'610	44	110	41	Abschluss
559021501	Polycom-Infrastruktur, Ersatz ... davon Drittmittel	geb	04.11.14	10'747		468	332	10'415
581021500	RADAR-Anlagen, Ersatz	neu	16.09.15	3'300		500		3'300
509	Bereich Rettung			7'177	3'040	2'313	984	3'152
010021500	Sirenenanlagen im Kanton BS, Ersatz ... davon Drittmittel	geb	02.09.14	500 -514	1	333	513	Abrechn. -514
020020010	Drehleiter „32“ Feuerwehr; Ersatz	geb	01.11.11	1'200	921	Abschluss	Abrechn.	
020021400	Tanklöschfahrz. der Berufsfeuerwehr	geb	12.11.13	1'400		1'400		1'400
020021501	Feuerlöschboot Christophorus, Revision	geb	04.11.14	400		400	373	Abrechn.
027021300	Löschfahrzeuge Bezirksfeuerwehr	geb	06.11.12	1'161	1'161	Abschluss	Abrechn.	
030020008	Rettungswagen Sanität (2012/13); Ersatz	geb	01.11.11	680	616	Abschluss	Abrechn.	
030021401	Patientenmonitoring Sanität, Ersatz	geb	03.09.13	650			610	Abschluss
030021403	Rettungswagen Sanität, Ersatz	geb	12.11.13	340	341	Abschluss	Abrechn.	
030021501	Rettungswagen (4) der Sanität, Ersatz	geb	02.09.14	1'360		680	1	1'359
614	Stadtgärtnerei			12'392	9'419	2'379	2'223	750
030020304	RV Freizeitgartenareale	geb	03.09.13	2'500	353	610	645	1'501
030020305	RV Friedhöfe 2013-2016	geb	12.11.13	1'954	110	644	837	1'007
030020307	Grünflächenkataster Aktualisierung	geb	06.11.12	1'328	236	265	290	802
030020309	Sieb- und Kompostieranlage, Ersatz	geb	02.09.14	360		360		360
030020503	Gemeinschaftsgrabanlage Abt. 9	neu	24.03.09	3'000	2'926	Abschluss	Abrechn.	
030020603	Baumpflanzungen laut Richtplan	neu	23.06.99	2'500	4'874	500	450	-2'824 ¹
030020951	Förderung der Wohnlichkeit	neu	07.01.09	750	920	Abschluss	Abrechn.	
651	Städtebau + Architektur			900	1'628	50		-728²
30020020	Hafen St. Johann Campus Novartis	neu	18.01.06	900	1'628	50	0	Abschluss
661	Mobilität			4'950	4'202	680	531	217
001020001	Parkraumbewirtschaftung	neu	21.09.11	1'850	1'062	680	531	257
830054003	Verkehrsrechner Ersatz	geb	12.08.08	3'100	3'140	Abschluss	Abrechn.	
706	Gesundheitsschutz			500		500	496	4
015020151	LC/MS-System KL 2015	geb	02.09.14	500		500	496	Abschluss
831	Amt für Umwelt u. Energie			12'880	2'206	10'450	3'437	7'760
080004009	2000-Watt-Gesellschaft	neu	22.04.09	2'080	1'369	500	186	525
081022006	Abwasserreinigungsanl. BS best.	neu	25.06.75			4'150	523	
081022022	Abwasserreinigungsanl. BS Proj.	neu	11.12.13	10'800	837	5'800	2'728	7'235
	Total inkl. Drittmittel			67'013	25'411	21'335	10'259	31'864
	... davon Drittmittel			-514		-520	-514	0
	Übrige Teil Allgemein			66'499	25'411	20'815	9'745	31'864
271	Hochschulen			3'000			3'000	
811000028	Impulsinvestition ETHZ/Uni BS 2015	neu	16.12.15	3'000			3'000	Abschluss
290	Jugend Familie und Sport			6'650	3'165	1'157	292	3'193

Investitionsvorhaben in 1'000 Franken		finanzrechtl. Status		Bruttoausgaben				
				Total	Ausschöpfung			ab 2016
		bis 2014	B 2015		R 2015			
039000001	Tagesheimplätze I Inv.-Beitrag	neu	03.06.09	3'750	3'165	457	292	Abrechn.
039000002	Tagesheimplätze II Inv.-Beitrag	geb	03.09.13	2'900		700		2'900
370	Kultur			13'245	7'645			5'600
821300007	Allg. Bibliotheken der GGG EDV-Ern.	neu	08.06.11	429	429	Abschluss		Abrechn.
821300008	Allgemeine Bibliotheken der GGG	neu	07.12.11	10'296	4'810			5'486
821400000	Haus el. Künste Oslostr. Ausstattung	neu	25.06.14	520	406			114
821500002	Basler Papiermühle Innensanierung	neu	08.12.10	2'000	2'000	Abschluss		Abrechn.
650	S+A HBA/Baukostenbeiträge			3'682	3'055			
004040006	Bürgerliches Waisenhaus Inv.-Beitrag	neu	16.09.09	1'562	1'151	Abschluss		Abrechn.
007040015	R 071242 Pflegeheim Wiesendam Sanierung	neu	25.06.08	2'120	1'905	Abschluss		Abrechn.
651	Städtebau + Architektur			27'300	7'106	2'500	2'457	17'737
051020001	Denkmalschutz 2013-2017	neu	09.01.13	14'800	1'466	1'600	2'228	11'106
051020099	Denkmalschutz 2008-2012	neu	12.09.07	12'500	5'639	900	229	6'631
730	Gesundheitsversorgung			35'820	13'130	12'531	7'251	15'439
072000001	Alterszentrum Burgfelderhof Inv.-Beitrag	neu	19.10.11	10'431	10'340	Abschluss		Abrechn.
072000003	Pflegeheim Adullam Riehen Inv.-Beitrag	neu	12.02.14	5'580	2'790	Abschluss		Abrechn.
072000004	Pflegeheim Humanitas Inv.-Beitrag	neu	12.11.14	10'323		5'301		10'323
072000005	APH Marthastift Inv.- Beitrag	neu	12.02.14	9'486		4'650	4'650	4'836
831	Amt für Umwelt u. Energie			8'600	6'582	773	924	1'095
083004003	Lärmschutzmassn. Strassenabschn.3A	neu	15.12.04	3'600	2'476	100	293	2'150 ³
	... davon Drittmittel				-668			-651
083004004	Lärmschutzmassn. Strassenabschn.3B/1	neu	15.12.04	5'000	6'033	900	631	-404 ⁴
	... davon Drittmittel				-1'259	-227		
	Total inkl. Drittmittel			98'297	42'610	17'188	19'524	38'115
	... davon Drittmittel			0	-1'927	-227		
	Übrige Teil Investitionsbeiträge			98'297	40'683	16'961	19'524	38'115
	Total inkl. Drittmittel			165'310	68'021	38'523	29'783	69'979
	... davon Drittmittel			-514	-1'927	-747	-514	0
	Übrige			164'796	66'094	37'776	29'269	69'979

Kommentar

- 1 Es stehen jährlich 500'000 Franken für Baumpflanzungen gemäss Alleenplan zur Verfügung.
- 2 Mehrausgaben werden per Projektende über den „Campus-Kredit“ abgerechnet.
- 3 Unter Berücksichtigung der Drittmittel beträgt die Ausschöpfung bis 2014 1'807'986 Franken sowie die Ausschöpfung ab 2016 1'498'709 Franken.
- 4 Unter Berücksichtigung der Drittmittel beträgt die Ausschöpfung bis 2014 4'773'426 Franken sowie die Ausschöpfung ab 2016 -404'017 Franken. Gemäss RRB 10/29/65 dürfen beide Investitionen im Bereich Lärmschutzmassnahmen als eine Einheit behandelt werden.

Investitionsbereiche nach Dienststelle und Departement

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/R14		Abw. R15/B15	
	2015	2015	2014	abs.	%	abs.	%
3300 Staatskanzlei	0.0	249.0	44.1	-44.1	-100.0	-249.0	-100.0
Informatik	0.0	249.0	44.1	-44.1	-100.0	-249.0	-100.0
3400 Aussenbeziehungen	0.0	0.0	166.9	-166.9	-100.0	0.0	...
Kleininvestitionen	0.0	0.0	166.9	-166.9	-100.0	0.0	...
3500 Kantons- und Stadtentwicklung	404.3	1'800.0	124.1	280.2	225.8	-1'395.7	-77.5
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	0.0	0.0	124.1	124.1	100.0	0.0	...
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	404.3	1'800.0	0.0	404.3	...	-1'395.7	-77.5
3700 Kultur	5'599.7	200.0	4'950.1	649.6	13.1	5'399.7	2'699.9
Kultur	0.0	200.0	0.0	0.0	...	-200.0	-100.0
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	5'599.7	0.0	4'950.1	649.6	13.1	5'599.7	...
3710 Kunstmuseum	1'371.7	1'248.8	984.7	387.0	39.3	122.9	9.8
Kultur	959.0	800.0	984.7	-25.7	-2.6	159.0	19.9
Kleininvestitionen	412.7	448.8	0.0	412.7	...	-36.1	-8.0
3730 Historisches Museum	35.0	73.0	6.2	28.8	464.5	-38.0	-52.1
Kultur	35.0	73.0	6.2	28.8	464.5	-38.0	-52.1
Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	...	0.0	...
3740 Naturhistorisches Museum	410.0	1'554.0	682.6	-272.6	-39.9	-1'144.0	-73.6
Kultur	410.0	1'554.0	682.6	-272.6	-39.9	-1'144.0	-73.6
3750 Museum der Kulturen	250.0	563.0	933.7	-683.8	-73.2	-313.1	-55.6
Kultur	250.0	563.0	933.7	-683.8	-73.2	-313.1	-55.6
3760 Staatsarchiv	243.2	224.0	376.8	-133.6	-35.5	19.2	8.6
Informatik	243.2	211.0	198.4	44.8	22.6	32.2	15.3
Kultur	0.0	13.0	8.1	-8.1	-100.0	-13.0	-100.0
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	0.0	0.0	170.3	-170.3	-100.0	0.0	...
Total Präsidialdepartement	8'313.8	5'911.8	8'269.2	44.6	0.5	2'402.0	40.6
6010 Generalsekretariat BVD	6'725.4	12'301.0	3'376.0	3'349.4	99.2	-5'575.6	-45.3
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	6'088.6	12'301.0	3'376.0	2'712.6	80.4	-6'212.4	-50.5
Kleininvestitionen	636.8	0.0	0.0	636.8	...	636.8	...
6140 Stadtgärtnerei	3'622.1	5'053.0	2'393.4	1'228.7	51.3	-1'430.9	-28.3
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	732.5	1'616.0	362.4	370.1	102.1	-883.5	-54.7
Informatik	100.5	100.0	37.2	63.3	170.1	0.5	0.5
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	2'223.3	2'379.0	1'483.8	739.5	49.8	-155.7	-6.5
Kleininvestitionen	565.8	958.0	510.0	55.8	11.0	-392.2	-40.9
6170 Tiefbauamt	57'194.6	78'311.0	58'847.2	-1'652.6	-2.8	-21'116.4	-27.0
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	54'536.0	73'567.0	52'469.8	2'066.2	3.9	-19'031.0	-25.9
Öffentlicher Verkehr	2'061.0	3'874.0	5'964.5	-3'903.5	-65.4	-1'813.0	-46.8
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	0.0	0.0	187.7	-187.7	-100.0	0.0	...
Kleininvestitionen	597.6	870.0	225.2	372.4	165.3	-272.4	-31.3
6310 Grundbuch- und Vermessungsamt	0.0	0.0	59.7	-59.7	-100.0	0.0	...
Kleininvestitionen	0.0	0.0	59.7	-59.7	-100.0	0.0	...
6510 Städtebau und Architektur	3'434.8	6'160.0	2'988.5	446.3	14.9	-2'725.2	-44.2
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	785.7	2'410.0	731.0	54.7	7.5	-1'624.3	-67.4
Öffentlicher Verkehr	192.1	700.0	197.0	-4.9	-2.5	-507.9	-72.6
Informatik	0.0	500.0	0.0	0.0	...	-500.0	-100.0
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	2'457.0	2'550.0	2'060.5	396.5	19.2	-93.0	-3.6
6610 Mobilität	22'284.1	45'090.0	39'508.1	-17'224.0	-43.6	-22'805.9	-50.6
Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur	2'245.8	3'080.0	5'378.5	-3'132.7	-58.2	-834.2	-27.1
Öffentlicher Verkehr	19'507.2	41'330.0	33'633.4	-14'126.2	-42.0	-21'822.8	-52.8
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	531.1	680.0	496.2	34.9	7.0	-148.9	-21.9
Total Bau- und Verkehrsdepartement	93'261.0	146'915.0	107'172.9	-13'911.9	-13.0	-53'654.0	-36.5
2010 Zentrale Dienste	7'685.4	9'206.0	5'139.8	2'545.6	49.5	-1'520.6	-16.5
Bildung	6'395.0	9'206.0	5'002.9	1'392.1	27.8	-2'811.0	-30.5
Kleininvestitionen	1'290.4	0.0	136.9	1'153.5	842.6	1'290.4	...
2450 Berufsbildende Schulen	224.3	225.0	265.2	-40.9	-15.4	-0.7	-0.3
Kleininvestitionen	224.3	225.0	265.2	-40.9	-15.4	-0.7	-0.3
2640 Bildungszentrum Gesundheit	139.3	0.0	0.0	139.3	...	139.3	...

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/R14		Abw. R15/B15	
	2015	2015	2014	abs.	%	abs.	%
Kleininvestitionen	139.3	0.0	0.0	139.3	...	139.3	...
2710 Hochschulen	4'456.8	2'428.0	1'331.9	3'124.9	234.6	2'028.8	83.6
Informatik	1'322.4	2'428.0	1'266.7	55.7	4.4	-1'105.6	-45.5
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	3'000.0	0.0	0.0	3'000.0	...	3'000.0	...
Kleininvestitionen	134.4	0.0	65.2	69.2	106.1	134.4	...
2900 Jugend, Familie und Sport	1'075.5	1'477.0	655.2	420.3	64.2	-401.5	-27.2
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	292.1	1'157.0	372.1	-80.0	-21.5	-864.9	-74.8
Bildung	476.2	0.0	0.0	476.2	...	476.2	...
Kleininvestitionen	307.3	320.0	283.1	24.2	8.5	-12.7	-4.0
2930 Materialzentrale	0.0	0.0	224.6	-224.6	-100.0	0.0	...
Kleininvestitionen	0.0	0.0	224.6	-224.6	-100.0	0.0	...
Total Erziehungsdepartement	13'442.1	13'336.0	7'616.7	5'825.4	76.5	106.1	0.8
4010 Generalsekretariat FD	236.1	2'200.0	1'639.5	-1'403.4	-85.6	-1'963.9	-831.8
Informatik	236.1	2'200.0	904.2	-668.1	-73.9	-1'963.9	-89.3
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	0.0	0.0	735.3	-735.3	-100.0	0.0	...
4030 Finanzverwaltung	103'961.8	30'430.0	-44'797.9	148'759.7	332.1	73'531.8	241.6
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	41.9	120.0	160.0	-118.1	-73.8	-78.1	-65.1
Ausgaben Darlehen und Beteiligungen	164'996.7	88'000.0	13'408.1	151'588.6	1'130.6	76'996.7	87.5
Einnahmen Darlehen und Beteiligungen	-61'408.3	-57'690.0	-58'540.5	-2'867.8	-4.9	-3'718.3	-6.4
Kleininvestitionen	331.5	0.0	174.5	157.0	90.0	331.5	...
4060 Zentrale Informatikdienste	3'372.1	4'205.0	2'645.5	726.6	27.5	-832.9	-19.8
Informatik	1'660.6	2'000.0	1'600.6	60.0	3.8	-339.4	-17.0
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	537.7	465.0	8.5	529.2	6'226.0	72.7	15.6
Kleininvestitionen	1'173.8	1'740.0	1'036.4	137.4	13.3	-566.2	-32.5
4090 Zentraler Personaldienst	387.9	655.0	802.2	-414.3	-51.6	-267.1	-40.8
Informatik	0.0	0.0	0.0	0.0	...	0.0	...
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	387.9	655.0	802.2	-414.3	-51.6	-267.1	-40.8
4200 Liegenschaften VV	252'985.5	301'555.8	163'861.8	89'123.7	54.4	-48'570.3	-16.1
Hochbauten im Verwaltungsvermögen	257'164.3	308'273.0	165'532.5	91'631.8	55.4	-51'108.7	-16.6
Übertragung von Anlagen ins VV	5'486.0	0.0	0.0	7'156.7	428.4	5'486.0	...
Übertragung von Anlagen ins FV	-9'664.7	-6'717.2	-1'670.7	-133'815.8	...	-2'947.5	-43.9
Total Finanzdepartement	360'943.5	339'045.8	124'151.1	236'792.4	190.7	21'897.7	6.5
7060 Gesundheitsschutz	709.3	500.0	812.4	-103.1	-20.6	209.3	41.9
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	495.7	500.0	408.4	87.3	21.4	-4.3	-0.9
Kleininvestitionen	213.6	0.0	404.0	-190.4	-47.1	213.6	...
7200 Öffentliche Zahnkliniken	0.0	0.0	84.0	-84.0	-100.0	0.0	...
Kleininvestitionen	0.0	0.0	84.0	-84.0	-100.0	0.0	...
7300 Gesundheitsversorgung	7'406.8	12'531.0	13'985.3	-6'578.5	-47.0	-5'124.2	-40.9
Informatik	0.0	0.0	810.0	-810.0	-100.0	0.0	...
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	7'251.4	12'531.0	13'175.3	-5'923.9	-45.0	-5'279.6	-42.1
Kleininvestitionen	155.4	0.0	0.0	155.4	...	155.4	...
Total Gesundheitsdepartement	8'116.1	13'031.0	14'881.7	-6'765.6	-45.5	-4'914.9	-37.7
5010 Stabsbereiche JSD	1'437.8	2'240.0	378.4	1'059.4	280.0	-802.2	-35.8
Informatik	1'253.3	2'000.0	378.4	874.9	231.2	-746.7	-37.3
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	184.4	240.0	0.0	184.4	...	-55.6	-23.2
5060 Kantonspolizei	2'012.4	829.0	1'436.5	575.9	40.1	1'183.4	142.8
Informatik	168.8	0.0	0.0	168.8	...	168.8	...
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	518.3	215.0	783.3	-265.0	-33.8	303.3	141.1
Kleininvestitionen	1'325.3	614.0	653.2	672.1	102.9	711.3	115.8
5090 Bereich Rettung	2'015.0	3'353.0	1'346.3	668.7	49.7	-1'338.0	-39.9
Informatik	859.2	1'440.0	40.5	818.7	2'021.4	-580.8	-40.3
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	984.4	1'913.0	1'122.7	-138.3	-12.3	-928.6	-48.5
Kleininvestitionen	171.5	0.0	183.1	-11.6	-6.4	171.5	...
5100 Bevölkerungsdienste und Migration	1'755.8	1'770.0	2'047.9	-292.1	-14.3	-14.2	-0.8
Informatik	1'755.8	1'770.0	1'022.9	732.9	71.7	-14.2	-0.8
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	0.0	0.0	1'025.0	-1'025.0	-100.0	0.0	...
5200 Staatsanwaltschaft	1'801.4	0.0	0.0	1'801.4	...	1'801.4	...
Informatik	1'107.3	0.0	0.0	1'107.3	...	1'107.3	...
Kleininvestitionen	694.1	0.0	0.0	694.1	...	694.1	...

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/R14		Abw. R15/B15	
	2015	2015	2014	abs.	%	abs.	%
Total Justiz- und Sicherheitsdepartement	9'022.4	8'192.0	5'209.1	3'813.3	73.2	830.4	10.1
8060 Amt für Wirtschaft und Arbeit	69.9	0.0	0.0	69.9	...	69.9	...
Kleininvestitionen	69.9	0.0	0.0	69.9	...	69.9	...
8220 Sozialhilfe Basel SHB	185.8	85.0	89.9	95.9	106.6	100.8	118.5
Kleininvestitionen	185.8	85.0	89.9	95.9	106.6	100.8	118.5
8250 Kind- u. Erw. schutzbehörde	0.0	0.0	0.0	0.0	...	0.0	...
Kleininvestitionen	0.0	0.0	0.0	0.0	...	0.0	...
8310 Amt für Umwelt und Energie	4'443.8	11'440.0	2'842.9	1'600.9	56.3	-6'996.2	-61.2
Übrige inkl. Investitionsbeiträge	4'361.0	11'223.0	2'461.5	1'899.5	77.2	-6'862.0	-61.1
Kleininvestitionen	82.8	217.0	381.4	-298.6	-78.3	-134.2	-61.8
Total Dep. f. Wirtschaft und Umwelt	4'699.4	11'525.0	2'932.8	1'766.6	60.2	-6'825.6	-59.2
1110 Appellationsgericht	68.2	0.0	0.0	68.2	...	68.2	...
Informatik	68.2	0.0	0.0	68.2	...	68.2	...
Total Gerichte	68.2	0.0	0.0	68.2	...	68.2	...
Total Investitionsbereiche gemäss IÜL	389'879.2	508'886.0	312'093.3	77'785.9	24.9	-77'785.9	-20.0
Total Übertragungen von Anlagen	-4'178.8	-6'717.2	-1'670.7	-2'508.1	-150.1	2'508.1	60.0
Total Ausgaben und Einnahmen von Darlehen	103'588.4	30'310.0	-45'132.4	148'720.8	329.5	-148'720.8	-143.6
Total Kleininvestitionen	8'577.7	5'477.8	4'943.3	3'634.4	73.5	-3'634.4	-42.4
Total	497'866.5	537'956.6	270'233.5	227'633.0	84.2	-227'633.0	-45.7

6 Die Zahlungsströme an eigene, ausserkantonale und an private Institutionen

6.1 Beiträge an eigene Institutionen

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2014	Budget 2015	Rechnung 2015	(Noch) nicht ausgeschöpft
Globalbeitrag Universität Basel	2014-2017	650'100	161'100	163'200	163'200	325'800
Globalbeitrag für Studienberatung an der Universität	2014-2017	1'992	498	498	498	996
Globalbeitrag für Universitätsbibliothek	2014-2017	5'026	1'256	1'256	1'256	2'513
Globalbeitrag Fachhochschule Nordwestschweiz	2012-2014	126'138	126'138	0	0	0
Globalbeitrag Fachhochschule Nordwestschweiz	2015-2017	132'122	0	43'780	43'780	88'342
Rententeuerung ex FHBB/HPSA-BB Anteil BS	jährlich		0	134	0	
Swiss Tropical and Public Health Institute	2012-2016	9'400	5'400	2'000	2'000	2'000
Swiss Tropical and Public Health Institute, Nachtragskredit	2015	1'500	0	1'500	1'500	0
Volkshochschule beider Basel	2013-2016	2'766	1'383	692	692	692
Hochschulen			295'775	213'060	212'926	420'343
Erziehungsdepartement			295'775	213'060	212'926	420'343
BVB RPV	jährlich		3'628	3'650	3'690	
Abteilung Ortsverkehr BVB	jährlich		53'767	61'057	56'640	
U-Abo Beiträge	jährlich		20'468	20'100	20'452	
Mobilität	jährlich		77'863	84'807	80'782	
Bau- u. Verkehrsdepartement			77'863	84'807	80'782	
Krebsregister Beitrag Kt. Basel-Stadt	2012ff	1'149	510	305	233	406
GWL Leitender Notarzt	2012ff	1'200	1'200	500	500	-500
Gesundheitsdienste			1'710	805	733	-94
Universitätsspital - Beiträge KVG stationär	jährlich		106'773	103'200	104'792	
Felix Platter-Spital - Beiträge KVG stationär	jährlich		27'746	23'000	30'077	
Univ. Psych. Kliniken - Beiträge KVG stationär	jährlich		30'575	28'900	24'796	
UKBB - Beiträge KVG stationär	jährlich		8'232	8'600	7'823	
Abteilung amb öffentl. Spitäler	2014-2015	14'700	9'171	5'500	5'486	43
Ungedeckte Leistungen Tageskliniken	2014-2015	11'700	2'878	3'000	3'091	5'731
Weiterbildung FMH Facharzt	2014-2015	22'850	12'211	11'550	12'620	-1'981
Lehre und Forschung Diff.Abzug	2014-2015	114'500	58'749	56'500	56'749	-997
Übrige Gemeinwirtschaftliche Leistungen Spitäler	2014-2015	3'740	1'906	1'370	1'587	247
Versorgung Langzeitpflege-Bereich Spitäler	2014-2015	7'500	3'072	3'000	2'829	1'599
Gesundheitsversorgung			261'312	244'620	249'850	4'642
Gesundheitsdepartement			263'022	245'425	250'583	4'548
Defizit Basl. Personenschiff. BPG	2010-2014	2'350	2'350	0	0	0
Defizit Basl. Personenschiff. BPG	2015-2019	pendent	0	470	0	0
Generalsekretariat WSU			2'350	470	0	0
Gemeinwirtschaftliche Leistungen Spitäler	2014-2015	8'800	4'400	4'400	4'400	0
Amt für Beistandschaften und Erwachsenenenschutz			4'400	4'400	4'400	0
Dep. f. Wirtschaft, Soz. u. Umwelt			6'750	4'870	4'400	0
Entschädigungen/Beiträge an eigene Institutionen			643'411	548'161	548'690	424'891

6.2 Beiträge an andere Gemeinwesen und private Institutionen

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2014	Budget 2015	Rechnung (Noch) nicht 2015 ausgeschöpft	
Schweizer Schule Sao Paulo, bis 2014 siehe DST 220	2013-2017	125	0	25	25	50
Zentrale Dienste und Generalsekretariat			0	25	25	50
Schweizer Schule Sao Paulo, ab 2015 siehe DST 201	2013-2017	125	50	0	0	0
Musikakademie der Stadt Basel, ab 2015 siehe DST 271	2012-2016	65'000	39'000	0	0	0
Projekt AKEP, ab 2014 siehe DST 271	2012-2015	140	70	0	0	0
Leitung Bildung			39'120	0	0	0
Lukasclub	2013-2015	129	86	43	22	22
Pro Senectute, Begegnung der Generationen in der Schule	2014-2018	200	25	50	50	125
Volksschulen			111	93	72	147
Handelsschule KV Basel „Defizitabdeckung“ (Budgetdach 16.5 Mio. p.a. zuz. Teuerung)	2010-2014	71'434	71'434	0	0	0
HKV „PK-Kosten“ gemäss eff. Aufwand	2010-2014	11'281	11'281	0	0	0
Handelsschule KV Basel Leistungsabteilung (inkl. PK)	2015-2018	68'812	0	17'188	15'739	53'073
Überbetr. Kurse an Partnerfirmen LW AGS	jährlich		17	18	35	
Berufsbildende Schulen			82'732	17'206	15'774	53'073
Kurse Berufsbildner, BBG Art. 11	jährlich		47	26	22	
Lehrabschlussprüfungen LAP	jährlich		2'626	2'569	2'625	
Beiträge Sitzkanton Basel: ÜK	jährlich		2'839	2'642	3'084	
Beiträge Sitzkanton Basel: WB	jährlich		100	0	0	
Beiträge Überkanton: ÜK	jährlich		943	909	1'069	
Beiträge Überkanton: WB	jährlich		6	69	51	
Overall Basel Lehrverbund	2012-2014	371	371	0	0	0
Overall Basel Lehrverbund	2015-2017	368	0	140	118	250
Lehrbetriebe LBB	2014-2017	6'240	1'468	1'560	1'485	3'287
Berufsberatung, Berufs-u.Erw.Bildung			8'400	7'915	8'453	3'538
Preis der Stadt Basel für w. Forschung	jährlich		20	20	20	
Histor.-/Antiquar.Gesellschaft: Publikation	jährlich		20	20	20	
Geogr.-ethnologische Gesellschaft Basel	jährlich		15	15	15	
Archäologie Schweiz	jährlich		20	20	20	
Stiftung Wildt'sches Haus „Defizitdeckung“ (Staatsbeitrag max. Fr. 85'000.– p.a.)	2012-2016	143	58	85	0	85
Zschokkehaus Engelberg	jährlich		12	12	12	
Bim Buur in d'Schuel	jährlich		20	20	20	
Musikakademie der Stadt Basel, bis 2014 siehe DST 220	2012-2016	65'000	0	13'000	13'000	13'000
Projekt AKEP, bis 2013 siehe DST 220	2012-2015	140	35	35	35	70
Hochschulen			200	13'227	13'142	13'155
Familien-, Paar- und Erziehungsberatung	2012-2015	7'200	5'400	1'800	1'800	0
Begleitete Besuchstage	2012-2015	260	195	65	65	0
Mütter- und Väterberatung	2011-2014	3'160	3'160	0	0	0
Mütter- und Väterberatung	2015-2018	4'160	0	1'090	1'040	3'120

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2014	Budget 2015	Rechnung (Noch) nicht 2015 ausgeschöpft	
Verein Elternhilfe beider Basel	2013-2016	40	20	10	10	10
PEB Programm für Elternbildung	2012-2015	126	95	32	32	0
Familienpass	2013-2014	45	45	0	0	0
Familienpass	2015-2018	90	0	23	23	68
Pflegefamiliendienst	2013-2016	800	400	200	200	200
Bürgerliches Waisenhaus	jährlich		3'441	3'300	3'494	
Kinderheim Lindenberg	jährlich		1'646	1'500	1'425	
Kinderhaus Gellert	jährlich		1'360	1'300	1'437	
Schifferkinderheim	jährlich		1'477	1'100	1'498	
Kinderhaus Holee	jährlich		1'474	1'300	1'754	
AHBasel	jährlich		317	200	143	
Durchgangsheim im Vogelsang	jährlich		758	1'000	418	
Erlenhof	jährlich		808	500	615	
Wohnheim Schlössli	jährlich		368	350	326	
Beobachtungsstation FoyersBasel	jährlich		398	700	67	
Durchgangsstation FoyersBasel	jährlich		388	700	749	
Wohngruppe FoyersBasel	jährlich		288	350	403	
Verein Jugendarbeit Basel	2012-2015	13'064	9'798	3'266	3'266	0
Verein Robi-Spiel-Aktionen Basel	2012-2015	5'375	4'031	1'344	1'348	-4
Verein Mobile Jugendarbeit Basel und Riehen	2012-2015	1'519	1'140	380	380	0
Spielwerkstatt Kleinhüningen	2012-2015	921	690	230	230	0
Verein Jugendzentrum Breite	2012-2015	900	675	225	225	0
Verein JuAr Basel, Freizeithalle Dreirosen	2013-2015	675	450	225	225	0
Spilruum Elsässerstrasse	2012-2015	509	382	127	127	0
Verein Eulerstrooss nüün	2012-2015	379	284	95	95	0
Basler Kindertheater	2012-2015	400	300	100	100	0
Off. Kinderarbeit oberes Kleinbasel, ooink ooink Productions	2012-2015	171	128	43	43	0
Verein Kindertreff zum Burzelbaum	2012-2015	102	76	25	25	0
Pro Juventute - Beratung und Hilfe 147	2013-2015	60	40	20	20	0
Stiftung Idée Sport - Midnight Sports Gundeli	2012-2015	102	76	26	25	0
Familea Tagesheime	jährlich		14'845	14'620	15'789	
Gundeldinger Krippe	jährlich		1'489	1'645	1'423	
Kinderkrippen Bläsisitiff	jährlich		2'330	2'325	2'296	
Tagesfamilien Basel-Stadt	jährlich		1'528	1'740	1'441	
Kinderhaus Gellert	jährlich		1'551	1'600	1'506	
Krippe zu St. Peter	jährlich		902	950	998	
Kindertagesheim Verenhof	jährlich		911	970	839	
Generationenhaus Neubad	jährlich		1'451	1'260	1'489	
Krippe zu St. Leonhard	jährlich		507	465	475	
Guardia Infantil Espanola	jährlich		535	600	547	
Tagesheim Rhy-Spatze	jährlich		437	705	467	
Tagesheim Fourmi	jährlich		503	495	499	
Kindernest Gundeli	jährlich		268	270	234	
Kindertagesstätte vagalume	jährlich		650	550	592	
profawo (Kids u Co.)	jährlich		517	405	767	
Basler Stiftung für Ferienkolonien	2013-2014	120	120	0	0	0
Basler Stiftung für Ferienkolonien	2015	60	0	60	60	0
Trägerverein Fanarbeit	2012-2014	240	240	0	0	0
Trägerverein Fanarbeit	2015-2017	240	0	80	80	160

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2014	Budget 2015	Rechnung (Noch) nicht 2015 ausgeschöpft	
Jugend, Familie und Sport			68'895	50'365	51'107	3'554
Erziehungsdepartement			199'457	88'830	88'572	73'517
Beratung Frauenverein	2014-2017	1520	380	380	380	760
Medien-/Theaterfalle	2012-2015	600	450	150	150	0
Gleichstellung Frauen und Männer			830	530	530	760
Reg. Basiliensis	2011-2014	1372	1'372	0	0	0
Reg. Basiliensis	2015-2018	1400	0	350	350	1'050
N. Projekte im Regiobereich	jährlich		0	6	2	
Gem. Sekr. ORK	2011-2014	130	147	0	0	-17
Gem. Sekr. ORK	2015-2018	206	0	35	41	165
Del.-Sokr. ORK	2011-2014	240	232	0	0	8
Del.-Sokr. ORK	2015-2018	191	0	65	48	143
Einm. Proj. Regio unbe	jährlich		0	30	8	
Eurodistrict TEB	2014-2016	285	90	95	78	117
Infobest Palmrain	2014-2016	218	54	52	44	120
NRP/ETZ Interreg IV	2007- 2013/2015	1750	1'202	0	0	548
NRP/ETZ Interreg V	2014- 2020/2022	1750	0	250	0	1'750
Anschubfinanz. Konfuzius-Institut Basel	2014-2017	200	50	50	50	100
Aussenbez. und Standort-Marketing			3'147	933	620	3'985
Ausländerberatung GGG	2011-2014	1'207	1'208	0	0	-1
Ausländerberatung GGG	2015-2017	1'300	0	430	430	870
Jukibu	2014-2015	120	60	60	60	0
V. Treffpunkt Breite	2014-2016	270	90	90	90	90
QTP LoLa	2014-2016	270	90	90	90	90
V. Famzentr. Gundeli	2014-2016	270	90	90	90	90
V.KS Elt. + Kinder BW	2014-2016	270	90	90	90	90
V. QT Kasernenareal	2014-2016	270	90	90	90	90
V. Burg am Burgweg	2014-2016	270	90	90	90	90
Trägerverein QuBa	2014-2016	270	90	90	90	90
V. QTP Kleinhüningen	2014-2016	270	90	90	90	90
Stadtteilsekr.Kl'basel	2014-2016	420	140	140	140	140
V. QT Hirzbrunnen	2014-2016	270	90	90	90	90
V. ElternC.Hirzbrunnen	2014-2016	270	90	90	90	90
TS Eltern-Kind-Z.MaKly	2014-2016	270	90	90	90	90
V. Beg.zentr.KB Union	2014-2016	270	90	90	90	90
V. ATD Vierte Welt	2013-2015	120	40	40	40	40
Stadtteilsekr.Basel-W	2014-2016	330	110	110	110	110
QTP Bruderholz	2014-2016	150	50	50	50	50
KT Eltern+Kinder	2014-2016	150	50	50	50	50
Proj. Quartiertreffp.	2014-2016	300	49	100	52	199
QTP Rosental	2014-2016	150	50	50	50	50
Quartierk.Gundeldingen	2014-2016	150	50	50	50	50
Kantons- und Stadtentwicklung			2'887	2'160	2'112	2'638
Wirtschaftsstudie Nordwestschweiz	jährlich		42	42	42	
Statistisches Amt			42	42	42	
Kulturpauschale	2011-2014	1'200	1'200	0	0	0
Kulturpauschale	2015- 2018/2021	1'200	0	300	262	938
Augusta Raurica	jährlich		100	100	100	

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2014	Budget 2015	Rechnung (Noch) nicht 2015 ausgeschöpft	
Stift. BS Papiermühle	2012-2015	1'040	780	260	260	0
Kulturbüro	2011-2014	200	200	0	0	0
Kulturbüro	2015-2016	120	0	60	60	60
Kulturprojekte	jährlich		59	149	116	
Jugendkulturpauschale	2014-2018	1000	200	200	202	598
Zolli Basel	2013-2016	5'800	2'900	1'450	1'450	1'450
Stift. Basler Orch.	2011/12- 2014/15	27'360	23'530	3'388	3'683	147
Stift. Basler Orch.	2015/16- 2018/19	25'660	0	3'388	2'554	23'106
SBO Pers.fürsorge	2011/12- 2014/15	4'328	4'954	541	578	-1'204
SBO Pers.fürsorge	2015/16- 2018/19	4'760	0	541	578	4'182
Knaben-/Mädchenmusik Basel	2014-2017	648	162	162	162	324
Musikverband b. Basel	2014-2017	440	110	110	110	220
Knabekantorei Basel	2014-2017	300	75	75	75	150
Musikwerkstatt Basel	2014-2017	800	200	200	200	400
Kammerorchester Basel	2014-2015	1'010	505	505	505	0
Mädchenkantorei	2014-2017	300	75	75	75	150
Ensemble Phoenix	2014-2015	260	130	130	130	0
Basel Sinfonietta	2014-2015	668	334	334	334	0
Ver. Jazz-Live Basel	2014-2017	240	60	60	60	120
Orch.-leist. Theater	2012/13- 2014/15	19'724	16'437	3'287	3'287	0
Orch.-leist. Theater	2015/16- 2018/19	26'300	0	3'287	3'287	23'013
Rockförderverein	2012-2015	1'560	1'170	390	390	0
Theater Basel (Strukturbeitrag)	2012/13- 2014/15	3'000	2'462	500	500	38
Theater Basel (Strukturbeitrag)	2015/16- 2018/19	4'000	0	500	500	3'500
Theater Basel	2012/13- 2014/15	90'974	74'484	15'276	16'490	0
Theater Basel	2015/16- 2018/19	121'080	0	15'276	14'130	106'950
Theater PK	2012/13- 2014/15	7'350	7'536	1'225	1'341	-1'527
Theater PK	2015/16- 2018/19	10'400	0	1'225	1'341	9'059
Gen. BS Kleintheater	2011-2014	400	400	0	0	0
Gen. BS Kleintheater	2015	100	0	100	100	0
Vorstadt-Theater	2011-2014	960	960	0	0	0
Vorstadt-Theater	2015-2018	960	0	240	240	720
Kulturwerkst.Kaserne	2013-2016	8'414	4'207	2'104	2'104	2'103
IG-Tanz/Tanzbüro Basel	2011-2014	112	112	0	0	0
IG-Tanz/Tanzbüro Basel	2015-2016	56	0	28	28	28
Beyeler Museum AG	2012-2015	7'860	5'895	1'965	1'965	0
Basler Kunstverein	2012-2015	3'420	2'565	855	855	0
Ausstl.raum Klingental	2012-2015	516	387	129	129	0
Kaskadenkondesator	2011-2014	100	100	0	0	0
Kaskadenkondesator	2015-2018	200	0	25	25	175
dock:akt. Kunst aus Basel	2011-2014	100	100	0	0	0
dock:akt. Kunst aus Basel	2015-2018	200	0	25	25	175

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2014	Budget 2015	Rechnung (Noch) nicht 2015 ausgeschöpft	
Allg. Biblioth. GGG	2012-2015	20'187	15'140	5'047	5'047	0
Verein Literatur	2012-2015	1'400	1'050	350	350	0
Stadt-/Landkino	2011-2014	1'160	1'160	0	0	0
Stadt-/Landkino	2015-2018	1'420	0	355	355	1'065
Haus der elektron. Künste	2011-2014	880	880	0	0	0
Haus der elektron. Künste	2015-2018	880	0	220	220	660
Jüdisches Museum	2012-2015	320	240	80	80	0
Sportmuseum Schweiz	2013-2015	450	300	150	150	0
Schw.Architekturmuseum	2014-2017	320	80	80	80	160
FA Musik BS/BL	2014-2017	360	90	90	90	180
FA Theater, Tanz BS/BL	2013-2016	2'260	1'103	565	592	565
Kunstkredit	2011-2014	2'080	1'986	0	0	94
Kunstkredit	2015- 2018/2021	2'080	0	550	419	1'661
Cité Paris	jährlich		51	50	50	
Atelierkredit	2013-2015	225	163	85	102	-40
FA Literatur BS/B	2011-2014	640	480	0	0	160
FA Literatur BS/B	2015- 2018/2021	4'400	0	190	196	4'204
FA Audiov.+Multimed.	2011-2014	2'000	1'607	0	0	393
FA Audiov.+Multimed.	2015- 2018/2021	3'600	0	1'100	448	3'152
Kulturpreis der Stadt Basel	jährlich		20	20	20	
Kultur Förderpreis Nachwuchs	jährlich		0	10	10	
Kulturp. Abfederung Sparmassnahmen A+L	jährlich		425	430	412	
Kultur			177'165	67'837	66'852	187'127
Publikationsfonds	jährlich		0	5	0	
Staatsarchiv			0	5	0	
Präsidialdepartement			184'071	71'507	70'157	194'510
Telehilfe,dargebotene Hand	2013-2015	148	100	50	50	-2
Neustart	2013-2014	110	120	0	0	-10
Neustart	2015-2017	225	0	75	75	150
BAS/Rechtsberatung	2013-2015	150	100	50	50	0
Opferberatungsstelle	2013-2014	1890	2'194	0	0	-304
Opferberatungsstelle	2015-2018	2640	0	660	660	1'980
Opferberatungsstelle Drittkosten	2015-2018	1780	0	445	371	1'409
Stiftung Frauenhaus	2013-2014	880	880	0	0	0
Stiftung Frauenhaus	2015-2016	1000	0	500	500	500
Aliena	2014-2016	150	50	50	50	50
Männerbüro Region Basel	2012-2014	120	120	0	0	0
Männerbüro Region Basel	2015-2018	160	0	40	40	120
Departementssekretariat/Recht			3'564	1'870	1'796	3'893
Justiz- und Sicherheitsdepartement			3'564	1'870	1'796	3'893
Pro Infirmis (Vertrag)	2011-2015	250	200	50	50	0
Bauinspektorat			200	50	50	0
Erlenverein BS	2012-2015	1380	1'195	425	425	-240
Verein Beirat Natur	2012-2014	450	450	0	0	0
Verein Beirat Natur	2015	150	0	150	150	0
Stadtgärtnerei			1'645	575	575	-240
Feste Betriebsbeiträge Münster	jährlich		823	825	789	
Städtebau + Architektur S+A			823	825	789	

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2014	Budget 2015	Rechnung (Noch) nicht 2015 ausgeschöpft	
Wanderwege BS/BL ab 2013	2013-2018	42	14	7	7	21
SBB Stadion St. Jakob	jährlich		37	38	37	
SBB Shuttle St. Jakob	jährlich		111	128	111	
SBB Bahnhof St. Johann	jährlich		60	60	59	
SBB Haltestelle Dreispitz	jährlich		84	85	83	
SBB/BLT RPV	jährlich		3'085	3'120	3'086	
KBB Behinderten Transport	jährlich		1'235	1'600	1'403	
Mobilität			4'626	5'038	4'786	21
Bau- u. Verkehrsdepartement			7'294	6'488	6'200	-219
Toxikologisches Infozentrum	jährlich		33	34	33	
Generalsekretariat GD			33	34	33	
Alkoholzehntel	jährlich		0	175	631	
Spielsucht	jährlich		0	94	127	
Diabetesgesellschaft	2012-2014	270	265	0	0	5
Gsünder Basel	2013-2014	240	240	0	0	0
Gsünder Basel	2015	150	0	150	150	0
Verein für Suchtprävention	2012-2014	720	720	0	0	0
Verein für Suchtprävention	2015	210	0	210	210	0
Band Jugendhilfe	2015	40	0	40	40	0
SSJ: JoBShop	2014-2015	100	50	50	50	0
FrauSuchtGesundheit	2014-2015	380	190	190	190	0
Blaues Kreuz	2014-2015	870	435	435	435	0
Multikulturelle Suchtberatungsstelle b. Basel	2014-2015	700	350	350	350	0
Suchthilfe Region Basel	2014-2015	6310	3155	3155	3155	0
Aids-Hilfe beider Basel (AHbB)	2014	378	378	0	0	0
Aids-Hilfe beider Basel (AHbB)	2015-2017	1284	0	428	428	856
Stiftung Sucht	2012-2015	1'580	1'185	395	395	0
Gesundheitsdienste			6'968	5'672	6'160	861
Patientenstelle Basel	2014-2016	177	59	59	59	59
Zentrum Selbsthilfe	2013-2014	600	600	0	0	0
Zentrum Selbsthilfe	2015-2018	1286	0	320	321	965
MedGes. ärztlicher Notfalldienst	2014-2015	100	0	0	0	100
St. Claraspital KVG stationär	jährlich		28'761	31'000	31'626	
Merian Iselin - KVG stationär	jährlich		14'571	14'500	14'334	
Bethesda - KVG stationär	jährlich		8'911	8'000	8'762	
Adullam Spital - KVG stationär	jährlich		10'233	9'500	12'132	
Sonnenhalde - KVG stationär	jährlich		3'229	3'000	3'128	
REHA Chrischona - KVG stationär	jährlich		4'648	4'700	4'558	
Rehab Basel - KVG stationär	jährlich		4'346	5'400	4'788	
Hildegard Hospiz - KVG stationär	jährlich		2'189	2'300	2'144	
Schmerzlinik - KVG stationär	jährlich		515	575	476	
Ausserkantonale Spitäler - KVG stationär	jährlich		24'343	24'285	32'814	
Geburtsstätte - KVG stationär	jährlich		27	40	32	
Ungedechte gemeinwirtschaftliche Leistungen Tageskliniken	2014-2015	1800	768	800	1'048	-16
Weiterbildung FHM Facharzt	2014-2015	2850	1'097	1'350	1'387	367
Lehre und Forschung Diff. Abzug	2014-2015	8800	4'007	4'400	4'007	787
Versorgung Langzeitpflege-Bereich Spitäler	2014-2015	1900	633	900	231	1'036
Spital Sozialdienst	2014-2015	0	0	0	0	0
Liegenschaftsbeiträge Pflegeheime	jährlich		3'706	5'576	2'876	

in 1'000 Franken	Beitrags- periode	Total	Rechnung bis 2014	Budget 2015	Rechnung (Noch) nicht 2015 ausgeschöpft	
Pflegeheim-Restfinanzierung gemäss KVG	jährlich		33'164	34'300	34'826	
Akut- und Übergangspflege in PH	jährlich		1	35	0	
Härtefälle in der Langzeitpflege	jährlich		0	35	0	
Pro Senectute	2014-2016	2415	805	805	805	805
Spitex Restfinanzierung gemäss KVG	jährlich		2'822	2'700	2'933	
Spitex BS HW	2012-2014	13197	12'378	0	0	819
Spitex BS HW	2015-2017	12900	0	4'300	4'048	8'852
Akut- und Übergangspflege Spitex	jährlich		20	50	13	
Spitex-Restfinanzierung mit bes. LA	2012-2014	32544	31'524	0	0	1'020
Spitex-Restfinanzierung mit bes. LA	2015-2017	33000	0	11'000	11'605	21'395
Tagespflegeheime	jährlich		1'960	3'400	1'921	
Gesundheitsversorgung			195'316	173'330	180'872	36'189
Gesundheitsdepartement			202'317	179'035	187'066	37'050
BTG	jährlich		13	30	34	
SAFFA	jährlich		22	0	-4	
Basel Tourismus	2014-2017	7600	1900	1900	1'900	3'800
Basel Area	2014-2017	3030	758	758	758	1'515
Basler Gewerkschaftsbund	jährlich		20	20	20	
Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)			2'713	2'708	2'708	5'315
Bildungsclub Regio	2014-2016	150	50	50	50	50
Behindertenhilfe Vermeidung Härtefälle	jährlich		41	200	21	
Beratungsstelle PSAG	2014-2017	1160				1'160
FZZ insieme	2011-2014	80	80	0	0	0
FZZ insieme	2015-2018	80	0	20	20	60
Amt für Sozialbeiträge			171	270	91	1'270
Winterhilfe Basel-Stadt	2012-2015	120	90	30	30	0
Verein Budget- und Schuldenberatung	2013-2016	960	480	240	240	240
Beratungsstelle für Asylsuchende	2011-2014	250	180	0	0	70
Beratungsstelle für Asylsuchende	2015-2016	100	0	50	50	50
Kontaktstelle für Arbeitslose	2010-2014	90	90	0	0	0
Treffpunkte Gundeli + Glaibasel	2013-2016	608	304	152	152	152
IG-Wohnen	2014-2017	280	70	70	70	140
Gassenarbeit „Schwarzer Peter“	2013-2016	1040	520	260	263	257
Verein „Gassenküche“	2012-2016	590	295	148	135	160
Verein „Soup + Chill“	2014-2017	180	30	30	30	120
Sozialhilfe Basel SHB			2'059	980	970	1'189
Stiftung Umwelt-Einsatz Schweiz	jährlich		1	2	2	
Finanzierungsbeitrag Gentech-Dossier	jährlich		2	2	2	
Betriebskosten ARA BS	jährlich		6'861	8'787	7'220	
Beiträge Tierzucht Kanton	jährlich		0	2	0	
Lufthygieneamt beider Basel	jährlich		1'116	1'165	1'058	
Amt für Wald beider Basel	jährlich		374	469	456	
Abgeltungsbeitrag Öko-Flächen Landwirt.	jährlich		27	25	26	
Amt für Umwelt und Energie			8'379	10'452	8'763	
Dep. f. Wirtschaft, Soz. u. Umwelt			13'323	14'409	12'531	7'774
Entschädigungen/Beiträge an private Institutionen			610'025	362'139	366'321	316'526

7 Die gesonderten Berichte

7.1 Staatsanwaltschaft

7.1.1 Allgemeines

Die im 2011 in Auftrag gegebene Studie, mit welcher die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Geschäftslast der Staatsanwaltschaft analysiert wurden, fand Ende 2014 ihren Abschluss. Der Schlussbericht wurde vom Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern (KPM) am 12. Februar 2015 vorgelegt. Die Expertise hat bestätigt, dass die Justiz in Basel gut und funktional organisiert ist. Die schweizweit bislang umfassendste – und in zeitlicher Hinsicht wohl längste – Studie dieser Art bestätigte der Staatsanwaltschaft (und den Gerichten) auch ein hohes Niveau bezüglich Qualität und Effizienz. Die meisten der durch das KPM aus der Analyse entwickelten Empfehlungen sind bereits aufgenommen und grösstenteils auch schon umgesetzt.

Die Vorgabe, die Rückstände im Erwachsenenbereich noch weiter zu senken, konnte in den vergangenen zwölf Monaten nicht erreicht werden. Die Verfahren, die länger als sechs Monate nach Anzeigedatum nicht abgeschlossen wurden, sind bei der Allgemeinen Abteilung und bei der Abteilung Wirtschaftsdelikte leicht angestiegen. Somit haben die Rückstände insgesamt etwas zugenommen. Konsequenterweise wurde hingegen die Vorgabe umgesetzt, vor allem die älteren Strafverfahren abzuschliessen.

Erledigungen

	Rechnung	Rechnung	Abw. R15/R14	
	2014	2015	abs.	%
ohne Jugendanwaltschaft				
Anklagen	400	325	-75	-18.8
Strafbefehle	23'065	21'910	-1'155	-5.0
Einstellungen, Nichtanhandnahmen, Abtretungen	2'880	3'070	190	6.6
IT-Ermittlungen, abgeschlossen	90	80	-10	-11.1
Rückstände, d.h. Verfahren deren Einleitung mehr als sechs Monate zurückliegt	583	651	68	11.7

7.1.2 Abteilungen

Kriminalpolizei

Allgemeines Wie bereits im Vorjahr, war der Geschäftslauf in den beiden ersten Quartalen auffällig ruhig. Erneut liess sich eine Abnahme der Anzeigen um bis zu 12% (2014: 16%) feststellen. Allerdings egalisierte sich dieser in der zweiten Jahreshälfte durch einen Anstieg der Verfahren, so dass schliesslich zum Jahresende lediglich noch eine Abnahme um etwa 2% (2014: 10%) resultierte. Entsprechend diesem neuerlichen Rückgang ergab sich auch im Zusammenhang mit den Haftfällen eine gewisse Entspannung. So befanden sich im Durchschnitt nur noch 30 (35) Personen pro Woche zu Händen der Kripo in Untersuchungshaft, was einer Abnahme um 14% entspricht. Um rund 5% zugenommen haben zwar diejenigen Verfahren, welche bereits von den Staatsanwälten der Kripo durch Strafbefehl erledigt werden konnten. Von insgesamt 772 (735) Strafbefehlen wurden mit 449 (527) allerdings 15% weniger gegen noch im polizeilichen Gewahrsam befindliche Personen erlassen, die auf Grund der Fristenregelungen in der Eidgenössischen Strafprozessordnung (StPO) innerhalb von 48 Stunden zu ergehen haben.

Abgesehen von einigen Spitzenbelastungen und Verfahren, die den Einsatz von Sonderkommissionen erforderlich machten, war auch eine gewisse Entlastung im Pikett-Dienst insbesondere der Kriminalkommissäre festzustellen. Dies ist aber lagebedingt und damit nicht nachhaltig. Zudem ist die Belastung insgesamt immer noch sehr hoch. Dies zeigt sich etwa daran, dass seit der Einführung der Schweizerischen StPO trotz tendenziell rückgängiger Anzeigen per Ende Jahr immer mehr Verfahren hängig sind. Im Berichtsjahr waren es 5'855 und damit über 25% mehr als Ende 2011 (4'676). Ein

Grund dafür ist einerseits sicher die nicht optimale Personalentwicklung. Durch verschiedene Abgänge und Ausfälle anderer Art war der Bestand des Ermittlungspersonals teilweise über längere Zeit um bis zu zehn reduziert. Per 31. Dezember 2015 waren sechs Detektivstellen vakant, d. h. genau die Zahl, welche die Regierung der Kripo per 1. Mai 2013 wegen den sich aus der StPO ergebenden Mehrbelastungen zusätzlich bewilligt hat. Unter anderem wegen verbesserten Lohnstrukturen und attraktiveren Zulagen bei der Kantonspolizei, die nach wie vor den wesentlichen Rekrutierungspool der Kripo stellt, lassen sich solche Vakanzen nur schwer ersetzen.

Andererseits werden immer mehr personelle Ressourcen dadurch gebunden, dass die formellen und qualitativen Anforderungen an die Ermittlungen auf Grund einer auf den Vorgaben der StPO basierenden Erwartungshaltung der Parteien sowie der Gerichte stetig steigen. Obwohl von der Praxis schon mehrfach darauf hingewiesen worden ist, dass dadurch die Effizienz der Strafverfolgung leidet, sehen sich offenbar auch die höchsten Gerichte ohne entsprechende Revision der relevanten Bestimmungen der StPO nicht in der Lage, die wichtigsten Ermittlungshemmnisse, die sich vor allem aus den extensiven Teilnahme- und Konfrontationsrechten ergeben, durch eine praxisorientierte Gesetzesauslegung abzubauen. Zwar wurden durch die Einrichtung von Videobefragungsräumen technische Voraussetzungen geschaffen, welche gerade die Teilnahmemöglichkeiten auch ohne Gefährdung der Wahrheitsermittlung erleichtern sollen. Der in solchen Fällen bei Einvernahmen zu betreibende Personalaufwand vervielfacht sich jedoch, weil nebst der die Befragung durchführenden Person immer noch mindestens ein weiterer Ermittler zusätzlich einzusetzen ist. Zudem ergibt sich ein erhöhter Ermittlungsaufwand im Zusammenhang mit elektronischen Speichermedien. Abgesehen davon, dass bei diesen die Kapazitäten stetig steigen, verfügt zwischenzeitlich die Mehrheit der Bevölkerung und damit auch der Täter und Opfer über immer mehr Geräte, die es zur Beweissicherung auszuwerten gilt. Zwar wird die Grundausswertung durch die allen Abteilungen der Staatsanwaltschaft zur Verfügung stehende IT-Ermittlungsgruppe vorgenommen. Die kriminalistische Auswertung der aufbereiteten Daten ist aber nach wie vor von den Sachbearbeitern im Verfahren vorzunehmen. Aus diesen Gründen ist zu prüfen, ob und wie die Ermittlungsgruppen durch das Sekretariat und Dienstbüro der Kripo namentlich von administrativen Aufgaben entlastet werden können, ohne dass dieser ebenfalls bereits stark belastete Dienst seinerseits überfordert wird.

Kriminalitätslage Nach einer signifikanten Zunahme der Anzeigen 2012 um 26% ist nun zum dritten Mal in Folge eine Abnahme um 2% (2014: 10%, 2013: 11%) zu verzeichnen. Dies ist einerseits erfreulich, andererseits bleibt aber die Unsicherheit bezüglich der Gründe für diese Entwicklung. Zwar lässt sich in bestimmten Bereichen feststellen, dass vermutlich die gezielten polizeilichen Aktivitäten sowie die Reaktion der Staatsanwaltschaft und der Gerichte eine gewisse Wirkung erzielt haben dürften. So ist wohl im Bereich der Vermögensdelikte der signifikante Rückgang bei den Taschendiebstählen auf eine Intensivierung der Einsätze der Kantonspolizei und eine konsequente Verfolgungspraxis der Staatsanwaltschaft auch mit Haftstrafbefehlen zurückzuführen. Auch der überproportionale Rückgang bei den Raubdelikten ist vermutlich einer vermehrten Präsenz der Polizei zu den kritischen Zeiten an den neuralgischen Orten zuzuschreiben. Allerdings ist auch festzustellen, dass die nach dem „arabischen Frühling“ v. a. aktiven Gruppen kaum mehr in Erscheinung treten. Möglicherweise ist dies auch ursächlich für den Rückgang bei den Ladendiebstählen, wobei hier vermutlich auch verstärkte Sicherheitsvorkehrungen der Geschäfte ihre Wirkung gezeigt haben dürften. Umgekehrt indiziert die Entwicklung bei den Einbruchdiebstählen aber, dass sich Kriminalität nicht verhindern, sondern wohl eher nur verdrängen lässt. Wenn etwa aus dem Ausland angereiste Einbrecher im Kanton Basel-Landschaft feststellen, dass die dortige Polizei sozusagen sämtliche Kräfte in Strassen- und Personenkontrollen einsetzt, weil es viele Kriminalitätsphänomene der Stadt mit Zentrumsfunktion schlicht nicht zu bekämpfen gilt, und damit die Gefahr der Entdeckung nach einer Tat erhöht wird, verlegen sie ihr Betätigungsfeld einfach in ein Gebiet, in dem die Polizei nicht derart präsent sein kann. Es erstaunt daher kaum, dass im Kanton Basel-Landschaft ein wesentlicher Rückgang der Einbrüche zu verzeichnen war, während im Kanton Basel-Stadt eine Zunahme resultierte.

Viele Schwankungen sind wohl aber auch bloss zufällig, so etwa der leichte Zunahme bei den Anzeigen wegen Vergewaltigung und die starke Abnahme bei den sexuellen Handlungen mit Kindern sowie auch die Entwicklung bei den übrigen Delikten gegen die sexuelle Integrität. Zudem ist in gewissen Bereichen nach wie vor von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. So korrespondiert etwa

die Zunahme um nur etwa 10% bei den Computerdelikten und den Anzeigen wegen Betruges nicht mit der zwischenzeitlich erhobenen nationalen und europäischen Lage, wonach Privatpersonen und Geschäfte in erhöhtem Mass über das Internet kontaktiert und in verschiedenster Weise geschädigt werden. Dies würde sich allerdings mit der Theorie decken, dass bei einem hypothetisch gleich bleibenden Potenzial an krimineller Energie zunehmend eine Verlagerung von „primitiven“ Delikten mit hoher Entdeckungsgefahr wie Diebstahl hin zur elektronischen Tatbegehung mit minimalem Verurteilungsrisiko geht.

Praktisch unverändert präsentiert sich die Lage bei der Betäubungsmittelkriminalität. Sie ist abhängig vom Konsumverhalten. Dieses ist weiterhin in hohem Mass politoxikoman und wird es angesichts des breit gefächerten Angebots und der Wertung des Drogenkonsums in unserer Genuss- und Freizeitgesellschaft wohl auch bleiben. Die leichte Zunahme bei den Anzeigen erscheint eher zufällig.

Allgemeine Abteilung

Während im vergangenen Jahr der Allgemeinen Abteilung 1'849 Verfahren (2014: 2'044) zur weiteren Bearbeitung überwiesen worden sind, haben die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte 1'725 Verfahren (2014: 2'212) erledigt. Davon wurden rund 13% (224) mit der Erhebung einer Anklage, 54% (933) mit dem Erlass eines Strafbefehls, 29.5% (507) mit verfügter Einstellung sowie 3.5% (61) mit einer Nichtanhandnahmeverfügung, einer Sistierung oder einer Abtretung abgeschlossen. Per Ende Dezember 2015 waren noch 612 Verfahren (2014: 488) hängig.

Die positive Tendenz der beiden Vorjahre zur Reduktion der jeweils Ende Jahr in der Allgemeinen Abteilung hängigen Verfahren konnte im 2015 leider nicht mehr aufrechterhalten werden. Dies ist allerdings nicht überraschend; auf eine solche Trendwende wurde vielmehr bereits in den beiden letzten Jahresberichten ausdrücklich hingewiesen. Diese Entwicklung war nicht zuletzt wegen des per Ende 2015 erfolgten Ablaufs der seit Januar 2013 befristet bewilligten 230 Stellenprozent, welche erfolgreich durch drei ausserordentliche Staatsanwältinnen besetzt waren, absehbar. Faktisch waren die erwähnten Stellenprozent allerdings schon seit Mitte Jahr lediglich noch zu hundert Prozent mit einem formell nicht zur Unterschrift berechtigten akademischen Mitarbeiter besetzt, so dass sich der Wegfall der erwähnten ausserordentlichen Staatsanwältinnen wie erwartet direkt – und negativ – auf die Erledigungszahlen auswirkte.

Angesichts dessen, dass die Allgemeine Abteilung im vergangenen Jahr etwas mehr als 90% der von der gesamten Staatsanwaltschaft an das Strafgericht überwiesenen Anklageschriften erstellte, entfiel auch im Jahr 2015 ein gewichtiger Anteil der Arbeit der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der Allgemeinen Abteilung auf die Teilnahme an zahlreichen Verhandlungen vor Straf- und Appellationsgericht. So sind im vergangenen Jahr während 212 Arbeitstagen insgesamt 208 Gerichtsverhandlungen in Anwesenheit einer Staatsanwältin oder eines Staatsanwalts der Allgemeinen Abteilung durchgeführt worden.

Zu Lasten der materiellen Bearbeitung der verschiedenen Strafverfahren und damit auch wenig förderlich für einen möglichst zeitnahen Untersuchungsabschluss wirkte sich ausserdem die zunehmende Tendenz der Beurteilung von formellen Fragestellungen und des administrativen Aufwands auf die tägliche Arbeit der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte aus.

Durch den per Ende Mai erfolgten Übertritt der langjährigen Leiterin der Allgemeinen Abteilung, Frau lic. iur. Dora Weissberg, in den Ruhestand ergab sich eine gewichtige Änderung, ging die Abteilung doch damit einer stets engagierten, über einen grossen Erfahrungsschatz und ein umfassendes Wissen im Bereich der Strafverfolgung verfügenden Mitarbeiterin verlustig. Die Nachfolge als Leiter der Allgemeinen Abteilung hat Anfang Mai 2015 lic. iur. Sasha Stauffer, der ebenfalls seit mehreren Jahren in der Allgemeinen Abteilung tätig ist, angetreten.

Des Weiteren entstand bei den Untersuchungsbeamtinnen und Untersuchungsbeamten durch eine kurzfristige Kündigung innerhalb der Probezeit sowie einen krankheitsbedingten Teilausfall während der Sommer- und Herbstmonate ein personeller Engpass, der vor allem wegen des vorbildlichen Einsatzes und des guten Zusammenhalts unter den betroffenen Mitarbeitenden bis zur im November erfolgten Einstellung einer erfahrenen Kriminalistin den Umständen entsprechend gut überbrückt

werden konnte. Auch bei den Assistentinnen ergab sich bedingt durch den Wechsel einer erfahrenen Mitarbeiterin in den Stab der Staatsanwaltschaft eine Veränderung, die insbesondere im Sommer für die verbleibenden fünf Assistentinnen (400 Stellenprozente) spürbar war.

Abteilung Wirtschaftsdelikte

Der bereits im Jahr 2014 festgestellte Trend zu einem Anstieg der Wirtschaftsstraffälle (von 313 auf 365 neu eröffnete Verfahren) setzte sich auch im Jahr 2015 unvermindert fort, musste doch in 366 Fällen ein Strafverfahren an die Hand genommen werden. Erneut schlugen insbesondere die hohe Anzahl von Verfahren im Bereich der Sozialstraffälle sowie Anzeigen in den Bereichen Geldwäscherei und unlauterer Wettbewerb zu Buche. Aufgrund dieser Vielzahl neu eröffneter, teilweise prioritär zu behandelnder Fälle war es – wie im Bericht für das Jahr 2014 vorausgesagt – den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Berichtsjahr zeitlich schlicht nicht möglich, mit dem Abbau des sich zunehmend auftürmenden Bergs pender Fälle zu beschäftigen. Im Weiteren erwies sich die Behandlung der internationalen Rechtshilfeersuchen im Jahre 2015 (58 Fälle im Vergleich zu 57 Fällen im Jahre 2014) einmal mehr aufgrund zahlreicher Tätigkeiten operativer Art (Beschlagnahmungen, Hausdurchsuchungen, etc.) als sehr zeit- und personalaufwändig. Auch die Anwesenheit an Verhandlungen des Straf- und Appellationsgerichts sowie deren Vorbereitung beanspruchte die Juristinnen und Juristen der Abteilung in wesentlichem Masse.

Die Bewältigung der neu zu eröffnenden Fälle unter gleichzeitigem Streben nach Reduktion des Pendenzenberges bildet daher das Hauptziel der Abteilung Wirtschaftsdelikte für das Jahr 2016. Wir gehen diese Aufgabe allerdings mit einem unveränderten Bestand des Sekretariats mit 150 Stellenprozente an sowie bis Mai 2016 mit einem reduzierten Personalbestand innerhalb des Sachbearbeiterteams, wird doch nach der Ende 2015 erfolgten Pension eines erfahrenen Kriminalkommissärs dessen Stelle erst zum genannten Zeitpunkt wieder besetzt werden.

Trotz der hohen Arbeitsbelastung wird auf die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hohen Wert gelegt: Ein Ermittler schloss den vom Competence Center Forensik und Wirtschaftskriminalistik der HSW Luzern durchgeführten berufsbegleitenden Weiterbildungskurs für Polizeibeamte in Financial Investigation erfolgreich ab.

Strafbefehlsdezernat

Das am 1. Januar 2011 neu geschaffene Strafbefehlsdezernat konnte im fünften Jahr seines Bestehens die Leistungsfähigkeit auf dem gleich hohen Niveau der Vorjahre weiter konsolidieren.

Da die Ausbildung eines akademischen Mitarbeiters Ende des ersten Semesters 2015 erfolgreich abgeschlossen werden konnte, waren ab Mitte Jahr alle 375 Stellenprozente der Verfahrensleitenden mit Staatsanwältinnen und Staatsanwälten besetzt, welche ihre Fälle selbständig und eigenverantwortlich bearbeiteten. In der Kanzlei kam es im Laufe der ersten Jahreshälfte zu personellen Veränderungen und Engpässen, die vorübergehend zu einem Anstieg der Pendenzen führten.

Von Januar bis Dezember 2015 wurden 19'922 (2014: 20'702) Strafbefehle erlassen und zwei (3) Anklagen erhoben. Von den Strafbefehlen wurden 223 (212) Personen ausgehändigt, während sie sich noch im Freiheitsentzug befanden. Ausserdem wurden 389 (269) Einstellungs- beziehungsweise Nichtanhandnahmeverfügungen erlassen sowie 136 (175) Nachentscheide gefällt. Gegen 1'705 (1'800) Strafbefehle ging eine Einsprache ein, was einer Einsprachequote von 11.7% (11.5%) entspricht. Nach erhobener Einsprache und allfälligen zusätzlich durchgeführten Abklärungen wurden 655 (653) Verfahren zur weiteren Beurteilung ans Strafgericht überwiesen, wobei das erstinstanzliche Gericht in rund 42% (40%) der Fälle lediglich über die Gültigkeit der zumeist verspätet eingereichten Einsprache befinden musste. 980 (1'253) der Einspracheverfahren wurden im Strafbefehlsdezernat nach ergänzender Beurteilung und allenfalls zusätzlich erfolgter Beweisabnahme abgeschlossen. Die Parteivertretung vor Strafgericht, in Berufungs- und Beschwerdesachen sowie die Wahrnehmung der Aufgaben als Verfahrensleitung gegenüber der Kantonspolizei sowie zahlreichen Verwaltungsbehörden mit Ermittlungsbefugnis im Einzelfall (z.B. durch Erlassen von Verfügungen, Anordnen von

Zwangsmassnahmen oder Befassen mit internationalen Rechtshilfeverfahren) nahmen in den vergangenen zwölf Monaten ebenfalls einen erheblichen Teil der Kapazitäten der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte des Strafbefehlsdezernats in Anspruch.

Jugendanwaltschaft

Allgemeines Auch 2015 ist die Jugendkriminalität im Kanton Basel-Stadt gut überschaubar geblieben. Die Erledigungszahlen sind etwas zurückgegangen, aber auch die Zahl der am Jahresende unerledigten Verfahren liegt etwas tiefer. Nach wie vor werden bei den Festnahmen von Jugendlichen deutlich mehr Personen ohne Wohnsitz in Basel verzeichnet.

Im Mitarbeiter- und Mitarbeiterinnenstab sind zwei Abgänge und eine Neuanstellung zu vermelden. Nach wie vor besteht ein hohes Mass an Identifikation mit der Arbeitsstelle. Ein Schritt weiter ist die vorgesehene Renovation des Gebäudes. Die Planung der konkreten Umsetzung insbesondere in Bezug auf die temporäre Auslagerung der Jugendanwaltschaft mit voraussichtlich deutlichen Einschränkungen wird Ende 2016 anstehen.

Erledigt wurden im Berichtsjahr 857 (942) Verfahren. Davon wurden 227 (206) Verfahren an andere Kantone oder ins Ausland abgetreten. Gegen 439 (456) Jugendliche sind Strafbefehle ergangen, wogegen in keinem Fall Einsprache (Vorjahr 3) erhoben wurde. Die Jugendanwältinnen und die Jugendanwälte führten mit 205 (213) Kindern und Jugendlichen einzelrichterliche Verhandlungen durch. Dem Jugendgericht wurden – wie im Vorjahr – zwölf Beschuldigte zur Beurteilung überwiesen. Unerledigt waren zum Jahresende hundert (113) Verfahren mit 169 (256) Anzeigen. Der Sozialbereich leitete 35 (42) vertiefte Abklärungen zur Person ein.

Im Berichtsjahr wurden in Basel-Stadt 103 Jugendliche im Rahmen eines hängigen Strafverfahrens festgenommen. Nur 32 davon, d. h. gut 30% waren im Kanton Basel-Stadt wohnhaft, weitere 13 kamen aus anderen Kantonen. 58 der Festgenommenen, d. h. mehr als die Hälfte, hatten keinen Wohnsitz in der Schweiz; allein aus Frankreich kamen 43 der Festgenommenen, von welchen 35 dort ebenfalls nur vorübergehend wohnhaft waren. Insgesamt 30% der Festgenommenen waren weibliche Jugendliche; bei den in Basel-Stadt wohnhaften Festgenommenen beträgt dieser Anteil knapp 19%. Untersuchungshaft oder eine stationäre Beobachtung wurden in 19 Fällen angeordnet; bei zwei Jugendlichen wurde sie durch das Zwangsmassnahmegericht nach Ablauf von sieben Tagen verlängert. Bei den in Basel-Stadt wohnhaften Jugendlichen wurden in sechs Fällen Untersuchungshaft oder stationäre Beobachtung angeordnet.

Die Opferbefragungsgruppe befragte 57 mögliche Opfer und Auskunftspersonen (87). Davon waren es in Strafverfahren wegen sexueller Belästigung/Exhibitionismus 24 (30), wegen sexueller Handlungen zehn (10), wegen Vergewaltigung/sexueller Nötigung sechs (6) und wegen innerfamiliären Gewaltdelikten elf (Vorjahr 12) Befragungen. Hinzu kamen vier (28) Befragungen, bei denen sich ein Verdacht nicht bestätigte. Insgesamt wurden 31 (33) Einvernahmen mit Videoaufzeichnungen durchgeführt. Total wurden 68 (103) Aufträge der Staatsanwaltschaft sowie einer (Vorjahr 5) der Gerichte erledigt.

Im stationären Massnahmevollzug befanden sich Ende 2015 19 (20) Personen; bei vier (2) dieser Personen war die Unterbringung sistiert. Bei 25 (28) Personen werden ambulante Massnahmen durchgeführt. Im Verlaufe des Jahres 2015 waren insgesamt elf Personen (16), vorwiegend Kriminaltouristen, zur Verbüssung von kurzen Freiheitsentzügen in der Jugendabteilung des Untersuchungsgefängnisses untergebracht.

Der Nettoaufwand für Untersuchungshaft ausserhalb des Untersuchungsgefängnisses, für Beobachtungsaufenthalte in Institutionen und für den Straf- und Schutzmassnahmevollzug lag mit rund 2.7 Mio. Franken etwa 10% tiefer als im vergangenen Jahr.

Entwicklungen im Jugendbereich Die erwartete Beruhigung in den so genannten Sexting-Fällen ist im Laufe des Jahres eingetreten. Neue Phänomene und Modeströmungen sind nicht erkennbar, wobei gerade die Frage der Speicherung von illegalen Inhalten ausserhalb der eigenen Hardware in Clouds gewisse Schwierigkeiten bietet, wenn es darum geht, Jugendlichen den Zugang zu solchen

Dateien zu erschweren. Auf etwas höherem Niveau, aber immer noch deutlich unter früheren Jahren, liegt die Zahl der angezeigten Gewaltdelikte.

Gegen Ende des Jahres zeigte sich der Migrationsdruck an der nördlichen Grenze mit vermehrten illegalen Einreisen auch von Jugendlichen. Falls in den Ursprungsländern keine nachhaltigen Lösungen gefunden werden können, wird dies auch im Bereich des Jugendstrafrechts eines der grossen Themen im nächsten Jahr bilden.

Im Kanton Basel-Stadt ist eine tolerante Einbindung von Jugendlichen ungeachtet intellektueller und persönlicher Fähigkeiten in die Gesellschaft und Arbeitswelt weitgehend gewährleistet. Die damit verhinderte Ausgrenzung dürfte einer der Gründe dafür sein, dass sich keine uns bekannten Jugendlichen islamistischen oder anderen extremen Vereinigungen anschliessen.

Ausblick Die im März 2015 verabschiedete Revision des Strafgesetzbuches zur Umsetzung der Ausschaffungsinitiative, welche am 1. Oktober 2016 in Kraft treten wird, führt für die Strafverfolgungsbehörden zu einem beträchtlichen Mehraufwand.

In vielen Vorverfahren, in denen bisher ein Strafbefehl erlassen werden konnte, wird neu Anklage zu erheben und zu vertreten sein. In all diesen Fällen wird auch ein amtlicher Verteidiger eingesetzt werden müssen, was zu zusätzlichen Kosten und erfahrungsgemäss zu längeren Verfahren führen wird. Gemäss Auswertung der Fallerledigungen der Staatsanwaltschaft aus dem Jahr 2014 betrafen rund 350 bis 400 Fälle eine Katalogtat, bei welcher eine Landesverweisung ausgesprochen werden müsste bzw. könnte. In all diesen Fällen – mangels Vorhersehbarkeit des Verfahrensausgangs auch in den letztendlich eingestellten Verfahren – wäre bei Umsetzung der neuen Strafbestimmungen bzw. der entsprechenden strafprozessualen Anpassungen zukünftig die Verteidigung der beschuldigten Personen sicherzustellen und anstelle des Verfahrensabschlusses per Strafbefehl beim Strafgericht Anklage zu erheben.

7.2 Kantonale Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen

Rechtsgrundlagen In Anwendung von Art. 202 Abs. 2 der Schweizerischen Zivilprozessordnung und §3 EG GIG besteht eine dem Zivilgericht bzw. der Personalrekurskommission vorgeschaltete Schlichtungsstelle. Sie berät die Parteien und versucht, eine Einigung herbeizuführen, damit ein Gerichtsverfahren vermieden werden kann.

Konstituierung und Zusammensetzung der Schlichtungsstelle Die Schlichtungsstelle ist doppelt paritätisch zusammengesetzt (Vertreter/-innen von Arbeitnehmenden, Arbeitgebenden, kantonaler Verwaltung / Personen beider Geschlechter). Sie tagt in Dreierbesetzung unter dem Vorsitz der Präsidentin oder der Vizepräsidentin in Anwesenheit der Schreiberin.

Verhandlungen und Beratungen Im Berichtsjahr wurden vier Verfahren durchgeführt. Bei drei Fällen konnte die Schlichtungsstelle einen Vergleich erzielen; ein Fall wurde infolge Rückzugs als erledigt abgeschlossen. Gegenstand der Verfahren waren die Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen nach Rückkehr aus dem Mutterschaftsurlaub sowie diskriminierende Kündigungen (wiederum im Zusammenhang mit dem Thema Mutterschaft bzw. Elternpflichten).

Die Schlichtungsstelle hat auch im Jahr 2015 Ratsuchende in Gleichstellungsfragen beraten. Die Anfragen betrafen in vor allem das Thema Schwangerschaft / Mutterschaft.

Erfahrungsaustausch Der Erfahrungsaustausch zwischen den Schlichtungsstellen und den Gleichstellungsfachstellen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft wurde auch in diesem Jahr fortgeführt.

7.3 Rekurskommissionen

7.3.1 Baurekurskommission

Im Berichtsjahr 2015 gingen 93 neue Rekurse ein (2014: 205). Im Vorjahr waren es besonders viele gewesen, da mehrere Rekurse mit einer Vielzahl von Rekurrierenden eingegangen waren. Diese Rekurse konnten im Laufe des Berichtsjahres erledigt werden; mit 248 (253) fiel die Zahl aller bearbeiteten Rekurse entsprechend hoch aus. Die Baurekurskommission (BRK) fällte 42 (42) begründete Kommissionsentscheide. In 17 (12) Fällen erhoben Nachbarn Rekurs. 25 (33) Entscheide entfielen auf Rekurse der Bauherrschaft. Durch ausführlich begründeten Präsidialentscheid wurden 3 Verfahren abgeschlossen. Betreffen mehrere Rekurse denselben Gegenstand, werden die Rekurse regelmässig in einem einzigen Entscheid zusammengefasst.

Die Themen der Rekursverfahren waren 2015 breit gefächert. Hervorzuheben sind die Beurteilung von Rekursen, die Abstimmungsplakate betrafen, Photovoltaikflächen in der Schutz- und Schonzone, Kamine in der Innenstadt sowie Fragen des Denkmalschutzes bei einem grösseren Umbauprojekt. Wie in den Vorjahren waren mehrere Fälle in Zusammenhang mit Sexbetrieben zu beurteilen. Nachdem zuvor Rekurse gegen Mobilfunkanlagen abgenommen hatten, nahmen sie im 2015 wieder deutlich zu und mobilisierten teilweise einen grossen Kreis von Rekurrierenden. Auch Parkplätze auf Privatgrundstücken waren vermehrt zu beurteilen, was möglicherweise mit der Bewirtschaftung der Parkplätze auf Allmend zu erklären ist.

12 (11) der im Jahr 2015 gefällten Entscheide wurden an das Verwaltungsgericht weitergezogen. Von den 3 (5) durch das Verwaltungsgericht im Berichtsjahr entschiedenen Verfahren wurden 2 Rekurse abgewiesen und ein Rekurs teilweise gutgeheissen. 5 Rekurse wurden durch Rückzug erledigt. Zurzeit sind 12 (6) Rekursverfahren am Verwaltungsgericht hängig.

Um den gestiegenen Anforderungen an die Begründungsdichte der Entscheide zu genügen und um die notwendigen Sachverhaltsabklärungen vornehmen zu können, setzte die BRK pro Verhandlungsvormittag maximal drei Verfahren mit Augenscheinverhandlungen an. Die Massnahme bewährt sich, indem im Berichtsjahr mehr Entscheide durch das Verwaltungsgericht geschützt wurden und gleichzeitig diverse Verfahren vor Verwaltungsgericht durch Rückzug erledigt wurden. Gleichzeitig ist eine gewisse Verlängerung des Rekursverfahrens zu verzeichnen.

Die abgeschlossenen Rekursverfahren dauerten 2015 durchschnittlich 3 (3.5) Monate. Dabei wurden die Verfahren ohne Entscheid durchschnittlich nach 3.2 (3) Monaten abgeschlossen. Die Verfahren mit Entscheid dauerten durchschnittlich 7.5 (5.8) Monate von der Rekursanmeldung bis zum Versand des Entscheids. Zwischen Entscheid und Versand des begründeten Entscheids lagen durchschnittlich 1.5 (1.8) Monate.

7.3.2 Steuerrekurskommission

Im Berichtsjahr sind bei der Steuerrekurskommission 194 Rekurse und Beschwerden eingegangen. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr wiederum eine leichte Reduktion. Im langjährigen Vergleich sind aber die Eingänge weiterhin auf einem hohen Niveau. Die Reduktion der Rekurse und Beschwerden in den letzten Jahren ist insbesondere auf den Rückgang bei den Verfahren betreffend Steuererlass zurückzuführen.

	Berichtsjahr 2012	Berichtsjahr 2013	Berichtsjahr 2014	Berichtsjahr 2015
Kategorie A	282 (90)	264 (45)	238 (30)	194 (21) ¹

Kommentar

¹ Kategorie A : Anzahl der eingegangenen Rekurs- und Beschwerdeverfahren in der Berichtsperiode (davon Anzahl Erlassverfahren).

Aus den Vorjahren waren Anfang der Berichtsperiode 189 Verfahren hängig. Von den insgesamt 383 Fällen erledigte die Steuerrekurskommission im Berichtsjahr 134 Verfahren mit einem Entscheid (Vorjahr 159), wovon 48 als Präsidialentscheid ergingen. 21 Entscheide mussten nicht schriftlich motiviert werden, da die Parteien keine Begründung verlangt haben.

Zudem konnten im Berichtsjahr 103 Verfahren mit einem Abschreibungsbeschluss (infolge Rückzugs, Wiedererwägung durch die Steuerverwaltung, Nichtleistung des Kostenvorschusses und dergleichen) erledigt werden. So waren insgesamt 146 Verfahren am Ende des Berichtsjahres noch hängig.

Der Pendenzenstau der Steuerrekurskommission konnte abgebaut werden. Die Anzahl der Fälle, in denen der Schriftenwechsel abgeschlossen ist, aber der Entscheid der Steuerrekurskommission noch aussteht, ist im Vergleich zum Vorjahr von 68 auf 46 Verfahren gesunken.

Bereits entschieden aber noch zu motivieren sind 34 Fälle, wovon drei Verfahren älter als drei Monate sind. Damit ist kein noch zu motivierender Entscheid älter als sechs Monate. Das selbst gesteckte Ziel, wonach die Begründungsdauer für keinen Kommissionsentscheid mehr als sechs Monate, gerechnet ab dem Entscheiddatum, und für keinen Präsidialentscheid mehr als drei Monate, gerechnet ab dem Abschluss des Schriftenwechsels, betragen darf, wurde so am Ende dieses Berichtsjahres vollumfänglich erreicht.

7.3.3 Personalrekurskommission

Im Berichtsjahr 2015 sind bei der Personalrekurskommission (PRK) 19 neue Rekurse eingegangen. Die Rekurse betrafen Kündigungen während der Probezeit (7), Kündigungen (7), Fristlose Kündigungen (1), Versetzungen (2), Auflösungen des Arbeitsverhältnisses (1) und schriftliche Verweise (2). Aus dem Jahr 2014 waren noch sieben Rekurse pendent. Von den insgesamt 26 Rekursen konnten 11 wie folgt erledigt werden:

	2015
Gutheissung	3
Abweisung	3
Abschreibung	3
Nichteintreten	2

Bis anhin wurden von den im Berichtsjahr 2015 eingegangenen und beurteilten Rekursen ein Entscheid an das Verwaltungsgericht weitergezogen. Aus den Vorjahren sind keine Fälle vor dem Verwaltungsgericht hängig.

7.4 Immobilienbericht Finanzvermögen

Definition Gemäss Finanzhaushaltgesetz sind jene Liegenschaften dem Verwaltungsvermögen zuzuordnen, die unmittelbar der Erfüllung öffentlich-rechtlich festgelegter Verwaltungs- bzw. Staatsaufgaben auf längere Zeit dienen. Im Finanzvermögen befinden sich demzufolge diejenigen Liegenschaften, die nicht unmittelbar und auf längere Zeit der Erfüllung einer staatlichen Aufgabe dienen.

Bewertung Das Portfolio wird zum Fair Value bewertet. Der Fair Value wird durch Spezialisten von IBS entweder anhand von Vergleichswerten (zonenabhängige Landwerte, Transaktionspreise) oder mittels der Schätzwertmethode Discounted Cash Flow (DCF) ermittelt.

Der Gesamtportfoliowert für die Immobilien im Finanzvermögen beträgt per Ende 2015 1'866.8 Mio. Franken und ist damit 116.1 Mio. Franken höher als per Ende 2014. Diese Aufwertung ist auf Neuzugänge in das Portfolio (Umwidmungen und Akquisitionen), neue Baurechte und auf Investitionen in den Bestand zurückzuführen.

Der Wert der Kategorie Baurechte stieg aufgrund von neu abgeschlossenen und angepassten Baurechtsverträge auf 792.7 Mio. Franken. Der Wert der Liegenschaften stieg per Ende 2015 aufgrund von Zugängen (Fischmarkt 10, Storchen Parking) und Sanierungen um 100.7 Mio. Franken auf total 988.9 Mio. Franken an. Die Grünflächen bewegen sich fast unverändert auf Vorjahresniveau mit 85.2 Mio. Franken.

in Mio. Franken	Marktwert	Marktwert	Abw. R15/R14	
	31.12.2014	31.12.2015	abs.	%
Baurechte	777.3	792.7	15.4	2.0
Liegenschaften	888.2	988.9	100.7	11.3
Grünflächen	85.3	85.2	-0.1	-0.1
Total	1'750.8	1'866.8	116.1	6.6

Kommentar

Der Anlagespiegel wird im Anhang unter „Bilanz Kontogruppe 108 Sachanlagen Finanzvermögen“ offengelegt.

Bestandesveränderungen Nachfolgend sind die im 2015 erfolgten Käufe und Verkäufe tabellarisch aufgeführt.

Käufe	Fläche (m ²)	Kommentar
Storchengebäude, Fischmarkt 10, Basel Sektion/Parzelle 1/0093	2'670	Kauf von der AG zum Storchen per 01.07.2015
Heimfall BRP Basel 2/4735 auf Stammparzelle 2/1689	1'390	Ablauf Baurecht per 30.06.2015
Übertragung via Mutation Areal Erlenmatt, Basel Sektion/Parzelle 7/3181	1'734	Übertragung vom Kanton Basel-Stadt auf die Einwohnergemeinde Basel-Stadt (Finanzvermögen)

Verkäufe	Fläche (m ²)	Kommentar
Eisenbahnweg 23, Basel Sektion/Parzelle 8/630	359	Verkauf mit Land und Bestandsliegenschaft durch RR entschieden per RRB 29.09.2015 sowie 01.12.2015. Abwicklung bis Ende 2015.
Hagenastrasse, Basel Sektion/Parzelle 1/428	1'408	Verkauf an IWB, durch RR entschieden per RRB 01.09.2015. Abwicklung per 21.09.2015.

Liegenschaftserfolg Die Tabelle unten gibt einen Überblick über den Erfolgsausweis der Immobilien im Finanzvermögen.

in 1'000 Franken	Rechnung	Budget	Rechnung	Abw. R15/B15		Abw. R15/R14	
	2014	2015	2015	abs.	%	abs.	%
Einnahmen Brutto-Soll	103'714	103'966	107'108	3'142	3.0	3'394	3.3
Baurechtsabgaben	1'055	934	1'021	784	83.9	-34	-3.2
Leerstände	1'168	1'847	1'379	-468	-25.3	211	18.1
Ertragsausfälle	-3	300	69	-231	-77.0	72	>100.0
Brutto-Ist-Ertrag	101'493	100'885	104'640	3'755	3.7	3'147	3.1
Betriebskosten	12'283	14'931	14'087	-844	-5.7	1'804	14.7
Ordentlicher Unterhalt	6'637	5'783	7'265	1'482	25.6	628	9.5
Werterhaltende Investitionen	38'217	15'202	17'735	2'533	16.7	-20'482	-53.6
Immobilien Erfolg	44'356	64'969	65'553	584	0.9	21'197	47.8
Realisierte Verkaufsgewinne	2'264	0	1'275	1'275	n.a.	-989	-43.7
Cashflow vor Wertvermehrung	46'620	64'969	66'828	1'859	2.9	20'208	43.3
Netto-Cashflow-Rendite	2.8%	3.7%	3.6%				
Wertvermehrende Investitionen	22'500	27'839	24'429	-3'410	-12.2	1'929	8.6
Wertänderung	39'986		21'855				
Wertänderungsrendite	2.2%		1.2%				
Total Return	5.0%		4.8%				
Total Investitionen	60'716	43'041	42'164	-877	-2.0	-18'552	-30.6

Die Einnahmen Brutto-Soll liegen um ca. 3.1 Mio. Franken höher als budgetiert. Der Grund besteht vor allem in neuen Baurechtsverträgen sowie Neuzugängen von Liegenschaften.

Der finanzielle Leerstand (inkl. Leerstand infolge Sanierungen) fällt mit 1.4 Mio. Franken ca. 0.5 Mio. Franken tiefer aus als budgetiert. Ursachen hierfür sind vor allem tiefere Fluktuationen bei Sanierungen im bewohnten Zustand, Projektoptimierungen und schnellere Vermietung nach abgeschlossenen Sanierungen.

Bei den werterhaltenden und wertvermehrenden Investitionen handelt es sich in der Summe um die gesamten Investitionen. Die Gesamtinvestitionen liegen 0.9 Mio. Franken unter dem budgetierten Wert.

Verglichen mit dem Budget fällt der Immobilienerfolg um 0.6 Mio. Franken höher aus. Dies aufgrund der tiefer ausgefallenen Investitionen und der höheren Einnahmen Brutto-Soll. Gemessen am Vorjahresergebnis resultiert der um 21.2 Mio. Franken höhere Immobilienerfolg insbesondere durch die geringeren getätigten, werterhaltenden Investitionen, die 2014 aufgrund Altlastensanierungen auf einem aussergewöhnlich hohen Niveau lagen.

Der Cashflow vor Wertvermehrung ist vor allem aufgrund realisierter Verkaufsgewinne höher als der budgetierte Wert. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich ein um 20.2 Mio. Franken höherer Cashflow vor Wertvermehrung aufgrund der tiefer ausfallenden werterhaltenden Investitionen. Die diesjährige Netto-Cashflow-Rendite liegt bei 3.6%.

Die Wertänderung beträgt ca. 21.9 Mio. Franken. Der Total Return als wichtige Kennzahl von Immobilienanlagen beträgt 4.8%. Diese Performance ist im derzeitigen Marktumfeld und unter der Berücksichtigung der Portfoliostruktur als angemessen zu bezeichnen.

8 Die Beteiligungen des Kantons Basel-Stadt

8.1 Stand des Beteiligungsmanagements

In den Public Corporate Governance-Richtlinien (PCG-Richtlinien) zur Steuerung der Beteiligungen hat der Regierungsrat festgelegt, dass er den Grossen Rat jährlich im Rahmen des Jahresberichts über die wichtigsten Fakten und Entwicklungen orientiert. Mit vorliegendem Bericht erfolgt nun zum dritten Mal diese Berichterstattung zuhanden des Parlaments und einer breiten Öffentlichkeit.

Im Jahr 2015 standen im Zusammenhang mit der Umsetzung der PCG-Richtlinien die folgenden Beteiligungen im Fokus:

Totalrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank (BKB) Der Regierungsrat unterbreitete zur Umsetzung der PCG-Richtlinien und aufgrund von vier politischen Vorstössen des Grossen Rats im Herbst 2013 eine Gesetzesvorlage für ein total revidiertes Gesetz über die BKB. Aufgrund des Widerstands der politischen Parteien in der Vernehmlassung hatte der Regierungsrat die PCG-Richtlinien nicht konsequent umgesetzt. So schlug der Regierungsrat entgegen der ursprünglichen Gesetzesvorlage vor, dass der Regierungsrat den Bankrat aussucht und der Grosse Rat auf den gebundenen Vorschlag des Regierungsrates wählt. In ihrem am 23. September 2015 eingereichten Bericht empfahl die Geschäftsprüfungskommission (GPK) wiederum die Trennung zwischen Eigentümer- und Aufsichtsrolle – sprich die alleinige Wahl des Bankrats durch den Regierungsrat. Der Grosse Rat beschloss schliesslich in seiner Sitzung vom 9. Dezember 2015 die Totalrevision des Gesetzes und folgte dabei dem Antrag der GPK – d.h. dem alleinigen Wahlrecht des Regierungsrates. Am 22. Januar 2016 reichte Occupy Basel das Referendum ein, sodass nun das Volk am 5. Juni 2016 über das Gesetz entscheiden wird.

Teilrevision des Organisationsgesetzes über die Basler Verkehrs-Betriebe (BVB) Das Bau- und Verkehrsdepartement erarbeitete im September 2014 einen entsprechenden Ratschlag, der dem Grossen Rat eine Revision des Organisationsgesetzes der Basler Verkehrs-Betriebe unter Beachtung der PCG-Grundsätze unterbreitete. Hierin schlägt der Regierungsrat vor, dass alle vom Kanton zu bestimmenden Mitglieder des Verwaltungsrates der BVB vom Regierungsrat bestimmt und durch den Grossen Rat bestätigt werden. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) forderte in ihrem am 9. November 2015 eingereichten Bericht – analog ihres Berichts zur Totalrevision des Gesetzes über die BKB – die alleinige Wahl der vom Kanton zu bestimmenden Mitglieder des BVB-Verwaltungsrats durch den Regierungsrat. Der Grosse Rat beschloss schliesslich am 9. Dezember 2015 im Sinne der GPK, das alleinige Wahlrecht der vom Kanton zu bestimmenden Mitglieder dem Regierungsrat zuzusprechen. Gegen das neue Organisationsgesetz der BVB reichten BastA!, Grüne und vpod am 30. Januar 2016 das Referendum ein, dass Volk wird hierüber ebenfalls am 5. Juni 2016 entscheiden.

Stand bei den Industriellen Werken Basel (IWB) Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 16. September 2015 die Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Industriellen Werke (IWB-Gesetz) dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen. Infolge der Total-Revision der BKB und der Teil-Revision der BVB strebt die Motion eine Anpassung des IWB-Gesetzes an die vom Regierungsrat erlassenen PCG-Richtlinien an. Nach §9 des IWB-Gesetzes vom 11. Februar 2009 werden von den sieben Mitgliedern des Verwaltungsrats drei vom Grossen Rat und vier vom Regierungsrat gewählt. In Zukunft soll die Wahlkompetenz analog zur BKB nur noch beim Regierungsrat liegen. Zudem sollen im Sinne einer Professionalisierung sowohl Grossräte als auch Regierungsräte nicht mehr in den Verwaltungsrat wählbar sein. Der Regierungsrat sieht vor, die Teilrevision des BVB-Organisationsgesetzes abzuwarten, bevor eine Teilrevision des IWB-Gesetzes vorgenommen wird. Dem Grossen Rat wurde daher beantragt, die Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Teilrevision des Gesetzes über die Industriellen Werke (IWB-Gesetz) dem Regierungsrat als Anzug zu überweisen.

8.2 Beteiligungsspiegel

Der Kanton Basel-Stadt hält kleine Beteiligungen ab einem Anteilschein bis hin zu beherrschenden Positionen von 100%. Ende 2015 ist der Kanton an 38 Institutionen beteiligt. Davon sind elf beherrschte Beteiligungen, zehn Beteiligungen werden gemeinschaftlich mit anderen Kantonen geführt, bei zwei Beteiligungen hat der Kanton einen massgeblichen Einfluss und fünfzehn gehören zu den weiteren Minderheitsbeteiligungen. Von der Betrachtung ausgeschlossen sind alle Unterbeteiligungen (z.B. Kraftwerksbeteiligungen der Industriellen Werke Basel).

Die folgenden zwei Spiegel geben einen Überblick über die gehaltenen Beteiligungen.

Beteiligungsspiegel Verwaltungsvermögen

in 1'000 Franken	Buchwert per		Anteil Kanton Basel-Stadt in % per		Anschaf- fungs- wert	Dota- tions-/ Aktien- kapital	Anzahl Rechte Typ	1
	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015				
Beherrschte Beteiligungen								
AG zum Storchen	800	800	33.3	33.3	800	0	80 NA	
Basler Kantonalbank	204'000	304'000	80.3	85.8	204'000	304'000	- -	
Basler Verkehrs-Betriebe	354'827	360'734	100.0	100.0	315'196	360'734	- -	
Felix Platter-Spital	108'000	108'000	100.0	100.0	108'000	108'000	- -	
Industrielle Werke Basel	530'000	530'000	100.0	100.0	530'000	530'000	- -	
Rimas Insurance Broker AG	200	200	100.0	100.0	200	0	200 NA	
Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut	0	0	100.0	100.0	0	0	- -	
Universitäre Psychiatrische Kliniken	83'620	83'620	100.0	100.0	83'620	83'620	- -	
Universitätsspital Basel	489'167	489'167	100.0	100.0	489'167	489'167	- -	
Total beherrschte Beteiligun- gen	1'770'614	1'876'521			1'730'983	1'875'521		
Gemeinschaftliche Beteiligungen								
BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel	1'000	1'000	66.7	66.7	1'000	1'000	- -	
Fachhochschule Nordwestschweiz	0	0	25.0	25.0	0	0	- -	
Flughafen Basel-Mulhouse	0	0	55.3	-	0	0	- -	2
Interkantonale Polizeischule Hitzkirch	0	0	12.2	12.2	0	0	- -	
Interkantonale Strafanstalt Bostadel	0	0	80.0/75.0	80.0/75.0	0	0	- -	3
Motorfahrzeugprüfstation beider Basel	0	0	50.0	50.0	0	0	- -	
Schweizerische Rheinhäfen	54'594	54'594	59.8	-	54'594	54'594	- -	2
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche	0	0	50.0	50.0	0	0	- -	
Universität beider Basel	30'000	0	50.0	50.0	0	0	- -	4
Universitäts-Kinderspital beider Basel	31'007	31'007	50.0	50.0	31'007	31'007	- -	
Total gemeinschaftliche Be- teiligungen	116'601	86'601			86'601	86'601		

in 1'000 Franken	Buchwert per		Anteil Kanton Basel-Stadt in % per		Anschaf- fungs- wert	Dota- tions-/ Aktien- kapital	Anzahl Rechte Typ	1
	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015				
Beteiligungen mit massgeblichem Einfluss								
MCH Group AG	39'316	39'316	33.5	33.5	39'316	0	2'013'650 NA	
ProReno AG	21	21	42.0	42.0	21	0	42 NA	
Total Beteiligungen mit massgeblichem Einfluss	39'337	39'337			39'337	0		
Weitere Minderheitsbeteiligungen								
BAK Basel Economics AG	40	40	2.3/3.8	2.3/3.8	40	0	75 NA	5
BLT Baselland Transport AG	125	125	7.8	7.8	125	0	3'847 NA	
Gebäudeversicherung des Kantons Basel-Stadt	0	0	0.0	0.0	0	0	- -	6
Radio- und Fernsehgenossenschaft Basel	0	0	0.0	0.0	0	0	16 AS	
Schweizer Salinen AG	514	514	12.3/13.7	12.3/13.7	521	0	1'371 NA	7
Selfin Invest AG	0	0	13.8	13.8	0	0	1'388 NA	
Schweizerische Nationalbank	407	407	1.4	1.4	407	0	1'356 NA	
Swisslos	0	0	3.4	3.4	0	0	- -	
Total weitere Minderheitsbeteiligungen	1'086	1'086			1'092	0		
145 Beteiligungen VV	1'927'638	2'003'545			1'858'014	1'962'122		

Kommentar

- 1 NA = Namenaktien, AS = Anteilscheine, IA = Inhaberaktien, VZ = Vorzugsaktien
- 2 Aufgrund der Abhängigkeit zur Konsolidierung kann der Anteil des Kantons an diesen Beteiligungen noch nicht bestimmt werden.
- 3 Die Betriebskosten werden von den beiden Kantonen Basel-Stadt und Zug im Verhältnis von 80% und 20% getragen. Abzüglich des Bundesbeitrags übernimmt der Kanton Basel-Stadt 75% und der Kanton Zug 25% der Errichtungskosten.
- 4 Umqualifizierung der 30 Mio. Franken als Darlehen VV infolge Bestätigung des Bundesverwaltungsgerichts betreffend Nachschüssigkeit der Bundesbeiträge.
- 5 Die Beteiligungsquote beträgt 2.3%. Der Stimmanteil ist mit 3.8% höher.
- 6 Es besteht zwar eine stimmenmässige Beherrschung, aber keine Kapitalbeteiligung des Kantons. Es liegt somit keine Beherrschung im Sinne von IPSAS 6 und §46 Abs. 2 des Finanzhaushaltgesetzes vor. Auf den Einbezug in die konsolidierte Rechnung wird deshalb verzichtet.
- 7 Die Beteiligungsquote beträgt 12.3%. Der Stimmenanteil ist mit 13.7% höher.

Beteiligungsspiegel Finanzvermögen

in 1'000 Franken	Buchwert per		Anteil Kanton Basel-Stadt in % per		Anschaf- fungs- wert	Dota- tions-/ Aktien- kapital	Anzahl Rechte	Typ	1
	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015					
Beherrschte Beteiligungen									
AG zum Storchen	12'000	800	33.3	33.3	12'000	0	80	NA	2
Basler Personenschiffahrts- Gesellschaft AG	100	100	100.0	100.0	100	0	600	NA	
Technologie Park Basel AG	0	0	100.0	100.0	0	0	1000	NA	
Total beherrschte Beteiligungen	12'100	900			12'100	0			
Weitere Minderheitsbeteiligungen									
Ecole d'humanité Hasliberg Goldern	0	0	0.0	0.0	0	0	1	AS	
Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park	0	0	0.0	0.0	0	0	1	AS	
Gesellschaft Hasliberghaus AG	225	225	30.0	30.0	225	0	450	VZ	
Gundeldinger-Casino Basel AG	335	0	20.3	20.3	335	0	670	NA	3
Jakobsberg AG	0	0	1.3	1.3	0	0	2	NA	
Landwirtschaftliche Trocknungsanlagen LTA AG	28	28	3.3	3.3	28	0	60	NA	
Wohngenossenschaft Burgfelderstrasse	4	4	1.0	1.0	4	0	35	AS	
Total weitere Minderheitsbeteiligungen	592	257			592	0			
107000 Beteiligungen FV	12'692	1'157			12'692	0			

Kommentar

- 1 NA = Namenaktien, AS = Anteilscheine, IA = Inhaberaktien, VZ = Vorzugsaktien
- 2 Die Aktien der AG zum Storchen – welche sich in Liquidation befindet – wurden per 31.12.2015 um 11.2 Mio. Franken wertberichtigt. Die vollständige Liquidation findet im 2016 statt.
- 3 Die Gundeldinger-Casino Basel AG wurde infolge Neubewertung auf 1 Franken pro Memoria abgeschrieben.

8.3 Rechtsform und öffentliche Aufgabe der Beteiligungen

Unter den Institutionen befinden sich selbständige Anstalten im öffentlichen Recht (sAÖR), Aktiengesellschaften (AG), Genossenschaften (G) und spezialgesetzliche Aktiengesellschaft (sAG). Neben der Rechtsform zeigt die folgende Tabelle den Sitz und die öffentliche Aufgabe der kantonalen Beteiligungen im Verwaltungsvermögen sowie den Grund des Haltens der Beteiligungen im Finanzvermögen.

Öffentliche Aufgaben aller Beteiligungen

	Sitz	Rechtsform	Öffentliche Aufgabe der Beteiligungen im Verwaltungsvermögen bzw. Grund des Haltens bei Beteiligungen im Finanzvermögen
Beherrschte Beteiligungen			
AG zum Storchen	Basel-Stadt	AG	Zurverfügungstellung und Verwaltung der Büroräumlichkeiten im Liegenschaftskomplex Zum Storchen für die kantonale Verwaltung
Basler Kantonalbank	Basel-Stadt	sAÖR	Universalbank zur sicheren Anlage der Ersparnisse und anderer Gelder und zur Befriedigung der Kredit- und Geldbedürfnisse der Bevölkerung und Wirtschaft des Kantons
Basler Personenschiffahrts-Gesellschaft AG	Basel-Stadt	AG	Betrieb der Personenschiffahrt auf dem Ober- und Hochrhein und damit zusammenhängende Geschäfte sowie Beitraggeber zum guten Image und zur touristischen Attraktivität von Basel
Basler Verkehrs-Betriebe	Basel-Stadt	sAÖR	Errichtung und Betrieb der Linien des öffentlichen Orts- und Regionalverkehrs
Felix Platter-Spital	Basel-Stadt	sAÖR	Gewährleistung der altersmedizinische Gesundheitsversorgung
Industrielle Werke Basel	Basel-Stadt	sAÖR	Gewährleistung der Versorgung des Kantons Basel-Stadt mit leitungsgebundener Energie und mit leitungsgebundenem Trinkwasser
Rimas Insurance Broker AG	Basel-Stadt	AG	Zentralstelle für das Versicherungswesen des Kantons
Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut	Basel-Stadt	sAÖR	Erbringung von tropen- und reisemedizinischen Dienstleistungen sowie Referenz- und Beratungsleistungen auf nationaler Ebene
Technologie Park Basel AG	Basel-Stadt	AG	Wirtschaftsförderung durch die Bereitstellung von Geschäftsräumen und anderen Infrastrukturen zur Förderung von Gründung und Wachstum von Technologieunternehmungen
Universitäre Psychiatrische Kliniken	Basel-Stadt	sAÖR	Gewährleistung der psychiatrisch-psychotherapeutische Grund- und ausgewählte Spezialversorgung von Erwachsenen sowie Kindern und Jugendlichen
Universitätsspital Basel	Basel-Stadt	sAÖR	Gewährleistung eines hochstehenden medizinischen Angebots für die kantonale Gesundheitsversorgung
Gemeinschaftliche Beteiligungen			
BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel	Basel-Stadt	sAÖR	Erfüllung der den Kantonen nach Art. 61 ff. des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge obliegenden Aufgaben
Fachhochschule Nordwestschweiz	Windisch, Aargau	sAÖR	Führung einer ausgezeichneten Fachhochschule mit den anderen Trägerkantonen Aargau, Basel-Landschaft und Solothurn
Flughafen Basel-Mulhouse	Blotzheim, Frankreich	sAÖR	Bau und der Betrieb eines Flughafens und Beitraggeber zur Erschliessung bzw. Anbindung von Basel
Interkantonale Polizeischule Hitzkirch	Hitzkirch, Luzern	sAÖR	Errichtung und Betrieb einer gemeinsamen Polizeischule durch die Konkordatsmitglieder für die deutschsprachige Grundausbildung und Weiterbildung von Angehörigen ihrer Polizeikörpers sowie Forschung im Bereich des Polizeiwesens
Interkantonale Strafanstalt Bostadel	Menzingen, Zug	sAÖR	Strafvollzug
Motorfahrzeugprüfstation beider Basel	Münchenstein, Basel-Landschaft	sAÖR	Durchführung der amtlichen Fahrzeug- und Führerprüfungen
Schweizerische Rheinhäfen	Birsfelden, Basel-Landschaft	sAÖR	Sicherstellen einer logistischen Plattform des Güterverkehrs an der Schnittstelle zwischen Wasser, Schiene und Strasse sowie Förderung der Grossschiffahrt als ökologischen Verkehrsträger

	Sitz	Rechtsform	Öffentliche Aufgabe der Beteiligungen im Verwaltungsvermögen bzw. Grund des Haltens bei Beteiligungen im Finanzvermögen
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche	Münchenstein, Basel-Landschaft	sAÖR	Umfassende Schulung, Therapie und Betreuung von der Früherziehung bis zur Berufsvorbereitung für Kinder und Jugendliche mit Sehschädigung, Körperbehinderung und Mehrfachbehinderung
Universität beider Basel	Basel-Stadt	sAÖR	Führung einer qualitativ hochstehenden Universität, Beitrag zum Wissens- und Wirtschaftsstandort
Universitäts-Kinderspital beider Basel	Basel-Stadt	sAÖR	Gewährleistung einer regionalen bzw. überregionalen Gesundheitsversorgung für Kinder und Jugendliche
Beteiligungen mit massgeblichem Einfluss			
MCH Group AG	Basel-Stadt	AG	Durchführung von Messen, Kongresse und weitere Veranstaltungen in den vorhandenen Infrastrukturen an den Standorten in Basel und Zürich sowie an anderen Orten
ProRheno AG	Basel-Stadt	AG	Sicherstellung der Klärung der kommunalen Abwässer von Basel-Stadt sowie Beitraggeber zum Schutz des Rheins vor Verschmutzung
Weitere Minderheitsbeteiligungen			
BAK Basel Economics AG	Basel-Stadt	AG	Erarbeitung und Vertrieb von Wirtschaftsanalysen und Prognosen sowie Beratung in Fragen der Standortqualität und in wirtschaftspolitischen Belangen sowie im regionalen Benchmarking
BLT Baselland Transport AG	Oberwil, Basel-Landschaft	AG	Sicherstellung und Förderung des Öffentlichen Verkehrs
Ecole d'humanité Hasliberg Goldern	Hasliberg, Bern	G	Unterstützung dieser Institution
Gebäudeversicherung des Kantons Basel-Stadt	Basel-Stadt	sAÖR	Versicherung sämtliche Gebäude gegen Feuer- und Elementarschäden
Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park	Basel-Stadt	G	Gewährleistung des Mitspracherechts bei Themen wie Sicherheit
Gesellschaft Hasliberghaus AG	Hasliberg, Bern	AG	Unterstützung dieser Institution
Gundeldinger-Casino Basel AG	Basel-Stadt	AG	Förderung von Aktivitäten in den öffentlichen Räumen des Gundeldinger-Casinos Basel zum Gemeinwohl der Bevölkerung im Kanton Basel-Stadt
Jakobsberg AG	Basel-Stadt	AG	Mietvertrag mit dieser Institution verpflichtet zu Anteil an dieser Aktiengesellschaft (zwei Kindergärten)
Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG	Pratteln, Basel-Landschaft	AG	Verkauf in Prüfung
Radio- und Fernsehgenossenschaft Basel	Basel-Stadt	G	Förderung und Erhaltung des öffentlichen Medienangebots unter den Kriterien des Service Public
Schweizer Salinen AG	Pratteln, Basel-Landschaft	AG	Sicherstellung der Versorgung mit Salz
Selfin Invest AG	Pratteln, Basel-Landschaft	AG	Finanzierung der langfristigen und unabhängigen Salzversorgung der Schweiz
Schweizerische Nationalbank	Zürich	sAG	Führung der Geld- und Währungspolitik im Gesamtinteresse des Landes
Swisslos	Basel-Stadt	G	Durchführung von und die Beteiligung an gemeinnützigen oder wohltätigen Lotterien sowie Verteilung des Reingewinns auf die Kantone für gemeinnützige, wohltätige oder soziale, kulturelle und sportliche Zwecke
Wohngenossenschaft Burgfelderstrasse	Basel-Stadt	G	Mietvertrag mit dieser Institution verpflichtet zu Anteil an dieser Genossenschaft (ein Kindergarten)

8.4 Zahlungsströme zwischen Kanton und Beteiligungen

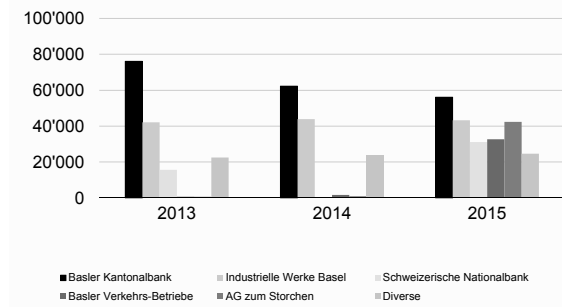
Die folgende Tabelle behandelt die Zahlungsströme zwischen dem Kanton Basel-Stadt und den Beteiligungen. Sowohl auf der Ertrags- als auch Aufwandseite fallen über 80% der Beträge auf nur wenige Beteiligungen.

Zahlungsströme zwischen dem Kanton und den Beteiligungen aus Sicht Kanton

in 1'000 Franken, ohne Leistungseinkauf	Rechnung 2013		Rechnung 2014		Rechnung 2015	
	Einnahme	Ausgabe	Einnahme	Ausgabe	Einnahme	Ausgabe
Beherrschte Beteiligungen						
Gewinnablieferung	360		696		42'325	
AG zum Storchen	360		696		42'325	
Verzinsung Dotationskapital	2'996		2'347		1'318	
Ordentliche Ablieferung	47'400		40'500		41'250	
Gewährträger-Abgeltung	25'627		19'370		13'487	
Basler Kantonalbank	76'023		62'217		56'055	
Laufende Beiträge		470		470		0
Basler Personen-Schiffahrtsgesellschaft AG		470		470		0
Laufende Beiträge (Abgeltung)		56'259		57'395		60'330
Investitionsbeiträge		28'497		31'919		18'540
Verzinsung Fremdkapital	711		1'693		987	
Sonderablieferung aus den Rücklagen	0		0		31'650	
Basler Verkehrs-Betriebe	711	84'756	1'693	89'314	32'637	78'870
Beiträge stationäre Leistungen		27'734		27'746		30'077
Beiträge ungedeckte Kosten und gemeinwirtschaftliche Leistungen		8'426		6'100		6'290
Felix Platter-Spital		36'160		33'846		36'367
Konzession	11'000		11'000		11'000	
Verzinsung Fremdkapital	3'430		3'230		1'476	
Gewinnablieferung	27'650		29'600		30'700	
Industrielle Werke Basel	42'080		43'830		43'176	
Dividende	33		83		50	
Rimas Insurance Broker AG	33		83		50	
Subvention		1'800		2'000		3'500
Schweizerisches Tropen-, Public Health-Institut		1'800		2'000		3'500
Beiträge stationäre Leistungen		28'076		30'575		24'796
Beiträge JSD BS für forensische Klinik		4'654		8'390		6'852
Beiträge ungedeckte Kosten und gemeinwirtschaftliche Leistungen		18'569		17'361		16'907
Universitäre Psychiatrische Kliniken		51'299		56'326		48'555
Beiträge stationäre Leistungen		101'935		106'773		104'792
Beiträge ungedeckte Kosten und gemeinwirtschaftliche Leistungen		65'832		61'230		57'727
Universitätsspital Basel		167'767		168'003		162'519
Gemeinschaftliche Beteiligungen						
Trägerbeiträge Basel-Stadt		40'784		45'860		43'780
Fachhochschule Nordwestschweiz		40'784		45'860		43'780
Laufende Beiträge		1'590		1'585		1'725
Interkantonale Polizeischule Hitzkirch		1'590		1'585		1'725
Laufende Beiträge	618		74		101	

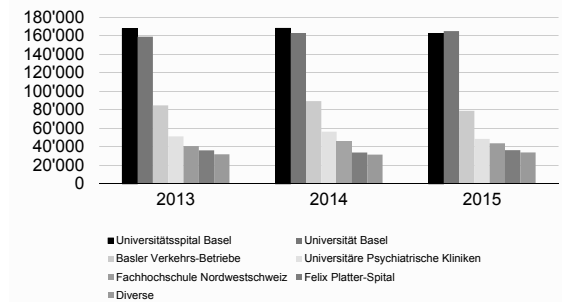
in 1'000 Franken, ohne Leistungseinkauf	Rechnung 2013		Rechnung 2014		Rechnung 2015	
	Einnahme	Ausgabe	Einnahme	Ausgabe	Einnahme	Ausgabe
Investitionsbeiträge		1'800		1'000		0
Interkantonale Strafanstalt Bostadel	618	1'800	74	1'000	101	0
Gewinnablieferung	2'800		3'096		3'035	
Schweizerische Rheinhäfen	2'800		3'096		3'035	
Aufwand Leistungsabgeltung		2'741		2'765		2'922
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche		2'741		2'765		2'922
Globalbeiträge		157'300		161'100		163'200
Sonderbeiträge		1'589		1'754		1'754
Universität beider Basel		158'889		162'854		164'954
Beiträge stationäre Leistungen		8'296		8'232		7'823
Beiträge ungedeckte Kosten und gemeinwirtschaftliche Leistungen		6'919		6'906		6'961
Gewinnablieferung	0		0		823	
Universitäts-Kinderspital beider Basel	0	15'215	0	15'138	823	14'784
Beteiligungen mit massgeblichem Einfluss						
Dividende	1'007		1'007		1'007	
MCH Group AG	1'007		1'007		1'007	
Laufende Beiträge		6'820		6'861		7'220
Investitionsbeiträge		1'163		1'325		3'251
ProRhenno AG		7'983		8'186		10'471
Weitere Minderheitsbeteiligungen						
Abgeltungsbeiträge Basel-Landschaft an Basel-Stadt	1'734		2'460		2'900	
Abgeltungsbeiträge Basel-Stadt an BLT Baselland Transport AG		310		448		484
BLT Baselland Transport AG	1'734	310	2'460	448	2'900	484
Beitrag an die Kosten des Löschwesens (15.5% der Prämieneinkünfte)	4'844		4'833		4'879	
Gebäudeversicherung des Kantons Basel-Stadt	4'844		4'833		4'879	
Dividende	2		2		6	
Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG	2		2		6	
Dividende	1'110		1'388		343	
Regalgebühren	49		29		12	
Schweizer Salinen AG	1'159		1'417		355	
Gewinnablieferung	15'638		0		31'050	
Dividende	20		0		20	
Schweizerische Nationalbank	15'658		0		31'070	
Gewinnablieferung	10'617		10'872		11'459	
Swisslos	10'617		10'872		11'459	
Total	157'647	571'564	132'278	587'795	229'877	568'931

Einnahmen



Die Einnahmen des Kantons aus den Beteiligungen beliefen sich im Jahr 2015 auf rund 230 Millionen Franken. Die Einnahmen nahmen damit um rund 98 Millionen Franken im Vergleich zum Vorjahr zu, was auf die zusätzliche Gewinnverteilung der Schweizerischen Nationalbank an die Kantone, die Liquidationsdividende der AG zum Storchen und die Sonderablieferung der Basler Verkehrs-Betriebe zurückzuführen ist. Rund 43% der gesamten Beteiligungseinnahmen wurden mit zwei Beteiligungen erwirtschaftet: der Basler Kantonalbank (24%) und den Industriellen Werken Basel (19%). Durch einmalige Einnahmen hatten zudem die Schweizerische Nationalbank (14%), die Basler Verkehrs-Betriebe (14%) und die AG zum Storchen (18%) zusammen einen Anteil von rund 46%.

Ausgaben



Im Jahr 2015 hatte der Kanton mit den Beteiligungen Ausgaben in Höhe von rund 569 Millionen Franken zu verzeichnen. Grundsätzlich ist eine Dominanz von vier Beteiligungen festzustellen. 80% der Unterstützungen des Kantons fliessen an nur vier Beteiligungen: Die Universität beider Basel erhält mit 165 Millionen Franken den grössten Kantonsbeitrag (29%), gefolgt vom Universitätsspital Basel mit 163 Millionen Franken (29%), den Basler Verkehrs-Betrieben mit 79 Millionen Franken (14%) und den Universitären Psychiatrischen Kliniken mit 49 Millionen Franken (9%).

8.5 Wahlorgan und Vergütung der Kantonsvertretungen

Der Grosse Rat hat bei drei Beteiligungen das Recht, Mitglieder des Leitungs- und Verwaltungsorgans zu bestimmen. Nur bei der bilanziell gewichtigsten Basler Kantonalbank wählt der Grosse Rat alleine den Bankrat. Bei den Industriellen Werken Basel ist er zusammen mit dem Regierungsrat für die Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates zuständig. Bei den Basler Verkehrs-Betrieben wählt er zusammen mit dem Regierungsrat und Dritten den Verwaltungsrat.

Der Regierungsrat demgegenüber kann bei 25 Beteiligungen das oberste Leitungs- und Verwaltungsorgan mitbestimmen. Nur in sieben Fällen ist der Regierungsrat alleinig für die Wahl der Mitglieder der obersten Gremien zuständig. In allen übrigen 18 Fällen wählt er zusammen mit Dritten (dem Grossen Rat, anderen Kantonen, ausländischen Behörden, etc.) die Mitglieder des obersten Organs der Beteiligungen.

Bei 11 der 38 betrachteten Beteiligungen hat der Kanton kein Mitspracherecht in Bezug auf die Zusammensetzung, vielmehr sind Dritte (Generalversammlung, Genossenschaftsversammlung oder andere Kantone) für die Wahl des obersten Leitungs- und Verwaltungsorgan zuständig. Einzig bei drei dieser 11 Beteiligungen nimmt er entweder im Verwaltungsrat Einsitz (Schweizer Salinen AG und Selfin Invest AG) oder ist indirekt durch Mitarbeitende der öffentlichen Verwaltung im Verwaltungsrat (Basler Personen-Schiffahrtsgesellschaft AG) vertreten.

Oberstes Leitungs- und Verwaltungsorgan aller Beteiligungen: Anzahl, Wahlbehörde und Vergütung

	Total	Wahlbehörde			Vergütung Kantonsvertretung	
		Grosser Rat	Regierungsrat	Dritte	2014	2015
Beherrschte Beteiligungen						
AG zum Storchen	3		2	1	2'500	2'500
Basler Kantonalbank	13	13			744'958	859'869
Basler Personenschiffahrts-Gesellschaft AG	4			4	6'000	6'000
Basler Verkehrs-Betriebe	8	3	3	2	292'077	277'500
Felix Platter-Spital	5		5		148'000	241'000
Industrielle Werke Basel	7	4	3		360'650	370'767
Rimas Insurance Broker AG	3		3		11'400	9'067
Schweizerisches Tropen- und Public Health-Institut	9		9		keine	keine
Technologie Park Basel AG	3		3		keine	keine
Universitäre Psychiatrische Kliniken	6		6		330'703	302'971
Universitätsspital Basel	7		7		367'000	367'000
Gemeinschaftliche Beteiligungen						
BSABB BVG- und Stiftungsaufsicht beider Basel	5		2	2	80'000	47'250
			1			
Fachhochschule Nordwestschweiz	10		10		320'814	293'000
Flughafen Basel-Mulhouse	16		4	12	31'974	34'138
Interkantonale Polizeischule Hitzkirch	11		1	10	keine	keine
Interkantonale Strafanstalt Bostadel	8		4	4	1'350	1'600
Motorfahrzeugprüfstation beider Basel	6		3	3	keine	keine
Schweizerische Rheinhäfen	5		1	1	60'000	58'000
			3			

	Total	Wahlbehörde			Vergütung Kantonsvertretung		1
		Grosser Rat	Regierungsrat	Dritte	2014	2015	
TSM Schulzentrum für Kinder und Jugendliche	7		3	3	27'517	25'316	
			1				2
Universität beider Basel	11		5	5	181'825	177'200	
			1				2
Universitäts-Kinderspital beider Basel	8		8		296'600	364'600	
							2
Beteiligungen mit massgeblichem Einfluss							
MCH Group AG	11		3	8	58'000	59'000	
ProRheno AG	7			7	1'050	1'050	
							3
Weitere Minderheitsbeteiligungen							
BAK Basel Economics AG	4			4	-	-	
BLT Baselland Transport AG	9		1	8	13'200	12'000	
Ecole d'humanité Hasliberg Goldern	9			9	-	-	
Gebäudeversicherung des Kantons Basel-Stadt	7		7		48'130	45'050	
Genossenschaft Stadion St. Jakob-Park	10		3	7	-	-	
Gesellschaft Hasliberghaus AG	6			6	-	-	
Gundeldinger-Casino Basel AG	4			4	-	-	
Jakobsberg AG	7			7	-	-	
Landwirtschaftliche Trocknungs-Anlagen LTA AG	5		1	4	1'200	1'425	
Radio- und Fernsehgenossenschaft Basel	16		2	14	960	780	
Schweizer Salinen AG	28			28	10'608	9'981	
SelfFin Invest AG	9			8	keine	keine	
Schweizerische Nationalbank	11			11	-	-	
Swisslos	7			7	3'051	3'448	
Wohngenossenschaft Burgfelderstrasse	7			7	-	-	
Total					3'399'567	3'570'511	

Kommentar

- 1 Unter Kantonsvertretungen sind alle vom Grossen Rat und Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt gewählten Mitglieder in den obersten Leitungs- und Verwaltungsorganen der Beteiligungen Basel-Stadt zu verstehen. Die Vergütung (inklusive Spesen) wird netto, also abzüglich Lohnnebenkosten ausgewiesen.
- 2 Diese Kantonsvertretungen werden gemeinsam mit anderen Trägern gewählt. Bei der Vergütung sind die Vergütungen dieser gemeinsam gewählten Kantonsvertretungen enthalten.
- 3 Zwei Mitglieder des Verwaltungsrates werden vom Regierungsrat Basel-Stadt nominiert.

9 Das Glossar

Abschreibungen

Abschreibungen bilden den Werteverzehr von Sachgütern und Positionen des immateriellen Vermögens ab. Es wird zwischen planmässigen und ausserplanmässigen Abschreibungen unterschieden. Planmässige Abschreibungen werden aufgrund der Entwertung durch Alterung und durch Nutzung auf die Abschreibungsdauer verteilt. Ausserplanmässige Abschreibungen sind dauernde Wertminderungen, die nicht durch ordentliche Nutzung begründet sind.

Abweichungen in Prozent

Sind positive oder negative Abweichungen in Prozent grösser als 100.0 wird anstatt des Wertes der Ausdruck „>100.0“ bzw. „<-100.0“ angegeben. Beträgt der Wert des Budgets bzw. des Vorjahres Null wird aufgrund der Division durch Null „n.a.“ für „nicht anwendbar“ angezeigt.

Accrual Accounting

Unter Accrual Accounting ist der Grundsatz zu verstehen, dass Geschäftsvorfälle dann in der Buchhaltung erfasst werden, wenn sie auftreten (und nicht im Zeitpunkt wenn der Mittelzufluss bzw. Mittelabfluss stattfindet).

Anhang

Der Anhang ist ein integraler Bestandteil der Jahresrechnung. Er enthält alle jene Angaben, die in Ergänzung zu den übrigen Elementen notwendig sind, um eine zuverlässige Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kantons vornehmen zu können. Beispielsweise können erst mit der Angabe des angewendeten Regelwerks und der Rechnungslegungsgrundsätze die anderswo präsentierten Zahlen interpretiert werden.

Aufwertungsreserve

Das Konto Aufwertungsreserve dient im Fall der Bewertung nach dem True and Fair View-Prinzip und bei einem überhöhten Stand der Reserven nach Neubewertung dazu, in den Folgejahren die - allfällig überhöhten - Abschreibungen darüber zu verbuchen, so dass diese Abschreibungen in den Folgejahren nicht erfolgswirksam sind.

Benchmarking

Benchmarking bedeutet den Vergleich der eigenen Leistung mit der des „klassenbesten“ Konkurrenten.

Betriebsergebnis (= Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit)

Das Betriebsergebnis ist der betriebliche Ertrag abzüglich des betrieblichen Aufwands.

Bilanzfehlbetrag

Unter Bilanzfehlbetrag (= negatives Eigenkapital) sind durch Eigenkapital nicht abgedeckte Aufwandüberschüsse der Erfolgsrechnung zu verstehen. Ein Bilanzfehlbetrag kann nur durch Rechnungsüberschüsse oder durch Zugänge von Umbewertungs- oder Neubewertungsreserven in den Folgejahren abgetragen werden.

Budgetkredit

Budgetkredite werden festgelegt für die Aufwandgruppen des betrieblichen Aufwandes ohne Abschreibungen pro Dienststelle sowie für die Investitionsausgaben pro Investitionsbereich.

Diskontierung

Mittels Diskontierung wird der heutige Barwert eines zukünftigen Betrages ermittelt.

Eigenkapitalnachweis

Der Eigenkapitalnachweis dient dem vollständigen Nachweis der Bewegungen im Eigenkapital. Damit werden auch erfolgsneutral verbuchte Transaktionen (via Eigenkapital) transparent offen gelegt.

Eventualforderung

Eine Eventualforderung wird als mögliche Vermögensposition aus einem vergangenen Ereignis definiert, deren Existenz erst durch eines oder mehrere zukünftige Ereignisse bestätigt werden muss. Der Eintritt dieser Ereignisse kann nicht beeinflusst werden (daher keine Bilanzierung, Offenlegung im Anhang).

Finanzielle Zusicherungen (Commitments)

Finanzielle Zusicherungen sind künftige Verpflichtungen, die im Moment noch nicht zu Zahlungen führen, aber in Zukunft eine Zahlung auslösen werden, welche den Nutzenzufluss in der Zukunft entschädigt. Finanzielle Zusicherungen werden nicht bilanziert (Offenlegung im Anhang).

Forderungen

Forderungen sind monetäre Guthaben. Zu ihnen gehören alle ausstehenden, in der Regel in kurzfristigen und in Rechnung gestellten Ansprüche gegenüber Dritten.

Fortführung der Tätigkeiten

Bei der Rechnungslegung wird davon ausgegangen, dass die Tätigkeiten der Einheiten des Kantons Basel-Stadt fortbestehen. Somit ist die Bilanzierung grundsätzlich zu Fortführungswerten und nicht zu Veräusserungswerten vorzunehmen.

Fremdkapital

Das Fremdkapital setzt sich zusammen aus den öffentlichen Schulden (Kurz-, Mittel- und Langfrist-schulden), den Rückstellungen, den transitorischen Passiven/passiven Rechnungsabgrenzungen, den verwalteten Geldern und Verpflichtungen für Sonderrechnungen (z.B. Stiftungsgelder, Legate u.a.) sowie den im Fremdkapital geführten Fonds.

Grossinvestitionen

Als Grossinvestition gilt in Basel-Stadt die Ausgabe für ein Anlagengut, sofern die Anschaffungs- oder Herstellkosten dieses Gutes mehr als 300'000 Franken betragen. Grossinvestitionen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und gemäss Rechnungslegungsgrundsätzen linear über die geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben (vergleiche auch Kleininvestitionen).

Impairment

Vermögensgegenstände sind neben der „Abnutzung“ durch Gebrauch oder Zeit auch anderen meist nicht planbaren Wertschwankungen unterzogen. Der vorhersehbaren „Abnutzung“ wird mit der Abschreibung der Vermögenswerte Rechnung getragen. Um sicherzustellen, dass ein Gegenstand noch den in der Bilanz eingesetzten Wert hat, ist mindestens einmal jährlich zu prüfen, ob nicht Umstände vorliegen, welche den Wert dieses Gegenstandes nachhaltig beeinträchtigen. Ist dies der Fall, handelt es sich um eine dauernde Wertminderung beziehungsweise eben um ein Impairment.

International Financial Reporting Standards (IFRS)

Die IFRS sind eine Sammlung von Regeln für die Rechnungslegung betriebswirtschaftlicher Unternehmen. Sie umfassen die Standards, wie sie vom International Financial Accounting Standards Board (IASB) herausgegeben werden. Aktuell sind über 40 Empfehlungen publiziert, die laufend den neusten Entwicklungen und Bedürfnissen angepasst werden. Die IFRS sollen die Vergleichbarkeit der Abschlüsse kapitalmarktorientierter Unternehmen erleichtern, den Schutz der Anleger verbessern und das Vertrauen in die Finanzmärkte und den freien Kapitalverkehr im Binnenmarkt stärken, um nur die wichtigsten Ziele zu nennen. In der Schweiz hat die Zulassungsstelle der Schweizer Börse (SWX) am 11. November 2002 entschieden, dass alle inländischen börsennotierten Nichtbanken des Hauptsegmentes ab 2005 die IFRS oder die US-GAAP, das amerikanische Regelwerk für dort börsenkotierte Unternehmen, einzuhalten haben.

Percentage of Completion-Methode (PoC)

Mittels der Percentage of Completion-Methode (PoC) wird der anteilmässige Fertigstellungsgrad eines (Bau)projektes ausgewiesen.

Kameralistik

Kameralistik (lateinisch: camera „fürstliche Schatztruhe“) ist ein Verfahren der Buchführung. Im Gegensatz zur Doppik, der doppelten Buchführung werden bei der Kameralistik kassenwirksame Einnahmen (Einzahlungen) und Ausgaben (Auszahlungen) betrachtet, dies jedoch nicht im betriebswirtschaftlichen Sinne und auch ohne Erträge und Aufwendungen zu ermitteln. Der Fokus der Kameralistik liegt daher eher auf Finanzziele als auf Sachzielen.

Kleininvestitionen

Als Kleininvestitionen werden in Basel-Stadt Sachanlagen gezählt, die einen Anschaffungswert von mindesten 50'000 Franken und maximal 300'000 Franken haben. Diese Anlagen werden über die Anlagenbuchhaltung geführt und nach Staatsrecht linear über die geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben. Investitionen von weniger als 50'000 Franken werden nicht über die Anlagenbuchhaltung geführt sondern direkt im Sachaufwand einer Kostenstelle belastet.

Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA)

Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen will die Mängel des bis 2007 geltenden Finanzausgleichs beheben. Die Wettbewerbsfähigkeit der Kantone und der Schweiz soll dabei nicht beeinträchtigt werden. Die NFA trägt zu einem Abbau des finanziellen Gefälles zwischen den Kantonen bei. Während Gebirgskantone in den Genuss eines geografisch/topografischen Lastenausgleichs kommen, werden Zentrums Kantone für ihre Sonderlasten neu durch den so genannten soziodemografischen Lastenausgleich entschädigt. Mit der NFA wird die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Kantonen neu geregelt. Sie beendet weitgehend unnötige doppelte Verantwortlichkeiten. Die Aufgabenentflechtung schafft klare Zuständigkeiten für den Bund und die Kantone.

Nichtzweckgebundener Aufwand und Ertrag

Als Nichtzweckgebundener Aufwand und Ertrag gelten z.B. der allgemeine Steuerertrag, der Vermögensertrag, die Liegenschaftserträge, der Anteil an Bundessteuern, der Nationalbankgewinn, der Zinsaufwand auf den Staatsschulden oder der Aufwand im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung des Finanzvermögens. Nicht zweckgebundene Aufwand- und Ertragspositionen werden in einem separaten Buchungskreis dargestellt und sind für die Steuerung der betroffenen Dienststellen nicht relevant.

In der Einschränkung auf das betriebliche Ergebnis und ohne Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen wird vom Nichtzweckgebundenen Betriebsergebnis (NZBE) gesprochen.

Rechnungslegungsgrundsätze

Gemäss §33 FHG folgt die Rechnungslegung den Grundsätzen der Verständlichkeit, der Wesentlichkeit, der Zuverlässigkeit, der Vergleichbarkeit, der Fortführung, der Bruttoverbuchung und der Periodengerechtigkeit (ordnungsgemässe Rechnungslegung). Die Rechnungslegungsgrundsätze gelten für die Erstellung der Jahresrechnung und der konsolidierten Rechnung sowie sinngemäss auch für die Erstellung des Budgets und der Finanzplanung.

Regalien und Konzessionen

Regalien und Konzessionen sind Erträge aus der Erteilung von Patenten sowie der Verleihung von Konzessionen.

Restatement

Unter Restatement versteht man die Neubewertung von Aktiven und Passiven aufgrund von geänderten Rechnungslegungsgrundsätzen auf den Zeitpunkt der Erstanwendung der Grundsätze.

Rücklagen

Die Bildung und Verwendung von Rücklagen ist ein Anreiz für eine effiziente Leistungserbringung der globalgesteuerten Dienststellen. Rücklagen stellen Reserven (Eigenkapital) dar. Im Unterschied zu Rückstellungen stehen den Rücklagen keine Verpflichtungen oder Ansprüche Dritter gegenüber. Sie können vom Kanton jederzeit aufgelöst werden.

Auch nicht global gesteuerte Einheiten dürfen aufgrund ihrer eigenwirtschaftlichen Tätigkeit Rücklagen als limitiertes Eigenkapital bilden, wenn sie Konkurrenz ausgesetzt und im Markt tätig sind.

Rückstellungen

Rückstellungen sind Verpflichtungen, deren Ursprung in einem Ereignis der Vergangenheit liegt, ein Mittelabfluss zur Erfüllung sicher oder wahrscheinlich ist und dessen Höhe zuverlässig ermittelt werden kann. Die Bildung von Rückstellungen zur Reservebildung oder Ergebnissteuerung ist nicht erlaubt.

Sach- und Betriebsaufwand

Zum Sach- und Betriebsaufwand gehört der gesamte Aufwand für die konsumativen Güter, die der Kanton in der betreffenden Rechnungsperiode verbraucht. Ferner gelten als Sachaufwand sämtliche Kosten für Dienstleistungen (wie Telefongebühren, Unterhaltsarbeiten, Reparaturen, usw.).

Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung ist die Veröffentlichung zusätzlicher Informationen zu einzelnen Geschäftsbereichen. Für den Anhang des Stammhauses gliedern sich diese in die einzelnen Departemente sowie die Gerichte und Behörden.

Swiss GAAP FER

Fachempfehlungen der Rechnungslegung. Schweizer Rechnungslegungsstandard hauptsächlich ausgerichtet auf die klein- und mittelständischen Betriebe.

Transferaufwand

Der Transferaufwand beinhaltet Entschädigungen und Beiträge an Gemeinwesen und Dritte (siehe entsprechender Abschnitt), Aufwand im Zusammenhang mit dem Finanz- und Lastenausgleich, Ertragsanteile, welche an Dritte weitergeleitet werden, sowie Wertberichtigungen von Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen.

Transferertrag

Zum Transferertrag zählen Entschädigungen und Beiträge von anderen Gemeinwesen (namentlich des Bundes), Erträge im Zusammenhang mit dem Finanz- und Lastenausgleich, Anteile an Erträgen von Dritten (siehe entsprechender Abschnitt) sowie Erträge im Zusammenhang mit erhaltenen Investitionsbeiträgen.

Vergleichbarkeit

Die Vergleichbarkeit ist gewährleistet, wenn die gewählten Grundsätze der Rechnungslegung und Budgetierung wie auch die Strukturen der Jahresrechnung über einen längeren Zeitraum beibehalten werden und damit vergleichbar sind (Stetigkeit). Insbesondere die präsentierten Vorjahres- oder Budgetzahlen sind nach gleichen Grundsätzen zu erstellen und in gleicher Struktur offen zu legen.

Zuverlässigkeit

Die veröffentlichten Informationen müssen verlässlich sein. Sie dürfen keine wesentlichen Fehler, Verzerrungen oder Manipulationen enthalten.

Zweckgebundener Aufwand und Ertrag

Als Zweckgebundener Aufwand und Ertrag gilt der in den Dienststellen anfallende Aufwand und Ertrag. In der Einschränkung auf das betriebliche Ergebnis und ohne Abschreibungen auf Grossinvestitionen und grossen Investitionsbeiträgen wird vom Zweckgebundenen Betriebsergebnis (ZBE) gesprochen, das für die Dienststellen die verbindliche Budgetvorgabe darstellt.

10 Die weiteren Berichte zum Jahresbericht 2015 im Internet

Diesen und auch weitere Berichte zur Jahresrechnung (und Budget) können im Internet unter folgendem Link elektronisch abgerufen werden:

<http://www.regierungsrat.bs.ch/geschaefte/berichte>

Inhaltsverzeichnis

1	Kostenartengliederung
1.1	Kanton (Stammhaus)
1.2	Grobübersicht Departemente
1.3	Detailübersicht Departemente
1.4	Detailübersicht Dienststellen
1.5	Institutionelle Gliederung
2	Spezialberichte
2.1	Langsamverkehr
2.2	Statistik Gerichte

Impressum

Herausgeber:

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt
Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Basel, im Frühjahr 2016

www.bs.ch

gedruckt in der
schweiz



No. 05-16-641299 – www.myclimate.org
© myclimate – The Climate Protection Partnership